



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM
FÜR INTEGRATION, FAMILIE,
KINDER, JUGEND UND FRAUEN

2. KINDER- UND JUGEND- BERICHT RHEINLAND-PFALZ

Respekt! Räume! Ressourcen!



DIE MENSCHEN.
DARUM GEHT ES.

IMPRESSUM

**Ministerium für Integration, Familie, Kinder,
Jugend und Frauen (Hrsg.)**
Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz

Tel.: 06131 16-0
E-Mail: poststelle@mifkjf.rlp.de
Internet: www.mifkjf.rlp.de

Gestaltung: www.grafikbuero.com

Erscheinungstermin: Mai 2015

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

INHALT

Vorwort	4
Stellungnahme der Landesregierung zum zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz	6
2. KINDER- UND JUGENDBERICHT RHEINLAND-PFALZ – RESPEKT! RÄUME! RESSOURCEN!	30
ZUSAMMENFASSUNG	30
1 Einleitung und Konzeption	41
1.1 Anlass und Zielsetzung	41
1.2 Aufbau und Inhalte	45
Hinführung zu Gegenstand und Herausforderungen des zweiten Kinder- und Jugendberichtes für das Land Rheinland-Pfalz	48
ERSTER BLICK	63
2 Daten und Fakten zu Lebensbedingungen und Lebenslagen junger Menschen und Familien in Rheinland-Pfalz	63
2.1 Demografie	64
2.2 Lebens- und Familienformen	76
2.3 Einkommen und Armut	81
2.4 Schule und Ausbildung	91
2.5 Risikoverhalten junger Menschen	102
2.6 Für viele gut, für zu viele belastet: Aufwachsen und Entwicklungschancen von jungen Menschen in Rheinland-Pfalz	110
3 Die Stellung der Jugendarbeit im Gesamt der Kinder- und Jugendhilfe	114
3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	118
3.1.1 Finanzierung der Jugendarbeit	119
3.1.2 Veränderte Zeitfenster junger Menschen	123

3.1.3	Interkulturelle Öffnung in der Jugendarbeit	126
3.1.4	Queere Jugendliche in der Jugendarbeit	128
3.1.5	Teilhabe und Engagement junger Menschen	129
3.1.6	Medienbildung in der Jugendarbeit	134
3.1.7	Jugendhilfe an der Schnittstelle zwischen Schule, Ausbildung und Beruf	134
3.1.8	Ist Jugend(-pflege) ein Thema in den Gemeinden und Städten?	139
3.1.9	Informelle Formen jugendlicher Vergemeinschaftung und Selbstaneignung des öffentlichen Raums – Oder: Jugendarbeit im weiteren Verständnis	141
3.1.10	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	143
3.2	Weitere Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.	145
3.2.1	Förderung der Erziehung in der Familie	145
3.2.2	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege	146
3.2.3	Hilfen zur Erziehung	148
3.2.4	Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII	152
3.2.5	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen	153
3.3	Auslaufmodell oder Infrastruktur? Die Jugendarbeit im Gesamt der Kinder- und Jugendhilfe	157

ZWEITER BLICK. 160

4	Was bewegt Jugendliche in Rheinland-Pfalz und wie bewerten sie selbst ihre Lebensbedingungen und Entwicklungsräume?	160
4.1	Methodisches Vorgehen	161
4.1.1	Qualitativ-explorativer Zugang	161
4.1.2	Quantitativer Zugang	164
4.2	Jugendliche in Rheinland-Pfalz: Zufrieden, zuversichtlich, wohlhabend – aber zu wenig respektiert?	170
4.3	Bildungs- und Entwicklungsort Schule	171
4.3.1	Selbstauskünfte der Jugendlichen zum Bildungs- und Entwicklungsort Schule	173
4.3.2	Selbstauskünfte aus den Zukunftswerkstätten und Gruppendiskussionen	181
4.3.3	Respekt im Sinne einer jugendgerechten Ästhetik	183
4.4	„Der Raum“: Mobilität, Öffentlicher Personennahverkehr und Infrastruktur.	185
4.4.1	Exemplarische Befunde der Jugendbefragung zum Thema ÖPNV	186
4.4.2	Exemplarische Befunde aus den Gruppendiskussionen zum Thema ÖPNV	190
4.4.3	Respekt im Sinne einer jugendgerechten Infrastruktur	194
4.5	Diskriminierung, Rassismus und Mobbing in jugendlichen Lebenswelten	195
4.6	Respekt, Partizipation und Mobilität auf die jugendpolitische Agenda!	203
5	Vom Child Well-being zum Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen – die Weiterentwicklung des Indikatorenkonzeptes.	207
5.1	Das Konzept des Child Well-being im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz	209
5.2	Weiterentwicklung des Child-Well-being-Konzeptes – der Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen.	210
5.3	Die Regionen des Landes im Vergleich	216

5.3.1 Lebensbedingungen	216
5.3.2 Wohlfahrtsleistungen	218
5.3.3 Handlungsräume	223
5.3.4 Der Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen	227
5.4 Indexwertvergleiche	230
5.5 Bedingungen und Lebenschancen für junge Menschen in den Regionen von Rheinland-Pfalz	240

DRITTER BLICK – VERTIEFUNGEN243

6 Jugend als Thema in politischen Debatten des rheinland-pfälzischen Landtags 1947 bis heute	243
7 Freizeit, Jugendarbeit und wohnortnahe Kulturangebote aus der Sicht von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz	251
7.1 Zeitliche Dispositionsspielräume junger Menschen in Rheinland-Pfalz	252
7.2 Freizeitaktivitäten Jugendlicher und der Stellenwert der Jugendarbeit	255
7.3 Orte, Räume und Freizeitangebote in der Wahrnehmung junger Menschen in Rheinland-Pfalz	257
7.4 Jugendliches Engagement in der Freizeit	263
7.5 Zufriedenheit mit den jugendspezifischen Angeboten am Wohnort	265
7.6 Angebotsoasen statt We don't love to entertain you!	268
7.7 Der ländliche Raum und Angebote für Mädchen: Besondere Herausforderungen für die jugendpolitische Agenda in Rheinland-Pfalz	270
8 Wozu heute welche Jugendarbeit? Rahmenbedingungen, Anforderungen und Entwicklungsperspektiven für eine moderne Jugendarbeit	271

BLICK NACH VORN: EMPFEHLUNGEN.....282

9 Forderung an alle Erwachsenen und Hinweise für die Landespolitik	282
10 Projektgruppe: „Zweiter Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz“	288

ANHANG.....289

Drucksache 15/832: Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz	290
Fragebogen „Jugend in Rheinland-Pfalz 2013“	291
Literatur	300
Internetquellen	311
Abkürzungsverzeichnis	312
Tabellenverzeichnis	314
Abbildungsverzeichnis	317

VORWORT

Im Mittelpunkt des zweiten Kinder- und Jugendberichts steht die Lebensphase Jugend. Ein wichtiger Teilaspekt für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen ist hierbei die Bedeutung und Notwendigkeit der verbandlichen und kommunalen offenen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit. Zentral ist dabei die Frage, welche Rahmenbedingungen und Ressourcen nötig sind, damit junge Menschen sich zu selbstbestimmten und eigenverantwortlich handelnden Personen entwickeln können.

Nachdem sich Politik und Gesellschaft jahrelang auf jüngere Altersgruppen fokussiert haben, geht die Aufmerksamkeit somit auf Jugendliche und junge Erwachsene. Für die Erarbeitung des Berichts war es daher besonders wichtig, die Selbstauskünfte junger Menschen mit Blick auf ihre Lebenssituation zu erfassen und diese Ergebnisse auch für die Weiterentwicklung des Indikatorenmodells als Daten- und Analysekonzept zur Bestimmung des Wohlbefindens junger Menschen (im ersten Kinder- und Jugendbericht operationalisiert über den „Child Well-being-Index“) zu nutzen. Ebenso wurde die Fachwelt – Wissenschaft und Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit – in Form von Expertinnen-/Expertenhearings für die Erstellung des Berichts einbezogen. Mit dieser subjektorientierten und partizipativen Ausrichtung leistet der zweite Kinder- und Jugendbericht Pionierarbeit.

Darüber hinaus ist die Schwerpunktsetzung des Berichts hoch aktuell mit der Analyse der Lebensphase Jugend und der Herausarbeitung der Rolle der Jugendarbeit als soziales Infrastrukturangebot, das im Sinne von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich für das Aufwachsen junger Menschen vorzuhalten ist. Das zeigt sich insbesondere im Prozess zur Etablierung einer eigenständigen querschnittsorientierten und ressortübergreifenden Jugendpolitik auf allen Politikebenen (Bund, Land und Kommunen). Der gesellschaftspolitische Diskurs darüber hat gerade erst begonnen. Aktuell und in den nächsten Jahren wird es eine große Herausforderung und gemeinsame Anstrengung für alle wichtigen und notwendigen Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften, Medien und in den organisierten Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen sowie der Zivilgesellschaft sein, junge Menschen und ihre Bedarfe einerseits sehr viel stärker als bislang in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft zu stellen und sie andererseits viel konsequenter als das heute der Fall ist, an allen sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und finanziell schwieriger Rahmenbedingungen. In diesem Sinne hatte der Ministerrat im November 2014 die Jugendstrategie „JES! – Jung. Eigenständig. Stark. – Dialog eigenständige Jugendpolitik“ verabschiedet.



Der Bericht untermauert mit seinem Plädoyer für eine eigenständige querschnittsorientierte Jugendpolitik diese Vorgehensweise der Landesregierung.

Die Landesregierung will die Herausforderung des Berichts annehmen und sich das Thema „Soziale Infrastruktur Jugendarbeit“ zu eigen machen. Sie sieht darin eine Bestätigung des Wegs, den sie mit dem Bekenntnis für eine eigenständige Jugendpolitik eröffnet hat. Ebenso will sich die Landesregierung auf die Perspektive der jungen Menschen, wie sie der Bericht mit den Begriffen „Respekt“, „Räume“ und „Ressourcen“ herausgearbeitet hat, einlassen. Sie wird sie in die Überlegungen der unterschiedlichen Ressorts zu einer Politik für die Jugend einfließen lassen.

Wie der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz so wurde auch der zweite von einer unabhängigen Expertenkommission erarbeitet. Diese bestand aus den Universitäten Koblenz-Landau und Trier sowie dem Institut für Sozialpädagogische Forschung, Mainz, unter Federführung der Universität Koblenz-Landau.

Im Namen der Landesregierung danke ich den Mitgliedern der Expertenkommission sowie allen Beteiligten, die ihre Praxiserfahrungen und ihr Fachwissen in die Erstellung des Berichtes eingebracht haben.

Ich wünsche mir, dass die Analysen und Ergebnisse des vorliegenden Berichts eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und die Resultate Resonanz finden bei allen, die für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz Verantwortung tragen.

Irene Alt

Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

STELLUNGNAHME DER LANDESREGIERUNG

ZUM ZWEITEN KINDER- UND JUGENDBERICHT RHEINLAND-PFALZ

I. Einleitung

Ziel der Politik der Landesregierung ist es, jungen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe an den sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft zu ermöglichen. Für die Landesregierung ist daher eine der zentralen Aufgaben, für alle jungen Menschen und ihre Familien bestmögliche Lebens- und Entwicklungsbedingungen zu realisieren und insoweit die Rahmenbedingungen für das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung stetig zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Der Landtag hat mit seinem Beschluss vom 01.03.2007 (Drucksache 15/832) die Landesregierung beauftragt, in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht erstellen zu lassen. Der erste Kinder- und Jugendbericht war noch als Pilotbericht angelegt, um den umfänglichen Landtagsauftrag erstmals konzeptionell erfassen und umsetzen zu können. Bereits er zeigte, dass eine differenzierte Berichterstattung, in der soziostrukturelle Daten sowie infrastrukturelle Leistungen und Angebote – auch mit Blick auf regionale Verschiedenheiten – erfasst werden und eine vertiefende Analyse lebensweltlicher Aspekte von Kindern und Jugendlichen erfolgt, eine wichtige Grundlage ist, um die Gestaltung der Lebensver-

hältnisse junger Menschen und ihrer Familien optimieren zu können – das gilt landespolitisch wie auch kommunalpolitisch.

Die Landesregierung übergibt nun mit dem vorliegenden Kinder- und Jugendbericht dem Landtag einen in vielfacher Hinsicht inspirierenden zweiten Bericht.

Wie im Landtagsbeschluss vorgesehen, hat die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen erneut die Erarbeitung des Berichts an eine externe unabhängig arbeitende Berichtskommission vergeben. Im Herbst 2012 wurden die Universität Koblenz-Landau, da Prof. Dr. Christian Schrapper, bei dem die Federführung für die Erstellung des Berichts lag, die Universität Trier, da AOR Dr. Magdalena Joos sowie das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism), da Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger sowie der Geschäftsführer Heinz Müller mit der Erstellung des 2. Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz beauftragt. Beide Universitäten ebenso wie das Institut für Sozialpädagogische Forschung haben bereits den ersten Kinder- und Jugendbericht erarbeitet.

Die genannten Institutionen zeichnen sich durch ihre langjährigen wissenschaftlichen Arbeiten im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik bzw. der Kinder- und Jugendhilfe aus und verfügen über die entsprechenden Erfahrungen und Kenntnisse in

Rheinland-Pfalz. Die Universitäten haben zur Ausarbeitung des zweiten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz eine Projektgruppe einberufen (vgl. Kap. 10 des Berichts).

II. Schwerpunktthema „Lebensphase Jugend“ – Struktur und Konzeption des Berichts

Im Mittelpunkt des zweiten Kinder- und Jugendberichtes steht – so der Auftrag an die Berichtskommission – die Lebensphase Jugend und als wichtiger Teilaspekt die Bedeutung und Notwendigkeit der verbandlichen und kommunalen offenen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit für ein gelingendes Aufwachsen junger Menschen. Nach jahrelanger Fokussierung von Politik und Gesellschaft auf jüngere Altersgruppen soll damit die Aufmerksamkeit auf Jugendliche und junge Erwachsene gelenkt werden.

Ein weiterer Auftrag als Desiderat und Erkenntnis aus dem ersten Kinder- und Jugendbericht war, den zweiten Bericht dort, wo es eine wissenschaftliche Berichterstattung ermöglicht, partizipativ anzulegen. Insbesondere sollten die Selbstauskünfte junger Menschen mit Blick auf ihre Lebenssituation erfasst werden und diese Ergebnisse auch für die Weiterentwicklung des Indikatorenmodells als Daten- und Analysekonzept zur Bestimmung des Wohlbefindens junger Menschen (im ersten Kinder- und Jugendbericht operationalisiert über den „Child-Well-being-Index“) genutzt werden. Des Weiteren war das Einbeziehen der Fachwelt (Wissenschaft und Fachkräfte der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit) in Form von Expertinnen-/Expertenhearings für die Erstellung des Berichts vorgesehen.

Ohne den weiteren Ausführungen vorzugreifen, so soll an dieser Stelle schon der Neuansatz, der für die Berichtskommission inhaltlich und methodisch eine Herausforderung war, gewürdigt werden, denn der zweite Kinder- und Jugendbericht leistet

mit seiner subjektorientierten und partizipativen Ausrichtung Pionierarbeit.

Darüber hinaus ist die Schwerpunktsetzung des Berichts mit der Analyse der Lebensphase Jugend und der Jugendarbeit als unverzichtbares soziales Infrastrukturangebot hochaktuell. Das drückt sich zum einen darin aus, dass auch die Bundesregierung für den nächsten, dann 15. Kinder- und Jugendbericht die Jugend und ihre Lebenswelten fokussieren wird.¹ Zum anderen aber zeigt sich das insbesondere im Prozess zur Etablierung einer eigenständigen querschnittsorientierten Jugendpolitik auf allen Politikebenen (Bund, Land und Kommunen). Der gesellschaftspolitische Diskurs darüber hat gerade erst begonnen und es wird aktuell und in den nächsten Jahren eine große Herausforderung und gemeinsame Anstrengung aller wichtigen und notwendigen Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften, Medien und in den organisierten Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen sowie der Zivilgesellschaft sein, junge Menschen und ihre Bedarfe sehr viel stärker als bislang in den Mittelpunkt von Politik und Gesellschaft zu stellen und sie viel konsequenter, als das heute der Fall ist, an allen sie betreffenden Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen,

¹ Der Titel des 15. Kinder- und Jugendberichtes des Bundes, der 2017 erscheinen wird, lautet: „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter.“ (Pressemitteilung des Bundesjugendministeriums vom Oktober 2014, vgl. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=210416.html>)

dies vor allem auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und finanziell schwieriger Rahmenbedingungen.

Im Kern und in der Struktur schließt der zweite Kinder- und Jugendbericht an den ersten Kinder- und Jugendbericht an, entwickelt ihn aber inhaltlich-konzeptionell entschieden weiter. Die Berichtskommission hat den Auftrag des Landtags erneut in mehreren großen Schritten umgesetzt:

- Nach einer Hinführung zum Schwerpunktthema „Jugend“ (mit dem Strukturierungsmodell gesellschaftlicher Bedingungen des Aufwachsens) erfasst der erste Teil soziostrukturelle und demografische Daten sowie infrastrukturelle Leistungen und Angebote (Kap. 2). Entsprechend der Schwerpunktsetzung erhält die „Stellung der Jugendarbeit im Gesamt der Kinder- und Jugendhilfe“ ein eigenes Kapitel (Kap. 3) und hebt im Besonderen die Notwendigkeit der finanziellen Absicherung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit hervor.
- Der zweite Teil untersucht zum einen selbst generierte Themen rheinland-pfälzischer Jugendlicher sowie die Bewertung ihrer Lebensbedingungen (Kap. 4). Zum anderen enthält dieser Abschnitt die Weiterentwicklung des Indikatorenkonzepts zur Bestimmung des Wohlbefindens junger Menschen sowie auf dieser Grundlage die nach Landkreisen und kreisfreien Städten regional differenzierte Sozialberichterstattung zu Lebenssituationen und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen (Kap. 5).
- Mit drei Vertiefungskapiteln wird das Schwerpunktthema weiter ausgeleuchtet. Ein Blick auf die rheinland-pfälzischen Landtagsdebatten seit 1947 bis heute zeigt eine veränderte Richtung in der Wahrnehmung des Themas „Jugend“ auf (Kap. 6), zunehmend weg von der „Problemjugend“ hin zu einer Wahrnehmung und Wertschätzung ihrer Potenziale. Kapitel 7 versucht die Sicht rheinland-pfälzischer Jugendlicher zu Freizeit, Jugendarbeit und wohnortnahen Kulturangeboten zu erfassen. Kapitel 8

ist schließlich ein Diskursangebot zu Rahmenbedingungen, Anforderungen und Entwicklungsperspektiven einer sogenannten „modernen“ Jugendarbeit.

- Der Bericht befasst sich abschließend mit drei Handlungsempfehlungen und betrachtet diese im Lichte der Grundthemen der Jugendlichen: Respekt, Räume und Ressourcen.

Die Landesregierung dankt der Berichtskommission für die Ausarbeitung des zweiten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz. Das zuvor Gesagte macht deutlich, dass die Berichtskommission für den 2. Kinder- und Jugendbericht ein sehr umfangreiches Programm zu bewältigen hatte. Sie hat dies in einer beachtlichen Bandbreite umgesetzt – methodisch wie inhaltlich. Es ist wertzuschätzen, dass der Bericht in vielfacher Hinsicht zur Reflexion und einem notwendigen jugendpolitischen Diskurs einlädt. Dass der 2. Kinder- und Jugendbericht gendersensibel verfasst ist und durchgängig die unterschiedlichen Interessen und Problemlagen von Mädchen und Jungen analysiert, wird sehr begrüßt. Das gilt gleichermaßen für die Thematisierung *Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft* und die Beschäftigung mit dem Thema *sexueller und geschlechtlicher Identität Jugendlicher*. Der Berichtskommission ist ebenfalls zu danken, dass sie den Auftrag für einen Internetauftritt zum 2. Kinder- und Jugendbericht so gelungen umgesetzt hat. Hier ist eine immense Materialfülle zum Bericht abzurufen, insbesondere die Dokumentation zu den Hearings (Vorträge, Zusammenfassungen zu den Diskussionen).²

Ebenso ist an dieser Stelle allen Jugendlichen, allen Lehrkräften sowie den rd. 60 Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft sowie der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu danken. Ihr engagiertes Mitwirken in Form von Jugendworkshops und der Jugendbefragung ebenso wie in den sieben jugendpolitischen Hearings waren eine große Bereicherung für den vorliegenden Bericht.

² <http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/>

III. Stellungnahme zu zentralen Aspekten des Berichts

Vor dem Hintergrund des umfangreichen Berichts erfolgt hier eine Konzentration auf zentrale Aspekte. Zu Aussagen und Schlussfolgerungen des Berichts, zu denen sich die Landesregierung nicht äußert, kann weder von ihrer Zustimmung noch von ihrer Ablehnung ausgegangen werden.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz sieht sich durch die Ergebnisse des Berichts in ihrem Handeln grundsätzlich bestärkt. Zahlreiche Aussagen und Anregungen des Berichts wurden in dieser Legislaturperiode bereits angestoßen oder umgesetzt.

III.1 Jugendpolitik ist Querschnittspolitik – als ressortübergreifende Fach- und Infrastrukturpolitik ist sie wesentlich für das Aufwachsen und die Entwicklung junger Menschen

Die Berichtskommission konstatiert zentrale Herausforderungen an die Jugendpolitik:

- Jugendpolitik sei Fach- und Infrastrukturpolitik für junge Menschen, die sich auf die besonderen Themen und Herausforderungen der Lebensphase Jugend beziehen muss und diese vor allem mit Blick auf die Chancen für die Entwicklung junger Menschen zu gestalten hat. Jugendpolitik sei Teil von und eingelagert in z. B. Familien-, Bildungs-, Arbeitsmarktpolitik usw. In den jeweiligen Politikbereichen seien jugendspezifische Anforderungen herauszuarbeiten und zu vertreten – wo immer möglich in Abstimmung und wo erforderlich auch in Abgrenzung zu der Politik für andere Bevölkerungs- und Altersgruppen.
- Dabei sei Jugendpolitik angewiesen auf ein ressortübergreifendes Gesamtverständnis, das die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen und Eigenheiten der Lebensphase Jugend als eine Zeit folgenreicher Entwicklungsarbeit

und Erprobung zugleich begreift, die für die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungschancen und Zukunftsaussichten von herausragender Bedeutung ist.³

Diese Anforderungen und Herausforderungen für eine Jugendpolitik werden von der Landesregierung sehr begrüßt. Der Ministerrat hat im November 2014 die Jugendstrategie *„JES! Jung. Eigenständig. Stark. – Dialog neue eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz – auf dem Weg zu einem Bündnis für und mit der Jugend“* beschlossen und somit die Herausforderungen an eine Neuausrichtung der Jugendpolitik bereits aufgegriffen. Die Landesregierung versteht Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe aller Ressorts auf der Grundlage von drei Leitzielen:

- „Befähigung und Unterstützung zur Teilhabe in der Gesellschaft“,
- „Gewährleistung autonomer Gestaltungsspielräume“
- und „Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen – Stärkung der Partizipation und damit des demokratischen Gemeinwesens“.

Übergeordnetes Ziel der Landesregierung ist es, die Jugendpolitik landesweit zu stärken, indem sie als eigenständiges Politikfeld wahrgenommen und sichtbar wird und

- von möglichst allen jugendhilfepolitisch bzw. jugendpolitisch relevanten Akteurinnen und Akteuren sowie von den Jugendlichen in ihrer Vielfalt mitgetragen wird,
- dass im Dialog ein gesamtgesellschaftliches Bündnis für und mit der Jugend in Rheinland-Pfalz entsteht.

³ Vgl. Einführung und S. 57 f.

Programmatisch bedeutet eine solche Jugendpolitik, die ihre Wirkungen auf die junge Generation immer wieder überprüft und anpasst, für die Landesregierung

- dass die jungen Menschen sich in der Gesellschaft aufgehoben und respektiert fühlen,
- dass sie ihr Dasein als sinnvoll und erfüllt erleben können
- und dass sie Perspektiven für ein gelingendes, gutes Leben entwickeln können.

Das heißt auch, dass die jungen Menschen nicht (nur) dann die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit erfahren, wenn es um Probleme geht (z. B. Suchtprobleme, Arbeitslosigkeit), sondern dass die jungen Menschen vor allem mit ihren Potenzialen und ihrer Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft gesehen, anerkannt und wertgeschätzt werden.

Dieser zuletzt genannte Punkt, der für die Neuausrichtung der Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz so wichtig ist, erfährt im 2. Kinder- und Jugendbericht u. a. mit Kapitel 6, das die rheinland-pfälzischen Landtagsdebatten zum Thema „Jugend“ von 1947 bis heute beleuchtet, eine (historische) Bestärkung bzw. Untermauerung. Der historische Blick macht deutlich, dass „Jugend“ lange primär als „Problemjugend“ thematisiert wurde. Die Art und Weise, wie Jugendthemen, jugendliches Verhalten und Handeln öffentlich und politisch aufgegriffen bzw. debattiert wurden/werden, sind immer auch Ausdruck von Hoffnungen und Ängsten der Erwachsenen. Damit wurde und wird „die“ Jugend zunächst über Zuschreibungen der älteren Generation wahrgenommen.⁴ Der Bericht lädt hier zur Reflexion ein, dazu, jugendpolitische Problemstellungen von u. a. Jugendarbeitslosigkeit, jugendlichem (Rechts-)extremismus, Jugendkriminalität⁵ usw. politisch und gesellschaftlich zu de-

4 Auch die 16. Shell-Jugendstudie hebt kritisch auf diese „verzerrte öffentliche Wahrnehmung“ von Jugend ab, vgl. da S. 347.

5 Der Bericht stellt dar, dass die Jugendkriminalität in Rheinland-

battieren, „ohne dass damit zugleich ‚die‘ Jugend als Problemjugend bewertet wird.“ (Vgl. S. 52 sowie Kap. 6)

Welchen Blick Politik und Gesellschaft auf Jugend richten, welche positiven, aber eben auch welche negativen Zuschreibungen Jugend erfährt – das legt der Bericht nahe – ist zentral für deren Selbstverständnis und Blick in die Zukunft. Vertrauen in die Zukunft wecken heißt, Vertrauen in die Jugend zu setzen. Mit der Neuausrichtung der Jugendpolitik hat die Landesregierung daher einen notwendigen gesamtgesellschaftlichen Dialog eingeleitet, die Haltung gegenüber Jugendlichen und die Haltungen sowie das Handeln von Jugendlichen im öffentlichen und politischen Diskurs neu, anders und d. h. vor allem positiv zu denken.

III.2 Jugendarbeit – notwendiges und unverzichtbares Infrastrukturangebot

Eine der zentralen Aussagen, die der Bericht zur Jugendarbeit trifft, ist, dass Jugendarbeit als soziales Infrastrukturangebot zu verstehen ist, das im Sinne von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich vorzuhalten ist.⁶

Dass die Berichtskommission in aller Deutlichkeit aufzeigt, dass Jugendarbeit⁷ ein soziales Infrastrukturangebot für das Aufwachsen und die Herstellung gleichwertiger Lebenschancen junger Menschen ist, begrüßt die Landesregierung. Auch bestätigt der Bericht damit den Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses mit seinem Positionspapier „Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe!“ vom 25. Februar 2013.

Pfalz in den vergangenen Jahren deutlich auf den nunmehr niedrigsten Stand seit 1997 zurückgegangen ist. Diese erfreuliche Entwicklung ist aus Sicht der Landesregierung auch als Ergebnis der vielfältigen Maßnahmen und Konzepte zur nachhaltigen Bekämpfung der Jugendkriminalität zu werten.

6 Vgl. insbes. S. 283 ff.

7 Für die Jugendsozialarbeit gilt das Gleiche.

Gerade weil die Jugendarbeit – das zeigt der Bericht an verschiedenen Stellen immer wieder deutlich auf – anders als andere Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe (Kindertagesstättenförderung, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen) nicht über einen einklagbaren individuellen Rechtsanspruch verfügt, gerät sie im Zuge von Sparzwängen – trotz der Tatsache, dass sie eine objektive Pflichtleistung ist – zunehmend unter Finanzierungs- und Legitimationsdruck (der prozentuale Anteil der Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben betrug 2012 in Rheinland-Pfalz 3,4 %; vgl. u. a. S. 119 ff.) und das bei gleichzeitigen Herausforderungen, vor denen die Jugendarbeit – die Jugendsozialarbeit wäre hier ebenso zu nennen – steht.⁸

Die Berichtskommission konstatiert auch unter Bezug auf den 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes⁹, dass in Anbetracht des Bedeutungswandels der Kinder- und Jugendhilfe und ihrer veränderten gesellschaftlichen Funktion¹⁰ die Ausgaben in diesem Bereich für eine Investition in eine öffentlich verantwortete soziale Infrastruktur stünden, die Benachteiligungen ausgleiche, vor allem aber auch Teilhabechancen und damit Teilhabegerechtigkeit eröffne (vgl. S. 284); als Leistungsangebote gehören dazu zentral die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Im Rahmen des Indikatorenkonzeptes, mit dem in den Dimensionen „Lebensbedingungen“, „Wohl-

fahrtsleistungen“, „Handlungsräume“ das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz erfasst wird (vgl. Punkt III.10), wird diese Feststellung verifiziert. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, die in die Dimension „Wohlfahrtsleistungen“ unter anderen als Indikatoren eingehen, stellen eine Investition in die soziale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen dar, ihr Ausmaß bestimmt die Entwicklungschancen der jungen Menschen mit, in der Konsequenz: je mehr qualifizierte Angebote es gibt, desto größer sind die Handlungsräume und damit die Teilhabechancen junger Menschen (vgl. Kap. 5.5, ebenso Kap. 8).¹¹

III.3 Das Potenzial der Jugendarbeit – Räume zur Autonomieentwicklung – emanzipatorische und humane Bildungspraxis

Die Bestimmung der Jugendarbeit als soziales Infrastrukturangebot verweist auf ihre fachlich-pädagogische Bedeutung.

Die Landesregierung stimmt der Berichtskommission zu, wenn sie in einem Teil ihrer Analyse (siehe unten kritisch zum Begriff einer sog. „erweiterten Jugendarbeit“) feststellt, dass eine moderne Jugendarbeit für die jungen Menschen im besten Sinne Entwicklungsräume, Freiräume bieten muss, jenseits einer „Verzweckung“¹², abgekoppelt von unmittelbaren Verwertungsinteressen.¹³ (Vgl. insbes.

⁸ Zu diesen Herausforderungen für die Jugendarbeit gehören nach Aussagen der Berichtskommission u. a. demografische Veränderungen im ländlichen Bereich, Verdichtung räumlicher Strukturen im städtischen Raum (Fehlen öffentlicher Räume, die sich junge Menschen (gefahrlos) aneignen können) ebenso wie die Bedeutung virtueller Welten, in denen sich junge Menschen zunehmend aufhalten; diese Aspekte werden in den folgenden Abschnitten aufgegriffen.

⁹ 14. Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)/BT-Drucksache 17/12200, Januar 2013.

¹⁰ Gemeint ist ein Aufwachen in zunehmender öffentlicher Verantwortung. Der 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes beschreibt anschaulich, dass die gesellschaftliche Moderne die Verantwortung für das Aufwachen stärker vom Privaten auf den öffentlichen Sektor verschiebt.

¹¹ Ähnlich wird im 14. Kinder- und Jugendbericht argumentiert. In der Verschiebung der Verantwortungsbereiche von öffentlicher und privater Verantwortung respektive dem Ausloten der „neuen Mischungsverhältnisse“ geht es letztlich darum, dafür zu sorgen, allen jungen Menschen gleiche Chancen für eine je individuelle und selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen, was u. a. zentral bedeutet, herkunftsbedingte Ungleichheiten abzubauen.

¹² Jugendarbeit folgt keinem institutionellen Zweck außerhalb dessen, was die jungen Menschen zu ihrer Entfaltung als Person und Persönlichkeit brauchen. Im Vergleich zur Schule nimmt sie sich insoweit wie zweckfrei aus.

¹³ „(...) Bildung abgekoppelt von unmittelbaren Verwertungsinteressen [setzt auf] eine humane Emanzipation des Einzelnen in sozialer Verantwortung“, vgl. Gerd Brenner „deutsche jugend“, 7-8/2014 unter Rekurs auf das Buch von Julian Nida-Rümelin („Philosophie einer humanen Bildung“). Vgl. auch die einschlägigen Jugendstudien

Kap. 8, aber auch die Einführung, Kap. 3 und 5.5) Die Berichtskommission greift hier ein pädagogisches Verständnis von Jugendarbeit auf, das an den Eigensinn Jugendlicher und ihr Streben nach einer eigenständigen, selbstbestimmten Persönlichkeit und Lebensgestaltung anschließt bzw. anschließend soll.¹⁴

Der 2. Kinder- und Jugendbericht leistet hier Folgendes: zum einen ist er eine Aufforderung, die emanzipatorisch-kritische Jugendarbeit (auch im Verbund kommunaler und verbandlicher Jugendarbeit) weiterzuentwickeln und jungen Menschen in ihrer Orientierungssuche u. a. nach demokratischen und solidarischen Werten zu unterstützen. Die Angebote der Jugendarbeit ermöglichen ihrem Auftrag und Potenzial nach Subjekt- und Demokratiebildung; sie ermöglichen „Erfahrungsräume für Selbsterprobung und demokratische Praxis“¹⁵. Dadurch trägt Jugendarbeit zentral zur Vermeidung bzw. zum Abbau von Benachteiligungen bei und ermöglicht positive Lebensbedingungen für junge Menschen sowie die Förderung ihrer individuellen sowie sozialen Entwicklung. Dazu gehören auch die Beratung und Unterstützung bei Problemen und Hilfestellungen zur produktiven Bearbeitung von Konflikten.¹⁶

– Sinus-Jugendstudie, Shell-Jugendstudie, die auf die Notwendigkeit dieser Entwicklungs- und Freiräume verweisen als „Gegenpol“ zu einem einseitigen Leistungsdruck bzw. Verwertungsinteressen. Siehe dazu auch Andreas Zick („Radikalisierung ist auch ein Bildungsprozess“ – in: Psychologie Heute, 02/2015), der im Kontext von Radikalisierungsprozessen Jugendlicher und junger Erwachsener auf die Bedeutung dieser potenziell sinnstiftenden Räume verweist.

14 Zugrunde gelegt ist hier auch die entwicklungspsychologische Aufgabe der Jugendphase, eine kohärente, stabile Ich-Identität aufbauen zu müssen. Mit ihrem Begriff der „persönlichen Integrität“ verweist die Berichtskommission implizit darauf. Vgl. auch u. a. den Beitrag von Albert Scheer und Benedikt Sturzenhecker in „deutsche jugend“, 9/2014.

15 Vgl. auch Scherr und Sturzenhecker, a. a. O. S. 375

16 In ihrem Vortrag „Aktuelle Herausforderungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit – ausgewählte Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung“, gehalten bei der Tagung „Interkulturelle Öffnung der Offenen Jugendarbeit“ in Mainz am 13.11.2014, zeigte Dr. Liane Pluto vom Deutschen Jugendinstitut München (DJI) auf, dass Beratung Jugendlicher ein zentraler Aspekt u. a. der offenen Jugendarbeit ist. Jugendliche suchen Hilfe bei Konflikten und Problemen in ganz unterschiedlichen Bereichen (Freundschaft, Partnerschaft, Schule,

Und zugleich wird deutlich, dass Jugendarbeit jenseits dessen, was Familie, Schule und auch andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe leisten (können), als verlässliches und reguläres Angebot für die Jugendphase vorzusehen ist. Die Berichtskommission hält fest: „Jugendarbeit als soziale Infrastruktur zu definieren impliziert also den [kommunal]politischen Gestaltungswillen, dafür zu sorgen, dass es solche verlässlichen Entwicklungsräume für junge Menschen gibt und ihre Möglichkeiten sich konsequent auf die Entwicklungsaufgaben des Jugendalters zu beziehen. Das bedeutet, die Eigenständigkeit dieser Aufgabe und die damit zusammenhängenden Rahmenbedingungen als kommunalpolitische Pflichtleistung zu verstehen, die nicht hinreichend abgedeckt wird durch Familie, Schule oder andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.“ (Vgl. S. 278)

Vor diesem Hintergrund stimmt die Landesregierung mit der Berichtskommission überein, dass die Stärkung und auch der Ausbau der Jugendarbeit notwendig sind.¹⁷ Potenziell muss Jugendarbeit alle jungen Menschen erreichen können und für alle erreichbar sein, zumal wenn man in Rechnung stellt, dass die soziale Herkunft immer noch entscheidend ist für den weiteren Lebensweg. Um die darin zum Ausdruck kommende soziale Benachteiligung zu überwinden, ist eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur (hier im Sinne von u. a. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit) für möglichst viele junge Menschen erforderlich. Es bedarf einer Vielfalt von Angeboten, die vor allem im ländlichen Raum z. T. nur in regionaler und bereichsübergreifender Kooperation herzustellen ist (siehe unten auch „demografische Aspekte“).

Übergang Schule/Beruf – sie werden mit jeweils über 80 % als Beratungsthema genannt). In der Erhebung stimmen drei Viertel der Jugendzentren der Aussage zu: wir scheinen oft die Einzigen zu sein, an die sich die Jugendlichen bei Problemen wenden. Auch Pluto verweist auf die Notwendigkeit der Jugendarbeit als soziales Infrastrukturangebot.

17 Folgerichtig ist es, wenn die Berichtskommission festhält, dass „die Profilierung einer eigenständigen Jugendpolitik nur mit einer Stärkung von Jugendarbeit und der Bedeutung jugendlichen Engagements in den Regionen einhergehen [kann]“ (Vgl. S. 158).

Mit dem bundesweit bislang einzigen „Praxisentwicklungsprojekt zur Profilierung der Jugendarbeit“, das die Landesregierung finanziell und fachlich fördert und an dem insgesamt 10 Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz teilnehmen, sollen Wege erprobt und aufgezeigt werden, wie die Jugendarbeit kommunalpolitisch noch besser und stärker verankert werden kann.¹⁸

Es sei an dieser Stelle nur kurz darauf hingewiesen, dass die von der Berichtskommission eingeführte sog. „Erweiterung von Jugendarbeit“ wenig plausibel erscheint.¹⁹ Jugendarbeit umfasst potenziell das Angebot von öffentlichen Räumen als „Gelegenheitsstrukturen“²⁰ ebenso wie die Unterstützung der jungen Menschen bei der Aneignung öffentlicher Räume²¹, nicht zuletzt dann, wenn es Konflikte mit anderen Interessen gibt („anwaltschaftliche“ Funktion der Jugendarbeit) oder wenn es gilt, mit Kindern und Jugendlichen der Frage nachzugehen, was die berechtigten Interessen anderer Personen sind.²²

Festzuhalten ist, dass nicht jeglicher Aufenthaltsort oder jegliche Vergemeinschaftungsform junger Menschen Jugendarbeit ist. Jugendarbeit muss

18 Das Projekt wird unter wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Werner Lindner von der Ernst-Abbe-Hochschule in Jena durchgeführt (Projektlaufzeit Nov. 2013 bis Nov. 2015). Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung, Abteilung Landesjugendamt ist mit der operativen Ausführung des Projekts betraut. Ende 2015 wird das Projekt mit einer landesweiten Tagung zum Transfer der Ergebnisse vorerst abgeschlossen sein.

19 Vgl. Kap. 8.

20 Die Berichtskommission spricht selbst davon, dass der Jugendarbeit „ (...) eine bedeutsame Funktion zu[kommt], da sie jungen Menschen Gelegenheitsstrukturen für die soziale Begegnung mit Gleichaltrigen im öffentlichen Raum bereitstellt“ (Vgl. S. 118; deziert auch S. 39).

21 Die von der Landesregierung entwickelte und geförderte Spielleitplanung, bei der Kinder und Jugendliche den öffentlichen Raum (Straßen, Plätze, Bushaltstellen etc.) ihrer Kommune sichten und mit Blick auf die eigenen Belange und Interessen bewerten, ist ein Instrument, bei dem die Fachkräfte der Planung mit den Fachkräften der Jugendarbeit zusammenarbeiten.

22 Vgl. hierzu kritisch auch Scherr und Sturzenhecker, deutsche Jugend, Heft 9/2014, da S. 373.

aber sicherlich alle jungen Menschen in ihrem Einzugsbereich im Auge haben und auch Aussagen dazu machen können, wo die Bedürfnisse und Bedarfe nach (öffentlicher) Unterstützung bestehen. Dazu ist Jugendhilfeplanung und eine entsprechende Planungsbeteiligung der jungen Menschen unerlässlich.

III.4 Der demografische Wandel hat unmittelbare Auswirkungen auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen

Im Bericht hat der demografische Wandel mit Blick auf die junge Generation einen besonderen Stellenwert. Die Landesregierung begrüßt dies, da der Aspekt Demografie zumeist nur aus der Perspektive der alternden Gesellschaft betrachtet wird. Fakt ist jedoch, das macht der Bericht deutlich, dass der demografische Wandel zumal im Verbund mit ökonomischen Faktoren und den Möglichkeiten öffentlich verantworteter Infrastruktur die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen und ihre Teilhabechancen erheblich mitbestimmt.

Nicht nur der Geburtenrückgang führt zu einer Veränderung der Alterspyramide, sondern auch Wanderungsbewegungen sind bestimmend für die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen, was zentral auch auf ökonomische Standortfaktoren zurückzuführen ist. Der Bericht konstatiert daher, „dass vor allem strukturschwächere Regionen zugleich auch in besonderer Weise durch den demografischen Wandel betroffen sind“. (Vgl. S. 158) M. a. W. heißt das, dass allgemeine demografische Trends nicht an allen Lebensorten in gleicher Weise greifen. Daraus ist zu schließen, dass politische Initiativen zur Gestaltung der Lebenswelt auf die örtlich sehr unterschiedlichen Gegebenheiten abgestimmt werden müssen.

Für das Flächenland Rheinland-Pfalz sind Landkreise mit kleinen und Kleinstgemeinden typisch, in denen junge Menschen zahlenmäßig nicht sehr stark vertreten sind. Damit waren bisher schon

Angebote für Jugendliche vor Ort eher begrenzt. Sollte der Rückgang der Zahlen junger Menschen unter 18 Jahren fortschreiten (der Bericht zeigt: die Gruppe der unter 18-Jährigen in Rheinland-Pfalz hat sich im Landesdurchschnitt seit 1993 bis 2013 um rd. 15 % verkleinert; stärkster Rückgang in der Südwestpfalz: 32 %; geringster Rückgang im LK Mainz-Bingen: 3,5 %), erhebt sich erst recht die Frage, wie sich die Entwicklung im Einzelnen in den Lebensräumen der jungen Menschen abbildet.

„Für junge Menschen ist die Attraktivität der Herkunftsregion – und damit ihre subjektive Orientierung („bleiben oder gehen?“) – in besonderer Weise abhängig von der Angebotsstruktur vor Ort. Vor allem ländliche Kommunen werden sich daher zunehmend mit ihrer Attraktivität für die junge Generation befassen und diese weiterentwickeln müssen.“ (Vgl. Bericht, S. 158)²³ Es wurde zuvor schon mit Blick auf die Jugendarbeit festgehalten, dass es für die jungen Menschen einer Vielfalt von Angeboten bedarf, die vor allem im ländlichen Raum z. T. nur in regionaler und bereichsübergreifender Kooperation herzustellen ist.

Die Berichtskommission kommt im Rahmen des Indikatorenkonzeptes „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“ (vgl. unten Punkt III.10) zu dem Befund, dass je ungünstiger die Lebensbedingungen von jungen Menschen sind (Demografie bzw. demografischer Wandel und ökonomische Faktoren gehen als die beiden Indikatoren in die Dimension „Lebensbedingungen“ ein), umso mehr Wohlfahrtsleistungen (öffentlich verantwortete Infrastrukturleistungen) erforderlich sind, um im Ausgleich zu den ungünstigen Lebensbedingungen bessere Handlungsräume und Teilhabechancen für die jungen Menschen zu eröffnen (vgl. S. 241 f.).²⁴

²³ Vgl. auch S. 240: „Bereits im ersten Kinder- und Jugendbericht kristallisierte sich eine regionale Zugehörigkeit als zentrales Kriterium für gute oder weniger gute Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz heraus. Mit Blick auf die öffentlich verantwortete Infrastruktur und demografische Entwicklungen wird dieser Befund im vorliegenden Bericht bestätigt und verstärkt.“

Die große Herausforderung besteht also letztlich darin, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen unter möglicherweise sehr unterschiedlichen strukturellen und demografischen Bedingungen zu gewährleisten. Damit ist eine besondere Gestaltungsverantwortung für die Landes- wie für die kommunale Ebene verbunden. Jugendhilfeplanung und die konsequente Beteiligung junger Menschen an Planungs- und Entscheidungsprozessen gehören zu dieser Gestaltungsverantwortung.

III.5 Kein junger Mensch darf verloren gehen – Befähigung und Unterstützung zur fairen Teilhabe in der Gesellschaft

Der Feststellung der Berichtskommission, dass es darauf ankomme, dass Jugendliche eine persönliche Integrität und stabile Qualifikation (die zugleich erfüllend ist) erwerben können und dies eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft ist, stimmt die Landesregierung zu (vgl. S. 39 und Kap. 8).

Die Landesregierung begrüßt, dass der Bericht aufzeigt, dass in den vergangenen Jahren die Anzahl junger Menschen ohne Schulabschluss stetig gesunken ist und dass gleichzeitig ein deutlicher Anstieg zu höheren Bildungsabschlüssen zu verzeichnen ist. Ebenso zeigt der Bericht, dass Rhein-

²⁴ Die Berichtskommission schlussfolgert in diesem Kontext: „Je weniger Kinder und Jugendliche es zukünftig gibt, desto mehr Investitionen bedarf es im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Infrastrukturleistungen vor allem in ländlichen Gebieten, um allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Teilhabechancen zu ermöglichen.“ (S. 241) Kinder und Jugendliche, das macht die Berichtskommission deutlich, sind ein knappes, kostbares Gut, ein Weniger an Investitionen kann hier keine Antwort sein. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Hansjörg Bucher vom Deutschen Jugendinstitut in der Studie „Demografische Entwicklung bis 2025 als Rahmenbedingung für die Kinder- und Jugendhilfe“. „Demografischer Wandel ist ein langfristiger Prozess, auf den gleichwohl kurzfristig reagiert werden muss. Die einzelnen (Geburtsjahrgangs-)Kohorten durchlaufen in wenigen Jahren Lebensphasen, in denen eine altersspezifische Infrastruktur bereitstehen muss. Defizite in jenen Phasen können schnell Langzeitfolgen haben. Sie in späteren Lebensphasen auszugleichen, ist weniger effizient oder gar nicht möglich.“ (a. a. O. S. 9)

land-Pfalz sowohl in Bezug auf die Ausbildungsbetriebsquote als auch die Ausbildungsquote im Vergleich der Bundesländer deutlich überdurchschnittliche Werte aufweist. Auch das Studium in Rheinland-Pfalz hat im Vergleich der Bundesländer einen hohen Stellenwert, insbesondere für weibliche Bildungsteilnehmer (vgl. Kap. 2.4).

Erfreulich ist daher, dass der Bericht die Bedingungen und Chancen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz als so gut wie nie zuvor beurteilt (vgl. u. a. S. 110 ff.). Das spiegelt sich auch in der Befragung der Jugendlichen wider: Gut 70 % der jungen Menschen blicken positiv in die Zukunft und sind zufrieden mit ihrem Leben (vgl. Kap. 4.2). Dass jedoch zugleich die Lage zahlreicher junger Menschen, die von Armut und Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind bzw. im sog. „Übergangssystem“ zwischen Schule und Ausbildung bzw. Erwerbsarbeit verharren, höchst prekär ist, bleibt für die Landesregierung eine große Herausforderung.

III.5.1 Maßnahmen gegen Kinderarmut

Das Einkommensarmutsrisiko von Kindern und Jugendlichen (gemeint sind hier alle unter 18-Jährigen) in Rheinland-Pfalz liegt mit rund 19,6 % über dem Durchschnitt der gesamten Bevölkerung von 15,4 % (Stand: 2013). 2005 lag die Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen bei 17,7 %.

Auch die Zahl der Kinder in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist erheblich. Im September 2013 waren es in Rheinland-Pfalz rund 61.400 Kinder im Alter unter 15 Jahren. Hier sind die Zahlen aber rückläufig. Im September 2010 waren es noch rund 66.500 Kinder.

Zu den spezifischen Folgen der Kinderarmut

Besondere Risiken bestehen für arme Kinder im Hinblick auf Entwicklungsdefizite, Unterversorgung und soziale Ausgrenzung. Arme Kinder erhalten seltener Zugang zu höheren Bildungs- und Berufskarrieren und das vor allem, wenn fehlende

finanzielle Mittel der Familien mit einem schlechteren Bildungshintergrund kumulieren.

Je früher und je länger Mädchen und Jungen Armutbedingungen ausgesetzt sind, desto größer sind die negativen Folgen für die spätere Lebensentwicklung. Und je später hier eingegriffen wird, desto schwerer wird es, armen Kindern vergleichbare Teilhabechancen wie ihren Altersgenossen zu bieten.

Maßnahmen gegen (Kinder-)Armut

Die Reduzierung von Kinderarmut ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Bund, Land und Kommunen, Sozialversicherung, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände und die Zivilgesellschaft betrifft. Familien- und Kinderarmut sinkt deutlich, wenn beide Eltern einer sozialversicherungspflichtigen und ausreichend entlohnten (Vollzeit-)Beschäftigung nachgehen können. Gleiches gilt für Alleinerziehende. Um Kinderarmut wirksam zu reduzieren, muss die Einkommenssituation der Betroffenen (Eltern/Alleinerziehende) weiter verbessert werden. Dazu gehört eine möglichst nachhaltige Integration aller erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsmarkt, damit sie die Chance haben, sich ihren Lebensunterhalt zu erarbeiten. Darüber hinaus ist es zwingend erforderlich, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können, ohne auf zusätzliche Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein. Um sicherzustellen, dass ein Arbeitseinkommen erzielt wird, das die Existenz sichert und eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, ist die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ein zwingend notwendiger Schritt. Weitere Ansatzpunkte sind die Verwirklichung des Grundsatzes von gleichem Lohn für gleiche Arbeit (Abbau geschlechterspezifischer Entgeltungleichheit), die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Absicherung atypischer Beschäftigung und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine weitere Ebene, auf der eine wirksame Strategie gegen Kinder- und Familienarmut ansetzen

muss, betrifft die Verbesserung der Teilhabechancen. Dazu gehört Bildung ebenso wie die Stärkung der Erziehungs- und Familienkompetenzen.

Mit speziellen Förderansätzen wird auf die besonderen Probleme dieser Zielgruppen eingegangen. Dazu zählen Förderansätze zur Stärkung der Berufsorientierung am Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf, zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen sowie Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Menschen oder Angebote der beruflichen und betrieblichen Kompetenzerweiterung.

Die Landesregierung setzt zur Umsetzung dieser Projekte ergänzend zu den Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter erhebliche Mittel ein.

Mindestlohn/Prekäre Beschäftigung

Die Bedingungen zur Reduzierung von prekärer Beschäftigung werden maßgeblich durch bundespolitische Entscheidungen beeinflusst. Das Land Rheinland-Pfalz nimmt hier insbesondere über den Bundesrat Einfluss und hat im Rahmen einer Bundesratsinitiative ein Maßnahmenbündel gefordert, welches über die Einführung eines Mindestlohnes hinausgeht.

Bildungspolitische Ansätze

Auch die Prävention gegen zukünftige Armut ist ein wichtiger Schwerpunkt der Landesregierung. Dazu zählt vor allem der Bereich Bildung mit der gezielten Förderung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen sowie die Unterstützung von Familien, besonders aus benachteiligten Verhältnissen, so zum Beispiel durch die Förderung von Familien- und Erziehungs Kompetenzen, durch die Förderung der Kindergesundheit oder den Ausbau einer kinder- und familiengerechten Infrastruktur.

Armutsbewingter Bildungsbenachteiligung wird in Rheinland-Pfalz mit dem Rechtsanspruch auf ei-

nen Kinderbetreuungsplatz²⁵ und der Beitragsfreiheit für die Kindertagesstätten ab dem 2. Lebensjahr, der Lernmittelfreiheit und dem Ausbau der Ganztagschulen entgegengewirkt.

Familienpolitische Ansätze

Zur Reduzierung von Kinderarmut und ihren negativen Folgen trägt auch die Familienpolitik der Landesregierung bei. Mit den familienpolitischen Schwerpunkten Guter Start ins (Kinder-)Leben, Gute Zukunft für alle Kinder und Eltern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf/Studium/Pflege und der Förderung von Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensformen sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Vielfalt und die unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensphasen von Familien im Blick haben.

III.5.2 Aktive Politik, um Jugendliche für das Erwerbsleben zu befähigen und zu unterstützen

Rheinland-Pfalz hat im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit bereits seit vielen Jahren eine sehr gute Position im Bundesvergleich erreicht (nach Baden-Württemberg und Bayern hat Rheinland-Pfalz die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit). Im Jahresdurchschnitt 2014 waren 12.138 unter 25-Jährige arbeitslos gemeldet; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,0 %.

Auf dem rheinland-pfälzischen Ausbildungsmarkt hat sich die Situation positiv verändert: Waren zum Ende des Vermittlungsjahres 2004/2005 noch 3.600 Bewerberinnen und Bewerber als unversorgt registriert, so waren es am Ende des Vermittlungsjahres 2011/2012 noch 514 junge Menschen, die noch keine Ausbildungsstelle gefunden hatten. Diese grundsätzlich positive Entwicklung

²⁵ Der Bericht würdigt den massiven Ausbau im Kindertagesstättenbereich und die dadurch bedingte starke Belastung der öffentlichen Haushalte.

hat sich in den vergangenen Jahren jedoch nicht fortgesetzt. Die Zahl der unversorgten Jugendlichen hat sich zum Ende des Ausbildungsjahres 2013/2014 zum dritten Mal in Folge wieder deutlich erhöht (von 514 auf 794). Parallel zu der gestiegenen Zahl an unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern hat sich gleichzeitig die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen erhöht.

Die rheinland-pfälzische Arbeitsmarktpolitik für junge Menschen ist darauf ausgerichtet, Jugendliche rechtzeitig fit für den Arbeitsmarkt zu machen, sie bei der Berufsorientierung sowie der Suche nach einer Ausbildung beziehungsweise Arbeit zu unterstützen und ihnen fehlende oder ergänzende Qualifikationen und Kompetenzen zu vermitteln. Diese wie auch weitere Projekte haben unter anderem das Ziel, motivationszehrende und für alle Seiten kostenintensive Ausbildungsabbrüche zu vermeiden (vgl. S. 99 f.).

Das gemeinsame Ziel aller Projekte ist es, die Beschäftigungschancen und -möglichkeiten junger Menschen individuell, praxisnah und berufsbezogen zu fördern. Die große Bandbreite an Projektansätzen entspricht dabei den heterogenen Ausgangslagen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und zielt darauf ab, ihnen die jeweils spezifisch benötigten Unterstützungsangebote passgenau unterbreiten zu können.

- Noch während der Schulzeit setzen Maßnahmen zur Berufsorientierung an mit dem Ziel, die Jugendlichen auf die Arbeitswelt vorzubereiten, ihnen Berufsbilder vorzustellen und sie bei der Berufswahl und bei der Bewerbung zu unterstützen. Hierzu gehören Förderansätze wie der „Jobfux“ oder die gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit durchgeführte „Vertiefte Berufsorientierung“.
- Besonders wenn der Einstieg in Ausbildung nicht direkt gelingt, ist es wichtig, die Jugendlichen zu unterstützen. „Fit für den Job“ ist ein Förderansatz, der eine intensive Arbeit mit benachteiligten Jugendlichen ermöglicht, um sie dadurch individuell und praxisnah zu qualifizieren. Dies

umfasst Basiskenntnisse, soziale Kompetenzen und erste berufspraktische Erfahrungen.

- Mit den sehr niedrigschwelligen „Jugendscouts“ hingegen werden arbeitslose Jugendliche aufgefangen und mit Hilfe verschiedener Institutionen und Partner wieder an das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem herangeführt.
- Ausbildungsabbruch demotiviert die betroffenen Jugendlichen, führt zu einer geringeren Auslastung der Ausbildungskapazitäten und verursacht in den Betrieben unnötige Kosten. Mit dem Förderansatz „Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen“ gibt es die Möglichkeit, gezielt Projekte zur Unterstützung von Auszubildenden anzubieten.

Die im Sommer 2014 mit den Partnern des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin beschlossene Landesstrategie zur Fachkräftesicherung beinhaltet zudem eine ganze Reihe von Maßnahmen, die teils langfristig, teils kurzfristig angelegt sind. Als kurzfristige Maßnahme ist das zwischen der Landesregierung und der Bundesagentur für Arbeit vereinbarte gesonderte „Coaching für unversorgte Bewerber“ zu bezeichnen. Zu den langfristig angelegten Zielen gehören die diversen Vorhaben zur Verbesserung der Berufsorientierung, zur Unterstützung von Jugendlichen im Übergang von Schule in Ausbildung sowie zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.

Schulsozialarbeit – präventiv und integrativ

Der Bericht hebt hervor und würdigt, dass die Schulsozialarbeit in der letzten Dekade einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren hat und gerade an Realschulen Plus, Integrierten Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen zu einem Regelangebot geworden ist (vgl. Kap. 3.1.7). Aus Sicht der Landesregierung ist die Schulsozialarbeit für ein chancengerechtes Aufwachsen junger Menschen ein zentrales Angebot der Kinder- und Jugendhilfe, auch und gerade durch die Kooperation mit den Schulen. Über die Schulsozialarbeit, die als professionelles sozialpädagogisches Ange-

bot am Lern- und Lebensort Schule tätig ist, werden junge Menschen unterstützt, ihren Weg in der Schule und im Übergang von der Schule in den Beruf zu finden, sodass sie auch im ökonomischen Sinne an der Gesellschaft teilhaben können. Das Leistungsspektrum der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ist ein weites: die individuelle Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Gruppenarbeit, Hilfe bei Konfliktbewältigung im Schulalltag, Beratungsangebote für Schülerinnen und Schüler, die Zusammenarbeit mit Eltern, Schulleitung und Kollegium, offene Angebote der Jugendarbeit an Schulen und die Unterstützung beim Übergang Schule – Beruf sind hier zu nennen.

Die Landesregierung hat in den zurückliegenden Jahren eine erhebliche Ausweitung und damit auch Finanzierung der Schulsozialarbeit auf der Grundlage der Standards zur Schulsozialarbeit in den Kommunen unterstützt. Landesgeförderte Stellen (165,50 Personalstellen) bestehen aktuell an 221 Schulen, die den Abschluss der Berufsreife anbieten.

An 60 öffentlichen berufsbildenden Schulen gibt es 52 Personalstellen Schulsozialarbeit, die ebenfalls mit Haushaltsmitteln des Landes finanziert und gefördert werden.

Projekte für schulverweigernde Schülerinnen und Schüler

Um schulverweigernde Schülerinnen und Schüler in das Regelschulsystem zu (re)integrieren, fördert die Landesregierung sozialpädagogische Maßnahmen und Betreuung. Die Projekte sollen den jungen Menschen Schlüsselqualifikationen und Basiskompetenzen vermitteln. Außerdem werden berufliche Orientierungen geboten sowie tragfähige persönliche Zukunftsperspektiven entwickelt. Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler mit schulmüder und schulverweigernder Haltung. Daneben werden Lehrkräfte, Eltern und entsprechende Fachinstitutionen einbezogen. An insgesamt vier Standorten werden Schulverweigererprojekte in unterschiedlicher Trägerschaft gefördert.

Es ist zentral, dass jungen Menschen Perspektiven gegeben und sie so gefördert werden, dass sie für sich eine positive Zukunft aufbauen und gestalten können. Der Berichtskommission ist daher voll zuzustimmen, wenn sie sagt, dass es der Jugendpolitik obliege, positive Bedingungen für das Aufwachsen der jungen Menschen zu schaffen und dauerhaft zu gewährleisten (vgl. S. 32).

III.6 Hilfen zur Erziehung

Für die Inanspruchnahme der Hilfen zur Erziehung kann festgehalten werden, dass die Nachfrage nach Leistungen nur bedingt von der Anzahl der jungen Menschen abhängig ist. Weitaus mehr Einfluss auf die Nachfrage nach Hilfen zur Erziehung haben beispielsweise folgende Faktoren: komplexer werdende Lebenslagen, die auch zu zunehmenden individuellen und gesellschaftlichen Belastungsfaktoren führen, Mechanismen der Selektion aus den Regelsystemen, ein Anstieg der Zahl psychisch auffälliger Kinder und Jugendlicher oder auch eine verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit für Kinderschutz in Folge vieler Fälle von Kindesmisshandlung, die zum Teil bis zum Tod führten. Gemeinsam mit den rheinland-pfälzischen Kommunen hat die Landesregierung ein Berichtswesen für die Hilfen zur Erziehung aufgebaut. Das Projekt sichert den Kommunen für die Hilfen zur Erziehung planungs- und steuerungsrelevante Daten und Erkenntnisse.

Der 2. Kinder- und Jugendbericht widmet sich ausführlich den soziostrukturellen Bedingungen des Aufwachsens von jungen Menschen. Mit Blick auf die Hilfen zur Erziehung ist das richtig. In einem Bericht zum Thema HzE für die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) heißt es: „Die Hilfen zur Erziehung sind das zentrale sozialpädagogische Angebot für Kinder, Jugendliche und deren Familien bei vielfältigen familialen Problemkonstellationen, Sozialisations- und Erziehungsanforderungen. Der bundesweite Anstieg der Hilfen zur Erziehung muss auch im Zusammenhang mit nachhaltig verfestigten Armutslagen von Kindern und ihren Familien be-

trachtet werden. Armut löst nicht per se einen erzieherischen Hilfebedarf aus, aber sie wird dann zu einem Mitverursacher, wenn die elementare Grundversorgung nicht mehr gedeckt ist, eine Überforderungssituation sich entwickelt, familiäre Not- und Konfliktlagen sich aufgrund von Isolation, Sucht oder vielleicht normabweichenden Verhaltensstrategien zuspitzen. Die erzieherischen Hilfen fangen damit die Folgen von anderen gesellschaftlich verursachten Problemlagen auf. Die Hilfen zur Erziehung sind für eine zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen eben nicht nur Ausfallbürge, sondern bieten auch eine Möglichkeit zu mehr Chancen-, Zugangs- und Realisierungsgerechtigkeit. Sie schaffen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und öffnen Türen im Rahmen von Sozialisation, Bildung und Erziehung.“

III.7 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Im 2. Kinder- und Jugendbericht wird verschiedentlich auf die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eingegangen. Die Landesregierung begrüßt das ausdrücklich. Waren bis vor wenigen Jahren die Fluchtzahlen von Kindern und Jugendlichen, die ohne Eltern nach Deutschland eingereist sind, vergleichsweise niedrig, so haben sie bundes- und landesweit deutlich zugenommen. Bislang wurden die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge an dem Ort in Obhut genommen und untergebracht, an dem sie aufgegriffen wurden bzw. um Asyl gebeten haben. Bund und Länder arbeiten vor dem Hintergrund der steigenden Zahlen seit Ende 2014 an der Einführung einer bundesweiten Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, damit nicht nur die Kosten, sondern auch die tatsächliche Betreuung gleichermaßen auf die Bundesländer gemäß dem Königsteiner Schlüssel verteilt wird. Für Rheinland-Pfalz bedeutet dies, seine Betreuungskapazitäten auszubauen und das bislang gut aufgestellte System der Inobhutnahme und des Clearings bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

III.8 Die Perspektive der jungen Menschen auf ihre Lebenssituation – „Respekt“, „Räume“, „Ressourcen“ als Leitmotive der jungen Menschen

Mit der empirischen Erhebung zur Sichtweise der Jugend ist dem 2. Kinder- und Jugendbericht eine Pionierleistung gelungen.

Im Rahmen des Berichtszeitraums in Form eines qualitativ-explorativen Zugangs (Zukunftswerkstatt, Gruppendiskussion, qualitative Inhaltsanalyse) wichtige Themen der jungen Menschen zu erfassen, sie sodann in Ergänzung mit Themen aus einschlägigen Jugendstudien in eine quantitative Fragebogenerhebung zu „überführen“ und rechtzeitig auswerten zu können war ein Kraftakt für die Berichtskommission. Dass bei dieser erstmaligen Untersuchung noch nicht jedes Detailergebnis im strengen Sinne valide sein kann²⁶, ändert nichts an der Bestandskraft der globalen Aussage-trends, die der Bericht herausarbeitet.

Die Stichworte „Respekt, Räume, Ressourcen“, unter denen die Anforderungen der jungen Menschen an ihre Lebenswelt zusammengefasst sind, werden auch durch die aktuelle Fachdebatte nachdrücklich unterstützt.

Mit der Erwartung der jungen Menschen nach Respekt im Miteinander – bezogen auf die Erwachsenen, aber ebenso bezogen auf die Gleichaltrigen und allgemein mit Blick auf die Konzeption und Ausgestaltung öffentlicher Institutionen, die für jugendliche Lebensbelange wichtig sind (Schule, Ausbildung, Freizeit/Jugendarbeit, ÖPNV) – bringen die Jugendlichen ihren Wunsch nach Wert-

²⁶ Um z. B. einzuschätzen, inwieweit die Nutzungsgewohnheiten junger Menschen auf Präferenzen oder auf mangelnde Angebote der Jugendarbeit zurückzuführen sind, müsste man beides im Zusammenhang sehen.

schätzung und (wechselseitiger) Anerkennung zum Ausdruck.²⁷ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Jugendliche im Bericht als „Seismografen“ bezeichnet werden, die gesellschaftlich Bedeutsames wahrnehmen und zum Ausdruck bringen.

Anerkennung und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit werden von der Fachdebatte als wichtige Faktoren für die persönliche Entwicklung der jungen Menschen gesehen, für die Entwicklung von Autonomie allgemein, aber auch für die Fähigkeit, Schwierigkeiten und Herausforderungen im Lebenslauf produktiv zu meistern („Resilienz“).

Für die umfassende Persönlichkeitsentwicklung sind reale Peer-Kontakte erforderlich. Sie stellen sich außerhalb der Schule nicht mehr automatisch in der gewünschten Bandbreite und Intensität dar. Vor Ort ist der Bezug zu Gleichaltrigen ggf. ausgedünnt (siehe oben demografischer Wandel). Zudem sind die Möglichkeiten der jungen Menschen, eigeninitiativ Strukturen des Zusammenkommens zu schaffen und zu erhalten, begrenzt. Peer-Kontakte brauchen eine gesellschaftliche Unterstützung, z. B. durch die Bereitstellung von Orten („Gelegenheitsstrukturen“, wie der Bericht sagt), die Gemeinsamkeit stiften können. Soziale Räume, die nicht durch institutionelle Regeln bereits vorab festgelegt, sind, sind wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen.

27 Diskriminierung wird im Kontext der Selbstaussagen der Jugendlichen als eigenständig benanntes Thema behandelt. Das wird ausdrücklich begrüßt. Dabei wird das Thema und der Begriff Diskriminierung durch die Berichtskommission allerdings nicht mit der Definition von Diskriminierung (Benachteiligung) gemäß Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) kontrastiert oder objektiviert, sondern es geht allein um die Wahrnehmung und Interpretation aus der Perspektive der Jugendlichen selbst. Interessantes Ergebnis ist dabei u. a., dass alle Jugendlichen dieses Thema als besonders wichtig hervorheben, es auch als ein die alltägliche Erfahrung prägendes Phänomen einordnen, die persönliche Betroffenheit (als Täterin/Täter oder Opfer) aber überhaupt nicht genannt wird, sondern im Zuge von Zuschreibungen an andere Personen oder Gruppen und damit lediglich indirekt diskutiert wird. Möglicherweise zeigt sich hier die Wirkung sozial erwünschten Auskunfts- oder Antwortverhaltens, wonach es weder in Frage kommt, sich selbst als Täterin/Täter zu outen, noch zugeben zu können, Opfer (gewesen) zu sein.

Sie brauchen Räume, die sie sich selbsttätig aneignen können, Freiräume, in denen Regeln für das soziale Miteinander ausgehandelt und erprobt sowie Themen und Projekte ohne Vorgabe der Institution gemeinsam geplant und umgesetzt werden können.

Auch ist es schlüssig, dass zu den Freiräumen auch Ressourcen treten müssen. Ressourcen sind nötig, um konkrete Räumlichkeiten, Ausstattung, Medien oder Arbeitsmaterialien zu sichern. Darüber hinaus sind sie erforderlich, um die jungen Menschen auf dem Weg in die Selbständigkeit unabhängig von Familie und Schule personell zu unterstützen. Hier geht es um fachliche Strukturhilfe für reale Peerkontakte außerhalb der Schule, um anwaltliche Unterstützung gegenüber konkurrierenden gesellschaftlichen Interessen, um die Organisationshilfe für jugendgemäße Events, um Beratung und pädagogische Begleitung sowie um motivierende und animierende Angebote für die Freizeitgestaltung, für die Mitgestaltung der Gesellschaft und Anregung und Unterstützung für die Selbstorganisation.

III.9 Weitere für die Lebenswelten junger Menschen relevante Aspekte

III.9.1 Vielfalt – Multikulturalität

Kindliche Lebenswelten in Deutschland sind von Multikulturalität geprägt. So eine zentrale Botschaft aus dem aktuellen Kinder-Migrationsreport des Deutschen Jugendinstituts (DJI), der einen fundierten empirischen Überblick über die Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund gibt. Auch Rheinland-Pfalz ist durch Einwanderung geprägt. Rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz besitzt einen Migrationshintergrund. Betrachtet man insbesondere die jüngeren Altersgruppen, so stellt man fest, dass hier/dort die Anteile noch einmal höher sind. Beispielsweise hat über ein Drittel der Bevölkerung unter 15 Jahren einen Migrationshintergrund, in Ballungszentren und Städten dürfte dieser Anteil sogar etwas höher liegen.

Das Vorliegen eines Migrationshintergrundes sagt per se aber noch nichts aus. Vielmehr gilt es auch hier wahrzunehmen, dass die Heterogenität innerhalb der Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ebenso hoch ist wie innerhalb der Gruppen ohne Migrationshintergrund. Zu Recht verweist der Bericht darauf, dass die sozial-ökonomische Lage der Eltern (oder Familien) mit die aussagekräftigste Einflussgröße z. B. auf den Bildungserfolg darstellt. Hinzuzufügen wäre, dass dieser Befund nicht nur für den Bildungserfolg gelten dürfte.

Der vorliegende 2. Kinder- und Jugendbericht vermerkt im Abschnitt „Exkurs: Jugendliche in der Einwanderungsgesellschaft“²⁸, dass eine Unterscheidung Migration/Nicht-Migration nicht zwingend zielführend sein muss und mitnichten zu einer verbesserten oder sensibleren Wahrnehmung sozialer Ungleichheit beiträgt. Dem kann die Landesregierung insoweit zustimmen, wenn man bedenkt, dass ein unkritischer Umgang mit dem Merkmal „Migrationshintergrund“ die Gefahr für Ethnisierungen und Zuschreibungen birgt, die möglicherweise an den Lebenswelten und Lebensrealitäten der Kinder und Jugendlichen vorbeigehen.

Gleichwohl kann eine pauschale De-Thematisierung durchaus vorliegender migrationsbedingter Aufwuchsbedingungen den Blick verstellen für individuelle Bedarfe und das sowohl in analytischer wie auch in empirischer Hinsicht, wie das Bundesjugendkuratorium ebenfalls in einem eigenen Bericht schon festgestellt hat.²⁹

Mit Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist der 2. Kinder- und Jugendbericht zu Recht auf die Notwendigkeit zur Interkulturellen Öffnung in vielen Bereichen hin.³⁰ Das ist in-

soweit erfreulich, da es damit ein zentrales integrationspolitisches Anliegen der Landesregierung aufgreift.

Interkulturelle Öffnung richtet sich in erster Linie an die aufnehmende Gesellschaft und deren (Regel-)Strukturen und thematisiert insbesondere Fragen

- nach dem Abbau von Zugangshindernissen für Migrantinnen und Migranten,
- nach Abbildung der in einer Gesellschaft vorhandenen Vielfalt, auch unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Organisation, Verwaltung oder aber in der Leitungsebene eines Verbandes, Vereines etc.,
- nach Mitteln und Wegen, die es einer Organisation ermöglichen, bspw. ihre Beschäftigten in die Lage zu versetzen, Menschen unterschiedlicher Herkunft wertschätzend und anerkennend zu begegnen,
- nach diskriminierenden Benachteiligungsstrukturen und Ausgrenzungsmechanismen sowie der gezielten Befassung und Auseinandersetzung damit.

Damit eng verknüpft ist auch das Thema *Interkulturelle Kompetenz*, die in erster Linie eine individuelle Kompetenz beschreibt. Hier geht es beispielsweise um Wissen über und Sensibilität für Machtasymmetrien, Definitions- und Deutungshoheiten, Empathie und Rollendistanz, Reflexion der eigenen Fremdbilder, die Wahrnehmung des ethnischen Hintergrunds in seiner individuellen Bedeutung, ohne dass es zu Ethnisierungen und pauschalen Zuschreibungen kommt oder aber auch insbesondere das Erkennen der Folgen des eigenen (bewussten oder auch unbewussten) Handelns.

Interkulturelle Öffnung ist also ein kontinuierlicher Prozess von Organisations-, Personal und

28 Vgl. S. 56 f.

29 Vgl. hierzu: Bundesjugendkuratorium (2013): „Migration unter der Lupe. Der ambivalente Umgang mit einem gesellschaftlichen Thema in der Kinder- und Jugendhilfe.“

30 Beispiel Sportvereine: Die Notwendigkeit einer weiteren Öffnung

der Sportvereine für Jugendliche mit Migrationshintergrund wird als wichtiges Anliegen für die Zukunft transparent gemacht und der Nutzen auch fundiert begründet.

Qualitätsentwicklung. Es geht um die Interkulturelle Orientierung der gesamten Organisation, ihrer Leistungen und Produkte. Das gilt auch für Angebote und Dienste in Bereichen, in denen Kinder und Jugendliche zur Zielgruppe gehören.

Die Landesregierung hat in der aktuellen Legislaturperiode etliche Prozesse der Interkulturellen Öffnung anstoßen und festigen können. So wurden „Kriterien zur Förderung von Integrationsprojekten für Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz“ entwickelt und ausgeschrieben, die in der Förderung von Prozessen Interkultureller Öffnung einen besonderen Schwerpunkt setzten. Dies ermöglichte die Unterstützung von Projekten zur Interkulturellen Öffnung von und zur Erhöhung der Interkulturellen Kompetenz von Beschäftigten in Institutionen, Organisationen und Verbänden. Auf dieser Basis wurden beispielsweise Fortbildungen und Schulungen von Kommunen in Rheinland-Pfalz (z. B. auch für Leitungen und Bedienstete in Kindertagesstätten) gefördert. Unterstützt und begleitet wurden aber auch weitere Projekte zur Interkulturellen Öffnung: wie z. B. das Projekt zur Interkulturellen Öffnung der offenen Jugendarbeit, ein übergreifendes Projekt zur Interkulturellen Öffnung in den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz oder aber ein Projekt zur Interkulturellen Öffnung der Jugendfeuerwehr Rheinland-Pfalz.

Darüber hinaus geht es der Landesregierung aber auch darum, die Integration in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, zumal in Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien, systematisch voranzubringen. Daher wurde in dieser Legislaturperiode das Integrationskonzept fortgeschrieben, mit Beteiligung der Partnerinnen und Partner im Landesbeirat für Migration und Integration. Unter dem Titel „Integration, Anerkennung und Teilhabe – Leben gemeinsam gestalten“ werden in neun Handlungsfeldern Maßnahmen beschrieben, die geeignet sind, die gleichberechtigte Teilhabe der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz zu fördern. Neben der bereits angesprochenen Interkulturellen Öffnung und Interkulturellen Kompetenz sind zentrale Be-

reiche des Konzeptes: *Partizipation, Bildung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, Familie, Gesundheit, Religion sowie die Bereiche Kultur, Medien, Aufklärung und Information sowie Flüchtlinge.*

III.9.2 „Queere Jugendliche“

Für die „Lebensphase Jugend“ ist die Entwicklung einer stabilen sexuellen und geschlechtlichen Identität eine zentrale Aufgabe. Jugendliche, die während ihrer Pubertät feststellen, dass sie eine andere als die heterosexuelle Identität besitzen, geraten aufgrund der heterosexuellen Normativität – die nach wie vor bestimmend auch für eine moderne Gesellschaft ist – und damit zusammenhängender Vorurteile, Unkenntnisse und ablehnendem Verhalten vielfach in eine persönliche Krise.

Eine Studie der Stadt Berlin aus dem Jahr 1999 hat gezeigt, dass die Suizidrate von homosexuellen Jugendlichen um ein Vielfaches höher ist als die von heterosexuellen Jugendlichen. Die Online-Studie zur Lebenssituation von LSBTTI in Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2015 hat ergeben, dass die Hälfte der Befragten ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität im schulischen Umfeld nicht oder nur eingeschränkt offen ausleben konnte oder kann. Insgesamt sind lesbische, schwule, bisexuelle, transgener, transsexuelle und intersexuelle Jugendliche bisher noch nicht ausreichend im Fokus der Kinder- und Jugendhilfe.

Der Landesaktionsplan der Landesregierung „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ greift diese Problematik queerer Jugendlicher im Handlungsfeld „Familie, Kinder und Jugend“ auf und hat sich das Ziel gesetzt, die Kompetenz von Fachkräften in Sozial- und Familienberatungsstellen sowie Fachkräften von Schwangerschaftsberatungsstellen und Fachkräften in Familien- und Jugendhilfeeinrichtungen im Hinblick auf sexuelle und geschlechtliche Identität zu stärken.

Die Landesregierung begrüßt daher, dass das Thema sexuelle und geschlechtliche Identität im 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz erstmals aufgenommen wird.

III.9.3 Aufwachsen mit digitalen Medien

Die Lebenswelten junger Menschen werden heute stark geprägt durch digitale Medien. Der medienpädagogische Forschungsverbund Südwest dokumentierte in seinen Langzeitstudien, dass derzeit über 80 % der Zwölf- bis 19-Jährigen täglich online sind und 88 % der jugendlichen Internetnutzer über ein Smartphone verfügen. Insbesondere die sozialen Netzwerke haben eine wesentliche Bedeutung im Leben von Jugendlichen.

Online-Communities werden im Jahr 2014 von knapp drei Viertel der Zwölf- bis 19-Jährigen aktiv genutzt³¹. Dabei kommt den sozialen Netzwerken ein wesentlicher Stellenwert bei der Bewältigung elementarer Entwicklungsaufgaben zu. Sowohl das Streben nach Autonomie und die Gestaltung sozialer Beziehungen als auch die Verwirklichung von Selbstbestimmung und Teilhabe werden stark geprägt durch die neue Form der Kommunikation. (vgl. 14. Kinder- und Jugendbericht (BT-Drs. 17/12200, S. 43)).

Die Landesregierung begrüßt, dass der Bericht an verschiedenen Stellen die Relevanz von digitalen Medien im Alltag von Kindern und Jugendlichen hervorhebt. Beispielsweise werden Angebote der Medienbildung in der Jugendarbeit in Kapitel 3.1.6 skizziert und es werden einzelne Medienprojekte vorgestellt. Auch das Kapitel zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (Kap.3.1.10) nimmt u. a. Bezug auf ernstzunehmende Gefährdungspotenziale im Internet und dokumentiert die Rechercheergebnisse von jugendschutz.net.

Da die digitalen Medien inzwischen fester Bestandteil der Jugendkultur sind, wäre es allerdings wünschenswert, wenn ein künftiger Bericht noch detaillierter auf aktuelle Entwicklungen eingehen würde. Es sollte dann auch vertieft werden, wie die Mediatisierung das Leben der Kinder und Jugendlichen positiv beeinflussen kann und welche konkreten Chancen sich hieraus für den Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ergeben. Die Anforderungen an die Jugendarbeit bezogen auf virtuelle Welten werden in Kapitel 8 benannt, die Thematik wird allerdings nur kurz angeschnitten und nicht umfassend dargestellt.

Die Mediatisierung und Digitalisierung der Lebenswelten junger Menschen stellt neben Eltern auch Fachkräfte und Staat vor neue Aufgaben. Nur durch die Befähigung junger Menschen in Kombination mit erforderlichen Schutz- und Kontrollmaßnahmen kann ein gutes Aufwachsen mit Medien gelingen. Eine Kernaufgabe der Kinder- und Jugendpolitik ist es daher, den Medienkompetenz-erwerb als Querschnittsaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe zu begreifen. Vielfältige Angebote im Bereich der Medienkompetenzförderung sowie der Anpassung der gesetzlichen Vorschriften zum Schutz junger Menschen tragen entscheidend dazu bei, dass sich junge Menschen zu selbstbestimmten und starken Persönlichkeiten entwickeln. Der hohe Stellenwert der sozialen Netzwerke bezogen auf die Bewältigung von elementaren Entwicklungsaufgaben sollte im Bericht noch stärker behandelt werden. Eine ausführlichere Berichterstattung zu den Chancen und Risiken der Digitalisierung und Mediatisierung bezogen sowohl auf das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen als auch auf die Kinder- und Jugendarbeit wäre im nächsten Bericht wünschenswert.

31 Vgl. JIM 2014, Jugend, Information, (Multi-)Media, Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland; Herausgeber: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest.

III.9.4 Partizipation und ehrenamtliches Engagement junger Menschen

Seit vielen Jahren unterstützt die Landesregierung die Mitwirkung der jungen Menschen im Gemeinwesen. Rheinland-Pfalz war das erste Bundesland mit einer Leitstelle Partizipation, die das Ziel verfolgt, über die Förderung einzelner Partizipationsprojekte hinaus die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen landesweit strukturell zu verankern, sodass sich eine dauerhafte kommunale Beteiligungskultur etabliert, u. a. durch fachliche Unterstützung und Qualifizierung, Schaffung von Netzwerken, Informationsbereitstellung. Die Berichtskommission würdigt diese Leistungen der Landesregierung und geht auch auf die gerade in jüngster Zeit entstandenen weiteren Initiativen wertschätzend ein (vgl. Kap. 3.1.5). Dazu gehören u. a. die Veranstaltungsreihe „Engagierte Jugend in Rheinland-Pfalz“, das mit der Bertelsmann Stiftung durchgeführte Modellprojekt „jungbewegt – dein Einsatz zählt!“ und das mit diesem Projekt verbundene „jugendforum rlp – liken, teilen, was bewegen“³² sowie das daraus entstandene Jugendmanifest „Unsere Zukunft bestimmen wir!“.

Um junge Menschen in ihrem ehrenamtlichen Engagement zu unterstützen, sind ebenso die strukturellen (Regel-)Förderungen der Landesregierung im Rahmen der Jugendarbeit zu nennen, beispielhaft die Schulungen Ehrenamtlicher oder die Förderung von Ehrenamtlichen bei Veranstaltungen. Auch hat das Land die Voraussetzungen für den Ersatz von Verdienstausfall durch ehrenamtlichen Einsatz in der Jugendarbeit durch das „Landesge-

setz zur Stärkung des Ehrenamtes in der Jugendarbeit“ geschaffen.³³

Eines der drei leitenden Handlungsziele der vom Kabinett im November 2014 verabschiedeten Jugendstrategie „JES!“ ist die „Gewährleistung der Mitbestimmung an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen“. Damit will die Landesregierung ein deutliches Zeichen setzen, dass die Beteiligung junger Menschen landesweit weiter zu stärken ist. Junge Menschen brauchen einen sichtbaren Ausdruck dafür, dass sie als Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden. Sie brauchen konkrete Angebote zur Mitbestimmung und Mitgestaltung der Gesellschaft. Die Jugendpolitik der Landesregierung will sich deshalb im Sinne der Parteinahme für junge Menschen in allen gesellschaftlichen Gestaltungsbereichen dafür starkmachen, dass junge Menschen – und zwar unabhängig von ihrer Herkunft und ihren materiellen Möglichkeiten – die Gesellschaft mitgestalten können. Wie im Abschnitt über die demografische Entwicklung schon benannt (siehe auch Schlussbetrachtung), wird es im Zuge des demografischen Wandels wichtiger denn je, die jungen Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

In diesem Kontext ist auch die vom rheinland-pfälzischen Landtag eingerichtete Enquete-Kommission „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie“ zu nennen. Sie hat sich von November 2011 bis Januar 2015 mit den unterschiedlichen Aspekten der Bürgerbeteiligung befasst. Einer der Schwerpunkte war das Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung/Mitbestimmung in der Schule“. Die Enquete hat dazu folgende Empfehlungen ausgesprochen:

32 In konzeptioneller Anlehnung an dieses „Jugendforum rlp“ mit seinen Online- und Offline-Elementen wurde im Jahr der Europawahl 2014 in Kooperation mit der EU-Kommission und der Bertelsmann Stiftung das „jugendforum europa rlp“ durchgeführt, das sich auf europapolitische Themen konzentrierte. Damit konnten junge Menschen frühzeitig in europapolitische Diskussionen eingebunden werden. Sie konnten ihre Wahrnehmung von Europas Stärken und Schwächen einbringen und Überlegungen zur Veränderung Europas anstellen. Das Projekt ermöglichte es rund 400 Jugendlichen, sich aktiv mit europäischen Themen auseinanderzusetzen und ihre Anliegen der Landesregierung und der EU-Kommission vorzutragen.

33 Beim Hearing „Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement“ im Rahmen der Erstellung des 2. Kinder- und Jugendberichtes wurde deutlich, dass mehr strukturelle statt projektbezogener Förderungen wichtig sind (vgl. S. 122).

- Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen auf 16 Jahre,
- Beteiligungsmöglichkeiten in der Ausbildung: Ausweitung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung bei Auszubildenden auf 5 Tage jährlich,
- Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung für Auszubildende bzw. der Jugendvertretungen,
- Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern: Vermittlung von Wissen über die Wichtigkeit von Kinder- und Jugendbeteiligung als Bestandteil der Bildungsgänge im Rahmen übergreifender pädagogischer Prinzipien,
- flächendeckende Ausweitung bereits vorhandener unterschiedlicher Formen der Partizipationsmöglichkeiten in Kitas und Schulen.

Die Landesregierung wird diese Empfehlungen aufgreifen, um die bereits laufenden Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung weiter zu intensivieren.

III.9.5 Naturerleben, Umwelt- und Ernährungsbildung

Das Erleben von Wasser und Natur im Siedlungs- und Freiraum hat für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einen hohen Stellenwert. Naturerfahrungen sind Voraussetzung dafür, dass junge Menschen sich später für den Erhalt und die Entwicklung von Natur und Umwelt einsetzen. Die Landesregierung fördert daher naturnahe Erlebnisspielräume.³⁴

Landesforsten Rheinland-Pfalz bietet in Kooperation mit engagierten Partnern zahlreiche wald- und umweltpädagogische Aktivitäten an. Alleine die häufig mehrtägigen Bildungsangebote der in Regie von Landesforsten betriebenen schulnahen Umwelterziehungseinrichtungen werden jährlich von rund 34.000 Schülerinnen und Schülern genutzt.

Da die Nachfrage nach einer qualifizierten Bildungsarbeit im Wald alleine durch staatliche Angebote nicht befriedigt werden kann, wurde 2009 die Qualifizierung zum staatlich anerkannten „Zertifikat Waldpädagogik Rheinland-Pfalz“ in das Bildungsprogramm des Landes aufgenommen. Das Angebot richtet sich an interessierte Menschen, die sich ehrenamtlich, neben- oder freiberuflich in der Jugend- und Bildungsarbeit engagieren wollen.

Zur Verbesserung der Gesundheitsprävention durch richtige Ernährung und Ernährungsbildung wird das EU-Schulobst- und -gemüseprogramm an 1.000 Grund- und Förderschulen sowie 1.650 Kindertagesstätten umgesetzt. Im Rahmen dieses Programms wird die Ausgabe von kostenlosem Obst und Gemüse mit Maßnahmen der Ernährungsbildung für Kinder verknüpft. Die Evaluierung dieses Programms zeigt, dass hiervon insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien profitieren. Die Initiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ leistet einen Beitrag zur Verankerung von Ernährungsbildung in Verbindung mit gesunder Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten.

III.10 Weiterentwicklung des Indikatorenkonzeptes „Child Well-being“ hin zu einem Konzept „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ)“

Die Landesregierung begrüßt, dass die Anregungen aus der Diskussion des ersten Kinder- und Jugendberichtes zur Weiterentwicklung des Indikatorenkonzeptes „Child Well-being“ – das als Daten- und Analysekonzept zur Strukturierung und Deutung der Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen in den Gebietskörperschaften des Landes (= regional differenzierte Sozialberichterstattung) dienen soll – von der Berichtskommission in zweifacher Hinsicht konstruktiv aufgegriffen wurden:

³⁴ Bislang wurden 539 naturnahe Erlebnisspielräume gefördert.

- Zum einen wurden die Kennzahlen und die Indikatoren kritisch überprüft und reduziert³⁵,
- zum anderen wurde das Indikatorenkonzept auch über die Befragung der Jugendlichen inhaltlich angereichert; konkret bedeutet das, dass die Selbstauskünfte der Jugendlichen interpretativ genutzt wurden, um objektive Indikatoren zu begründen³⁶, die in den Gesamt-Index zum Wohlbefinden einfließen, so insbesondere das Thema Mobilität.

Unter Rekurs auch auf internationale und nationale Studien³⁷ ist das Ergebnis „ein Konzept von Anzeigern für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ)“ (vgl. Einführung und Kap. 5).

Die Berichtskommission macht mit dieser begrifflich-inhaltlichen Überarbeitung deutlich, dass das Indikatorenkonzept *nicht* als ein Ranking der Landkreise und kreisfreien Städte zu verstehen ist, sondern als *ein* Instrument neben anderen, das

Anhaltspunkte geben und den Blick öffnen möchte für Verbesserungen regionaler Planungen.³⁸

„Mithilfe von Indikatoren können ‚direkt nicht wahrnehmbare bzw. komplexe und unmittelbar nicht zu operationalisierende Aspekte der sozialen Realität ausschnittsweise bzw. stellvertretend‘ (Jordan 1998, S. 340) abgebildet werden. Indikatoren ‚messen‘ also den ausgewählten Aspekt nicht ‚objektiv‘, sondern stellen vielmehr einen plausiblen Anzeiger für einen nicht unmittelbar messbaren Zusammenhang der sozialen Wirklichkeit dar.“ (S. 214)

35 Statt 101 Kennzahlen noch 43, die zu zwölf Indikatoren verdichtet werden und in den einzelnen Dimensionen des Indikatorenkonzeptes: „Lebensbedingungen“, „Wohlfahrtsleistungen“ und „Handlungsräume“ zu drei Indices zusammengefasst werden. Berichtskommission: „Die Anzahl der im zweiten Bericht verwendeten Kennzahlen und Indikatoren (...) führt zu einer verbesserten Gleichwertigkeit der einzelnen Dimensionen im Gesamtindex WKJ.“ (S. 211)

36 Die Selbstauskünfte mussten in objektive Daten „übersetzt“ werden (= „objektive Anzeiger“ für das subjektive Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen.) Dabei gab es für die Berichtskommission Schwierigkeiten wie beim ersten Kinder- und Jugendbericht: Die Grunddaten bzw. Kennzahlen müssen für alle 36 Gebietskörperschaften vorliegen (Vergleichbarkeit) (vgl. Kap. 5.2, S. 210 f.). Ein Problem bleibt die Datenlage: „Im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Daten, die dem Gesamtindex WKJ zugrunde liegen, zeigen sich zum Teil noch erhebliche Lücken. Folglich konnten einige relevante Aspekte der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, die in Kapitel 2 und 3 analysiert, und einige Themenkomplexe, die von den Jugendlichen selbst als wichtig für ihr Wohlbefinden formuliert wurden, nicht in objektive Daten überführt und in den WKJ-Index einbezogen werden.“ (S. 240)

37 Die Berichtskommission nimmt Bezug auf u. a. die Arbeiten zum „Capability Approach“ (Befähigungsansatz), hier insbes. Martha Nussbaum oder die Unicef-Berichte zur Lage der Kinder in Deutschland (Bertram u. a.) (siehe S. 208).

38 Es versteht sich von selbst, dass diese Anhaltspunkte nicht erschöpfend sein können.

IV Herausforderungen – eine Schlussbetrachtung

Das Eigenrecht der Jugend, ihr Recht auf einen Platz in der Gesellschaft und auf Mitwirkung in der Gesellschaft wird im Bericht ebenso betont wie die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, junge Menschen dazu zu befähigen, mitwirken, partizipieren und teilhaben zu können. Die Jugendphase wird als eigenständige Lebensphase mit typischen Gestaltungsmöglichkeiten und zugleich als eine Zeit mit zentralen Entwicklungsaufgaben herausgearbeitet. Dabei wird deutlich – insbesondere in der Jugendbefragung –, dass die manchmal unbequemen, eigensinnigen oder kreativen Ideen, Vorstellungen und Aktivitäten junger Menschen und ihre zuweilen „grenzüberschreitenden“ Experimente wichtig sind, um zu innovativen Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen von morgen zu kommen. Darauf verweist die Berichtskommission ausdrücklich, wenn sie sagt, dass die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen und Eigenheiten der Lebensphase Jugend als eine Zeit folgenreicher Entwicklungsarbeit und Erprobung zugleich zu begreifen sei und damit für die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungschancen und Zukunftsaussichten von herausragender Bedeutung sei.

Die Landesregierung will dazu beitragen, dass die jungen Menschen umfassend gefördert und dazu ermutigt werden, neue Wege zu gehen. Für die rheinland-pfälzische Jugendpolitik spannt sich dabei der Bogen der Aufmerksamkeit von dem Aspekt der zukünftigen qualifizierten Arbeitskraft über den der mitgestaltenden Staatsbürgerin, des mitgestaltenden Staatsbürgers bis hin zu dem des jungen Menschen als Subjekt universaler Menschenrechte.

Die Jugendphase ist prägend für das Verhältnis der jungen Menschen zu Gesellschaft und Politik und sie ist entscheidend dafür, dass junge Menschen Perspektiven für ein erfülltes Leben entwickeln können. Die Landesregierung sieht sich hier in diesem Verständnis, zumal auch mit der jugendpolitischen Initiative „JES! Jung. Eigenständig. Stark.“

durch den Bericht bestätigt. Der Bericht fordert Politik und Gesellschaft, als Landesbericht naturgemäß vor allem Land und Kommunen, dazu heraus, stärkend und unterstützend auf die reale Situation der jungen Menschen in ihren sehr unterschiedlichen Lebenssituationen und Lebensorten zu reagieren. Die Landesregierung hat bereits wichtige Schritte in diese Richtung getan. Sie will mit ihren Maßnahmen dazu beitragen, dass Jugend sich als wichtig für die Gemeinschaft erfahren kann.

Dazu gehört, dass die Landesregierung sich auf die Perspektive der jungen Menschen, wie sie der Bericht herausgearbeitet hat, einlassen will. Sie wird sie in die Überlegungen der unterschiedlichen Ressorts zu einer Politik für die Jugend einfließen lassen, einschließlich der Forderung u. a. nach Verbesserung der Mobilität bzw. der öffentlichen Nahverkehrsangebote, speziell auch jenseits des Berufsverkehrs. Die Frage der „Infrastrukturpolitik“ für die Jugend sieht sie eng verbunden mit dem öffentlichen Gestaltungsauftrag und mit der örtlichen Planung für die „soziale Infrastruktur Jugendarbeit“.

Der 2. Kinder- und Jugendbericht bestätigt die Landesregierung darin, ihre Politik bezogen auf die jungen Menschen zu überprüfen und neu auszurichten. Sie will die jungen Menschen nicht dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte überlassen. Nicht zuletzt in den Radikalisierungstendenzen junger Menschen sieht sie Indikatoren dafür, dass im Hinblick auf die gesellschaftliche Wahrnehmung der Interessen von jungen Menschen Leerstellen bleiben. Sie will dem mit der jugendpolitischen Initiative in allen Politikfeldern nachgehen. Vor allem will sie in der konkreten Infrastrukturpolitik die Jugendarbeit stärken und damit klare Akzente zu einer umfassenden Jugendförderung setzen.

Die Landesregierung wird der Situation der jungen Menschen in den strukturschwachen ländlichen

Räumen sowie im ländlichen Raum allgemein verstärkt Aufmerksamkeit widmen. Ob junge Menschen gehen oder bleiben, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Erfahrungen sie an ihrem Lebensort machen und welche Entwicklungs- und Gestaltungsräume ihnen dort geboten werden.

Für die Landespolitik kann das weiterentwickelte Indikatorenkonzept „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ)“ wichtige Hinweise für Handlungserfordernisse der Politik geben. Dabei hat auf der örtlichen Ebene vor allem die Jugendhilfeplanung als gesetzlich vorgegebenes Analyse- und Gestaltungsinstrument eine besondere Bedeutung. Der Bericht betont, dass die in Rede stehende Gestaltungsverantwortung sich nur mit deutlich verbesserten Planungsinstrumenten schultern lässt.

Die Landesregierung will deshalb dazu beitragen, dass Planungsinstrumente für die differenzierte Bewältigung der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen gestärkt werden. Die Kommunen müssen in den Stand versetzt werden, den jungen Menschen selbst bei der Planung mehr (Be-)Achtung schenken und sie umfassend daran beteiligen zu können. Um zu dokumentieren und letztlich auch sicherzustellen, dass die Planungsbeteiligung der jungen Menschen ernst genommen wird, sollte sie auf der Ebene der jeweiligen örtlichen Verwaltungen Chef(innen)sache sein.

Die Landesregierung will die Herausforderung des Berichts annehmen und sich das Thema „Soziale Infrastruktur Jugendarbeit“ zu eigen machen. Sie sieht darin eine Bestätigung des Wegs, den sie mit der jugendpolitischen Initiative „JES!“ eröffnet hat. Sie will die Jugend nicht dem freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte überlassen, nicht den Tendenzen zur einseitigen Betonung von Wertungsgesichtspunkten, zur kommerziellen Erschließung jugendlicher Konsumentengruppen und zur ungleichen Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen.

Zur Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen der Jugend hält die Lan-

desregierung Jugendarbeit in einer großen Bandbreite öffentlich verantworteter und pädagogisch inspirierter Strukturen und Angebote für erforderlich.³⁹ Trotz angespannter Haushaltslage der Kommunen wie des Landes hält sie daran fest, dass für die Realisierung dieser sozialen Infrastruktur landesweit ein umfängliches, stabiles Netz von professionellen Pädagoginnen und Pädagogen erforderlich ist. Es geht dabei nicht um eine „professionelle Verfolgungsbetreuung“, wie es der Berliner Ethik-Professor Lob-Hüdepohl formuliert. Es geht vielmehr um die notwendige Unterstützung junger Menschen dabei, ihre Interessen in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen, eine „Heimat“ in der Gesellschaft zu finden und Perspektiven für ein gelingendes Leben zu entwickeln.

Mainz, März 2015

39 Die Schlussfolgerung, „dass Jugendpolitik und Jugendarbeit einen geschlechtersensiblen Ansatz verfolgen sollten, um unterschiedliche Problemlagen von Jungen und Mädchen wahrzunehmen und darauf angemessen eingehen bzw. geschlechtergerechte Angebote machen zu können“ (vgl. S. 205), wird aus gleichstellungspolitischer Sicht begrüßt, auch dass in ländlichen Regionen im Rahmen der Jugendarbeit ein noch stärkerer Fokus auf spezifische Angebote für Mädchen zu richten ist.

ZUSAMMENFASSUNG

Der vorliegende Bericht schließt an den ersten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz an und geht auf das Vorhaben der Landesregierung zurück, eine kontinuierliche Berichterstattung über die Lebenssituation junger Menschen in Rheinland-Pfalz sowie über öffentliche Angebote und Hilfen für Kinder und Jugendliche zu implementieren (vgl. Landtag Rheinland-Pfalz 2007b, Drucksache 15/832). Der datenbasierte Bericht wird als **Grundlage für (jugend)politische Handlungsstrategien** begriffen und hält dazu konkrete **Empfehlungen** an die Landesregierung vor.

Thematisch knüpft der Bericht an einen aktuellen landes- und bundespolitischen Schwerpunkt an: Die besonderen Herausforderungen des demografischen Wandels stellen vor allem die Jugendgeneration in den Fokus der Politik, und es konkretisieren sich Forderungen und Ansätze einer **eigenständigen Jugendpolitik**. Die neue Aufmerksamkeit für die „Jugend“ – diese zeigt sich auch in der Schwerpunktlegung des 15. Kinder- und Jugendberichtes des Bundes, der 2017 vorgelegt werden soll – findet sich auch im Auftrag, in der Struktur und in der Datengrundlage des zweiten Kinder- und Jugendberichtes für Rheinland-Pfalz wieder:

- Nach einer Hinführung zum Begriff Jugend wird ein mehrdimensionales Modell zu Entwicklungs- und Lebensbedingungen junger Menschen in Rheinland-Pfalz entwickelt. Hier werden zentrale Dimensionen und Einflussgrößen, die für die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz essenziell sind, herausgearbeitet. In einem **ersten Blick** wird das

Modell schließlich mit statistischen Daten zur Sozialstruktur, zu Bevölkerung, Familie, Schule, Ausbildung sowie spezifischen Formen von Risikoverhalten junger Menschen gefüllt.

- Die Lebensbedingungen von Jugendlichen werden in gewichtigem Maße durch Angebote und Leistungen in öffentlicher Verantwortung „ge-rahmt“. Im vorliegenden Bericht wird vor allem die Jugendarbeit – ein vielgestaltiger Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe – betrachtet. Zugleich wird das dem SGB VIII zugrunde gelegte Verständnis über die Aufgaben und Leistungen von Jugendarbeit durch den Fokus auf Gelegenheitsstrukturen und besondere Formen der Selbstaneignung des öffentlichen Raums durch die jungen Menschen erweitert.
- Der erste Kinder- und Jugendbericht knüpfte an internationale Konzepte des Child Well-being an und operationalisierte für den eigenen Untersuchungsauftrag ein geeignetes Konzept einer regional differenzierenden Sozialberichterstattung. Im **zweiten Blick** des vorliegenden Berichtes wird dieses Indikatorenkonzept überarbeitet und begrifflich wie inhaltlich zu einem Konzept von Anzeigern für das **Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ)** weiterentwickelt.
- Der vorliegende Bericht ist nicht ausschließlich deskriptiv, sondern zugleich partizipativ angelegt. Relevante Jugendthemen wurden durch junge Menschen selbst in einem Jugendworkshop generiert und durch die Berichtskommission in eine standardisierte Jugendbefragung übersetzt. Auch wurden Akteurinnen und Ak-

teure aus einschlägigen Arbeitsfeldern in Expertinnen- und Expertenanhörungen an der Exploration gegenwärtiger Herausforderungen und Entwicklungslinien vor allem in den Bereichen kommunaler offener Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit, aber auch zu spezifischen Jugendthemen beteiligt und gehört.

- Jugendarbeit und Jugendpolitik werden schließlich in einem **dritten Blick** aus verschiedenen Perspektiven vertieft: Erstens wird in einer Analyse der rheinland-pfälzischen Landtagsprotokolle von 1947 bis heute die politisch-historische Auseinandersetzung mit der Jugendgeneration nachvollzogen. Zweitens werden die Selbstauskünfte der jungen Menschen hinsichtlich ihres Freizeitverhaltens, der Bedeutung von offener Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit sowie ihrer Einschätzung zur sozialräumlichen Umwelt ausgewertet. Auf dieser Grundlage werden drittens Rahmenbedingungen, Anforderungen und Entwicklungsperspektiven für eine „moderne“ Jugendarbeit konkretisiert.
- Abgeschlossen wird der Bericht wie sein Vorgänger mit einem **Blick nach vorn**: Hier werden konkrete Handlungsempfehlungen an die Landesregierung formuliert.

Hinführung

Jugend: Zwischen Kindheit und Erwachsenenalter, auf dem Weg in die Zukunft und mitten im Leben

Wie es nicht *die* Kindheit gibt, so kann auch nicht über *die* Jugend oder *den* Jugendlichen berichtet werden. Da im vorliegenden Bericht die Lebensphase Jugend und grundlegende Bedingungen des Aufwachsens im Vordergrund stehen, wird eine kurze Klärung der Begrifflichkeiten angeboten. Dabei wird „Jugend“ mehrdimensional – im Sinne von „Jugenden“ – gedacht.

- Jugend ist keine natürliche Tatsache, sondern eine **soziale Konstruktion**: Die Vorstellungen, wann ein Mensch nicht mehr Kind und noch nicht Erwachsener ist, waren immer schon durch historische und regionale Gegebenheiten bestimmt.
- Jugendzeit ist einerseits **Lern- und Entwicklungszeit**: Das Jugendalter ist das Zeitfenster für Entwicklung, Ausbildung und Erprobung, das die jungen Menschen optimal nutzen müssen, um sich eine soziale und ökonomische Basis zu sichern – so die gesellschaftliche Erwartung und so empfinden es auch junge Menschen in Rheinland-Pfalz. Die Erfahrung von Selbstwirksamkeit ist bei der Bewältigung der Entwicklungsaufgaben im Jugendalter eine wichtige Voraussetzung.
- Jugendzeit ist andererseits **Lebenszeit im „Hier und Jetzt“**: Vor allem die Spannung zwischen Abhängigkeit und Autonomie zeigt sich im Jugendalter deutlich. Die emotionale und ökonomische Ablösung von den Eltern geht meist einher mit der Zuwendung zu den Gleichaltrigen, den Peers.
- Jugendlichkeit und Jugend sind auch **Projektionsflächen für die Hoffnungen und Ängste** der Erwachsenen: Die heutige Jugendgeneration ist die Erwachsenengesellschaft von morgen und damit die zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Reproduktion. Dennoch fürchten Erwachsene auch, dass die Jugendgeneration sich von ihren Erwartungen abweichend – und damit negativ – entwickeln könnte.
- Die **Bedingungen und Chancen** vieler Jugendlicher sind in Rheinland-Pfalz so gut wie nie zuvor, und zugleich ist die Lage zahlreicher junger Menschen höchst prekär – und beides in den Regionen des Landes deutlich unterschiedlich: Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen und die rückläufige Zahl Jugendlicher, die eine Schule ohne Abschluss verlassen, geben Hinweise auf günstige Lebensbedingungen in Rheinland-Pfalz. Darauf weisen auch die Selbst-

auskünfte der jungen Menschen hin: Gut 70 % der befragten Jugendlichen sind zufrieden mit dem eigenen Leben und blicken zuversichtlich in die Zukunft. Die guten Bedingungen sind aber nicht für alle gleich gegeben. So zeigen sich z.T. große regionale und soziale Disparitäten, die eine besondere Herausforderung an die Jugendpolitik darstellen.

Neben **Ressourcen und Räumen** für ihre Entwicklung und Erprobung suchen und erwarten Jugendliche vor allem die Anerkennung und den **Respekt** der Gesellschaft, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Hier obliegt es vor allem der Jugendpolitik, positive Bedingungen für das Aufwachsen der jungen Menschen zu schaffen und dauerhaft zu gewährleisten. Das in der Hinführung entwickelte Modell führt wichtige Dimensionen des Aufwachsens (Familie, Schule und Peers) und gesellschaftliche Einflussfaktoren zusammen und arbeitet daran zentrale Herausforderungen einer Jugendpolitik heraus.

Erster Blick (Kapitel 2 und 3)

Daten und Fakten zu Lebenssituationen und Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz

Kapitel 2

Kapitel 2 beschreibt bundesweite sowie rheinland-pfälzische Daten zu den Bereichen Demografie, Lebens- und Familienformen, Einkommen und Armut, Bildung und Risikoverhalten und geht dabei der Frage nach, inwieweit diese **Faktoren das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen** sowie deren **Entwicklungschancen** beeinflussen.

Hinsichtlich der **demografischen Entwicklung** können für das Land Rheinland-Pfalz bundesdurchschnittliche Werte festgestellt werden. Obwohl die rheinland-pfälzische Bevölkerung seit dem Jahr 1993 um insgesamt rund 2 % gewachsen ist, zeigt sich der demografische Wandel vor allem bei der Zusammensetzung der Bevölkerung. Insbesondere die Gruppe der unter 18-Jährigen hat sich im gleichen Zeitraum um rund 15 % verkleinert. Dabei treten im interkommunalen Vergleich deutliche strukturelle Unterschiede zwischen den rheinland-pfälzischen Städten und Landkreisen zutage. Daneben wird die demografische Entwicklung auch von der Geburtenziffer bestimmt, die in Rheinland-Pfalz dem Bundesdurchschnitt entspricht. Einzig der Anteil kinderloser Frauen ist in Rheinland-Pfalz leicht überdurchschnittlich. Insgesamt jedoch wird die Bevölkerungsentwicklung vor allem durch Wanderungsbewegungen beeinflusst. Auch hier ist der demografische Wandel in den Kommunen unterschiedlich stark ausgeprägt: So finden insbesondere im Südwesten des Landes die größten Bevölkerungsrückgänge bei Kindern und Jugendlichen statt. Die Gebietskörperschaften entlang der sogenannten Rheinschiene sind in deutlich geringerem Umfang von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Die demografische Entwicklung in Rheinland-Pfalz verändert das gesellschaftliche Zusammenleben nachhaltig und

tiefgreifend. Für eine eigenständige Jugendpolitik bedeutet dieser Befund, dass gerade bei einer sinkenden Anzahl junger Menschen ein erhöhtes Maß an **Investitionen in eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur** erforderlich ist. Dabei werden die „Geschwindigkeit und die Ernsthaftigkeit, mit der dieser Sachverhalt zur Kenntnis genommen und in konkretes Handeln umgesetzt wird, (...) wesentlich über die Zukunftschancen [der jeweiligen Kommunen und der dort lebenden Menschen, d. V.] (...) entscheiden“ (Bürger 2012, S. 6).

Entsprechend dem gesamtgesellschaftlichen Trend lässt sich auch in Rheinland-Pfalz eine **Pluralisierung der Lebensformen** bei gleichzeitiger Dominanz der Familienform „(Ehe-)Paar mit Kindern“ feststellen. Bei rund drei Vierteln aller Familienformen handelt es sich um Ehepaare mit mindestens einem Kind. Rheinland-Pfalz entspricht damit dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Gleichzeitig nehmen Trennungen und Scheidungen zu, ebenso die Anzahl Alleinerziehender sowie der Stief- und Patchwork-Konstellationen.

Im Bereich **Schule und Ausbildung** vermitteln die Befunde für Rheinland-Pfalz ein positives Bild. Neben der rückläufigen Anzahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Abschluss zeigen sich im Bundes- und Bundesländervergleich überdurchschnittliche hohe Ausbildungsquoten und ein hoher Stellenwert der Hochschulbildung.

Neben der demografischen Entwicklung sowie den Veränderungen bei den Lebens- und Familienformen bestimmen auch ökonomische Faktoren die Bedingungen des Aufwachsens von jungen Menschen. Obwohl Kinder und Jugendliche seit den 1990er Jahren bundesweit die am stärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe bilden, gilt für Rheinland-Pfalz insgesamt, dass viele Kinder und Jugendliche hier unter sehr guten Voraussetzungen aufwachsen. Die **Armutsgefährdungsquote** in Rheinland-Pfalz liegt leicht unter dem Bundesdurchschnitt, der Bezug von Leistungen gemäß SGB II ist sogar deutlich unterdurchschnittlich. Die sozioökonomischen Bedingungen,

die Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz vorfinden, sind jedoch von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich. Obwohl es vielen jungen Menschen so gut geht wie nie, gibt es gleichzeitig eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die in äußerst prekären Verhältnissen aufwächst.

Eine zeitnahe und nachhaltige Auseinandersetzung mit den erwarteten Folgen des demografischen Wandels, den veränderten Lebens- und Familienformen, in denen junge Menschen aufwachsen, sowie den Herausforderungen, die im Zuge einer Erwerbstätigkeit von Eltern in einer hochkomplexen und globalisierten Arbeitswelt an familiäres Zusammenleben gestellt werden, wird sich daher auf die Bedingungen des Aufwachsens und die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz auswirken.

Kapitel 3

In Kapitel 3 werden ausgewählte Trends und Befunde zur Kinder- und Jugendhilfe – hier im Besonderen zur Jugendarbeit – in Rheinland-Pfalz dargestellt. Die überwiegenden Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe verzeichnen in den vergangenen Jahren einen strukturellen Bedeutungszuwachs, was sich im Umfang von Hilfen und Angeboten ausdrückt. Für die Bereiche Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit zeigt sich diese positive Tendenz hingegen nicht: Die Jugendarbeit gerät im Zuge des Ausbaus der Kindertagesbetreuung und angesichts der steigenden Ausgaben der Hilfen zur Erziehung unter zunehmenden Finanz- und Legitimationsdruck. Der prozentuale Anteil der Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben ist bis 2012 auf 3,4 % gesunken (2010: 4,0 %). Unter diesen Rahmenbedingungen sind die Offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit aber zugleich gefordert, auf aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen zu reagieren:

- Die **Zeitfenster von jungen Menschen** haben sich durch eine Verdichtung der Bildungsbiografien und andere gesellschaftliche Wandlungs-

prozesse verändert. Vielfach sehen sich Jugendverbände gezwungen, die Zeiten ihrer Aktivitäten daran anzupassen. Die Gestaltung von Kooperationsstrategien mit den Schulen wird dabei auch künftig eine große Rolle spielen.

- Mit Blick auf **Jugendliche mit Migrationshintergrund** gelingt es bereits einem Großteil der offenen Einrichtungen der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz, sich für diese Zielgruppe zu öffnen. Handlungsbedarf besteht aber vor allem in der Implementierung migrationspezifischer Kooperationsstrukturen und eines diversitätsbewussten Personals.
- Angestoßen durch den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ wird künftig die Öffnung von Verbänden und Einrichtungen sowie die Qualifizierung von Fachkräften für die **Arbeit mit queeren Jugendlichen** eine neue Aufmerksamkeit erfahren.
- Insbesondere die (neuen) sozialen Medien und der **demografische Wandel** stellen Verbände und Einrichtungen vor die Aufgabe, sich mit ihrem Angebot an den Lebenswelten der Jugendlichen zu orientieren und es damit attraktiv zu gestalten. Hinweise auf regionale Differenzierungen hinsichtlich der Bedeutung, die einzelne Regionen in Rheinland-Pfalz ihrer Jugend und entsprechenden Angebotsstrukturen vor Ort beimessen, lassen sich über die Internetauftritte der Verbandsgemeinden und gemeindefreien Städte erschließen.
- Die **Schulsozialarbeit** hat in den vergangenen zehn Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren und konnte sich an der Realschule plus, den Integrierten Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen weitestgehend als Regelangebot etablieren. Aus der Sicht vieler Akteure steht die Schulsozialarbeit mit dem Wegfall zusätzlicher Bundesmittel, die den Kommunen parallel zur Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets im Zeitraum 2011

bis 2013 zur Verfügung gestellt wurden¹ und von diesen u. a. für die Schulsozialarbeit genutzt werden konnten, nun aber vor neuen Herausforderungen.²

- Das „jugendforum rlp“ und das Jugendmanifest „Unsere Zukunft bestimmen wir“ zeigen in aller Deutlichkeit, dass Jugendliche in Rheinland-Pfalz mitreden und respektiert werden wollen. Die Landesregierung wird die Stimmen der jungen Menschen in ihren politischen Handlungsstrategien noch sensibler aufgreifen und dabei an den unmittelbaren Lebenswelten der jungen Menschen ansetzen müssen.
- Verstöße gegen den Kinder- und Jugendschutz in mobilen Kommunikationsdiensten, Kinder-Apps und reichweitenstarken Communitys wurden 2013 vor allem auf besonders beliebten Plattformen wie Facebook, YouTube und Twitter registriert.

Neben der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz sind **Beratungen** „Grundbausteine im Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen selbst, (und) vor allem (...) für deren Eltern.“ (BMFSFJ 2013, S. 303) Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 27.012 Beratungen durch die rheinland-pfälzischen Jugendämter durchgeführt. Hinzu kommen 23.366 Fälle von Beratungen gemäß §§ 16–18, 28, 41 SGB VIII. Dabei hat sich vor allem die Zahl der Erziehungsberatungen gem. § 28 SGB VIII im Zeitraum von 2007 bis 2013 deutlich um 12,0 % erhöht.

Die **Kindertagesbetreuung** stellt im Gesamtspektrum der Kinder- und Jugendhilfe den größten Leistungsbereich dar. Fast alle Kinder zwischen

1 Der Bund erhöhte für den Zeitraum 2011 bis 2013 seine Beteiligung an den „Kosten der Unterkunft und Heizung“ der Kommunen um 2,8 Prozentpunkte.

2 Vgl. dazu de Graaff (Landesinitiative Schulsozialarbeit) sowie May/Neuner-Schewior (Jugendamt Ludwigshafen am Rhein) im Hearing „Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe: Bestandsaufnahme und Perspektiven in und für Rheinland-Pfalz“ am 18.06.2013.

drei und sechs Jahren sowie ein erheblicher Anteil der Ein- bis Dreijährigen besuchen regelhaft eine Kindertagesstätte. So wurden im Jahr 2013 145.066 Kinder in einer Kindertagesstätte und 4.418 Kinder in der Kindertagespflege betreut. Insgesamt fließen 64,8 % der Aufwendungen der Kinder- und Jugendhilfe im Jahr 2012 in den Bereich der Kindertagesbetreuung.

Der strukturelle Bedeutungszuwachs der Kinder- und Jugendhilfe wird auch im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** (§§ 27(2), 29–35, 41 SGB VIII) durch einen deutlichen Fallzahlenanstieg und einen Aus- und Umbau des Hilfespektrums ersichtlich. Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 26.408 erzieherische Hilfen durchgeführt (2002 waren es 15.370); dafür wurden rund 365 Mio. Euro aufgewendet. Dies entspricht einem Anstieg um 2,8 % im Vergleich zum Vorjahr und einer Steigerung von 57,3 % gegenüber 2005.

Neben den erzieherischen Hilfen gewinnt die **Eingliederungshilfe gemäß § 35a SGB VIII** in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 6.554 Eingliederungshilfen inklusive der Frühförderfälle gewährt. Im Vergleich zum Jahr 2009 sind die Fallzahlen somit landesweit um 22,3 % gestiegen. Wurden 2005 noch 21,5 Mio. Euro für Eingliederungshilfen aufgewendet, so waren es im Jahr 2013 bereits 47,5 Mio. Euro.

Der strukturelle Bedeutungszuwachs der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich auch beim **Kinderschutz**. Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 1.213 Kinder und Jugendliche durch die Jugendämter in Obhut genommen. Dies entspricht einem Anstieg von 54,7 % gegenüber 2002. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich beim Sorgerechtsentzug. Hier gab es im gleichen Zeitraum eine Steigerung von 49,2 %.

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 insgesamt 3.300 Meldungen **gemäß § 8a SGB VIII** registriert, die Daten zu 4.871 Kindern und Jugendlichen lieferten. Setzt man die Meldungen in Bezug zur Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jäh-

rigen, sind folglich etwa neun Kinder und Jugendliche pro 1.000 unter 18-Jährige von einer Kinderschutzverdachtsmeldung betroffen. Etwa 22,5 % aller Verdachtsmeldungen zur Kindeswohlgefährdung betreffen Jugendliche ab dem 12. Lebensjahr.

Die Entwicklung der Fallzahlen und die Ausgestaltung der Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe stellen sich in den einzelnen rheinland-pfälzischen Kommunen höchst unterschiedlich dar. Diese Disparitäten hängen stark mit den unterschiedlichen sozialstrukturellen Belastungen sowie den infrastrukturellen Rahmenbedingungen in den Kommunen zusammen.

Zweiter Blick (Kapitel 4 und 5)

Lebensbedingungen und Entwicklungschancen junger Menschen in den Regionen des Landes Rheinland-Pfalz

Kapitel 4

Viele Ansätze zur Erfassung des **Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen** verwenden in erster Linie objektive Daten, während subjektbezogene Daten zu und von jungen Menschen fehlen. Für den zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wurden auf der Grundlage eines anspruchsvollen methodischen Designs die Selbstauskünfte Jugendlicher erhoben. Über einen qualitativ-explorativen Zugang (Zukunftswerkstatt und Gruppendiskussion) wurden Themen, die Jugendliche bewegen, von den Jugendlichen selbst generiert und nicht von der Berichtskommission vorgegeben. Mittels eines quantitativ-standardisierten Zugangs (Fragebogenerhebung) wurden über 2.000 junge Menschen in Rheinland-Pfalz zu ihren Lebensbedingungen und Einschätzungen der sozialräumlichen Umgebung befragt.

Ein zentrales Ergebnis der empirischen Untersuchung ist, dass es einem großen Teil dieser Jugendlichen gut geht und diese ohne große Sorgen in ihre Zukunft blicken. Aber es gibt auch eine Gruppe von jungen Menschen, denen es weniger gut geht und die sich schwer damit tut, eine positive Perspektive für sich zu entwickeln. Auf die Frage „Alles in allem: Wie zufrieden bist Du mit Deinem Leben?“ antworten 71 % der Jugendlichen ($n = 2.168$), dass sie mit ihrem Leben zufrieden (39,2 %) oder sogar sehr zufrieden (31,8 %) sind. Dieser „zufriedenen“ Gruppe stehen jedoch 28,9 % junge Menschen in Rheinland-Pfalz gegenüber, die ihr Leben nicht positiv oder nur eingeschränkt positiv bewerten. Ähnlich wie bei der Frage nach der Lebenszufriedenheit zeigt sich, dass knapp 70 % der Jugendlichen zuversichtlich in die eigene Zukunft schauen, während 8,2 % in

eine düstere Zukunft blicken und ein Fünftel indifferent ist.

Durch die subjektorientierte und partizipative Vorgehensweise im Forschungsprozess zeigt sich, dass die Jugendlichen Ungerechtigkeiten sich selbst gegenüber und gegenüber anderen sozialen Gruppen sowie gesamtgesellschaftliche Problemfelder sehr sensibel wahrnehmen. Zu diesen Sachverhalten zählen aus der Perspektive der jungen Menschen vor allem die **Schule**, der **Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV)** und **Diskriminierung**.

Das Erleben des Bildungs- und Entwicklungsortes Schule wird stark durch Stress und die übertragene Bedeutung von Noten bestimmt. Auch die öffentliche Infrastruktur, die unabdingbar ist, damit junge Menschen teilhaben und ein in ihren Augen angemessenes Leben führen können, steht bei den jungen Leuten in der Kritik. Aus der Perspektive der Jugendlichen fehlen Gelegenheitsstrukturen. In diesem Punkt sehen die Jugendlichen einen großen Verbesserungsbedarf, seien es Vereinsangebote, Projekte von Trägern oder einfach Plätze, um sich ohne weitere Verpflichtungen zu treffen.

Diskriminierung, Mobbing und Rassismus sind Themen, die junge Menschen sehr bewegen und die Bestandteil ihrer Erfahrungs- und Lebenswelten sind, wie sie in den qualitativen Settings deutlich formulieren. Die Mädchen und Jungen registrieren sehr sensibel, wie in der Klasse, in der Pause, in der Freizeit, beim Sport etc. miteinander umgegangen wird, und sie beklagen mangelnden **Respekt**. Dabei nehmen sie die Respektlosigkeit unter Gleichaltrigen, aber auch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen wahr. Die Themen ÖPNV und Schule werden von den Jugendlichen ebenfalls unter diesem Aspekt diskutiert. Übervolle Busse, sanierungsreife Schulgebäude, Schultoiletten in miserablen Zustand sowie alltägliche Diskriminierungen und Abwertungen werden von den jungen Menschen jedenfalls als das Gegenteil von Wertschätzung durch die Erwachsenen und die Gesellschaft wahrgenommen.

Durch die Erhebung der Selbstauskünfte wurde nicht zuletzt deutlich, dass es die Jugendlichen überaus schätzen, befragt zu werden, und dass sich jemand für sie und ihre Perspektive interessiert. Sie plädieren alle für eine regelmäßige Wiederholung eines solchen Teilhabeprojekts.

Kapitel 5

In Kapitel 5 wird das weiterentwickelte Indikatorenkonzept „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“ dargestellt. Im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wurden vor allem eine Verschlankung des Indikatorenmodells sowie eine Verbesserung der Gleichwertigkeit der Dimensionen vorgenommen. Der Grund für die begriffliche Weiterentwicklung des Modells zum Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ) war einerseits die Fokussierung des zweiten Berichtes auf das Thema Jugend. Zudem wurden die durch den Jugendworkshop und die Jugendbefragung erhobenen subjektiven Selbstauskünfte der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz für die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Indikatorenmodells genutzt. Auf Basis der subjektiven Selbstauskünfte konnten für das Indikatorenmodell zentrale Themen generiert werden, die für das Wohlbefinden der jungen Menschen, nach eigener Auskunft, von großer Relevanz sind.

Im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Daten, die dem Gesamtindex zugrunde liegen, zeigen sich zum Teil noch erhebliche Lücken. Folglich konnten einige relevante Aspekte der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen, die in Kapitel 2 und 3 analysiert, und einige Themenkomplexe, die von den Jugendlichen selbst als wichtig für ihr Wohlbefinden formuliert wurden, nicht in objektive Daten überführt und in den WKJ-Index einbezogen werden. Dennoch konnten auf der Basis der von den Jugendlichen im Jugendworkshop und der Befragung selbst generierten Themen in den einzelnen Dimensionen des WKJ-Index objektive Bedingungen für Verwirklichungschancen und Handlungsperspektiven der

jungen Menschen berücksichtigt werden. Die modifizierte Zusammensetzung des Gesamtindex WKJ führt im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht zu deutlichen Veränderungen der Werte, die die einzelnen Kommunen erreichen. Dies ist zu einem großen Teil auf die veränderte Zusammensetzung der Indikatoren zurückzuführen. Der WKJ-Index berücksichtigt im vorliegenden Bericht nicht nur die Bedeutung öffentlich verantworteter Infrastruktur für ein gutes Aufwachsen von Kinder und Jugendlichen, sondern greift grundlegende Entwicklungen zu demografischen Veränderungen und Kinderarmut auf und integriert darüber hinaus subjektive Selbstauskünfte junger Menschen zu ihrem Wohlbefinden und ihren Verwirklichungschancen über objektivierbare Daten. Dadurch werden vor allem Stadt-Land-Unterschiede sehr viel deutlicher sichtbar. Bereits im ersten Kinder- und Jugendbericht kristallisierte sich eine regionale Zugehörigkeit als zentrales Kriterium für gute oder weniger gute Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz heraus. Mit Blick auf die öffentlich verantworteten Infrastrukturen und demografische Entwicklungen wird dieser Befund im vorliegenden Bericht bestätigt und verstärkt.

Insgesamt werden von der Berichtskommission die Anregungen zur Überarbeitung des Indikatorenmodells aus dem ersten Kinder- und Jugendbericht durch die beschriebenen Veränderungen umgesetzt. Zudem wird dieses in Anlehnung an den internationalen Forschungsstand im Bereich Kindheitsforschung qualitativ weiterentwickelt und stellt so ein geeignetes Modell zur regionaldifferenzierten Sozialberichterstattung im Hinblick auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz dar.

Dritter Blick (Kapitel 6, 7 und 8): Vertiefungen

Rheinland-pfälzische Jugendpolitik 1947 bis heute, Freizeitverhalten, Jugendarbeit und wohnortnahes Kultur- angebot aus Sicht der Jugendlichen und Anforderungen an eine moderne Jugend- arbeit

Kapitel 6

Ein historischer Rückblick auf die rheinland-pfälzische Landespolitik von 1947 bis heute kann das aktuelle Ziel der Landespolitik, eine **eigenständige Jugendpolitik** zu implementieren, nur bestärken. Eine Analyse der Landtagsprotokolle lässt verschiedene politische Schwerpunkte hinsichtlich der Jugend erkennen. Von jeher ist sie Gegenstand öffentlicher und politischer Debatten, denn für ihre Gesellschaft ist die Jugendgeneration sowohl zukünftiges Potenzial als auch eine mögliche Bedrohung, wenn sie sich anders und – aus der Perspektive der Erwachsenengeneration – problematisch entwickelt. Nicht selten gilt Jugend daher auch als gesellschaftliches Frühwarnsystem und vieles, was sich zunächst als jugendliche Sonderform zeigt, manifestiert sich nach und nach als gesellschaftliche Normalität.

Vor allem die Zuschreibungen der älteren Generation bestimmen, ob das, was die Jugend als ihre ganz eigenen Lebenswelten bezeichnet, normal und angemessen ist oder aber als Problem deklariert wird. Ist Jugend Thema in der medialen Berichterstattung, so sind Themen wie die vermeintlich steigende Jugendgewalt, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen von primärem Interesse. Zukunftsorientierte Themen stehen eher im Hintergrund.

Gegenwärtig beginnt Jugend wieder stärker in den Fokus des politischen und gesellschaftlichen In-

teresses zu rücken; Jugend und ihre ganz eigenen Lebenswelten interessieren und beeinflussen **politische Entscheidungsprozesse**. Ein solcher Blick auf die Jugend bestand aber nicht immer, wie die historische Rückschau auf die Landtagsdebatten zeigt. Jugend erfuhr auch hier stets eine doppelte Deutung, wobei lange Zeit die Defizite betont wurden und das politische Engagement vor allem aus einer Reaktion auf öffentliche Debatten bestand. Maßnahmen wie die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Jahr 2004, das Partizipationsprojekt „liken, teilen, was bewegen – Jugendforum rlp“, der Aktionsplan „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ und die Implementierung eines regelmäßigen Kinder- und Jugendberichtes zeigen, dass Jugendpolitik sich im neuen Jahrtausend in bisher ungekanntem Maße der **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** an der Gesellschaft und in der Politik zuwendet. Der vorliegende Bericht mit dem Schwerpunkt „Jugend“ steht dafür in besonderer Weise.

Kapitel 7

Neben Familie und Schule bildet die (selbstbestimmte) Freizeit eine der wichtigsten Kategorien im Alltag der Jugendlichen. Diese ist auf der einen Seite durch eine große Vielfalt an Angeboten gekennzeichnet, auf der anderen Seite bildet die Autonomie und Selbstbestimmung in diesem Lebensbereich eine zentrale Rolle. Über die eigene Zeit selbst bestimmen zu können ist auch für die Jugendlichen von hohem Wert.

Im Hinblick auf ihre zeitlichen Dispositionsspielräume fühlt sich ein Teil der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz eingeschränkt – so zeigen es die Selbstauskünfte. Deutlich mehr weibliche Jugendliche erhalten Nachhilfeunterricht und verbringen mehr Zeit mit Lernen oder generellem Engagement für die Schule. Mädchen haben daher oft weniger Zeit für Hobbys und Lieblingsbeschäftigungen als Jungen. Aber die zeitlichen Spielräume zeigen sich nicht nur genderspezifisch, sondern auch signifikant schultypisch, d. h., Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben deutlich weniger

Zeit für ihre Freizeitgestaltung als Jugendliche von den Realschulen plus.

Trotz eines heutzutage auch durch das Internet und neue Medien vielfältigeren Freizeitangebots lassen sich weiterhin **Konstanten im jugendlichen Freizeithandeln** beobachten. Sie hören viel Musik, sie chatten und kommunizieren, treffen Freunde, sie surfen im Internet und schauen Filme. Daneben spielt auch die körperliche Betätigung eine große Rolle. In diesem Kontext stehen Sportvereine ganz oben auf der Agenda. Überhaupt zeigt sich in den Daten, dass rund zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Jugendlichen einen Teil ihrer freien Zeit in Vereinen (Sport, Musik etc.) verbringen. Allerdings wird auch deutlich, dass die Vereine noch stärker an ihrer interkulturellen Öffnung arbeiten sollten. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind erheblich seltener Mitglieder in Vereinen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Die „klassische“ Jugendarbeit ist für knapp ein Zehntel der jungen Menschen eine zentrale Anlaufstelle und ist vor diesem Hintergrund unbedingt erhaltenswert. Gleichzeitig ist in den Selbstauskünften der Jugendlichen aufgefallen, dass viele keinen Zugang zu Jugendtreffs haben, weil es in ihrem Ort oder in der Umgebung nichts dergleichen gibt. Oder es fehlen die öffentlichen Verkehrsmittel und Verbindungen, um ein solches Angebot wahrnehmen zu können.

Drei Viertel der an der Studie teilnehmenden Jugendlichen sind mit ihrem **Wohnort** bezüglich des jugendspezifischen Kultur- und **Freizeitangebots nicht zufrieden**; dies betrifft vor allem Mädchen und Jugendliche auf dem Land. **Öffentliche Räume**, die von den jungen Menschen häufig genutzt werden, haben auf den ersten Blick wenig mit Freizeit- oder jugendkulturellem Angebot zu tun, etwa Einkaufszentren, Bahnhöfe und Bushaltestellen. Dabei bemängeln nahezu 40 % der Jugendlichen, dass es nicht genügend Räume zum Treffen gibt.

Kapitel 8

Es liegt in der Natur der Sache, dass der Jugendbericht insbesondere ein beschreibender Text ist. Doch ergeben sich in der Interpretation der Autoren auch Schlussfolgerungen, die in der gebotenen normativen Zurückhaltung und gleichzeitig in analytischer Klarheit formuliert werden sollen. Über **Jugendarbeit** wird hier nicht als pädagogisches Programm gesprochen, sondern sie wird – als Teil der Jugendhilfe – als notwendiges **Element der Infrastruktur** verstanden. Als Infrastruktur ist sie genauso bedeutsam wie das Bildungssystem oder andere essenzielle Grundlagen moderner Gesellschaften. Unter den Bedingungen des demografischen Wandels wird Jugendarbeit sogar noch wichtiger als in Zeiten des Kinderreichtums.

Heute kommt es – der **Zukunftsfähigkeit** der Gesellschaft wegen – darauf an, dass alle Jugendlichen für ihr zukünftiges Leben persönliche Integrität und eine stabile Qualifikation erwerben, die zugleich erfüllend ist. Deshalb ist Jugendarbeit als Sozialisationsinstanz in allen ihren Formen so weit wie möglich abzusichern und zu finanzieren. Ob durch Jugendarbeit lediglich bestimmte oder alle Jugendliche erreicht werden, ist weniger relevant als vielmehr, dass **Gelegenheitsstrukturen** für die Selbsttätigkeit von Jugendlichen geschaffen werden. Dabei unterstützt pädagogische Professionalität die jungen Menschen bei der Aneignung von Räumen, die ihnen wertvolle Gelegenheitsstrukturen bieten. In welchem Umfang die Gelegenheitsstrukturen unter aktiver Beteiligung der Jugendlichen geschaffen werden, ist erneut ein Zeichen für den **Respekt**, den die Gesellschaft ihrer Jugend entgegenbringt.

Vierter Teil (Kapitel 9): Blick nach vorn

Kapitel 9 – Forderung an alle Erwachsenen und Hinweise für die Landespolitik

Auftrag der Landesregierung an den vorliegenden Kinder- und Jugendbericht war nicht nur eine differenzierte Bestandsaufnahme und Bewertung von Lebensbedingungen und Entwicklungschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz – hier im Besonderen Jugendlicher –, sondern umfasste auch die Erarbeitung zentraler Empfehlungen an die Landespolitik.

Junge Menschen in Rheinland-Pfalz erwarten vor allem **Respekt** von den Erwachsenen – sowohl im persönlichen Umgang mit Bezugspersonen im Alltag als auch in der Konzeption und Ausstattung öffentlicher Institutionen in ihren Lebenswelten – hier vor allem in den Bereichen Schule und Ausbildung, Freizeit und Kultur sowie Jugendarbeit und ÖPNV. Das haben die Mädchen und Jungen in Rheinland-Pfalz sehr deutlich formuliert. Der hier vorgelegte Bericht schließt daher mit drei differenzierten Hinweisen an die Landespolitik ab, die im Wesentlichen auch diese Forderung junger Menschen aufgreifen:

(1) Infrastruktur muss erhalten und entwickelt werden:

Darunter werden zunächst vor allem öffentliche und gesellschaftliche Infrastrukturen verstanden, die im Sinne der Daseinsvorsorge grundsätzlich vorgehalten werden müssen (z. B. Schulen, Verkehr, medizinische Versorgung). Solche Infrastrukturen benötigen junge Menschen vor allem in drei Bereichen:

- **Infrastruktur für Bildung**
- **Infrastruktur für Jugendarbeit**
- **Infrastruktur für Mobilität**

(2) Räume müssen bereitgestellt, Vielfalt ermöglicht und Orientierung gegeben werden:

Die Politik im Land und in den Kommunen ist gefordert, allen jungen Menschen in Rheinland-Pfalz geeignete **Räume** und Zugänge zum öffentlichen Raum verfügbar zu machen. Jungen Menschen **Vielfalt von Lebensvorstellungen** zu ermöglichen ist dabei auch eine zentrale Voraussetzung. Bei der Suche nach **Orientierung** spielt die Jugendarbeit eine wichtige Rolle für die jungen Menschen. Gerade deshalb ist Jugendpolitik gefordert, attraktive Bedingungen in diesem Arbeitsfeld zu schaffen, damit den jungen Menschen qualifiziertes hauptamtliches Fachpersonal zur Verfügung steht.

(3) Ressourcen für Planung, Berichterstattung und Diskurs müssen bereitgestellt werden:

Eine Jugendpolitik, die den Erhalt und Ausbau jugendspezifischer Infrastruktur und die Stärkung einer qualifizierten Jugendarbeit im Blick hat, wird ohne eine fundierte Berichterstattung und qualifizierte Planung nicht auskommen. Aufgabe einer Landes- bzw. Jugendpolitik muss es sein, die **Jugendhilfeplanung** in den Städten und Kreisen zu stärken und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten.

Die Befunde der Jugendbefragung haben gezeigt, dass Jugendliche gefragt werden wollen. Auch zeigt sich der geforderte Respekt der Erwachsenen gegenüber der Jugend gerade darin, nicht nur *über* die, sondern auch *mit* den jungen Menschen zu sprechen. Mit Blick auf die **Selbstauskünfte** wurden im vorliegenden Kinder- und Jugendbericht konzeptionelle und methodische Grundlagen erarbeitet, an denen sich künftige Landesberichterstattung orientieren kann.

1 EINLEITUNG UND KONZEPTION

1.1 Anlass und Zielsetzung

Der vorliegende Bericht knüpft an eine noch junge Tradition rheinland-pfälzischer Kinder- und Jugendpolitik an: In der Drucksache vom 01.03.2007 (15/832) des Landtags Rheinland-Pfalz fordern die Fraktionen der FDP, SPD und CDU die Landesregierung auf, in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht vorzulegen. Die „regelmäßige Erhebung solider Daten über die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Rheinland-Pfalz“ soll als „Basis einer kinderfreundlichen Politik“ dienen (Landtag Rheinland-Pfalz 2007b). Berichtet werden soll über Daten zu Lebenslagen und -bedingungen junger Menschen in Rheinland-Pfalz sowie über Leistungen und Angebotsstrukturen zentraler Bereiche öffentlicher Verantwortung. Ferner soll konkreter Handlungsbedarf aufgezeigt und sollen Empfehlungen an die Politik formuliert werden. Der nach Landkreisen und kreisfreien Städten differenzierte Kinder- und Jugendbericht sei durch eine externe Expertenkommission zu erarbeiten.

Im Mai 2010 wurde der rund 600 Seiten starke erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz durch eine Arbeitsgruppe der Universitäten Trier, Mainz und Koblenz (Federführung) sowie das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) der Landesregierung vorgelegt. Leitthema des Berichtes war die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen junger Menschen und deren angemessene Förderung im Sinne von Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit.

Der Pilotbericht markierte den Beginn einer umfassenden Bestandsaufnahme materieller und struktureller Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Land Rheinland-Pfalz. Insbesondere wurde darin ein fundiertes und theoretisch begründetes Konzept für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung entwickelt, anknüpfend an internationale Konzepte des Child Well-being (vgl. MBWJK 2010a, S. 261 ff.).

Das theoretische Konstrukt **Child Well-being** wurde für den Untersuchungsauftrag operationalisiert und die Vorgehensweise der Berechnung der Indexwerte ausführlich begründet (vgl. ebd., S. 273 ff.). Berichtskommission und Landesregierung konstatierten übereinstimmend, dass die Datenlage noch lückenhaft und schrittweise zu schließen sei. Insbesondere die begrenzte Verfügbarkeit regional differenzierter Daten innerhalb der drei Dimensionen „Lebensbedingungen“, „Wohlfahrt“ und „Handlungsräume“ erwies sich als Herausforderung für den Pilotbericht. Das Indikatorenkonzept aber hat sich als geeignetes Instrument erwiesen, mit dem Lebensbedingungen junger Menschen regional differenzierend beschrieben und vergleichend dargestellt werden können, und soll als zentraler Bestandteil künftiger Kinder- und Jugendberichte weiterentwickelt werden. Drei wesentliche Empfehlungen konnte der erste Kinder- und Jugendbericht dazu ausarbeiten:

- **„Eine regional differenzierte Betrachtung der Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen mindestens auf Basis der 36 kreisfreien Städte und Landkreise ist dringend erforderlich und muss weiterentwickelt werden“ (ebd., S. 302):**

Der überwiegende Teil der ausgewählten Indikatoren ließ eine große Bandbreite in den Bereichen Lebensbedingungen, wohlfahrtsstaatliche Ausgestaltung und Handlungsräume innerhalb von Rheinland-Pfalz deutlich werden. Die kleinräumige Betrachtung zeigte erhebliche regionale Differenzierungen auf, welche sich als regionale Disparitäten in den Lebensverhältnissen der jungen Menschen niederschlagen. Als Basis für eine kinder- und jugendfreundliche Politik kann sich daher nur ein regionalisierter Berichtsansatz eignen.

- **„Eine Fortschreibung des Indikatorenmodells muss eine regional differenzierende Beobachtung und Bewertung der Lebenschancen junger Menschen und ihres Child Well-being ermöglichen“ (ebd., S. 302):**

Das Indikatorenkonzept als integrierter Bestandteil künftiger Kinder- und Jugendberichte soll nicht nur gegenwärtige Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen erfassen, sondern erstmalig empirisch vergleichbare Entwicklungen der Regionen in den Dimensionen Lebensbedingungen, Wohlfahrt und Handlungsräume aufzeigen können.

- **„Selbstauskünfte von Kindern und Jugendlichen sind kaum verfügbar, aber unbedingt erforderlich, um das Child Well-being der jungen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz erfassen und einschätzen zu können“ (ebd., S. 303):**

Die subjektive Perspektive von Kindern und Jugendlichen in der Berichterstattung über Kinder und Jugendliche gewinnt seit einigen Jahren an Bedeutung. Im ersten Kinder- und Jugendbericht gelang ein Zugang zum Well-being der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz ausschließlich über objektivierbare Voraussetzungen. Diese indirekten und teilweise vorsichtig zu bewertenden Hinweise seien unbedingt

durch die subjektive Perspektive junger Menschen – in Form von Selbstauskünften – zu erweitern.

Die Landesregierung hat diese Empfehlung aufgegriffen und als wichtige Anforderung an den zweiten Landesbericht formuliert. Die **Selbstauskünfte junger Menschen** aus Rheinland-Pfalz stellen folglich einen wesentlichen empirischen Zugang des zweiten Kinder- und Jugendberichtes dar. Einerseits finden sie als eigenständiger Berichtsteil Berücksichtigung und durchziehen den Gesamtbericht andererseits als roter Faden.

Die Beteiligung der Jugendlichen wurde auf zwei Ebenen verwirklicht: In einem zweitägigen Jugendworkshop im Juni 2013 („Jugend – was GEHT?!“) erhielten die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, sich für „ihre“ Themen stark zu machen: Was bewegt Jugendliche in Rheinland-Pfalz? Wie sehen und bewerten sie Angebotsstrukturen, Freizeitmöglichkeiten, Bildungsangebote, Jugendarbeit und jugendkulturelle Angebote in ihren Sozialräumen? Welche Botschaften möchten sie an die Erwachsenen und Verantwortlichen im Land richten? In Zukunftswerkstätten konnten die Jugendlichen für sie relevante Themen benennen und diese in Gruppendiskussionen vertiefend bearbeiten. Im Vordergrund standen dabei die Fragen, wie die jungen Menschen ihre gegenwärtigen Lebensumstände bewerten und was sie sich für ihre Zukunft wünschen.

In einem zweiten Schritt wurde auf Grundlage der von den Jugendlichen selbst gewichteten Themen eine repräsentative Jugendbefragung an 30 rheinland-pfälzischen Schulen durchgeführt. Die Standorte der beteiligten Schulen decken die fünf Gruppen des Gesamtindex Child Well-being ab, wie sie der erste Kinder- und Jugendbericht entwickelt hat (vgl. Kap. 4.1.2, S. 164 ff.). Daten von über 2.000 Jugendlichen liefern wertvolles empirisches Material zu jugendspezifischen Themen wie Schule, Mitbestimmung, Mobilität, Freizeitaktivitäten und Zukunftsperspektiven.

Die Befunde des Jugendworkshops und der Jugendbefragung lieferten aussagekräftige Hinweise auf neue Indikatoren, die als objektivierbare Voraussetzungen für subjektives Wohlbefinden verstanden werden und auf diese Weise in das Indikatorenkonzept einfließen.

Der erste Kinder- und Jugendbericht bescheinigte der Landesregierung, dass sie im Ausbau der Frühen Hilfen und der Hilfen zur Erziehung einen vorbildlichen Weg beschreite. Dies dürfe jedoch nicht zulasten der Kinder- und Jugendarbeit gehen, da diese ohne individuellen Rechtsanspruch ganz besonders dem „politischen Willen“ in Kommunen und Land unterworfen sei. Jugend dürfe nicht zugunsten der Kindheit und einer sicherlich bedeutungsvollen Kinderpolitik aus dem Blick geraten (vgl. ebd., S. 441 f.).

Auch der 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes konstatierte eine „Vereinseitigungstendenz des sozialinvestiven Ansatzes (...) in seiner Fokussierung auf die ersten Jahre“. Dies habe zwar „zu einer starken Bedeutungsaufwertung von Kindheit und Kindern, aber zugleich zu einem ‚Verschwinden‘ der Jugend aus dem öffentlichen Blickfeld beigetragen“ (BMFSFJ 2013, S. 374).

Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz hat sich, entsprechend aktuellen bundesweiten Bestrebungen, die Profilierung einer eigenständigen Jugendpolitik auf die Fahne geschrieben. Als wesentliche Anforderung an die Erstellung des zweiten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz gab die Landesregierung das **Leitthema „Jugend“** vor – dies insbesondere mit Blick auf die **Bedeutung und Notwendigkeit der Jugend(verbands)arbeit**. Mit der Fokussierung auf das Jugendalter leistet der vorliegende Bericht auch Pionierarbeit für den 15. Kinder- und Jugendbericht des Bundes, der 2017 vorgelegt werden soll: Unter dem Leitthema „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“ widmet sich dieser ebenfalls zentral der Lebensphase Jugend.

Trotz eigener Erhebungen ist die Berichtskommission nach wie vor auf die Datensammlung bzw. -verfügbarkeit „im Feld“ angewiesen. Seit Veröffentlichung des ersten Kinder- und Jugendberichtes für das Land Rheinland-Pfalz hat sich die Datenlage zwar verändert, in der Gesamtheit aber ergab sich ein vergleichbar lückenhaftes Bild. Damit eine fundierte Weiterentwicklung der relevanten Datenbereiche dennoch realisiert werden konnte, wurden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie vor allem Fachkräfte aus der einschlägigen Fachszene in **Expertinnen- und Expertenanhörungen** beteiligt.³ In Absprache mit dem federführenden Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen wurden im Zeitraum April 2013 bis Februar 2014 insgesamt sieben Hearings zu nachfolgenden Themenschwerpunkten durchgeführt:

- Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement
- Offene Jugendarbeit
- Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe
- Jugend zwischen Herausforderung und Gefährdung
- Jugendberichterstattung
- Jugend(arbeit) 2.0 – Funktionen. Kulturen. Szenen
- Jugend heute (Abschlussveranstaltung)

Sechs Referentinnen und Referenten waren in jedem Hearing eingeladen, das eigene Tätigkeits- bzw. Einrichtungsprofil darzustellen und dabei wesentliche Herausforderungen in der Praxis, eigene Positionen sowie Forderungen an die Landespolitik zu formulieren. Auf jeden Vortrag folgte eine Diskussionsrunde im Plenum, dem auch Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, des

³ Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hearings sind auf der Website zum zweiten Kinder- und Jugendbericht aufgeführt, www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de.

Landesjugendamts und des Landesjugendhilfeausschusses angehörten.

Die Expertinnen- und Expertenanhörungen lieferten wertvolle Beiträge für die Erstellung des vorliegenden Berichtes, und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Referentinnen und Referenten sei an dieser Stelle ein besonderer Dank ausgesprochen.

Die Befunde der Hearings werden in den einzelnen Berichtsteilen auszugsweise aufgegriffen. Umfassend sind die Ergebnisse auf der begleitenden Website des zweiten Kinder- und Jugendberichtes dokumentiert.⁴

Der zweite Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz schließt im Kern an den ersten rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendbericht an. Zugleich ist er durch konzeptionelle Neuerungen und methodische Weiterentwicklung gekennzeichnet:

- Der erste Kinder- und Jugendbericht war als Gesamtbericht materieller und struktureller Lebensbedingungen junger Menschen in Rheinland-Pfalz konzipiert. Der vorliegende Bericht schreibt zwar grundlegende Daten des Vorgängerberichtes fort, legt seinen Fokus darüber hinaus aber auf ein Leitthema: die Lebensphase Jugend.
- Das Indikatorenkonzept Child Well-being wird als geeignetes Konzept für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung übernommen. Die gewachsene wissenschaftlich elaborierte Auseinandersetzung mit dem „Well-being“ von Kindern im deutschsprachigen Raum⁵ lässt für den vorliegenden Bericht aber eine begriffliche Weiterentwicklung zu: Auch in Anlehnung an die World-Vision-Studie „Kinder in Deutsch-

land 2013“⁶ wird im rheinland-pfälzischen Indikatorenkonzept nunmehr das *Wohlbefinden* von Kindern operationalisiert. Darüber hinaus werden sowohl theoriegeleitet als auch aus den Selbstauskünften relevante Jugendthemen abgeleitet und eingebunden; entsprechend erfasst das Indikatorenkonzept im Folgenden das **„Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“ (WKJ)**.

- „Objektive“ Daten zur Erfassung von Lebenslagen junger Menschen in Rheinland-Pfalz werden erstmals in einem Landesbericht durch **Selbstauskünfte junger Menschen** ergänzt.
- Die Konzeption des zweiten Kinder- und Jugendberichtes erhält eine **partizipativ angelegte Erweiterung**: Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Fachszene wurden maßgeblich an der Exploration grundlegender (Querschnitts-)Themen, Herausforderungen und Konfliktlinien beteiligt.

4 Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hearings sind auf der Website zum zweiten Kinder- und Jugendbericht aufgeführt, www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de.

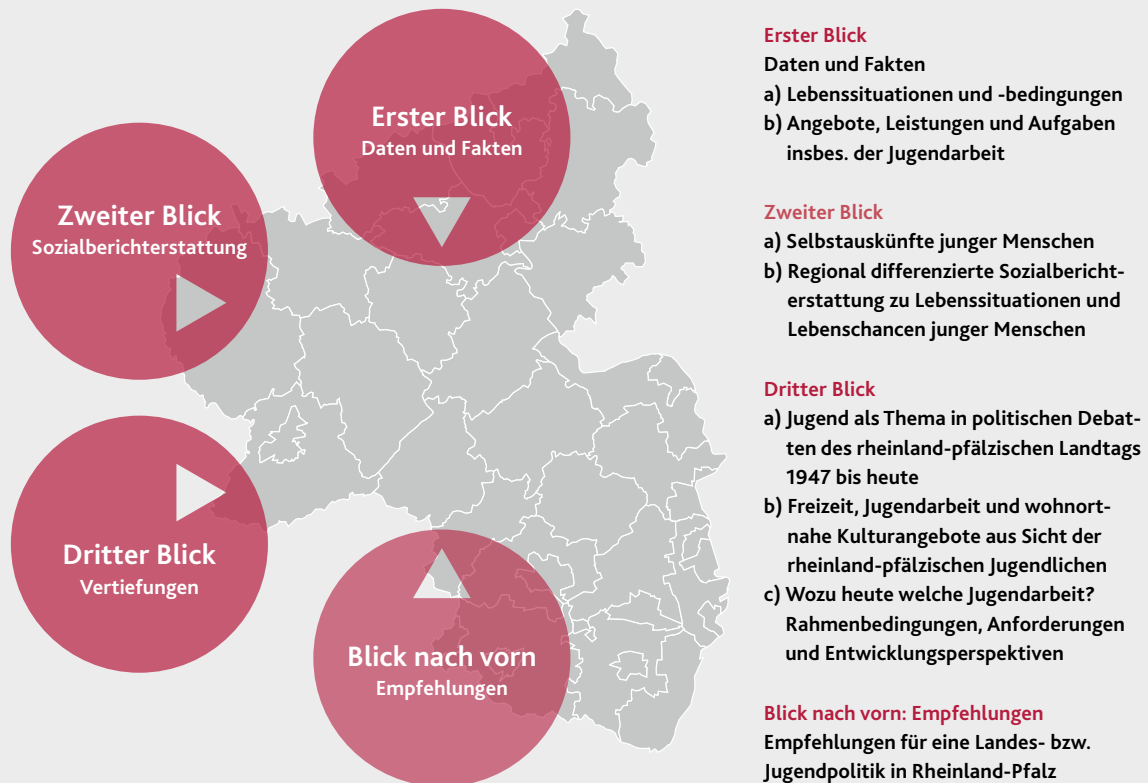
5 www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de

6 Vgl. z. B. Andresen/Schneekloth (2014), S. 535 ff.

1.2 Aufbau und Inhalte

Der vorliegende Bericht gliedert sich in vier Abschnitte, die als „Blicke“ auf die Lebenssituationen und Lebenslagen von jungen Menschen und die öffentliche Verantwortung für junge Menschen – und hier im Besonderen Jugendliche – verstanden werden.

Abb. 1: Aufbau des Berichts



Am Anfang steht eine Hinführung zum Gegenstand des Berichtes: Jugend. Mithilfe eines mehrdimensionalen Modells „Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz“ wird eine Annäherung an grundlegende Faktoren für ein „gelingendes“ Aufwachsen in Rheinland-Pfalz unternommen.

In einem „**ersten Blick**“ werden Themenfelder, die die Lebenssituation und Lebenslage junger Menschen in Rheinland-Pfalz beschreiben, aus dem Pilotbericht fortgeschrieben und an geeigneter Stelle ergänzt. Der Schwerpunkt liegt hier auf einer Betrachtung des Landes Rheinland-Pfalz

insgesamt und – soweit möglich – im Bundesvergleich bzw. in kleinräumiger Betrachtung auf Ebene der 36 Kreise und kreisfreien Städte des Landes.

Weiterhin werden Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in ihrer Bedeutung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz dargestellt. Der Fokus richtet sich dabei auf Jugendarbeit, aber auch weniger „klassische“ Formen jugendkulturellen Ausdrucks sind hier Thema. Im Wesentlichen werden Studien, Projekte, Leistungen und Landesförderungen beschrieben, zu denen das verfügbare Datenmaterial Auskünfte liefert. Erweitert werden diese durch

Befunde aus eigenen Erhebungen, welche neue Perspektiven auf die Bedeutung von Jugend und Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz eröffnen. Die Selbstauskünfte junger Menschen ergänzen die Daten an geeigneter Stelle.

Im „**zweiten Blick**“ kommen – erstens – junge Menschen aus Rheinland-Pfalz selbst zu Wort. Wie beurteilen sie ihre Lebensbedingungen und ihre Zukunftsperspektiven? Welche Themen beschäftigen sie im Alltag und welche Anforderungen entstehen daraus an eine rheinland-pfälzische Jugendpolitik? Das Beteiligungskonzept, das diesen Aussagen zugrunde liegt, wird theoretisch und in seiner Umsetzung erläutert. Es folgt eine vertiefende Darstellung der Themenfelder Schule, Mobilität und Diskriminierung/Respekt. Diese Themen wurden im Rahmen des Jugendworkshops durch die Jugendlichen selbst generiert und mit der größten Relevanz für ihre Lebenswelten gewichtet.

Zweitens richtet sich der Blick auf die Regionen des Landes, die 24 Landkreise und zwölf kreisfreien Städte. Hier wird an das Indikatorenkonzept des ersten Kinder- und Jugendberichtes angeknüpft, die methodische Vorgehensweise aktualisiert und der Gesamtindex durch jugendspezifische Indikatoren und sprachliche Weiterentwicklung zu „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“ (WKJ) erweitert. Ferner werden aktuelle Entwicklungen des Well-being betrachtet. Eine ausführliche Darstellung der Indexwerte in den Dimensionen „Lebensbedingungen“, „Wohlfahrtsleistungen“ und „Handlungsräume“ zeigt regionalpolitische Tendenzen auf. Auswahl und Interpretation der Daten für das WKJ werden in einem Anlagenband ausführlich erläutert.

Im „**dritten Blick**“ werden jugendspezifische Themen vertiefend dargestellt. Befunde der einzelnen Berichtsteile werden über den Gesamtbericht hinweg immer auch in den Kontext einer zu profilierenden Jugendpolitik eingeordnet. Das erste Vertiefungskapitel nähert sich der **Jugendpolitik in einer historischen Betrachtung**. Anhand einer Dokumentenanalyse der Landtagsprotokolle wird

herausgearbeitet, welche Jugendthemen seit Konstituierung des rheinland-pfälzischen Landtags im Plenum debattiert wurden und aktuell werden. Aussagen darüber, welche „Tradition“ Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz einnimmt, sollen dazu beitragen, das zu entwickelnde Profil einer zukunfts-tragenden Jugendpolitik zu schärfen.

In einem zweiten Vertiefungskapitel werden die Befunde der Jugendbefragung mit Blick auf ein weiteres Themenfeld ausgewertet – den Stellenwert der Freizeit für die Entwicklungsmöglichkeiten von jungen Menschen. Wie verbringen Jugendliche in Rheinland-Pfalz ihre Freizeit und welche Rolle spielen dabei die Offene Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit? Wie bewerten die jungen Menschen generell das Freizeit- und Kulturangebot am eigenen Wohnort?

Das dritte Vertiefungskapitel beschreibt abschließend wesentliche Herausforderungen, Entwicklungslinien und notwendige Verortungen der **Jugendarbeit**. Diese werden angesichts veränderter Lebenswelten junger Menschen und struktureller Einflussgrößen eingeordnet und zu einem „Zukunftsprofil“ Jugendarbeit weiterentwickelt.

Der „**Blick nach vorn**“ führt die im zweiten Kinder- und Jugendbericht herausgearbeiteten Handlungsbedarfe für eine nachhaltige und zukunfts-tragende Jugendpolitik zusammen. Auf dieser Basis werden schließlich konkrete Empfehlungen an die Landesregierung formuliert.

Unser Dank gilt neben den Kolleginnen und Kollegen der beiden beteiligten Universitäten und des Instituts für Sozialpädagogische Forschung in Mainz den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des in der Steuerungsgruppe beteiligten Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz und aus dem Landesjugendamt.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie Referentinnen und Referenten unserer Expertenanhörungen gilt ein besonderer Dank, da sie ihr Wissen mit uns geteilt und zu der Entwicklung

wesentlicher Kernaussagen des Berichtes beigetragen haben.

Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, den Statistischen Ämtern und den Kolleginnen und Kollegen aus Praxis und Wissenschaft, die uns Daten zur Verfügung gestellt haben.

In ganz besonderer Weise danken wir den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendworkshops für ihre offenen Worte, den Schülerinnen und Schülern der Jugendbefragung für ihre Geduld und sorgfältige Bearbeitung des Fragebogens sowie den Lehrerinnen und Lehrern und den Schulleitungen für ihre Zeit und Unterstützung bei der Umsetzung der Jugendbefragung.

Den Masterstudierenden im Fach Erziehungswissenschaft der Universität Trier sei herzlich gedankt für die Mitwirkung beim Jugendworkshop in Kyllburg sowie für die Mithilfe bei der Durchführung der Jugendbefragung und der Dateneingabe. Ohne ihr Engagement und die kontinuierliche tatkräftige Unterstützung durch das Sekretariat hätte das Projekt so nicht umgesetzt werden können. Auch für die Mitorganisation des Abschlusshearings in Trier gilt ihnen unser Dank.

Für die Projektgruppe
Mainz/Koblenz/Trier im Dezember 2014

Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger
Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V.

AOR Dr. Magdalena Joos
Universität Trier

Heinz Müller
Institut für Sozialpädagogische Forschung
Mainz e.V.

Prof. Dr. Christian Schraper
Universität Koblenz-Landau (Federführung)

HINFÜHRUNG ZU GEGENSTAND UND HERAUSFORDERUNGEN DES ZWEITEN KINDER- UND JUGENDBERICHTES FÜR DAS LAND RHEINLAND-PFALZ

Jugend: Zwischen Kindheit und Erwachsenenalter, auf dem Weg in die Zukunft und mitten im Leben

Jeder hat ganz eigene biografische, familiäre oder berufliche Erfahrungen mit Jungsein und Erwachsenwerden, und doch beziehen wir uns dabei immer auch auf kollektive Bilder und allgemeine Konzepte von „Jugend“. Hier wird zum einen mit Jugend eine Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter bezeichnet, die von besonderen Herausforderungen geprägt ist und junge Menschen mit tiefgreifenden biologischen, psychologischen und sozialen Umbrüchen konfrontiert. Zum anderen wird betont, dass Jugend eine eigenständige Lebensphase geworden ist, die inzwischen rund 20 Lebensjahre umfasst und im Vergleich zu früheren Generationen zunehmend länger dauert. In dieser Lebensphase sind folgenreiche Entscheidungen für das gesamte weitere Leben zu treffen. Und zum dritten ist unübersehbar und wird im Bericht gezeigt, dass sich Lebensbedingungen, Zukunftserwartungen und Lebenskonzepte junger Menschen auch in Rheinland-Pfalz deutlich unterscheiden. Von „der“ Jugend kann also kaum gesprochen werden, vielmehr gilt es, verschiedene „Jugenden“ zu sehen und zu verstehen.

Für diesen Bericht soll versucht werden, den Blick auf diese „Jugenden“ in **fünf Thesen** und einem Fazit zu klären:

(1) Jugend ist keine natürliche Tatsache, sondern eine soziale Konstruktion.

Natürlich sind biologisches Wachstum bis zur Geschlechtsreife und die körperlichen Veränderungen der „Sturm- und Drang-Zeit“ Pubertät Einstieg und erster Höhepunkt der Jugendzeit. Wie unterschiedlich diese biologischen Tatsachen der Lebensphase, die etwa vom Anfang der zehner bis zum Ende der zwanziger Jahre dauert, aufgefasst werden können, zeigt ein kleiner Blick zurück und über den Zaun: Noch vor 50 Jahren war es für über 80 % aller jungen Menschen auch in Rheinland-Pfalz „normal“, mit spätestens 15 Jahren eine achtjährige Schulzeit zu beenden, dann eine meist dreijährige Berufsausbildung anzutreten und schon vor dem 20. Lebensjahr eigenes Geld zu verdienen. Das durchschnittliche Heiratsalter lag noch in den 1960er Jahren deutlich unter 25 Jahren und die wesentlichen Statusmerkmale eines Erwachsenen hatten die meisten jungen Menschen spätestens mit Mitte 20 errungen: sowohl

ein selbst verdientes Gehalt als auch die Gründung einer eigenen Familie. Während 1980 noch mehr als die Hälfte der Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 20 Jahren erwerbstätig war, sank die Erwerbsquote bis 2010 bereits auf 34,8 % (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2011). Eine eigene Familie gegründet haben, soweit dies überhaupt noch am Heiratsdatum ablesbar ist, Männer 2012 durchschnittlich mit 33,5 Jahren und Frauen mit 30,7 Jahren. Rheinland-pfälzische Mütter sind heute bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt knapp 29 Jahre alt und damit etwas jünger als im Bundesdurchschnitt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es paradox, dass noch vor 40 Jahren die gesetzlichen Altersgrenzen für den Eintritt ins Erwachsenenalter, die Volljährigkeit und das Wahlalter, bei 21 Jahren festgesetzt waren. Erst seit 1975 gilt hier das 18. Lebensjahr und nicht nur in Rheinland-Pfalz wird heute für eine weitere Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre geworben. Eine Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch ist, dass junge Menschen heute damit konfrontiert sind, deutlich umfang- und folgenreichere Entscheidungen für ihr weiteres Leben zu treffen, und sich Ausbildung, Arbeit und Familie in größerem Maße selbst organisieren müssen als noch vor 40 Jahren üblich und notwendig. Ausführlicheres zur Vielzahl heutiger Optionen für schulische Qualifikationen und berufliche Ausbildungswege auch in Rheinland-Pfalz findet sich in Kapitel 2.4.

Ein Blick in andere Regionen der Welt zeigt, dass dort für viele junge Menschen eine geregelte Schulzeit bis heute nicht selbstverständlich ist und sie stattdessen schon früh durch Arbeit zum Unterhalt ihrer Familien beitragen müssen. Geschützte Zeiten für Schule und Ausbildung zu haben, ein Merkmal, das für uns wesentlich das Jugendalter kennzeichnet, gilt für junge Menschen dort nicht oder nur sehr begrenzt. Das Allermeiste also, was Jugend in unserem Verständnis ausmacht, ist kulturell bedingt und sozial hergestellt – heute und in unserer Gesellschaft anders als früher und in anderen Teilen der Welt.

(2) Jugendzeit ist Lern- und Entwicklungszeit: Erwartet werden Eigenverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit und Leistungsbereitschaft

„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“, heißt es sehr grundsätzlich im § 1 des Sozialgesetzbuchs VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. Das Schulgesetz von Rheinland-Pfalz bestimmt und konkretisiert den öffentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag, so in § 1: *„In Erfüllung ihres Auftrags erzieht die Schule zu Selbstbestimmung und Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen (...) Sie führt zu selbstständigem Urteil, zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Leistungsbereitschaft.“* (Schulgesetz Rheinland-Pfalz v. 22.12.2009). Beide Gesetze bestimmen Ziel und Auftrag ihrer „öffentlichen Verantwortung für das Aufwachsen“ in der Spannung, die einerseits aus dem Ermöglichen von Autonomie sowie andererseits der Einforderung von Leistung und Verantwortung erwächst.

Eine der großen sozialen Errungenschaften der letzten 200 Jahre ist zweifellos, das Jugendalter als ein Zeitfenster für Entwicklung, Ausbildung und Erprobung begreifen und gestalten zu können, individuell wie gesellschaftlich. Es ist also kein selbstverständlicher „Luxus“, gleichsam freigestellt zu sein von existenzsichernder Arbeit und inzwischen mehr als ein Jahrzehnt Lebenszeit zur Verfügung zu haben für die Ausbildung von Kenntnissen und Fähigkeiten, für die Entwicklung von Selbstbewusstsein und Identität sowie die Erprobung von Standort und Teilhabe in der Gesellschaft.

Zugleich war noch nie das Risiko so groß, an diesen Herausforderungen der Jugendzeit zu scheitern, stehen doch sichere und erprobte Lebensentwürfe kaum noch zur Verfügung. Es reicht nicht mehr, zu werden und zu leben wie Vater oder Mutter. Zu schnell und tiefgreifend haben sich soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungen und Herausforderungen geändert und tun dies, wie es

scheint, auch zukünftig mit großer Geschwindigkeit. Erwartet wird, dass jeder junge Mensch die ihm zugestandene Jugendzeit optimal nutzt, sonst drohen ein Leben lang Abhängigkeit und Armut. So sehen es auch junge Menschen aus Rheinland-Pfalz mehrheitlich, wenn sie nach ihren Zielen und Ängsten gefragt werden.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Nach ihren Ängsten befragt, gaben rund 60 % der jungen Menschen an, Angst (25 %) oder große Angst (rund 34 %) davor zu haben, keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden. Neben der Angst vor einer schweren Krankheit ist dies die am häufigsten genannte Antwort.

Anschaulich zeigt das Konzept der Entwicklungsaufgaben die Bedeutung der Jugendzeit für die Aneignung der Fähigkeiten, die für ein Leben in Eigenständigkeit und Verantwortung notwendig sind. Nach Robert J. Havighurst (1900–1991), einem amerikanischen Entwicklungspsychologen, sind im Jugendalter vor allem vier Aufgaben zu bearbeiten:

- *Entwicklung der intellektuellen und sozialen Kompetenz*, vor allem um selbstverantwortlich die schulischen und beruflichen Anforderungen meistern zu können, mit dem Ziel, die ökonomische Basis für eine selbstständige Existenz als Erwachsener zu sichern.
- *Entwicklung einer eigenen Vorstellung der Geschlechterrolle*, d. h. das Durchlaufen der körperlichen Entwicklungen in der Pubertät, der Aufbau sozialer Beziehungen zum eigenen und zum anderen Geschlecht und die Vorbereitung auf die Herausforderung, einmal eine eigene Familie zu gründen oder eine vertrauensvolle Partnerschaft einzugehen.
- *Entwicklung selbstständiger Entscheidungs- und Handlungsmuster für die Nutzung des Konsumentenmarktes*, einschließlich der modernen

Medien, d. h. vor allem der Umgang mit Geld, um einen ebenso bedürfnisorientierten wie kontrollierten Umgang mit der Vielzahl von Angeboten und Optionen zu lernen.

- *Entwicklung eines ebenso eigenständigen wie akzeptierten Werte- und Normensystems* einschließlich eines ethischen und politischen Bewusstseins, das die Übernahme sozialer Verantwortung und die gesellschaftliche Teilhabe im kulturellen und politischen Raum ermöglicht (vgl. Hurrelmann 2010, S. 27 f.).

Die konkrete Erfahrung, das eigene Leben gestalten zu können, also sich selbst wirksam zu erleben, ist dabei immer wieder die grundlegende Voraussetzung, diese anspruchsvollen Entwicklungsaufgaben erfolgreich bearbeiten zu können.⁷ Und die Bearbeitung der Entwicklungsaufgaben ist nicht vorbestimmt, sondern muss als ein aktiv ko-konstruktiver und ko-produktiver Prozess begriffen werden: Jugendliche sind sowohl Akteurinnen und Akteure ihrer Entwicklung als auch angewiesen auf Unterstützung, Anregung und Korrektur, vor allem aber auf förderliche Bedingungen.

Die großen Konzepte für die Erklärung und Gestaltung dieser enormen Entwicklungsarbeit sind:

- *Sozialisation*⁸ als das Gesamt der sozialen Bedingungen und Prozesse, die Menschen in einer Gesellschaft handlungsfähig werden lassen,
- *Erziehung*⁹ als die Verantwortung der älteren Generation, der jüngeren all das zu vermitteln, was sie für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches und gemeinschaftsfähiges Leben benötigt, und

7 Das Konzept der Selbstwirksamkeit besagt, dass ein „stark ausgeprägtes Kohärenzgefühl bzw. die stark ausgeprägte Überzeugung, selbst handlungsfähig zu sein, dazu führen, dass ein Mensch flexibel auf Anforderungen reagiert und in der Lage ist, die für diese spezifischen Situationen angemessenen Ressourcen zu aktivieren“ (BMFSFJ 2009, S. 59).

8 Vgl. dazu Hurrelmann/Quenzel 2012.

9 Vgl. dazu Andresen/Hunner-Kreisel/Fries 2013.

- *Bildung*¹⁰ als Leistung der Subjekte, eine Idee und ein Bild vom eigenen Selbst und der Welt, in der sie leben, zu entwickeln und immer wieder neu zu erarbeiten.

Die Familie, die im Regelfall aus den Eltern und ggf. Geschwistern besteht, ist auch im Jugendalter Basis, Ausgangspunkt und „Heimathafen“ für die Entwicklungsarbeit und Welterkundung junger Menschen. Dies begründet auch die immer wieder fundamentale Bedeutung familiärer Ressourcen, also ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapitalien (vgl. Bourdieu 1993, S. 49 ff.) für die Entwicklungschancen junger Menschen.

(3) Jugendzeit ist Lebenszeit im „Hier und Jetzt“

Die frühen Lebensphasen Kindheit und Jugend werden einerseits als eine wertvolle Entwicklungszeit begriffen – *jeder junge Mensch hat ein Recht auf Entwicklung*, heißt es im SGB VIII und in der UN-Kinderrechtskonvention: „die Bildung des Kindes [hier 0–18 Jahre, Anm. d. Verf.] [muss] darauf gerichtet [sein], die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung zu bringen“ (Art. 29 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes). Jugend ist also auch auf die Ermöglichung von Zukunft ausgerichtete Lebenszeit.

Andererseits zeigen eigene Erfahrung und sozialwissenschaftliche Forschung, wie eigenständig und gegenwärtig schon Kindheit (vgl. Honig 1999) und vor allem Jugend verstanden werden müssen und werden wollen. Jugendleben, wie es sich in Musik, Mode oder Sport äußert, erscheint vielfältig und widersprüchlich, vor allem aber „eigen“ und manchmal den Erwachsenen fremd.

Ökonomisch sind junge Menschen heute in der Regel länger abhängig von Eltern und Staat, gleichwohl viele schon früh „eigenes Geld“ verdienen

¹⁰ Vgl. dazu von Hentig 1996 und Borst 2009.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

82,2 % der Jugendlichen gaben an, ein Taschengeld zu erhalten. Knapp ein Drittel der Befragten (29,1 %) verdient sich durch einen Nebenjob etwas hinzu – Befunde der Shell-Studie zeigen, dass bundesweit 34 % (2010; 2002 waren es 32 %) der Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren einen Nebenjob haben (vgl. Shell Deutschland Holding 2010, S. 86).

und sozial und kulturell deutlich früher selbständig werden:

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Befunde der Jugendbefragung zeigen, dass lediglich 1,5 % der Jugendlichen nicht im Besitz eines Handys oder Smartphones sind. Mit 86 % besitzen die meisten Jugendlichen ein Smartphone – die Gebühren werden bei fast 60 % der Befragten (zumindest teilweise) von den Eltern übernommen.

98 % der Jugendlichen (bundesweit waren es im Jahr 2010 96 %; vgl. Shell Deutschland Holding 2010, S. 101 f.) haben einen Zugang zum Internet und mehr als ein Fünftel von ihnen (22,8 %) gibt an, immer online zu sein.

Diese Spannung zwischen Abhängigkeit und Autonomie kennzeichnet das Jugendalter deutlich, nicht einheitlich, sondern in vielen Facetten. Und kennzeichnend ist die wachsende Selbstbezogenheit im Jugendalter, denn die Aufforderung, seine eigene Position in einer pluralistischen Gesellschaft zu finden, ist unausweichlich. Besonders bedeutsam werden die Beziehungen zu den Peers¹¹, den Gleichaltrigen und Gleichrangigen.

¹¹ Peergroup (abgekürzt: Peers): „Aus dem Englischen übernommene Bezeichnung für eine Gruppe gleichaltriger Kinder oder Jugendlicher. Die Beteiligung an solchen Gruppen ist nach der neueren Forschung für den Erwerb alterstypischer Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen sowie für die Ablösung von der Familie wichtig. Damit gewinnen P. Bedeutung für die Entwicklung von Selbstbewusstsein, sozialer Identität und Kompetenz.“ (Schaub/Zenke 2007, S. 492)

Sie sind jetzt die wichtigste soziale Bezugsgruppe, hier gewinnen Mädchen und Jungen Orientierung, hier können sie sich erproben und müssen sich bewähren. So schwer es Eltern und Lehrern auch fällt, sie spielen oft nur noch „die zweite Geige“ – während sie zugleich unverzichtbar sind als Rückhalt und als korrigierende Instanz für die jungen Menschen.

(4) Jugendlichkeit und Jugend sind auch Projektionsflächen für die Hoffnungen und Ängste der Erwachsenen.

Erwachsene haben zu allen Zeiten großes Interesse an „ihrer“ Jugend und zugleich sind für viele Erwachsene die Äußerungs- und Erscheinungsformen junger Menschen unverständlich, teils auch bedrohlich und beängstigend. *Bündische Jugend und Wandervogel, Halbstarke und Hippies, Generation X und digital-natives* sind nur exemplarische Zuschreibungen, die zeigen, dass im Blick der Erwachsenen auf die Jugend ihrer Zeit junge Menschen stets mit einer Mischung aus Faszination und Beunruhigung wahrgenommen werden – von alters her bis heute. Dies rührt nicht zuletzt aus der doppelten Bedeutung, die jede Jugendgeneration für ihre Gesellschaft hat, denn die nachwachsenden Generationen sind wesentliche Voraussetzung für die Reproduktion jeder Gesellschaft, Option und Potential für Existenzsicherung und Weiterentwicklung – gern in der Formel von der „Jugend als Zukunft“ ausgedrückt. Aber diese Formel transportiert neben der Hoffnung auch die Ungewissheit, denn wer weiß schon, ob die Jugend sich in Zukunft bewährt. Im demografischen Wandel verschärft sich diese Ambivalenz, werden die nachwachsenden Generationen doch zu einem zunehmend „knapperen Gut“.

Vor allem „abweichendes Verhalten“ junger Menschen wird bedrohlich erlebt, sodass der Blick auf Jugend „als soziales Problem“ vielfach in den Vordergrund rückt. Laute Musikszene und Genussskulturen, Rausch und Drogen, Verweigerung und Protest sind immer wieder Gegenstand sorgenvoller und aufgeregter Diskurse. Ein historischer Rückblick in Kapitel 6 zeigt, dass das öffentliche

Bild der Jugend auch im Landtag von Rheinland-Pfalz über Jahrzehnte hinweg von Problemthemen wie z. B. Jugendkriminalität, Rauschgiftkriminalität, Jugendarbeitslosigkeit oder jugendlichem Rechts extremismus geprägt war. Wenn daher über Jugend berichtet werden soll, muss auch über diese Sorgen und Probleme berichtet werden, ohne dass damit zugleich „die“ Jugend als „Problemjugend“ bewertet wird. Deutlich wird aber auch, dass der Blick auf die heutige Jugend immer auch ein Blick in den Spiegel der Hoffnungen und Ängste der Erwachsenengesellschaft ist.

(5) Die Bedingungen und Chancen vieler Jugendlicher sind in Rheinland-Pfalz so gut wie nie zuvor und zugleich ist die Lage zahlreicher junger Menschen höchst prekär – und beides ist in den Regionen des Landes deutlich unterschiedlich

Dieser paradoxe Befund ergibt sich aus den vergleichenden Analysen zu Entwicklungsbedingungen und Lebenschancen junger Menschen in Rheinland-Pfalz. Die These, dass es vielen jungen Menschen sehr gut geht, bestätigt sich auch in den Selbstauskünften der jungen Menschen aus Rheinland-Pfalz:

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Gut 70 % der über 2.100 befragten Jugendlichen geben an, zufrieden bis sehr zufrieden mit dem eigenen Leben zu sein. Ein ähnlich hoher Anteil der Jugendlichen blickt zuversichtlich in die Zukunft und fast 74 % der jungen Menschen fühlen sich in ihrer Familie materiell gut versorgt und abgesichert.

Auch der Blick in die Statistiken des Landes zeigt hinsichtlich der materiellen Lage junger Menschen in Rheinland-Pfalz deutlich positive Entwicklungen: So hat sich der Anteil der unter 15-Jährigen im Bezug von Leistungen nach SGB II im Vergleich der Jahre 2010 (12,0 %) und 2012 (11,3 %) im Landesdurchschnitt leicht reduziert. Im Vergleich der Städte und Kreise des Landes zeigen sich je-

doch große Differenzen, im günstigsten Fall sind weniger als 6 % junger Menschen auf öffentliche Hilfen für ihren Lebensunterhalt angewiesen, im ungünstigsten mehr als viermal so viele, über 25 % (vgl. Kap. 2.3).

Deutlich positive Bewertungen sind auch für die Schulen des Landes berechtigt, gemessen an den Bildungsabschlüssen, die junge Menschen in Rheinland-Pfalz heute erreichen: Der Trend zu höheren Schulabschlüssen ist deutlich erkennbar. Gegenüber 2002 (22,8 %) ist der Anteil aller Schulabgängerinnen und -abgänger, die die Schullaufbahn mit der Allgemeinen Hochschulreife beendeten, bis 2012 auf 31,8 % angestiegen (vgl. Kap. 2.4). Zugleich ist der Anteil der Schulentlassenen, die ihre Schullaufbahn ohne Schulabschluss beendet haben, von 2002 (9,1 %) bis 2012 (5,4 %) kontinuierlich zurückgegangen. Aber auch hier zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen des Landes (vgl. ebd.). Diese spiegeln sich auch in den Zahlen zur Arbeitslosigkeit der jungen Menschen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren: Bei einem Landesdurchschnitt von 2,8 % im Jahr 2013 zeigt sich eine enorme Spannweite zwischen den Regionen mit dem geringsten (1,5 %; Landkreis) und dem höchsten Wert (7,5 %; kreisfreie Stadt).

Die Zahlen weisen auch hier darauf hin, dass die guten Bedingungen nicht für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz gleichermaßen gegeben sind, sondern es ein großes Gefälle z. B. zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten im Land gibt (vgl. Kap. 2.4). Für eine große Zahl junger Menschen sind die Startbedingungen und Chancen für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben daher trotz allem denkbar schlecht, vor allem wenn sie „das Pech“ haben, am falschen Ort aufzuwachsen zu müssen.

Große Aufmerksamkeit für die ebenso turbulente wie folgenreiche Lebensphase Jugend muss daher deutliche Priorität für eine Landespolitik haben, die Gegenwart ebenso verantwortlich gestalten wie Zukunft aussichtsreich ermöglichen will. Große Worte, aber kleiner ist das „Jugendthema“ nicht zu haben. Grundlegende Herausforderungen

an jede Jugendpolitik sollen daher skizziert und begründet werden, bevor in den folgenden Kapiteln die für Rheinland-Pfalz konkreten Bedingungen und Herausforderungen erläutert werden.

Fazit: Junge Menschen brauchen Zeiten und Räume für Entwicklung und Erprobung, aber vor allem Anerkennung und Respekt für die anspruchsvolle Aufgabe, eigenständig erwachsen zu werden – ein Modell für die Herausforderungen moderner Jugendpolitik.

Bedingungen und Prozesse, die das Leben und die Entwicklung junger Menschen heute prägen, werden in einem theoretisch abgeleiteten Modell dargestellt. So lassen sich die relevanten Aspekte erfassen und anschaulich komprimieren. Ziel ist es, die besonderen Herausforderungen einer Jugendpolitik herauszuarbeiten, die positive Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen schaffen und sichern will und allen Mädchen und Jungen in Rheinland-Pfalz zu ihrem Recht auf „Entwicklung zu einer eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ (§ 1 SGB VIII) verhilft.

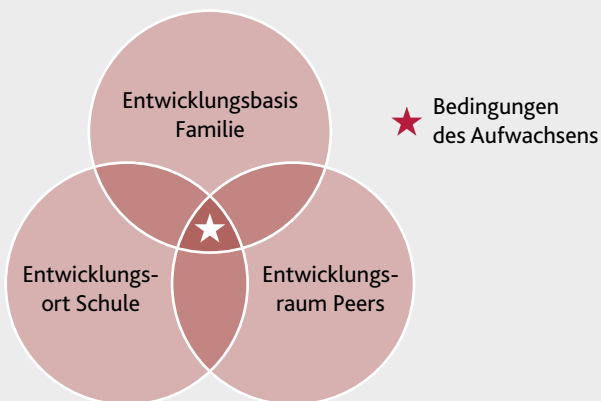
Das relevante sozialwissenschaftliche Wissen über die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen kann so zusammengefasst werden:

- Die **Familie** ist auch für Jugendliche zumeist der wichtigste soziale Ort, an dem sowohl materielle Ressourcen zur Verfügung stehen als auch soziale Beziehungen für Leben und Entwicklung zur Verfügung gestellt werden – oder nicht. Im Jugendalter, so die Erwartung, unterstützt die Familie das Aufwachsen und die Entwicklung idealtypisch im Spannungsfeld von Zugehörigkeit und Ablösung, was mit Auseinandersetzungen und Ablösungskrisen verbunden ist (vgl. Büchner/Brake 2006; Ecarius 2007; Rauschenbach 2009); daher **Entwicklungsbasis Familie**.
- Die persönliche Entwicklung und die beruflichen Chancen, also der mögliche Erfolg im Erwachsenenalter, hängen in modernen Leistungsgesellschaften wesentlich vom individu-

ellen Bildungserfolg ab. Dabei steigt der hierfür erforderliche Aufwand an Lebenszeit für Schule und Ausbildung stetig. Die Schule in all ihren Formen ist damit ein zentraler Entwicklungsraum für Jugendliche (vgl. Fend 2006b; Hummrich 2011); daher **Entwicklungsort Schule**.

- Neben Familie und Schule sind die Beziehungen zu Gleichaltrigen und Gleichrangigen (engl. *peers*) die dritte wesentliche Entwicklungsbedingung für junge Menschen. Hier können Jugendliche auf Augenhöhe soziale Beziehungen gestalten, in diesen Beziehungen Anerkennung und Respekt „von gleich zu gleich“ einfordern und erleben. Als Erfahrungs- und Erprobungsraum für die persönliche Identität sind die Beziehungen zu den Peers ebenso unverzichtbar wie für die Entwicklung eines demokratischen Selbstverständnisses und die Einübung solidarisches Verhaltens (vgl. Breyvogel 1998; Fend 1998b; Krüger/Grunert 2002), daher **Entwicklungsraum Peers**.

Abb. 2: Entwicklungs- und Lebensbereiche junger Menschen



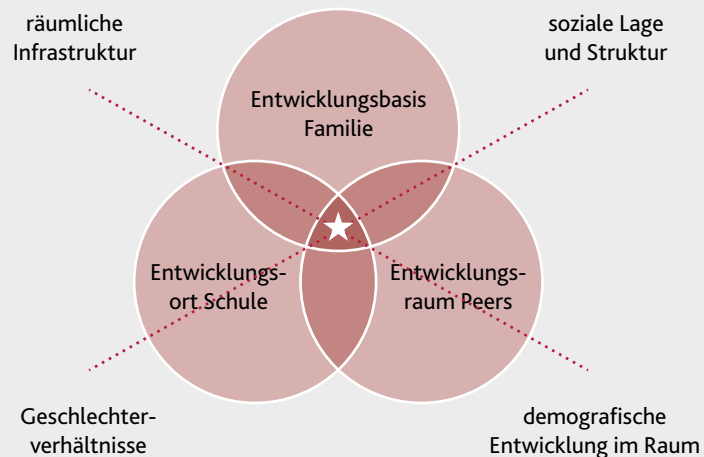
Quelle: Eigene Darstellung

Im jeweiligen Zusammenspiel der drei für Leben und Entwicklung junger Menschen wesentlichen Lebensbereiche Familie, Schule und Peers können die spezifischen Bedingungen für das Aufwachsen junger Menschen rekonstruiert werden.

Das Ineinandergreifen, Ergänzen oder Abgrenzen der Erfahrungen in Familie, Schule und mit den Peers prägt die jeweils besonderen Konstellationen für das Aufwachsen. Die skizzierten drei Erfahrungskreise bilden die Grundstrukturen jugendlicher Lebenswelten ab. Diese Lebenswelten werden nochmals in je besonderer Weise beeinflusst durch zwei **gesellschaftliche Rahmenbedingungen**, die die jeweilige Lage von Familien, Bildungseinrichtungen und Gleichaltrigengruppen auch in Rheinland-Pfalz bestimmen:

- die **soziale Struktur** der Lebensorte, also vor allem die ökonomische Lage und die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung, sowie
- die **räumlichen Bedingungen**, also vor allem die **Infrastruktur** für Wohnen, Gesundheit, Bildung, Kultur und Freizeit sowie Verkehr und Arbeit

Abb. 3: Modell gesellschaftlicher Bedingungen für das Aufwachsen



Quelle: Eigene Darstellung

Die räumliche Infrastruktur und die soziale Lage bilden den Rahmen für das individuelle Handeln und die persönliche Entwicklung junger Menschen. Sie sind nicht völlig festgelegt, aber auch nicht beliebig zu überwinden. Im Hinblick auf die Bedeutung gesellschaftlicher Bedingungen für indi-

viduelle Lebenschancen muss von folgenden Einflüssen ausgegangen werden:

- Die *soziale Lage* junger Menschen und vor allem ihrer Familien, also die Ausstattung mit Ressourcen, insbesondere Einkommen, Besitz und Prestige, beeinflussen die Entwicklungschancen und Lebensperspektiven erheblich; dies bestätigen auch die Studien zum Bildungserfolg (PISA) immer wieder eindrucksvoll (vgl. OECD 2014, S. 188).
- Der *soziale Raum* von der unmittelbaren Wohnumgebung bis zur Region, in der man lebt, enthält bestimmte Gelegenheitsstrukturen, die der Entwicklung junger Menschen und ihrer Lebenschancen dienen können. Dazu gehören zum Beispiel Kultur-, Sport- und Freizeitanlagen ebenso wie die Erreichbarkeit von Schulen und Ausbildungsinstitutionen.
- Die gesellschaftlich tradierte *Geschlechterordnung* enthält positive Entwicklungsmodelle für Mädchen und Jungen, aber auch spezifische Beschränkungen. Insbesondere Minderheiten wie z. B. Mädchen und junge Frauen mit Migrationshintergrund oder Mädchen und Jungen mit anderer sexueller Orientierung erleben diese gesellschaftlichen Zwänge jeweils ganz konkret, was ihre Entfaltungsmöglichkeiten einschränkt.
- Schließlich muss die demografische Dynamik der *Bevölkerungsentwicklung* als eigenständiger Parameter für die Analyse der Lebenssituation und Entwicklungsperspektiven junger Menschen angesehen werden. Wenn junge Menschen beispielsweise in einem von Jugendlichen weitgehend „entleerten Raum“ aufwachsen müssen, verändert dies qualitativ ihre objektiven Bedingungen, aber auch ihre Selbst- und Fremdwahrnehmung. Die demografische Entwicklung im Raum ist daher die vierte bestimmende Einflussgröße.

Der Schnittpunkt der Achsen „Raum“ und „Soziales“ ist im Modell in den Überschneidungsbereich der Entwicklungschancen junger Menschen gelegt. Damit soll verdeutlicht werden, dass die Dynamik der individuellen Entwicklung nur rekonstruiert und verstanden werden kann, wenn man mindestens diese grundlegenden Dimensionen berücksichtigt.

Obwohl es durchaus differenziertere Modelle der Beschreibung und Analyse der jugendlichen Lebenswelt gibt, wird für den zweiten Kinder- und Jugendbericht des Landes Rheinland-Pfalz ein Modell zugrunde gelegt, das weitgehend mit dem aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstand übereinstimmt und das zugleich jugendspezifische Akzente setzt: So ist die soziale Position der Familie der finanzielle Rahmen, in dem sich Jugendliche entfalten können. Der je spezifische Raum bietet ihnen mehr oder weniger Gelegenheiten für die Realisierung jugendlicher Bedürfnisse. Die Geschlechterordnung gibt ihnen Vorgaben und Möglichkeiten für die Entfaltung ihrer Geschlechteridentität. Und die demografische Dynamik der gegenwärtigen Gesellschaft kann Jugendliche vereinzeln und isolieren, doch als zukünftige Arbeitskräfte sind Jugendliche besonders begehrt und umworben.

Die Kombination der im Modell skizzierten unterschiedlich ausgeprägten Bedingungen führt zu je spezifischen Konstellationen für Aufwachsen und Jugendleben; diese Konstellationen können für Individuen, für mehr oder weniger große Kollektive oder für typische Ausprägungen bestimmt werden. So werden sich beispielsweise Jugendliche aus belasteten sozialen Lebensverhältnissen, die in einer Region mit wenig Ausbildungsangebot und geringem Freizeitwert vereinzelt aufwachsen, deutlich schlechter entfalten können als Jugendliche in verdichteten Sozialräumen mit hohem Freizeitwert, vielen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen und vielfältigen Peer-Beziehungen. Für männliche und weibliche Jugendliche gestalten sich diese Konstellationen wiederum unterschiedlich, sowie noch einmal anders, wenn sie einer Minderheit angehören.

Exkurs:

Jugend in einer Einwanderungsgesellschaft

Für Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunft, also mit eigenen oder familiären Einwanderungs- und/oder Fluchterfahrungen, haben darüber hinaus spezifische Konstellationen in unserem Modell besondere Bedeutung:

- Für *ausländische Jugendliche* ist der Rechtsstatus eine generelle Beschränkung: Sie dürfen über den Ort ihres gegenwärtigen und zukünftigen Lebens nicht so entscheiden wie deutsche Jugendliche. Ihre politischen Rechte sind beschränkt und nur durch die Anerkennung internationaler Vereinbarungen sind sie den deutschen Jugendlichen weitgehend gleichgestellt. Ihre Selbstständigkeit ist durch den Entscheidungsspielraum der Ausländerämter eingeschränkt, auch können ihre Eltern weitreichende Entscheidungen über ihren Aufenthaltsort treffen. Das schafft besondere familiäre Abhängigkeiten.
- *Jugendliche mit Migrationshintergrund* sind einer besonderen gesellschaftlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt. Auch dann, wenn ihnen dieser Status, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht, nicht wichtig ist oder wenn sie es als lästig empfinden, in Interaktionen und in der öffentlichen Thematisierung immer als besondere Gruppe bezeichnet zu werden, dominiert eine „Sonderwahrnehmung“. Die Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist ebenso heterogen wie die Gruppe der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, weshalb diese Kategorie gänzlich entfallen kann. In vielen Städten sind die beiden Gruppen rein quantitativ gleich groß, sodass eine besondere Aufmerksamkeit ohnehin überflüssig ist. Auch zeigen gerade die Studien zum Bildungserfolg, dass die sozialökonomische Lage der Eltern die aussagekräftigste Einflussgröße auf den Bildungserfolg darstellt, nicht der Migrationshintergrund. Regionale oder geschlechtsspezifische Bedingungen wirken ebenfalls auf alle Jugendlichen.
- Eine starke Aufmerksamkeit und vor allem konzentrierte Förderung richtet sich an *Kinder und Jugendliche in der ersten Phase ihrer Einreise* nach Deutschland. Die mit dem Wechsel des Lebensmittelpunktes verbundenen Anforderungen und Belastungen sollen durch konzentrierte Förderung in den Bildungseinrichtungen und durch Unterstützung und Begleitung der Eltern gemildert werden. Die Qualität dieser Einwanderungsunterstützung entscheidet über spätere Entwicklungsmöglichkeiten und Integrationsprozesse.
- Besondere Aufmerksamkeit wird aktuell *unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen* zuteil. Sie genießen den besonderen Schutz, der sich aus internationalen Vereinbarungen und dem Kinder- und Jugendhilfegesetz ergibt. Sie bringen zu einem erheblichen Teil sehr belastende Erfahrungen aus ihrem Heimatland und aus der Flucht selbst mit und sollen deshalb auch mit besonderer Achtsamkeit aufgenommen und unterstützt werden. Ihr Zugang zu Bildung und Ausbildung ist formal gesichert und benötigt intensive Begleitung. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt und ihre zukünftigen Verbleibchancen sollen verbessert werden.

Die Transformation unserer Gesellschaft in eine tatsächliche *Einwanderungsgesellschaft* wird gerade an jungen Menschen mit Migrationshintergrund unübersehbar deutlich. Aber es gibt auch in Teilen der Gesellschaft erhebliche Ablehnung dieser Einwanderung gegenüber. Ebenso richten sich ablehnende und rassistische Bestrebungen auf diese Jugendliche, ebenso wie auf andere vermeintliche „Rand-Gruppen“ der Gesellschaft. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist ein Faktum und es ist eine starke politische und pädagogische Gegenarbeit erforderlich. Nicht die Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind problematisch, sondern der vorurteilsgeladene und rassistische Blick auf sie ist das Problem.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Unterscheidung Migration/Nicht-Migration nicht immer zielführend, z.T. sogar schäd-

lich sein kann und nicht zwangsläufig zu einer verbesserten oder sensiblen Wahrnehmung sozialer Disparitäten beiträgt. Deshalb stellt sich berechtigterweise die Frage, ob Menschen oder Jugendliche mit einer Zuwanderungsgeschichte als eine gemeinsame soziale Gruppe zu klassifizieren sind. Angesichts dieser schwierigen und komplexen Fragen erscheint ein reflektierter Umgang mit dem Begriff „Migration“ notwendig, wie das Bundesjugendkuratorium (2013, S. 6) formuliert.

Umgekehrt kann die De-Thematisierung oder auch die Strategie der „Entdramatisierung“ von Migration (oder auch von Geschlecht) eine unzulängliche Art und Weise des Umgangs mit diesen Themen darstellen: „Indem das Merkmal ‚Migration‘ auf allgemeine Formen der sozialen Benachteiligung, auf Fragen der generellen Bildungsungleichheit und der sozialökonomischen Unterschiede reduziert wird, besteht die Gefahr, dass zusätzliche migrationsbedingte Anteile aus dem Blick geraten, in analytischer wie auch in empirischer Hinsicht.“ (ebd., S. 8)

Fazit: Herausforderungen an die Jugendpolitik

Um für den besonderen Zweck des Kinder- und Jugendberichtes die Herausforderungen an die Jugendpolitik deutlich zu machen, wird das Modell jugendlicher Lebenslagen und Entwicklungsdimensionen im Bild durch einen Kreis gerahmt, der vor allem zweierlei zeigen soll:

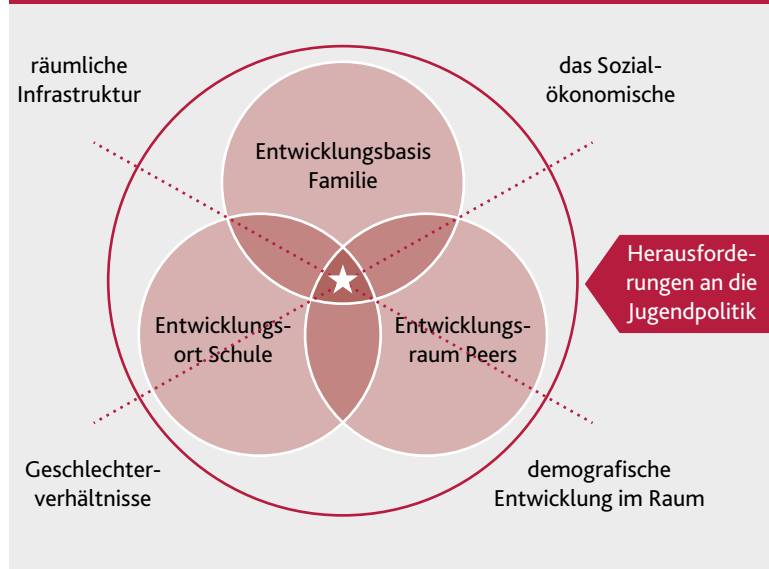
■ Jugendpolitik ist Fachpolitik für junge Menschen:

Sie muss sich auf die besonderen Themen und Herausforderungen der Lebensphase Jugend beziehen und diese vor allem mit Blick auf die Chancen für die Entwicklung junger Menschen gestalten. Jugendpolitik ist Teil von und eingelagert in z. B. Familien-, Bildungs- und Infrastrukturpolitik. In diesen Politikbereichen und Ressorts muss sie jeweils jugendspezifische Anforderungen herausarbeiten und vertreten – wo immer möglich in Abstimmung und wo erforderlich auch in Abgrenzung zu der Politik für andere Bevölkerungs- und Altersgruppen.

■ Jugendpolitik ist Infrastrukturpolitik für Leben und Entwicklung:

Sie ist angewiesen auf ein ressortübergreifendes Gesamtverständnis, das die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen und Eigenheiten der Lebensphase Jugend als eine Zeit folgenreicher Entwicklungsarbeit und Erprobung zugleich begreift. Dies ist für die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungschancen und Zukunftsaussichten von herausragender Bedeutung.

Abb. 4: Modell für die Herausforderungen moderner Jugendpolitik



Quelle: Eigene Darstellung

In den folgenden Kapiteln des zweiten Kinder- und Jugendberichtes für das Land Rheinland-Pfalz werden für die Entwicklung und Positionierung einer ebenso sachgerechten wie förderlichen Jugendpolitik wichtige Befunde zur Lebenssituation jugendlicher sowie zu den öffentlichen Aufgaben und Leistungen für junge Menschen und ihre Familien vorgestellt.

Wesentlicher Baustein dieses Berichtes ist darüber hinaus der ernsthafte Versuch, junge Menschen aus Rheinland-Pfalz selber zu Wort kommen zu lassen. Orientiert an den Befunden des ersten Kinder- und Jugendberichtes wurden dazu über 2.000

Jugendliche befragt. In einem Jugendworkshop wurde zunächst erkundet, welche Fragen und Themen Mädchen und Jungen heute beschäftigen, wenn sie nach ihren Erfahrungen in Familie, Schule und Freizeit, nach ihren Wünschen, Ärgernissen und Perspektiven befragt werden. Ihre Hinweise wurden genutzt, um Jugendliche in Rheinland-Pfalz repräsentativ zu befragen – hier ausgewählt nach den fünf Typen regionaler Entwicklungschancen, wie sie im ersten Kinder- und Jugendbericht herausgearbeitet wurden. In jeder dieser fünf Regionen wurden dann verteilt auf Städte und Kreise, Nord und Süd, Schulen ausgewählt, um möglichst viele Jugendliche zu erreichen. So sind diese Befragungsergebnisse repräsentativ für die Entwicklungsregionen des Landes, nicht unbedingt für die vielfältige Schullandschaft – aber darum ging es auch nicht. Ausführlich werden die Befunde in den Kapiteln 4 und 7 vorgestellt.

Besonders ins Auge fällt der Tenor dieser Beteiligung und Befragung von Mädchen und Jungen zwischen 13 und 20 Jahren in Rheinland-Pfalz. Neben den überwiegend positiven Bewertungen und vielen kritischen Hinweisen kommt eine Botschaft durch; es handelt sich um einen Dreiklang:

Wir fordern **Respekt** für unsere Leistung, in dieser Gesellschaft anzukommen, unseren Platz zu erarbeiten und Zukunft zu gewinnen!

Wir wollen **Räume**, in denen wir tun können, was wir wollen. Räume, wörtlich mit vier Wänden und einem Dach, im übertragenen Sinn als Zugang und Berechtigung. Hierzu gehört auch der Zugang zu Mobilität, um überhaupt dorthin zu kommen, wo andere junge Menschen zu treffen sind.

Wir brauchen **Ressourcen**, also gute Schulen, spannende Jugendarbeit, attraktive Treffpunkte, einen ordentlichen Nahverkehr, auch abends und an Wochenenden, Angebote für Engagement und Sport, für Freizeit und Kultur, für alles, was jeder alleine nicht kann.

So wenig überraschend und gleichwohl bedeutsam die Forderungen nach Räumen und Ressour-

cen sind, so überrascht es, wie deutlich die erste Forderung nach Respekt viele Äußerungen und Antworten bestimmt. Es überrascht vor allem, da wir den umgekehrten Respekt wie selbstverständlich von jungen Menschen erwarten: Respekt vor den Leistungen der älteren Generationen, Respekt vor Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Erwachsenen schlechthin. Symbolisch beschreibbar mit der Erwartung nach Aufstehen und Freimachen von Sitzplätzen in Bus und Bahn, wenn diese knapp sind. Aber Respekt zu fordern als junger Mensch von den Erwachsenen – was soll das heißen?

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die jungen Menschen fehlende Selbstbestimmung und mangelnde Beachtung beklagen: nicht wahrgenommen und nicht als vollwertig anerkannt zu werden. Die Jugendlichen suchen nach Berücksichtigung und Anerkennung im Alltag und in ihren Lebenswelten. Die jungen Menschen haben in den Zukunftswerkstätten für den Jugendbericht herausgearbeitet, dass es nicht nur um den mangelnden Respekt gegenüber Erwachsenen geht, sondern um respektloses Verhalten unter Jugendlichen, vor allem gegenüber den sozial Schwächeren, aber auch fehlende Anerkennung seitens der Erwachsenen ihnen gegenüber. Es geht nicht nur um den Respekt, den Jugendliche vermissen, sondern die Abnahme von respektvollem Verhalten in unserer Gesellschaft insgesamt. Insofern nehmen die Jugendlichen offensichtlich wie Seismografen Bedeutsames wahr, was nicht nur sie betrifft.

Status, Prestige und Ehre können Begriffe sein, die in Zusammenhang mit dem Begriff Respekt stehen. Aber es geht der Jugend um Grundlegendes: Für sie ist es wichtig, dass ihre Bedürfnisse wahr- und ernstgenommen werden, in ihrer Peergruppe, in der Schule und auch und vor allem in der (Erwachsenen-)Gesellschaft. Auch wenn Erwachsene und Jugendliche sich oft fremd sind und häufig kein Verständnis für das Tun und Handeln der jeweils anderen aufbringen, fordern sie Anerkennung für das, was sie sind und was sie leisten. Dabei geht es vor allem um Anerkennung in der Öffentlichkeit.

Die Bedeutung von Öffentlichkeit hat sich deutlich verändert; gemeinschaftliche Plätze, in der ursprünglichen Demokratie das Wichtigste, veröden und verkommen oder werden kommerziell ausgebeutet. Es gibt Shoppingcenter, Bahnhöfe und öffentliche Plätze, aber die Haltung ihnen gegenüber ist grundverschieden. Die Bühne der Welt hat sich gewandelt und somit auch das Verständnis von Öffentlichkeit und Respekt. Öffentliche Plätze bieten Gelegenheitsstrukturen, Kontakt- und Begegnungsmöglichkeiten, d. h., sie bieten Lerngelegenheiten im besten Sinne. Die direkte Öffentlichkeit zwingt einen geradezu, sich mit der Thematik Anerkennung auseinanderzusetzen, weil dort die Möglichkeit besteht, dass unterschiedliche Generationen, Geschlechter, Kulturen etc. direkt und unmittelbar aufeinandertreffen. In der Öffentlichkeit, hier gedacht als öffentlicher Platz, werden Dinge unter Menschen ausgehandelt. Das spielt sich jedoch für die Jugend nicht ab, zum einen werden sie aus der Öffentlichkeit verdrängt, zum anderen nimmt die Politik, die eine gewisse öffentliche Bühne hat und gestaltet, die jungen Menschen nicht wahr (vgl. Habermas 2001). Reale öffentliche Räume verlieren an Bedeutung und damit wird insbesondere für Kinder und Jugendliche der verfügbare Raum knapper.

Somit sind gegenwärtig vor allem zwei Verwendungskontexte bedeutsam, die es rechtfertigen, den geforderten Respekt so prominent auf die Titelseite eines Jugendberichtes zu setzen.

- Zum einen wird Respekt heute vor allem im Zusammenhang mit der Ächtung von Gewalt, in der pädagogischen Arbeit gegen Mobbing und andere Formen der Unterdrückung verwendet. Er wird als positive Leitformel der Bereitschaft zur Gewalt und dem gewalttätigen Verhalten entgegengestellt. Den anderen in seiner Würde als Mensch und mit seinen Rechten und Bedürfnissen zu achten ist die entscheidende Forderung, die auch in verschiedenen Kampagnen ins Zentrum politisch-pädagogischer Aktivitäten rückt.
- Ein zweiter Zusammenhang ist die Rassismuskonzeption. Auch hier gibt es Kampagnen und Aktivitäten, die den Begriff des Respekts in den Mittelpunkt stellen. Dabei geht es darum, die im Rassismus bestehende Bereitschaft zur Unterdrückung von Menschen und menschenverachtende Ausbeutung zu kritisieren, ja zu ächten, und Respekt sowohl als ethische Verpflichtung als auch als Konfliktlösung zu begründen. In vielen Situationen, in denen Jugendliche mit und solche ohne Migrationshintergrund einander als verschieden oder ablehnend identifizieren, verlangen sie wechselseitig Respekt. Wenn Respekt, in welchen Formen auch immer, gezeigt wird, erst dann sind in der Regel gewaltfreie Konfliktlösungen überhaupt möglich.

Schon diese Zusammenhänge legitimieren die vorrangige Verwendung des Begriffs Respekt. Es gibt aber eine noch allgemeinere und zugleich für den Bericht über die Jugend zutreffendere Begründung. Von Jugendlichen ist in der Vergangenheit in der Regel Respekt gegenüber der älteren Generation erwartet und vielfach auch durchgesetzt worden. Diese „Nachrangigkeit“ der jüngeren Generation verliert an Legitimation, weil zunehmend Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft als autonome Rechtsträger anerkannt werden. Dieser Prozess verändert die kulturellen Grundlagen des Generationenverhältnisses und geht langsam voran. Deshalb glauben Jugendliche (und Erwachsenen vice versa) Respektlosigkeiten zu erfahren und regen sich darüber auf. In dieser Zeit des Wandels verlangen eher Jugendliche den ihnen versagten Respekt in der konkreten Interaktion mit Erwachsenen. „Respekt“ bezieht sich also durchaus auf ein Konfliktfeld der Generationen. Kinder und Jugendliche werden im kulturellen und auch rechtlichen Wandel nicht den Erwachsenen gleich, aber in mehr Dimensionen als früher gleichberechtigt.

Respekt, Räume und Ressourcen lautet daher der Titel dieses zweiten Kinder- und Jugendberichtes für das Land Rheinland Pfalz. Der Bericht wird Auskunft geben über die Lage der Jugend in den Kreisen und Städten des Landes sowie über wich-

tige Leistungen für ein Aufwachsen in *öffentlicher Verantwortung*. Kernstücke dieses Berichtes sind zum einen die Jugendbefragung (Kap. 4 und 7) sowie zum anderen die Weiterentwicklung des Indikatorenkonzeptes für eine regional differenzierende Sozialberichterstattung (Kap. 5). Vertiefende Hinweise zu einer modernen Jugendarbeit (Kap. 8) sowie grundsätzliche Hinweise für eine Jugendpolitik des Landes (Kap. 9) schließen den Bericht ab.

Erster Blick
Daten und Fakten

Zweiter Blick
Sozialberichterstattung

AUFBAU DES BERICHTS

Dritter Blick
Vertiefungen

Blick nach vorn
Empfehlungen

ERSTER BLICK

2 DATEN UND FAKTEN ZU LEBENSBEDINGUNGEN UND LEBENSLAGEN JUNGER MENSCHEN UND FAMILIEN IN RHEINLAND-PFALZ

Im folgenden Abschnitt wird das in der Hinführung entwickelte Modell „Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz“ mit empirischen Daten gefüllt. Dabei geht es insbesondere um jene Aspekte, bei denen die Datengrundlage einen Vergleich mit anderen Bundesländern möglich macht. Wo die Daten es zulassen, wird ferner auf regionale Unterschiede innerhalb von Rheinland-Pfalz hingewiesen. Aufgrund der Kürze des Berichtes ist es nicht möglich, alle Daten, die später in die Berechnung des Indikatorenmodells einfließen, ausführlich bereits in diesem Kapitel darzustellen.¹²

Im Mittelpunkt der folgenden Analysen stehen zuerst die familialen Bedingungen als eine von drei wesentlichen Dimensionen des Aufwachsens. Auch für junge Menschen ist Familie (noch) die primäre Basis für Entwicklung und die Ausbildung einer autonomen Persönlichkeit. Eine wichtige Rolle spielen auch für junge Menschen die Vervielfältigung der Familienformen, das Aufbrechen von Geschlechter- und Familienleitbildern, aber auch damit einhergehende Bewältigungsanforderungen für Mütter und Väter. Diese Veränderungen sind direkt und indirekt von entscheidender Bedeutung

für das Aufwachsen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Über die Dimension „Entwicklungsbasis Familie“ hinaus werden im folgenden Abschnitt auch die gesellschaftlichen Bedingungen des Aufwachsens näher bestimmt. So thematisiert die Analyse notwendigerweise auch Aspekte des Geschlechterverhältnisses, denn die Veränderungen im Bereich von Familie sind ohne die Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter nicht zu verstehen. Zugleich sind die Veränderungen im Bereich von Lebensformen und Familienformen nicht ohne eine Analyse der demografischen Entwicklungen zu verstehen. Diese bilden zentrale Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung von Lebens- und Familienformen und damit für das Aufwachsen von jungen Menschen heute. Der demografische Wandel wird das Leben der heute geborenen Kinder massiv prägen. Die regionalen Unterschiede, die sich insbesondere im Bereich demografischer Entwicklungen zeigen, haben zwangsläufig auch unterschiedliche Bedingungen und Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit zur Folge.

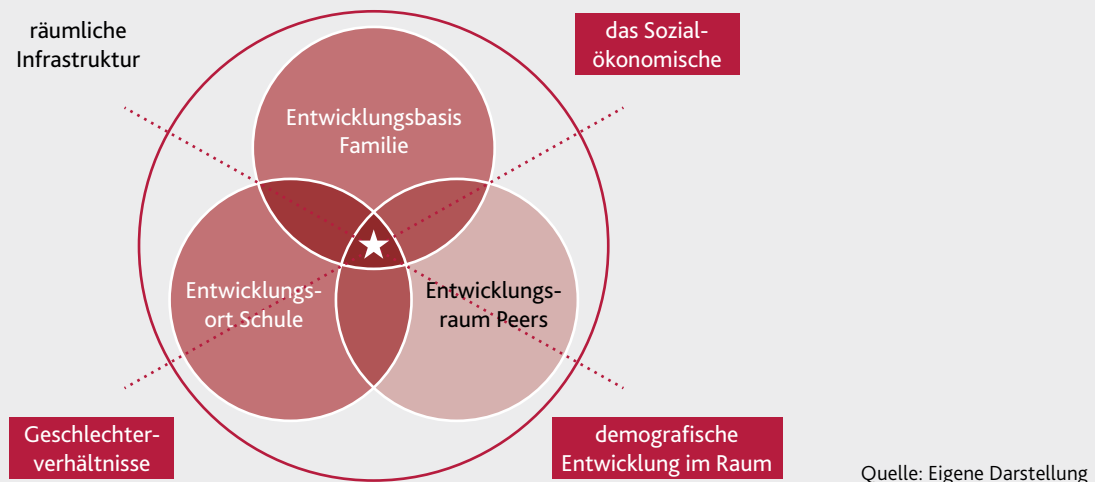
Die Vervielfältigung der Lebens- und Familienformen ist aber auch mit einer Polarisierung der Lebenslagen verbunden, die häufig unter dem Aspekt von Armut analysiert wird. Für die Lebenschancen der Jugendlichen ist es von Bedeutung, mit wel-

¹² Eine ausführliche Darstellung der Daten des Indikatorenmodells findet sich im Anlagenband dieses Berichtes.

chen sozialen, kulturellen und vor allem ökonomischen Ressourcen ihre Familien ausgestattet sind. Vor diesem Hintergrund werden in Abschnitt 2.3 auch ausgewählte Aspekte von Einkommen und Armut als wichtiger Bestandteil der Lebenslage von Familie analysiert. Auf die im Modell als „Ent-

wicklungsort Schule“ benannte Dimension geht Abschnitt 2.4 näher ein. Dort erfolgt ein detaillierter Blick auf die schulische und sich daran anschließende berufliche Bildung im Vergleich mit anderen Bundesländern. Abschnitt 2.5 betrachtet abschließend Aspekte jugendlichen Risikoverhaltens.

Abb. 5: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz



2.1 Demografie

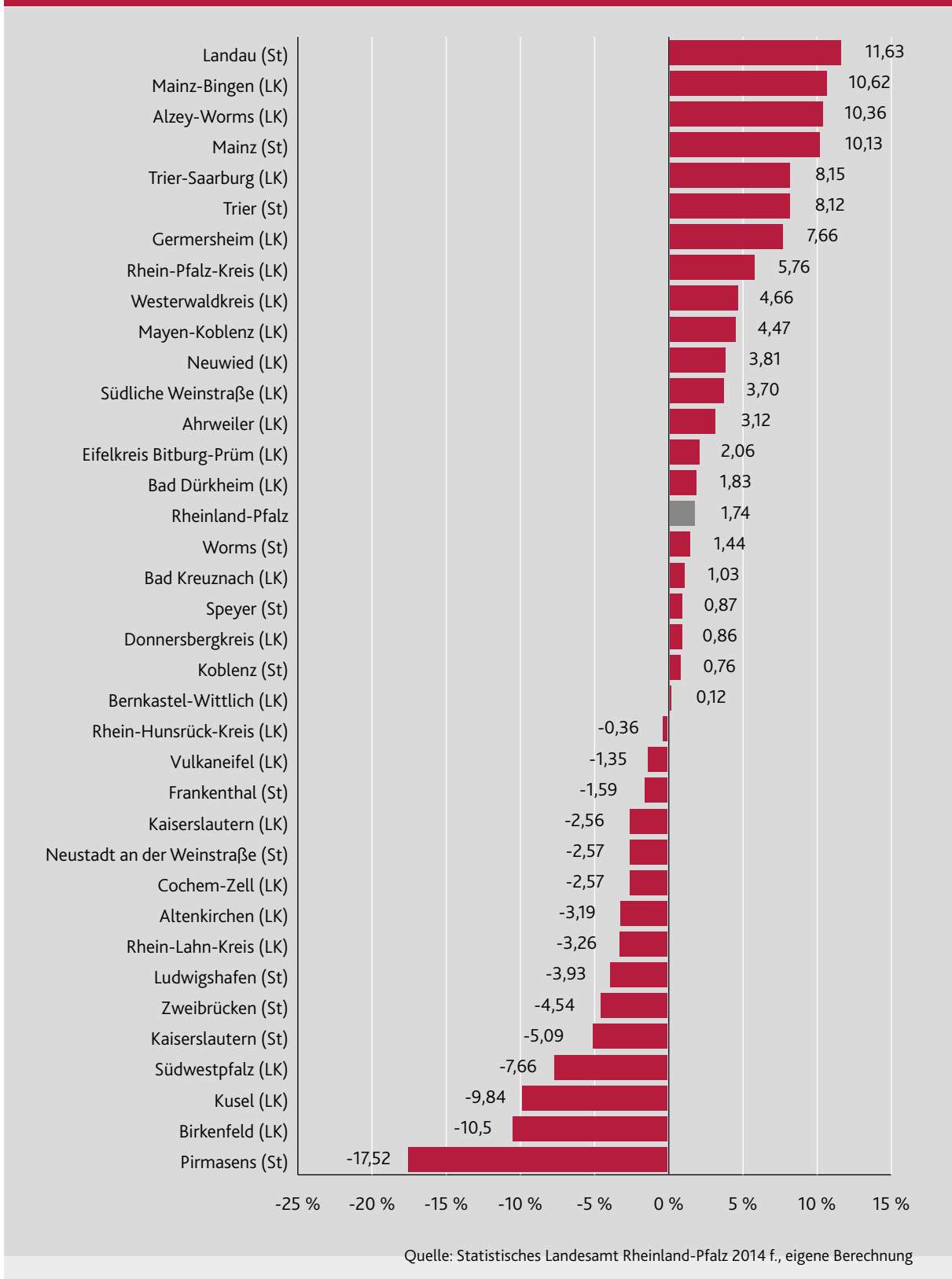
Um die Veränderungen im Bereich der Lebens- und Familienformen nachvollziehen zu können, ist eine Analyse demografischer Aspekte unabdingbar. Der demografische Wandel ist in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz zum einen mit der Verkleinerung und zum anderen mit der Alterung der Bevölkerung verbunden: „Beide Entwicklungen werden hauptsächlich durch den Rückgang und das anhaltend niedrige Niveau der Fertilität (...) verursacht. Seit etwa 40 Jahren wird die Elterngeneration nur zu zwei Dritteln durch Geburten ersetzt. Somit verschiebt sich die Altersstruktur der Bevölkerung in das höhere Alter. Eine weitere Ursache der Alterung der Bevölkerung ist die Lebensverlängerung durch Verschiebung des Sterbens in ein höheres Alter“ (Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013, S. 26). Die Zahl der Geburten liegt unterhalb der Zahl der

Sterbefälle, damit verschiebt sich auch das Verhältnis der Generationen zueinander.

In Rheinland-Pfalz lebten nach Auswertungen des kürzlich erfolgten Zensus im Jahr 2011 exakt 3.989.808 Personen.¹³ Damit hat sich die Bevölkerung zwischen 2001 und 2011 nur geringfügig um etwa 1,5 % verringert. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt beträgt der Bevölkerungsrückgang im selben Zeitraum 2,7 % (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013a). Seit 1992 bis zum Jahr 2013 hat die Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz sogar um rund 2,8 % zugenommen. Interkommunal fällt diese Bevölkerungsveränderung allerdings höchst unterschiedlich aus (vgl. Abb. 6).

¹³ Dies ist der (korrigierte) Bevölkerungsstand am 9. Mai 2011 gemäß Zensus 2011.

Abb. 6: Entwicklung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz 1993–2013¹⁴



¹⁴ Der Bevölkerungsstand 1993 entspricht der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.1993, der Bevölkerungsstand zum 31.12.2013 basiert auf den Ergebnissen des Zensus 2011.

So weisen einige Landkreise und kreisfreie Städte in diesem Zeitraum deutliche Bevölkerungszuwächse auf, darunter insbesondere solche entlang der sog. „Rheinschiene“ (etwa der Landkreis Mainz-Bingen, die Stadt Mainz, der Rhein-Pfalz-Kreis oder der Landkreis Neuwied), aber beispielsweise auch die Region rund um Trier (Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg). Auf der anderen Seite sind insbesondere Städte und Kreise im Südwesten des Landes von einem deutlichen Bevölkerungsrückgang betroffen (etwa die Landkreise Kusel, Birkenfeld oder Südwestpfalz und die Stadt Pirmasens).

Im Vergleich einzelner Altersgruppen jedoch wird erkennbar, dass sich die Altersgruppe der unter 18-Jährigen in fast allen Regionen des Landes in den letzten Jahren deutlich verkleinert hat. Abbildung 7 macht deutlich, dass diese Bevölkerungsgruppe im Zeitraum von 20 Jahren zum Teil deutlich kleiner geworden ist – im Landesdurchschnitt um 15,2 %. Besonders ausgeprägt ist der Bevölkerungsrückgang wie schon zuvor im Südwesten des Landes, während die Veränderungen insbesondere entlang der bereits angesprochenen Rheinschiene wesentlich geringer ausfallen.

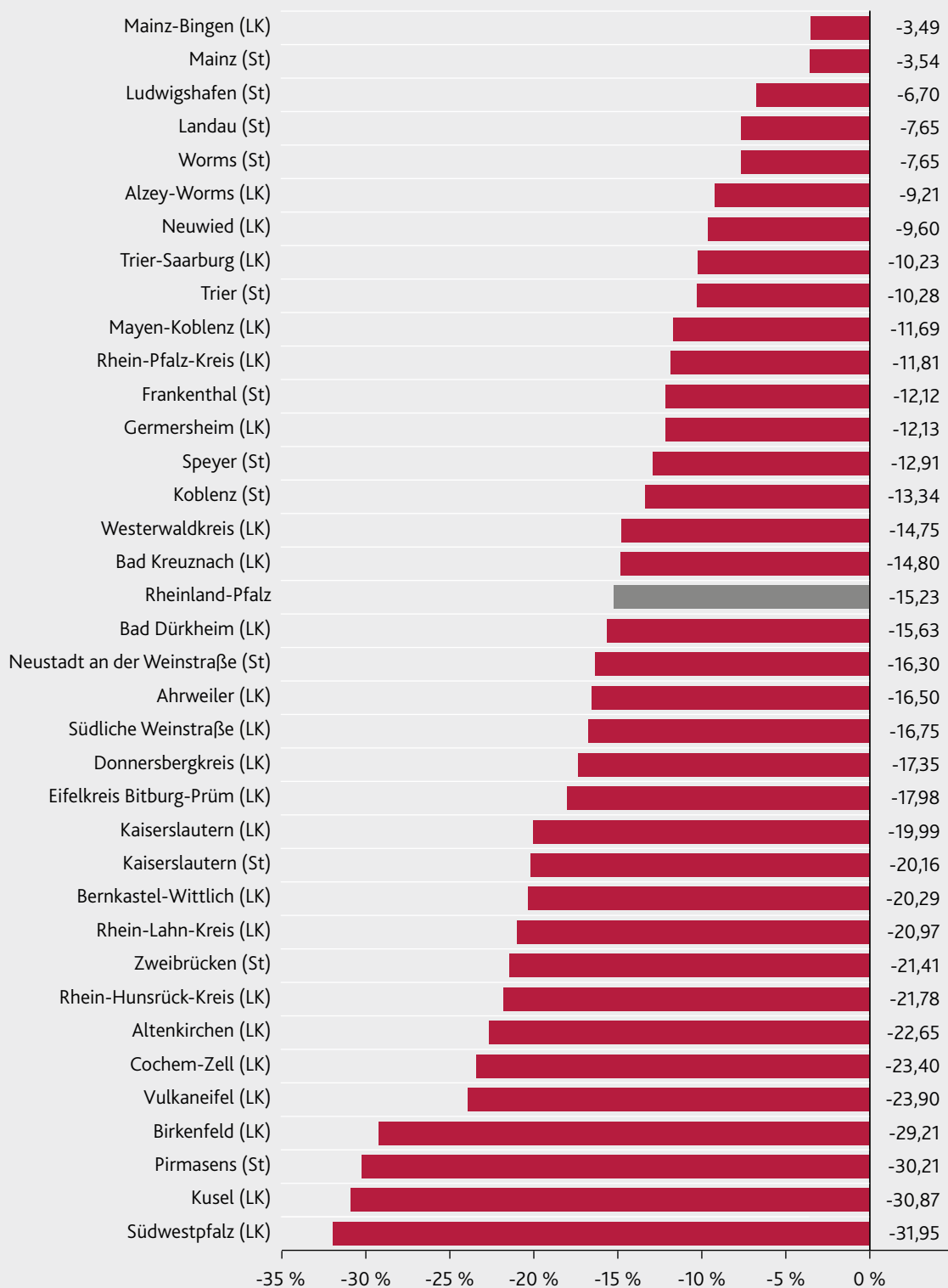
Diese Entwicklung hat im Zusammenwirken mit den Veränderungen der Lebenserwartung erhebliche Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur in Rheinland-Pfalz: Bundesweit sind 16,4 % der Bevölkerung unter 18 Jahre alt, 63 % befinden sich im sog. erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 64 Jahren. Entsprechend ergibt sich ein Anteil von 20,6 % der Bevölkerung, der 65 Jahre und älter ist (Angaben für 2011, vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013a). Im Vergleich weist Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 beinahe identische Werte auf, wobei der Anteil der unter 18-Jährigen hier sogar bei leicht überdurchschnittlichen 16,6 % liegt. Trotzdem hat sich infolge dieser demografischen Entwicklung landesweit der Anteil der Altersgruppe der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Zeitraum 1991 bis 2011 um 2,3 % verkleinert (Deutschland: minus 2,9 %). Dies ist im Vergleich der westdeutschen Bundesländer sogar ein überdurchschnittlicher Rückgang (vgl.

ebd.). Entsprechend ist – vor allem aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung – der Anteil der nicht mehr erwerbsfähigen Personen im Alter von 65 Jahren und älter im selben Zeitraum deutlich gestiegen. Üblicherweise werden zur Beschreibung der demografischen Struktur Alten- bzw. Jugendquotienten verwendet. Diese beschreiben das Verhältnis zwischen der Bevölkerung im sog. erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) und der noch nicht erwerbsfähigen Bevölkerung (unter 18 Jahre: Jugendquotient) bzw. der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung (65 Jahre und älter: Altenquotient). Die Analyse dieser Indikatoren in Tabelle 1 macht deutlich, dass sich insbesondere der Altenquotient in Rheinland-Pfalz zwischen 1991 und 2011 deutlich erhöht hat, während der Jugendquotient im selben Zeitraum leicht gesunken ist. Insgesamt aber weist Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 im bundesweiten Vergleich durchschnittliche Quotienten auf.

Was zeigt eine Analyse der beschriebenen demografischen Entwicklung? Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass zumindest ein Teil dieser Bevölkerungsentwicklungen auf die deutlich gestiegene Lebenserwartung zurückzuführen ist. Die rückläufige Entwicklung jüngerer Altersgruppen, insbesondere der unter 18-Jährigen, aber wird vor allem durch die Zahl der Geburten bestimmt.

Üblicherweise wird zur Beschreibung der sog. Fertilität die Geburtenziffer je Frau verwendet. Diese „gibt die durchschnittliche Kinderzahl an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern, die im betrachteten Kalenderjahr nachgewiesen wurden, von ihrem 16. bis zu ihrem 50. Lebensjahr gelten würden. Sie wird berechnet, indem die altersspezifischen Geburtenziffern des beobachteten Jahres für die Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren addiert werden“ (Statistisches Bundesamt 2012a, S. 46). Analysen zeigen, dass seit Beginn der 1970er Jahre die zusammengefasste Geburtenziffer insbesondere auf dem früheren Bundesgebiet auf konstant niedrigem Niveau verblieben ist. Den Tiefpunkt erreichten die Bundesländer des früheren Bundesgebietes Mitte der 1980er Jahre mit 1,28 Kindern

Abb. 7: Entwicklung der unter 18-Jährigen 1993–2013 in %¹⁵



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2014 f., eigene Berechnung

¹⁵ Der Bevölkerungsstand 1993 entspricht der Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.1993, der Bevölkerungsstand zum 31.12.2013 basiert auf den Ergebnissen des Zensus 2011.

Tabelle 1: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 1991–2011 nach Ländern

Land	Jugendquotient (JQ)				Altenquotient (AQ)				Gesamtquotient (GQ)			
	1991	2001	2011	Rang 2011	1991	2001	2011	Rang 2011	1991	2001	2011	Rang 2011
Baden-Württemberg	29,4	31,0	28,1	2	21,5	25,3	30,8	13	50,9	56,3	58,9	5
Bayern	28,9	30,2	26,8	5	22,9	25,7	30,7	14	51,8	55,9	57,5	10
Berlin	27,5	23,6	22,8	11	20,8	21,8	29,3	15	48,3	45,5	52,1	16
Brandenburg	36,4	25,9	21,6	13	19,1	24,5	35,5	4	55,5	50,4	57,1	12
Bremen	24,3	25,8	23,9	9	26,2	29,1	33,3	9	50,5	54,9	57,2	11
Hamburg	23,1	24,0	24,0	8	25,9	25,5	29,1	16	49,0	49,6	53,1	15
Hessen	26,9	28,4	26,6	6	23,2	26,1	31,2	12	50,1	54,5	57,7	9
Mecklenburg-Vorpommern	39,2	26,6	20,7	14	17,4	24,2	34,3	7	56,6	50,8	55,0	14
Niedersachsen	28,7	31,3	28,2	1	24,2	27,5	33,6	8	52,9	58,8	61,8	2
Nordrhein-Westfalen	28,2	30,5	27,1	4	22,9	27,4	32,3	10	51,0	57,9	59,4	4
Rheinland-Pfalz	28,9	30,9	26,4	7	24,4	28,3	32,3	10	53,3	59,2	58,7	7
Saarland	26,5	28,0	23,6	10	23,7	29,7	35,0	6	50,3	57,7	58,6	8
Sachsen	34,1	24,5	21,7	12	25,4	29,7	40,1	1	59,5	54,2	61,8	2
Sachsen-Anhalt	34,0	25,1	20,2	16	22,4	27,9	38,6	2	56,3	53,0	58,8	6
Schleswig-Holstein	27,2	29,9	27,8	3	24,1	27,1	35,4	5	51,3	57,0	63,2	1
Thüringen	35,3	24,9	20,6	15	21,9	26,5	36,5	3	57,2	51,3	57,1	12
Deutschland	29,4	29,0	26,0	X	22,8	26,5	32,7	X	52,3	55,6	58,7	X
nachrichtlich:												
Stadtstaaten	25,9	24,0	23,3	X	22,9	23,7	29,7	X	48,7	47,7	53,0	X
Flächenländer	29,7	29,4	26,2	X	22,8	26,8	32,9	X	52,5	56,2	59,1	X

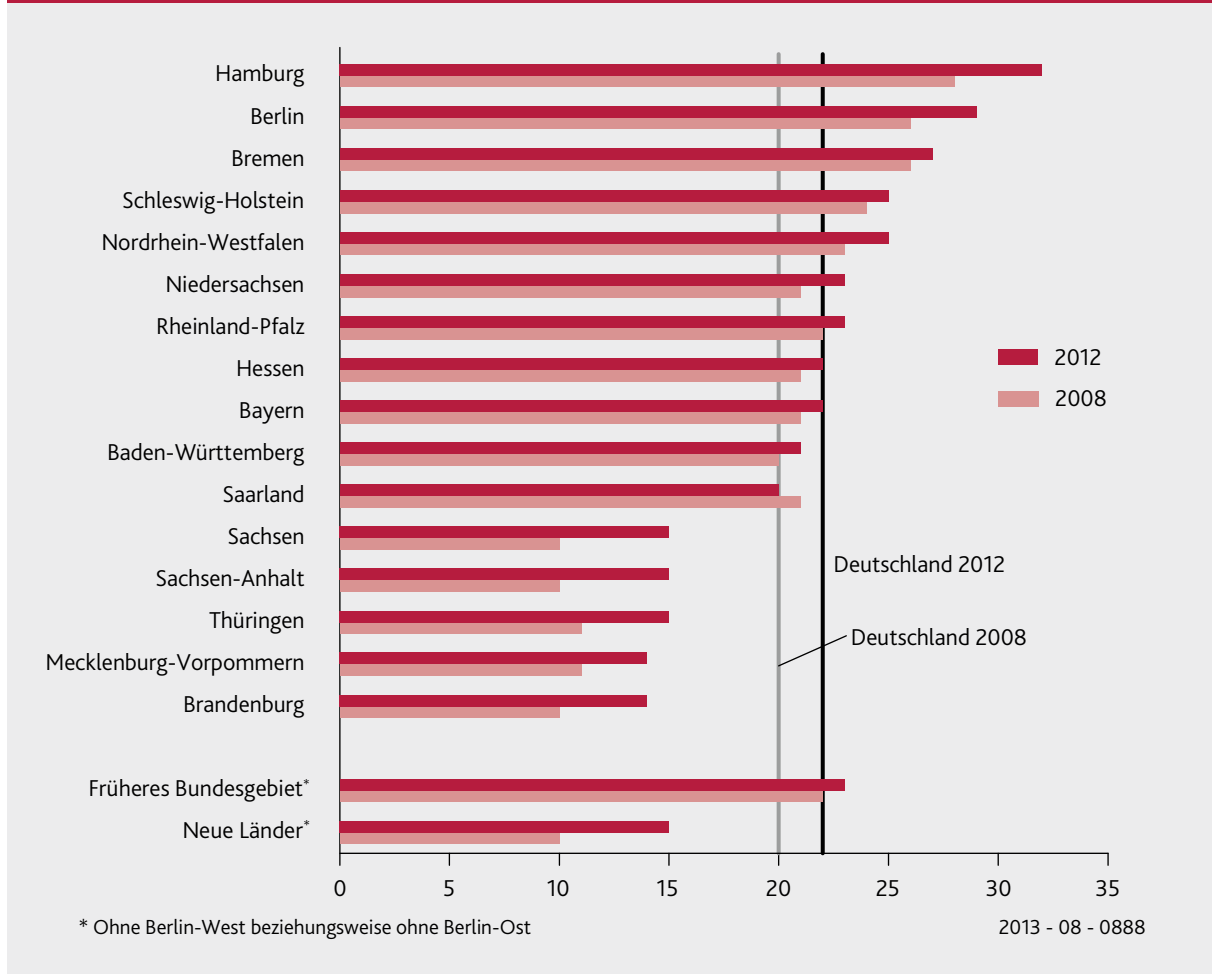
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013a, S. 24

je Frau bzw. 1.280 Kindern je 1.000 Frauen. Seitdem ist die zusammengefasste Geburtenziffer (auch Total Fertility Rate, TFR, genannt) wieder geringfügig gestiegen und schwankt in den alten Bundesländern zwischen 1,35 und 1,45. Etwa seit dem Jahr 2007 liegen zudem die Geburtenziffern in den alten und neuen Bundesländern auf einem vergleichbaren Niveau, nachdem es insbesondere in den 1990er Jahren als Folge der Wiedervereinigung zu einem Rückgang der Geburten in den neuen Bundesländern gekommen war. Allerdings: Die „magische Schwelle“, die zu erreichen notwendig ist, damit sich jede Generation selbst ersetzt, liegt bei einer zusammengefassten Geburtenziffer von 2,1 Kindern je Frau. Sie wurde schon

zu Beginn der 1970er Jahre in den alten Bundesländern deutlich unterschritten.

Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich, dass die Geburtenziffer in Rheinland-Pfalz im Bundesdurchschnitt liegt. Je 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren kamen im Kalenderjahr 2011 in Rheinland-Pfalz rund 1.367 Kinder zur Welt; im Bundesdurchschnitt waren es rund 1.364 Kinder. Damit liegt Rheinland-Pfalz zum Teil über den Geburtenziffern der benachbarten Bundesländer (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und vor allem Saarland). Zudem ist diese zusammengefasste Geburtenziffer nach einem zwischenzeitlichen Tiefstand im Jahr 2006 (rund

Abb. 8: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren nach Bundesländern 2008 und 2012 in %



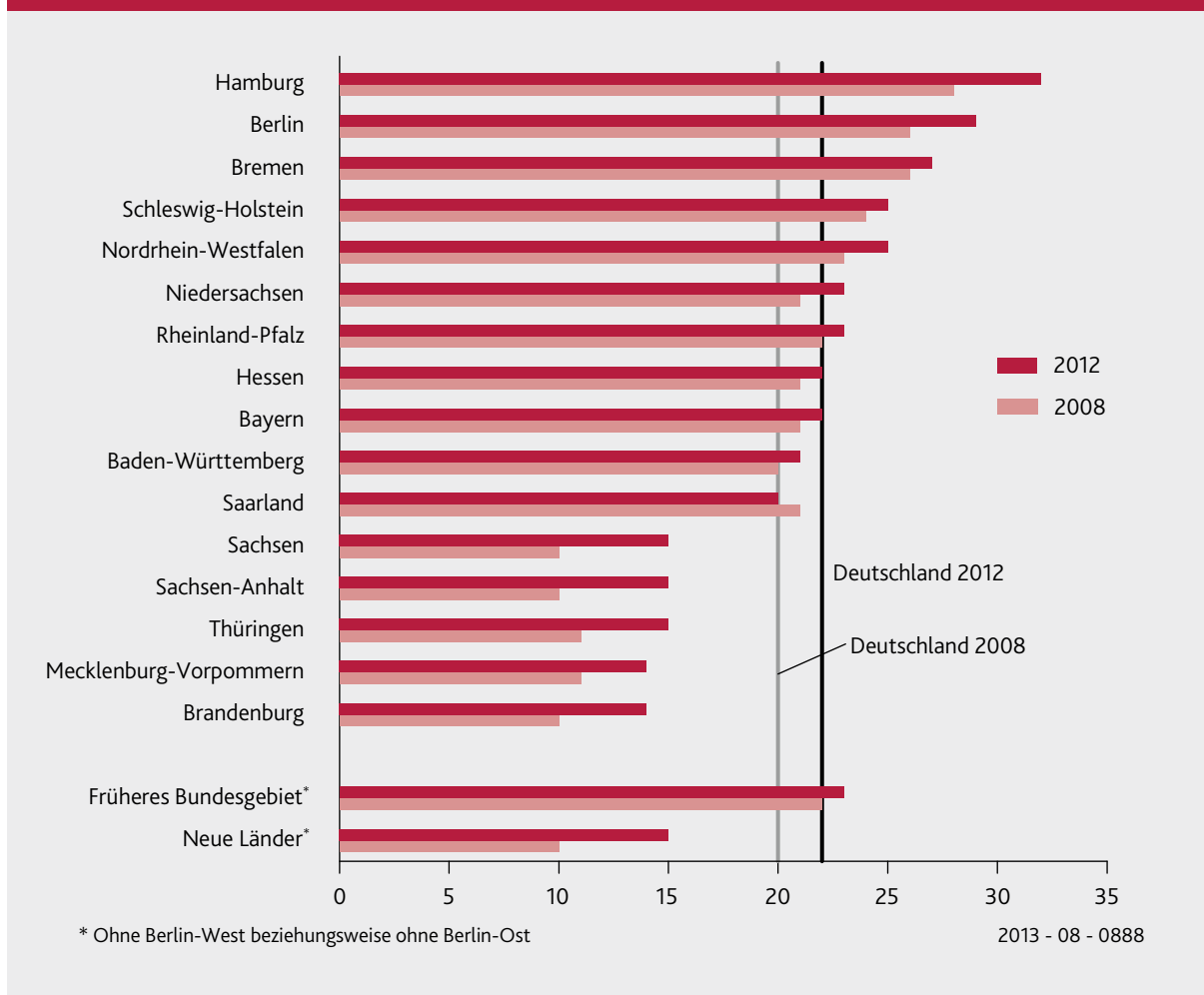
Quelle: Statistisches Bundesamt 2013a, S. 34

1.326 Kinder je 1.000 Frauen) wieder leicht angestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt 2014a). Allerdings stellt die zusammengefasste Geburtenziffer nur eine Schätzung dar, „weil die tatsächlichen durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau (endgültige Kinderzahl) erst dann festgestellt werden können, wenn die Frauen das gesamte gebärfähige Alter durchlaufen haben (...). In Deutschland wird in den letzten Jahren die tatsächliche Fertilität der Frauen mit der zunehmenden Zahl von Geburten im höheren Alter unterschätzt“ (BiB 2013, S. 26). Aus diesem Grund sollte diese Kennziffer durch eine Analyse kinderloser Frauen ergänzt werden. Analysen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) zeigen nun, dass

bundesweit 20,7 % der Frauen als kinderlos gelten können, dies allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. Während der Anteil in den alten Bundesländern 22,4 % beträgt, bleiben derzeit nur 10,7 % der ostdeutschen Frauen kinderlos.¹⁶ Unter westdeutschen Akademikerinnen fällt die Kinderlosigkeit sogar noch höher aus: Das Bundesinstitut für Bevölke-

¹⁶ Zugrunde liegen Daten für Frauen der Geburtskohorte 1964 bis 1968 aus dem Mikrozensus 2008, also Frauen im Alter von 40 bis 44 Jahren. Die Kinderlosigkeit wurde erstmals im Mikrozensus 2008 erhoben, dort wurden Frauen nach der Zahl ihrer insgesamt geborenen Kinder befragt. Diese Fragen wurden in der Mikrozensus-Erhebung des Jahres 2012 wiederholt (vgl. BiB 2013).

Abb. 9: Durchschnittliches Alter aller Mütter nach Bundesländern 2010



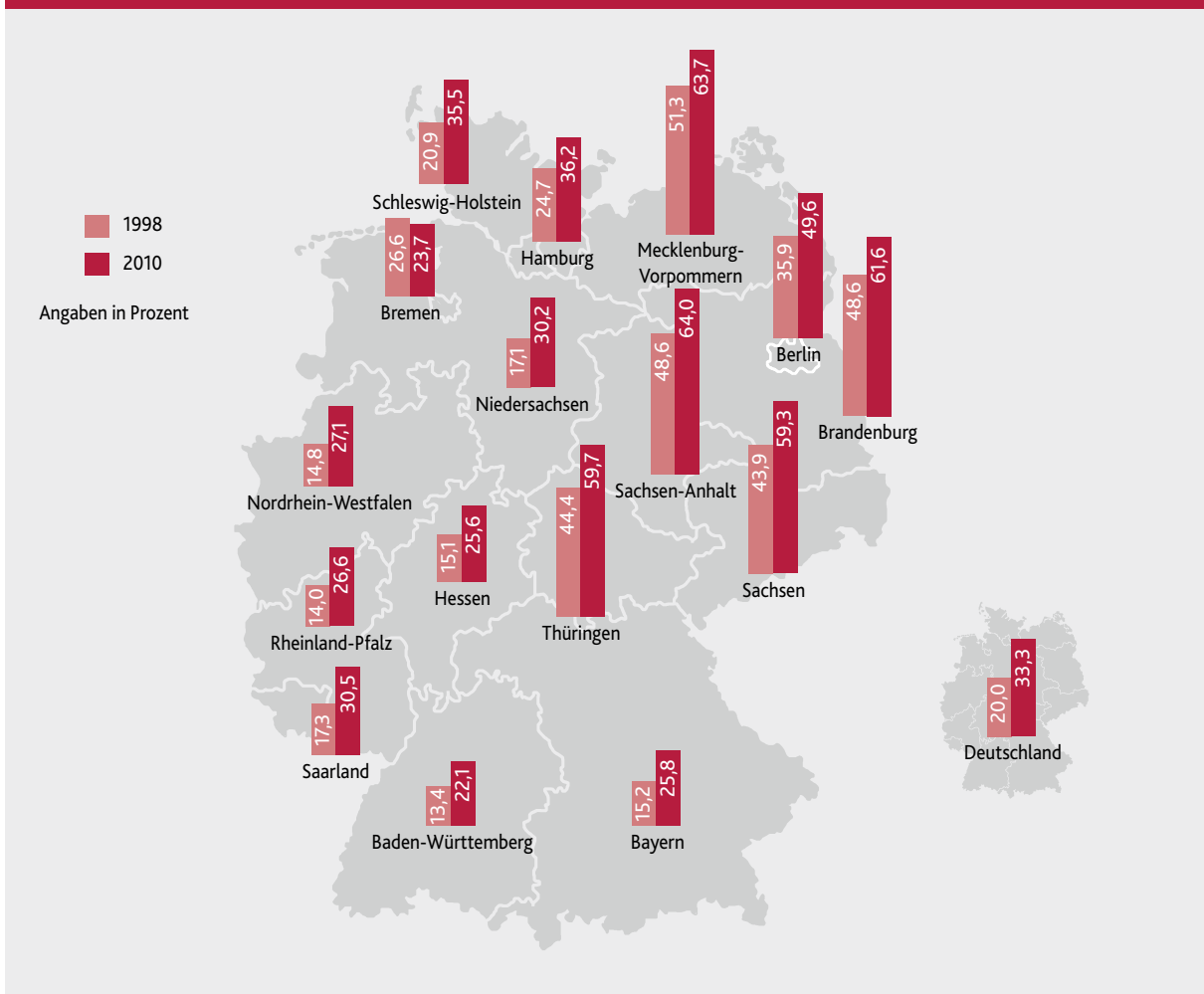
Quelle: BiB 2012, S. 16

rungsforschung geht davon aus, dass etwas mehr als ein Drittel der Jahrgänge 1965 bis 1969 kinderlos bleibt (vgl. BiB 2012). Im Vergleich der Bundesländer fällt auf, dass die Zahl kinderloser Frauen in Rheinland-Pfalz geringfügig über dem Bundesdurchschnitt liegt (vgl. Abb. 8), im Wesentlichen aber dem Durchschnitt der westdeutschen Länder entspricht.

Aber nicht nur der Anteil kinderloser Frauen hat Einfluss auf die Struktur der Lebens- und Familienformen, sondern auch das durchschnittliche Alter der Mütter bei Geburt ihrer Kinder. Dieses hat sich im Zeitverlauf immer weiter nach hinten verschoben. Bis Mitte der 1970er Jahre sank das durchschnittliche Alter bei Geburt eines Kindes

im früheren Bundesgebiet und erreichte 1975 mit 26,7 Jahren den niedrigsten Stand in der Bundesrepublik (vgl. BiB 2013). Seitdem ist dieses durchschnittliche Alter kontinuierlich angestiegen und lag im Jahr 2012 bei rund 30,7 Jahren (Angaben für Deutschland, vgl. Statistisches Bundesamt 2014d). So konstatiert etwa das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013) eine Verlagerung der Geburten in die Altersphase nach dem 28. Lebensjahr, die gleichzeitig durch einen Aufschub in früheren Lebensjahren wie durch das Nachholen in späteren Lebensjahren gekennzeichnet ist. Allerdings zeigen sich im Vergleich vor allem Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. In Letzteren findet die Geburt des ersten Kindes früher statt, auch ist die Familien-

Abb. 10: Anteil nicht ehelich geborener Kinder in den Bundesländern Deutschlands 1998 und 2010



Quelle: Jurczyk/Klinkhard 2014, S. 24

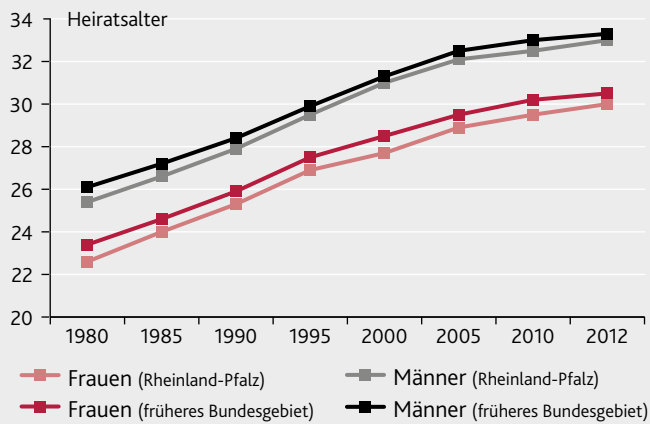
entwicklung in diesen Bundesländern früher abgeschlossen (vgl. Abb. 9).¹⁷ In Rheinland-Pfalz liegt das durchschnittliche Alter bei Geburt eines Kindes bei 30,5 Jahren im Jahr 2012 und damit annähernd im Bundesdurchschnitt. Hinsichtlich des Alters der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes liegt Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 mit 29,9 Jahren allerdings erkennbar über dem Bundesdurchschnitt (29,2 Jahre).

¹⁷ 2010 lag das Durchschnittsalter der Mütter bei Geburt in den alten Bundesländern bei 30,5 und in den neuen Bundesländern bei 29,6 Jahren (vgl. BiB 2013). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der zeitliche Abstand zwischen dem ersten und zweiten Kind in den alten Bundesländern größer ist.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung kommt in Bezug auf die Zahl der Geburten zu folgender Gesamteinschätzung: „Der Geburtenrückgang hat sich (...) mit einem Rückgang der Fertilität in den jüngeren Altersjahren vollzogen, der in der späteren Altersphase nicht mehr ausgeglichen wurde. Inzwischen ist nur noch ein Aufschieben der Geburten zu beobachten, allerdings werden die Fertilitätsrückgänge im Alter unter 30 Jahre durch Anstiege nach dem 30. Lebensjahr nachgeholt. Ein Ende dieses Prozesses ist für Deutschland gegenwärtig nicht in Sicht.“ (BiB 2013, S. 17)

Im Rahmen einer Analyse der Geburten in Deutschland sollte auch der Anteil der nicht ehelichen Geburten betrachtet werden. So zeigt bei-

Abb. 11: Durchschnittliches Heiratsalter lediger Männer und Frauen (Erst-Ehen) 1980–2012



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013c; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2014d, eigene Zusammenstellung

spielsweise Abbildung 10 einen deutlich gestiegenen Anteil nicht ehelicher Geburten allein im Zeitraum 1998 bis 2010. Im Bundesdurchschnitt wurde im Jahr 2010 jedes dritte Kind außerhalb einer Ehe geboren, noch 1998 lag dieser Anteil bei exakt 20 %.¹⁸ Auch in den einzelnen Bundesländern – und damit ebenfalls in Rheinland-Pfalz – zeigt sich in diesem Zeitraum ein gesteigener Anteil nicht ehelicher Geburten. So ist der Anteil nicht ehelicher Geburten in Rheinland-Pfalz von 14,4 % im Jahr 1998 auf 26,6 % im Jahr 2010 angestiegen. Rheinland-Pfalz liegt damit nur knapp unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer (27 %). Allerdings sollte vom gestiegenen Anteil nicht ehelicher Geburten nicht automatisch auf eine Auflösung der Verbindung von Ehe und Familie geschlossen werden: So weisen Jurczyk und Klinkhard (2014) darauf hin, dass die Nichtehelichkeit sehr häufig als Vorstufe zur Ehe betrachtet werden kann, und begründen dies u. a. mit dem

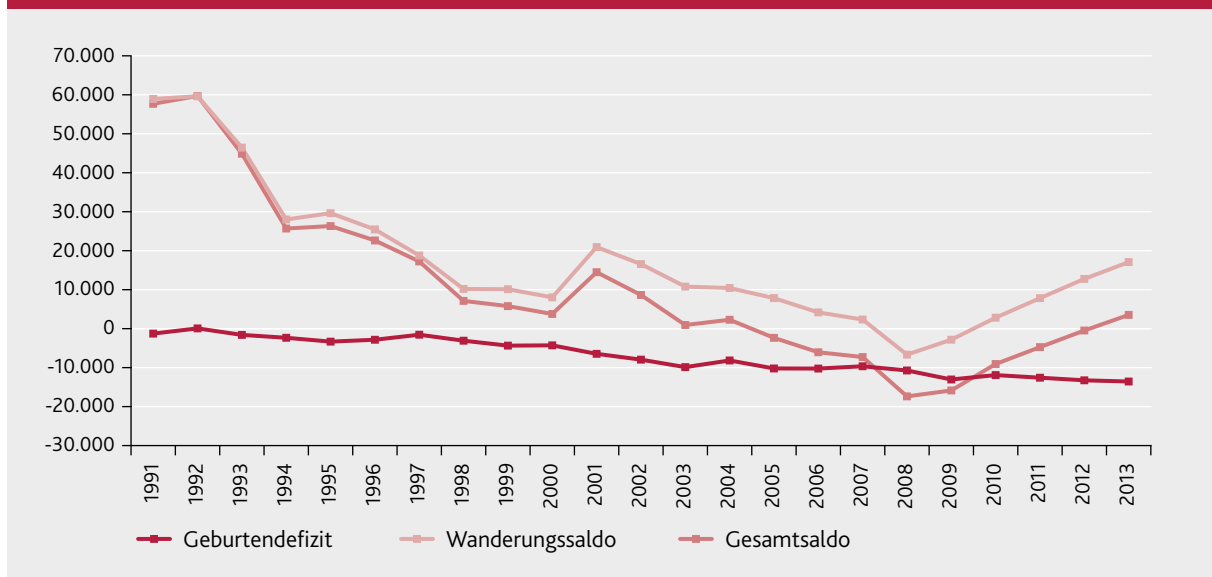
¹⁸ Wiederum zeigen weitergehende Analysen deutliche Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern. Der Anteil nicht ehelicher Geburten ist in den alten Bundesländern kontinuierlich niedriger als in den neuen Bundesländern und lag im Jahr 2010 bei 27 % im Vergleich mit etwa 58 % der Geburten in den neuen Bundesländern (vgl. Jurczyk & Klinkhard 2014).

deutlich sinkenden Anteil unverheirateter Elternpaare bei der Geburt des zweiten Kindes (vgl. Abb. 10).

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013) sieht darin den Ausdruck eines universellen Modernisierungsprozesses, der sich in einer Abschwächung des Zusammenhangs zwischen Ehe und Elternschaft zeigt. Ein Beleg dafür kann auch im gestiegenen Heiratsalter gesehen werden. So ist das Heiratsalter der Frauen in Rheinland-Pfalz bei der ersten Ehe von 22,6 Jahren im Jahr 1980 auf 30,0 Jahre im Jahr 2012 angestiegen, dasjenige der Männer von 25,4 auf 33,3 Jahre. Damit liegt das Heiratsalter bei Erst-Ehen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012 nur geringfügig unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer (vgl. Abb. 11).

Die gesamte Bevölkerungsentwicklung aber wird durch die Geburtenentwicklung nur in geringem Ausmaß bestimmt, wie Abbildung 12 veranschaulicht: Zum einen wird deutlich, dass die Geburten im Verhältnis zu den Sterbefällen geringer ausfallen, im Resultat also ein sog. Sterbeüberschuss oder auch Geburtendefizit zu verzeichnen ist, das seit dem Jahr 1991 kontinuierlich gewachsen ist. Zum anderen zeigt sich aber, dass die Bevölkerungsdynamik etwas stärker durch den Wanderungssaldo bestimmt wird – also die Differenz zwischen den Zuzügen nach Rheinland-Pfalz und den Fortzügen aus Rheinland-Pfalz. Insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre konnte Rheinland-Pfalz von der innerdeutschen Migration profitieren, verzeichnete also einen deutlichen Wanderungsüberschuss. Auch über weite Teile der 2000er Jahre sind mehr Personen in das Bundesland Rheinland-Pfalz gezogen als weggezogen. Nach einem zwischenzeitlichen Wanderungsdefizit um das Jahr 2008 ist der Wanderungssaldo wieder deutlich angestiegen. In den Jahren 2005 bis 2012 aber konnte der Wanderungsüberschuss das Geburtendefizit nicht mehr kompensieren – die Folge waren zumindest leichte Bevölkerungsrückgänge. 2013 gab es aufgrund des weiterhin steigenden Wanderungssaldos erstmals seit 2004 wieder ein leichtes Bevölkerungswachstum. Dies sind allerdings nur landesweite durchschnittliche

Abb. 12: Geburtendefizit, Wanderungssaldo und Gesamtsaldo Rheinland-Pfalz 1991–2013



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2014a, eigene Berechnung

Entwicklungen. Im regionalen Vergleich zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen: So finden sich auf der einen Seite Städte bzw. Landkreise mit einem deutlichen Wanderungsüberschuss im Beobachtungszeitraum, der das Geburtendefizit kompensiert. Auch finden sich Kommunen mit einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen und einer Bevölkerungszunahme infolge eines Wanderungsüberschusses. Auf der anderen Seite lassen sich aber auch Städte und Landkreise erkennen, die im Beobachtungszeitraum sowohl ein Geburtendefizit also auch einen negativen Wanderungssaldo aufweisen.

Insgesamt zeigt sich bei der Betrachtung des Landes Rheinland-Pfalz, dass die durch Wanderungen hervorgerufenen Veränderungen die demografische Entwicklung maßgeblich bestimmen. Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz verweist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der demografischen Veränderungen durch Zuwanderung (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c). In den Jahren 2008 bis 2012 ergibt die Auswertung der Wanderungsstatistik in Rheinland-Pfalz für Deutsche

(mit und ohne Migrationshintergrund), trotz eines Rückgangs der Fortzüge, kontinuierlich einen Wanderungsverlust. Im Jahr 2012 zogen 1.191 Personen mehr fort, als es Zuzüge gab. Dagegen ergibt die Betrachtung der Wanderungsbewegungen von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit für das Land Rheinland-Pfalz seit dem Jahr 2008 eine deutliche und kontinuierliche Steigerung der Zuzüge. Insgesamt zeigt sich dadurch im Jahr 2012 ein positiver Wanderungssaldo von etwa 17.000 Personen (vgl. ebd., S. 3 f.) (vgl. Tabelle 2).

Die skizzierten demografischen Veränderungen durch Zuwanderung zeigen sich neben den Wanderungsbewegungen auch in weiteren Bevölkerungsmerkmalen. Im Jahr 2012 hatten 19,6 % der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund.¹⁹ Ihr Anteil ist seit

¹⁹ Der im Mikrozensus verwendete Begriff des „Migrationshintergrundes“ liegt vor, wenn (a) eine Person eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder (b) der Geburtsort der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder (c) der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und die Zuwanderung dieses Elternteiles nach 1949 erfolgte.

Tabelle 2: Gesamtbevölkerung, Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländische Bevölkerung in den Jahren 2008 bis 2012 in Rheinland-Pfalz

Jahr ¹	Gesamtbevölkerung ²		Bevölkerung mit Migrationshintergrund ³		Ausländische Bevölkerung ⁴	
	Anzahl		Anzahl	in %	Anzahl	in %
2008	4.028.351		734.000	18,2	290.037	7,2
2009	4.012.675		745.000	18,5	288.614	7,2
2010	4.003.745		747.000	18,7	289.023	7,2
2011	3.990.033		764.000	19,1	296.246	7,4
2012	3.990.278		784.500	19,6	308.686	7,7

1 Gesamtbevölkerung und ausländische Bevölkerung jeweils am 31.12.

2 für die Jahre 2008 bis 2010 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Grundlage der Volkszählung 1987, für die Jahre 2011 und 2012

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf Grundlage des Zensus 2011

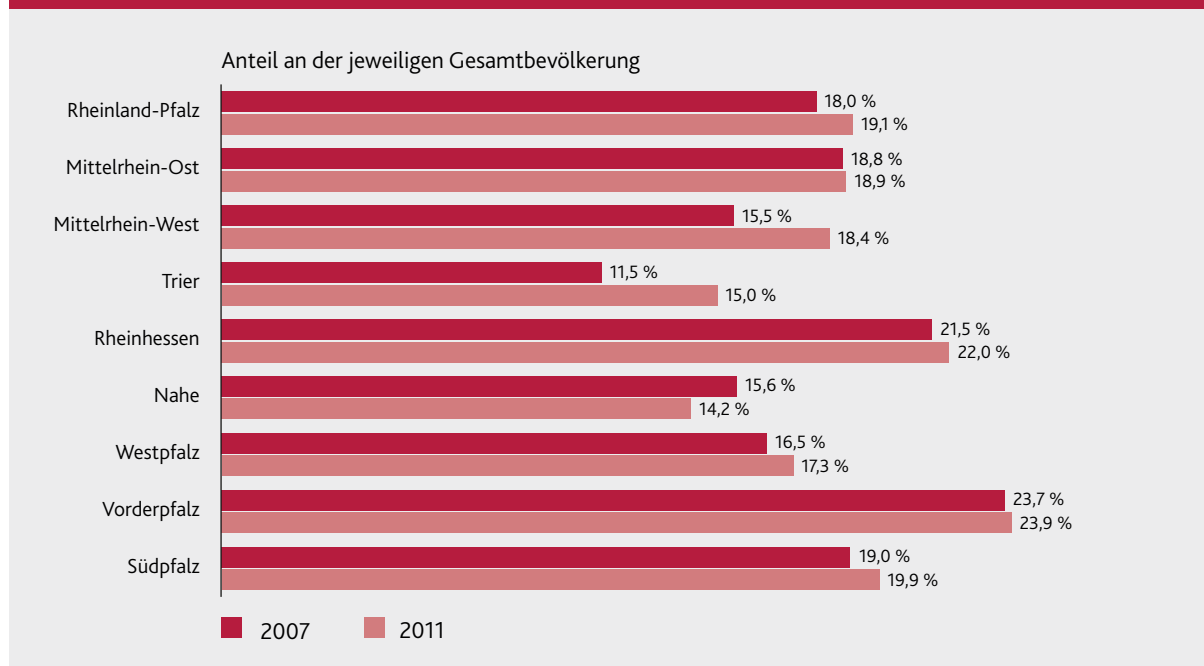
3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Jahresdurchschnittswert

Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 12

dem Jahr 2008 kontinuierlich gestiegen (insgesamt plus 1,4 %). Dabei zeigt sich, wie in Abbildung 13 ersichtlich, eine deutliche regionale Differenzierung. Alle rheinland-pfälzischen Regionen, mit Ausnahme der Region Nahe (minus 1,4 %), weisen seit dem Jahr 2007 einen Anstieg des Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund an

der Gesamtbevölkerung auf. Die Region Trier verzeichnet dabei den größten Anstieg (3,5 %) seit dem Jahr 2007. Im Jahr 2011 ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in der Vorderpfalz (23,9 %) und in Rheinhessen (22,0 %) am höchsten.

Abb. 13: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2007 und 2011 nach regionalen Einheiten.



Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 16.

Im Hinblick auf die zuvor dargestellte Verringerung der Altersgruppe der unter 18-Jährigen in Rheinland-Pfalz ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aufschlussreich.

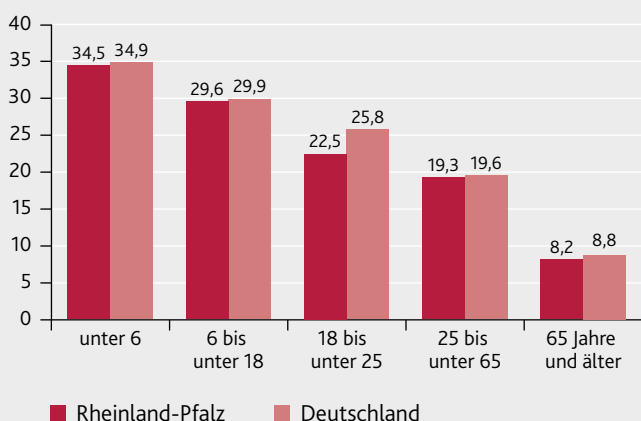
Die Analyse ausgewählter Altersgruppen in Bezug auf einen Migrationshintergrund zeigt zunächst wenige Unterschiede zwischen Rheinland-Pfalz und dem gesamten Bundesgebiet. Einzig in der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen fällt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz etwas unterdurchschnittlich aus (vgl. Abb. 14). Entscheidend ist jedoch der Befund, dass – in Übereinstimmung mit bundesweiten Vergleichszahlen – der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund umso höher ausfällt, je jünger die betrachtete Altersgruppe ist. Waren im Jahr 2011 in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 11,0 % der Personen unter 15 Jahre alt, so lag ihr Anteil in der entsprechenden Vergleichsgruppe mit Migrationshintergrund doppelt so hoch (22,1 %). Dieser Befund findet seine Entsprechung in der Bevölkerungsgruppe der Personen, die 65 Jahre und älter sind.

Während im Jahr 2011 9,2 % der Menschen mit Migrationshintergrund 65 Jahre oder älter waren, betraf dies in der entsprechenden Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund jeden Vierten (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014, S. 18).

Der skizzierte Befund, dass in den älteren Bevölkerungsgruppen der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund stetig abnimmt, verdeutlicht sich noch einmal in Abbildung 15. Dabei ist der Anteil der unter Fünfjährigen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz mit 35,1 % am höchsten.

Mit diesen Daten wird noch einmal gezeigt, dass ohne kontinuierliche Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern die starke Schrumpfung der Bevölkerung nicht aufgehalten werden kann. Insbesondere für die produktiven Altersklassen und für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung bzw. das Generationenverhältnis ist die Zuwanderung zentral. Gleichzeitig wird deutlich, dass für die Bildung der jungen Bevölkerung mit Migrationshintergrund verstärkte Anstrengungen erforderlich sind. Die Fachkräfte der Zukunft müssen nicht angeworben werden – sie sind schon hier. Sie müssen allerdings auch qualifiziert werden. Angesichts dieser Notwendigkeiten ist es geradezu beschämend, wenn eine neue Studie²⁰ zeigt, dass Bildungserfolg für junge Türiinnen und Türiken in der Regel „gegen die Schule“ erreicht wird und nur mit Unterstützung der Eltern/Familien oder einzelner Förderinnen und Förderer möglich ist.

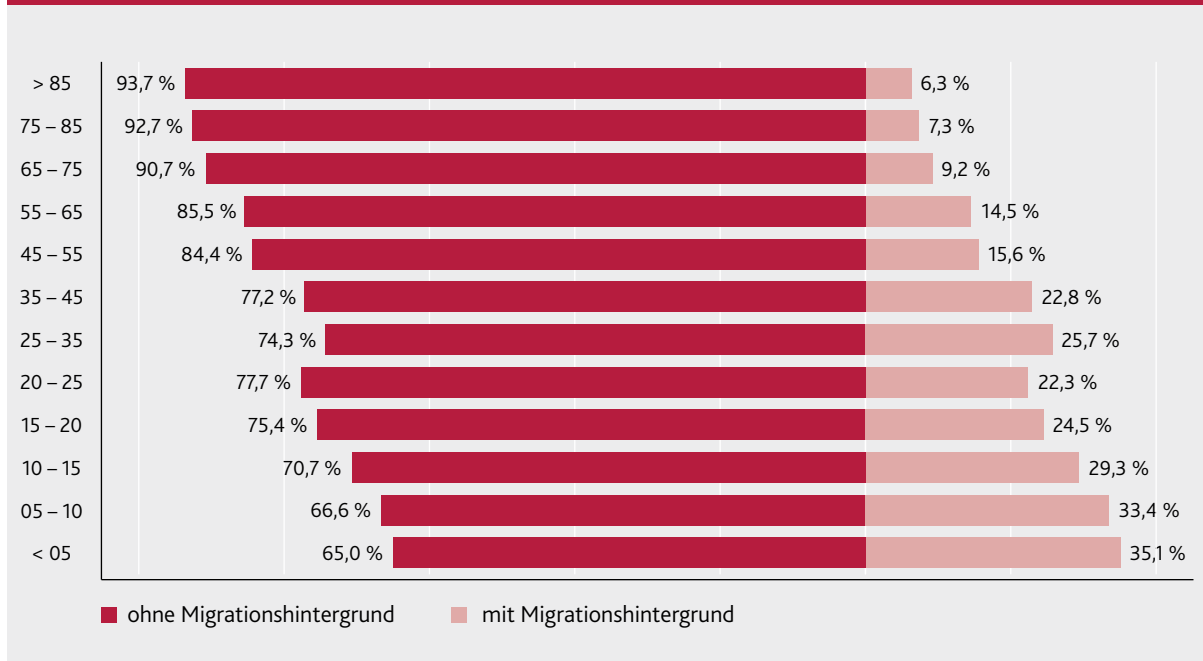
Abb. 14: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an ihrer jeweiligen Altersgruppe in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Jahr 2011, Angaben in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013b, eigene Zusammenstellung

20 Vgl. dazu: Pathways to Success. Erfolgreiche Einwandererkinder und ihre Aufstiegskarriere im urbanen und internationalen Vergleich. Policybrief des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Zu finden in der Gesamtveröffentlichung: Crul, Maurice/Schneider, Jens/Lelie, Frans (Hg.) (2012): The European Second Generation Compared: Does the Integration Context Matter? Amsterdam University Press. Oder im Web: www.ELITESproject.eu.

Abb. 15: Bevölkerung nach dem Anteil von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in verschiedenen Altersgruppen in Rheinland-Pfalz



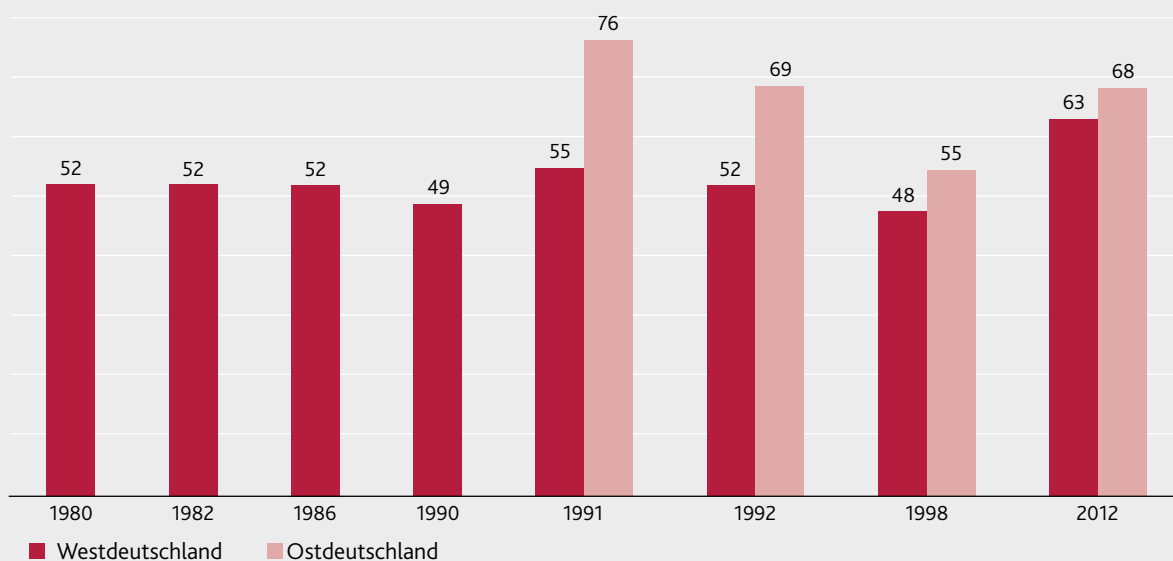
Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 19.

2.2 Lebens- und Familienformen

Der vorangehende Abschnitt hat sich im Rahmen der Analyse demografischer Indikatoren insbesondere mit den Veränderungen des generativen Verhaltens beschäftigt, die wiederum eine wesentliche Grundlage für Veränderungen im Bereich von Lebens- und Familienformen darstellen. Zu diesen Veränderungen passt die im Rahmen von repräsentativen Umfragen gewonnene Erkenntnis, dass Kinder nicht mehr selbstverständlich als Quelle von Zufriedenheit und Lebensfreude verstanden werden: „Nicht einmal die Hälfte (...) der kinderlosen Deutschen zwischen 18 und 50 Jahren glaubt, dass sich ihre Lebensfreude und ihre Zufriedenheit verbessern würden, wenn sie ungeachtet aller Umstände in den nächsten drei Jahren ein Kind bekommen würden“ (BiB 2013, S. 41). Dies deutet auf Ambivalenzen hin, die zu einem selbstverständlichen Bestandteil der heutigen Lebensverläufe geworden sind: „Eigene Kinder werden überwiegend mit positiven emotionalen Aspekten für das eigene Leben (...) in Verbindung gebracht, aller-

dings werden auch die Einschränkungen in der persönlichen Freiheit und im materiellen und beruflichen Bereich wahrgenommen, die mit einer Elternschaft einhergehen“ (Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013, S. 67). Insgesamt bescheinigt der Datenreport der bundesdeutschen Bevölkerung (trotz dieser Ambivalenzen) einen besonders hohen Stellenwert für zwischenmenschliche Beziehungen: „Eine eigene Familie und Kinder stehen in der Wichtigkeitsrangfolge bei der (...) Bevölkerung an erster Stelle“ (ebd., S. 65). Im Längsschnitt zeigt sich für junge Erwachsene sogar eine deutlich gestiegene Bedeutung von Familie und Kindern vor allem seit Beginn der 1990er Jahre (vgl. Abb. 16). Allerdings geht nur etwa ein Viertel dieser Personen in West-Deutschland davon aus, dass Verheiratete glücklicher sind (vgl. Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013).

Abb. 16: Anteil der jungen Erwachsenen, dem eine eigene Familie und Kinder sehr wichtig ist, Angaben in %



Quelle: Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013, S. 64.

Analysen der Einstellungen von Jugendlichen zu Familie und Kindern sind demgegenüber deutlich seltener zu finden, lassen allerdings ebenfalls auf die angesprochenen Ambivalenzen schließen. Dies zeigt etwa eine qualitative Studie des Sinus-Instituts zu den Lebenswelten von Jugendlichen: „Jugendliche besinnen sich (...) in unsicheren Zeiten zwar auf ‚traditionelle‘ Werte wie Sicherheit, Pflichtbewusstsein, Familie und Freundschaft. Vor allem in den modernen Lebenswelten werden diese vergleichsweise konservativen Werte jedoch umgedeutet bzw. symbolisch aktualisiert und von hedonistischen, ich-bezogenen Entfaltungswerten und einem individualistischen Leistungsethos flankiert. Die post-modern-flexible Wertekonfiguration ist die dominante Werthaltung unter Jugendlichen. Nur für einen kleinen Teil der Jugendlichen ist ein überholter Traditionalismus kennzeichnend“ (Calmbach et al. 2011, S. 40). Diese Ambivalenz gilt auch für den Bereich von Partnerschaft und Kindern: „Einerseits ist der Wunsch bei den meis-

ten Jugendlichen nach einer Partnerschaft und Kindern groß, andererseits ist man verunsichert darüber, wann der richtige Zeitpunkt für Familienplanung ist, wenn eine stabile Anstellung nicht gewährleistet werden kann“ (ebd., S. 42). Allerdings weist das Sinus-Institut auf Unterschiede zwischen den einzelnen Lebenswelten hin: Während ein Teil der Jugendlichen zunächst für gesicherte Verhältnisse sorgen möchte, bevor Fragen der Familienplanung thematisiert werden, gibt es auf der anderen Seite auch Jugendliche, die zunächst noch auf Entdeckungsreise gehen möchten: „Sie wirken etwas unbedarfter in der Familienfrage. Wenn sie an Erwachsensein denken, kommen ihnen zunächst Unabhängigkeit, Freiheit und das Erfüllen von Wünschen in den Sinn und erst etwas nachgeordnet Familie“ (ebd., S. 42).

Ein Blick auf das Familienverständnis in der Bevölkerung zeigt deutliche Erweiterungen in den letzten Jahren: Ein Vergleich der Jahre 2000 und 2012

belegt, dass unter Familie im Jahr 2012 neben einem verheirateten Paar mit Kindern auch deutlich häufiger unverheiratete und zusammenlebende Paare mit Kindern verstanden werden, alleinerziehende Frauen oder Männer oder sog. Regenbogenfamilien (vgl. BMFSFJ 2012). Auch in der theoretischen Perspektive werden Lebensformen und insbesondere Familienformen mittlerweile übereinstimmend unter dem Aspekt der sozialen Beziehungen betrachtet. So gilt als Familie diejenige Lebensform, „die mindestens ein Kind und ein Elternteil aufweist und einen dauerhaften und im Inneren durch Solidarität und persönliche Verbundenheit charakterisierten Zusammenhang aufweist“ (Peuckert 2007, S. 36). Das Kriterium des gemeinsamen Wohnens ist dabei nicht zwingend: Eltern-Kind-Beziehungen bestehen in dieser Perspektive lebenslang und enden selbstverständlich nicht mit dem Auszug der Kinder aus dem elterlichen Haushalt.

In statistischer Perspektive hingegen muss notgedrungen eine engere Definition von Familie zugrunde gelegt werden: Zur Unterscheidung verschiedener – auch familialer – Lebensformen wird in Deutschland üblicherweise der Mikrozensus verwendet. Dieser orientiert sich als haushaltsbezogene Erhebung an den sozialen Beziehungen zwischen den verschiedenen Mitgliedern von Haushalten. Lebensformen werden im Mikrozensus anhand von zwei Kriterien erfasst: zum einen entlang des Kriteriums der Elternschaft, zum anderen entlang des Kriteriums der Partnerschaft.²¹

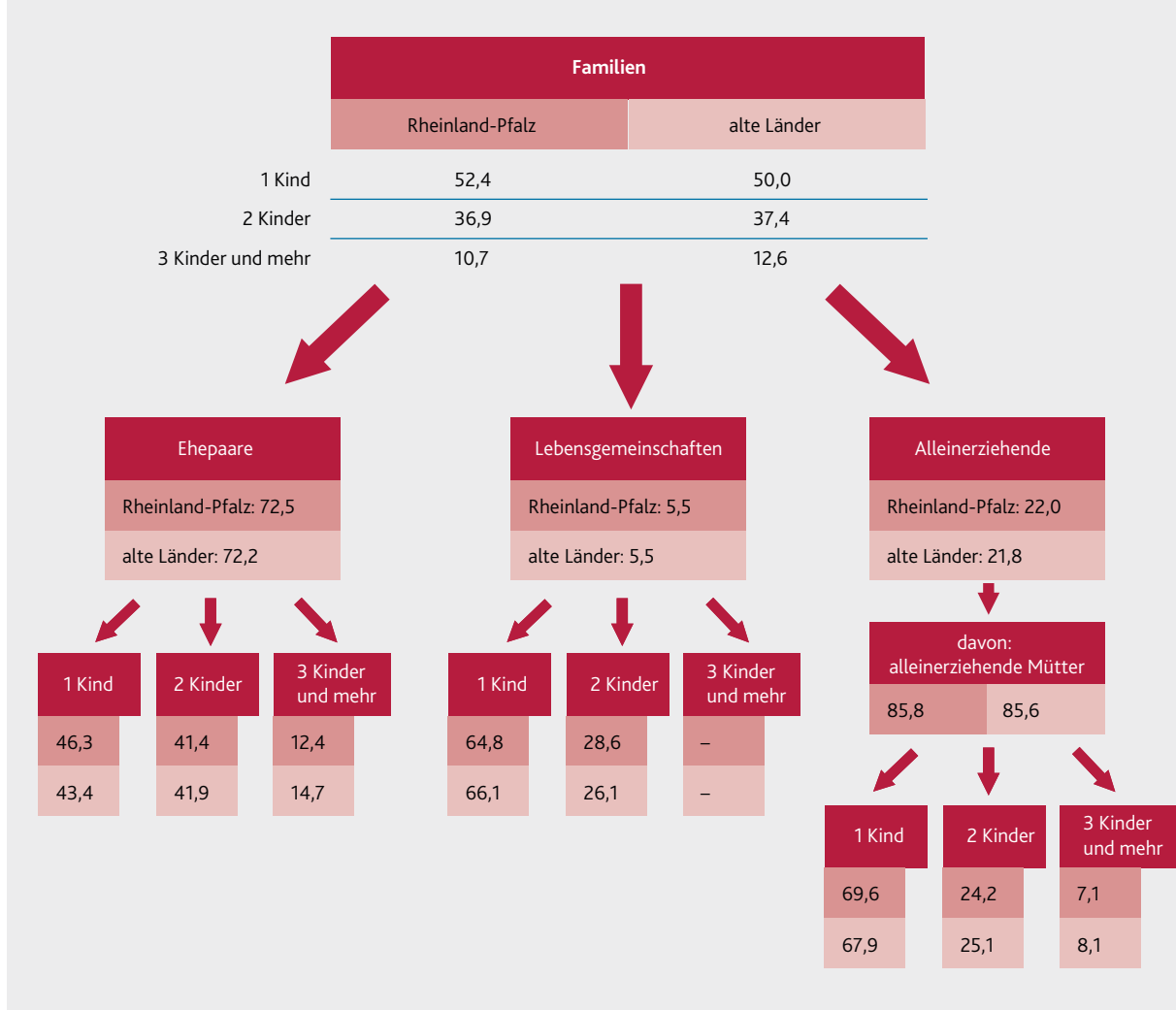
21 Der Mikrozensus versteht unter Familie alle Eltern-Kind-Gemeinschaften. Dies sind im Einzelnen Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a). Als Alleinerziehende gelten dabei alle Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner mit ledigen Kindern im Haushalt zusammenleben. Alleinstehende sind Personen, die unabhängig vom Familienstand ohne Lebenspartner und ohne Kinder in Haushalt leben. Dies ist nicht gleichbedeutend mit dem Führen eines Einpersonenhaushaltes. Alleinlebende schließlich sind Personen, die allein in einem Einpersonenhaushalt wohnen (vgl. Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013). Stief- und Patchworkfamilien können mit Hilfe des Mikrozensus nicht erfasst werden.

Insbesondere Lebensformen jenseits von Ehepaaren mit Kindern im gemeinsamen Haushalt haben in den letzten 20 Jahren an Bedeutung gewonnen – hier vor allem die Alleinstehenden und die Alleinerziehenden. Aber auch die Zahl der Lebensgemeinschaften mit Kindern und ohne Kinder hat in den letzten Jahren zugenommen.

In der vergleichenden Analyse der familialen Lebensformen (vgl. Abb. 17) zeigen sich keine systematischen Unterschiede zwischen Rheinland-Pfalz und den alten Bundesländern. Entgegen der häufig geäußerten Vermutung des Zerfalls von Familie stellt die Familienform „Ehepaar mit Kind(ern)“ sowohl in den alten Bundesländern als auch in Rheinland-Pfalz die dominante Familienform dar. Beinahe drei Viertel aller Lebensformen entfallen auf diese Kategorie. Bei etwas mehr als einem Fünftel der familialen Lebensformen handelt es sich um Alleinerziehende – zumeist alleinerziehende Frauen. Einzig in Bezug auf Familiengröße fällt in Rheinland-Pfalz der geringfügig höhere Anteil von Ein-Kind-Familien im Vergleich mit den alten Bundesländern auf.

Tabelle 3 zeigt im Hinblick auf die familialen Lebensformen, in denen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 aufwachsen, dass auch hier der größte Teil der jungen Menschen in der dominierenden Familienform „Ehepaar mit Kind(ern)“ lebt. Insgesamt zeigt sich jedoch, dass der Anteil der Paare mit Kindern, die als Ehepaar zusammenleben, unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund etwa 10 % höher ausfällt, als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Dagegen ist der Anteil der Kinder, die in Rheinland-Pfalz in der familialen Lebensform „Alleinerziehende“ leben, unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund annähernd doppelt so hoch, wie in der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund. Kinder mit Migrationshintergrund wachsen also überproportional in „traditionellen“ Familienformen auf – wie auch dort die Familien- und Erziehungsarbeit einen höheren Stellenwert genießt. Dies kommt der Erziehung zu Gute.

Abb. 17: Familienformen im Mikrozensus in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum alten Bundesgebiet im Jahr 2011, Angaben in %



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014b; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2014b, eigene Berechnung

Tabelle 3: Kinder nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Lebensform im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz

Kinder bei	Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		Bevölkerung mit Migrationshintergrund	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Ehepaaren	510,9	73,1	232,2	84,5
Lebensgemeinschaften	38,9	5,6	9,0	3,3
Alleinerziehenden	149,0	21,3	33,6	12,2
Insgesamt	698,9	100	274,8	100

Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 20

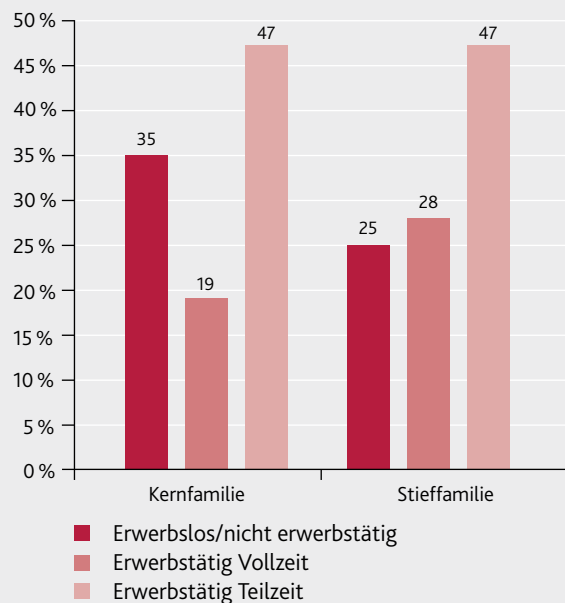
Die bisherigen – (vorwiegend) auf dem Mikrozensus basierenden – Analysen können aber einen Teil der Modernisierung familialer Lebensformen nicht abbilden. Dies gilt insbesondere für sog. Stieffamilien. Der Familienreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ 2012) geht davon aus, dass es sich bei 10 bis 14 % aller Familien um Stieffamilien handelt, dies etwas häufiger in den neuen Bundesländern (15 %) im Vergleich zu den alten Bundesländern (10 %). Dabei überwiegen Konstellationen mit einem sozialen Vater („Stiefvater“). Diese Familien sind häufig die Folge einer vorangegangenen Trennung und Scheidung. Kernfamilien bieten insgesamt ein etwas günstigeres Entwicklungsmilieu für Kinder als Stieffamilien (und auch Alleinerziehende), allerdings wird davon ausgegangen, dass die Effekte eher gering ausfallen. Zudem geben „Stiefkinder ein unerwartet positives Selbstbild an, das sogar das Selbstwertgefühl Gleichaltriger aus Kernfamilien übertrifft“ (Walper/Wendt 2005, S. 212).

Bundesweite Analysen zeigen, dass Stiefelternkonstellationen im Vergleich mit sog. Kernfamilien kleiner sind: So beträgt der Anteil der Ein-Kind-Familien in Stieffamilien 44 %, der Anteil von Zwei-Kind-Familien 38 %. Zum Vergleich: In Kernfamilien handelt es sich bei 38 % um Ein-Kind-Familien, aber bei 49 % um Zwei-Kind-Familien (vgl. BMFSFJ 2012).²² Auch in Bezug auf die Erwerbsarrangements der Partner unterscheiden sich Stief- und Kernfamilien.

Die vorgestellten Daten zur Veränderung der Lebens- und Familienformen veranschaulichen noch einmal die Bedeutung der eingangs erläuterten Modelldimension „Entwicklungsbasis Familie“. Veränderungen im familialen Zusammenleben können Auswirkungen auf die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen haben, vor allem bezüglich der vielfältigen Bewältigungsaufgaben, die

²² Für das Bundesland liegen diesbezüglich keine eigenständigen Analysen vor, daher wird auf bundesweite Ergebnisse zurückgegriffen. Vor dem Hintergrund der bisherigen Analysen kann aber davon ausgegangen werden, dass bundesweite Erkenntnisse auf Rheinland-Pfalz übertragbar sind.

Abb. 18: Erwerbsstatus der Frau in Stief-/Patchworkfamilien und Kernfamilien 2009



Quelle: BMFSFJ 2012, S. 21

an familiales Zusammenleben gestellt werden – wie z. B. der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder eines mitunter erhöhten Armutsrisikos bei bestimmten familialen Konstellationen.

2.3 Einkommen und Armut

Im Folgenden werden Aspekte von Einkommen und Armut im Überblick dargestellt, die geeignet sind, die sozioökonomische Lage von Jugendlichen und ihren Familien zu beschreiben. Der Fokus richtet sich vor allem auf mögliche Anhaltspunkte für soziale Ungleichheit. Materieller Wohlstand gilt nach wie vor als wichtigster Indikator für soziale Ungleichheit. Armut kann dabei als das Gegenteil von materiellem Wohlstand verstanden werden. Üblicherweise wird Armut in der Bundesrepublik als relationaler Begriff verwendet, „der nur im Verhältnis zu jener Gesellschaft einen Sinn ergibt, in der ein davon Betroffener lebt“ (Butterwegge 2009, S. 13). Von relativer Armut kann dann gesprochen werden, wenn „der Lebensstan-

dard und die Lebensbedingungen von Menschen zu weit unter dem durchschnittlichen Lebensstandard und den durchschnittlichen Lebensbedingungen in einem Land liegen" (ebd., S. 19). Relative Armut besteht also dann, wenn ein vorher definiertes soziokulturelles Existenzminimum unterschritten wird. Schließlich wird relative Einkommensarmut üblicherweise im Haushaltskontext in Form des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens erhoben: Zur Berücksichtigung unterschiedlicher Haushaltsgrößen werden Äquivalenzskalen berechnet und darauf basierend bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen. „Die Haushalts-Netto-Äquivalenzeinkommen werden jeweils allen Haushaltsmitgliedern zugeordnet und geben so die individuelle Wohlfahrtsverteilung in der Bevölkerung wieder. Für die Betrachtung der daraus abgeleiteten Armutsrisikoquoten bedeutet dies, dass die Berechnungen von bedarfsgerechten Umverteilungen innerhalb des Haushaltes ausgehen, sodass alle Haushaltsmitglieder dasselbe Wohlstandsniveau aufweisen" (BMFSFJ 2013, S. 92 f.). Von Armut bzw. einem Armutsrisiko wird vor diesem Hintergrund üblicherweise dann gesprochen, wenn das verfügbare und äquivalenzgewichtete Nettoeinkommen einer Person 60 % des Einkommensmittelwertes (Median) unterschreitet. Wiederum ist es vor allem der Mikrozensus, der diesbezüglich nach Bundesländern differenzierende Analysen ermöglicht. Ergänzt werden können solche Analysen um Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Damit werden finanzielle Transfers gekennzeichnet, die der Sicherung des grundlegenden Lebensunterhaltes dienen.

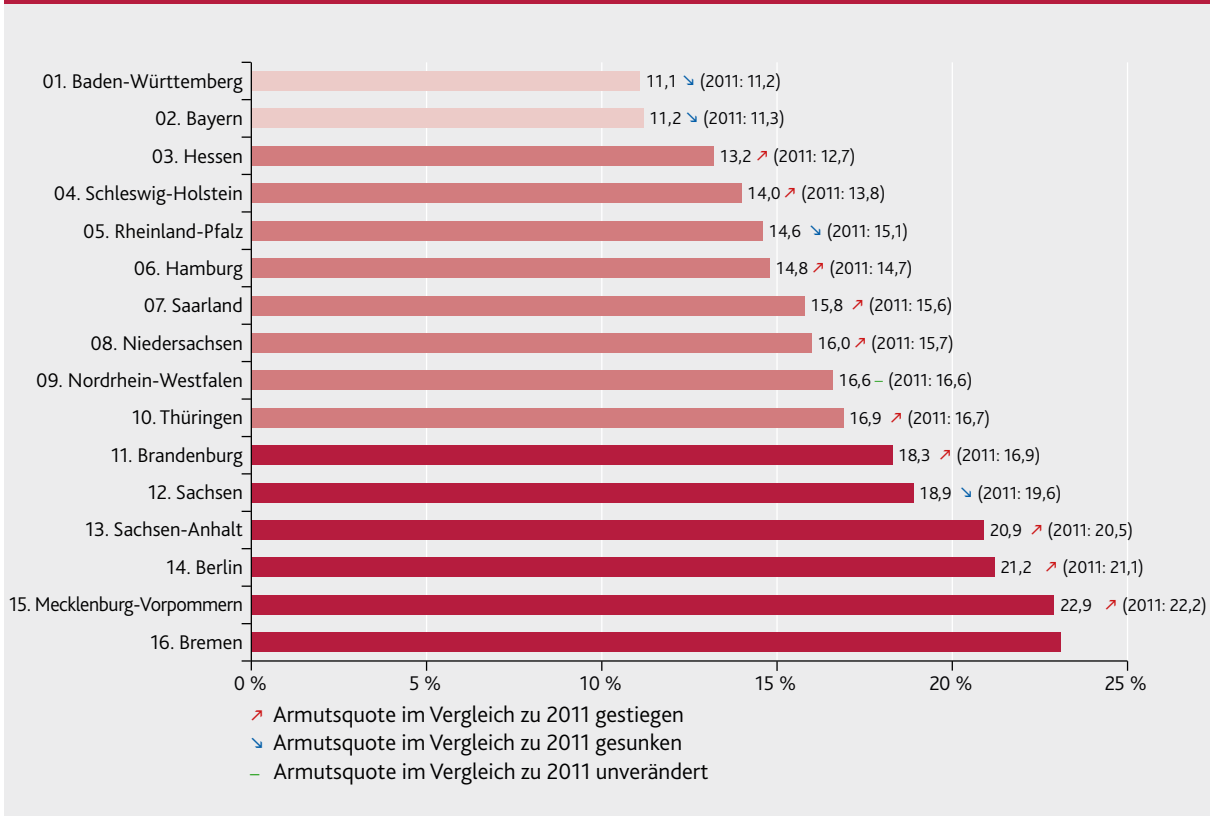
Vor diesem Hintergrund kann der Bezug solcher Leistungen als ein weiterer bzw. ergänzender Indikator für materielle Armut verstanden werden. Zu den Leistungen der sozialen Mindestsicherung gehören u. a. Leistungen nach SGB II, insbesondere das sog. Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld. Dies ist auch die Grundlage der Analyse sog. Armutsquoten, die seit mehreren Jahren vom Deutschen Paritätischen Gesamtverband auf der Grundlage von Mikrozensus-Daten im regionalen Vergleich erstellt werden. Im Gegensatz zu anderen Autoren spricht der Paritätische Gesamtver-

band in seinen Publikationen dezidiert von der Armutsquote und begründet dies folgendermaßen: „Angesichts der Tatsache, dass die Hartz-IV-Regelsätze in 2012 keinesfalls bedarfsdeckend, sondern (...) um rund 30 % zu niedrig bemessen waren, stellt daher die 60-%-Armutsgefährdungsgrenze eine in ihrer Höhe plausible Kennziffer zur Bestimmung von Einkommensarmut dar. Auch aus diesem Grunde sprechen wir (...) der Einfachheit halber nicht von ‚Armutsgefährdungsquoten‘, sondern von ‚Armutsquoten‘“ (Der Paritätische Gesamtverband 2013, S. 2)²³. Im Länder-ranking (vgl. Abb. 19) zeigt sich nach Ansicht der Studie insbesondere eine größer werdende Kluft zwischen „armen“ und „reichen“ Ländern, da vier Bundesländer im Jahr 2012 eine „positive Entwicklung im Sinne abnehmender Armutsquoten (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen) aufweisen und Nordrhein-Westfalen unverändert ist, dass aber gleich elf Länder schlechtere Werte als im Vorjahr haben“ (Der Paritätische Gesamtverband 2013, S. 5). Ausweislich dieser Analysen liegt Rheinland-Pfalz darüber hinaus mit einer Armutsquote von 14,6 % unter dem Bundesdurchschnitt (15,2 %).

Im Zeitverlauf zwischen 2005 und 2012 und im Vergleich mit der Bezugsquote von Leistungen nach SGB II zeigt sich darüber hinaus, dass die Armutsquote in Rheinland-Pfalz mehr oder weniger den Schwankungen im Bund folgt. Darüber hinaus zeigt Abbildung 20 jedoch, dass die Bezugsquote von Leistungen nach SGB II deutlich unter der Armutsquote liegt – sehr deutlich sogar gilt dies für Rheinland-Pfalz.

23 Im Gegensatz dazu haben zuletzt sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch das Bundessozialgericht in mehreren Entscheidungen die Verfassungsmäßigkeit der Regelsätze bestätigt. Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuches sind derzeit noch verfassungsgemäß. Dies hat zuletzt der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts mit Beschluss vom 23. Juli 2014 (1 BvL 10/12, 1 BvL 12/12, 1 BvR 1691/13) entschieden. Die Anforderungen des Grundgesetzes, tatsächlich für eine menschenwürdige Existenz Sorge zu tragen, werden nach Auffassung des Gerichts im Ergebnis nicht verfehlt. Insgesamt sei die vom Gesetzgeber festgelegte Höhe der existenzsichernden Leistungen tragfähig begründbar.

Abb. 19: Armutsquote – Ranking nach Bundesländern²⁴

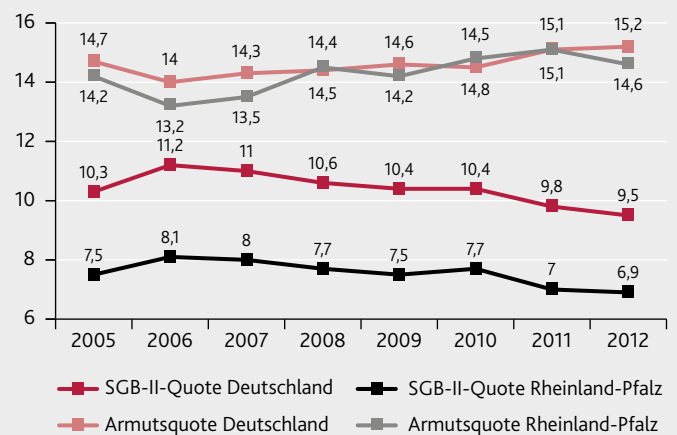


Quelle: Der Paritätische Gesamtverband 2013, S. 5

Der Bezug von Leistungen nach SGB II kann für Rheinland-Pfalz über die bisherigen Analysen hinaus auch interkommunal vergleichend dargestellt werden. Dabei zeigen sich deutliche interkommunale Unterschiede (vgl. Abb. 21). Etwa 6 % der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren haben im Jahr 2013 Leistungen nach SGB II bezogen. Allerdings reicht die Spannbreite von 25 je 1.000 Einwohner in den Landkreisen Trier-Saarburg bzw. Eifelkreis Bitburg-Prüm bis hin zu mehr als 100 je 1.000 Einwohner in den Städten Worms, Kaiserslautern, Ludwigshafen oder Pirmasens. Tendenziell weisen die Landkreise niedrigere Eckwerte als die kreisfreien Städte auf.

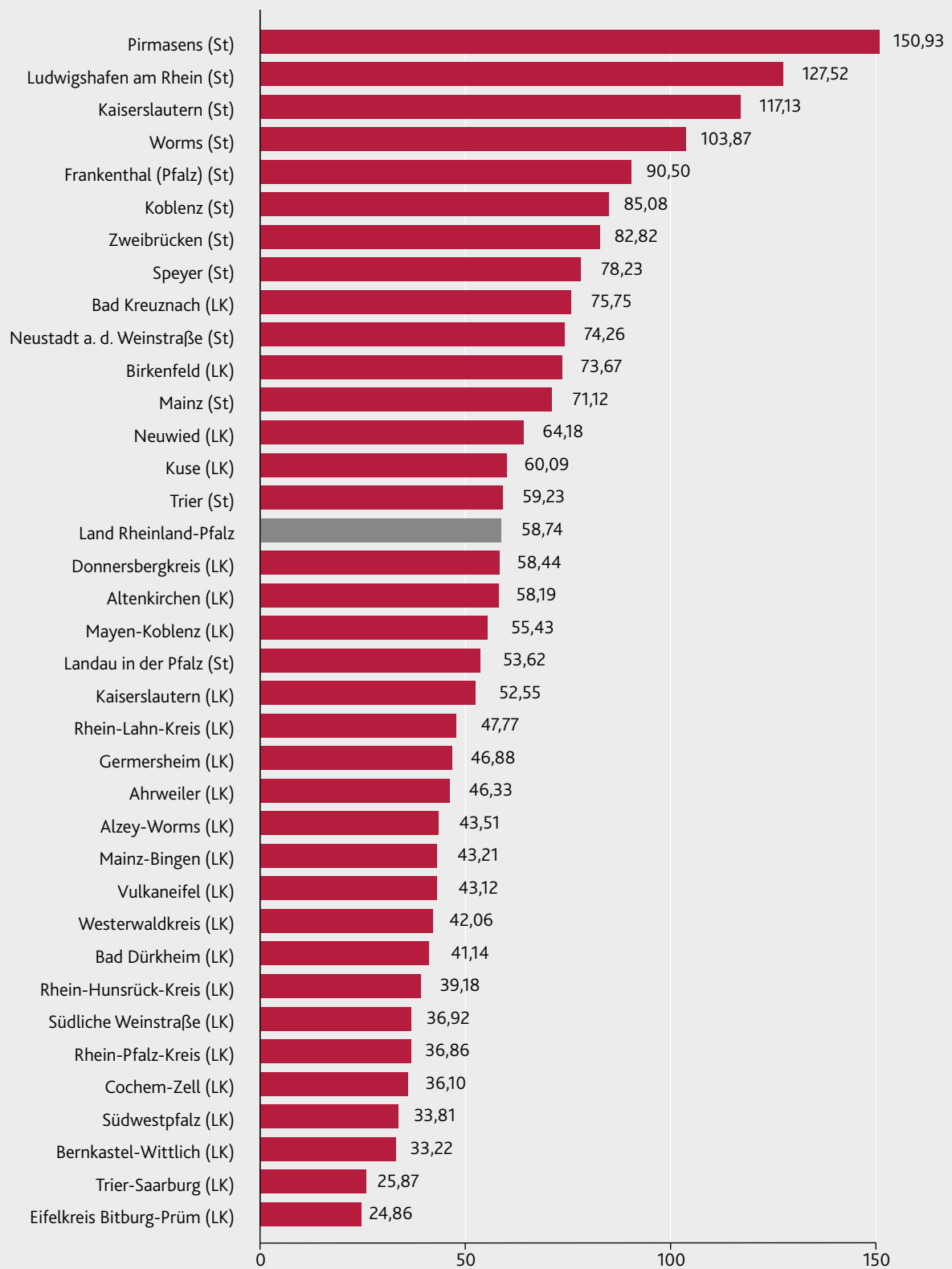
²⁴ „Bei der Berechnung der ‚relativen Armutsquoten‘ werden (...) Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen bei weniger als 60 Prozent des mittleren (Median) bedarfsgewichteten Einkommens in Deutschland liegt (...). 2012 lag die so errechnete (...) Armutsgefährdungsschwelle für einen Singlehaushalt bei 869 Euro. Für Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren lag sie bei 1.826 Euro“ (Der Paritätische Gesamtverband 2013, S. 5).

Abb. 20: Armutsquote und SGB-II-Quote in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2005 – 2012



Quelle: Der Paritätische Gesamtverband 2013, eigene Zusammenstellung

Abb. 21: Bezug von Arbeitslosengeld (ALG) II, Empfängerinnen und Empfänger pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren, im Jahr 2013



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014, eigene Berechnung

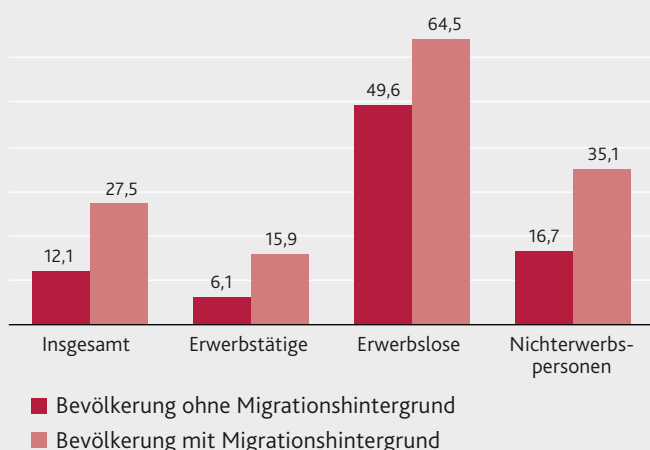
Eine weiter differenzierende Perspektive ergibt sich neben der interkommunalen Betrachtung für Rheinland-Pfalz auch im Hinblick auf die Armutsgefährdungsquote nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung.

Abbildung 22 verdeutlicht, dass das Risiko, von Armut betroffen zu sein, im Jahr 2011 bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 27,5 % mehr als doppelt so hoch ausfällt wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (12,1 %). Zudem zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund sowohl unter den Erwerbslosen als auch in der Gruppe der Nichterwerbstätigen hinsichtlich des Armutsrisikos deutlich überrepräsentiert sind. Darüber hinaus wird aus Abbildung 25 ersichtlich, dass die Armutsgefährdung für Menschen mit Migrationshintergrund auch bei bestehender Erwerbsbeteiligung mehr als doppelt so häufig besteht wie in der entsprechenden Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund. Im Zusammenhang mit der zuvor gezeigten deutlich jüngeren Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist dieser Befund im Hinblick auf Armutserfahrungen und Teilhabechancen für

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz alarmierend. Ihre Chancen sind aus mehreren Gründen eingeschränkt: Insbesondere durch die ökonomische Benachteiligung, den niedrigen Status der Familien und durch die Erfahrung von Diskriminierung.

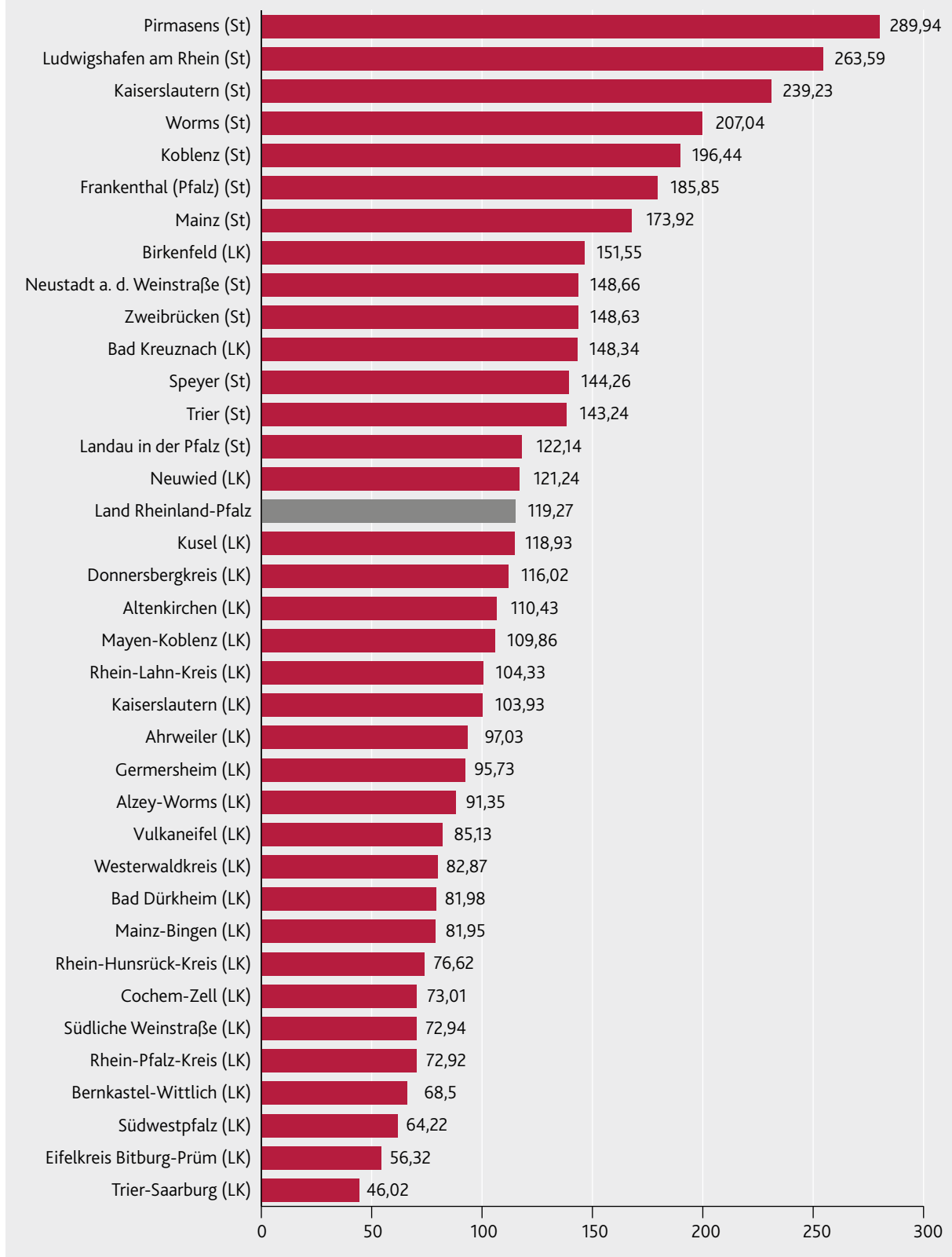
Die Einschränkung von Bildungs- und Sozialchancen durch Armut ist die größte Belastung im Aufwachsen. Deshalb liegt der Fokus in einem Kinder- und Jugendbericht auf der Armut von Kindern und Jugendlichen, auf die im Folgenden detailliert eingegangen wird. So weist beispielsweise der 14. Kinder- und Jugendbericht darauf hin, dass Armut im Kindes- und Jugendalter spätestens seit Ende der 1990er Jahre ein bedeutsames Forschungsfeld geworden ist. Dies gilt insbesondere für die Möglichkeiten der Operationalisierung und Messung von Kinder- und Jugendarmut. „Kinder werden nun als eigenständige Subjekte wahrgenommen (...), was zur Folge hatte, dass die kindliche Wahrnehmung der Lebenslage und die kindlichen Deutungs-, Bewältigungs- und Handlungsmuster verstärkt zum Thema gemacht wurden“ (Holz 2010, S. 88). Neben der Operationalisierung dieser Form von Armut über das Konzept der relativen Einkommensarmut – also das äquivalenzgewichtete Nettoeinkommen einer Person oder den Bezug von Transferleistungen – dominieren derzeit Lebenslagenkonzepte und die Erforschung von kindspezifischen Ressourcen die Diskussion und Forschung. „Allen Ansätzen ist gemein, dass sie Armut bei Kindern mehrdimensional definieren, komplexe Folgen der Unterversorgung und sozialen Ausgrenzung belegen, auf eine differenzierte Betrachtung der Wahrnehmung und Bewältigungsmöglichkeiten durch Kinder sowie auf komplexe handlungsfeld- und ressortübergreifende Präventionsmaßnahmen hinweisen“ (ebd., S. 89). Allerdings weist u. a. der 14. Kinder- und Jugendbericht darauf hin, dass „Einkommensarmut weiterhin das am weitesten verbreitete und zugleich am einfachsten operationalisierbare Kinderarmutskonzept“ darstellt (BMFSFJ 2013, S. 92), da diese als Indikator für Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen angesehen werden kann. „Obgleich

Abb. 22: Armutsgefährdungsquoten nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz



Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 41

Abb. 24: Sozialgeld-Bezug, Sozialgeld-Beziehende pro 1.000 Menschen bis unter 15 Jahren im Jahr 2013



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014, eigene Berechnung

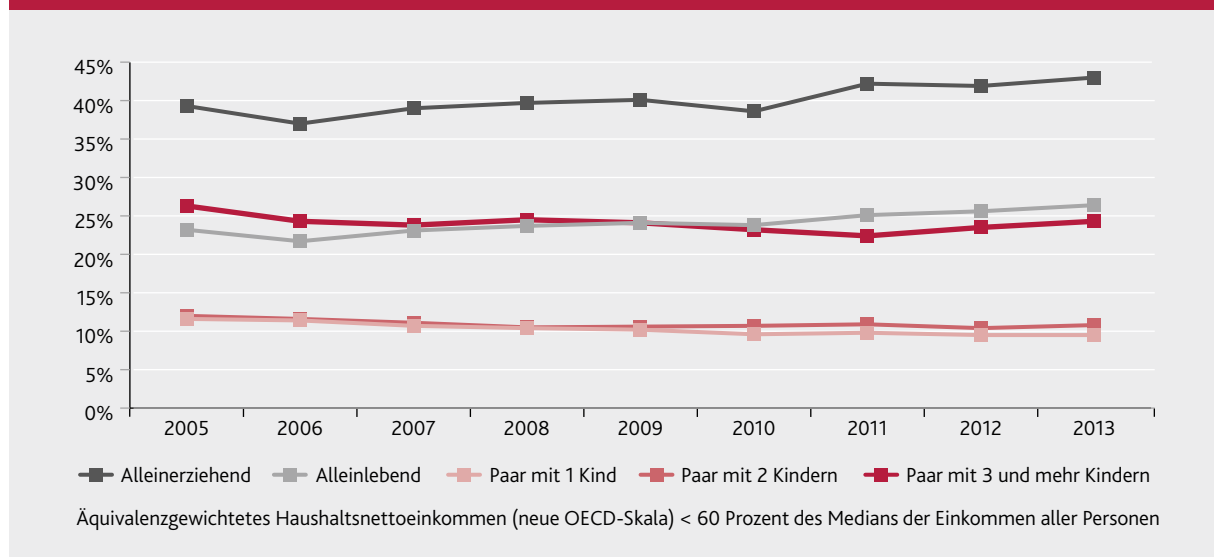
sich die vormals überproportional hohe Armutsbetroffenheit bei (jüngeren) Kindern in den letzten Jahren nicht mehr weiter verstärkt“ (BMFSFJ 2013, S. 99).

Zur Einschätzung der Frage, inwieweit Kinder und Jugendliche von einem Leben in Armut betroffen sind, kann der Bezug von Leistungen nach SGB II (auch Hartz IV genannt) auch auf die Altersgruppe der unter 15-jährigen Kinder und Jugendlichen eingegrenzt werden. So zeigt Abbildung 23 den Anteil dieser Leistungsempfänger nach SGB II (auch Sozialgeld genannt) an der entsprechenden Altersgruppe. Bundesweit waren im Jahr 2012 14,8 % aller unter 15-jährigen Kinder und Jugendlichen Leistungsempfänger nach SGB II – dies allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den alten und neuen Bundesländern. In Letzteren liegt deren Anteil mit 24 % beinahe doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (12,8 %). Allerdings hat sich der Anteil in dieser Altersgruppe im Vergleich der Jahre 2010 zu 2012 in allen Bundesländern reduziert. In Rheinland-Pfalz wiederum sind Kinder und Jugendliche deutlich seltener von Armut betroffen. Mit einem Anteil von 11,3 % weisen einzig die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern im Jahr 2012 niedrigere Anteile auf (vgl. Abb. 23).

Trotzdem lassen sich im interkommunalen Vergleich wiederum deutliche Unterschiede erkennen (vgl. Abb. 24): So haben landesweit rund 12 % aller Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz Sozialgeld bezogen, allerdings reicht auch hier die Spannweite von unter 60 je 1.000 in den Landkreisen Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg bis hin zu Werten von über 250 in den Städten Ludwigshafen und Pirmasens. Die Rangfolge der Kommunen entspricht damit weitestgehend derjenigen von Empfängerinnen und Empfängern von ALG II in der Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren. Auch der Eckwert der jugendlichen Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach SGB II fällt in den kreisfreien Städten tendenziell deutlich höher aus als in Landkreisen des Landes Rheinland-Pfalz (vgl. Abb. 24).

Die bisherigen Analysen geben aber noch keine Antwort auf die Frage, ob bestimmte Familientypen besonders häufig von einem Armutsrisiko betroffen sind. Abbildung 25 gibt erste Hinweise auf die Frage: Wird das bereits erwähnte äquivalenzgewichtete Nettoeinkommen bzw. Haushaltsnettoeinkommen zugrunde gelegt, weisen Alleinerziehende das größte Armutsrisiko auf. Es sind rund 42 % der Alleinerziehenden, die über weniger als 60 % des durchschnittlichen äquivalenz-

Abb. 25: Einkommensarmutsrisiko verschiedener Haushaltstypen in Deutschland 2005–2011



Quelle: Jurczyk/Klinkhard 2014, S. 100

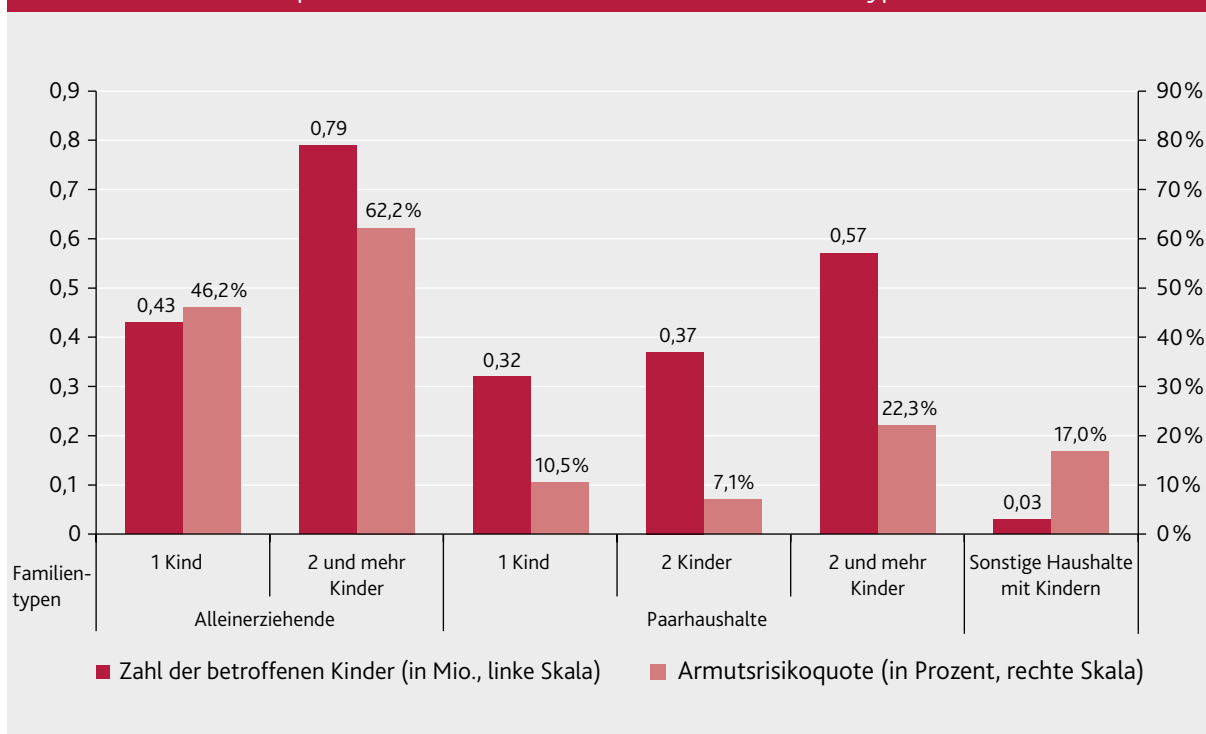
gewichteten Nettoeinkommens aller Personen verfügen. Seit 2005 (rund 39 %) ist zudem ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden zu verzeichnen. Auch Paare mit mindestens drei Kindern weisen noch eine Armutsrisikoquote von etwa 23 % auf – wie im Übrigen auch Alleinlebende. Im Vergleich der in Abbildung 28 abgebildeten Lebensformen weisen die Paare mit einem oder zwei Kindern das geringste Armutsrisiko auf. Darüber hinaus weisen noch Familien mit Migrationshintergrund ein überproportionales Armutsrisiko auf (alle Angaben nach Jurczyk/Klinkhard 2014).

Weitergehende Analysen des vierten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung ergänzen und bestätigen diese Analysen u. a. aus der Perspektive der von Armut betroffenen Kinder: Nicht nur die Haushalte von Alleinerziehenden weisen im Vergleich das höchste Armutsrisiko auf (vgl. Abb. 25), sondern auch die Kinder von Alleinerziehenden (vgl. Abb. 26). Lebt eine alleinerziehende Person mit mindestens zwei Kindern im gemein-

samen Haushalt, liegt die Armutsrisikoquote der Kinder sogar bei über 60 %. Deutlich geringer ist demgegenüber die Armutsrisikoquote von maximal zwei Kindern in Paarhaushalten (10,5 % bei einem Kind, 7,1 % bei zwei Kindern); sie steigt erst wieder bei Paarhaushalten mit mindestens drei Kindern. „Dabei mag die rückläufige Armutsrisikoquote beim Übergang von Einkindfamilien zu Zweikindfamilien zunächst erstaunen... Jedoch ist zu beobachten, dass sich diese Familien oftmals in einer Lebensphase befinden, in der sie in ihrer beruflichen Entwicklung spürbare Einkommenszuwächse erfahren. Dieser Effekt überkompensiert dann die finanziellen Mehrbelastungen durch ein zweites Kind“ (BMAS 2013, S. 112). Damit wird deutlich: Der Familientyp ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für das Armutsrisiko. Eine weitere Einflussgröße stellt die Erwerbsbeteiligung der Eltern dar (vgl. ebd. 2013).

Voranstehende Analysen sind Anlass genug, noch einen weiteren Blick auf die Familienform zu werfen, die besonders häufig von Armut betroffen ist:

Abb. 26: Armutsrisikoquote von Kindern in Deutschland nach Familientypen 2009



Quelle: BMAS 2013, S. 112

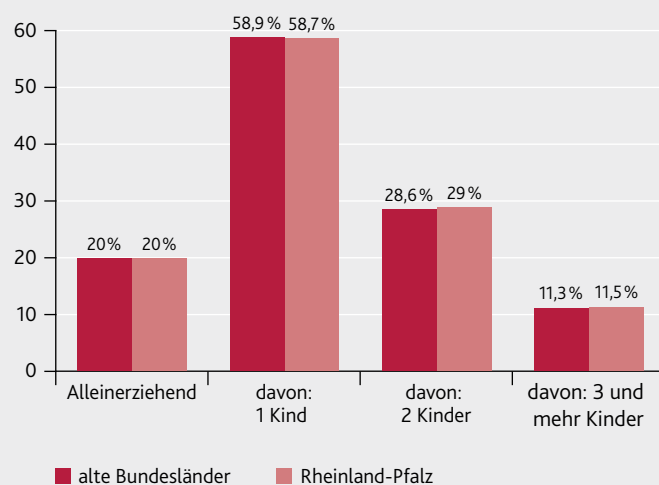
die Gruppe der Alleinerziehenden. „So kommen bei Alleinerziehenden sowohl familiäre als auch finanzielle Faktoren zusammen. Das höhere Armutsrisiko für Alleinerziehende und ihre Kinder ergibt sich zunächst durch das Fehlen eines Partners. Das bewirkt, dass sie weitgehend allein für die Existenzsicherung und die Kinderbetreuung zuständig sind. Bei kleinen Kindern sowie unzureichenden Kinderbetreuungsangeboten ergeben sich zudem geringe Erwerbs- und Einkommenschancen. Darüber hinaus erleben Alleinerziehende oftmals finanzielle Engpässe, weil die ehemaligen Partner – falls vorhanden – ihre Unterhaltsleistungen nicht (regelmäßig) erbringen“ (Jurczyk/Klinkhard 2014, S. 101).

Weitergehende Analysen auf der Basis von Daten der Bundesagentur für Arbeit (2014) zeigen, dass es sich im Jahr 2012 bei 8,7 % aller Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz um Alleinerziehende handelte (alte Bundesländer: 9,4 %). Rund 38 % dieser Personengruppe sind zwischen 35 und 44 Jahre alt, rund 25 % sind älter als 44, etwa 37 % jünger als 35 Jahre. Noch deutlicher wird das Armutsrisiko von Alleinerziehenden bei differenzierter Betrachtung der Bedarfsgemeinschaften (vgl. Abb. 27): Bei etwa jeder fünften Bedarfsgemeinschaft handelte es sich im Jahr 2012 um eine sog. „Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft“. Rheinland-Pfalz entspricht damit im Vergleich dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Alleinerziehende sind somit insgesamt im Hinblick auf den Bezug von Sozialleistungen deutlich überrepräsentiert.

Im Detail zeigt sich, dass es sich bei diesen Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften zum überwiegenden Teil um Konstellationen mit einem Kind handelt, während die Konstellation mit drei und mehr Kindern nur etwa 11 % aller Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften ausmacht. Dieser vergleichsweise niedrige Anteil täuscht aber darüber hinweg, dass sich über 70 % der Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern im Leistungsbezug befinden. Zudem verbleiben Alleinerziehende länger im Leistungsbezug als andere Bedarfsgemeinschaften (vgl. BMAS 2013). Insbesondere jüngeren Alleinerziehenden im Alter unter

25 Jahren gelingt es darüber hinaus seltener, die Hilfebedürftigkeit zu überwinden, was u. a. auf die unzureichende oder fehlende berufliche Qualifikation der Mutter zurückgeführt wird (vgl. ebd.).

Abb. 27: Anteil von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften an allen Bedarfsgemeinschaften nach Zahl der Kinder im Jahr 2012, Angaben in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014, eigene Zusammenstellung

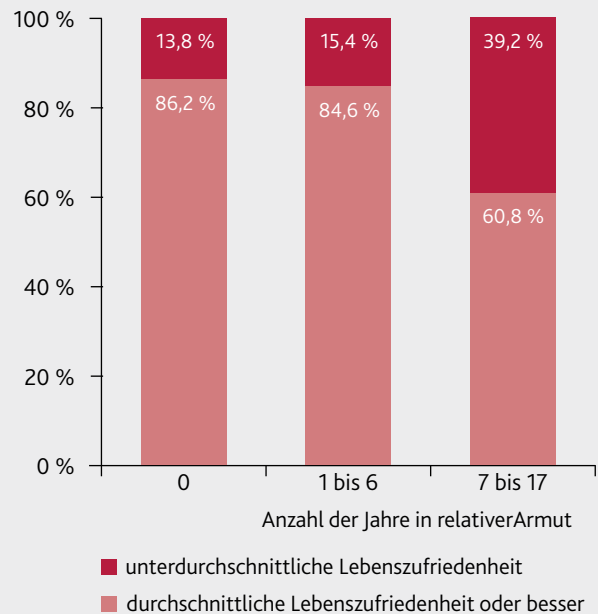
Was aber bedeutet Armut für das Aufwachsen und die späteren Lebenschancen von Kindern? Auf der einen Seite gilt: „Materielle Benachteiligung von Kindern kann auch in einer insgesamt wohlhabenden Gesellschaft mit einem ausgebauten Schulsystem, einem für alle frei zugänglichen Gesundheitssystem und der Absicherung eines sozio-kulturellen Existenzminimums negative Auswirkungen auf ihr Leben, auf ihren Bildungserfolg und ihre Persönlichkeitserfahrung haben“ (BMAS 2013, S. 108). Auf der anderen Seite verfügen Kinder über umfangreiche Resilienz- und Kompensationsfaktoren (vgl. Alt/Bayer 2012), das Aufwachsen in benachteiligten Lebenslagen führt nicht automatisch zu Defiziten. Eine aktuelle Analyse zeigt nun, dass u. a. die Dauer der Armutserfahrung von Bedeutung dafür ist, welche Auswirkungen Armut auf das Leben von Kindern und

Jugendlichen hat. Kohl (2013) analysiert u. a. den Zusammenhang von Armutserfahrungen und Lebenszufriedenheit und belegt, dass in Deutschland 37,5 % der Kinder bzw. Jugendlichen unter 18 Jahren in ihrem bisherigen Leben Erfahrungen mit einer Einkommenssituation unterhalb der Armutsschwelle gemacht haben, rund 10 % dieser Kinder bzw. Jugendlichen sogar für einen Zeitraum zwischen sieben und 17 Jahren.

Noch entscheidender ist aber das Ergebnis der Studie, dass ihre subjektiv eingeschätzte Lebenszufriedenheit umso geringer ist, je länger sie in solchen Armutssituationen aufgewachsen sind. In der Unterscheidung von verschiedenen Gruppen (vgl. Abb. 28) wird deutlich, dass diese Lebenssituation unterschiedlich gut verarbeitet wird und sich vor allem dann negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirkt, wenn sie mindestens ein Drittel der Kindheit ausmacht. Armut kann sich somit – laut Studie – auf die späteren Teilhabechancen auswirken, da die Lebenszufriedenheit entscheidend für das Selbstbild und die späteren Problemlösungsfähigkeiten sein kann. Die Autoren sprechen auch von einer stark verschleierte Form der Reproduktion sozialer Ungleichheit: „Diese ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass sie bereits im Kindesalter angelegt ist und ihre Wirkungen in das Erwachsenenalter hinein entfaltet. Wenn sich die negativen Wirkungen im weiteren Lebensverlauf dann zeigen, werden die Gründe für die entstandenen Nachteile zuerst bei dem erwachsenen Individuum gesucht und weniger bei den ökonomischen und sozialen Bedingungen des Aufwachsens“ (Kohl 2013, S. 90).

Der Forschungsüberblick von Jurczyk und Klinkhard (2014) geht abschließend davon aus, „dass sich die Erfahrung von Armut zwar nicht unbedingt negativ auf kindliche Erfahrungszugänge und die kindliche Entwicklung auswirken muss, das Risiko von ungünstigen Bedingungen des Heranwachsens jedoch für Kinder in benachteiligten Familien erhöht ist. Dabei spielen nicht nur die finanzielle Situation in der Familie, sondern auch andere Risikofaktoren wie das Bildungsniveau der Eltern oder aber deren soziale Einbindung am Ar-

Abb. 28: Zusammenhang von Armutserfahrungen in der Kindheit und Lebenszufriedenheit von jungen Menschen



Quelle: Kohl 2013, S. 88, eigene Darstellung

beitsmarkt eine entscheidende Rolle für das Heranwachsen von Kindern“ (ebd., S. 108). In einer Zusammenstellung entsprechender Forschungsergebnisse machen die Autorinnen auf weitere Faktoren aufmerksam, die für das Aufwachsen in prekären Lebenslagen bedeutend sein können:

- Positive soziale Beziehungen in der Familie sind von großer Bedeutung zur Bewältigung von Armut.
- Freundschaftsbeziehungen haben einen stärkeren Einfluss auf das Wohlbefinden als die ökonomische Situation. Allerdings haben Kinder mit einer längerfristigen Armutserfahrung häufiger weniger Freunde als andere Kinder.
- Kinder in ökonomisch benachteiligten Lebenslagen zeigen ein ungünstigeres Gesundheitsverhalten und entsprechend einen schlechteren Gesundheitszustand.

■ Einkommensarmut kann dazu führen, dass teure außerschulische Angebote im Bereich von Freizeit, Bildung und Kultur seltener in Anspruch genommen werden können.

■ Zuletzt machen die Autorinnen darauf aufmerksam, dass arme Kinder häufiger in familiäre Aufgaben und Pflichten eingebunden sind und daher über weniger Eigenzeit verfügen.

2.4 Schule und Ausbildung

Nachdem in den vorangehenden Abschnitten Kinder und Jugendliche vor allem im Kontext ihrer Familien betrachtet wurden – etwa in der Analyse von familialen Lebensformen –, richtet sich der Blick nun stärker auf ihre eigenen Lebenswelten. Diese werden vor allem durch die Schule und die nachfolgende Berufsausbildung bestimmt.

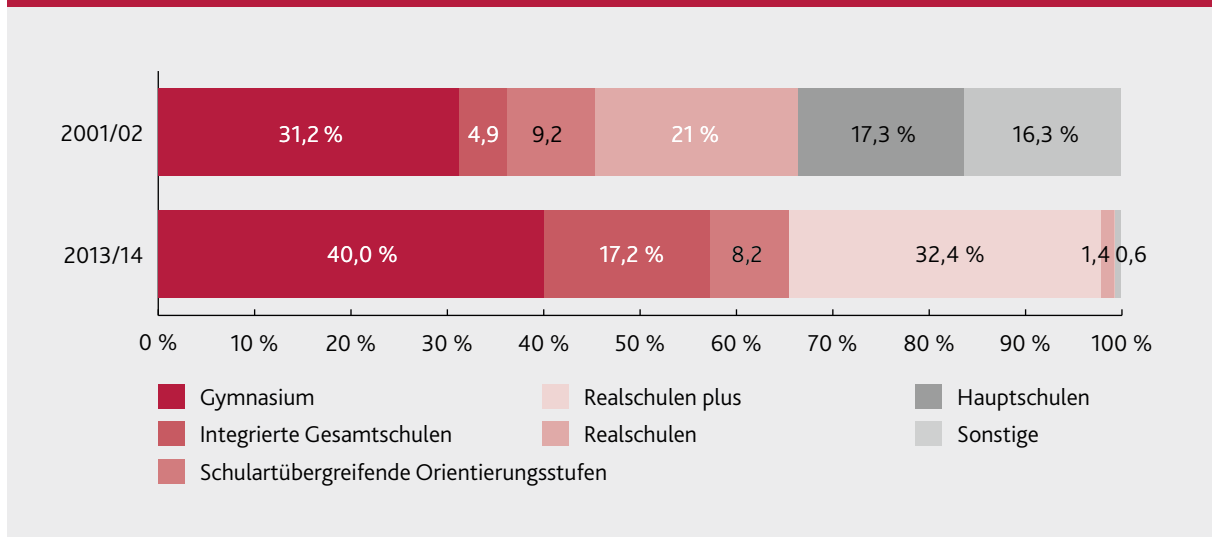
Rund 34.600 Schülerinnen und Schüler wechselten im Schuljahr 2013/14 in Rheinland-Pfalz von den Grundschulen an weiterführende Schulen. Davon wechselte der überwiegende Anteil (vier von zehn Kindern) an Gymnasien, etwa jeder dritte Übergang fand an die neugeschaffenen Realschulen plus statt. Etwa jeder sechste Schüler wechselte an eine Integrierte Gesamtschule, rund 9 % an die schulartübergreifenden Orientierungs-

stufen, die eine spätere Festlegung der Schulart erlauben.

Damit hat sich das Übergangsverhalten im Zeitraum seit 2001/02 deutlich verändert: Insbesondere der Anteil der Übergänge an Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen hat sich stark erhöht (vgl. Abb. 29).

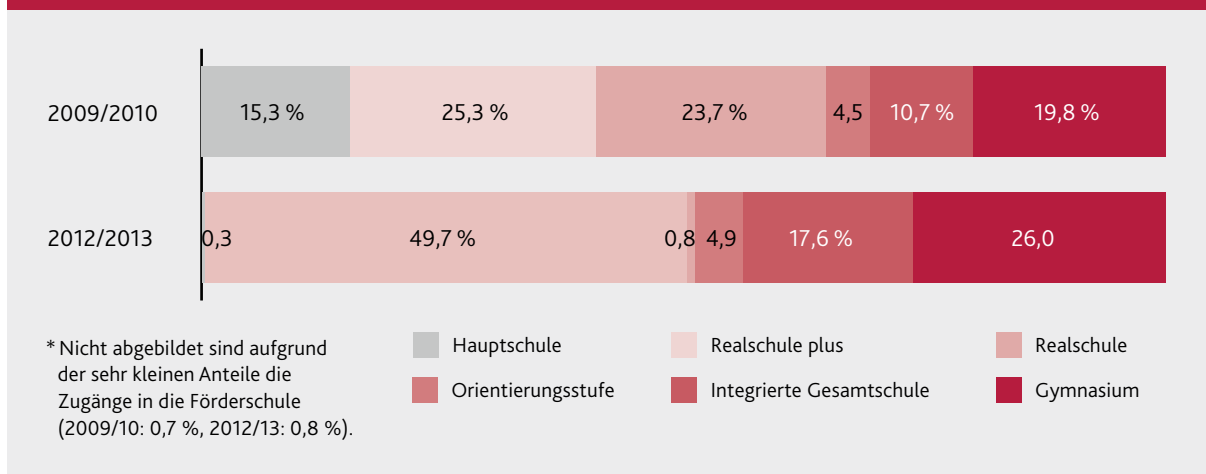
In der Betrachtung von Kindern mit Migrationshintergrund im Hinblick auf die Zugänge aus Grundschulen zeigt sich ein verändertes Bild. Abbildung 30 zeigt eine deutliche Entwicklung: Die Zugänge auf Gymnasien sind im Vergleich der Schuljahre 2009/10 und 2012/13 von 19,8 % um 6,2 % auf 26,0 % deutlich angestiegen. Eine Steigerung der Zugänge zeigt sich ebenfalls bei den

Abb. 29: Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 2001/02 und 2013/14



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013a; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2014c, eigene Berechnung und eigene Darstellung

Abb. 30: Zugänge von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 2009/10 und 2012/13 nach Schulart in Rheinland-Pfalz



Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 27

Integrierten Gesamtschulen (plus 6,9 %). Zeitgleich hat sich der Anteil der jungen Menschen, die eine Realschule plus besuchen, annähernd verdoppelt. Im Vergleich der Zugänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen bei jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zeigt sich, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund, die nach der Grundschule direkt in das Gymnasium wechseln, weiterhin deutlich höher ist als bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

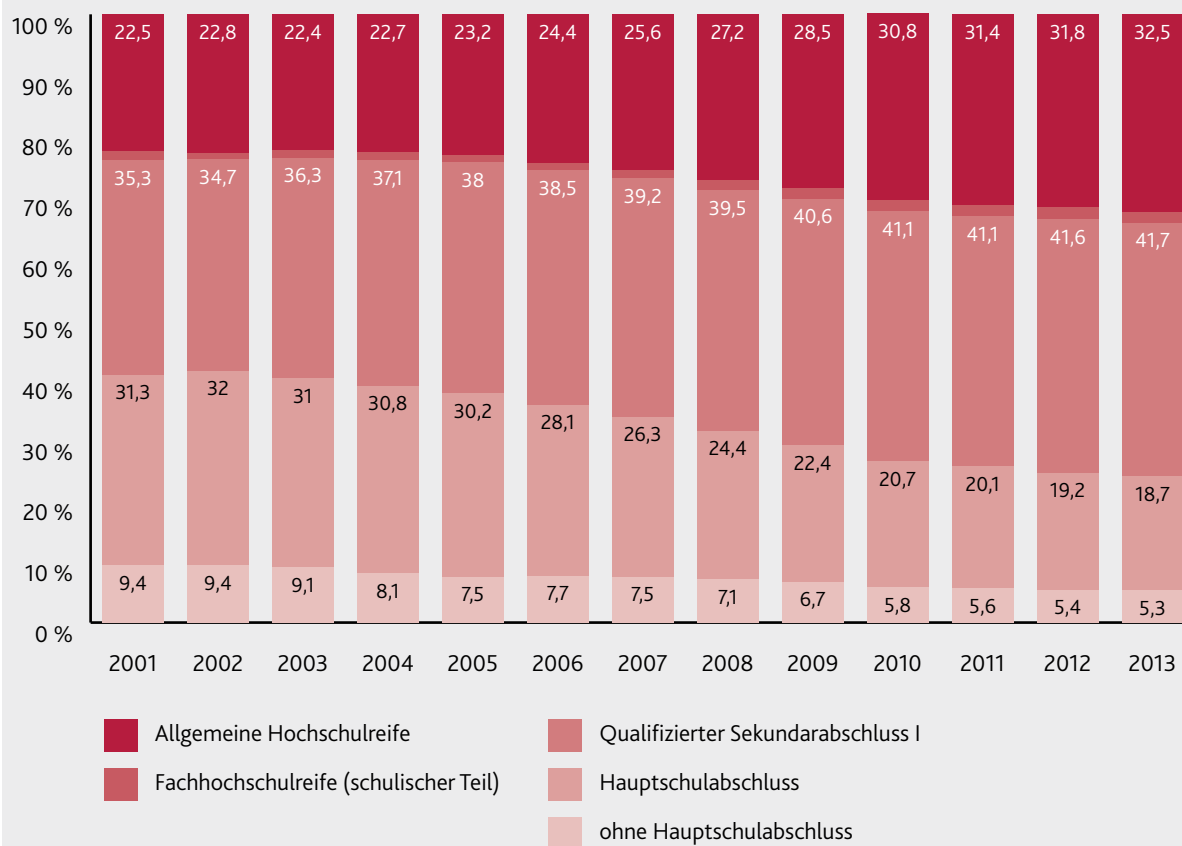
Erfreulicherweise ist der Anteil derjenigen Schülerinnen und Schüler, die die Schullaufbahn nicht mindestens mit einem Hauptschulabschluss beendet haben, in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen: Ihr Anteil an allen Schulentlassenen ist von 9,1 % im Jahr 2002 auf nunmehr 5,3 % im Jahr 2013 gesunken. „Mit 60 Prozent stammte die Mehrheit der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss aus Förderschulen bzw. entsprechenden Bildungsgängen an Regelschulen. Von den insgesamt 2.469 Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss hatten 37 Prozent ein Abschlusszeugnis mit dem Förderschwerpunkt Lernen und 15 Prozent eines mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung erlangt“

(Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013a, S. 43; Angaben für 2011).

Auch die Zahl der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Hauptschulabschluss ist aufgrund der Veränderungen im Schulsektor deutlich zurückgegangen. Auf der anderen Seite macht sich der Trend zu höheren Schulabschlüssen bemerkbar: So stieg der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit qualifiziertem Sekundarabschluss von etwa 35 % auf annähernd 42 % im Jahr 2013. Schließlich haben etwa 34 % der rund 44.300 Schulabgängerinnen und -abgänger im Jahr 2013 die Schule mit einer Hochschulreife verlassen – zehn Jahre zuvor waren dies noch rund 24 %. Auch hier gilt: Weibliche Absolventen erlangen häufiger die Hochschulreife als männliche Absolventen (38 % im Vergleich zu 29 %, vgl. Statistisches Landesamt 2013a; Angaben für 2011).

Abbildung 32 zeigt, ebenso wie bei den Übergängen von den Grundschulen, auch bei den Schulentlassenen mit Migrationshintergrund eine positive Entwicklung. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit der (Fach-)Hochschulreife abschließen, ist seit dem Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz moderat, aber kontinuierlich auf

Abb. 31: Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2001–2013 nach Abschlussart



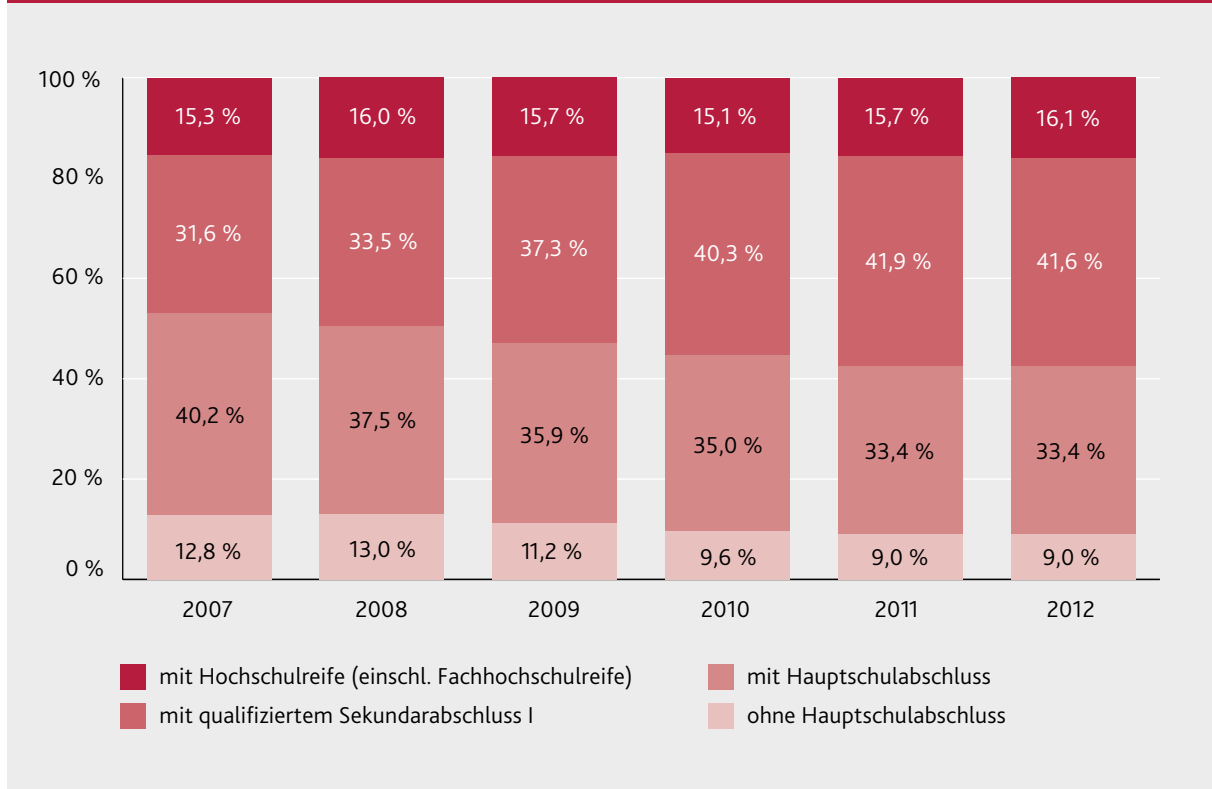
Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013a; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013b, eigene Berechnung und eigene Darstellung

16,1 % aller Schulentlassenen mit Migrationshintergrund im Jahr 2012 gestiegen. Eine weitere deutliche Steigerung um 10,0 % auf im Jahr 2012 41,6 % zeigt sich im Bereich des qualifizierten Sekundarabschlusses I, während sich der Anteil junger Menschen, die die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, seit dem Jahr 2007 kontinuierlich gesunken ist. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung lassen sich auch in Bezug auf den Schulabschluss Unterschiede zwischen den Gruppen der Schulabgängerinnen und -abgänger mit und ohne Migrationshintergrund ausmachen. Insgesamt ist der Anteil der jungen Menschen ohne Migrationshintergrund, die die Schule mit der Hochschulreife im Jahr 2012 beendet, annähernd doppelt so hoch wie bei Schülerinnen und

Schülern mit Migrationshintergrund. Ähnliche Unterschiede gelten auch für die Abschlussarten „Hauptschulabschluss“ und „ohne Hauptschulabschluss“, die bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund vergleichsweise häufiger zu finden sind. Der Anteil junger Menschen, die einen qualifizierten Sekundarabschluss I erwerben, ist im Jahr 2012 jedoch in beiden Vergleichsgruppen etwa gleich hoch.

Nach Abschluss der Sekundarstufe I steht den jungen Menschen eine Vielzahl von weiterführenden Bildungsangeboten und -wegen offen. Allerdings sind diese verschiedenen Bildungswege in Bezug auf Zugangsvoraussetzungen, Bildungsziele und Zielgruppen relativ unübersichtlich. Das Ausbil-

Abb. 32: Schulentlassene mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen 2007 bis 2012 nach Abschlussarten in Rheinland-Pfalz



Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 29

ungsverhalten von Jugendlichen im Anschluss an die Sekundarstufe I lässt sich im Vergleich der Bundesländer seit wenigen Jahren aber im Rahmen der integrierten Ausbildungsberichterstattung darstellen. Diese „systematisiert die allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsangebote, die sich nach der Sekundarstufe I anschließen, auf der Ebene der Bundesländer nach ihrem vorrangigen Bildungsziel“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, S. 9). Insgesamt werden vier Bildungssektoren unterschieden:²⁵

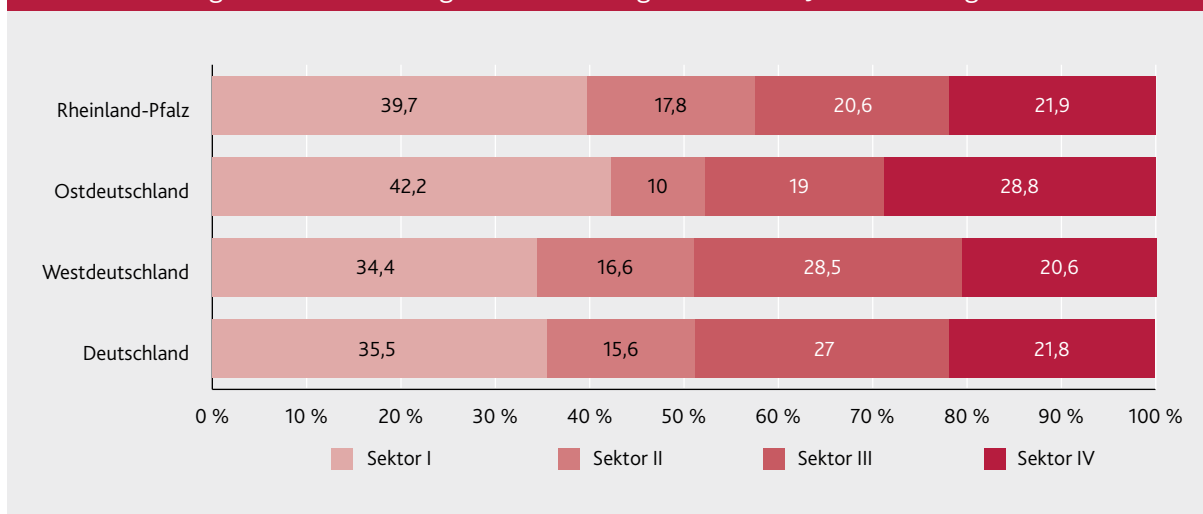
- Der Sektor I, „Berufsausbildung“, beinhaltet alle Bildungsgänge, die zu einem Berufsabschluss führen. Darunter fallen vor allem Ausbildungen

der dualen Berufsausbildung, aber auch schulische Berufsausbildungen im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen oder die Beamtenausbildung im mittleren Dienst.

- Der Sektor II, „Übergangsbereich“, umfasst Bildungsgänge, „die es unversorgten Jugendlichen ermöglichen, ggf. der (Teilzeit-)Schulpflicht nachzukommen, allgemeinbildende Schulabschlüsse nachzuholen und sich beruflich zu orientieren“ (ebd., S. 10). Dazu gehören beispielsweise allgemeinbildende Programme an Berufsfachschulen, berufsvorbereitende Programme an beruflichen Schulen, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit oder Praktika vor der Erzieherausbildung. „Hier sollen Jugendlichen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis Kompetenzen vermittelt werden, die deren Chancen

²⁵ Für weitere Details vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012.

Abb. 33: Anfängerinnen und Anfänger in den Bildungssektoren im Jahr 2010, Angaben in %²⁷



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, eigene Berechnung

auf eine Beschäftigung oder eine Berufsausbildung verbessern“ (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013a, S. 49).

- Der Sektor III, „Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung“, umfasst insbesondere die Sekundarstufen II an allgemeinbildenden Schulen, daneben aber auch weitere Bildungsgänge an Fachoberschulen, Fachgymnasien oder Berufsfachschulen, die eine Hochschulzugangsberechtigung vermitteln.
- Sektor IV, „Studium“, schließlich umfasst Bildungsgänge an Hochschulen, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen oder Berufsakademien.

Von den rund 100.000 sog. Anfängerinnen und Anfängern²⁶ im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz haben rund 40 % eine Berufsausbildung begonnen, etwa 21 % haben sich für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung entschieden, 22 % haben sich an einer Hochschule in Rheinland-

Pfalz eingeschrieben. Etwa 18 % der Anfängerinnen und Anfänger finden sich im Übergangsbereich von Sektor II. Damit weist Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 im Vergleich mit Westdeutschland leichte Unterschiede auf: Der Anteil der Anfängerinnen und Anfänger im Bereich der Berufsausbildung fällt in Rheinland-Pfalz erkennbar höher aus, demgegenüber entscheiden sich in Rheinland-Pfalz nach Abschluss der Sekundarstufe I weniger junge Menschen für den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung. Der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger fällt indessen in Rheinland-Pfalz leicht überdurchschnittlich aus.

Im Vergleich mit 2005 zeigen sich allerdings deutliche Verschiebungen zwischen den einzelnen Sektoren, die nur zum Teil auf demografische Entwicklungen zurückzuführen sind. Rheinland-Pfalz verzeichnet in diesem Zeitraum einen Zuwachs der Anfängerinnen und Anfänger in den Kernbereichen der Ausbildung um rund 7 %. Den größten Anstieg der Anfängerzahlen gab es in diesem Zeitraum bundesweit und im Durchschnitt der

²⁶ „Als Anfänger werden (...) die Bildungsteilnehmer bezeichnet, die im Berichtsjahr erstmalig in einem Bildungsgang unterrichtet wurden. Es werden auch Bildungsteilnehmer als Anfänger gezählt, die direkt in die zweite Jahrgangsstufe eintreten.“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, S. 70)

²⁷ Die Daten der Schulstatistik wurden nach dem Schulstandort erhoben, die Daten der Hochschulstatistik nach dem Hochschulstandort, die Daten der Bundesagentur für Arbeit nach dem Wohnort (Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012).

westdeutschen Länder bei den Studienanfängerinnen und -anfängern (Sektor IV) und den Anfängerinnen und Anfängern im Sektor III (Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung), während die Anfängerzahlen im Sektor II (Übergangsbereich) deutlich rückläufig waren. Der Sektor I der Berufsausbildung weist in diesem Zeitraum im Bundesdurchschnitt und in den westdeutschen Ländern die geringsten Veränderungen auf. Besonders auffällig ist aber die Steigerungsrate in Sektor IV: „Im Gegensatz zu den anderen Sektoren stiegen in

Sektor IV in allen Bundesländern die Anfängerzahlen. Zum einen gehören die Studienanfängerinnen und -anfänger vergleichsweise älteren, zahlenmäßig stärker besetzten Geburtsjahrgängen an. Zum anderen erhöhte sich die Zahl der Studienberechtigten insgesamt in den letzten Jahren überproportional stark, z.T. auch weil Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, das Saarland und Hamburg aufgrund der G8-Umstellung doppelte Abiturjahrgänge meldeten“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, S. 22).

Tabelle 4: Anfängerinnen und Anfänger in den Bildungssektoren, Veränderung 2010 gegenüber 2005, Angaben in %

Bundesland	Insgesamt	Sektor I „Berufsausbildung“	Sektor II „Übergangsbereich“	Sektor III „Erwerb einer HZB“	Sektor IV „Studium“
Baden-Württemberg	5,5	-3,5	-12,6	32,1	19,8
Bayern	4,6	-0,6	-36	22,5	28,2
Berlin	3,8	6,4	-34,6	-13,4	39,3
Brandenburg	-27,8	-32,2	-50,1	-37,5	25,8
Bremen	11,9	12,9	-17,7	25,4	23,2
Hamburg	13,3	22,8	-32,7	14	33,5
Hessen	10,2	0,4	-28,8	47,1	22,5
Mecklenburg- Vorpommern	-31,4	-38,7	-51,9	-34,2	14
Niedersachsen	3	8,1	-25,5	24,7	18,4
Nordrhein-Westfalen	19,4	11,1	-12,2	50,9	20,7
Rheinland-Pfalz	6,7	16,8	-27,6	15,6	26,4
Saarland	8,3	12,1	-17,1	4,2	41
Sachsen	-30,1	-29,1	-62,2	-39,2	1,9
Sachsen-Anhalt	-27,1	-27,4	-46,3	-42,9	15,1
Schleswig-Holstein	19	14,4	20,8	25,4	19,8
Thüringen	-26,9	-30	-47,2	-40,7	19,8
Westdeutschland	10,3	5,8	-18,9	35,4	23
Ostdeutschland	-22,1	-24,6	-49,4	-33,4	19,6
Deutschland	3,8	-1,3	-23,3	22,1	22,3

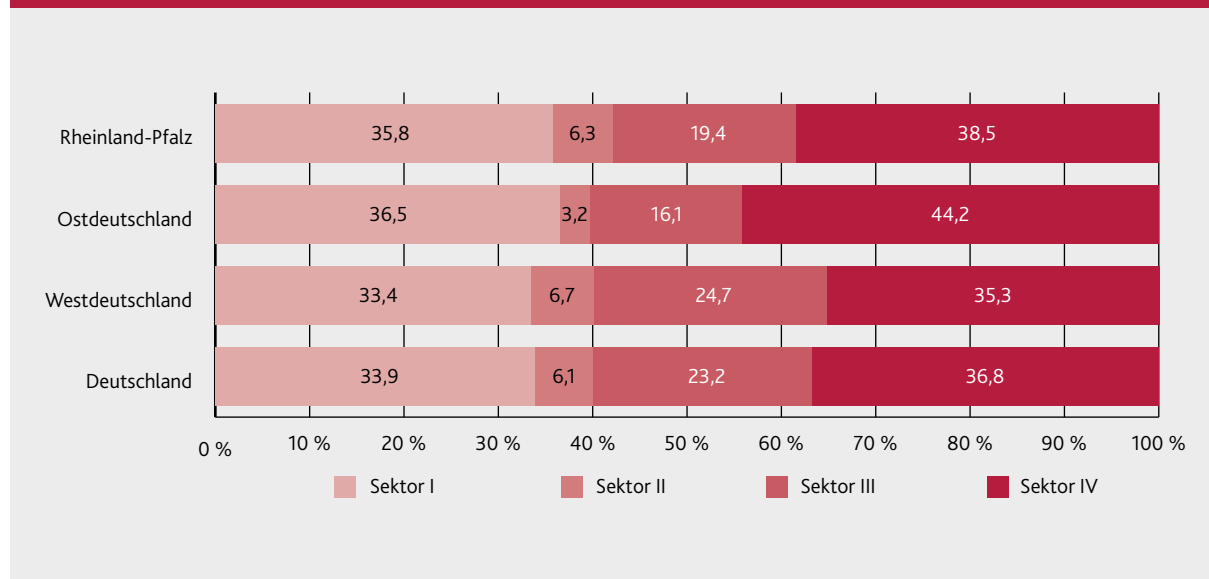
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, S. 23, eigene Darstellung; Prozentuierungsbasis ist die Zahl aller Anfängerinnen und Anfänger in den Sektoren im Jahr 2005

Im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern weist die Entwicklung in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 2005 bis 2010 Veränderungen auf: Auch in Rheinland-Pfalz erlebt der Sektor IV der Studienanfängerinnen und -anfänger mit etwa 26 % den größten Zuwachs.

Den zweitgrößten Zuwachs hat Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu den anderen westdeutschen Ländern im Bereich der Berufsausbildung (Sektor I): Dieser Bereich ist um 16,8 % gewachsen. Entsprechend niedriger fällt der Zuwachs im Bereich von Sektor III (Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung) aus. Auch der Rückgang im Übergangsbereich (Sektor II) fällt im Vergleich deutlich überdurchschnittlich aus.

Diese Entwicklungen zeigen sich auch in der Gesamtstruktur in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010: Rund 39 % aller Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befanden sich im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz im Studium, das sind etwas mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Länder. Auch die Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Sektor „Berufsausbildung“ fallen mit weiteren 36 % leicht überdurchschnittlich aus, während die Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Sektor III (Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung) im Vergleich einen unterdurchschnittlichen Anteil aufweisen. Vergleichbar der Situation in den westdeutschen Ländern, befinden sich etwa 6 % der Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Übergangsbereich in Sektor II.

Abb. 34: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den Sektoren in Deutschland, West- und Ostdeutschland und Rheinland-Pfalz 2010 nach Sektoren, Angaben in %

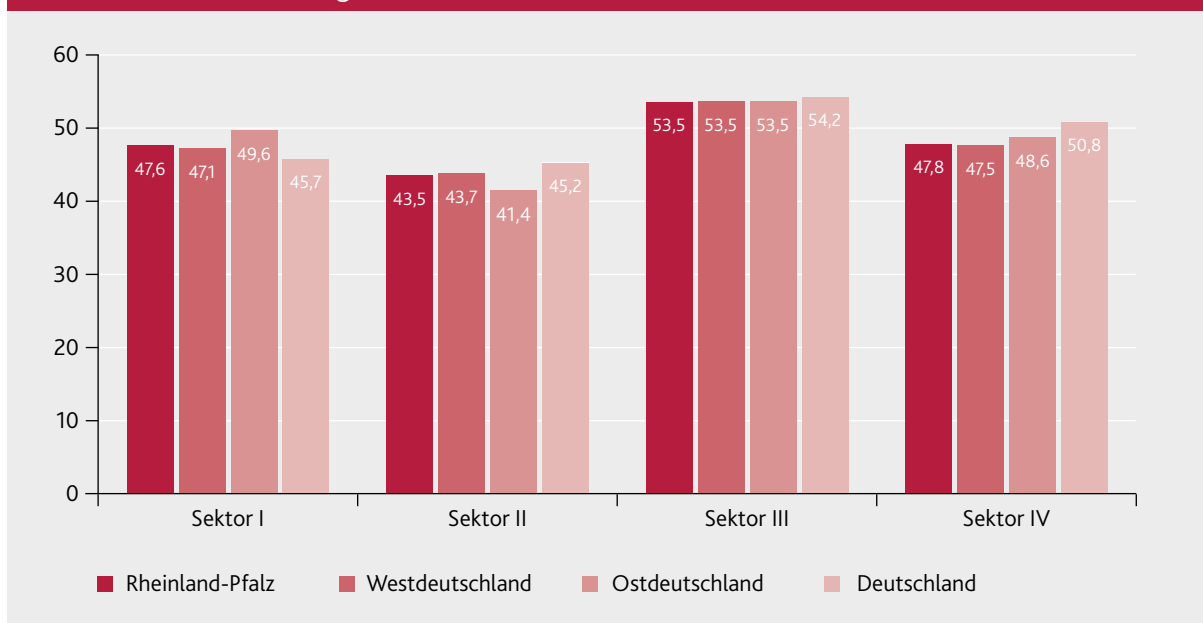


Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, eigene Berechnung

Auffällig ist darüber hinaus der überdurchschnittliche Anteil weiblicher Bildungsteilnehmer im Sektor IV „Studium“ im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern. Auch im Sektor III, dem Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung, findet sich in Rheinland-Pfalz analog der Situation im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer ein überdurchschnittlicher Anteil von Frauen.

Auf der anderen Seite entscheiden sich sowohl im Durchschnitt der westdeutschen Länder als auch in Rheinland-Pfalz mehr junge Männer als junge Frauen für eine Berufsausbildung (Sektor I). Auch im sog. Übergangsbereich von Sektor II finden sich aufgrund der z.T. schlechteren schulischen Vorbildung mehr junge Männer als Frauen.

Abb. 35: Weibliche Bildungsteilnehmer in den Sektoren 2010 in %



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012, eigene Zusammenstellung

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass der Sektor der Berufsausbildung im Zeitraum zwischen 2005 und 2010 im Gegensatz zu den westdeutschen Ländern einen deutlichen Zuwachs aufweist. Nachfolgende Indikatoren sollen daher einen weiteren Blick auf diesen Sektor der nachschulischen Bildung werfen (vgl. Abb. 36). Die Ausbildungsbetriebsquote zeigt den Anteil derjenigen Betriebe an allen Betrieben, die ausbilden. Die Ausbildungsquote bedeutet demgegenüber den Anteil aller Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Bundesweit lag die Ausbildungsbetriebsquote im Jahr 2011 bei rund 22 % (vgl. Abb. 36) – mehr als ein Fünftel aller Betriebe hat sich also in diesem Jahr an der Berufsausbildung beteiligt. Im Vergleich der Bundesländer weisen dabei die alten Bundesländer – mit Ausnahme von Hessen und Hamburg – überdurchschnittliche Ausbildungsbetriebsquoten auf. Rheinland-Pfalz hat nach dem Saarland und Niedersachsen bundesweit sogar die dritthöchste Ausbildungsbetriebsquote.

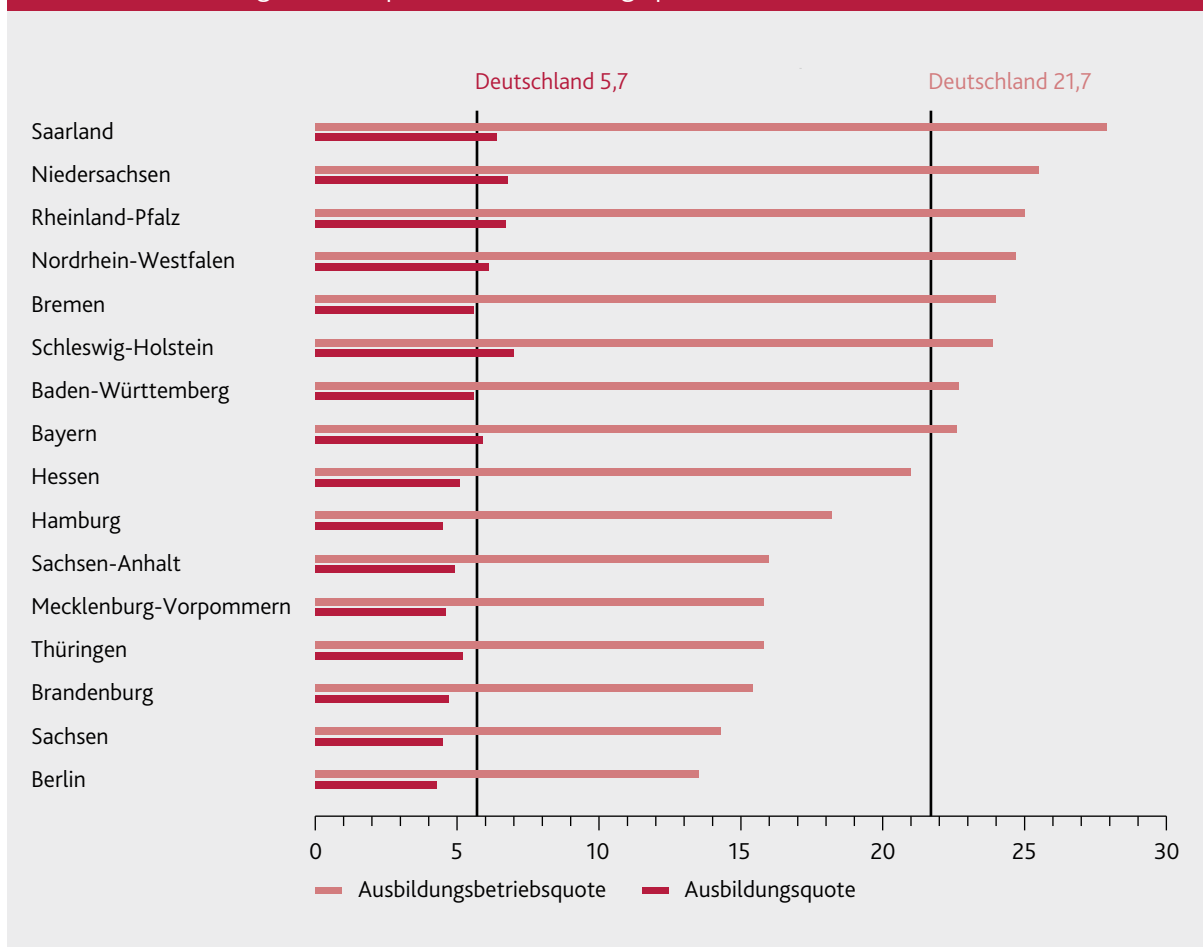
Auch in Bezug auf die Ausbildungsquote liegt Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 mit einem Anteil

von etwa 7 % über dem bundesdeutschen Durchschnitt (5,7 %). Einzig Schleswig-Holstein und Niedersachsen weisen höhere Ausbildungsquoten auf.

Etwa jeder vierte Ausbildungsvertrag wurde im Jahr 2011 aber auch wieder vorzeitig gelöst (vgl. Abb. 37).²⁸ „Etwa ein Viertel der Jugendlichen hat also eine Berufsausbildung vorzeitig beendet, um danach entweder einen neuen Ausbildungsvertrag zu schließen, eine schulische Ausbildung oder ein Studium zu beginnen, einer ungelernten Tätigkeit nachzugehen oder nicht erwerbstätig zu sein“ (Statistisches Bundesamt 2013b, S. 28). Die Lösungsquote sinkt dabei mit höherem Schulabschluss: Begründet wird dies damit, dass die Kom-

²⁸ Die Lösungsquote gibt an, „wie viele der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge – bezogen auf die gesamte Ausbildungszeit – vorzeitig gelöst wurden. (...) Dabei werden die Lösungen in 2011 nach Vertragsbeginn differenziert und auf die Anzahl der im jeweiligen Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bezogen. Die Lösungsquote setzt sich demnach aus vier Teilquoten für das Berichtsjahr und drei Vorjahre zusammen“ (Statistisches Bundesamt 2013b, S. 28). Die Lösungsquote ist nicht automatisch mit einer Abbrecherquote gleichzusetzen, da die Gründe für eine vorzeitige Lösung auch die Insolvenz des Ausbildungsbetriebs oder der Wechsel des Ausbildungsberufs sein können.

Abb. 36: Ausbildungsbetriebsquote und Ausbildungsquote 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013b, S. 9

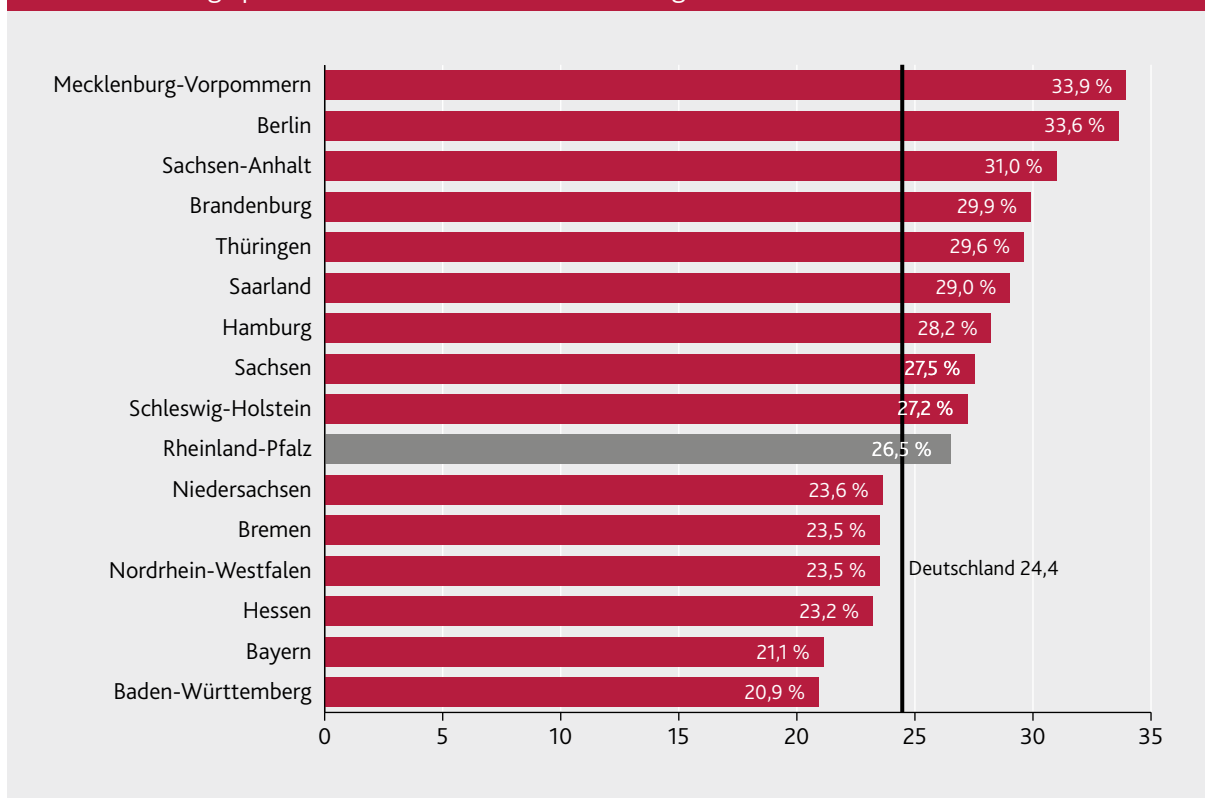
petenzen der Auszubildenden mit niedrigerem Schulabschluss häufiger nicht den Anforderungen entsprechen oder sie Berufe ergreifen müssen, die ihnen weniger liegen (vgl. ebd. S. 29).

Mit einer Lösungsquote von 26,5 % liegt Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 nur knapp über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Insgesamt sind die regionalen Unterschiede nach Ansicht des Statistischen Bundesamts „auf die Wirtschafts- und Berufsstrukturen und die wirtschaftliche Lage, verbunden mit einem gegebenenfalls geringeren Ausbildungsplatzangebot, in den jeweiligen Regionen zurückzuführen“ (ebd., S. 29).

Ein möglicher Grund für die Arbeitslosigkeit junger Erwachsener im Alter von 15 bis unter 25 Jah-

ren kann somit auch ein aufgelöstes Ausbildungs-verhältnis sein. Von Bedeutung sind dabei die in Abbildung 38 dargestellten interkommunalen Unterschiede. Im landesweiten Durchschnitt waren nur rund 28 von 1.000 jungen Menschen in dieser Altersgruppe im Jahr 2013 arbeitslos, dies allerdings mit zum Teil erheblichen Unterschieden zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Die Kommunen mit einer hohen Quote von jungen Arbeitslosen sind darüber hinaus mehr oder weniger großen soziostrukturellen Belastungen ausgesetzt (etwa die Städte Pirmasens, Worms, Ludwigshafen oder Kaiserslautern). Insgesamt weisen die kreisfreien Städte im Land Rheinland-Pfalz deutlich höhere Anteile an jungen Arbeitslosen auf. Ausnahmen bilden insbesondere die Städte Landau, Mainz und Trier.

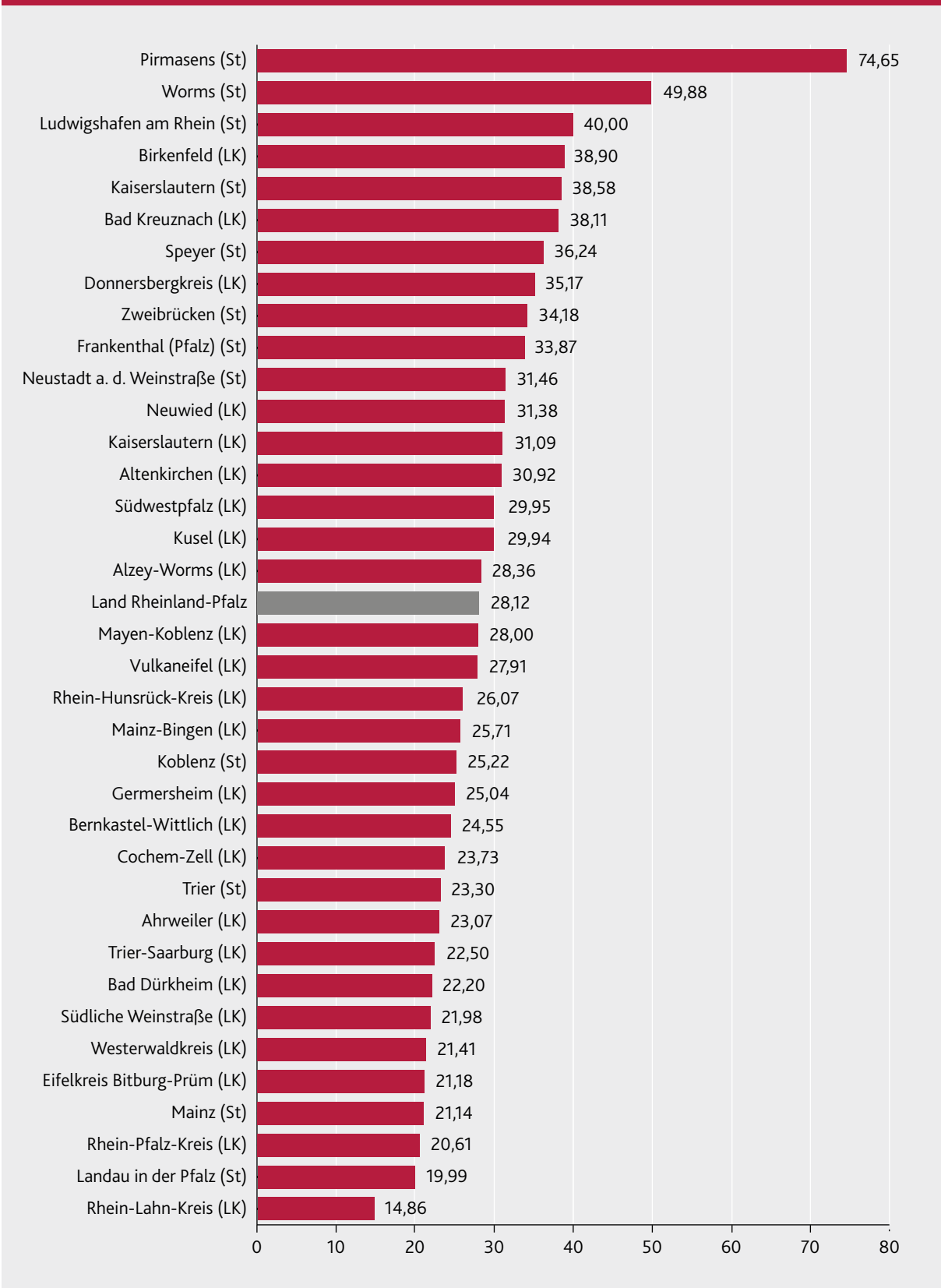
Abb. 37: Lösungsquote²⁹ nach Bundesländern 2011, Angaben in %



Quelle: Statistisches Bundesamt 2013b, S. 29

29 Die Lösungsquote gibt an, „wie viele der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge – bezogen auf die gesamte Ausbildungszeit – vorzeitig gelöst wurden. (...) Dabei werden die Lösungen in 2011 nach Vertragsbeginn differenziert und auf die Anzahl der im jeweiligen Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bezogen. Die Lösungsquote setzt sich demnach aus vier Teilquoten für das Berichtsjahr und drei Vorjahre zusammen“ (Statistisches Bundesamt 2013b, S. 28). Die Lösungsquote ist nicht automatisch mit einer Abbrecherquote gleichzusetzen, da die Gründe für eine vorzeitige Lösung auch die Insolvenz des Ausbildungsbetriebs oder der Wechsel des Ausbildungsberufs sein können.

Abb. 38: Junge Arbeitslose je 1.000 Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren im Jahr 2013



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014, eigene Berechnung

2.5 Risikoverhalten junger Menschen

Abschließend wird ein Blick auf Formen jugendlichen Risikoverhaltens geworfen. Die zu diesem Zweck analysierten Daten ermöglichen eine Annäherung, die folgende Übersicht kann jedoch nicht vollständig sein und richtet sich überwiegend nach der Verfügbarkeit der Daten. Aus dem Bereich der Risiken werden dargestellt:

- Sucht und Konsumverhalten
- Straßenverkehrsunfälle
- Vorsätzliche Selbstschädigung/Suizide
- Jugendkriminalität

Sucht und Konsumverhalten

Befunde zum Umgang junger Menschen mit Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak und illegalen Drogen beschränken sich für Rheinland-Pfalz auf die **alkoholbedingten stationären Behandlungsfälle**. So wurden nach Angaben des Statistischen Landesamtes im Jahr 2012 1.746 Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 19 Jahren wegen akutem Alkoholmissbrauch stationär behandelt. Der Anteil der männlichen Jugendlichen liegt mit 1.117 Behandelten deutlich höher als der der weiblichen Jugendlichen (629). Knapp 48 % der jungen Patientinnen und Patienten waren zwischen 15 und 18 Jahre alt.³⁰

Hearing „Jugend zwischen Herausforderung und Gefährdung“:

Nina Roth vom Büro für Suchtprävention der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. warnt davor, wachsende Zahlen der stationären Behandlungsfälle (vgl.

30 Vgl. http://www.statistik.rlp.de/no_cache/staat-und-gesellschaft/gesundheits/pressemitteilungen/einzelansicht/archive/2013/december/article/geburt-haeufigster-grund-fuer-krankenhausaufenthalt/?Fsize=4&cHash=7e186492c58ae13ee78607ab280cc744.

dazu insbesondere den Kommunenvergleich des Statistischen Landesamtes) ausschließlich vor dem Hintergrund eines (zunehmenden) verantwortungslosen Umgangs der Jugendlichen mit Alkohol zu bewerten. Ein wichtiger Ansatz in der Suchtprävention sei gerade auch die Förderung eines achtsamen Umgangs mit Gefährdungssituationen, wozu auch die (frühzeitige) Anforderung und Wahrnehmung ärztlicher Versorgung zähle.

Die Zahlen zu alkoholbedingten stationären Behandlungsfällen bilden lediglich die Spitze des Eisbergs ab und sagen wenig über den alltäglichen Umgang der Mehrheit der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz mit Suchtmitteln aus. Da eine entsprechende Datenlage auf Länderebene für Rheinland-Pfalz nicht zur Verfügung steht, beziehen sich nachfolgende Befunde vor allem auf bundesweite Untersuchungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Diese werden vereinzelt durch Bezüge zu den Selbstauskünften der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz ergänzt.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren, die mindestens einmal im Leben **Alkohol** probiert haben, liegt 2012 bei 70 %, nur 30 % der jungen Menschen haben schon einmal geraucht (2011; 2001: 40,5 %).

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Auch 71,1 % der befragten jungen Menschen in Rheinland-Pfalz (n = 2.125) gaben an, Nikotin nie als Suchtmittel ausprobiert zu haben.

Alkohol spielt für diese Altersgruppe offensichtlich eine größere Rolle als das Rauchen, dennoch haben immerhin 59 % der Zwölf- bis 17-Jährigen in den letzten 30 Tagen vor der Befragung gar keinen Alkohol konsumiert. 13,6 % der Befragten in

dieser Altersgruppe trinken regelmäßig (d. h. mindestens einmal in der Woche), 5,1 % konsumieren Alkoholmengen, die bereits für Erwachsene gesundheitlich riskant sind. Die Verbreitung des gesundheitlich bedenklichen Alkoholkonsums steigt vom frühen bis ins späte Jugendalter stark an, wobei der regelmäßige Konsum und das Rauschtrinken bei den 16- und 17-Jährigen bereits ähnlich ausgeprägt sind wie bei jungen Erwachsenen (vgl. BZgA 2014, S. 64). Der Anteil trinkender Jugendlicher in der Altersgruppe der Zwölf- bis 15-Jährigen hat sich seit 2001 bzw. 2004 kontinuierlich reduziert. Auch der Anteil rauchender Jugendlicher in der Altersgruppe der Zwölf- bis 17-Jährigen hat sich seit 2001 mehr als halbiert (vgl. BZgA 2012, S. 39), 2011 liegt er bei 11,7 %. Während sich beim **Tabakkonsum** in beiden Altersgruppen keine signifikanten Geschlechterunterschiede zeigen, bilden sich diese im regelmäßigen Konsum von Alkohol, in den konsumierten Alkoholmengen und im Rauschtrinken in der Altersgruppe der 16- und 17-Jährigen deutlich heraus: „Männliche 16- und 17-Jährige trinken häufiger, mehr und praktizieren eher Rauschtrinken als weibliche 16- und 17-Jährige. Diese Unterschiede setzen sich ins Erwachsenenalter fort“ (BZgA 2014, S. 65). Der insgesamt positive Trend beim Rauchen und beim Alkoholkonsum in der Altersgruppe der Zwölf- bis 17-Jährigen ist in der Gruppe der 18- bis 25-jährigen jungen Erwachsenen weniger deutlich. Die Zahl der Raucherinnen und Raucher sank hier weniger kontinuierlich, stagnierte vielmehr im Zeitraum 2001 bis 2008 (bei etwa 44 %) und sank bis 2011 auf 36,8 % (vgl. BZgA 2012, S. 41).

Die Lebensprävalenzzeit³¹ des **Konsums illegaler Drogen** fällt mit 7,2 % in der Altersgruppe der Zwölf- bis 17-Jährigen deutlich geringer aus. Bei jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren beträgt die Lebensprävalenz 39,8 %, bei über der Hälfte dieser jungen Menschen liegt der letzte Drogengebrauch aber länger als ein Jahr zurück.

31 Lebensprävalenz: Anteil derjenigen, die die Substanz in ihrem Leben schon mindestens einmal konsumiert haben.

Regelmäßig konsumieren in dieser Altersgruppe 3,7 %. In beiden Altersgruppen ergeben sich bei den Männern signifikant höhere Werte als bei den weiblichen Befragten (Ausnahme ist hier die Regelmäßigkeit des Konsums, vgl. ebd., S. 47).

Erfahrungen mit dem Konsum von Cannabis sind bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland nicht ungewöhnlich: „Jeder vierzehnte Jugendliche im Alter von zwölf bis 17 Jahren und knapp 40 Prozent der jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren haben Cannabis zumindest schon einmal probiert. Bei vielen jungen Menschen mit Konsumerfahrung bleibt es aber beim einmaligen, gelegentlichen oder nur episodischen Gebrauch“ (vgl. ebd., S. 60). Auch zeigt sich, dass ein erster Kontakt mit der Droge vielfach erst nach Erreichen des 18. Lebensjahrs erfolgt.

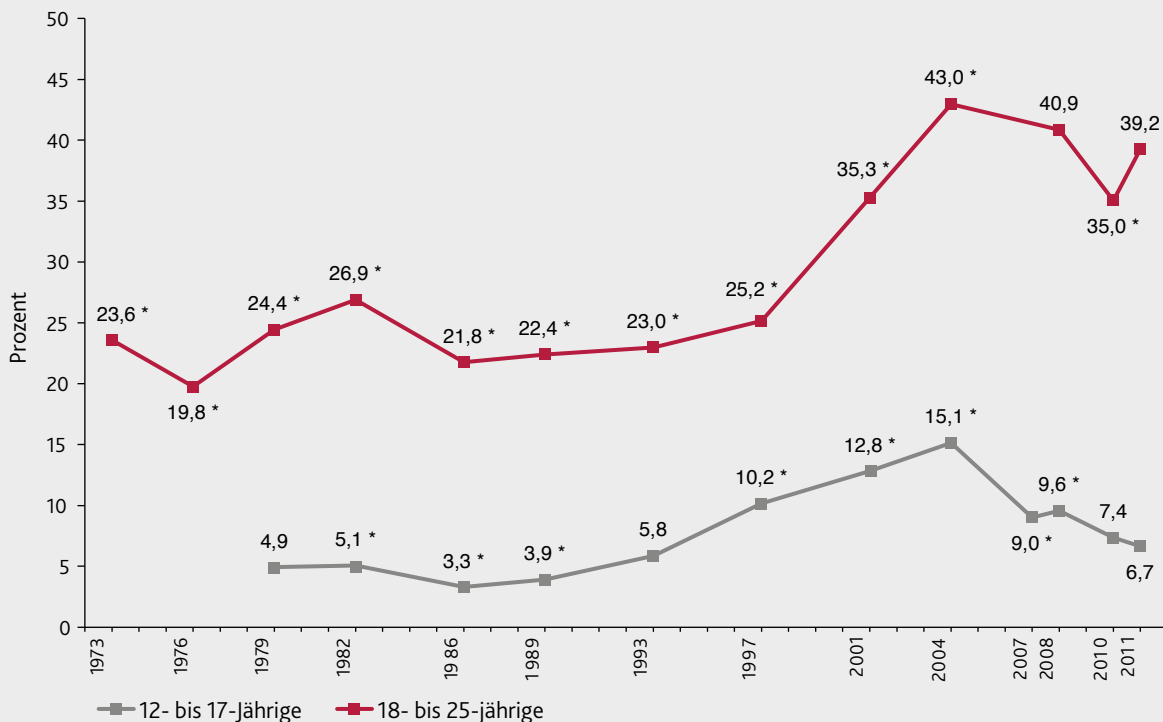
Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

89 % der befragten Jugendlichen (n = 2.132) gaben an, noch nie Cannabis probiert zu haben. 11 % der jungen Menschen haben gemäß eigenen Angaben bereits Cannabis konsumiert, davon 2,3 % mehrmals die Woche oder täglich.

Bundesweite Untersuchungen belegen, dass besonders in der Zielgruppe der 16- bis 17-jährigen (männlichen) Jugendlichen und der jungen (männlichen) Erwachsenen im Alter von 18 bis 25 Jahren weiterhin besondere Bedarfe im Bereich der Suchtprävention liegen. Datenbasierte Erkenntnisse über den Umgang der jungen Menschen mit Suchtmitteln auf möglichst kleinräumiger Ebene sind für die Umsetzung bedarfsgerechter Präventionsmaßnahmen vor Ort hilfreich. Zielführend für Rheinland-Pfalz wäre daher eine kontinuierliche Repräsentativuntersuchung auf Länderebene, wie sie im Jahr 2011 erstmals im Bereich der **Glücksspielsucht** umgesetzt wurde.

Die Studie „Problematisches Glücksspielverhalten bei Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz“ untersuchte die Prävalenz von problematischem

Abb. 39: Trends des Cannabiskonsums bei den 18- bis 25-jährigen Erwachsenen insgesamt 1993 – 2011



Trends der Lebenszeitprävalenz des Cannabiskonsums für 12- bis 17-jährige Jugendliche und 18- bis 25-jährige junge Erwachsene insgesamt von 1973 bis 2011

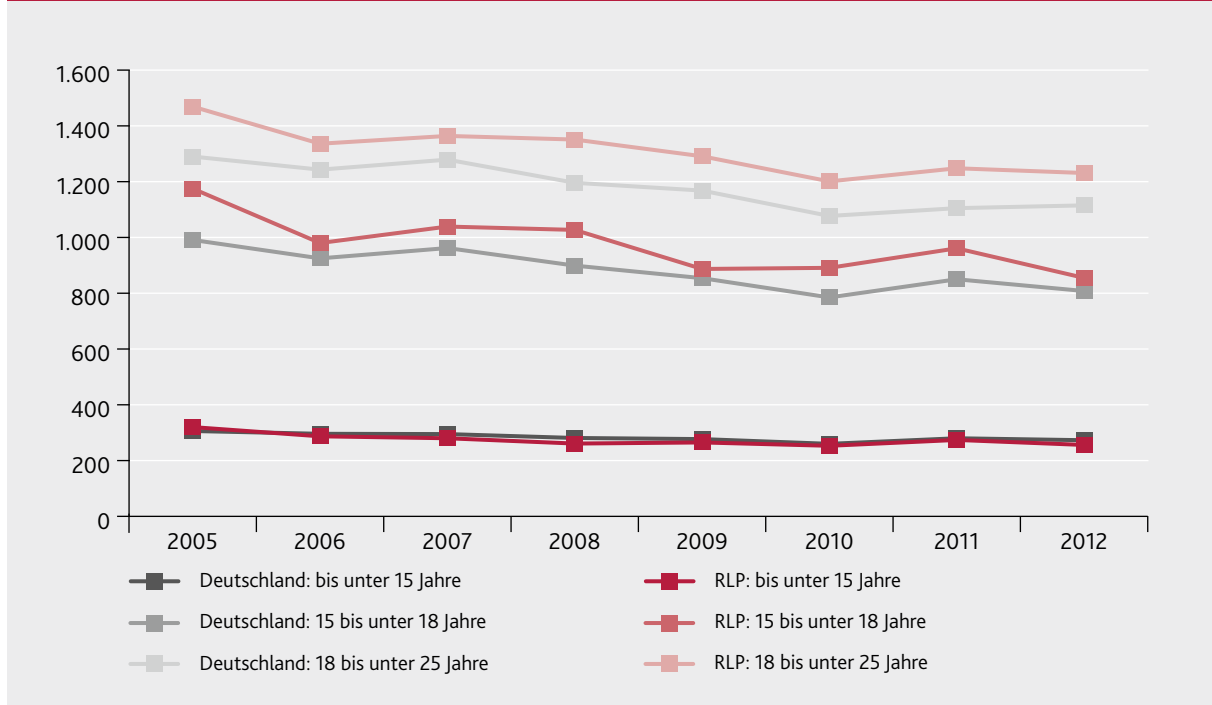
* Statistisch signifikanter Unterschied zum Jahr 2011 mit $p < 0,05$ (Binär logistische Regressionen mit den Kovariaten Alter und Geschlecht). Ab 1993 einschließlich neue Bundesländer.

Quelle: BZgA 2012, S. 55

Glücksspiel im Kindes- und Jugendalter sowie verschiedene Einflussfaktoren auf das Glücksspielverhalten (vgl. Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Ambulanz für Spielsucht o. J., S. 5). Demnach hat ein Großteil der rheinland-pfälzischen Jugendlichen im Alter von zwölf bis 18 Jahren (64,3 %) mindestens einmal im Leben Glücksspielangebote genutzt. 41,2 % der Befragten haben in den vergangenen zwölf Monaten Glücksspielangebote genutzt. Die Nutzungsprävalenzen zeigen dabei eine besondere Beliebtheit von Kartenspielen (23,7 %), Rubbellosen (15,8 %) und Spielen an Geldspielautomaten (14,2 %; vgl. ebd., S. 7). Täglich bzw. mehrmals in der Woche wurden wiederum Browsergames

um Geld (11 %), Kartenspiele (7 %) oder Geldspielautomaten (6 %) genutzt. Die Hoffnung auf Geldgewinne spielt in der Nutzung der Glücksspielangebote die größte Rolle (46,8 %; Mehrfachnennungen möglich), gefolgt von Neugier (42,0 %) und der Tatsache, dass Freunde Glücksspiele nutzen (36,8 %). Immerhin 33,7 % der Befragten benennen Langeweile als Motiv. Bei den bevorzugten Orten der Spielteilnahme fällt v. a. eine hohe Nutzungsfrequenz von Gaststätten durch einen großen Anteil der jungen Menschen auf (ca. 30 %; vgl. ebd., S. 10). 2,2 % der befragten Kinder und Jugendlichen wurden als problematische Spieler klassifiziert, 3,7 % als gefährdete Glücksspieler.

Abb. 40: Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen nach Altersgruppen 2005 – 2012, Getötete und Verletzte zusammen, je 100.000 Einwohner



Quelle: Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung

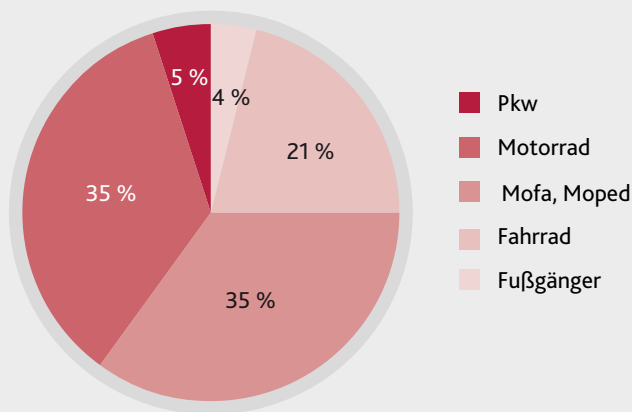
Straßenverkehrsunfälle

Im Jahr 2013 sind auf rheinland-pfälzischen Straßen 6.038 junge Menschen unter 25 Jahren verunglückt, das sind rund 500 Verunglückte weniger als 2012. Auch die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert (2013: 27; 2012: 49; vgl. Statistisches Landesamt 2014e, S. 38, und Statistisches Landesamt 2013d, S. 38). Abbildung 40 zeigt, dass die Anzahl verletzter und getöteter junger Menschen im Straßenverkehr seit Jahren tendenziell rückläufig ist, dabei aber sowohl bundesweit als auch in Rheinland-Pfalz jährlichen Schwankungen unterliegt. 2012 waren in Rheinland-Pfalz 62,7 % der verunglückten jungen Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. Das Unfallrisiko für diese Altersgruppe – ausgedrückt als Verunglückte je 100.000 Einwohner dieser Altersgruppe – liegt im Jahresvergleich konstant über dem Bundesdurchschnitt. Diese Tendenz zeigt sich etwas schwächer auch für die Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen.

Für junge Menschen steigt das Unfallrisiko mit zunehmendem Alter und wachsender Mobilität. Der Schulweg sowie Entfernungen zu Freunden und Orten der Freizeitgestaltung werden zunehmend eigenständig zurückgelegt. Vor allem die beginnende Motorisierung der 15- bis unter 18-Jährigen trägt dazu bei, dass das Unfallrisiko gegenüber der Altersgruppe der unter 15-Jährigen um ein Mehrfaches ansteigt. Abbildung 41 zeigt die Verteilung der Hauptverursacher bei Unfällen mit Personenschaden nach „typischen“ Verkehrsmitteln bzw. Formen der Verkehrsbeteiligung von 15- bis unter 18-Jährigen in Rheinland-Pfalz. Nach dieser Aufstellung waren 70 % der Hauptverursacher im Jahr 2013 Fahrzeugführer von Motorrädern und Mofas bzw. Mopeds.

In der Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen ändert sich diese Verteilung: 88 % der Hauptverursacher waren Fahrzeugführer von Pkws, das Motorrad als Unfallverursacher ging auf einen Anteil

Abb. 41: Beteiligte an Straßenverkehrsunfällen 2013 in Rheinland-Pfalz, Hauptverursacher bei Unfällen mit Personenschaden in der Altersgruppe der 15- bis unter 18-Jährigen

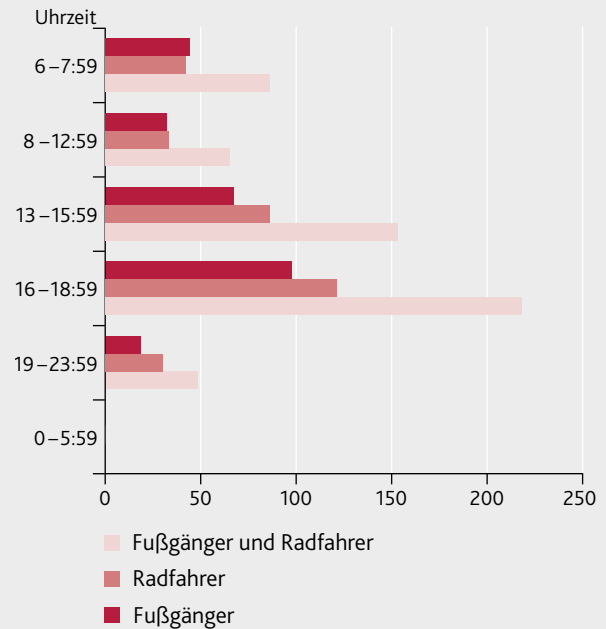


Quelle: Statistisches Landesamt 2014e, eigene Zusammenstellung und Darstellung

von 5 % zurück. 13 junge Menschen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren starben 2013 als Fahrzeugführer eines Pkws, das macht fast die Hälfte aller tödlichen Verkehrsunfälle der unter 25-jährigen jungen Menschen in Rheinland-Pfalz aus (bei einem Bevölkerungsanteil dieser Altersgruppe von 33,7 %). Durch Einführung des *Begleiteten Fahrens* ab 17 (BF 17) sollten ab 2005 zunächst in einem Modellversuch Gefährdungen für Fahnranfängerinnen und Fahnranfänger reduziert werden. Eine Evaluation der Bundesanstalt für Straßenwesen bestätigte den Erfolg des Modells, sodass das Begleitete Fahren ab 17 zum 01. Januar 2011 gesetzlich eingeführt wurde. Nach Auskünften des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz nahmen 2014 über 50 % der Führerscheinneulinge dieses Angebot wahr.

Kinder im Alter von sechs bis unter 15 Jahren bewegen sich vor allem als Fußgänger und Radfahrer im Straßenverkehr. Eine nach Tageszeit differenzierte Darstellung der Unfälle für das Jahr 2013 zeigt, dass Kinder in Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur Schule und auf dem Heimweg sowie im Freizeitbereich besonders gefährdet sind (vgl. Abb. 42).

Abb. 42: Verunglückte Kinder im Alter von sechs bis unter 15 Jahren in Rheinland-Pfalz 2013, nach Tageszeit



Quelle: Statistisches Landesamt 2014e, eigene Zusammenstellung und Darstellung

Vorsätzliche Selbstschädigung/Suizide

Nach den tödlichen Verkehrsunfällen sind Suizide die zweithäufigste Todesursache beispielsweise in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen. Zudem sind Jungen deutlich häufiger betroffen als Mädchen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013d). Die Zahl der Suizide steigt insbesondere mit der beginnenden Pubertät stark an. Über die Zahl der Suizidversuche hingegen gibt es keine genauen Informationen, es wird davon ausgegangen, dass sich Mädchen dreimal so häufig wie Jungen das Leben nehmen wollen, während die Suizidversuche bei Jungen dreimal häufiger zum Tode führen (vgl. Bojack 2010). In weitergehenden Analysen der Suizide durch das Statistische Bundesamt zeigt sich für die Altersgruppe von 15 bis unter 25 Jahren, dass der überwiegende Teil der Suizide durch Erhängen oder Strangulieren erfolgt, durch das Sich-Legen bzw. Sich-Werfen vor ein sich be-

wegendes Objekt oder den Sturz in die Tiefe (Angaben für 2012 für Deutschland; vgl. Statistisches Bundesamt 2014e). „Männliche Jugendliche wählen ‚härtere‘ Mittel, wie z. B. erhängen, erschießen oder sich vor den Zug werfen. Sie wollen den Suizid ‚durchziehen‘, reine Versuche sind seltener. Suizidversuche von Mädchen und Frauen hingegen weisen oft einen deutlicheren Appellcharakter auf und sollen nicht zwangsläufig zum Tod führen“ (Bojack 2010, S. 5).

Die Ursachen für Suizide lassen sich nach Einschätzung von Bojack (2010) u. a. auf die folgenden Ursachen zurückführen:

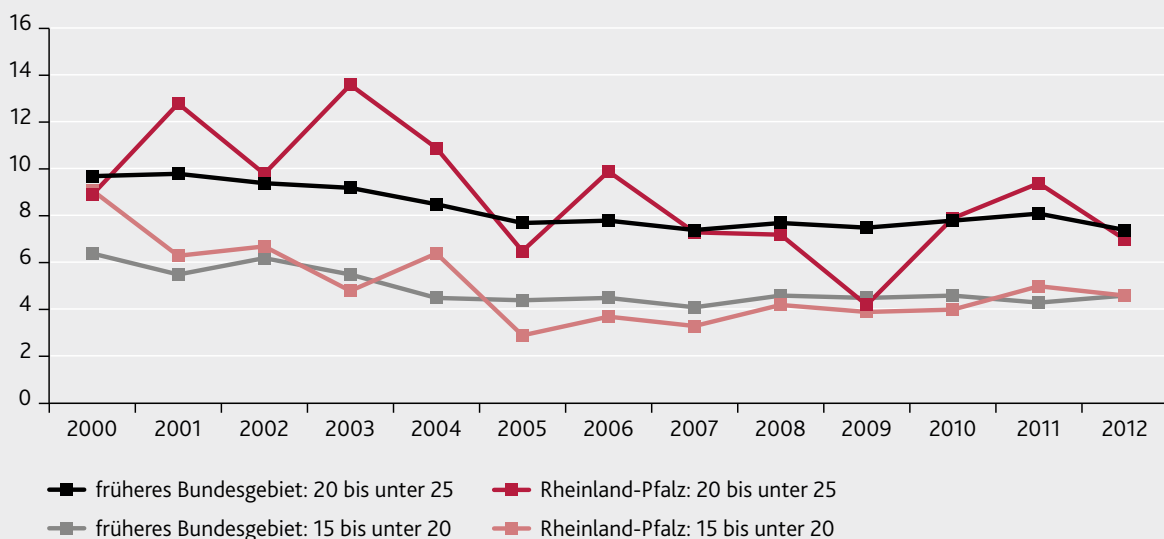
- Gestörte Familienverhältnisse, Trennung oder Scheidung der Eltern
- Mangel an Zuwendung und Geborgenheit
- Gewalt, Missbrauch, Misshandlung, Vernachlässigung
- Schulische Probleme, Ausbildungsprobleme oder Arbeitslosigkeit

- Freundschaftskonflikte, Einsamkeit oder Außenseitertum
- Bruch einer Liebesbeziehung

Bundesweit verzeichnete im Jahr 2012 das Statistische Bundesamt bei den unter 20-Jährigen 204 Suizide, davon alleine 188 im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost). Der überwiegende Teil dieser Suizide wurde von jungen Männern verübt (150 im gesamten Bundesgebiet, 139 im früheren Bundesgebiet). 13 dieser Suizide entfallen auf Rheinland-Pfalz (davon sieben auf männliche Jugendliche; vgl. Statistisches Bundesamt 2014e).

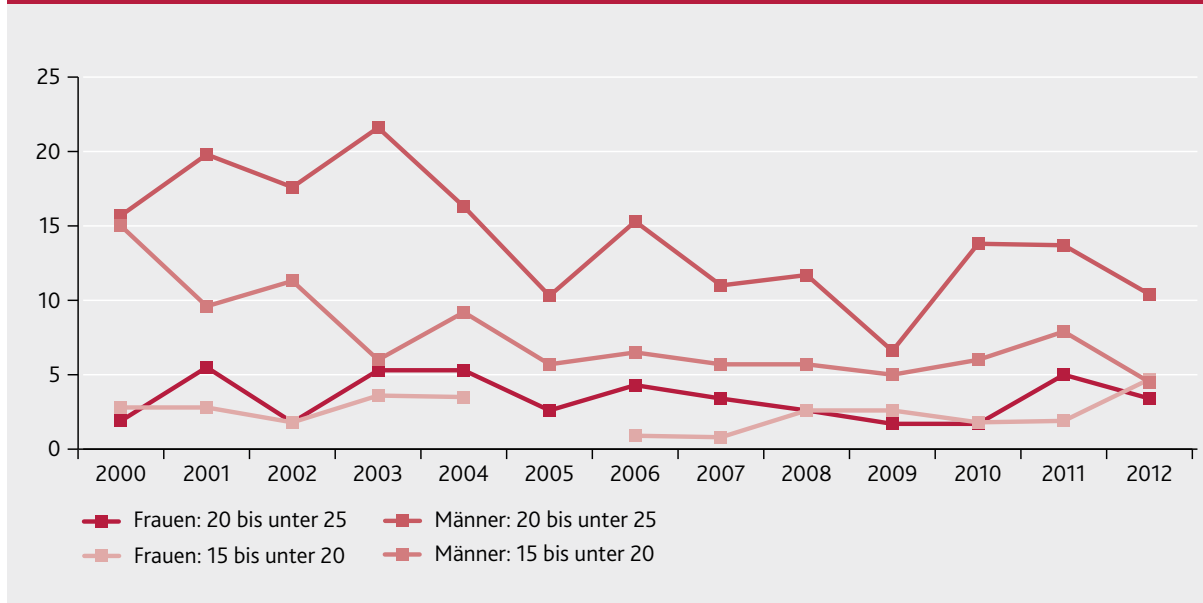
Die Zunahme der Suizide mit dem Alter zeigt sich in Abbildung 43 im Vergleich des früheren Bundesgebiets (einschließlich Berlin-Ost) und Rheinland-Pfalz (Angaben für 2012; vgl. Statistisches Bundesamt 2014e). Bezogen auf jeweils 100.000 Personen der entsprechenden Altersgruppe und im Zeitraum 2000 bis 2012 ist der Eckwert bei den 15- bis unter 20-Jährigen in den alten Bundesländern von 6,4 auf 4,6 gesunken, auch der

Abb. 43: Vorsätzliche Selbstschädigungen bzw. Suizide je 100.000 Einwohner nach Altersgruppen im Jahr 2012 im Vergleich von Rheinland-Pfalz und dem früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014e, eigene Zusammenstellung

Abb. 44: Vorsätzliche Selbstschädigungen bzw. Suizide je 100.000 Einwohner nach Altersgruppen im Jahr 2012 in Rheinland-Pfalz nach Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt 2014e, eigene Zusammenstellung

Eckwert bei den 20- bis unter 25-Jährigen ist in diesem Zeitraum von 9,7 auf 7,4 gesunken. In Rheinland-Pfalz zeigen sich vergleichbare Entwicklungen – insbesondere die Rückgänge –, allerdings sind die Schwankungen aufgrund der nur sehr geringen Anzahl von Suiziden deutlich größer (15 bis unter 25 Jahre: von 9 auf 4,6; 20 bis unter 25 Jahre: 8,9 auf 7; vgl. Statistisches Bundesamt 2014e).

In Abbildung 44 zeigen sich ein weiteres Mal die Unterschiede zwischen den Altersgruppen, hier werden aber auch die bereits angesprochenen Unterschiede zwischen jungen Männern und Frauen deutlich: Letztere weisen bezogen auf die jeweils relevante Bevölkerungsgruppe deutlich geringere Suizidraten auf. So schwankt der Anteil der Suizide bei jungen Frauen in der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre im Zeitraum 2000 bis 2012 zwischen 2,8 und 4,7, derjenige in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre zwischen 1,9 und 3,4. Zum Vergleich: Der Anteil der Suizide bei jungen Männern von 15 bis unter 20 Jahren schwankt zwischen 1,5 und 4,5, in der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre zwischen 15,7 und 10,4. Zumindest bei den jungen Männern

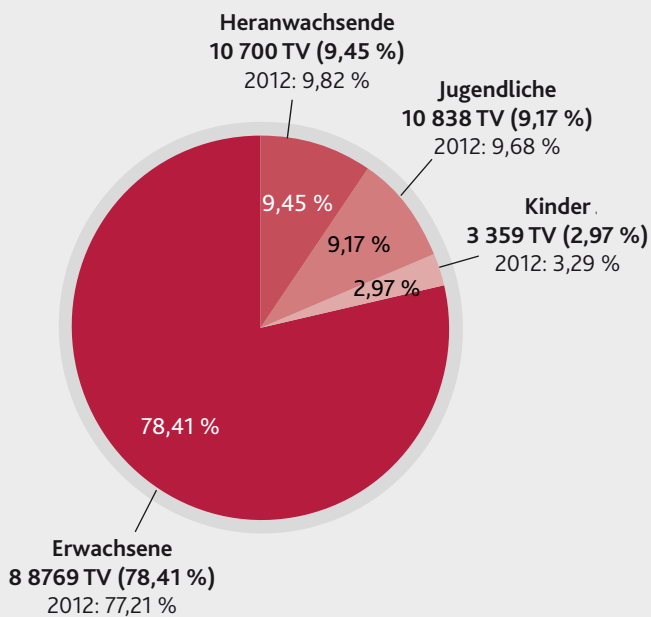
lässt sich damit in diesem Zeitraum erfreulicherweise ein Rückgang bei den Suiziden erkennen.

Jugendkriminalität

Die Polizei hat in Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 24.442 Tatverdächtige unter 21 Jahren ermittelt (einschließlich der unter 8-Jährigen), die Gesamtzahl dieser Tatverdächtigen hat sich somit im Zeitraum 2012 bis 2013 um rund 3 % verringert, seit 2004 sogar um rund 22,5 %. Damit fällt dieser Rückgang deutlich stärker als der Bevölkerungsrückgang der entsprechenden Altersgruppe aus.

Der Anteil an allen Tatverdächtigen ist damit auf den niedrigsten Stand seit 1997 gefallen (21,6 %; vgl. Abb. 46). Die Abnahme der Jungtäterinnen und -täter ist vor allem auf rückläufige Zahlen bei Körperverletzungsdelikten, Ladendiebstählen ohne erschwerende Umstände sowie Sachbeschädigungen zurückzuführen. Zunahmen verzeichnet die Kriminalstatistik hingegen bei Rauschgiftdelikten, Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahren- und das Freizügigkeitsgesetz.

Abb. 45: Verteilung der Tatverdächtigen in Rheinland-Pfalz nach Altersgruppen

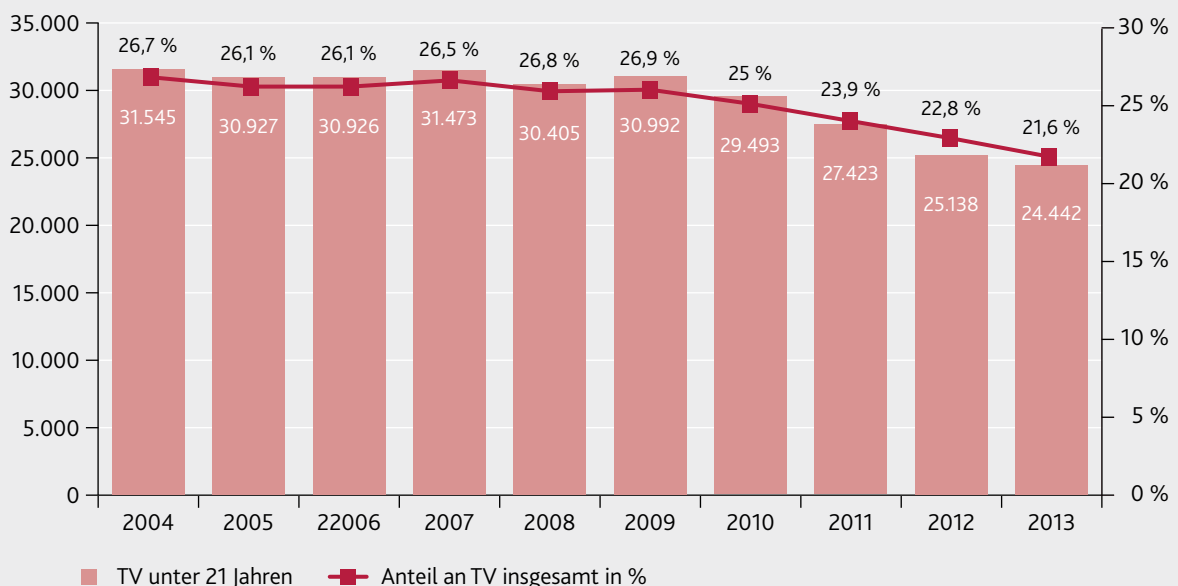


Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2014, S. 108

Werden die Zahlen der Tatverdächtigen in Beziehung zu den relevanten Altersgruppen gesetzt, zeigen sich ebenfalls die bereits angesprochenen Rückgänge (vgl. Abb. 47): Die sog. Tatverdächtigkeitsbelastungszahl der unter 21-Jährigen ist zwischen 2012 und 2013 um 0,6 % auf 4.628 zurückgegangen. Sie erreicht damit im Jahr 2013 in der Altersgruppe der Kinder sowie Jugendlichen den niedrigsten Wert der letzten zehn Jahre (Rückgang um 4,9 % bzw. 1,9 % seit 2012). Bei Heranwachsenden ist der Wert im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 % gestiegen, insgesamt aber ebenfalls gesunken. Der kurzfristige Anstieg erklärt sich insbesondere durch vermehrte Ermittlungen in Rauschgift- sowie Vermögenswerte- und Fälschungsdelikten.

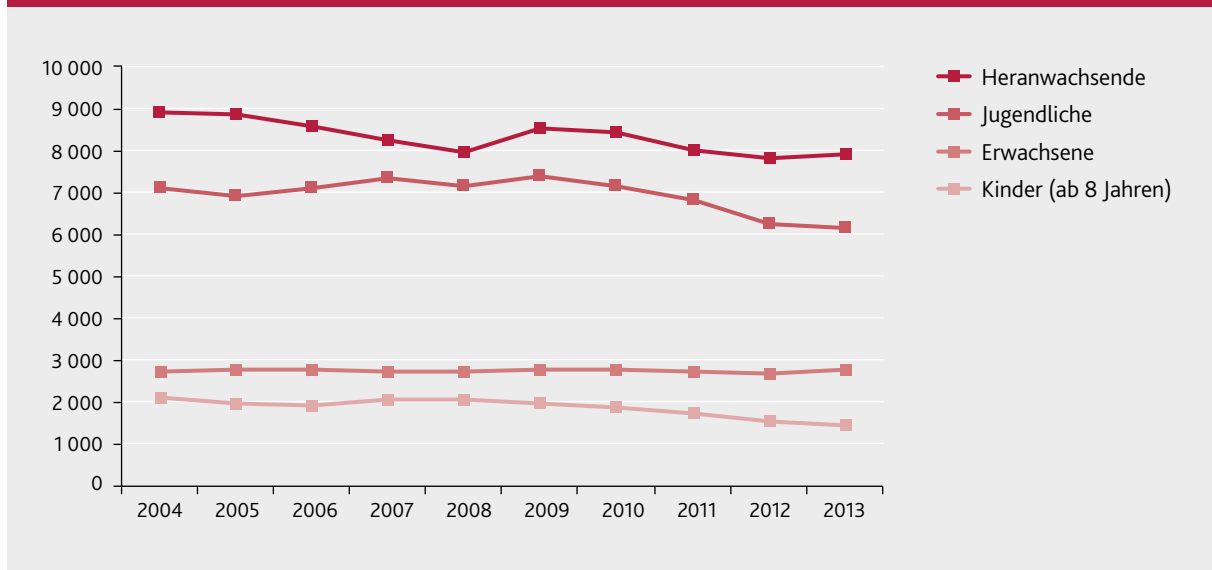
Insgesamt ist die Tatverdächtigkeitsbelastungszahl bei Männern mehr als dreimal so hoch wie bei Frauen (4.564 zu 1.453). Bei den weiblichen Tatverdächtigen weist die Altersgruppe der 16- bis unter 18-Jährigen mit 3.776, bei den männlichen Tatverdächtigen die Altersgruppe der Heranwachsenden mit 11.950 die höchste Kriminalitätsbelastung auf.

Abb. 46: Tatverdächtige (TV) unter 21 Jahren in Rheinland-Pfalz 2004–2013



Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2014, S. 109

Abb. 47: Entwicklung der Tatverdächtigkeitsbelastungszahlen in Rheinland-Pfalz 2004–2013³²



Quelle: Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz 2014, S. 113

2.6 Für viele gut, für zu viele belastet: Aufwachsen und Entwicklungschancen von jungen Menschen in Rheinland-Pfalz

Die voranstehenden Analysen haben auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebenslagen aufmerksam gemacht, die abschließend im Hinblick auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und ihre Entwicklungschancen zusammengefasst werden sollen.

Im Jahr 2012 lebten in Rheinland-Pfalz knapp vier Millionen Menschen – dies entspricht einem Zuwachs von rund 3 % seit 1992. Die Altersgruppe der unter 18-Jährigen ist in diesem Zeitraum allerdings um etwa 12 % kleiner geworden. Dies hat Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur: So hat sich der Altersquotient in diesem Zeitraum deutlich vergrößert. Der demografische Wandel lässt sich damit auch in Rheinland-Pfalz beobachten. Der Grund für die Verschiebungen in der Al-

tersstruktur liegt zum einen in der Verlängerung der Lebenserwartung, zum anderen aber in der gesunkenen Geburtenziffer. Insgesamt entspricht die Geburtenziffer in Rheinland-Pfalz dem Bundesdurchschnitt, einzig der Anteil kinderloser Frauen ist in Rheinland-Pfalz leicht überdurchschnittlich.

Allerdings können die Geburten die Sterbefälle nicht mehr kompensieren, in der Folge lässt sich für Rheinland-Pfalz seit Beginn der 1990er Jahre ein Geburtendefizit konstatieren. Insgesamt jedoch wird die Bevölkerungsentwicklung (also auch der Bevölkerungszuwachs seit Beginn der 1990er Jahre) vor allem durch Wanderungsbewegungen bestimmt. Allerdings handelt es sich hierbei um durchschnittliche Ergebnisse für ganz Rheinland-Pfalz, der demografische Wandel ist in den verschiedenen Regionen unterschiedlich stark ausgeprägt: So ist insbesondere der Südwesten des Landes vom demografischen Wandel betroffen,

³² Bei Tatverdächtigkeitsbelastungszahlen handelt es sich um die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen je 100.000 Einwohner des entsprechenden Bevölkerungsanteils.

dort sind die größten Bevölkerungsrückgänge – vor allem bei Kindern und Jugendlichen – zu beobachten. Auf der anderen Seite sind die Gebietskörperschaften entlang der sog. Rheinschiene in deutlich geringerem Umfang von den Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen. Dies hat vor allem Auswirkungen auf das Verhältnis der Generationen zueinander bzw. auf die Alten- oder Jugendquotienten in den unterschiedlichen Regionen und damit auch auf die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen:

Der demografische Wandel wirkt sich zum einen auf das Verhältnis der Generationen zueinander aus und legt die Frage nahe, ob ein Funktionieren des Miteinander von Generationen überhaupt noch gewährleistet ist, wenn eine Region sehr stark von der demografischen Alterung betroffen ist. Diese Frage stellt sich vor allem vor dem Hintergrund von Verteilungsfragen, wenn die Interessen einer kleiner werdenden Gruppe von Kindern und Jugendlichen mitunter konträr zu den Belangen eines größer werdenden Anteils der älteren Bevölkerung stehen. Der demografische Wandel trägt zudem in Form sinkender Zahlen von Kindern und Jugendlichen auf der anderen Seite aber ausgesprochen deutlich zu einer Verkleinerung der Möglichkeitsspielräume junger Menschen bei, da die Zahl der (potenziellen) Peers kleiner wird. Die Beziehungen zu Peers sind u. a. notwendig für die Entwicklung eines demokratischen Selbstverständnisses und die Einübung solidarischen Verhaltens. Es muss also die Frage gestellt werden, welche Schwierigkeiten sich für die Gestaltung sozialer Beziehungen zu Altersgleichen „auf Augenhöhe“ ergeben, wenn die Zahl potenzieller Peers im sozialen Umfeld immer kleiner wird. In Bezug auf die Familienformen kann in Rheinland-Pfalz von einer Pluralisierung der Lebensformen bei gleichzeitiger Dominanz der Familienform „(Ehe-) Paar mit Kindern“ gesprochen werden. Bei rund drei Vierteln aller Familienformen handelt es sich in Rheinland-Pfalz um Ehepaare mit mindestens einem Kind, rund 20 % aller Familienformen sind Alleinerziehende; Rheinland-Pfalz entspricht damit dem Durchschnitt der alten Bundesländer.

Diese scheinbare Konstanz verdeckt jedoch Veränderungen in den Lebens- und Familienformen: Das Erleben von Trennung und Scheidung ist häufiger geworden, in der Folge lässt sich neben der Zunahme der Alleinerziehenden auch eine Zunahme von Stiefeltern- bzw. Patchworkkonstellationen feststellen. Auch in Anbetracht der intensiver gewordenen Enkel-Großeltern-Beziehungen wird daher heute häufig von der multilokalen Mehrgenerationenfamilie gesprochen. Die entscheidendste Veränderung im Familienleben aber betrifft die „Erosion des Ernährermodells“ (Jurczyk/Klinkhard 2014): Geschlechterrollen und Familienleitbilder haben sich verändert, deutlich wird dies vor allem an der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern auf der einen Seite und dem Aufwachsen, den die „neuen Väter“ in den letzten Jahren erfahren haben. Diese Entwicklungen bringen Komplikationen mit sich. Die Veränderungen im Erwerbsbereich und in der Familien werden von Jurczyk und Szymenderski (2012) auch als doppelte Entgrenzung bezeichnet: „Da die Entgrenzungen in den verschiedenen Bereichen nicht aufeinander abgestimmt sind und nicht zu einem neuen Gesamtmodell von Arbeit und Leben und zu neuen Geschlechterverhältnissen geführt haben, erfordert die Erosion der bisherigen Arbeitsteilung zwischen Familie und Erwerb von den Beschäftigten ein permanentes Ausbalancieren zwischen den jeweiligen Bereichen im Alltag und im Lebensverlauf“ (ebd., S. 91). In der Folge geraten immer mehr Eltern unter Druck: „Sie sind oft erschöpft und fühlen sich überfordert, bemühen sich aber dennoch, den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden“ (Jurczyk/Klinkhard 2014, S. 195). Der durch die Individualisierung ausgelöste Handlungsdruck kann ermüden, die Folge können „erschöpfte Familien“ sein (Lutz 2012) – mit deutlichen Auswirkungen auf die Bedingungen des Aufwachsens für Kinder und Jugendliche.

Insgesamt sind die Entwicklungen im Bereich des generativen Verhaltens nicht nur mit Ambivalenzen in den Lebensverläufen verknüpft, die häufig unter dem Stichwort der „Individualisierung der Lebensverläufe“ beschrieben werden. Auch bei

jungen Menschen zeigen sich bereits Ambivalenzen: So konnte gezeigt werden, dass Familie und Kinder insgesamt bei jungen Menschen eine hohe und sogar gestiegene Bedeutung besitzen. Auf der anderen Seite aber deutet die Herausbildung unterschiedlicher Milieus (vgl. Calmbach et al. 2011) bereits bei Jugendlichen eine spätere Polarisierung von Lebensformen mit Kindern bzw. ohne Kinder an.

Eine weitere Folge ist auch die „Polarisierung der Lebenslagen“ im Hinblick auf ökonomische Aspekte (vgl. Jurczyk/Klinkhard 2014), die sich darin äußert, dass nicht alle Familien und Kinder gleiche Lebens- und Verwirklichungschancen haben. Vor allem Familienformen außerhalb der Konstellation „(Ehe-)Paar mit Kindern“ sind von Armut bedroht: Kinder und Jugendliche sind seit den 1990ern die am stärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe (vgl. BMFSFJ 2013). Zugleich gilt aber, dass es keine armen Kinder ohne arme Eltern gibt (vgl. Jurczyk/Klinkhard 2014). Analysen zeigen im Vergleich, dass die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz leicht unter dem Bundesdurchschnitt liegt, der Bezug von Leistungen nach dem SGB II sogar deutlich. Allerdings weist auch der Bezug von ALG II und Sozialgeld deutliche interkommunale Unterschiede auf: Es ist also diesbezüglich von unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Regionen von Rheinland-Pfalz auszugehen. Im Vergleich der Lebens- und Familienformen tragen neben den kinderreichen Familien insbesondere die Alleinerziehenden das größte Armutsrisiko, dies zeigt sich unter anderem am überdurchschnittlichen Anteil der Alleinerziehenden an allen Bedarfsgemeinschaften. Insgesamt aber wirken sich langandauernde Armutserfahrungen in der Kindheit negativ auf die subjektiv eingeschätzte Lebenszufriedenheit aus. Diese wiederum ist entscheidend für Selbstbild und Problemlösungsfähigkeiten und kann sich somit auf die späteren Teilhabechancen auswirken. Allerdings ist die Forschungslage an dieser Stelle nicht eindeutig: Auch wenn sich Armut auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen generell negativ auswirken kann, weist die Forschung auf die enorme Bedeutung von Resilienzfaktoren auf Seiten der Kinder hin. Die Stär-

kung des familialen Umfeldes, die Unterstützung und Entlastung der Familien sind deshalb zentrale sozialpolitische Aufgaben, damit sie Kinder auch ins Jugendalter hinein aktiv begleiten können. Dies gilt dann auch für Familien mit Migrationshintergrund, wobei die jeweils neu nach Rheinland-Pfalz kommenden Ausländerinnen und Ausländer besondere Beratung und Begleitung benötigen. Die rasche Integration in die Schulen und die intensive Sprachförderung können dann die Belastungen der Migration ausgleichen und Bildungschancen sichern.

Einen ganz unmittelbaren Bezug zu den (späteren) Verwirklichungschancen hat die schulische und nachfolgende berufliche Ausbildung. Hier zeigen sich erfreulicherweise Rückgänge bei den Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Hauptschulabschluss bzw. insgesamt ein Trend zu höheren Schulabschlüssen. Im Vergleich hat die Berufsausbildung (vor allem die sog. duale Ausbildung) in Rheinland-Pfalz eine besondere Bedeutung: Rheinland-Pfalz weist sowohl in Bezug auf die Ausbildungsbetriebsquote als auch die Ausbildungsquote im Vergleich der Bundesländer deutlich überdurchschnittliche Werte auf. Auch das Studium besitzt im Land im Vergleich der Bundesländer einen hohen Stellenwert, insbesondere für weibliche Bildungsteilnehmer. Auf der anderen Seite kann die Störung der beruflichen Ausbildung zu Arbeitslosigkeit bereits im jungen Erwachsenenalter führen. Eine Analyse zeigt in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit deutliche interkommunale Unterschiede.

Zusammenfassend verdeutlicht die starke Abnahme der Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen in Rheinland-Pfalz, dass im Zuge des demografischen Wandels Kinder und Jugendliche zunehmend zu einem „knappen Gut“ und einer Minderheit in der Bevölkerung werden. Dieser Befund ist vor allem im Hinblick auf die zukunftsichernde Funktion von Kinder und Jugendlichen für das Gemeinwesen unserer Gesellschaft sehr ernst zu nehmen. Der programmatische Leitsatz der Kinder- und Jugendhilfe „Keiner darf verloren gehen“ gewinnt vor dem Hintergrund des demografischen

Wandels eine neue und weitergehende Bedeutung. Dies gilt insbesondere für den Bereich von Bildung und Ausbildung, in welchem weitere Anstrengungen zur Verwirklichung von Teilhabechancen vor allem von Kindern und Jugendlichen mit prekärem sozioökonomischen Hintergrund notwendig sind. Die Auseinandersetzung mit den Veränderungen der demografischen Zusammensetzung unserer Bevölkerung sollte daher jetzt beginnen. Dies stellt die Politik in Rheinland-Pfalz aufgrund der gezeigten großen regionalen Disparitäten im Hinblick auf die zur Verfügung zu stellende Infrastruktur vor enorme Herausforderungen. Der Befund, dass die Wanderungsbewegung und hier vor allem Zuwanderung als entscheidende Variable die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst, verweist zudem auf die Bedeutung für Konzepte einer migrationssensiblen und sozialverträglichen Zukunftsgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Rheinland-Pfalz. Dabei hat die Kinder- und Jugendhilfe mit ihren sozial und infrastrukturellen Angeboten und Leistungen, die entscheidend zur Bereitstellung und Verwirklichung von Teilhabechancen für junge Menschen

(mit und ohne Migrationshintergrund) beitragen, eine sozialpolitische und volkswirtschaftlich wichtige Bedeutung für die Zukunft von Rheinland-Pfalz. Vor dem Hintergrund aktueller weltpolitischer Ereignisse, von Kriegen und gewaltsamen Konflikten und in ihrer Folge einer Zunahme von schutzbedürftigen Menschen, die auf der Flucht in Deutschland ankommen, ist der gesamtgesellschaftliche Umgang mit Migration insgesamt neu zu diskutieren. Dies gilt vor allem für begleitete oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, für die ein besonderer Schutzauftrag besteht.

Eine zeitnahe und nachhaltige Auseinandersetzung mit den erwarteten Folgen des demografischen Wandels, den veränderten Lebens- und Familienformen, in denen junge Menschen aufwachsen, sowie den Herausforderungen, die im Zuge einer Erwerbstätigkeit von Eltern in einer hoch komplexen und globalisierten Arbeitswelt an familiäres Zusammenleben gestellt werden, wird sich daher auf die Bedingungen des Aufwachsens und die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz auswirken.

3 DIE STELLUNG DER JUGENDARBEIT IM GESAMT DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Die Kinder- und Jugendhilfe erfährt einen deutlichen funktionalen und strukturellen Bedeutungszuwachs. Ihre Aufgaben und Leistungen sowie der Personenkreis, der ihre Angebote in Anspruch nimmt, differenzieren sich immer weiter aus. Von einem anfänglichen „Reparaturbetrieb“ für spezifische Randgruppen avanciert die Kinder- und Jugendhilfe zu einer anerkannten und gefestigten Institution für alle Kinder, Jugendlichen und Familien in den Kommunen des Landes. Ihre Angebote und Leistungen, wie z. B. die Kindertagesbetreuung, Beratungen, aber auch die (schulbezogene) Jugendsozialarbeit und die Hilfen zur Erziehung, sind mittlerweile fester Bestandteil der sozialen Infrastruktur und eine „biografische Selbstverständlichkeit“ (BMFSFJ 2013, S. 251) im Lebenslauf. Die Kinder- und Jugendhilfe leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung positiver Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in öffentlicher Verantwortung. Dies bestätigt auch der 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes und zeigt, dass die Kinder- und Jugendhilfe im Zentrum der Gesellschaft angekommen und faktisch eine dritte Sozialisationsinstanz neben Familie und Schule geworden ist: „Die Kinder- und Jugendhilfe ist zu einem zentralen gesellschaftlichen Akteur zur Förderung des Aufwachsens geworden, und ihre Angebote und Leistungen erreichen nahezu alle Kinder und Jugendlichen. Damit steht die Kinder- und Jugendhilfe in der Mitte der Gesellschaft und leistet einen nachhaltigen, öffentlich verantworteten Beitrag zum Aufwachsen junger Menschen in Deutschland.“ (BMFSFJ 2013, S. 5).

Entsprechend vielfältig sind ihre Aufgaben und Funktionen, die von der Betreuung und Beratung,

Hilfe und Sicherstellung eines verlässlichen Kinderschutzes bis hin zur Verbesserung der Bildungsbedingungen junger Menschen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf reichen können.

Abb. 48: Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut



Quelle: in Anlehnung an Schrapper 2004, S. 65

Abbildung 48 steht unter der Überschrift „Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut“. In der Tat werden die einzelnen Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nur im Zusammenspiel wirksam. Dabei zeichnet sich die Kinder- und Jugendhilfe vor allem durch die Kombination von einzelfallorientierten Hilfen in akuten Not- und Krisensitu-

ationen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien und der Bereitstellung von möglichst niedrigschwellig zugänglicher öffentlicher Infrastruktur wie bspw. der Kindertagesbetreuung und Angeboten der Familienbildung aus, die bei elterlichen Versorgungs-, Betreuungs- und Bildungsaufgaben entlasten und unterstützen können.

Im Hinblick auf die Fülle und Vielfältigkeit der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wird ihr Funktions- und Bedeutungswandel vor allem an den Schnittstellen zu anderen gesellschaftlichen Teilsystemen deutlich. Aus unterschiedlichsten Bereichen – dazu zählen vor allem die Bildungs-, Familien-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik – werden neue Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe herangetragen. Die Kinder- und Jugendhilfe ist somit nicht mehr nur eine personenbezogene Dienstleistung, sondern ein Infrastrukturangebot für alle jungen Menschen und Familien sowie Institutionen, die es mit dieser Gruppe zu tun haben.

Die Expansion der Kinder- und Jugendhilfe wirft Fragen der fachlichen Ausrichtung auf und stellt vor allem die Kommunen vor neue Herausforderungen. Der Aufgabenzuwachs der Kinder- und Jugendhilfe spiegelt sich auch in einem deutlichen Anstieg der Ausgaben wider. Während im Jahr 1992 die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland noch bei umgerechnet 15 Mrd. Euro lagen, wurden im Jahr 2010 bereits 29 Mrd. Euro aufgewendet. Diese Verdopplung der Ausgaben erfolgte bei gleichzeitigem Rückgang der relevanten Bevölkerungsgruppe der unter 27-Jährigen (vgl. BMFSFJ 2013, S. 47). Ein kostenminimierender Effekt stellt sich durch die Auswirkungen des demografischen Wandels in der Kinder- und Jugendhilfe nicht ein. Da die Ausgaben zu mehr als 70 % von den Kommunen getragen werden, wird im 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung eine Neuregelung der Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen angeregt. In Anbetracht des Bedeutungswandels der Kinder- und Jugendhilfe und ihrer veränderten gesellschaftlichen Funktion stehen die Ausgaben in diesem Bereich für eine Investition in eine öffent-

lich verantwortete soziale Infrastruktur, die Benachteiligungen ausgleicht und Teilhabechancen eröffnet.

Überall dort, wo eine qualifizierte und vielseitige Kinder- und Jugendhilfe Teil der sozialen Infrastruktur ist, können die Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen verbessert werden. Dies ist jedoch nur der erste Schritt. In Zukunft wird es darum gehen, nicht nur Teilhabechancen zu verbessern, sondern tatsächlich auch mehr Teilhabegerechtigkeit zu erzeugen. Nach wie vor entscheidet die soziale Herkunft eines jungen Menschen mit einer hohen Wahrscheinlichkeit darüber, wie seine Teilhabechancen im Bildungssystem, am Arbeitsmarkt und entsprechend in weiteren Lebens- und Gesellschaftsbereichen aussehen. Um dies zu verändern, ist eine bessere Vernetzung von individuellen Rechtsansprüchen und Unterstützungsbedarfen mit einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur erforderlich. Es bedarf nicht nur weiterer Investitionen in die Infrastruktur, sondern darüber hinaus einer konzeptionellen Weiterentwicklung der Angebote und Dienste mit einer stärkeren Beteiligung von Familien und jungen Menschen.

Im Folgenden werden ausgewählte Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe vorgestellt.³³ Vorrangig steht dabei die Jugendarbeit im Fokus. Für den Berichtszweck des zweiten Kinder- und Jugendberichtes wird das am SGB VIII angelehnte Verständnis dieses Leistungsspektrums weiter ausgelegt, wenn auch die Bedeutung von Gelegenheitsstrukturen und Formen der Selbstaneignung des öffentlichen Raums einbezogen werden. Um die Stellung der Jugendarbeit im „Gesamt“ der Kinder- und Jugendhilfe zu verdeutlichen, werden schließlich weitere ausgewählte Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe be-

33 Die im Folgenden dargestellten Trends und Ergebnisse beruhen, wenn nicht anders vermerkt, auf Daten der Erhebung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V., aus dem Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen. Planung, Steuerung und Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz“ aus dem Berichtsjahr 2013.

trachtet. Aufgrund der Fokussierung des Berichtes auf das Thema Jugend werden die Bereiche Familienbildung und familienorientierte Dienste sowie der Aspekt der Frühen Hilfen in der Analyse ausgespart, wenngleich sie zentrale Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe sind und ihre Entwicklung auch in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren entscheidend mitprägten.

Komplexe Verantwortungen und Zuständigkeiten für die Kinder- und Jugendhilfe

Verantwortung und Zuständigkeiten für die Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe sind nur auf den ersten Blick eindeutig: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für die Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch die Gesamtverantwortung einschließlich der Planungsverantwortung“, so heißt es in § 79 (1) SGB VIII. Wer diese Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, die zu planen, zu gestalten und zu bezahlen haben, steht vorher bereits in § 69 (1) SGB VIII: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe werden durch das Landesrecht bestimmt.“ Für Rheinland-Pfalz hat der Landesgesetzgeber bestimmt: „Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind die Landkreise und die kreisfreien Städte sowie die nach Absatz 2 Satz 1 und 2 zu örtlichen Trägern bestimmten großen kreisangehörigen Städte. Sie erfüllen die ihnen obliegenden Aufgaben als Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung.“ (§ 2 AG-KJHG Rheinland-Pfalz vom 20.12.2013)

Zur „kommunalen Selbstverwaltung“ bestimmt unser Grundgesetz in Art. 28: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ (Art 28 (2) GG) In einschlägigen Kommentaren wird konkretisiert: „Zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung gehört auch die Gewährleistung einer aufgabenbezogenen Mindestfinanz Ausstattung.“ (Höhlein/Neutz 2015)

Für das in diesem Bericht besonders betrachtete Aufgabenfeld der Jugendarbeit heißt es an anderer Stelle in den Landesgesetzen noch: „Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben in ihrem Zuständigkeitsbereich zu gewährleisten, dass die erforderlichen Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit zur Verfügung stehen.“ (§ 5 Jugendförderungsgesetz Rheinland-Pfalz vom 21. Dezember 1993)

Damit bestimmen drei zentrale Akteure, was als Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gelten soll, wie diese organisiert werden und wer für die Finanzierung verantwortlich ist:

- Der *Bund* gibt in Rahmengesetzen grundsätzlich Aufgaben und Leistungen sowie grundlegende Organisationsregeln vor – zur Finanzierung allerdings trägt er nur im Rahmen von Sonderprogrammen bei, aktuell z. B. für den Kita-Ausbau, den Aufbau Früher Hilfen oder die Hilfen für Flüchtlinge;
- das *Land* konkretisiert und ergänzt diese Vorgaben mit eigenen Regelungen und Programmen und trägt wesentliche Lasten der Finanzierung durch den kommunalen Finanzausgleich und durch spezielle Programme wie den Landesjugendplan;
- die *Kommunen*, insbesondere die kreisfreien Städte und Landkreise, konkretisieren die Bundes- und Landesvorgaben durch eigene Satzungen und sind vor allem „operativ“ zuständig, haben konkret zu planen, zu gestalten und zu gewährleisten. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung obliegt ihnen dabei eine durch die Verfassung geschützte „Organisationshoheit“, sie bestimmen eigenverantwortlich, wie sie die Rahmungen und Vorgaben von Bund und Land konkret ausgestalten. Dafür tragen sie aber auch die finanzielle „Letztverantwortung“; in ihren Haushalten müssen die Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen und die konkreten Ausgaben zur Deckung gebracht werden.

Die möglichen Streitpunkte dieser gewollt komplexen föderalen Konstruktion liegen damit auf der Hand; vor allem drei Aspekte sind immer wieder kontrovers:

- *die Finanzausstattung der Kommunen für die Aufgaben.* Abhängig von örtlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen ist die Finanzkraft der Kommunen auch in Rheinland-Pfalz deutlich unterschiedlich und doch sollen und müssen den Bürgerinnen und Bürgern in allen Städten und Kreisen die durch Rechtsansprüche zugesicherten Leistungen gewährt werden. Der Streit um die sog. Konnexität von Leistungszusagen und Finanzierungspflicht, um die Finanzausstattung der Kommunen und grundsätzlich um die Finanzierungskonzeption der Kinder- und Jugendhilfe (hierzu ausführlich im 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, S. 264–273 und 381–383) bricht daher immer wieder auf, auch in Rheinland-Pfalz.
- *die Gesetzgebungskompetenz des Bundes und der Verfassungsauftrag, für vergleichbare Lebensbedingungen in der gesamten Republik zu sorgen.* Im Kontext der Föderalismusreform vielleicht grundlegender geklärt, ist bisher immer wieder strittig, wie neue gesellschaftliche Herausforderungen in dieser komplizierten Balance zwischen Bund, Ländern und Kommunen angemessen und vergleichbar geregelt werden können. Gerade ist dieser Konflikt einigermaßen ausgestanden in Bezug auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung und wieder aktuell in Bezug auf die Finanzierung der Flüchtlingsarbeit.
- Und nicht zuletzt ist die *Organisationshoheit der Kommunen und die Qualität ihrer Aufgabenwahrnehmung* ein strittiges Thema, nicht grundsätzlich, aber durchaus konkret. Wenn die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe einerseits so bedeutsam für Entwicklung, Förderung und Schutz der nachwachsenden Generationen und andererseits so teuer sind, dann ist sehr bedeutsam, wie diese Leistungen konkret durch jedes Jugendamt fachlich qualifiziert gestaltet und effektiv organisiert werden. Gesetzliche

Vorgaben wie zuletzt der neue § 79 a SGB VIII zur Qualitätsentwicklung und vor allem eine Fülle von Modellen, Projekten und Programmen von Bund und Land zur Unterstützung und Förderung der örtlichen Jugendhilfe, aber auch die Kontroversen um dramatische Kinderschutzfälle zeigen den Entwicklungsbedarf, aber auch die Streitpunkte einer kommunalen Organisationshoheit für die Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe.

Nicht zufällig muss der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz bereits zum zweiten Mal in den letzten Jahren einen Streit zwischen Land und Kommunen um den kommunalen Finanzausgleich auch wegen der Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe entscheiden. In diesem Kontext gerät jede Berichterstattung über Aufgaben und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe schnell in die Kritik, der einen oder anderen Seite Material für ihre Argumente zu liefern. Angesichts der skizzierten komplexen Konstruktion der Zuständigkeiten sowie der begründeten Streitfragen um die Ausgestaltung und Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe scheint einer Berichterstattung nur die Wahl zu bleiben zwischen ungefährlichen Allgemeinplätzen oder dem Risiko, sich Vorwürfen einseitiger Positionierung auszusetzen. Ein dritter Weg soll hier versucht werden: Ausgehend von der grundsätzlichen Anerkennung eines „Aufwachens in öffentlicher Verantwortung“ (1. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, 2010, und 12. Kinder- und Jugendbericht des Bundes, 2005) soll so berichtet werden, dass Leistungen und Erfolge ebenso erkennbar werden wie Probleme und Kontroversen. Nur so wird es hoffentlich möglich, diese Berichterstattung zu nutzen für die immer notwendige Kontrolle und Weiterentwicklung eines für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz so bedeutsamen Aufgabenfeldes wie der Kinder- und Jugendhilfe.

3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

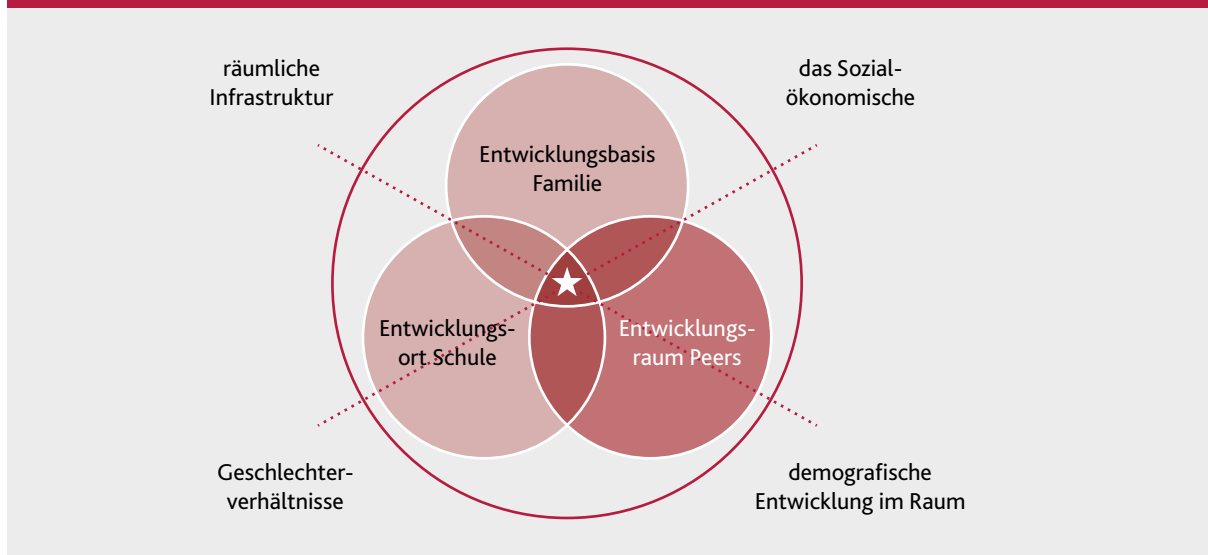
Die Ablösung junger Menschen vom Elternhaus und ihre Hinwendung zu den Peers wird als eine der zentralen Entwicklungsaufgaben der Lebensphase Jugend begriffen. Der Kinder- und Jugendarbeit kommt in diesem Prozess eine bedeutsame Funktion zu, da sie jungen Menschen Gelegenheitsstrukturen für die soziale Begegnung mit Gleichaltrigen im öffentlichen Raum bereitstellt. Jugendarbeit bezieht sich dabei nicht nur auf die sozialen Bedürfnisse der Jugendlichen, sondern soll sie vielmehr umfassend in ihrer Entwicklung fördern, „(...) sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ (§ 11 SGB VIII). § 12 SGB VIII betont darüber hinaus das Prinzip der Selbstorganisation durch die jungen Menschen selbst.

Durch den **Referenzrahmen Peers** gewinnt die Jugendarbeit eine besondere Relevanz als Entwicklungsraum für junge Menschen. Dieser ist neben den familiären Bedingungen und dem Entwicklungsort Schule eine grundlegende Einflussgröße im Sozialisationsprozess (vgl. Abb. 49).

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Als Top-Antwort auf die Frage „Was macht einen Jugendtreff interessant?“ kreuzten 77,9 % (n = 2.082) der jungen Menschen „Nette Leute treffen“ an. Gegenüber der am zweithäufigsten genannten Antwort („Abhängen, nichts tun“) besteht dabei eine Differenz von über 500 Nennungen.

Abb. 49: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz – der Entwicklungsraum Peers



Quelle: Eigene Darstellung

Der erste Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz konstatierte, dass wenig aussagekräftige Daten über reale Angebote, Maßnahmen und Teilnehmerzahlen der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz

vorliegen. Auch die bis 2008 vierjährlich erhobene Bundesstatistik zu Maßnahmen und Teilnehmenden der Jugendarbeit wurde 2012 ausgesetzt, da ihr nur eine grobe Annäherung an die Wirklich-

keit gelingen konnte und vorhandene Strukturen der Jugendarbeit vor Ort nur unvollständig erfasst wurden. Diese Statistik wird derzeit überarbeitet und soll erstmals im Jahr 2016 rückwirkend für das Jahr 2015 in den Bundesländern erhoben werden (vgl. AKJSTAT 2014, S. 76). Sie wird trägerbezogene Angebote der Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII sowie Fortbildungsmaßnahmen für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe differenziert nach „Offenen Angeboten“, „gruppenbezogenen Angeboten“ und „Veranstaltungen und Projekten“ sowie nach den Merkmalsbereichen Art und Rechtsform des Trägers, Art des Angebots, Teilnehmende und Besucher, Kooperation mit Schule sowie den tätigen Personen erfassen (vgl. ebd.). „Die nach diesem Konzept zukünftig alle 2 Jahre zu erhebenden Daten können für Forschung, den politischen Raum sowie Praxisentwicklung eine wichtige empirische Grundlage für die Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes darstellen.“ (ebd.)

Dass die Datenbasis in diesem Bereich bisher lückenhaft bleibt, wird nicht zuletzt durch die heterogenen Strukturen und das Prinzip der Offenheit mitbedingt.³⁴ Vor den genannten Hintergründen können auch im zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz nur Ausschnitte, Facetten und Teilbereiche eines sehr bunten und vielfältigen Leistungsbereichs der Kinder- und Jugendhilfe – dem Feld der Jugendarbeit – dargestellt und analysiert werden.

Berichtet wird daher vor allem über aktuelle Herausforderungen, Entwicklungsbedarfe und Themenschwerpunkte von Jugendarbeit sowie über konkrete Angebote der Beteiligung und des Engagements junger Menschen in Rheinland-Pfalz. Dabei ist auch zu berücksichtigen, ob und in welcher Form Jugend(arbeit) ein Thema in den einzelnen Regionen ist. Das Verständnis von Jugendarbeit im „klassischen Sinne“ – hier verstanden als die orga-

³⁴ Vgl. dazu auch das Hearing „Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement“, www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de.

nierten Formen (verbandliche Jugendarbeit und Offene Jugendarbeit) – soll im vorliegenden Bericht aber durch eine weiter gefasste Auslegung ergänzt werden. Auf den engen Begriff organisierter Jugendarbeit reduziert würde der zweite Kinder- und Jugendbericht nur einen geringen Teil der gesellschaftlichen Aktivitäten abbilden, die für junge Menschen in Rheinland-Pfalz bedeutsam sind. So weisen aktuelle Jugendstudien übereinstimmend einen Anteil junger Menschen von weniger als 9 % aus, die Angebote organisierter Jugendarbeit nutzen.³⁵ Das weiter gefasste Verständnis von Jugendarbeit berücksichtigt hingegen auch Gelegenheitsstrukturen bzw. nicht pädagogisch aufgeladene Orte, die jungen Menschen zur Verfügung gestellt werden (müssen), wenn sie die anstehenden Entwicklungsaufgaben (vgl. Hinführung) bewältigen und Selbsttätigkeit üben bzw. erfahren sollen. Der Blick geht daher über „traditionelle“ Formen der Jugendarbeit hinaus und umfasst so z. B. auch informelle Formen jugendlicher Vergemeinschaftung und die Selbstan eignung des öffentlichen Raums.

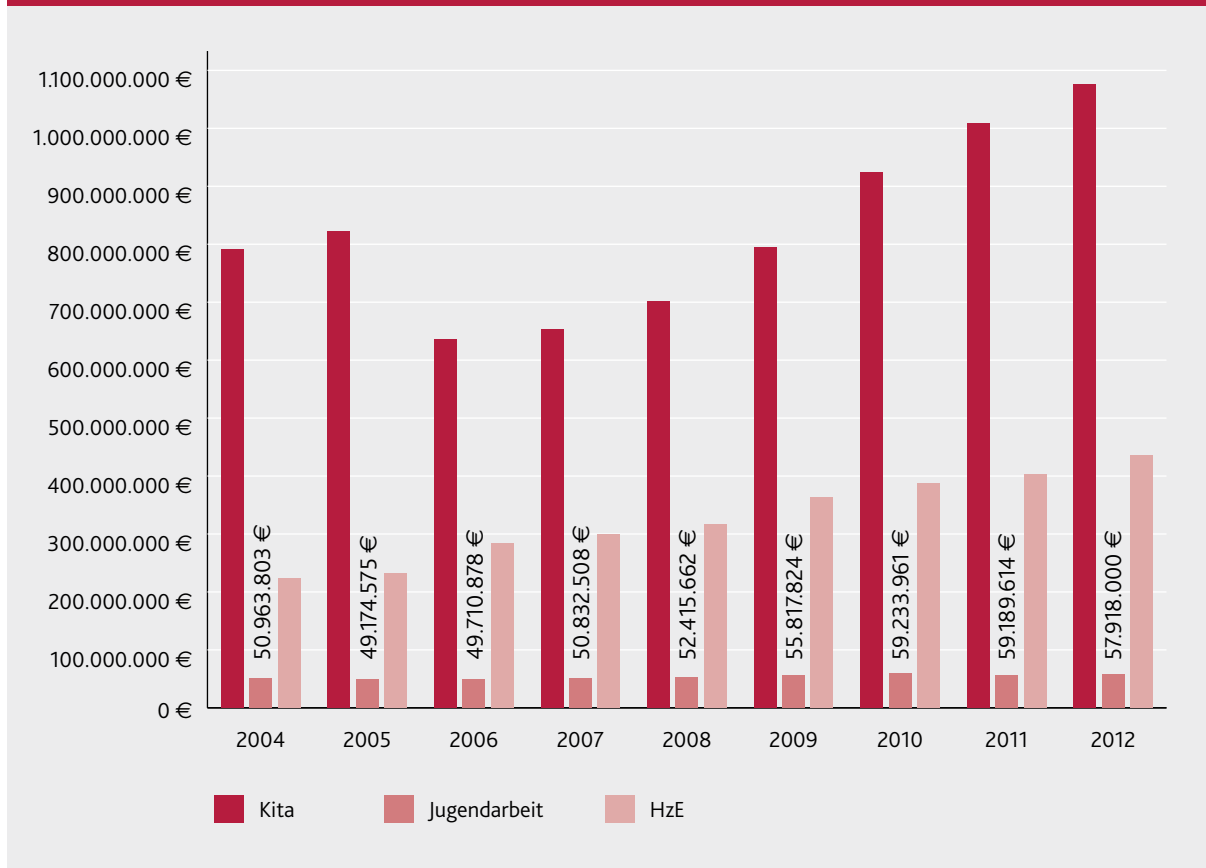
3.1.1 Finanzierung der Jugendarbeit

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2012 etwa 1,5 Mrd. Euro für die Kinder- und Jugendhilfe aufgewendet. Wie Abbildung 50 zeigt, werden die Gesamtausgaben vor allem durch einen deutlichen Ausgabenzuwachs im Kindertagesstättenbereich beeinflusst. Auch bei den Hilfen zur Erziehung (§§ 27 ff. SGB VIII) wachsen die Ausgaben kontinuierlich an. Im Zeitraum von 2004 bis 2012 haben sich die Ausgaben für Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung (§§ 27–41 sowie § 42 SGB VIII) und den Kita-Ausgaben kaum verändert (siehe Abb. 50).³⁶ Der prozentuale Anteil der Ju-

³⁵ Vgl. dazu die Jugendbefragung Rheinland-Pfalz (8,7 %; siehe dazu Kap. 7.2), die niedersächsische Landjugendstudie 2010 (Stein 2013; 2,3 %) und die Shell Jugendstudie 2010 (5 %).

³⁶ Die enorme Schwankung der Kita-Ausgaben (ein Minus von 20 %) ist zurückzuführen auf eine einmalige Umstellung der Melde- bzw. Erfassungsmethodik.

Abb. 50: Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz 2004–2012 (beinhaltet die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, andere Aufgaben sowie Ausgaben für Einrichtungen gesamt)



Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder- und Jugendhilfestatistiken – Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 2004–2012 und eigene Berechnungen

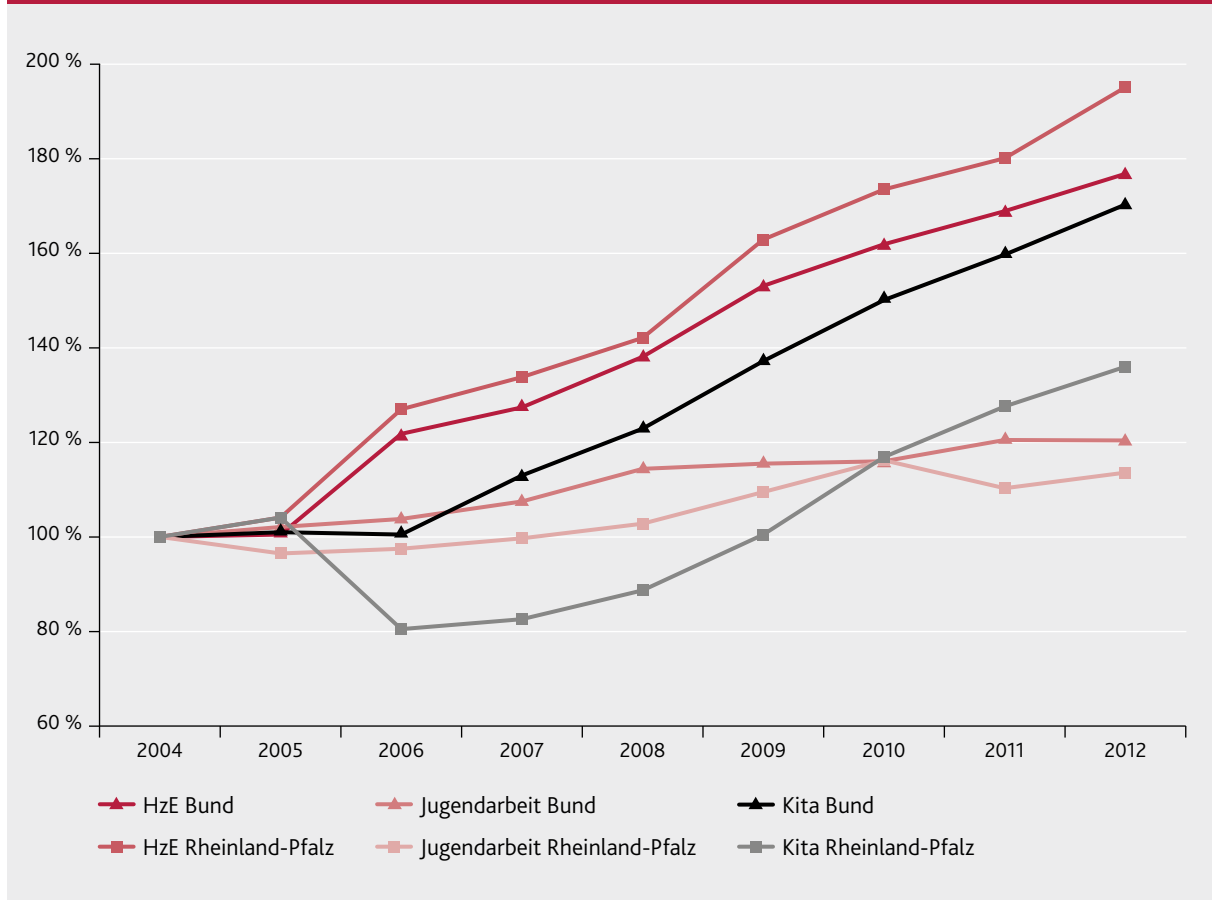
Jugendarbeit an den dargestellten Jugendhilfeausgaben ist unter die Fünf-Prozent-Grenze gesunken und macht 2012 gerade noch 3,7 % aus (2009 waren es noch 4,6 %). Der Anteil der Ausgaben für Jugendarbeit an den Jugendhilfeausgaben insgesamt ging 2012 auf 3,4 % zurück, 2010 waren es 4,0 %. Der im ersten Kinder- und Jugendbericht angedeutete „Abwärtstrend“ hat sich damit kontinuierlich fortgesetzt. Abbildung 51 zeigt eine ähnliche Entwicklung im Bundestrend.

Angesichts der ohnehin angespannten Finanzlage der Kommunen droht die Jugendarbeit eine „Sandwichposition“ einzunehmen: „Auf der einen Seite wird sie von den Ausgaben für den Ausbau der Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung unter Druck

gesetzt, (...) auf der anderen Seite entsteht der gleiche Druck durch die deutlich steigenden Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung.“ (BMFSFJ 2013, S. 318) Verschärft wird diese Entwicklung, wenn die Jugendarbeit nicht hinreichend als Pflichtaufgabe begriffen wird.³⁷

³⁷ Siehe dazu auch die Stellungnahme des LSJV (2012): „Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe der Kommunen.“

Abb. 51: Entwicklung von Jugendhilfeausgaben im Land Rheinland-Pfalz und im Bund 2004–2012, Angaben in %



Quelle: Statistisches Bundesamt: Kinder- und Jugendhilfestatistiken – Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe 2004–2012 und eigene Berechnungen

Struktur und Fördermittel der Landesjugendpläne

Auskünfte darüber, welche Fördermittel auf Landesebene für Aufgaben der Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, geben die Landesjugendpläne. Der Landesjugendplan enthält Haushaltsmittel der Staatskanzlei und der Ministerien (der Landesjugendplan 2012/2013 besteht aus nunmehr acht Einzelplänen) und setzt sich aus den jugendspezifischen Haushaltsansätzen der einzelnen Ressorts zusammen. Hier spiegeln sich vor allem die Förderschwerpunkte der einzelnen Ministerien wider. Eine als Querschnittspolitik gedachte Jugendpolitik könnte dazu beitragen, eine trans-

parentere Darstellung der Fördermittel im Landesjugendplan herzustellen.

Die absolute Höhe der Fördermittel im Bereich Jugendarbeit hat sich in der Mehrheit der Einzelposten auch im Zeitraum 2010 bis 2013 kaum verändert. Unter Berücksichtigung der Kostensteigerung ist eine negative Entwicklung des Finanzierungsvolumens vieler Einzelposten zu konstatieren. Exemplarisch verdeutlicht dies Tabelle 5.

Tabelle 5: Förderung der Jugendarbeit 2007–2013 gemäß Landesjugendplan, Beträge in Euro

Förderbereiche	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Jugendbildungsreferentinnen und -referenten	903.000	903.000	903.000	903.000	903.000	903.000	903.000
Fachkräfte in Häusern der offenen Tür freier Träger	1.022.600	1.022.600	1.022.600	1.022.600	1.022.600	1.022.600	1.022.600
Personalkosten von Fachkräften für die Jugendarbeit im ländlichen Raum	561.300	561.300	561.300	561.300	561.300	561.300	561.300
Anerkannte Jugendverbände	143.200	143.200	143.200	143.200	143.200	143.200	143.200
Politische Bildung (z. B. staatsbürgerliche, gesellschaftliche, musisch-kulturelle, ökologische Bildung)	384.000	384.000	384.000	384.000	384.000	382.000	382.000
Ehrenamtliche Tätigkeit	227.500	227.500	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000
Sportpflege in den Jugendverbänden/Projektmittel für die Sportjugend	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	153.300	153.300
Internationale Jugendarbeit	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000

Quelle: MBWJK 2007, S. 30 ff.; MBWJK 2009, S. 40 ff.; Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2011, S. 27 ff. sowie 2012a, eigene Darstellung

Abbildung 52 zeigt die Entwicklung der über das Jugendministerium geförderten Maßnahmen³⁸ im Zeitraum 2009 bis 2013.³⁹ Dabei wird vor allem ein Anstieg von Tagesveranstaltungen (gem. Nr. 2.7 VV-JuFöG) erkennbar. Ihre Zunahme um knapp 42 %⁴⁰ gegenüber 2009 deutet einen Nachfragewandel auf Seiten der Verbände und jungen Menschen an: Ein geringerer Organisationsaufwand (keine Übernachtung) dürfte insbe-

sondere vor dem Hintergrund einer zeitlichen Verdichtung der Jugendphase für Ehrenamtler und Adressaten relevant geworden sein (vgl. auch Lange/Wehmeyer 2014).

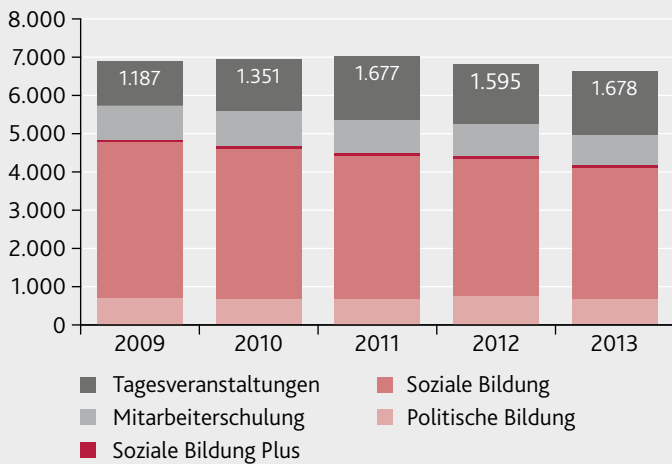
Hearing „Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement“: Die Zunahme projektgebundener Förderung auf Landesebene bedingt einen kurzfristigen Charakter der Angebotsstruktur vor Ort. Für den Aufbau nachhaltiger Strukturen in der rheinland-pfälzischen Jugend(verbands)arbeit ist eine flächendeckende Regelförderung – und sind vor allem Mittel für Personal – notwendig.

38 Die Gesamtzahlen sind u. a. in Abhängigkeit von Schwankungen einzelner (v. a. großer) Verbände, von Mitgliederzahlen, veränderten personellen Ressourcen oder der Ausrichtung inhaltlicher Schwerpunkte zu bewerten.

39 Über den Landesjugendplan geförderte Bildungsmaßnahmen bilden dabei nur den über öffentliche Haushalte geförderten Teil der Aktivitäten der verbandlichen und Offenen Jugendarbeit ab. Aussagen über Gesamttendenzen der Maßnahmen- und Teilnehmendenstruktur lassen sich auf dieser Datenbasis daher nur begrenzt treffen. Eine Annäherung an bisher „verdeckte“ Angebots- und Mitgliederstrukturen soll durch eine Überarbeitung der Bundesstatistik erreicht werden.

40 Auch bei den Tagesveranstaltungen sind jedoch jährliche Schwankungen zu berücksichtigen.

Abb. 52: Maßnahmenförderung des Jugendministeriums (nach Landesjugendplan)



Quelle: Nach Auskunft des LSJV und des LJR, eigene Darstellung

3.1.2 Veränderte Zeitfenster junger Menschen

Eine **empirische Studie** des Forschungsverbunds DJI/TU Dortmund (**Keine Zeit für Jugendarbeit!?**) ging für den Zeitraum 2011 bis 2013 der Frage nach, wie sich veränderte (zeitliche) Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen auf Jugendverbände in der Bundesrepublik auswirken und wie Jugendverbände darauf reagieren (vgl. Lange/Wehmeyer 2014, S. 77).⁴¹ Eine quantitative Online-Befragung wurde auf lokaler Ebene in zehn Bundesländern⁴² durchgeführt. Ihre Ergebnisse liefern auch Hinweise auf die Lage der verbandlichen Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz.⁴³ „Jugend-

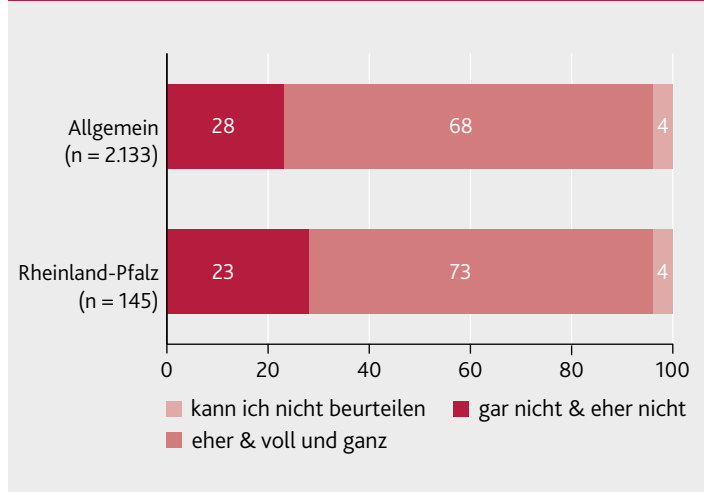
41 Dabei wurde sowohl die Perspektive von hauptberuflichen und ehrenamtlichen Verbands-Funktionären als auch die der Ehrenamtlichen erhoben, die regelmäßig Aktivitäten für ihren Verband durchführen.

42 Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt, vgl. Lange/Wehmeyer 2014, S. 83 f.

43 Rücklauf der Online-Befragung für Rheinland-Pfalz: n = 239 (davon 48 Hauptberufliche, 182 Ehrenamtliche und neun „Sonstige Mitarbeitende“); für Angaben zur Gesamt-Stichprobe vgl. Lange/Wehmeyer 2014, S. 94 ff.

liche haben nicht genug Zeit, sich zu engagieren“ – so fassen Lange und Wehmeyer die Wahrnehmung der Jugendverbände auf Grundlage ihrer Studie zusammen (ebd., S. 108). Auch für Rheinland-Pfalz zeigt sich dieses Bild: So empfindet der Großteil der befragten Verbands-Funktionäre, dass junge Menschen in Rheinland-Pfalz nicht genug Zeit haben, sich zu engagieren (68 %; vgl. Abb. 53) oder an Aktivitäten der Verbände teilzunehmen (74 %). 80 % der Befragten gaben an, dass der zeitliche Umfang der Teilnahme und des Engagements der Jugendlichen in den letzten Jahren bereits abgenommen hat.

Abb. 53: Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen im Verband: Haben Jugendliche nicht mehr genug Zeit, sich zu engagieren? Angaben in %



Quelle: Nach Auskünften des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, eigene Darstellung

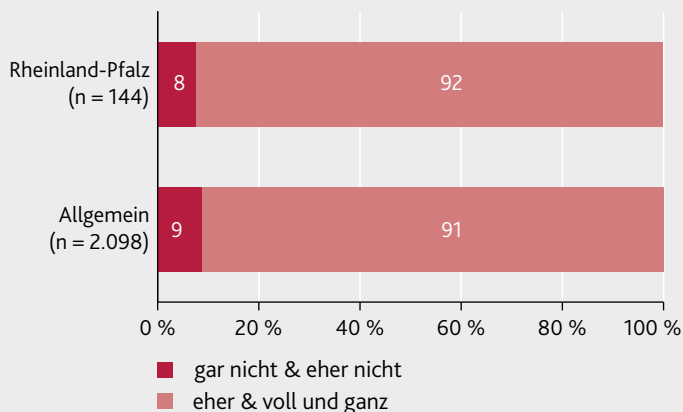
Für ihr ehrenamtliches Engagement im Verband bringen die jungen Menschen in der Woche etwa sechs bis sieben Stunden ihrer Freizeit auf. 54 % der 14- bis unter 18-Jährigen würden gern mehr Zeit in ihrem Verband verbringen, bei den 18- bis unter 22-Jährigen sind es fast 66 %.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Nur knapp 6 % (n = 2.161) der über die Fragebogenerhebung erreichten Jugendlichen gaben an, Teile ihrer Freizeit in einem Jugendverband zu verbringen.

Die Schwierigkeiten schlagen sich nach Empfinden der Verbände insbesondere auf der formalen Ebene nieder. Vor allem die Terminfindung wird in den letzten fünf Jahren zunehmend als problematisch erlebt (vgl. Abb. 54).

Abb. 54: Schwierigkeiten bei der Terminfindung für Aktivitäten des Verbandes, Angaben in %



Quelle: Nach Auskünften des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, eigene Darstellung

Dass die Verbände sich nun notwendigerweise an den „freien Zeiten“ der jungen Menschen orientieren, führt zu einer starken Konzentration der Aktivitäten auf die Abendstunden und das Wochenende (vgl. Abb. 55). Daraus sind v. a. veränderte Anforderungen an die Arbeitszeit und Flexibilität der hauptberuflich und ehrenamtlich Tätigen abzuleiten.

Hearing „Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement“:

Die Attraktivität des Ehrenamts ist in nicht unerheblichem Maße auch abhängig von der Vereinbarkeit vorlesungsfreier Zeiten mit den Schulferien. Lösungsansätze werden z. B. in entsprechenden Anpassungsbestrebungen der Universitäten gesehen.

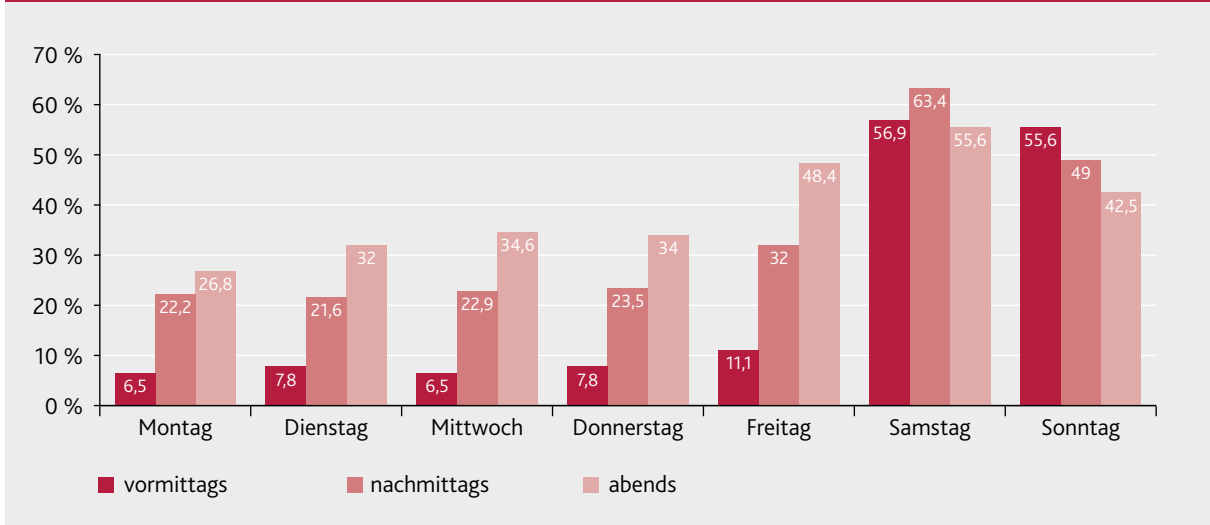
Abbildung 56 zeigt gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die aus Sicht der Verbände die oben beschriebenen Auswirkungen in besonderer Weise bedingen. Die Dortmunder Studie fragt in diesem Zusammenhang nach konkreten Ideen, die im Umgang mit einer zeitlichen Verdichtung der Jugendphase durch die Verbände entwickelt wurden. Knapp 43 % der befragten rheinland-pfälzischen Hauptberufler bzw. Funktionäre gaben an, dass im Verband dazu noch keine Strategie ausgearbeitet wurde. Nur in 17,5 % der Fälle (n = 120) konnten bereits konkrete Ideen umgesetzt werden.

Auskünfte zur Kooperation mit den Schulen zeigen, dass fast die Hälfte der befragten Verbände ihre Angebote zwar zeitlich mit den Schulen abstimmt oder diese als Pool zur Anwerbung von Teilnehmenden und Ehrenamtlichen nutzt. Umgesetzt werden Angebote im Ganztagsbetrieb hingegen nur in etwa 20 % der Fälle. Weitere 20 % geben an, Schulen überhaupt nicht als Plattform für ihre Aktivitäten zu berücksichtigen.

Diese Befunde bestätigen sich in den bundesweiten Ergebnissen der Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen in einer *Schulleitungsbefragung 2012*: Ein Großteil der Ganztagschulen lässt sein Ganztagsangebot teilweise von außerschulischen Kooperationspartnern durchführen – im Durchschnitt haben die einzelnen Schulen etwa vier oder fünf Kooperationspartner. Über alle Schulgruppen hinweg ist der Sport (Sportverein, -schule, -verband) häufigster Partner (Sek. I⁴⁵: 62 %; Gymnasium: 66,5 %; Primar: 85,9 %). Zum Teil deut-

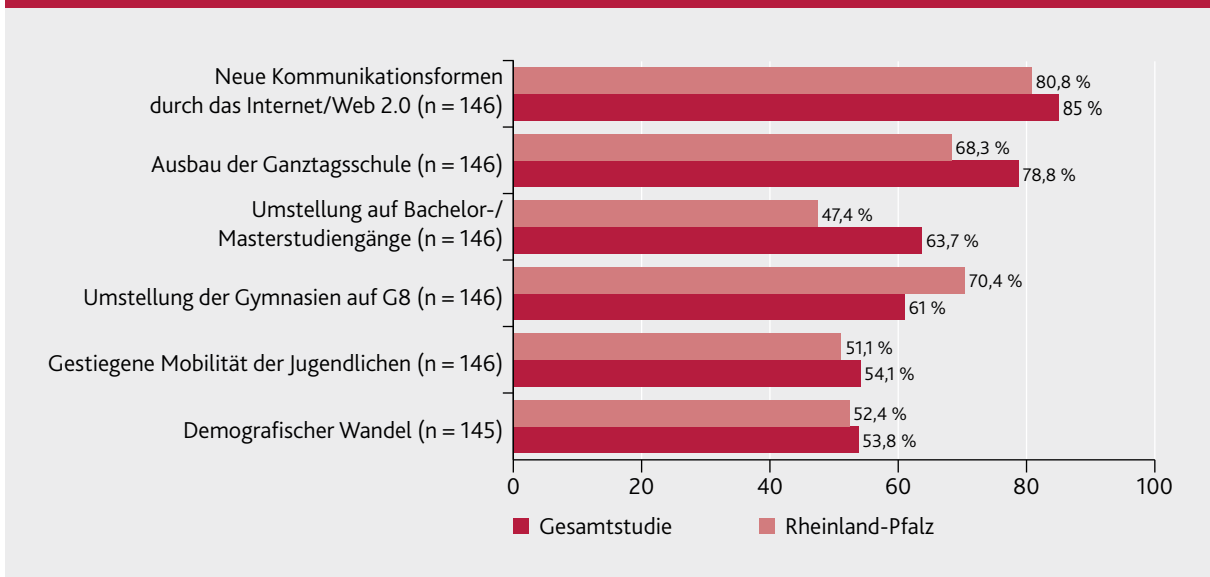
45 Ohne Gymnasium.

Abb. 55: Zu welchen Zeiten in der Woche finden die Verbandsaktivitäten statt? Mehrfachnennungen, nur Rheinland-Pfalz, n = 153, Angaben in %



Quelle: Nach Auskünften des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, eigene Darstellung

Abb. 56: Welche gesellschaftlichen Wandlungsprozesse haben Auswirkungen auf den Verband? Gesamtstudie und Rheinland-Pfalz im Vergleich⁴⁴, Angaben in %



Quelle: Nach Auskünften des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, eigene Darstellung

lich geringer ist der Anteil der Ganztagschulen aller Schulgruppen, die mit Kooperationspartnern aus der Kinder- und Jugendhilfe zusammenarbeiten

(Gymnasium: 42 %; Primar: 55,2 %; Sek.I: 59,4 %). „Die Schulen mit Sekundarstufe I (ohne Gymnasien) kooperieren zu je rund einem Viertel mit Jugendzentren oder Wohlfahrtsverbänden. Jugendsozialarbeit findet man hier – möglicherweise gerade mit Blick auf Berufsübergänge und beson-

⁴⁴ Hier wurden die Kategorien „eher“ und „voll und ganz“ zusammengefasst.

dere pädagogische Förderbedarfe – häufiger als an Schulen der anderen Schulgruppen. Jugendverbände hingegen sind generell kein häufiger Partner von Ganztagschulen.“ (StEG 2013, S. 31).

Die Kooperation der befragten Verbände mit den Schulen bedarf der strategischen Weiterentwicklung: Einerseits müssen Jugendverbände und Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit neue Strukturen im Umgang mit der Ganztagschule schaffen. Die Schule hingegen muss nicht-schulische Entwicklungsräume zulassen und sich auf diese einstellen.

In Rheinland-Pfalz wurden erstmals 2002 Kooperationsvereinbarungen von Ganztagschulen mit außerschulischen Partnern getroffen. Die über das rheinland-pfälzische Ausbauprogramm eingerichteten Ganztagschulen in Angebotsform im Bereich der allgemeinbildenden Schulformen (im Schuljahr 2014/15 waren es 604) wertet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur als Signal für den bildungspolitischen Aufbruch mit vielfältigen neuen Kooperationsmöglichkeiten von Jugendarbeit und Schule.⁴⁶

Hearing „Offene Jugendarbeit“:

Die Kooperation mit Schule „auf Augenhöhe“ wird von den Fachkräften vor Ort noch vielfach als unbefriedigend erlebt. Eine „partnerschaftliche Kooperation mit dem Ziel einer am Sozialraum orientierten sozialpädagogischen Schule als Teil einer kommunalen Bildungs- und Erziehungslandschaft“ wird dabei als zielführend erachtet (Krüdener 2013, S. 7).

46 Nach Auskünften des MBWWK (Stand: 09/14).

3.1.3 Interkulturelle Öffnung in der Jugendarbeit

Nicht zuletzt wegen des hohen Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sieht sich die Kinder- und Jugendhilfe vor die Aufgabe gestellt, „diese Bevölkerungsgruppe systematisch einzubinden und zu fördern“ (Bundesjugendkuratorium 2013, S. 21). So wird auch die Jugendarbeit ihre Attraktivität und Zugänglichkeit für diese Zielgruppe kontinuierlich überprüfen und weiterentwickeln müssen. Ein differenzierter Blick auf junge Menschen mit Migrationshintergrund in diesem Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe fällt jedoch schwer, da die Datenlage noch unzureichend ist: „Für qualifizierte Aussagen ist eine Verbesserung des Erhebungskonzeptes und der verfügbaren amtlichen Datensätze unerlässlich“ (ebd., S. 38).

In Rheinland-Pfalz zeigen sich aktuelle Ansätze, diese Datenlücke aufzuarbeiten. So untersucht ein auf drei Jahre angelegtes Praxisforschungsprojekt des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism)⁴⁷, wie sich Vielfalt und Diversität in der Offenen Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz zeigen und wie Jugendliche und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit umgehen. Über einen standardisierten Fragebogen wurden etwa 300 Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz angeschrieben. Auf der Grundlage des Rücklaufs (134 Fragebögen) liegen bereits erste Hinweise zur „interkulturellen Öffnung“ offener Einrichtungen der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz vor.⁴⁸

Der Anteil der Besucherinnen und Besucher mit Migrationshintergrund (MH) an den offenen Angeboten stellt sich nach Angaben der befragten Einrichtungen – Häuser der offenen Tür sowie Offene Treffs (OT) – in einer enormen Bandbreite dar:

47 „Praxisentwicklung der interkulturellen Offenen Jugendarbeit in Häusern der offenen Tür bzw. Offenen Treffs (OT)“, Laufzeit: 11/2012 – 10/2015; vgl. dazu auch Jagusch/Michel-Schilling 2014, S. 67 ff.

48 Stand: 28.05.2013.

- 11 % geben an, dass ihre Einrichtung nicht von Jugendlichen mit MH besucht wird,
- 27 % der Befragten geben an, dass bis zu einem Viertel ihrer Besucherinnen und Besucher einen MH hat,
- 22 % schätzen, dass bis zur Hälfte der Besucherinnen und Besucher einen MH haben,
- bei 26 % sind dies bis zu Dreiviertel der aufsuchenden Kinder und Jugendlichen und
- 14 % geben an, dass der Anteil der Jugendlichen mit MH bei über Dreiviertel der Besucherinnen und Besucher liegt.

Der jeweilige Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund spiegelt dabei aus Sicht der Einrichtungen weitestgehend das Verhältnis der Bevölkerungsstruktur im jeweiligen Einzugsgebiet wider (39 %) oder liegt eher höher (34 %; vgl. Jagusch 2013). „Im Hinblick auf die Differenzlinie Migrationshintergrund zeigt die Befragung, dass es rein quantitativ in Rheinland-Pfalz in einem großen Teil der OT gelingt, diese für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen, und dass der Trend zu einer hohen Repräsentanz von Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich wird.“ (vgl. Jagusch/Michel-Schilling 2014, S. 71).

Hinsichtlich der Personalstruktur zeigt die Befragung, dass

- in 51 % der Einrichtungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund beschäftigt sind (diese Angaben umfassen aber insbesondere auch geringfügig Beschäftigte und Ehrenamtliche);
- mehr als ein Drittel der Einrichtungen keine pädagogischen Fachkräfte mit Migrationshintergrund beschäftigt;
- mit Blick auf den Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Besucherinnen und Besuchern der OT (insgesamt über 80 %) „noch deutlicher Veränderungsbedarf [besteht, d. V.], bis die Maxime eines diversitätsbewussten Kollegiums flächendeckend

verankert ist“ (Jagusch/Michel-Schilling 2014, S. 68).

Migrationspezifische Kooperationsstrukturen bestehen, wie die Befragung zeigt, nur in etwa 20 % der Fälle mit Jugendmigrationsdiensten und in 11 % der Fälle mit Vereinen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Hier zeigt sich außerdem ein erkennbares Stadt-Land-Gefälle.

Interkulturalität ist in den befragten Offenen Treffs schon aufgrund der Besucherstruktur vielfach Realität, aber kaum explizit Thema bzw. Bestandteil einrichtungsinterner Konzepte. Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit haben mit einer Vielzahl weiterer Differenzlinien (z. B. jugendkulturelle Zugehörigkeiten, sexuelle Vielfalt, Milieuzugehörigkeiten) zu tun. Vor dem Hintergrund dieser „Gemengelage“ bescheinigen die Ergebnisse des Praxisforschungsprojekts jedoch, „dass es in den OT gelingt, die starren Grenzen der Herkunft zu überwinden und sich tatsächlich nur an den Zugehörigkeitsfragmenten zu orientieren, die im jeweiligen Augenblick für die Jugendlichen von Relevanz sind“ (ebd., S. 72). Die o.g. diversitätsbezogenen Handlungsbedarfe gilt es dennoch weiter herauszuarbeiten und auch konzeptionell stärker in den Einrichtungen zu verankern.

Ein Förderprojekt „**Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein**“⁴⁹ der Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz setzt im Sportbereich Akzente: „Das Förderprojekt der Sportjugend soll sensibilisieren und Sportvereine motivieren, sich für die Bewegungsbedürfnisse der muslimischen Mädchen einzusetzen. Dem Sport soll dabei innerhalb der ethnischen Gruppe der Mädchen eine höhere Akzeptanz zukommen. Die gemeinschaftliche und individuelle Integrationsbereitschaft sowie die Situation der Mädchen und Frauen in ihrem eigenethnischen Umfeld sollen sich verbessern“ (Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz 2012, S. 7).

⁴⁹ Gefördert durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen.

Sportvereinen werden konkrete Hinweise und Empfehlungen zum Aufbau von Sportangeboten mit traditionsgebundenen muslimischen Mädchen bereitgestellt (vgl. ebd., S. 9). Die Gründung integrativer Mädchensportangebote durch Vereine wird durch die Sportjugend bezuschusst.⁵⁰ Der Sportverein schließt dazu einen Kooperationsvertrag mit einer Einrichtung der Jugendhilfe und einer muslimischen Organisation bzw. einer Organisation unter ständiger Mitarbeit von Muslimen ab. Mit dieser Jugendarbeit soll „ein Beitrag zum Abbau der Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsbiografie und Basisarbeit für ein friedliches interkulturelles Zusammenleben geleistet“ werden (ebd., S. 7).

Hearing „Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement“: Zur Mitgliederverteilung und der stark diskutierten „Mittelstandslastigkeit“ der Jugendverbände mangelt es noch an empirisch abgesicherten Untersuchungen. Bekannt ist jedoch, dass neue Mitglieder oft aufgrund eines „Familienhabitus“ beitreten und die Verbände vorrangig auf die eigenen Mitglieder ausgerichtet bleiben (gemäß § 12 SGB VIII). Das lässt darauf schließen, dass die Mehrheit der Verbände noch keine klare Strategie für eine interkulturelle Öffnung verfolgt.

Im Rahmen eines Projektes der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (agarp) – **„Wege in eine demokratische Vielfalt – Qualifizierung und Empowerment der Migrant*innenorganisationen“** – stehen Beiräten für Migration und Integration sowie Migrant*innenorganisationen (MO) im Zeitraum 2013 bis 2016 bei Unterstützungsbedarf Ansprechpartnerinnen zur Verfügung, die entsprechend dem Bedarf z. B. regionale Workshops konzipieren und bei der Vernetzung von Beiräten und MO vor Ort unterstützen.⁵¹

⁵⁰ Der Förderzeitraum beträgt zunächst ein Jahr.

⁵¹ http://agarp.de/html/0003_projekte.html

3.1.4 Queere Jugendliche⁵² in der Jugendarbeit

„Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“ heißt der als Querschnittsthema von allen Ressorts getragene Landesaktionsplan, der im Rahmen des Koalitionsvertrags bis 2016 umgesetzt werden soll. Die Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt und die Bekämpfung von Ausgrenzungserfahrungen stehen dabei im Fokus (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013e, S. 3).

Studien belegen, dass lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Jugendliche aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. ihrer Geschlechtsidentität einem erhöhten Risiko an Ausgrenzungs- und Mobbing Erfahrungen ausgesetzt sind. Eine enorme psychosoziale Belastung erleben queere Jugendliche vor allem dann, wenn sie sowohl in der Familie als auch in der Schule Diskriminierung, Ausgrenzung und Abkehr erfahren (vgl. Kugler 2014). Etwa 60 % der Jugendlichen durchleben ihr inneres „Coming out“ zwischen dem 11. und 15. Lebensjahr (vgl. ebd.), also in der Lebensphase, in der die Kinder- und Jugendarbeit vielfach einen wichtigen Bezugspunkt darstellt. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen brauchen daher besondere Kompetenzen, um queeren Jugendlichen als potenzielle Ansprechpartner begegnen zu können. In der Interaktion mit queeren und nicht-queeren Jugendlichen muss die Fachkraft in der Lage sein, eine zugewandte und vorurteilsfreie Beziehungsqualität zwischen den jungen Menschen zu fördern.

Auf Initiative von QueerNet e.V., dem rheinland-pfälzischen Netzwerk für LSBTTI⁵³, und gefördert durch das Land Rheinland-Pfalz, startete 2009 ein landesweites **Aufklärungsprojekt für Schulen**

⁵² Die sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität von queeren Jugendlichen unterscheidet sich von der der Mehrheitsgesellschaft.

⁵³ Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle

(SchLAu RLP⁵⁴). Durch Begegnung und autobiografisches Erzählen will das Projekt unter dem Motto „Damit nicht mehr über uns geredet wird, sondern mit uns!“ Vorurteile bei jungen Menschen abbauen und LSBTTI-Jugendliche unterstützen.⁵⁵ Die ehrenamtlichen Teams der Standorte Mainz, Trier, Koblenz und Kaiserslautern richten ihr Angebot an Schulen sowie an Jugendeinrichtungen, Jugendverbände und Sportvereine. Die Nachfrage der außerschulischen Bereiche kann bisher wegen begrenzter Ressourcen der ehrenamtlichen Teams nur bedingt erfüllt werden, soll langfristig aber auch einen Schwerpunkt des Aufklärungsprojekts ausmachen.⁵⁶

Durch die Landesregierung wurde im Zeitraum Juni bis September 2013 eine **Online-Umfrage zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen** durchgeführt.⁵⁷ Diese enthielt u. a. Fragen „zur geschlechtlichen und sexuellen Identität, zur gesellschaftlichen Akzeptanz im Lebensumfeld, zu Bildung und Schule, zu Akzeptanz in der Arbeitswelt und der Ausbildung“ (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013). Wünschenswert und zielführend wäre es, wenn auf Grundlage der Umfrage auch Unterstützungsbedarfe für die Jugendarbeit konkretisiert und in geeignete Handlungsstrategien umgesetzt würden.

54 Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung in Rheinland-Pfalz.

55 Vgl. <http://www.schlau-rlp.de/uber-schlau>.

56 Nach Auskünften von QueerNet e. V.

57 Die Online-Umfrage befindet sich nach Auskünften des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen noch in der Auswertungsphase, die Ergebnisse werden unter www.regenbogen.rlp.de veröffentlicht.

3.1.5 Teilhabe und Engagement junger Menschen

Landesprojekte

Der erste Kinder- und Jugendbericht befasste sich ausführlich mit konkreten Partizipationsangeboten, -maßnahmen und -projekten in Rheinland-Pfalz. Vor allem das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“ wurde dabei in den Blick genommen (vgl. MBWJK 2010a, S. 235 ff.). Maßnahmen des Aktionsprogramms, die in der Zwischenzeit ihre Umsetzung fanden und dabei auch konkrete Partizipationsangebote für Jugendliche umfassen, sind u. a. (vgl. MBWJK 2010b):

- Die **Broschüre „Leitlinien zur kinder- und jugendfreundlichen Dorfentwicklung“**, die 2010 durch das Innen- und Jugendministerium herausgegeben wurde. Dort wurden u. a. konkrete Erwartungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern an eine kinder- und jugendfreundliche Dorfentwicklung aufgenommen.
- Die **Spielleitplanung** als kommunales Beteiligungs- und Gestaltungskonzept jugendlicher Lebensräume wurde bis 2014 durch das Jugendministerium und das Umweltministerium gefördert. Bis dahin konnte die Spielleitplanung in 39 Gemeinden (Rheinland-Pfalz besteht aus über 2.300 politisch selbstständigen Städten und Gemeinden) verankert werden; weitere sieben Gemeinden arbeiteten noch an der Umsetzung des Beteiligungskonzeptes.⁵⁸ Relevante Bereiche der Spielleitplanung für Jugendlichen wurden vor allem in der Schaffung von Treffpunkten im öffentlichen Raum sowie der Einrichtung von Aktionsflächen wie z. B. Skateranlagen oder Ballspielplätzen gesehen (vgl. MBWJK 2010b, S. 6).

58 Nach Auskünften des MULEWF, Stand 04/2014.

- Die Veranstaltungsreihe „**Engagierte Jugend in Rheinland-Pfalz**“ suchte im Jahr 2010 den Dialog mit jungen Menschen. Jugendliche aus Rheinland-Pfalz waren zu Gast in der Staatskanzlei und durften dort die Formen ihres persönlichen Engagements präsentieren.

Über die Leitstelle Partizipation wird die Beteiligung von jungen Menschen landesweit strukturell verankert. In diesem Rahmen geschieht auch eine „konstante fachliche Unterstützung und Qualifizierung sowie die Vernetzung der **kommunalen Jugendvertretungen** in Rheinland-Pfalz“.⁵⁹ So wurde im Juni 2014 bereits zum 12. landesweiten Treffen der kommunalen Jugendvertretungen eingeladen.

Im Jahr 2008 wurde das bundesweite Projekt „jungbewegt – dein Einsatz zählt!“ zur Engagementförderung junger Menschen durch die Bertelsmann Stiftung ins Leben gerufen. In Rheinland-Pfalz wurde das Projekt mit einer Auftaktveranstaltung im Sommer 2011 und in einer etwa zweijährigen Laufzeit in der Stadt Mainz (Modellstandort) umgesetzt. Grundlage war eine Kooperationsvereinbarung der Bertelsmann Stiftung mit dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen und der Stadt Mainz. Bis 2013 beteiligten sich vier Mainzer Schulen, fünf Kindertagesstätten, das Kinder-, Jugend- und Kulturzentrum Mainz-Hechtsheim/Ebersheim sowie die Jugendkirche livingroom in Mainz am Modellprojekt (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013 f.). Während der Projektlaufzeit sollten in Mainz „gute Voraussetzungen für freiwilliges Engagement geschaffen, die vielfältig vorhandenen Ansätze zusammengebracht und in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen neue Wege der Engagementförderung erprobt werden“ (Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2012b, S. 4).

Im Rahmen der Mädchenarbeit hat das Jugend- und Kulturzentrum Hechtsheim dabei die Idee von Demenzpatenschaften in Kooperation mit

dem Demenzcafé in Hechtsheim (DRK) umgesetzt. 16 Mädchen betreuten dort Demenzpatientinnen und -patienten, planten Projekte und Aktionen, die im Demenzcafé mit den betroffenen Menschen durchgeführt wurden.⁶⁰ Die Jugendkirche livingroom wiederum führte in Kooperation mit der IGS Anna Seghers ein Nachhilfe-Projekt für Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen durch. Die Modellstandorte sollen künftig anderen Einrichtungen und Kommunen bei der Entwicklung eigener Strukturen der Engagementförderung als Vorbild dienen.

Aus der Initiative „jungbewegt – dein Einsatz zählt!“ ist im Jahr 2012 auch das „**jugendforum rlp**“ unter dem Motto „liken, teilen, was bewegen“ hervorgegangen. Das Kooperationsprojekt der Bertelsmann Stiftung und der Staatskanzlei ermöglichte Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Rheinland-Pfalz eine Plattform für ihre aktive politische Beteiligung. Im Rahmen einer vierwöchigen Online-Diskussion im Diskussionsforum (www.jugendforum.rlp.de) und einer zweitägigen Jugendkonferenz in Mainz konnten junge Menschen sich für „ihre“ Themen stark machen und dabei konkrete Forderungen an die Landesregierung formulieren. Diese wurden in einem **Jugendmanifest („Unsere Zukunft bestimmen wir!“)** konkretisiert und der Landesregierung im November 2012 übergeben.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Zwischen den Selbstauskünften junger Menschen und den Forderungen aus dem „jungforum rlp“ sind Schnittmengen v. a. im Bereich ÖPNV und dem Zustand der Schultoiletten deutlich geworden. Im Bereich dieser Themen stellten die Jugendlichen in den Zukunftswerkstätten einen besonderen politischen Handlungsbedarf fest (vgl. Kap. 4).

⁵⁹ <http://mifkjf.rlp.de/kinder-und-jugend/jugendpolitik/beteiligung/>

⁶⁰ Vgl. http://net-part.rlp.de/fileadmin/netpart/Jungbewegt/jungbewegt_Plakate_Einrichtungen_Mainz_Maerz_2013.pdf.

Nachfolgender Auszug einer Stellungnahme der Landesregierung zum Jugendmanifest des „jugendforums rlp“ konkretisiert Entwicklungsbedarfe für eine an den unmittelbaren Lebenswelten der jungen Menschen orientierten Jugendpolitik: „Außerdem gibt es Punkte, die nicht in der Zuständigkeit der Landesregierung liegen, wie beispielsweise die Verbesserung des Zustands der Schultoiletten (Zuständigkeit des kommunalen Schulträgers), die Tarifstrukturen im Öffentlichen Personennahverkehr oder Busverbindungen in der Nacht (kommunale Zuständigkeit).“⁶¹

Beide Kooperationsprojekte des Landes und der Bertelsmann Stiftung sind Ansätze innovativer Beteiligungsstrukturen junger Menschen in Rheinland-Pfalz. Diese Potenziale gilt es nun aus ihrem bisherigen Modellcharakter zu lösen und sie in einer sowohl flächendeckenden als auch verstetigten Beteiligungsstruktur zu verankern.

Die Jugendleiterin- und Jugendleiter-Card (Juleica)

Die Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit werden wie kein anderes Feld der Kinder- und Jugendhilfe durch das Engagement von Ehrenamtlichen getragen. Das bundesweite Antragsverfahren zur Jugendleiterin- und Jugendleiter-Card (Juleica) liefert empirische Daten zur „Bedeutung und (...) Akzeptanz der **Juleica** als Qualifikationsnachweis und Anerkennung für freiwilliges/ehrenamtliches Engagement“ (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2011, S. 9).⁶²

Die Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJSTAT) stellt im Rahmen einer Kooperation mit dem Deutschen Bundesjugendring regelmäßig die aktuell verfügbaren nicht-amtlichen

Daten, die im Rahmen des Antragsverfahrens generiert werden, zu den Jugendleiterin- und -leitercards zusammen.⁶³ Auf dieser Datengrundlage wird auch ein differenzierter Blick auf die Jugendleiterinnen und Jugendleiter in Rheinland-Pfalz möglich. 2013 wurden in Rheinland-Pfalz 1.312 Juleicas ausgestellt. Abbildung 57 bildet ab, wie sie sich auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilen.⁶⁴ Gegenüber 2011⁶⁵ zeigt sich eine leichte Zunahme der ausgestellten Juleicas (2011: 1.288).

Abbildung 58 zeigt die Verteilung der Juleicas nach dem Alter der Antragstellerinnen und Antragsteller. Den höchsten Anteil der unter 20-Jährigen bilden dabei die 16- und 17-Jährigen (27,4 %). Inhaber der Juleica sind in Rheinland-Pfalz vor allem Schülerinnen und Schüler (42,1 %), Studierende stellen mit 17,4 % die drittgrößte Personengruppe dar. Die Gruppe der Jugendleiterinnen und Jugendleiter setzt sich stärker als im Bundesdurchschnitt vor allem aus Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums bzw. Personen mit Abitur zusammen. Angaben der Jugendleiterinnen und Jugendleiter zu ihren Tätigkeiten zeigen auf, dass sie sich vor allem bei der Organisation und Durchführung von Freizeiten engagieren (78 %) oder die pädagogische Betreuung und Anleitung einer Gruppe übernehmen (57 %).

61 <http://mifkif.rlp.de/aktuelles/einzelansicht/archive/2014/february/article/landesregierung-nimmt-vorschlaege-ernst-und-festigt-den-dialog/>

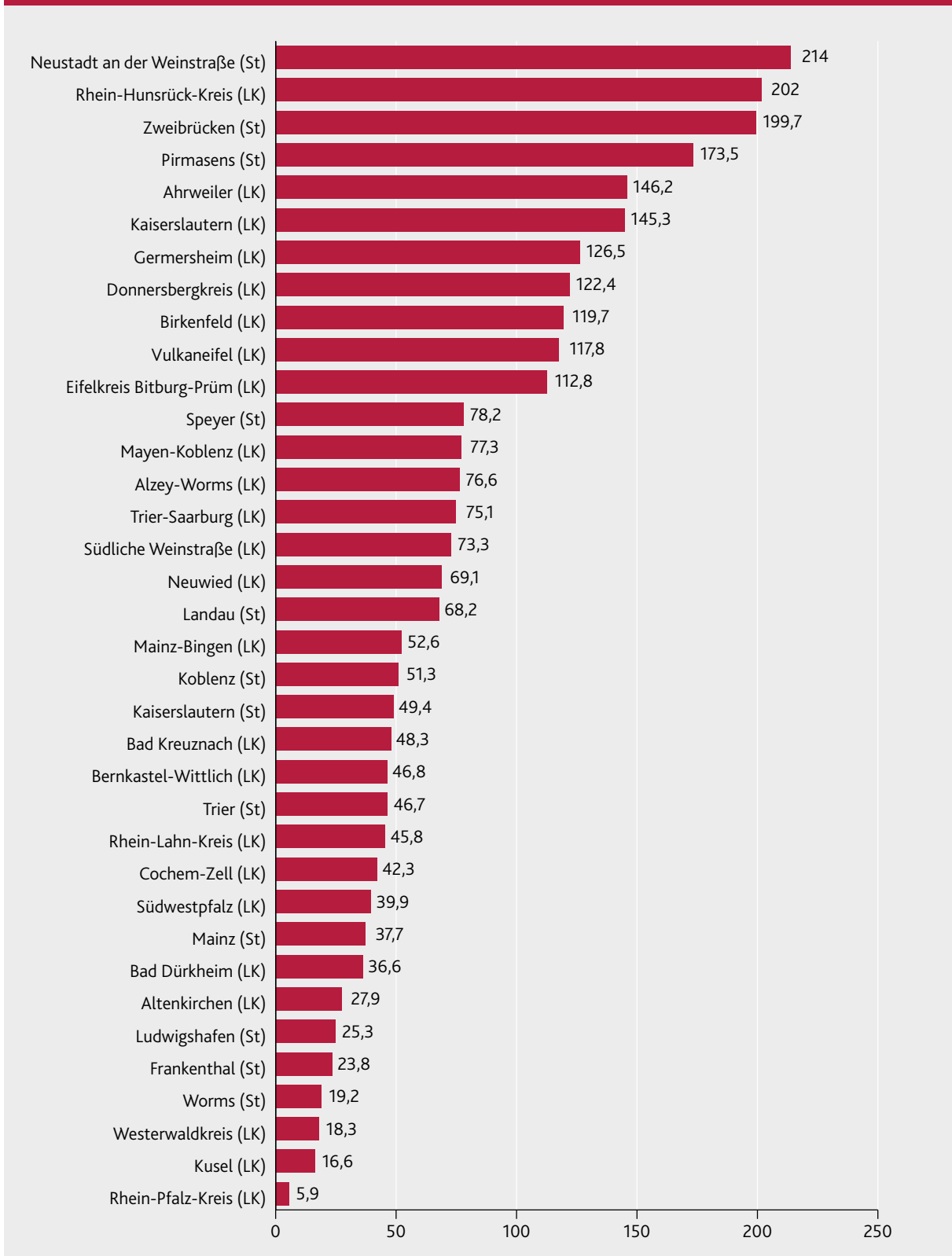
62 Verbunden mit der Beantragung einer Juleica werden seit April 1999 Grunddaten zu dieser Personengruppe abgefragt.

63 Vgl. <http://www.akjstat.uni-dortmund.de/index.php?id=406>.

64 Für 334 im Jahre 2013 ausgestellte Juleicas ist eine Zuordnung nach Kreis oder kreisfreier Stadt nicht möglich. Hier ist lediglich klar, dass es sich um Juleicas handelt, die Rheinland-Pfalz zuzuordnen sind. Diese 334 Fälle werden beim Gesamtwert für die Kreise und kreisfreien Städte nicht berücksichtigt.

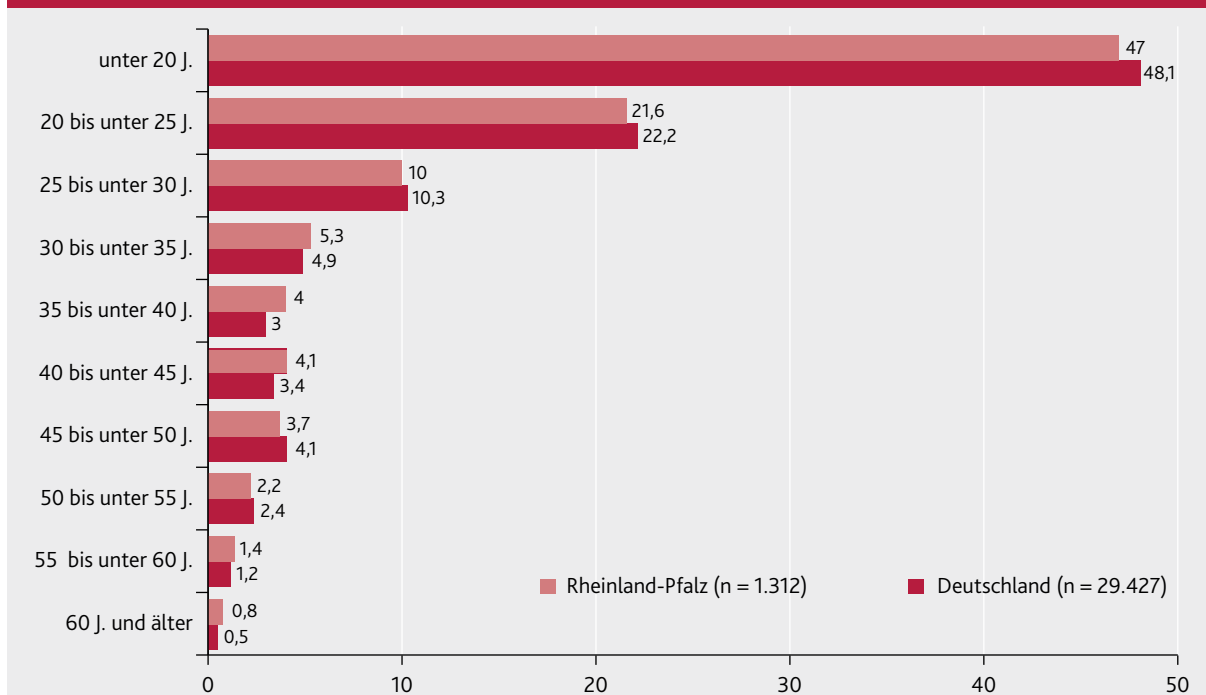
65 Die Vergleichbarkeit der ausgestellten Juleicas in den Jahren 2011 bis 2013 ist durch die Umstellung auf ein einheitliches Online-Antragsverfahren 2011 gegeben.

Abb. 57: Personen mit einer Juleica nach kreisfreien Städten und Landkreisen



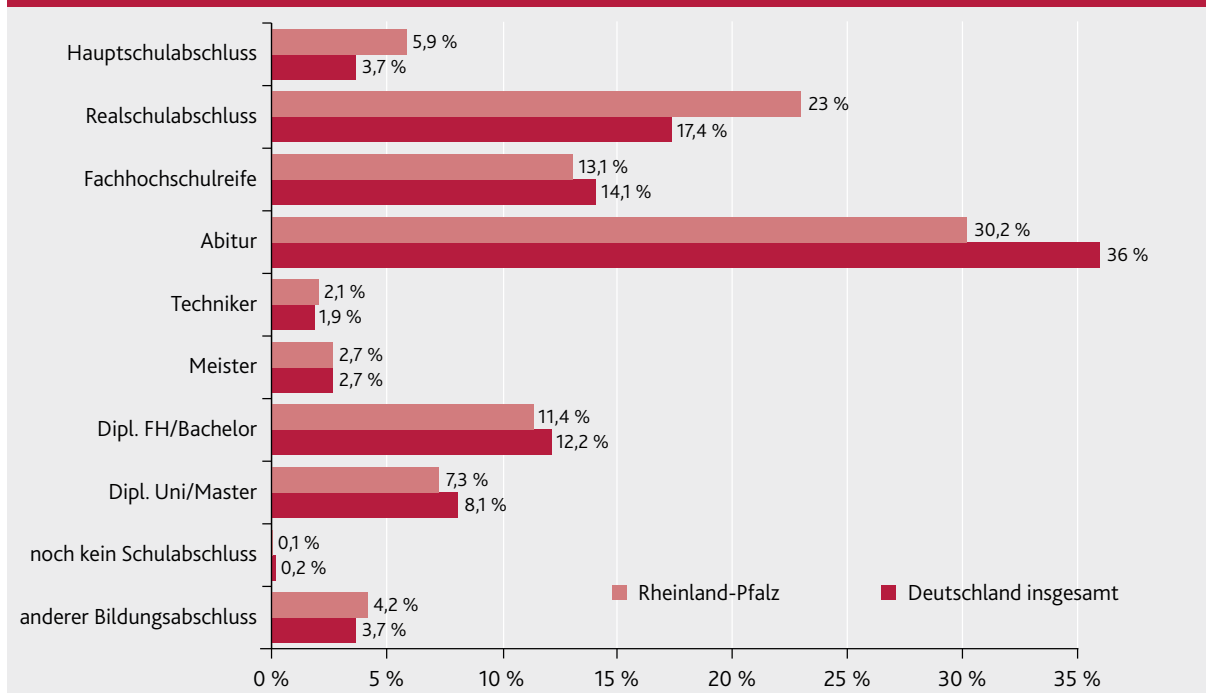
Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendringes zu den Jugendleiterinnen und -leitern mit einer Juleica (Stand 31.12.2013), nach Auskünften der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund, eigene Darstellung

Abb. 58: Personen mit einer Juleica nach dem Alter* der Jugendleiterinnen und -leiter 2013, Rheinland-Pfalz und Deutschland, Angaben in %



Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendringes zu Jugendleiterinnen und -leitern mit einer Juleica (Stand 31.12.2013), nach Auskunft der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJStat) des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Techn. Universität Dortmund

Abb. 59: Personen mit einer Juleica nach höchstem erreichtem Schulabschluss 2013, nur Jugendleiterinnen und -leiter im Alter von 20 Jahren und älter



Quelle: Datenbank des Deutschen Bundesjugendringes zu den Jugendleiterinnen und -leitern mit einer Juleica (Stand 31.12.2013), nach Auskünften der AKJStat des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität Dortmund

3.1.6 Medienbildung in der Jugendarbeit

Ein Zugang zum Internet und andere Medienangebote zählen seit Jahren zum festen Bestandteil der Einrichtungen. Jugendarbeit bietet eine geeignete Plattform für die fachliche und kompetente Begleitung der jungen Menschen im Umgang mit den (neuen) Medien. Um die Medienbildung in der Jugendarbeit zu stärken, hat das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2012 ein Fortbildungsprogramm („**Medienbildung in der Jugendarbeit**“⁶⁶) initiiert, das in einer eineinhalbjährigen Pilotphase vom Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz und der medien+bildung.com gGmbH umgesetzt wurde. Bis April 2014 haben 124 haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte der Jugendarbeit das entsprechende Zertifikat erworben. Darüber hinaus werden zukünftig Fördermittel für medienpädagogische Maßnahmen bereitgestellt, die von Einrichtungen beantragt werden können, bei denen eine Zertifikatsinhaberin oder ein Zertifikatsinhaber beschäftigt ist.⁶⁷

Zudem werden landesweit zahlreiche Medienprojekte angeboten, wie z. B. folgende Projekte des Instituts für Medienpädagogik/Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz:

- **lokal-global.de** ist mit fünf mobilen Internet-Cafés in Rheinland-Pfalz unterwegs und bietet in Einrichtungen der Jugendarbeit Workshops, Projekte, Weiterbildung und Internet-Events an (vgl. Abb. 60).⁶⁸
- **DiG.iT – Digitale Medienproduktion in der Jugendarbeit** unterstützt Jugendliche und Fachkräfte bei Projekten der Medienproduktion, u. a. durch die technische Ausrüstung und Beratung (vgl. ebd.).

66 Vgl. <http://mifkjf.rlp.de/aktuelles/einzelansicht/archive/2014/april/article/medienbildung-in-der-jugendarbeit-zertifikatskurs-geht-in-die-zweite-runde/>.

67 Vgl. <http://www.lokal-global.de/medienbildungjugendarbeit.html>.

68 Vgl. <http://www.lokal-global.de>.

- **Popcorn im Maisfeld** richtet sich ausschließlich an kinolose Regionen und Gemeinden im ländlichen Raum von Rheinland-Pfalz und ermöglicht in Kooperation mit der kommunalen Jugendpflege, mit Jugendverbänden und Vereinen Filmvorführungen und begleitete Filmarbeit vor Ort. In den vergangenen Jahren zeigt sich jedoch zunehmend, dass Jugendliche als Zielgruppe für diese Projektform kaum erreicht werden.⁶⁹

„**maps – Mediale Aktionsprojekte gegen Rechtsextremismus**“ hieß ein Medienprojekt des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt – und des Instituts für Medienpädagogik (Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V.), das im Zeitraum 2011 bis 2014 umgesetzt wurde. In 23 Filmprojekten hatten insgesamt 227 Jugendliche aus Schulen, Jugendzentren, der Jugendstrafvollzugsanstalt und einem Berufsorientierungsprojekt die Möglichkeit, eigenes Filmmaterial herzustellen. „Das Medium Film schafft (...) Probleme des Alltags der jungen Menschen an die Oberfläche, darunter auch Aspekte gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die das Substrat für rechtsextremistische Orientierungen abgeben. Sie lassen sich bei der Produktion und im Film selbst bearbeiten. Mobbing und Gewalt werden so zum Thema, Abwertung, Feindseligkeit (...)“.⁷⁰ Die Erkenntnisse des Projektes sollen in die weitere Zusammenarbeit der Projektpartner einfließen. Die Verbreitung der maps-Projekte wird vor allem auf die Bereitstellung langfristig gesicherter Ressourcen angewiesen sein.

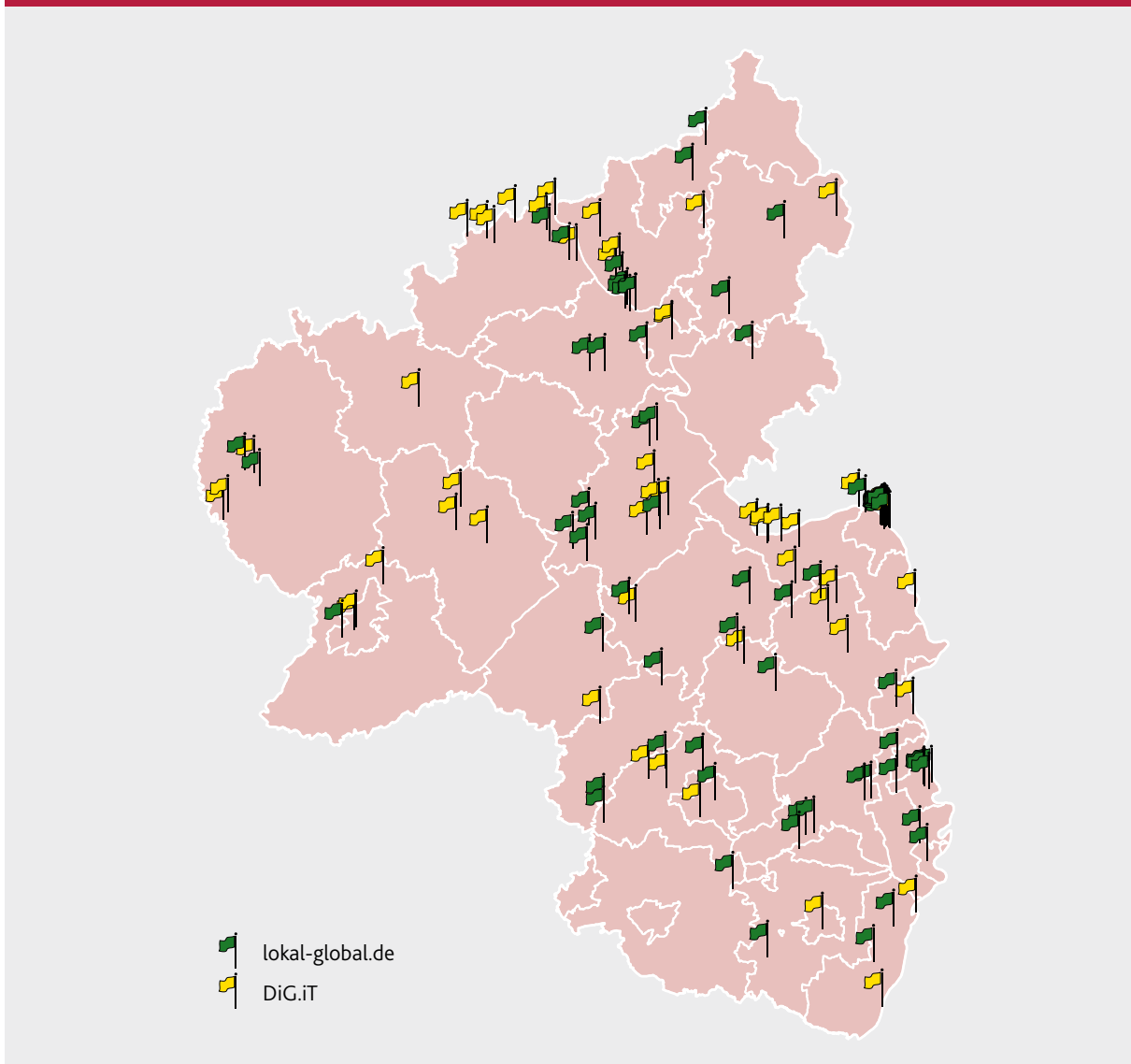
3.1.7 Jugendhilfe an der Schnittstelle zwischen Schule, Ausbildung und Beruf

Seit der PISA-Studie besteht eine hohe Übereinstimmung darüber, dass die Bildungsbedingungen von jungen Menschen in Deutschland verbessert

69 Nach Auskünften des Landesfilmdienstes Rheinland-Pfalz e. V.

70 <http://lsjv.rlp.de/einzelansicht/archive/2014/may/article/maps-mediale-aktionsprojekte-gegen-rechtsextremismus/>

Abb. 60: Projektstandorte des Landesfilmdienstes Rheinland-Pfalz e.V. 2013



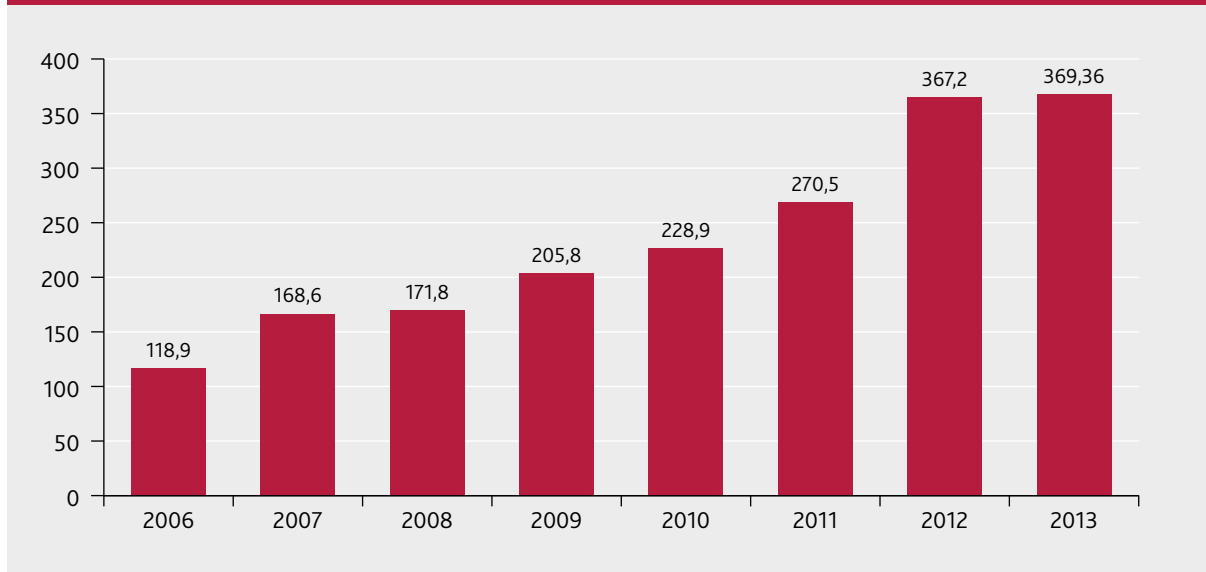
Quelle: Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V. (2013), eigene Darstellung

werden müssen. Neben einer Weiterentwicklung des Schulsystems bedarf es auch der Umsetzung eines über formale Bildung hinaus erweiterten Bildungsverständnisses sowie sozialpolitischer Interventionen zur Verbesserung der familialen Bedingungen des Aufwachsens von Kindern, die nachweislich mit dem voraussichtlichen Bildungserfolg korrelieren.

Das Bundesjugendkuratorium verwies im Jahr 2002 darauf, dass Bildung mehr ist als Schule (vgl. Bundesjugendkuratorium 2002). Dieses State-

ment nimmt Bezug auf die soziale Dimension von Bildung, die auch die Bearbeitung der Folgen eines hoch selektiven Bildungssystems einschließt. Spätestens an dieser Stelle zeigt sich die Verknüpfung der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Bildungssystem. In zahlreichen Untersuchungen ist hinreichend analysiert und beschrieben worden, wie ein erweitertes und gemeinsames Bildungsverständnis von Jugendhilfe und Schule aussehen könnte und dass über eine Kooperation die Schule zur Lebenswelt geöffnet und zugleich die Kinder- und Jugendhilfe stärker im schulischen Raum integ-

Abb. 61: Personalstellen § 13 SGB VIII schulbezogene Jugendsozialarbeit/Schulsozialarbeit (einschließlich Jugendsozialarbeit BVJ) ohne Jugendberufshilfe) in Rheinland-Pfalz 2006 – 2013



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und Darstellung

riert werden müsste. Strukturelle Fragen sind indes nicht geklärt. So herrscht Uneinigkeit darüber, ob der Ausbau von Jugendhilfeangeboten an Schulen eher die schulische Selektion noch befördert, ob das Schulsystem stabilisiert und ihre Indienstnahme noch vergrößert wird oder ob nicht doch ein Schulkulturwandel und eine Öffnung von Schule zur Lebenswelt einsetzt.

Die **Schulsozialarbeit** steht dabei als Synonym für die Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Dieser Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe hat in den vergangenen zehn Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren. Die Normalisierung der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich auch in diesem Bereich. Die noch in den 1980er Jahren als Unterstützungsstruktur für „problematische“ Schülerinnen und Schüler angedachte Schulsozialarbeit stellt heute weitgehend ein Regelangebot für alle Schultypen dar. Der derzeitige Schwerpunkt der Schulsozialarbeit findet sich zwar noch an Realschulen plus, Integrierten Gesamtschulen und Berufsbildenden Schulen, der Trend des Ausbaus von Schulsozialarbeit an Grundschulen und Gymnasien zeigt sich jedoch bundesweit. Eine Aufwertung der Schulsozialar-

beit ging im Jahr 2011 parallel mit der Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets einher, als den Kommunen begrenzt bis 2013 zusätzliche Mittel durch den Bund⁷¹ zur Verfügung gestellt wurden, die für das gemeinschaftliche Hortmittagessen von Schülerinnen und Schülern oder/und für die Schulsozialarbeit genutzt werden konnten. In Reaktion darauf wurden in vielen deutschen Kommunen neue Stellen bei öffentlichen und freien Trägern eingerichtet. Das Ziel war, über die Schulsozialarbeit vor allem die Bildungsbedingungen benachteiligter junger Menschen zu verbessern. In Rheinland-Pfalz wurden diese Mittel häufig in den Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit an Grundschulen investiert.

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 369,4 Personalstellen für die schulbezogene Jugendsozialarbeit/Schulsozialarbeit gemäß § 13 SGB VIII erfasst. Dies entspricht einem Eckwert von 4,95 Personalstellen pro 10.000 junger Men-

⁷¹ Der Bund erhöhte für den Zeitraum 2011 bis 2013 seine Beteiligung an den „Kosten der Unterkunft und Heizung“ der Kommunen um 2,8 Prozentpunkte.

schen unter 21 Jahren in Rheinland-Pfalz. Die Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit verteilen sich jedoch sehr unterschiedlich über die einzelnen Kommunen. Die Spannweite des Eckwertes innerhalb der rheinland-pfälzischen Jugendamtsbezirke reicht dabei von 2,23 bis 10,47 Personalstellen pro 10.000 unter 21-Jährigen. Seit dem Jahr 2006 sind die Personalstellen im Bereich der Schulsozialarbeit um 210,6 % gestiegen. Im Jahresvergleich 2011/2012 ergab sich eine deutliche Steigerung um 35,7 %. Im Jahresvergleich 2012/2013 fiel die Steigerung mit 0,6 % deutlich geringer aus.

Mit dem Wegfall der zusätzlichen Bundesmittel zum 31.12.2013 steht die Schulsozialarbeit erneut vor großen Herausforderungen. Zwar hat das Land die eigenen Fördermittel wieder auf den Stand von 2011 (rund 5,1 Mio Euro⁷²) angehoben, doch ist aus der Sicht der Akteure vor Ort für viele der rund 178 neu geschaffenen Personalstellen (vgl. Landtag Rheinland-Pfalz 2013, S. 1) eine Weiterführung nicht gesichert.⁷³ Im Mai 2013 hat die rheinland-pfälzische Landesregierung einen gemeinsamen Gesetzesantrag zur Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten in den Bundesrat eingebracht. Diesen lehnte die Bundesregierung unter Verweis auf die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter ab (vgl. ebd.). Das Land wird die Förderung der Schulsozialarbeit im Bereich der Realschulen plus, integrierten Gesamtschulen und der Berufsbildenden Schulen auf dem Niveau von 2011 weiterfördern. Über 230 Schulen und rund 165 landesgeförderte Stellen bekommen damit Planungssicherheit (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013d). Die Weiterführung der Schulsozialarbeit an Grundschulen und Gymnasien hängt vom neuen Schuljahr 2014 an jedoch vorrangig von politischen und finanziellen Spiel- und Handlungsräumen der Kommunen ab.

72 Nach Auskünften des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (04/2013).

73 Vgl. dazu de Graaff (Landesinitiative Schulsozialarbeit) sowie May/Neuner-Schewior (Jugendamt Ludwigshafen am Rhein) im Hearing „Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe: Bestandsaufnahme und Perspektiven in und für Rheinland-Pfalz“ am 18.06.2013.

Im Übergang zwischen Schule und Ausbildung oder Beruf werden Jugendliche durch Angebote der **Jugendberufshilfe** als Teil der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII unterstützt, deren Ziel ihre soziale und berufliche Integration ist. Ergänzend zu kommunalen Angeboten der Jugendberufshilfe sieht das rheinland-pfälzische ESF⁷⁴-Programm mehrere rechtskreisübergreifend ausgerichtete Instrumente zur Unterstützung von Jugendlichen im Übergang vor, darunter die folgenden⁷⁵:

Mit präventiven, arbeitsweltorientierten Angeboten helfen sozialpädagogische Fachkräfte unter der Bezeichnung „Jobfux“ dabei, „Grenzen zwischen Schulsystem, Jugendhilfe und Berufssystem zu überwinden“ (MSAGD 2013, S. 76). Insbesondere Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen von Schulen mit Berufsreifeabschluss sind Zielgruppe des Programms. Im Schuljahr 2013/14 wurden in Rheinland-Pfalz 32 Jobfux-Projekte in 19 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten gefördert. Über diese Projektform wurden etwa 7.500 Schülerinnen und Schüler erstmals erreicht (ebd.).

Im gleichen Zeitraum wurden in 18 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in 22 Projekten „Kommunale Jugendscouts“ gefördert. Diese unterstützen Jugendliche, die „wegen persönlicher Merkmale vorhandene Angebote zur beruflichen Eingliederung nicht oder nicht mehr in Anspruch nehmen oder mit diesen noch nicht eingegliedert werden konnten, (...) beim Zugang zu angemessenen Aktivierungs-, Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten, um ihre Chancen auf Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern“⁷⁶. Über die Jugendscouts konnten im Jahr 2013 etwa 3.800 Jugendliche und junge Erwachsene erreicht werden. Die Zahl der Neueintritte lag bei knapp 2.500 (MSAGD 2013, S. 78).

74 Europäischer Sozialfonds (ESF).

75 Diese Projekte werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landesarbeitsministeriums Rheinland-Pfalz finanziert.

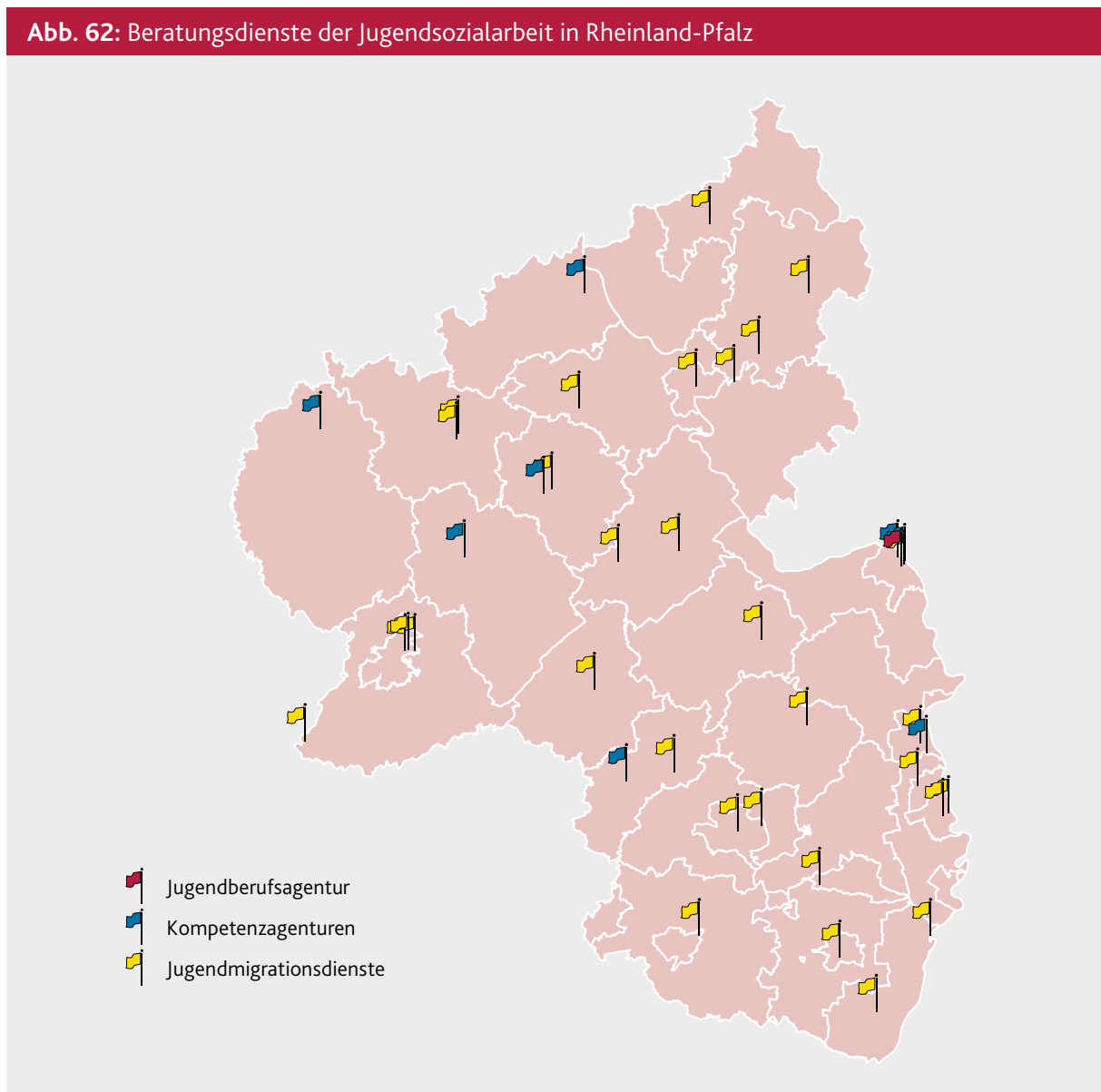
76 <http://esf.rlp.de/esf-foerderung-2007-2013/rahmenbedingungen/>

Über den Förderansatz „Fit für den Job“ sollen schließlich Jugendliche erreicht werden, „denen es aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen bisher nicht gelungen ist, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und die auch nicht für eine Berufsvorbereitung im Rahmen einer berufsvorbereitenden Maßnahme geeignet sind und denen keine andere arbeitsmarktpolitische Integrationsmaßnahme von Bund, Land oder Kommune angeboten wurde“ (ebd. S. 81). Gefördert wurden über

diesen Ansatz im Jahr 2013 24 Projekte mit etwa 1.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Bislang stehen jedoch nicht die erforderlichen Ressourcen für den Aufbau einer flächendeckenden Angebotsstruktur zur Verfügung (ebd. S. 79).

Das Angebot der Jugendsozialarbeit wird in Rheinland-Pfalz durch weitere Beratungsdienste ergänzt, die Abbildung 62 im Ausschnitt zeigt (vgl. auch MBWJK 2010a, S. 168 ff.).

Abb. 62: Beratungsdienste der Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz



Quelle: <http://www.jugendberufsagentur-mainz.de/>; <http://www.jugendmigrationsdienste.de/>; <http://www.kompetenzagenturen.de/>, eigene Darstellung (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

Hearing „Schulsozialarbeit/Jugendberufshilfe“:

Es gibt in Rheinland-Pfalz zwar eine Vielzahl an Maßnahmen (und Fördermodellen) in der Jugendberufshilfe, aber einen großen Bedarf an Vernetzungsstrukturen.

3.1.8 Ist Jugend(-pflege) ein Thema in den Gemeinden und Städten?

Ein Blick in die Regionen des Landes gibt Hinweise auf die Bedeutung der Jugendgeneration und ihrer spezifischen Angebotsstrukturen vor Ort: Längst präsentieren sich Verbandsgemeinden und verbandsfreie Gemeinden und Städte mit einem eigenen Webauftritt im World Wide Web. Alle bürgerrelevanten Informationen und Angebotsstrukturen werden dort aufbereitet und spiegeln Schwerpunkte des (politischen) Gemeindelebens wider. Eine inhaltliche Analyse der Webauftritte der Gemeinden und Städte⁷⁷ ermöglicht eine Annäherung an folgende Fragestellungen:⁷⁸

- Wird Jugend als eigenständige Zielgruppe des Internetangebots angesprochen bzw. werden Angebote für die Jugend bzw. der Jugendpflege auf Anhieb sichtbar präsentiert?
- Welche Räume für Jugendliche (z. B. Jugendtreff, Jugendzentrum, Jugend-Café) werden auf Anhieb sichtbar präsentiert?⁷⁹
- Vor allem in ländlichen Regionen ist Mobilität ein großes Thema für Jugendliche. Wo wird das konkrete Angebot bzw. die Verfügbarkeit eines

eigenen Spielmobils oder eines Jugend- bzw. Ruftaxis⁸⁰ präsentiert?⁸¹

Abbildung 63 fasst die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zusammen und bildet die „Jugend-Webpräsenz“ in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie auf Anhieb ersichtliche Angebotsformate der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden und Städte ab.

Für die Berechnung der „Jugend-Webpräsenz“ wurden die Ergebnisse der einzelnen Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden verrechnet (Webpräsenz: ja oder nein) und daraus der Prozentsatz vorhandener Webpräsenz für den Landkreis insgesamt errechnet. Die kreisfreien Städte erhalten automatisch einen Wert von 100 %, wenn Frage 1 erfüllt ist. Die Kategorisierung der Webpräsenz (vgl. Abb. 63) wurde dann wie folgt vorgenommen:

- oberes Drittel „Webpräsenz“: Mittelwert zwischen 80 % und 100 %,
- mittleres Drittel „Webpräsenz“: Mittelwert zwischen 41 % und 79 %,
- unteres Drittel „Webpräsenz“: Mittelwert zwischen 0 % und 40 %.

Über die kleinräumliche Betrachtung der „Jugend-Webpräsenz“ zeichnet sich eine regionale Differenzierung der (öffentlich ersichtlichen) Bedeutung von Jugend ab. Während für viele Regionen in Rheinland-Pfalz auf dem beschriebenen Weg kaum oder keine Informationen über jugendspezifische Angebotsstrukturen zugänglich werden, präsentieren sich vor allem die nord-östlichen Landkreise sehr jugendfreundlich.

Die konkrete Umsetzbarkeit jugendspezifischer Angebote ist immer auch in Abhängigkeit von der

77 Auf Ebene der Verbandsgemeinden und kreisfreien Städte (nicht berücksichtigt sind hier die übergeordneten Webauftritte der Landkreise selbst); Stand: 03/2014.

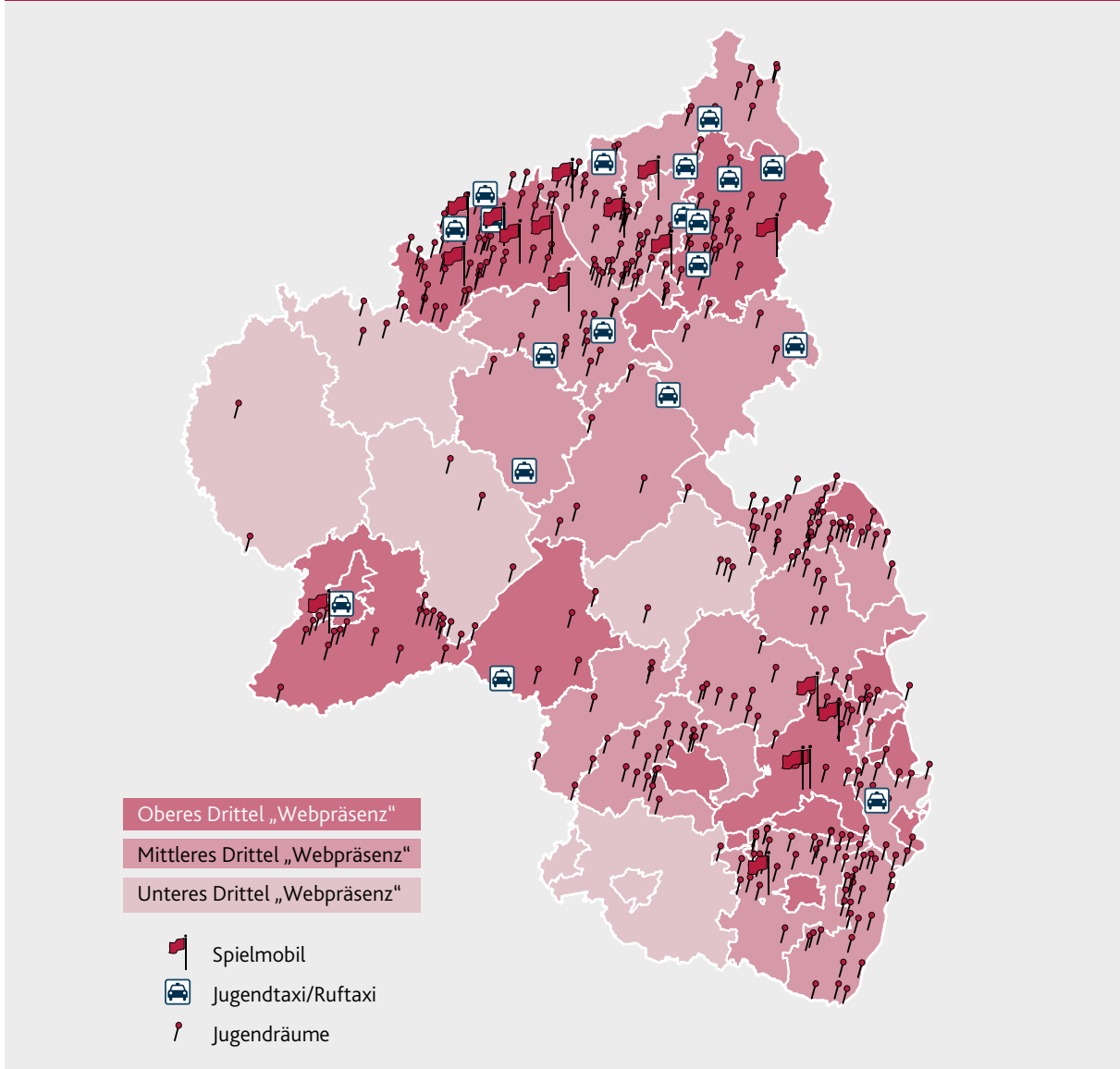
78 Damit wird nicht das tatsächliche Vorhandensein bestehender Angebote beschrieben, sondern die Form der Präsentation und Zugänglichkeit.

79 Nicht berücksichtigt sind hier die Webauftritte der Landkreise und kreisfreien Städte.

80 Hier wurden nur solche Ruftaxis berücksichtigt, für die ein konkreter Hinweis auf den Einsatz in den späten Abend- und Nachtstunden ersichtlich war.

81 Nicht berücksichtigt sind hier die Webauftritte der Landkreise und kreisfreien Städte.

Abb. 63: Jugend-Webpräsenz in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz sowie ausgewählte Angebotsformate der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden und Städte



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

finanziellen Ausstattung der Kommune und dem landespolitischen „Rückenwind“ zu bewerten. Insbesondere vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Wandels und der räumlichen Neuorientierung von heranwachsenden Menschen – der Frage, ob sie in der Region bleiben oder gehen – müssen sich vor allem ländliche Gemeinden zunehmend mit ihrer Attraktivität für die junge Generation auseinandersetzen und diese offensiv weiterentwickeln.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Fast 56 % der Jugendlichen bewerteten das Freizeit- und Kulturangebot ihres Wohnorts als schlecht oder sehr schlecht. 6,6 % bewerteten es als sehr gut und 12,1 % als gut.

3.1.9 Informelle Formen jugendlicher Vergemeinschaftung und Selbstaneignung des öffentlichen Raums – Oder: Jugendarbeit im weiteren Verständnis

Mit der Offenen und verbandlichen Jugendarbeit sowie der Jugend- und Schulsozialarbeit wurde bislang v. a. die institutionelle „Angebotspalette“ des Entwicklungsraums Peers in den Blick genommen. Das Spektrum jugendlicher Vergemeinschaftungsformen im öffentlichen Raum geht jedoch weit über diese „formalen Gelegenheitsstrukturen“ hinaus. Tatsächlich werden Einrichtungen und Angebotsformen der klassischen Jugendarbeit von einer zahlenmäßig kleinen Zielgruppe in Anspruch genommen.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

Danach befragt, welche Freizeit- und Kulturangebote die jungen Menschen in ihrer Umgebung nutzen, gaben 73,8 % (n = 2.122) der Jugendlichen an, nie, und 13,2 %, selten in ein Jugendhaus zu gehen (zusammen: 87 %). Als Gründe dafür, kein Jugendzentrum zu besuchen, wurden vor allem eine geringe Attraktivität des Angebots („Dort gibt es nichts, was mich interessiert“; 56,2 %) und andere Interessen (47,5 %) benannt.

Anders als Busbahnhöfe und Spielplätze haben sich Einkaufszentren und Fast-Food-Ketten „unter dem Schutz der Konsumentenrolle“ (Deinet 2013 im Hearing „Offene Jugendarbeit“) als gesellschaftlich akzeptierte Treffpunkte für Jugendlichen im öffentlichen Raum etablieren können.

Ganz nebenbei geschieht an diesen Orten ein hoher Grad der „Durchmischung“ von Altersgruppen sowie sozialen und kulturellen Milieus. Auch durch ihre attraktiven Öffnungszeiten (z. T. 24 Stunden geöffnet) sind diese „kommerziellen (Frei-)Räume“ zuverlässige Gelegenheitsstrukturen für die jungen Menschen geworden. Ihre Beliebtheit zeigt sich auch in den Ergebnissen der Jugendbefragung

zur Nutzung von Orten der Freizeitgestaltung in Rheinland-Pfalz (vgl. Kap. 7.3)⁸².

Hearing „Offene Jugendarbeit“:

McDonald's – die erfolgreichste Einrichtung Offener Jugendarbeit?!

Formen der Rauman eignung und Vergemeinschaftung junger Menschen gehen aber auch über die Grenzen und Orte der eigenen Peergroup hinaus. Besonderer Beliebtheit als „situative Eventgemeinschaft“ (Gebhardt 2013 im Hearing „Jugend heute“) erfreuen sich dabei **Flashmobs**. Diese zeichnen sich durch einen hohen kreativen Grad der Selbstorganisation aus und sind dabei nicht auf die Jugendgeneration beschränkt. Organisiert werden die situativen Zusammenkünfte meist über das Internet oder andere Zugänge der modernen Medien. Für Rheinland-Pfalz besteht beispielsweise ein eigenes Forum, in dem die geplanten Aktionen angekündigt und angeworben werden.⁸³ Die beteiligten Personen kennen sich meist nicht oder nur vereinzelt. Neben künstlerischen Performances oder kleinen Demonstrationen mit politischem Charakter sind Flashmobs oft reine Spaß-Aktionen (vgl. ebd.).

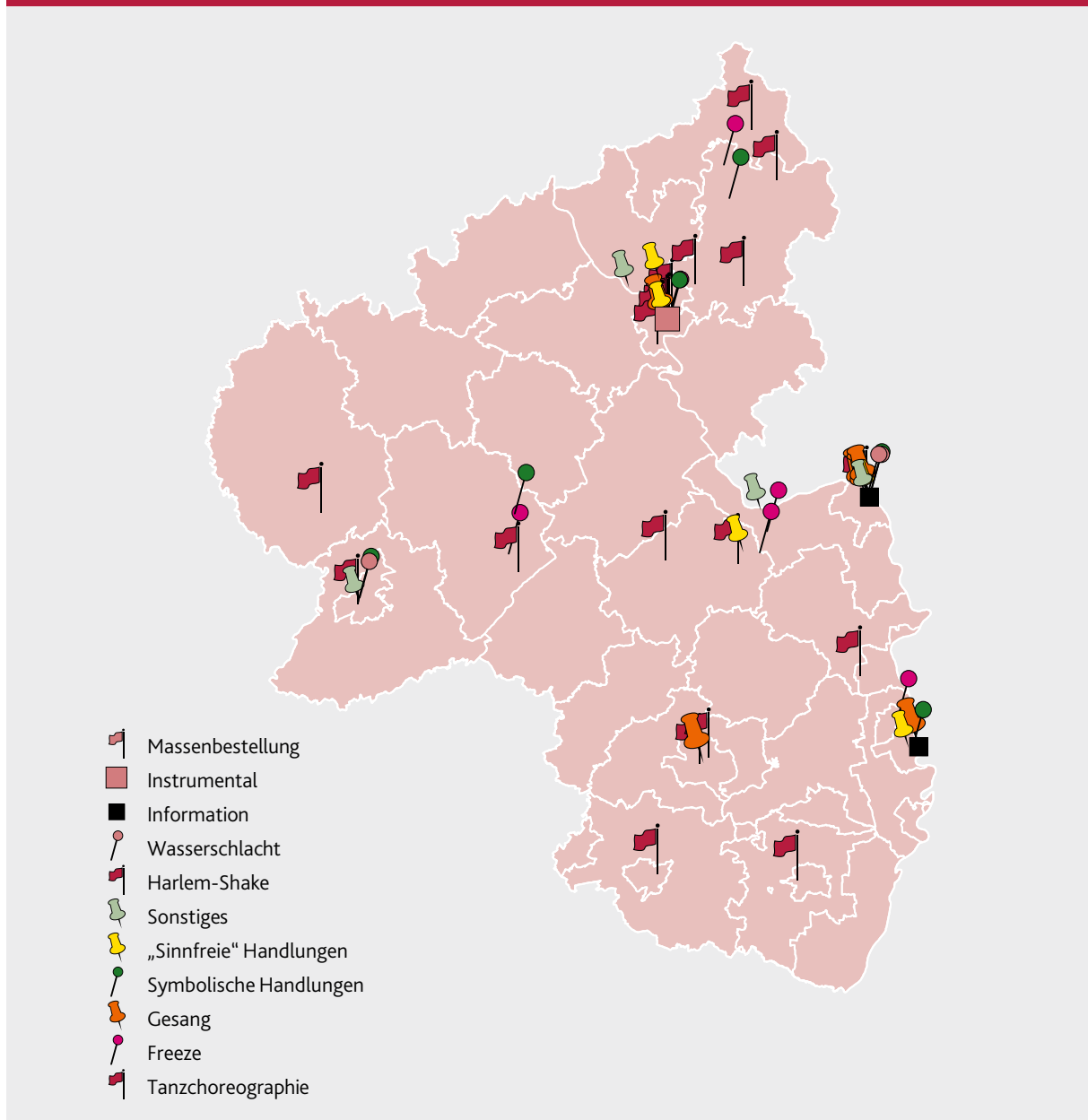
Flashmobs werden nicht systematisch erfasst, von den beteiligten Personen aber vielfach medial aufgezeichnet und auf Videoplattformen in das Internet hochgeladen. Eine Recherche über die Plattform „youtube“ ermöglicht die regionale Abbildung rheinland-pfälzischer Flashmobs im Zeitraum 2010 bis 02/2014 (vgl. Abb. 64). So erschließt sich eine erweiterte Sichtweise auf „die“ Jugend und ihre Lebenswelten.⁸⁴

82 Ähnlich wie bei den Angeboten der Jugendarbeit ist auch hier einschränkend zu berücksichtigen, dass Fast-Food-Ketten und Einkaufszentrum nur einer Teilmenge der jungen Menschen im Nahraum zur Verfügung stehen, und vor allem Jugendliche in ländlichen Regionen weniger davon profitieren können.

83 <http://www.flash-mob.de/rheinland-pfalz/>

84 Die Recherche auf „youtube“ berücksichtigte im Suchraaster alle Gemeinden und Städte mit mindestens 1.000 Einwohnern und ergab auf dieser Grundlage 54 Flashmobs für Rheinland-Pfalz (Stand: Februar 2014).

Abb. 64: Flashmobs in regionaler Verteilung in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 2010 – 02/2014



Quelle: Eigene Darstellung anhand von Videoauswertungen auf der Plattform „youtube“; <http://www.youtube.com>
(Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

Auch die **Silent Climate Parade**, die im Jahr 2014 zum dritten Mal in Folge von der BUNDjugend und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr Rheinland-Pfalz (FÖJ RLP) in Mainz organisiert wurde, steht sinnbildlich für die Selbsteignung des öffentlichen Raums durch die junge Generation. Mit Kopfhörern bestückt tanzten etwa 200 junge Menschen durch die Mainzer Straßen – mit einer klaren Botschaft an die Politik. So forderten sie,

„(...) die globale Erwärmung durch die Begrenzung der Treibhausgasemissionen aus Stromgewinnung und Verkehr zu bekämpfen und jungen Menschen ein angemessenes Mitspracherecht bei langfristigen politischen Entscheidungen zu gewähren“.⁸⁵

⁸⁵ <http://rlp.bundjugend.de/scp/>

Ein im weiteren Verständnis in besonderer Weise an den Lebenswelten junger Menschen orientierter Ansatz der Jugend- und Sozialarbeit findet sich in der Arbeit von **Fanprojekten**: „Fanprojekte nehmen die jugendlichen Fans individuell in ihrer spezifischen Lebenssituation ernst und tragen dazu bei, die vielen positiven Potenziale der Fankultur zu aktivieren und für die Gesellschaft nutzbar zu machen. Der Fußball insgesamt, aber besonders die Fankultur, stellen eine sehr große Kraft im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus dar“ (Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend 2012a, S. 7). Eines der Leitziele der Fanprojekte ist daher die Sensibilisierung der jungen Menschen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung. Des Weiteren steht vor allem ihr präventiver Ansatz im Vordergrund. Grundlage für die Arbeit der Fanprojekte bildet das Nationale Konzept Sport und Sicherheit. Inhaltlich begleitet und beraten werden die bundesweit 55 Fanprojekte an 50 Standorten durch die Koordinationsstelle Fanprojekte (vgl. Gabriel 2014). Auch in Rheinland-Pfalz haben sich an den Standorten Mainz (1994), Trier (2009) und Kaiserslautern (2007) Fanprojekte in der öffentlichen Jugendhilfe etablieren können. Das Finanzierungsmodell sieht dabei die Beteiligung der jeweiligen Kommune, des Landes und des zuständigen Fußballverbands vor.

Fanprojekte erreichen über das attraktive Medium „Fußball“ vor allem auch Jugendliche, die von Regelleistungen und Angeboten der Jugendhilfe nicht mehr oder nur schwer erreicht werden. Dies bedingen der niedrigschwellige Zugang, das Gefühl von Solidarität und Zusammenhang unter den Fans sowie die Teilhabe an Aktivitäten im öffentlichen Raum (vgl. Gabriel im Hearing „Jugend (arbeit) 2.0“).

Die Fanprojekte arbeiten darüber hinaus zum Großteil mit den Arbeitsagenturen vor Ort zusammen: So werden z. B. die Projekte „Pro Ausbildung“ in Kaiserslautern oder „Projekt Arbeit?!“ in Mainz in Kooperation durchgeführt (vgl. Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend 2012b, S. 39, 47).

Besonders die Ultras erfreuen sich einer hohen Attraktivität bei den Jugendlichen: In vielen Städten sind sie die örtlich größte Jugendsubkultur (vgl. Gabriel im Hearing „Jugend(arbeit) 2.0“). Vor diesem Hintergrund könnten auch Fanprojekte im weiteren Verständnis von Jugendarbeit zu den größten „Jugendhäusern“ der Stadt gezählt werden.

3.1.10 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz zielt vor allem darauf ab, „die Lebenskompetenz von jungen Menschen [zu, d. V.] fördern, indem Angebote und Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die Kinder und Jugendliche dazu befähigen sollen, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen, kritik- und entscheidungsfähig zu werden sowie Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber Mitmenschen zu übernehmen“ (www.jugend.rlp.de). Auch sollen Fachkräfte, Eltern und andere Erziehungsberechtigte befähigt werden, junge Menschen gegenüber gefährdenden Einflüssen stark zu machen. Anders als der gesetzliche und der strukturelle Kinder- und Jugendschutz stellt der erzieherische Kinder- und Jugendschutz dabei den Präventionsgedanken in den Vordergrund. Inhaltlich umfasst er ein breites Themenspektrum (vgl. ebd.):

- Medienpädagogik und Jugendmedienschutz
- Kriminalitätsprävention
- Sucht und Suchtprävention
- Politischer Extremismus
- Neureligiöse Bewegungen
- Jugendarbeitsschutz
- Gewalt, Aggression und Jugenddelinquenz
- Sexueller Missbrauch, Kindesmisshandlung und -vernachlässigung
- Gesundheitserziehung
- Sexualpädagogik

Die Netzwerk-Kommunen des Arbeitskreises Jugendschutz Nord veranstalteten im Zeitraum April bis Juni 2013 in Kooperation mit dem Landesjugendamt erstmalig **Projektwochen zu ausgewählten aktuellen Themen des Kinder- und Jugendschutzes**. Sechs Jugendämter initiierten themenspezifische Veranstaltungen u. a. zu Rechtsextremismus, Prävention gegen sexualisierte Gewalt, Mobbing, Glücks- und Computerspielsucht, Social Communitys und Medienkompetenz. Sie wenden sich an Schulklassen und Eltern, vor allem aber an Fachkräfte der außerschulischen Jugendarbeit sowie an Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Diese neue Form der kommunalen Zusammenarbeit wurde im Jahr 2014 gefestigt und weitergeführt.

Die rheinland-pfälzische **Woche der Kinderrechte** findet seit 2007 als regelmäßiger Impuls zum Aufgreifen von Themen des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes statt. An dieser Themenwoche beteiligen sich jährlich etwa 20 Jugendamtsbezirke mit jeweils landesweit rund 70 Maßnahmen freier und öffentlicher Träger der Kinder- und Jugendhilfe⁸⁶, die durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen gefördert wurden. Die Aktionen und Projekte wurden vielfach auch in Kooperation mit Schulen durchgeführt.

Durch das Internet und im Besonderen die sozialen Netzwerke ist die „Welt“ für junge Menschen kleiner und greifbarer geworden, die individuellen Handlungsmöglichkeiten verschwimmen vielfach ins Diffuse und bergen dabei ernstzunehmendes Gefährdungspotenzial. Jugendschutz.net unterstützt seit 1997 die obersten Landesjugendbehörden bei der Durchsetzung des **Jugendschutzes im Internet**.⁸⁷ Im Jahr 2013 wurden verstärkt die Risiken in mobilen Kommunikationsdiensten, Kinder-Apps und reichweitenstarken Communitys untersucht. Inhaltliche Schwerpunkte waren

das Vorfeld sexuellen Missbrauchs von Kindern, politischer Extremismus und Selbstgefährdung. Rund 8.100 Verstöße registrierte jugendschutz.net im Jahr 2013, „76 % auf Plattformen des Web 2.0. Das Gros fand sich bei ausländischen Diensten wie Facebook, YouTube und Twitter“ (Glaser/Özkilic/Schindler 2013), also auf Plattformen, die besonders intensiv von jungen Menschen genutzt werden.

Zur Stärkung der Medienkompetenz junger Menschen in Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung im Jahr 2007 das **Zehn-Punkte-Programm „Medienkompetenz macht Schule“**⁸⁸ initiiert. Im Rahmen des Bausteins „Jugendmedienschutz“ wurden im Zeitraum 2008 bis 2013 über 2.000 Lehrkräfte für die Aufgabe einer Jugendmedienschutzberaterin bzw. eines -beraters qualifiziert. Einen weiteren Fokus bildet die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Medienscouts: „Sie dienen anderen Schülerinnen und Schülern als niederschwelliges Vor-Ort-Angebot der Vermittlung von Informationen sowie der Vermittlung professioneller zusätzlicher Unterstützung und Beratung im Bedarfsfall“.⁸⁹ Mit dem **„Medienkomp@ss“** setzt das Land Rheinland-Pfalz seit dem laufenden Schuljahr 2014/15 die Förderung der Medienkompetenzen von Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 1–6 fort.⁹⁰ Über den Medienkomp@ss wird festgehalten, welche Fortschritte die Kinder in fünf definierten Kompetenzbereichen erzielt haben. Für die Lehrerinnen und Lehrer bildet das Kompetenzraster zugleich die Grundlage für die Unterrichtsplanung. Etwa 200 Schulen in Rheinland-Pfalz nehmen dieses Angebot der medienpädagogischen Arbeit wahr.⁹¹

Der erzieherische Kinder- und Jugendschutz ist vielfach Querschnittsaufgabe in der alltäglichen

86 Nach Auskünften des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Stand: 09/14).

87 Vgl. http://www.jugendschutz.net/jugendschutz_net/Auftrag/index.html.

88 Vgl. <http://medienkompetenz.rlp.de/gehezu/startseite.html>.

89 <http://medienkompetenz.rlp.de/10-punkte-programm/medienschutz/medienscouts.html>

90 Das Konzept wurde in einer Pilotphase im Schuljahr 2013/2014 getestet.

91 <http://medienkompass.bildung-rp.de/>

Arbeit von Schulen, Verbänden und Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit. Darüber hinaus haben sich themenspezifische Arbeitskreise bzw. Zusammenschlüsse gebildet, die an den Schnittstellen zu und mit anderen Teilsystemen (z. B. Beratungs-

stellen, Jugendämter, Gesundheitsämter, Schule, Jugendarbeit, Kindertagesstätten, Polizei, Staatsanwaltschaft und einschlägige Landesbehörden) konkrete Angebote koordinieren und bereithalten.

3.2 Weitere Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe

Im Folgenden werden weitere ausgewählte Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe vorgestellt, um die Jugendarbeit im Gesamt der Kinder- und Jugendhilfe besser verorten zu können.

3.2.1 Förderung der Erziehung in der Familie

Neben der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz sind Beratungen „Grundbausteine im Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen selbst, (und) vor allem (...) für deren Eltern“ (BMFSFJ 2013, S. 303). Im Jahr 2013 wurden

in Rheinland-Pfalz insgesamt 27.012 Beratungen durch die rheinland-pfälzischen Jugendämter durchgeführt. Hinzu kommen 23.366 Fälle von Beratung zur allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie gem. § 16 SGB VIII, Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung gem. § 17 SGB VIII, Beratung und Unterstützung bei Ausübung der Personensorge gem. § 18 SGB VIII, Erziehungsberatung gem. § 28 SGB VIII und Beratung für junge Volljährige gem. § 41 SGB VIII sowie sonstige Beratungen.

Dabei hat sich vor allem die Zahl der Erziehungsberatungen gem. § 28 SGB VIII im Zeitraum von 2007 bis 2013 deutlich um 12,0 % erhöht.

Abb. 65: Entwicklung der Beratungen nach §§ 17/18 und § 28 SGB VIII in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2007–2013



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und eigene Darstellung

3.2.2 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege

Die Kindertagesbetreuung stellt im Gesamtspektrum der Kinder- und Jugendhilfe den größten Leistungsbereich dar. Fast alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren sowie ein erheblicher Anteil der Kinder zwischen ein und drei Jahren besuchen regelmäßig eine Kindertagesstätte.

Gesetzlich untermauert wird diese Veränderung durch den in den 1990er Jahren verabschiedeten Rechtsanspruch auf eine Betreuung des Kindes ab dem dritten Lebensjahr und den Rechtsanspruch auf eine Betreuung des Kindes ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (Kinderförderungsgesetz), welcher seit dem Jahr 2013 gilt (vgl. BMFSFJ 2013, S. 306 ff.). Dabei lässt sich die Veränderung, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat, zusammenfassend mit den Schlagworten Ausweitung des Betreuungsangebotes vor allem im Bereich für Kinder unter drei Jahren, Zunahme der Betreuungszeiten sowie deren zeitliche Flexibilisierung, Bedeutungszunahme von Bildung in der Kindertagesbetreuung, z. B. in Form von Bildungsplänen, Stärkung der Zusammenarbeit an institutionellen Schnittstellen wie z. B. der Grundschule und zunehmender Erweiterung von Kindertagesstätten zu Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren skizzieren (vgl. ebd., S. 307).

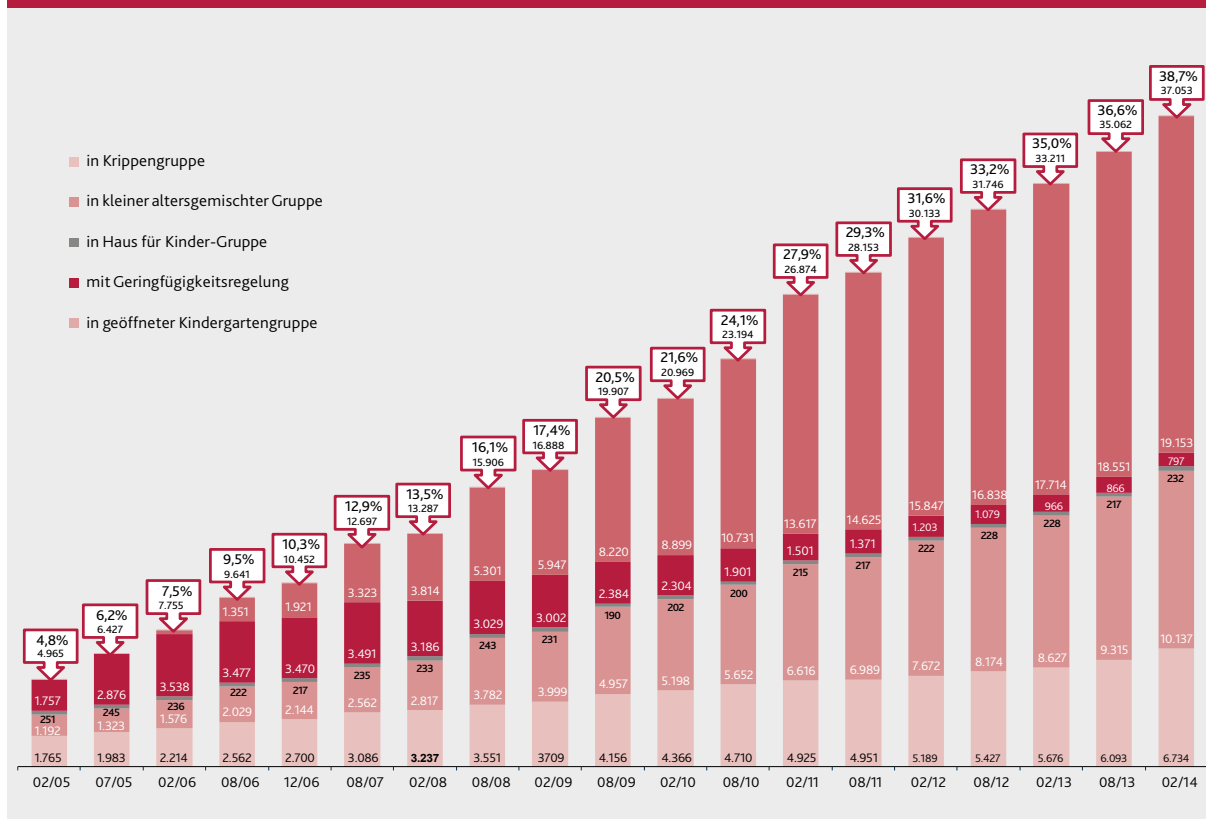
Diese elementaren Veränderungen im Bereich der Kindertagesbetreuung sind gesellschaftspolitisch motiviert. Eine verlässliche Kindertagesbetreuung soll die Entscheidung für Kinder positiv beeinflussen und zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter beitragen. Andererseits soll eine stärker bildungsorientierte Kinderbetreuung eine gezielte Förderung in frühen Lebensjahren bieten und Teilhabechancen verbessern. Dies gilt insbesondere für Kinder aus sozialstrukturell belasteten Familien und für Kinder, die von einer Behinderung betroffen sind (vgl. ebd.).

In den letzten Jahren ist in Rheinland-Pfalz ein kontinuierlicher Anstieg der Betreuungsplätze zu verzeichnen. Im Jahr 2013 (Stichtag 1. März) besuchten landesweit insgesamt 145.066 Kinder eine Kindertagesstätte. Im Vergleich zum Jahr 2012 ist dieser Wert noch einmal um 1,1 % (1.503 Kinder) angestiegen (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013c, S. 1). 137.383 dieser Kinder sind zwischen null und sechs Jahre (94,7 %), die übrigen 7.683 Kinder (5,3 %) zwischen sieben und 13 Jahre alt. Knapp ein Drittel der Kinder (31,4 %) in Kindertagesstätten stammt aus einer Familie, in der mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist (vgl. ebd.).

Ein Ausbau der Platzzahlen zeigt sich auch im Bereich der Kindertagespflege, in der eine Person eine kleine Gruppe von Kindern vorrangig in Privaträumen betreut. Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 4.418 Kinder in Angeboten der Kindertagespflege betreut. Damit ist die Platzzahl seit dem Jahr 2006 von 1.761 Plätzen um 150,9 % gestiegen. Etwa die Hälfte der im Jahr 2013 betreuten Kinder in der Kindertagespflege ist unter drei Jahre alt. Die Anzahl der unter Dreijährigen, die in der Kindertagespflege betreut werden, ist seit dem Jahr 2006 stetig angestiegen (plus 258,6 %; vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013a, S. 1).

Auch im Bereich der Kindertagesstätten ist der Ausbau der Betreuungsplätze für unter dreijährige Kinder in den letzten Jahren weiter vorangeschritten und stellt das am stärksten wachsende Handlungsfeld dar. Dies erklärt sich auch durch den seit dem Jahr 2010 bestehenden Rechtsanspruch auf einen beitragsfreien Betreuungsplatz in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2014 (Stand Februar 2014) werden in Rheinland-Pfalz insgesamt 37.053 Plätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen in unterschiedlichen institutionellen Formen angeboten. Dies entspricht einer Versorgungsquote von etwa 39 % bei der Gruppe der unter Dreijährigen. Damit überschreitet das Land Rheinland-Pfalz den Richtwert der Versorgungsquote für unter dreijährige Kinder nach eigenen Angaben

Abb. 66: Anzahl der Plätze und Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten nach Angebotsform in Rheinland-Pfalz von 02/2005 – 02/2014



Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014a, aus: http://www.kita.rlp.de/fileadmin/dateiablage/Service/Downloads/VQ122014Keyfacts_Versorgungssituation_Seite_1.pdf

um 4 %. Im Jahr 2005 lag die Anzahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige noch bei 6.427 Plätzen. Die Steigerungsrate im Jahresvergleich der Jahre 2005 bis 2014 beträgt damit 476,5 % (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2014b, o. S.; Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2014a, o. S.).

Die im Vorfeld skizzierte Normalisierung der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich vor allem in den Besuchsquoten in Kindertagesstätten bei den Drei- bis unter Sechsjährigen. Diese liegt im Jahr 2013 bei 97,7 %. Betrachtet man nur die Gruppe der fünfjährigen Kinder, erreicht die Besuchsquote sogar einen Wert von 99,5 %. Dagegen liegt die Inanspruchnahme der Betreuungsplätze der unter Dreijährigen im Jahr 2013 nur bei 26,1 %, obwohl

der Wert seit dem Jahr 2007 um 14,8 % angestiegen ist (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013c, S. 1).

Der Ausbau von Betreuungszeiten sowie deren Flexibilisierung zeigen sich auch in Rheinland-Pfalz. Im Jahr 2014 (Stand Februar 2014) gibt es landesweit in Kindertagesstätten 72.884 Ganztagsplätze. Dieser Wert hat sich seit dem Jahr 2005 (25.513 Plätze) beinahe verdreifacht (plus 185,7 %; vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2014b, o. S.). Im Jahr 2013 besucht über die Hälfte der Kinder in Kindertagesstätten (57 %) ihre Betreuungseinrichtung 36 Stunden oder mehr pro Woche. Das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen in Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels

der Bedarf an Ganztags-Betreuungsplätzen weiter steigen wird (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen 2013c, S. 2).

Der erhebliche Ausbau der Kindertagesstätten und der Betreuungsplätze in der Kindertagespflege geht mit einer deutlichen Kostensteigerung einher. Die Ausgaben im Bereich der Kindertagesbetreuung steigen seit dem Jahr 1990 kontinuierlich an und haben vor allem seit dem Jahr 2005 noch einmal deutlich zugenommen. Dies kann auf die zuvor erwähnten gesetzlichen Änderungen zurückgeführt werden. Im Jahr 2012 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt knapp 1,1 Mrd. Euro für die Kindertagesbetreuung aufgewendet. Der größte Teil aller Aufwendungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (64,8 %) wird für diesen Leistungsbereich ausgegeben (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013c, S. 37). Die Kindertagesbetreuung stellt somit einen wichtigen Teil der öffentlich-sozialen Infrastruktur dar, deren Angebote annähernd alle Kinder in Rheinland-Pfalz in Anspruch nehmen. Auch das Bundesjugendkuratorium verweist in seiner Stellungnahme noch einmal auf die Bedeutung der Kindertagesbetreuung vor allem im Hinblick auf junge Menschen mit Migrationshintergrund und konstatiert ihr eine wesentliche Rolle bei der Gewährung von Teilhabechancen. So könne die Kindertagesbetreuung einen entscheidenden Beitrag bei einem möglichen Ausgleich von Bildungs- und Entwicklungsnachteilen vor allem im Hinblick auf sprachliche und sozioemotionale Entwicklungen leisten (vgl. Bundesjugendkuratorium 2013, S. 22 ff.). Dennoch zeigt sich in diesem Bereich auch ein Weiterentwicklungsbedarf. „Dabei ist für die Kindertagesbetreuung festzuhalten, dass neben den Fragen eines uneingeschränkten, bedarfsorientierten Zugangs zu dem vorhandenen Platzangebot vor allem die ethnische bzw. sprachbezogene Segregation in Kindertageseinrichtungen eine Herausforderung für die pädagogische Praxis darstellt.“ (ebd., S. 37).

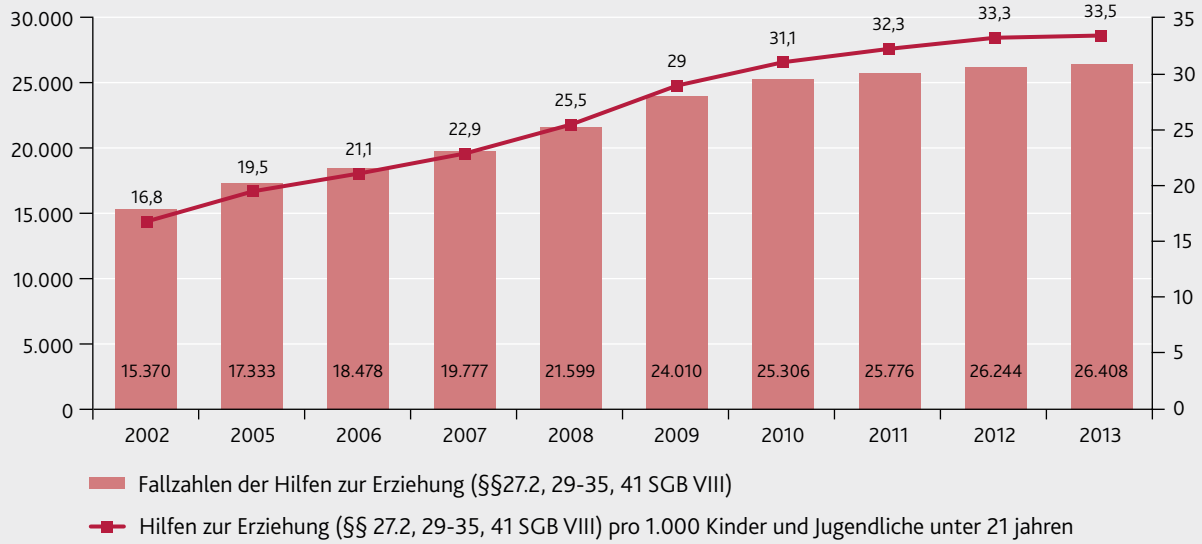
3.2.3 Hilfen zur Erziehung

Der strukturelle Bedeutungszuwachs der Kinder- und Jugendhilfe wird auch im Bereich der Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) durch einen deutlichen Fallzahlenanstieg und einen Aus- und Umbau des Hilfespektrums ersichtlich. So steigt die Anzahl der gewährten Hilfen in ganz Deutschland von 252.875 Hilfen im Jahr 1999 (vgl. Baas/de Paz Martinez/Lamberty/Müller/Schwamb 2013, S. 56) auf 434.266 Hilfen im Jahr 2012 (vgl. Statistisches Bundesamt 2013 f., S. 59), was einem Fallzahlenanstieg von 71,7 % entspricht.

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 26.408 erzieherische Hilfen (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) durchgeführt. Im Vergleich zum Jahr 2002, in dem noch 15.370 Hilfen gewährt wurden, lässt sich ein kontinuierlicher und deutlicher Anstieg der Fallzahlen beobachten. Im Jahresvergleich 2012/2013 beträgt die Steigerungsrate in Rheinland-Pfalz nur 0,6 %. Dies lässt eine Konsolidierung der Fallzahlen auf einem relativ hohen Niveau erwarten. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Entwicklung der Fallzahlen in den einzelnen rheinland-pfälzischen Kommunen höchst unterschiedlich darstellt.

Abbildung 68 zeigt die Verteilung der Fallzahlen der erzieherischen Hilfen auf die einzelnen Hilfesegmente. Im Jahr 2013 wurden 13.850 Hilfen zur Erziehung und damit über die Hälfte des gesamten Leistungsspektrums im ambulanten Bereich durchgeführt. Dabei wird deutlich, dass auf die gestiegene Nachfrage im Bereich der erzieherischen Hilfen in den Jahren 2002 bis 2013 vor allem mit einem Ausbau der Hilfen im ambulanten Bereich reagiert wurde, während die stationären Hilfen sowie die Vollzeitpflege im gleichen Zeitraum deutlich geringere Steigerungsraten aufweisen. Dagegen sind die teilstationären Hilfen im Vergleichszeitraum leicht rückläufig. In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 59,6 % der erzieherischen Hilfen ambulant oder teilstationär durchgeführt, während in nur knapp 23 % der Fälle eine stationäre Unterbringung eingeleitet oder in 17,6 % der Fälle eine Vollzeitpflege gewährt

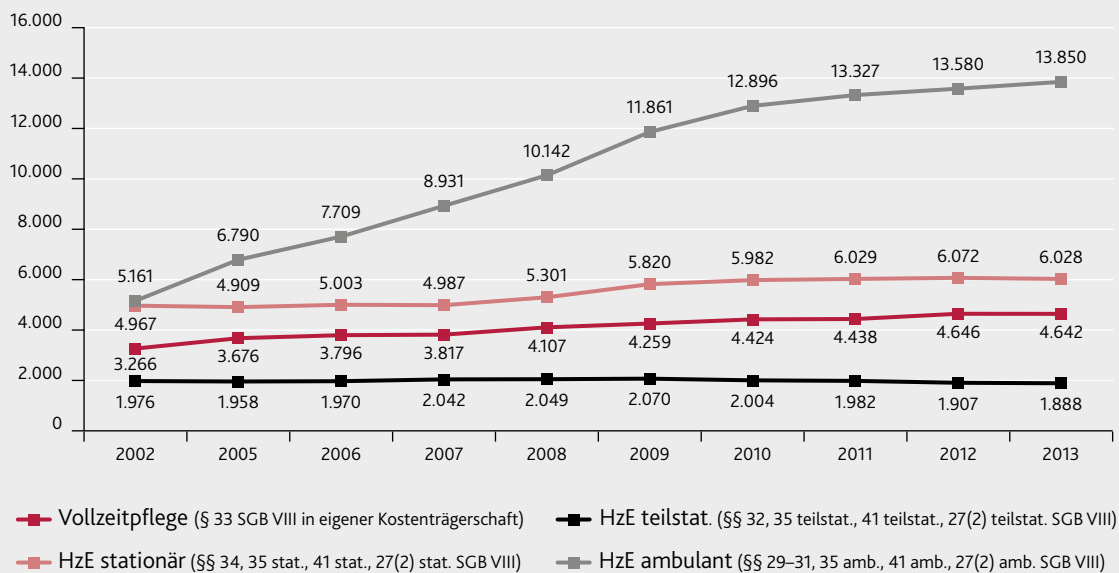
Abb. 67: Fallzahlen und Eckwerte der Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) pro 1.000 Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2002, 2005–2013



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und eigene Darstellung

Abb. 68: Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) nach Hilfesegmenten in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2002, 2005–2013

Entwicklung der Segmente HzE von 2002 bis 2012



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und eigene Darstellung

wurde. Die Inanspruchnahme der erzieherischen Hilfen unterscheidet sich jedoch nicht nur im Hinblick auf die einzelnen Hilfesegmente. Eine differenziertere Betrachtung ergibt sich auch über die Berücksichtigung der Merkmale Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund. Bundesweit steigt die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen mit zunehmendem Alter an und ist im Jahr 2012 bei Kindern und Jugendlichen in der Altersgruppe der Neun- bis 15-Jährigen am höchsten (vgl. AKJSTAT 2014, S. 16). Das Land Rheinland-Pfalz liegt diesbezüglich im Bundestrend und weist die höchste Inanspruchnahmequote in derselben Altersgruppe auf (vgl. Baas/de Paz Martinez/Lamberty/Müller/Schwamb 2013, S. 72). Allerdings ist im Zuge der Einführung des § 8a SGB VIII und der bundesweiten Kinderschutzdebatte auch in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren ein Anstieg der unter Dreijährigen in den Hilfen zur Erziehung zu verzeichnen (vgl. ebd.).

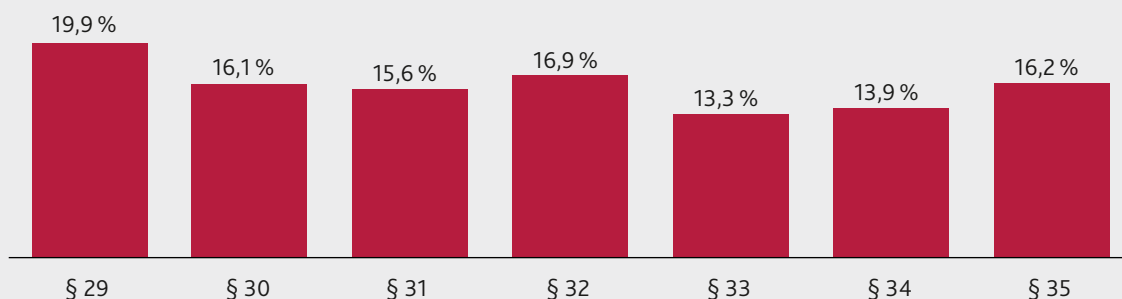
Die Betrachtung der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme der erzieherischen Hilfen verdeutlicht, dass im Jahr 2012 bundesweit die Mehrheit (55 %) der Hilfeadressatinnen und -adressaten männliche junge Menschen waren (vgl. AKJSTAT 2014, S. 18). Im Land Rheinland-Pfalz liegt der Anteil männlicher Hilfeadressaten im Jahr 2011 mit 58 % nur leicht über diesem Wert. Zudem lassen

sich hilfeartspezifische Unterscheide feststellen. Dabei sind Mädchen im Hinblick auf Fremdunterbringungen am häufigsten vertreten, am geringsten dagegen bei der Sozialen Gruppenarbeit und der Erziehungsbeistandschaft (vgl. Baas/de Paz Martinez/Lamberty/Müller/Schwamb 2013, S. 76 f.). Allerdings ist mit zunehmendem Alter eine deutliche Reduzierung der geschlechtsspezifischen Inanspruchnahme festzustellen (vgl. AKJSTAT 2014, S. 18).

Eine weitere Differenzierung der Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen ergibt sich bei Betrachtung des Merkmals Migrationshintergrund. Der im Jahr 2014 veröffentlichte „Monitor Hilfen zur Erziehung“ kommt bundesweit diesbezüglich zu folgenden Ergebnissen: Im Bereich der Hilfen zur Erziehung ist der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung leicht überproportional. Ihr Anteil variiert zudem stark in Abhängigkeit von der jeweiligen Hilfeart (vgl. AKJSTAT 2014, S. 23 f.).

Betrachtet man die Inanspruchnahme der erzieherischen Hilfen im Hinblick auf die Bevölkerungsgruppe der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz, so zeigt sich, dass sie in diesem Bereich deutlich geringer repräsentiert

Abb. 69: Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den im Jahr 2011 beendeten und am 31.12.2011 laufenden Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige nach §§ 29–35 SGB VIII in Rheinland-Pfalz



Quelle: Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 42

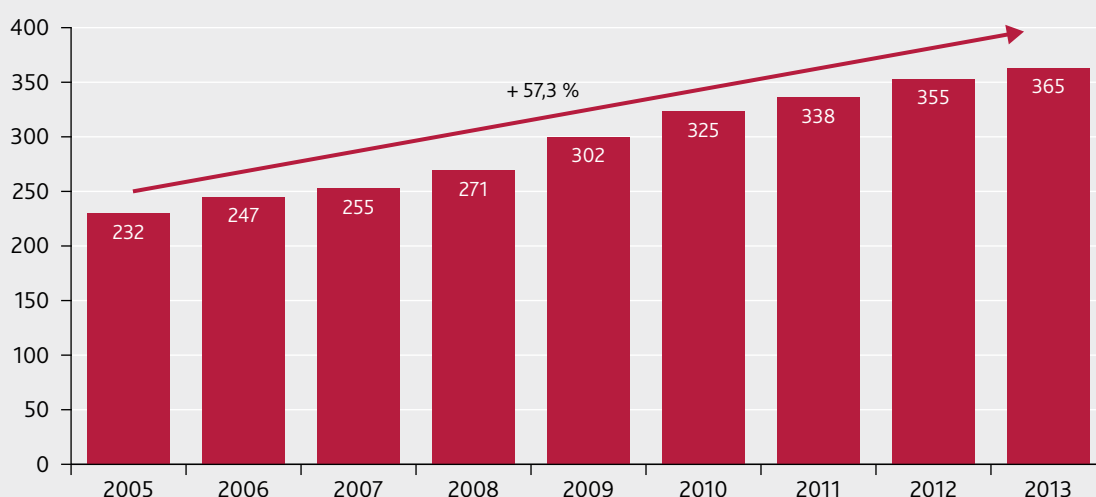
sind, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Vergleicht man die einzelnen Hilfformen, so verdeutlicht Abbildung 69, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2011 vor allem die Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII), die Tagesgruppen (§ 32 SGB VIII) sowie die sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII) in Anspruch genommen haben. Der vergleichsweise geringste Anteil zeigt sich im Bereich der Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII). Die geringe Inanspruchnahmequote kann dabei auf einen möglichen niedrigeren Hilfebedarf, aber auch auf mögliche Zugangsbarrieren zur sozialen Infrastruktur zurückgeführt werden (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2014c, S. 42).

Das Bundesjugendkuratorium stellt zu diesem sich auch bundesweit abzeichnenden Befund fest: „Gleichwohl bleibt unter dem Strich bemerkenswert, dass Familien mit Migrationshintergrund in den Hilfen zur Erziehung insgesamt weder deutlich über- noch unterrepräsentiert sind. Gemessen an den (...) teilweise erheblichen Entwicklungsrisiken von Kindern und Jugendlichen mit Migra-

tionshintergrund überrascht dieser Befund auch bei näherer Betrachtung.“ (Bundesjugendkuratorium 2013, S. 30). Zudem wird in der Stellungnahme jedoch darauf verwiesen, dass gerade bezüglich der Hilfgewährungspraxis spezifische institutionelle Perspektiven und selektive Wahrnehmungsmuster des pädagogischen Fachpersonals bei der Einschätzung familialer Problem- und Risikolagen sowie mögliche Zugangsbarrieren zu Angeboten und Leistungen für junge Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Familien bestehen. Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich diesbezüglich fragen, ob und inwieweit sie selbst selektiv und mitunter diskriminierend wirkt. Der Bedarf einer weiteren Stärkung von migrations-sensiblen Handlungsstrategien sowie interkultureller Öffnung innerhalb der Hilfen zur Erziehung wird dadurch noch einmal deutlich (vgl. Bundesjugendkuratorium 2013, S. 7 f.).

Der skizzierte Bedeutungszuwachs im Bereich der Hilfen zur Erziehung spiegelt sich neben der veränderten Inanspruchnahmequote auch in den Ausgaben für erzieherische Hilfen wider.

Abb. 70: Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2005–2013, Angaben in Mio. Euro



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und eigene Darstellung

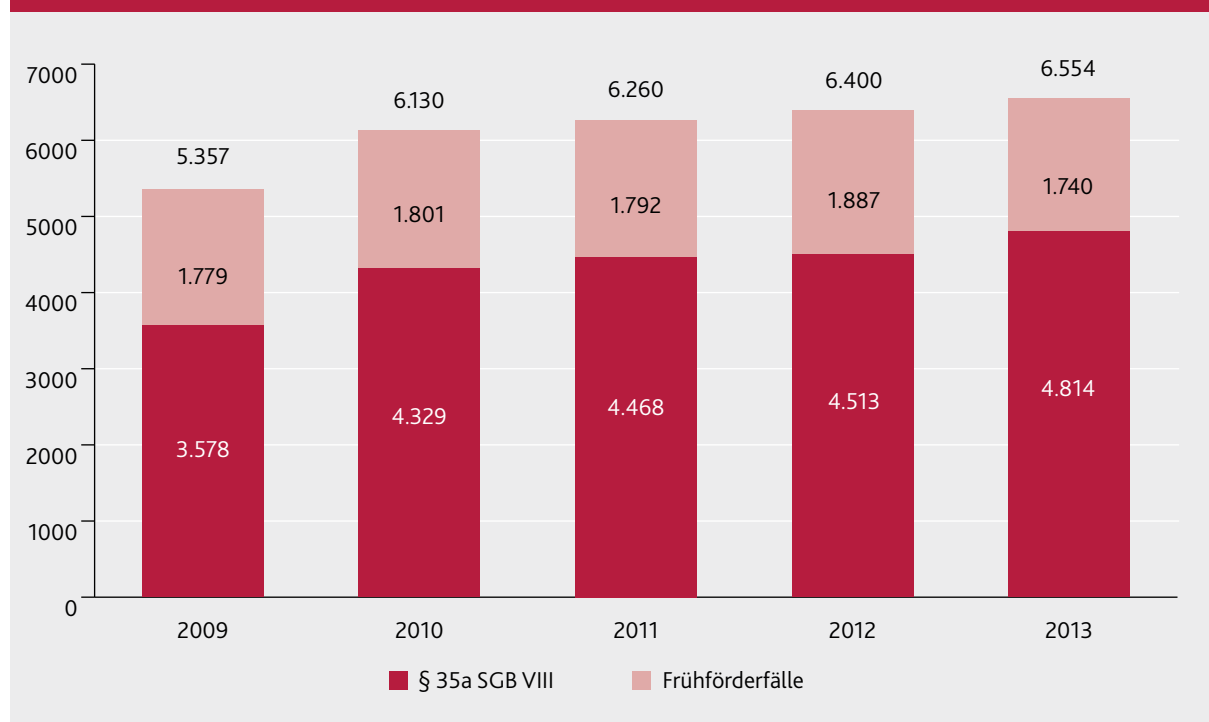
Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz rund 365 Mio. Euro für erzieherische Hilfen aufgewendet. Dies entspricht einem Anstieg von 10 Mio. Euro (plus 2,8 %) im Vergleich zum Vorjahr. Verglichen mit 2005 beträgt der Anstieg der Ausgaben 133 Mio. Euro (plus 57,3 %). Entsprechend den Gesamtausgaben für erzieherische Hilfen stiegen auch die Pro-Kopf-Ausgaben für Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren seit 2005 um 76,7 % auf durchschnittlich 463 Euro pro jungem Menschen im Jahr 2013. Die Gesamtausgaben sowie die Pro-Kopf-Aufwendungen für erzieherische Hilfen unterliegen in den rheinland-pfälzischen Kommunen einer großen Spannweite. Die Abweichungen zwischen den Kommunen hängen in diesem Bereich stark mit den divergierenden sozialstrukturellen Belastungsfaktoren sowie den infrastrukturellen Rahmenbedingungen zusammen.

3.2.4 Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII

Die Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII gewinnt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Das Statistische Bundesamt weist in diesem Bereich im Zeitraum von 2008 bis 2011 bundesweit einen Anstieg der Fallzahlen um etwa 40 % aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2012c). Der Fallzahlenanstieg korrespondiert mit dem Einsatz von Integrationshilfen in Kindertagesstätten und Schulen, sodass auch hinsichtlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Zukunft mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen in diesem Bereich zu rechnen ist.

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 6.554 Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII inklusive der Frühförderfälle gewährt. Im Vergleich zum Jahr 2009 sind die Fallzahlen somit landesweit um 22,3 % angestiegen. Bei der reinen

Abb. 71: Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII und Frühförderfälle in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2009 – 2013, absolute Zahlen



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und eigene Darstellung

Eingliederungshilfe gab es im Jahresvergleich 2012/2013 einen Anstieg um 6,7 %, wohingegen die Frühförderfälle um 7,8 % zurückgegangen sind. Somit wurden im Jahr 2013 pro 1.000 Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 8,3 Eingliederungshilfen (inkl. Frühförderfälle) vorrangig in ambulanter Form gewährt.

Auch im Bereich der Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII spiegelt sich die Steigerung der Fallzahlen in einem Anstieg der Kosten. Wurden 2005 noch 21,5 Mio. Euro für Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII (inkl. Frühförderfälle) aufgewendet, so waren es im Jahr 2013 47,5 Mio. Euro. Auch im Jahresvergleich 2012/2013 ergibt sich eine Steigerung der Aufwendungen von 3,5 Mio. Euro (plus 8,1 %).

Im Hinblick auf die Eingliederungshilfe zeigen sich in den rheinland-pfälzischen Kommunen deutliche Unterschiede. Anders als bei den erzieherischen Hilfen lässt sich bei der Eingliederungshilfe jedoch kein Zusammenhang zwischen Inanspruchnahmequote und sozialstrukturellen Belastungsfaktoren feststellen. Hier spielen Verweisungspraxen, Angebotsspektren in der jeweiligen Kommune sowie Diagnose- und Hilfgewährungsprozesse eine bedeutsame Rolle.

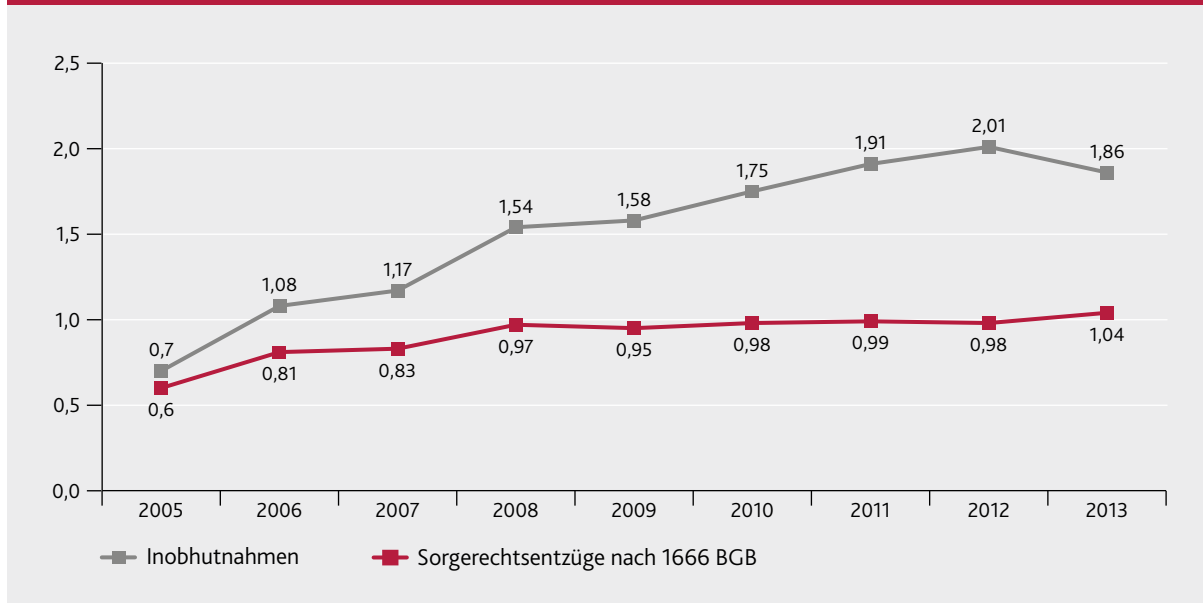
Aktuell wird wieder intensiv über die „Große Lösung“, also die Integration der Leistungen für alle jungen Menschen auch mit Behinderungen im SGB VIII und damit in die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe diskutiert. Weniger grundsätzlich als in den Fragen der Umsetzung auch auf der kommunalen Ebene besteht noch viel Klärungsbedarf. Auch Rheinland-Pfalz ist aktiv an diesen Entwicklungen beteiligt. Über die zukünftigen Strukturen dieser Inklusion und vor allem die Umsetzung in Rheinland-Pfalz wird in den kommenden Kinder- und Jugendberichten des Landes zu berichten sein.

3.2.5 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Der bereits erwähnte strukturelle Bedeutungszuwachs der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich auch im Bereich des Kinderschutzes, der eine zentrale Kernaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe darstellt. Fälle tragischer Kindestötungen führten in den letzten Jahren zu einer fachlichen und fachpolitischen Diskussion im Hinblick auf die Frage, wie Kinder und Jugendliche besser vor Gefahren geschützt und ihr Wohlergehen sichergestellt werden kann. Im Jahr 2005 erfolgte in Reaktion auf eine breite öffentliche Debatte die Einführung des § 8a SGB VIII im Rahmen der Modifizierung des Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetzes sowie im Jahr 2012 die Ratifizierung des Bundeskinderschutzgesetzes. In Rheinland-Pfalz wurde bereits im Jahr 2008 das Gesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit erlassen. Zudem bieten die rheinland-pfälzischen Kinderschutzdienste eine Anlaufstelle und Unterstützungsstruktur für Kinder und Jugendliche, die von Gewalt oder Misshandlung betroffen oder bedroht sind.

Ein wirksamer Kinderschutz basiert auf einer ganzheitlichen Kinder- und Jugendhilfe. Sie steht im präventiven Bereich in der Verantwortung, alle Familien und Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen. Wie wichtig dieser Leistungsaspekt im System der Kinder- und Jugendhilfe ist, zeigen die zahlreichen Angebote im Bereich der Frühen Hilfen, der Familienbildung, der familienorientierten Dienste, der Kindertagesbetreuung und -pflege sowie der Beratungen in Fragen der Erziehung, Partnerschaft, Trennung und Scheidung und der Ausübung der Personensorge. Neben den Präventionsangeboten sind ebenso Interventionsmaßnahmen Teil des Kinderschutzes. Dazu zählen z. B. Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII sowie der Entzug der elterlichen Sorge gem. § 1666 BGB. Diese Maßnahmen greifen in Fällen, in denen das Wohl des Kindes nicht mehr ausreichend durch Eltern oder sorgeberechtigte Personen gewährleistet werden kann. Nicht

Abb. 72: Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII und Sorgerechtsentzüge gem. § 1666 BGB in Rheinland-Pfalz 2005 – 2013, Angaben pro 1.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren



Quelle: Integrierte Berichterstattung Rheinland-Pfalz 2013; Erhebung des ism, eigene Berechnung und eigene Darstellung

nur die Leistungen in den Bereichen der Frühen Hilfen und der Familienbildung erfahren in den letzten Jahren einen Bedeutungszuwachs, auch die Interventionsleistungen steigen an. So verzeichnen die Inobhutnahmen bundesweit einen kontinuierlichen Anstieg seit dem Jahr 1995 und sind allein in den letzten zehn Jahren um rund 40 % gestiegen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013g).

Im Jahr 2013 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 1.213 Kinder und Jugendliche durch die Jugendämter in Obhut genommen. Dies sind 429 Kinder und Jugendliche mehr als noch im Jahr 2002 – das entspricht einem Anstieg um 54,7 %. Der starke Anstieg der Inobhutnahmen verweist einerseits auf eine gestiegene Bedeutung des gesetzlich formulierten Interventionsauftrages bei der Ausübung des staatlichen Wächteramtes im Fall einer Kindeswohlgefährdung. Andererseits ist der Fallzahlenanstieg jedoch auch Ausdruck einer im Zuge der Kinderschutzdebatte gestiegenen Sensibilität im Feld (vgl. AKJSTAT 2014, S. 46 ff.). Im Jahresvergleich 2012/2013 lässt sich ein Rückgang um 8,4 % bei den Inobhutnahmen erkennen.

Während im Jahr 2002 durch die rheinland-pfälzischen Familiengerichte noch insgesamt 455 Sorgerechtsentzüge durchgesetzt wurden, erfolgten im Jahr 2013 insgesamt 679 Maßnahmen gem. § 1666 BGB. Dies entspricht einer Steigerung um 49,2 %.

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 insgesamt 3.300 Meldungen gem. § 8a SGB VIII registriert, die Daten zu 4.871 Kindern und Jugendlichen lieferten. Setzt man die Meldungen in Bezug zur Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen, ergibt sich ein Eckwert von 8,64. Insgesamt sind folglich etwa neun Kinder und Jugendliche pro 1.000 unter 18-Jährigen von einer Kinderschutzverdachtsmeldung betroffen. Dabei zeigen sich innerhalb der einzelnen rheinland-pfälzischen Kommunen deutliche Unterschiede. Im Durchschnitt sind in den Städten junge Menschen etwas häufiger von Meldungen gem. § 8a SGB VIII betroffen als in den rheinland-pfälzischen Landkreisen. In etwa einem Viertel der Fälle wurde eine latente Gefährdung (25,9 %) und in 14,7 % eine akute Kindeswohlgefährdung festgestellt. In vielen weiteren Fällen war zwar keine Kindeswohlgefährdung erkennbar,

aber ein Hilfebedarf. Zudem lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Lebenslage der Familie und entsprechenden Gefährdungsmeldungen feststellen. Die Kumulation bestimmter Risikofaktoren wie Armut, ein alleinerziehender Elternteil, ein junges Alter der Mutter bei der Geburt und eine hohe Kinderzahl innerhalb der Familie lässt sich überproportional häufig bei Meldungen gem. § 8a SGB VIII feststellen. Als ein weiterer Risikofaktor wird zum Teil auch der Migrationshintergrund diskutiert. Betrachtet man die Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die von einer Kinderschutzverdachtsmeldung betroffen sind, so muss vor allem das folgende Ergebnis aus der im Jahr 2012 veröffentlichten Studie „Migrationssensibler Kinderschutz“ festgehalten werden (vgl. Jagusch/Sievers/Teupe 2012): Familien mit Migrationshintergrund sind weder häufiger noch seltener von Kindeswohlgefährdungsmeldungen betroffen als solche ohne Migrationshintergrund. Allerdings sind Familien mit Migrationshintergrund sehr wohl eine starke Zielgruppe im Kinderschutz, da sie einen bedeutenden Anteil an der Gesamtbevölkerung stellen. Dabei muss jedoch als ein wesentlicher Weiterentwicklungsbedarf im Handlungsfeld Kinderschutz für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eine zielgruppenspezifische Herangehensweise festgehalten werden.

Insgesamt ist darauf zu verweisen, dass die beschriebenen Faktoren nicht automatisch zu einer Gefährdung des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen führen, sie deuten aber durchaus auf eine erhöhte Risikolage hin. Der Begriff Kinderschutz suggeriert, dass es sich bei den Schutzmaßnahmen und Gefährdungsmeldungen vor allem um kleine Kinder handelt. In diesen Altersgruppen ist, so zeigen auch die tragischen Schicksale getöteter Kinder, der Handlungsbedarf besonders groß. Ein qualifizierter Kinderschutz sollte allerdings für alle Altersgruppen gelten. Etwa 22,5 % aller Verdachtsmeldungen zu Kindeswohlgefährdungen in Rheinland-Pfalz betreffen Jugendliche über zwölf und unter 18 Jahren. Die voranstehenden Befunde zeigen, dass, um Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und

ihnen gute Startchancen in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, eine abgestimmte Kinder- und Jugendhilfe-, Sozial- und Bildungspolitik erforderlich ist, die auch den Gesamtzusammenhang von Lebensbedingungen, Bewältigungsanforderungen und Teilhabechancen in den Blick nimmt.

Exkurs: unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Bei der Betrachtung der Inobhutnahmen in Rheinland-Pfalz ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 2013 zu den 1.213 hoheitlichen Interventionen bei Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung nach § 42 SGB VIII weitere 274 Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hinzukommen. Damit erfolgt knapp jede fünfte Inobhutnahme (18,4 %) im Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz aufgrund einer unbegleiteten Einreise eines minderjährigen jungen Menschen.

Diese Zahlen verweisen auf die Bedeutung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in der Kinder- und Jugendhilfe. Weltpolitische Ereignisse sowie kriegerische Konflikte führen derzeit zu einer Zunahme von Flucht und Vertreibung. Im Jahr 2013 erfasst die UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) insgesamt 51,2 Millionen Menschen, die weltweit auf der Flucht sind – die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (UNHCR 2014). Die Anzahl und die Herkunft der jungen Menschen ist von weltpolitischen Ereignissen und Katastrophen geprägt und damit weder plan- noch steuerbar. Für unbegleitete Kinder und Jugendliche, die auf der Flucht in Deutschland ankommen, ist die Kinder- und Jugendhilfe verantwortlich. Zuverlässige Angaben dazu, wie viele junge Flüchtlinge sich aktuell in Deutschland aufhalten, gibt es nicht. Mit der Neufassung des § 42 SGB VIII wird 2005 jedoch ausdrücklich geregelt, dass alle unbegleiteten Minderjährigen vom Jugendamt in Obhut genommen werden müssen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eine reguläre Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe und entsprechend auch gemäß den Richt-

linien des SGB VIII zu behandeln. Im Jahr 2013 registrierte das Statistische Bundesamt 6.584 Inobhutnahmen aufgrund unbegleiteter Einreise. Damit sind 15,6 % der Inobhutnahmen auf eine unbegleitete Einreise junger Menschen zurückzuführen. Dabei sind die jungen Menschen zu knapp 90 % männlich und zu rund 70 % im Alter zwischen 16 bis unter 18 Jahren. So heterogen wie sich die Verteilung der jungen Flüchtlinge über und innerhalb der Bundesländer darstellt, so unterschiedlich präsentiert sich die Praxis der bundesdeutschen Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Statistisches Bundesamt 2013g).

Im Land Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2013 insgesamt 529 Hilfen gem. §§ 33, 34 und 42 SGB VIII für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durchgeführt. Dabei setzen sich die gewährten Hilfen wie folgt zusammen: Während mit sieben Hilfen vergleichsweise wenige Maßnahmen gem. § 33 SGB VIII gewährt wurden, wurden dagegen 248 Hilfen gem. § 34 SGB VIII und 274 Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII durchgeführt. Über die Hälfte aller Maßnahmen für junge Flüchtlinge (51,8 %) waren damit im Jahr 2013 Hilfen gem. § 42 SGB VIII.

Insgesamt wurden für die genannten Hilfen rund 4,8 Millionen Euro aufgewendet. Dabei entfällt der größte Anteil der Aufwendungen mit 79,2 % auf Hilfen gem. § 34 SGB VIII. Gut ein Fünftel der Aufwendungen entfällt auf die Maßnahmen gem. § 42 SGB VIII. Nur 0,7 % der Gesamtaufwendungen für Maßnahmen für junge unbegleitete Flüchtlinge wurden im Jahr 2013 für Hilfen gem. § 33 SGB VIII ausgegeben.

Im Bereich der Hilfen für junge Flüchtlinge ist darauf zu verweisen, dass die einzelnen Regionen in Rheinland-Pfalz unterschiedlich stark mit der aktuellen Herausforderung konfrontiert sind. Dabei zeigt sich die folgende Spannweite: Im Jahr 2013 wurden vor allem in den kreisfreien Städten Hilfen für die genannte Zielgruppe durchgeführt. Insgesamt wurden 76,4 % aller Hilfen dort gewährt. Dies sind zu 100 % die gesamten Inobhutnahmen des Berichtsjahres 2013 sowie 52 % aller Hilfen

gem. § 34 SGB VIII. In den rheinland-pfälzischen Landkreisen wurden dagegen vorrangig stationäre Hilfen für junge Flüchtlinge durchgeführt.

Aufgrund der anhaltenden Kriege und gewaltsamen Konflikte weltweit ist auch in Zukunft mit einer steigenden Anzahl von Inobhutnahmen in Folge der Einreise von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sowie einer Zunahme von Kindern und Jugendlichen zu rechnen, die in Begleitung nach Deutschland kommen. Einer längst überfälligen Notwendigkeit zur fachlichen Weiterentwicklung innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe steht angesichts enorm steigender Fallzahlen ein pragmatischer Handlungsdruck gegenüber. Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich jedoch darauf einstellen, dass in Zukunft die Betreuung, Begleitung und Unterstützung nicht nur unbegleiteter junger Flüchtlinge, sondern aller Kinder und Jugendlichen, die sich als Schutzbedürftige in Deutschland aufhalten, zu ihrem regelhaften Handlungsfeld gehört. Welche Anforderungen sich daraus für Einrichtungskonzepte, die Gestaltung von Hilfeplanungsprozessen und die Einbindung in soziale Netze ergeben, ist bislang weitgehend unklar. Bei der Analyse der Kinder- und Jugendhilfe im Umgang mit (unbegleiteten) minderjährigen Flüchtlingen verdichten sich jedoch wie unter einem Brennglas allgemeine strukturelle Fragen. Die erheblichen Disparitäten zwischen den Bundesländern bei der Ausgestaltung von Rechtsansprüchen und Konzepten finden sich auch in anderen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe wieder (z. B. Anschlusshilfen; Hilfen für junge Volljährige) und verdeutlichen vielfältige Handlungs- und Weiterentwicklungsbedarfe (vgl. Dittmann/Müller 2013).⁹²

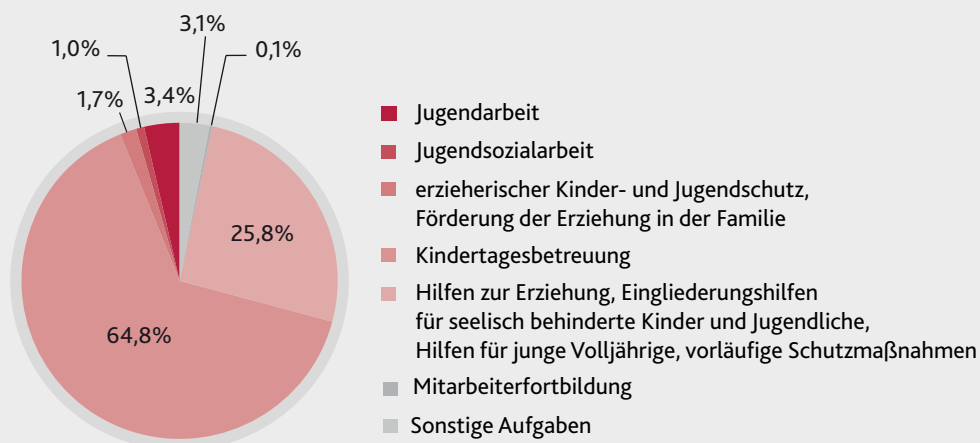
92 Ausführliche Informationen zu diesem Thema finden sich auch in Stauf, Eva (2012): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven in Rheinland-Pfalz. Mainz.

3.3 Auslaufmodell oder Infrastruktur? Die Jugendarbeit im Gesamt der Kinder- und Jugendhilfe

In diesem Kapitel wurden ausgewählte Trends und Befunde zur Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz vorgestellt. Für die Mehrheit der Leistungsbereiche konnten detaillierte Angaben über den Umfang von Hilfen und Angeboten sowie Entwicklungen im Zeitverlauf dargestellt werden. So wurden z. B. im Jahr 2013 in Rheinland-Pfalz insgesamt 26.408 Hilfen zur Erziehung (d. h. rund 34 Hilfen je 1.000 junger Menschen unter 21 Jahren) durchgeführt sowie im Jahr 2013 durch die Kommunen und Gemeinden 145.066 Kinder in einer Kindertagesstätte und 4.418 Kinder in einem Angebot der Kindertagespflege betreut. Beide Bereiche verzeichnen in den vergangenen Jahren einen erheblichen Ausbau, was sich auch in den Ausgaben widerspiegelt. Für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit stellt sich die Situation weniger deutlich und vor allem weniger positiv dar: Noch vermag die bestehende Datenbasis lediglich ein rudimentäres Bild der Teilnehmenden- und Mitgliederstrukturen vor Ort abzubilden. Ihre Prinzipien der Offenheit und Freiwilligkeit erschweren die statistische Erfassung. Konjunkturen der An-

gebotsnachfrage äußern sich verdeckter, ebenso die „Erfolge“ bzw. Wirksamkeit von Angeboten. Ein wachsender Legitimationsdruck geht einher mit finanziellen und personellen Einsparungen. Die Jugendarbeit wird vielerorts zur Kür und nicht zum Pflichtprogramm einer qualifizierten und in ihren Leistungsbausteinen aufeinander bezogenen Kinder- und Jugendhilfe. Vor allem mit Blick auf die Aufwendungen für einzelne Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe wird deutlich, dass die Jugendarbeit im Vergleich nur einen sehr geringen Teil der Aufwendungen in diesem Bereich in Anspruch nimmt. So sind die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung im Zeitraum von 2005 bis 2012 bundesweit um 76 % gestiegen. Auch die Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung spiegeln die Expansion der Kinder- und Jugendhilfe wider und stiegen im gleichen Zeitraum in Deutschland um 45 % an. Im Vergleich dazu erhöhten sich die Ausgaben der Kinder- und Jugendarbeit seit 2005 nur um 20 % (vgl. AKJSTAT 2014, S. 3 f.). Betrachtet man das Land Rheinland-Pfalz, so wurden im Jahr 2012 64,8 % und damit der größte

Abb. 73: Anteile der Aufwendungen für Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012



Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013c, eigene Berechnung und eigene Darstellung

Anteil an den Gesamtausgaben für den Bereich Kindertagesbetreuung aufgewendet. Nur 3,4 % der Gesamtaufwendungen im Jahr 2012 wurden für die Jugendarbeit ausgegeben. Diese vergleichsweise geringe finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit bildet ihre Bedeutung für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in öffentlicher Verantwortung keineswegs ab.

Ohne die Bedeutung der Hilfen zur Erziehung und des Kita-Ausbaus schmälern zu wollen, soll auf den besonderen Stellenwert der Jugendarbeit für die individuelle und außerschulische bzw. außerfamiliäre Entwicklung von jungen Menschen verwiesen werden. So sprechen Angebote der Offenen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit vielfach auch solche Jugendliche an, die über Schule oder andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht mehr erreicht werden. Vorrangig vermitteln Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit v. a. aber gesellschaftliche Grundwerte und Voraussetzungen wie z. B. jugendliche Selbstorganisation, demokratisches Denken und verantwortliches Engagement der jungen Menschen in der Gesellschaft. Die politischen Bemühungen um das gelingende Aufwachsen von Kindern in Rheinland-Pfalz wären also übergangslos in die Jugendphase weiterzudenken. Die Profilierung einer eigenständigen Jugendpolitik kann nur mit einer Stärkung von Jugendarbeit und der Bedeutung jugendlichen Engagements in den Regionen einhergehen.

Die konkrete Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfeangebote ist kommunal geregelt, folglich müssen die Kosten dafür fast ausschließlich kommunal geschultert werden. Vor allem Kommunen mit einer hohen sozialstrukturellen Belastung stehen in diesem Zusammenhang vor großen Herausforderungen. In Kapitel 2.1 wurde herausgearbeitet, dass vor allem strukturschwächere Regionen zugleich auch in besonderer Weise durch den demografischen Wandel betroffen sind. Je größer die demografische und strukturelle Ausdünnung in einer Region ist, desto höher ist auch der Bedarf an Kompensationsleistungen. Für junge Menschen ist die Attraktivität der Herkunftsregion – und damit ihre subjektive Orientie-

rung („bleiben oder gehen?“) – in besonderer Weise abhängig von der Angebotsstruktur vor Ort. Vor allem ländliche Kommunen werden sich daher zunehmend mit ihrer Attraktivität für die junge Generation befassen und diese weiterentwickeln müssen. Die Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen, sind auch und vor allem ein Thema der Jugendarbeit.

Jugendarbeit wird für junge Menschen vor allem dort interessant, wo Gelegenheitsstrukturen angeboten werden. Die Verfügbarkeit von Räumen, Mobilität und Kommunikation mit den Jugendlichen vor Ort sind dafür entscheidende Voraussetzungen. Die Analyse der Präsenz von Jugendthemen und -angeboten in den Internetauftritten der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden und Städte zeigt, wie unterschiedlich diese für junge Menschen gestaltet und zugänglich gemacht werden. In verschiedenen Landkreisen zeichnen sich Bemühungen ab, die räumliche Distanz im ländlichen Raum durch die Bereitstellung mobiler Angebotsformen wie Jugend- bzw. Ruftaxi und Spielmobil zu überbrücken. In anderen Regionen bilden sich auf der verfügbaren Datenbasis hingegen noch deutliche Bedarfe ab.⁹³

Vor dem Hintergrund eines weitreichenden gesellschaftlichen Wandels wird auch die Jugendarbeit zu einem selbstverständlichen Bestandteil der sozialen Infrastruktur auszubauen sein; dies gilt ganz besonders im Hinblick darauf, dass qualifizierte Angebote der Kinder- und Jugendhilfe gesellschaftliche Teilhabechancen bedeutend mitbestimmen. Die in den letzten Jahren stetig gestiegenen Anforderungen, die aus anderen Teilsystemen (Bildung und Schule, Gesundheit, Ar-

93 Kapitel 3.1 nähert sich der „Lage“ der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz auf Grundlage der verfügbaren Datenbasis an und ermöglicht Hinweise auf gegenwärtige Herausforderungen, Bedarfe und Entwicklungslinien der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz. Vielfach können die Darstellungen jedoch nur als Ausschnitt der bestehenden Angebotsstrukturen verstanden werden, da die vielzähligen Angebote der Jugendverbände, der Einrichtungen Offener Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit weit darüber hinausgehen, jedoch nicht systematisch erfasst sind.

beitsmarkt und Sozialleistungsbereichen) an die Kinder- und Jugendhilfe gerichtet werden, weisen auf ihre Bedeutung, Defizite und Überforderungen in angrenzenden Gesellschaftsbereichen auszugleichen. Längst ist die Kinder- und Jugendhilfe zu einer systemrelevanten wohlfahrtsstaatlichen Leistung avanciert. Ihre Relevanz ist im Hinblick auf künftige Herausforderungen, wie z. B. die aus der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention resultierende Umsetzung sozialer Inklusion, aber auch bezüglich der Anforderungen, die eine flächendeckende Umstrukturierung der Schulen in ein Ganztagschulsystem mit

sich bringen, kaum zu überschätzen. Ihre bedeutungsvolle Aufgabe – einen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten – kann die Kinder- und Jugendhilfe jedoch nur dann verantwortungsvoll wahrnehmen, wenn sie auf kommunaler Ebene über auskömmliche finanzielle Mittel verfügt. Nur so kann weiterhin auf individuelle Rechtsansprüche bedarfsgerecht reagiert werden und die Kinder- und Jugendhilfe auch künftig Bestandteil sozialer Infrastruktur zum Ausgleich von Benachteiligungen in allen Regionen und für alle Kinder, Jugendlichen und ihre Familien in Rheinland-Pfalz sein.

ZWEITER BLICK

4 WAS BEWEGT JUGENDLICHE IN RHEINLAND-PFALZ UND WIE BEWERTEN SIE SELBST IHRE LEBENSBEDINGUNGEN UND ENTWICKLUNGSRÄUME?

Viele Ansätze zur Erfassung des Child Well-being⁹⁴ verwenden in erster Linie objektive Daten, subjektbezogene Daten zu und von jungen Menschen dagegen fehlen. Für den zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wurden auf der Grundlage eines anspruchsvollen methodischen Designs die Selbstauskünfte Jugendlicher erhoben. In einem ersten methodischen Schritt wurden über einen qualitativ-explorativen Zugang (Zukunftswerkstatt und Gruppendiskussionen) die Themen, die Jugendliche bewegen, generiert. Die Themen sollten bewusst nicht von Erwachsenen oder von den Forscherinnen und Forschern vorgegeben, sondern von den jungen Menschen selbst entwickelt werden. Ausgehend von diesen generierten Themenkomplexen wurden in einem zweiten methodischen Schritt mittels eines quantitativ-standardisierten Zugangs (Fragebogenerhebung in Schulklassen) über 2.000 junge Menschen in Rheinland-Pfalz zu ihren Lebensbedingungen und Einschätzungen der sozialräumlichen Umgebung befragt. Durch diese Methodentriangulation soll die Möglichkeit eröffnet werden, die Perspektiven der Beteiligten, ihre

subjektiven Bedeutungen und Relevanzsetzungen in die Jugendberichterstattung einzubinden und gleichzeitig auf einer breiten empirischen Basis Daten zu den von den Jugendlichen als relevant markierten Themen zu erheben.

Als wichtigste Sachverhalte stellten sich aus Sicht der Jugendlichen dabei der Lern- und Entwicklungsort Schule, Mobilität und der Öffentliche Personennahverkehr sowie das Thema Diskriminierung heraus. Auch im Bereich der sozialräumlichen Umwelten und der jugendspezifischen Angebote gibt es aus Sicht der jungen Menschen einen erheblichen Verbesserungsbedarf. Die Entscheidung, dass genau diese Themen die höchste Relevanz aufweisen, trafen die Jugendlichen auf einem eigens dafür veranstalteten Jugendworkshop („Jugend – was GEHT?!“) selbst. Dementsprechend werden die oben genannten Punkte in diesem Bericht vertieft (Kap. 4; Kap. 7).

Die zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung lassen sich zunächst in zwei Punkten beschreiben:

- Zum einen bewertet die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen die eigenen Lebensbedingungen positiv bis sehr positiv. Es

94 Siehe zum aktuellen Diskurs zum Child Well-being das Themenheft der Zeitschrift für Pädagogik, 60. Jg., H. 4, Juli/August 2014: „Child Well-being‘. Potenzial und Grenzen eines Konzepts.“

ist noch nie so vielen jungen Menschen so gut gegangen wie heute. Zugleich aber gibt es eine relevante Zahl von Jugendlichen, die ihre Lebenssituation nicht positiv bewertet.

- Zum anderen sind Jugendliche gegenüber Abwertungen sehr sensibel und thematisieren die unterschiedlichsten Formen von Diskriminierung und Rassismen. Junge Menschen in Rheinland-Pfalz haben diesbezüglich durchaus eine feine und differenzierte Wahrnehmung – auch weil sie sich selbst von der Gesellschaft in vie-

lerlei Hinsicht abgewertet fühlen. Die Protokolle der Gruppendiskussionen und die Antworten auf den Fragebögen sprechen eine deutliche Sprache: Ungerechtigkeit und ein Mangel an Respekt zeigen sich für die Jugendlichen zum Beispiel in den unhaltbaren Zuständen der Schultoiletten, der schlecht ausgebauten (Verkehrs-)Infrastruktur (vor allem auf dem Land), mangelnden jugendspezifischen Räumen und Gelegenheitsstrukturen sowie der teilweise skandalisierenden Berichterstattung der Medien über die Jugend.

4.1 Methodisches Vorgehen

Die Erfassung der subjektiven Perspektive der Jugendlichen sowie die persönliche Einschätzung ihrer Lebenswelten, ihres Alltags, ihres räumlichen und sozialen Umfeldes und ihres Wohlbefindens bilden einen zentralen Ansatz des zweiten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz. Dies stellt zugleich eine wichtige Weiterführung des ersten rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichtes dar. Folgende Fragestellungen stehen dabei im Mittelpunkt: Wie sehen und bewerten junge Menschen die Angebotsstruktur, die Freizeitmöglichkeiten, die Bildungsangebote, die Jugendarbeit und jugendkulturellen Angebote in ihren Sozialräumen? Welches sind aus der Sicht von Jugendlichen überhaupt relevante Themen, Anliegen und Angebote?

Diese Forschung war von Anfang an darauf ausgerichtet, den Jugendlichen ein möglichst großes Mitspracherecht zu gewähren und sie von Beginn an in den Forschungsprozess zu integrieren. Das Prinzip der Offenheit qualitativer Forschung bot den Befragten einen adäquaten Rahmen, ihre subjektiven Deutungsmuster zu entfalten (Helfferich 2004, S. 100).

Um die Selbstauskünfte Jugendlicher und ihre subjektive Perspektive möglichst valide abzubilden, wurde ein zweistufiger forschungsmethodischer Zugang gewählt: Einer quantitativ-stand-

ardisierten Erhebung ging dabei ein qualitativ-explorativer Zugang voraus.

4.1.1 Qualitativ-explorativer Zugang

Um herauszufinden, welche Themen für junge Menschen relevant sind und wie sie ihre Lebens- und Handlungsräume selbst wahrnehmen und einschätzen, wurde ein großer offener Jugendworkshop initiiert.

In einem ersten Schritt designten 19 Jugendliche eine Einladung in Form eines Flyers. Auch der Slogan und die damit einhergehende Diskussionsfrage des Workshops „Jugend – was GEHT?!“ wurde von den Jugendlichen selbst entwickelt. In einem nächsten Schritt wurden sechs Jugendliche aus Trier in das Jugendzentrum Mergener Hof eingeladen, um dort in einem Pretest die geplanten Methoden Zukunftswerkstatt und Gruppendiskussion auf ihre Tauglichkeit für diese Forschung zu überprüfen. Die Themen, die in diesem Zusammenhang erarbeitet wurden, glichen denen, die später in Kyllburg auf dem Jugendworkshop exploriert werden konnten (Öffentlicher Personenverkehr, Schule und Respekt).

Um einen möglichst vielfältigen Einblick in den Alltag der Jugendlichen zu erlangen und die Diversität in den jugendlichen Lebenswelten einzufan-

gen, verlief die Einladung zum Jugendworkshop über unterschiedlichste Medien und nach dem Schneeballprinzip, über Flyer, Plakate, Facebook und direkten Mailkontakt. Nach einer aufwendigen Werbe- und Rekrutierungsphase über verschiedenste Kanäle wie zum Beispiel Sportvereine, Jugendhäuser, Freiwillige Feuerwehr, Erziehungsheim, Kreisjugendring u. a. waren alle 57 Plätze vergeben.

Am 22./23. Juni 2013 fand im Bildungs- und Freizeitzentrum Stiftsberg in Kyllburg/Eifel der Jugendworkshop unter dem Motto „Jugend – was GEHT?!“ statt. 39 Mädchen und 18 Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren aus ganz Rheinland-Pfalz waren angereist, um in Zukunftswerkstätten, die von Masterstudierenden der Universität Trier sehr sorgfältig vorbereitet und durchgeführt wurden, relevante Themen, Fragen, Interessen und Schwerpunkte zu generieren. Diese wurden dann im Rahmen klassischer Gruppendiskussionsverfahren weiter entfaltet.

Den Jugendlichen sollte in dieser Form der Raum geboten werden, ihre Themen selbst zu bestimmen und sich somit aktiv am Forschungsprozess zu beteiligen.

Als Beispiel für die in der Stichprobe repräsentierte Vielfalt bzw. Diversität jugendlicher Lebenswelten dienen folgende exemplarische Angaben:

- vier Jugendliche sind in der Offenen Jugendarbeit aktiv,
- fünf engagieren sich in der Freiwilligen Jugendfeuerwehr,
- drei gehören dem Jugendrat Koblenz an,
- acht Jungen und Mädchen leben in einer betreuten Wohngruppe,
- zwei Mädchen besuchen den Hochbegabtenzweig eines Gymnasiums.

Betrachtet man den besuchten Schultyp der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, fächert sich die Stichprobe in folgender Weise auf: 24 Jugendliche gehen auf ein Gymnasium, 14 auf die Realschule plus, vier Jugendliche besuchten zu diesem Zeitpunkt noch eine Hauptschule, neun Schülerinnen und Schüler besuchen eine klassische Realschule und sechs eine Berufsbildende Schule (BBS). Um den Migrationsstatus der Jugendlichen zu erheben, wurden sie in einem kurzen Fragebogen zu den soziodemografischen Merkmalen befragt: „Welche Sprache spricht Ihr zu Hause?“

Tabelle 6: Sprache, die die Jugendlichen zu Hause sprechen

Geschlecht \ Sprache	Deutsch	Russisch	Deutsch +	Gesamt
weiblich	31	3	5 Russisch II Türkisch II Englisch I	39
männlich	16	0	2 Russisch Englisch	18
Gesamt	47	3	7	57

Quelle: Soziodemografischer Fragebogen; Kyllburg, Jugendworkshop 2013

Die Vielfalt jugendlicher Gruppen, Lebenswelten und Lebensstile und die Diversität jugendkultureller Ausdrucksweisen in diesen Forschungszusam-

menhang aufzunehmen und zu repräsentieren war eine große Herausforderung. Mit der qualitativen Zugangsweise zu den Themen junger Menschen

besteht jedoch ein offener und dadurch intensiv differenzierender Blick auf deren konstruierte Sichtweisen der Welt. Eine gewisse Gemeinsamkeit – und zugleich die Diskussionsgrundlage – entstand dadurch, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer alle als Jugendliche aus Rheinland-Pfalz begriffen, einer gemeinsamen Altersgruppe angehörten und ein Interesse daran hatten, sich über ihre Lebenssituationen auszutauschen und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Zukunftswerkstatt

Die Zukunftswerkstatt, eine Methode nach Robert Jungk, diente in diesem Forschungsprozess der Generierung jugendlicher Themen. Gemeinhin ist diese Methode als Problemlöseverfahren gedacht und durch einen offenen Prozess gekennzeichnet. Ein Vorzug der Zukunftswerkstatt ist, dass sie denjenigen zur Ermächtigung verhilft, die von einer bestimmten Planung betroffen sind, und mit neu entwickelten Ideen Lösungen für gesellschaftliche Probleme schafft. Menschen sollen sich größere Handlungsräume erschließen und vom Objekt der Planung zum Subjekt werden (vgl. Jungk 1989, S. 21 f.). In einem offenen Prozess haben die Subjekte die Möglichkeit, ihre Themen unabhängig von Außenstehenden zu erarbeiten. Genau dieser Prozess sollte für die Exploration der jugendlichen Relevanzsetzungen und Bedeutungen genutzt werden.

Die Konstruktion sozialer Wirklichkeit durch die Jugendlichen bildet den Ausgangspunkt dieses methodischen Zugangs. Ausgewertet wurden die drei durchgeführten Zukunftswerkstätten mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. Mayring 2010).

Gruppendiskussionen

In themenbezogenen Gruppendiskussionen wurde, über die in den Zukunftswerkstätten herausgearbeiteten Themen hinaus, ein Zugang zu kollektiven Orientierungen der Schülerinnen und Schüler geschaffen. Viele subjektive Bedeutungsstrukturen

sind so stark in kollektive Zusammenhänge eingebunden (vgl. Bohnsack 2000, S. 125), dass sie nur in Gruppen zu erheben sind. Das Phänomen des Zusammenhangs, zum Beispiel zwischen Teilhabe und Wohlbefinden oder zwischen Schule und Wohlbefinden, wurde in den drei Zukunftswerkstätten häufig betont. Allerdings betrachtet die aktuelle Forschung diese Themen bisher zu selten aus der Sicht der Akteurinnen und Akteure. Dem Problem nähert sich dieser Forschungsansatz an, indem er Selbstauskünfte der Jugendlichen zu ihrem Wohlbefinden erhebt und rekonstruiert.

Es geht hier um das erlebte Wohlbefinden – und damit um die subjektiv empfundenen Lebensbedingungen und Entwicklungsräume der heranwachsenden Generation. In einem solchen Rahmen sind nicht ausschließlich bewusste Wirkmechanismen am Werk, sondern auch kollektive Einstellungen, Ideologien, implizite Werthaltungen und Themen, die in Form der Gruppendiskussion erhoben und in einer qualitativen Inhaltsanalyse kategorisiert werden können.

Qualitative Inhaltsanalyse

Das angewandte Auswertungsverfahren der qualitativen Inhaltsanalyse im Rahmen der Zukunftswerkstätten und Gruppendiskussionen wurde so zusammengestellt, dass von außen zugewiesene Handlungsräume mit den implizit geäußerten Handlungsräumen der Jugendlichen verglichen werden konnten. Auf diese Weise lässt sich zeigen, welche Spannungen zwischen gesellschaftlich angedachten Handlungsräumen und subjektiv empfundenen Handlungsräumen der Jugendlichen entstehen.

Die qualitative Inhaltsanalyse wird hier zur Hypothesengenerierung sowie zur Wirklichkeitsabbildung im Sinne eines kontrollierten Fremdverstehens von Alltagskonzeptionen der Jugendlichen genutzt. Die theoretisch ausgewiesene Fragestellung „Wie lässt sich von diesen Erfahrungen auf das Wohlbefinden schließen?“ bildet dabei den Ausgangspunkt.

4.1.2 Quantitativer Zugang

Für die Stichprobenziehung der Jugendbefragung wurden zehn Gebietskörperschaften aus Rheinland-Pfalz exemplarisch ausgewählt. Die Orientierung erfolgte dabei insofern an den Vorarbeiten und Ergebnissen des ersten Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz (MBWJK 2010a), als aus den fünf ermittelten Gruppen des Gesamtindex Child Well-being⁹⁵ (CWB-Index, Gruppe A–E) jeweils zwei möglichst unterschiedliche Gebietskörperschaften selektiert wurden (vgl. Tabelle 7).

Bezüglich der Verteilung der Gebietskörperschaften anhand des CWB-Gesamtindex zeigen sich folgende Befunde: In Gruppe A des CWB sind nur Landkreise zu finden: Mainz-Bingen (67,3 Punkte; Rheinland-Pfalz gesamt: 56,0 Punkte) und der Eifelkreis Bitburg-Prüm im äußersten Westen (62,7 Punkte) wurden in das Sample einbezogen.

In der fünften Gruppe des CWB-Index (Gruppe E) sind nur Städte zu finden, mit Ausnahme des

Tabelle 7: Ausgewählte Gebietskörperschaften der Jugendbefragung „Jugend in Rheinland-Pfalz 2013“

Gruppe CWB-Index	kreisfreie Stadt (St) oder Landkreis (LK)	geografische Verteilung
A	Mainz-Bingen (LK)	Ost
	Eifelkreis Bitburg-Prüm (LK)	West
B	Landau in der Pfalz (St)	Süd
	Westerwaldkreis (LK)	Nord
C	Kaiserslautern (LK)	Südwest
	Trier (St)	West
D	Koblenz (St)	Nord
	Ahrweiler (LK)	Nord
E	Worms (St)	Ost
	Pirmasens (St)	Südwest

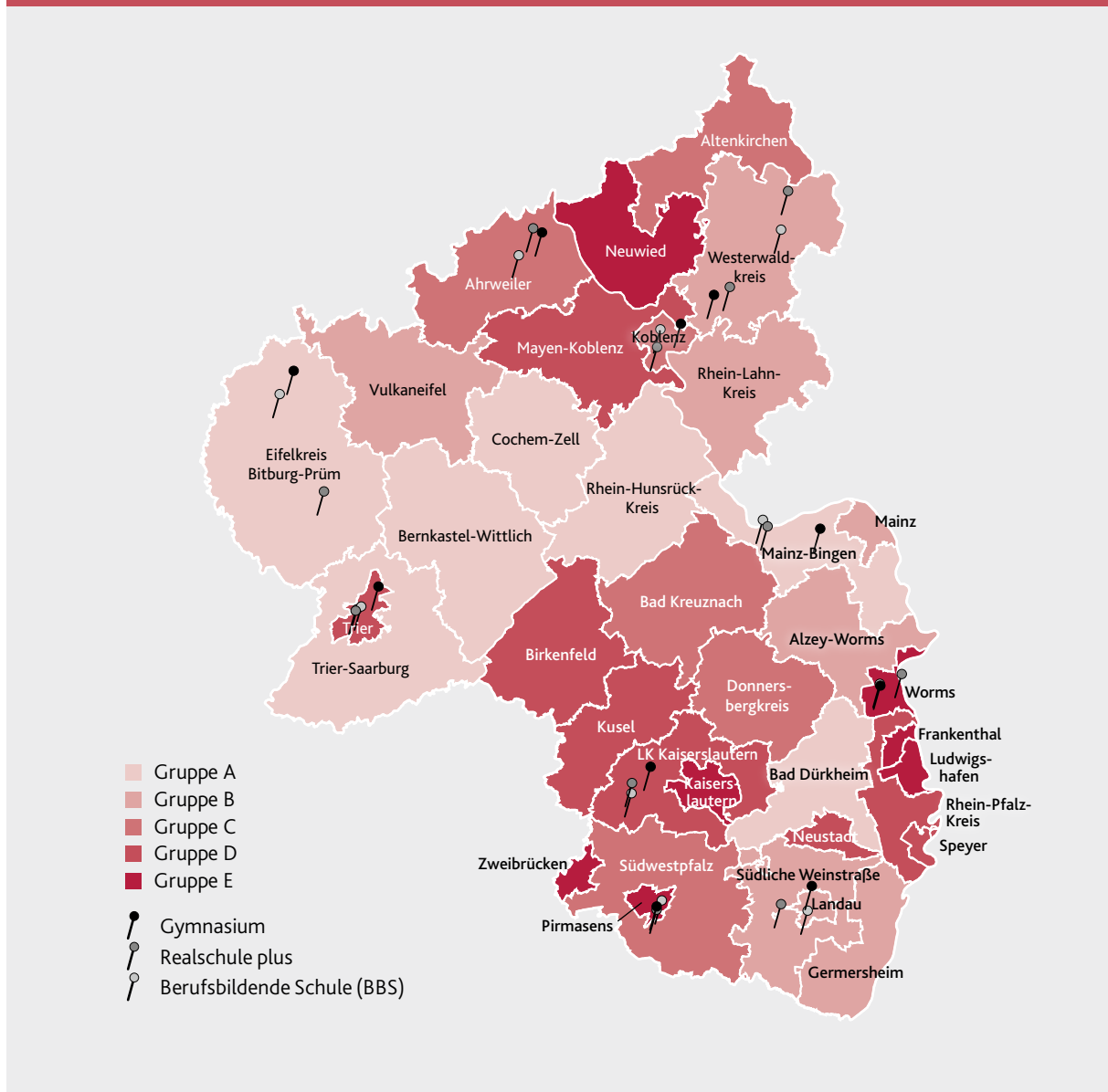
Landkreises Neuwied (52,4 Punkte), gefolgt von den kreisfreien Städten Worms (51,2 Punkte), Kaiserslautern, Zweibrücken, Frankenthal, Ludwigs-

hafen (43,3 Punkte) und Pirmasens (28,3 Punkte). Die Städte Worms und Pirmasens wurden für die Stichprobe ausgewählt.

⁹⁵ Der Gesamtindex Child Well-being wurde aus einer Zusammenführung der Indexwerte „Lebensbedingungen“, „Wohlfahrt“ und „Handlungsräume“ errechnet. Die Indexwerte der drei Dimensionen setzen sich jeweils aus einer begründeten Auswahl an Indikatoren zusammen, die „nach ihrer Bedeutung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gewichtet wurden“ (vgl. MBWJK 2010a, S. 305). In einer Gruppierung der Regionen nach A bis E wurden jeweils Regionen mit ähnlichen Bedingungen und Verhältnissen zusammengefasst – dabei finden sich in der Gruppe A solche Regionen, in denen die Chancen für Wohlbefinden und gesundes Aufwachsen von jungen Menschen in besonderer Weise gegeben sind, während dies für Gruppe E in deutlich geringerem Maße gilt (vgl. ebd., Kap. 5).

Um die Jugendbefragung möglichst umfassend anzulegen, d. h. die unterschiedlichsten Jugendlichen zu erreichen und möglichst die gesamte Vielfalt jugendlicher Lebenswelten abzubilden, wurde als methodisches Vorgehen die **Schulklassenbefragung** gewählt. Die Schulen wurden dabei als Zugang zu den jungen Menschen genutzt, um in einem überschaubaren Zeitraum möglichst viele unterschiedliche Jugendliche in die Befragung einzubeziehen. Da in Deutschland Schulpflicht existiert, ist davon auszugehen, dass

Abb. 74: Schulstandorte, die an der Befragung teilgenommen haben



Quelle: Eigene Darstellung (Kartenmaterial: GfK GeoMarketing)

in den Schulen alle Jugendlichen anzutreffen sind (inklusive Schulverständnis). Ein weiterer Vorteil der Klassenraumbefragung besteht darin, dass eine sehr hohe Teilnahmequote an der Befragung realisiert werden kann.

An dieser Stelle ist zu betonen, dass es bei diesem Vorgehen nicht um eine Schulbefragung und um die Abbildung der gesamten Schullandschaft Rheinland-Pfalz ging, sondern um eine Jugendbe-

fragung, die über die Methode der Klassenraumbefragung realisiert wurde. Die Mädchen und Jungen wurden dabei nicht in ihrer Rolle als Schülerinnen und Schüler angesprochen, sondern als Jugendliche, die in Rheinland-Pfalz leben.

Für jeden ausgewählten Standort sind zufällig die Schulen der drei unterschiedlichen Schulformen bestimmt worden, sodass das Cluster Sample 30 Schulen umfasst. Entsprechend dem Vorgehen

der Klumpenauswahl⁹⁶ (vgl. Häder 2006, S. 166 f.) sind wiederum zufällig die zu befragenden Klassen ausgewählt worden, um im nächsten Schritt alle Schülerinnen und Schüler der selektierten Klassen zu befragen – allerdings mit dem Hinweis, dass die Teilnahme an der Befragung freiwillig ist und durch eine Nicht-Teilnahme keinerlei Nachteile entstehen. Dies war für den Datenschutzbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz ein zentrales Anliegen. Alle Eltern und Erziehungsberechtigten sowie die Schülerinnen und Schüler wurden darauf aufmerksam gemacht, dass die Teilnahme freiwillig ist.

Folgende Schulformen⁹⁷ wurden in die Datenerhebung einbezogen:

- Realschule plus
- Gymnasium
- Berufsbildende Schule (BBS)⁹⁸

96 Die Klumpenauswahl (auch Cluster Sample genannt) stellt einen Spezialfall der mehrstufigen Zufallsauswahl dar (vgl. Häder 2006, S. 166). Das Vorgehen der Klumpenauswahl wird auch im Rahmen der PISA-Studien verwendet. Die Datenerhebungen erfolgen dabei in den jeweiligen Schulklassen. Vorliegen muss hierzu lediglich eine Liste mit allen Schulen, aus der dann zufällig eine Auswahl an Schulen in den jeweiligen Bundesländern – in dieser Studie den jeweiligen Gebietskörperschaften – getroffen wird. Die ausgewählten Schulen bilden einen Klumpen. Auf einer zweiten Stufe werden dann wiederum zufällig diejenigen Schulklassen ausgewählt, in denen die Schülerinnen und Schüler befragt werden. Für den zweiten Kinder- und Jugendbericht wurden von den kontaktierten Schulleitungen die Klassen zufällig bestimmt, die an der Befragung teilnehmen sollten. Auf der dritten Stufe erfolgt dann die Untersuchung aller Elemente – hier also aller Schülerinnen und Schüler der ausgewählten Klassen.

97 Bei der Ziehung der Schulen in der ersten Stufe ist in der vorliegenden Untersuchung keine uneingeschränkte zufällige Auswahl vorgenommen worden, sondern es ist berücksichtigt worden, dass es verschiedene Schulformen gibt. Die Auswahl wurde dabei auf drei Schulformen begrenzt, und zwar auf die drei am stärksten besuchten Schultypen: Gymnasium, Realschule plus und Berufsbildende Schule.

98 Die Förderschulen wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht in das Sample einbezogen. Für deren Befragung wäre es nötig gewesen, das Befragungsinstrument entsprechend zu modifizieren. Auch die Erhebung selbst wäre aufwendiger geworden (Selbstaussfüllen des Fragebogens z. T. nicht möglich), was für das Projektteam der Universität Trier nicht zu realisieren war. Wünschenswert wäre eine vertiefende Studie zur subjektiven Perspektive und zum Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen, die eine Förderschule besuchen.

Nach dem Ende der Herbstferien 2013 wurden die „Paper-and-Pencil-Befragungen“ vor Ort von Masterstudierenden der Universität Trier und den Projektmitarbeiterinnen direkt in den Klassen in einer Schulstunde durchgeführt.⁹⁹ Das Einsammeln der Fragebögen fand unmittelbar im Anschluss an die Befragung statt. Dadurch konnten Ausfälle bzw. Probleme mit der Rücklaufquote wie bei einer postalischen Befragung reduziert und der Zeitraum für die Datenerhebung im Feld stark eingegrenzt werden.

Die Anzahl der zu befragenden Klassen an den verschiedenen Schultypen in den jeweiligen Gebietskörperschaften wurde zuvor berechnet und entsprechend dem quantitativen Anteil der Schülerinnen und Schüler in den Gebietskörperschaften gewichtet und in die Stichprobe aufgenommen. Insgesamt gab es im Land Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2012/13, die Grundschulen ausgenommen, 296.938 Schülerinnen und Schüler. Angestrebt wurde, 112 Klassen aus allen ausgewählten Schultypen zu befragen, um Daten von ca. 2.200 Jugendlichen zu gewinnen.

Die Themen für den Fragebogen wurden zunächst aus dem Jugendworkshop übernommen (Schule, Rassismus/Diskriminierung, Mobilität/Infrastruktur, Finanzen) und weiter ergänzt durch die in den bekannten und etablierten Jugendbefragungen (z. B. Shell Jugendstudie 2010; Sinus Jugendstudie 2012) behandelten und in einer systematischen Analyse herausgearbeiteten Themen. Somit deckt der Fragebogen folgende Themen ab:

99 Am 26. September 2013 wurde in einer 8. Klasse der Realschule plus in Trier-Saarburg mit 24 Schülerinnen und Schülern ein Pretest durchgeführt, um das Instrument zu testen und abschätzen zu können, wie viel Zeit die Befragung in Anspruch nimmt. Zwei Studierende des MA-Studienganges Erziehungswissenschaft an der Universität Trier haben die Vorstudie durchgeführt. Auch ihnen sei an dieser Stelle ausdrücklich für ihr Engagement gedankt.

- | | |
|--|--|
| 1. Partizipation/Mitbestimmung | 8. Schule (vgl. Kap. 4.3) |
| 2. Normen/Werte/Überzeugungen | 9. Medien |
| 3. Respekt/Vielfalt/Toleranz – Diskriminierung/
Rassismus/Mobbing (vgl. Kap. 4.5) | 10. Familie/Freunde |
| 4. Zukunft/Zukunftsängste | 11. Finanzen/Geld |
| 5. Freizeit/Angebote für Jugendliche/Jugendarbeit
(vgl. Kap. 7) | 12. Soziodemografische Angaben |
| 6. Sucht-/Genussmittel | Anfang Dezember 2013 war die Befragung abge-
schlossen, anschließend wurden die ausgefüllten
Fragebögen in das Statistikprogramm SPSS einge-
geben. |
| 7. Mobilität/Infrastruktur (vgl. Kap. 4.4) | |

Tabelle 8: Methodensteckbrief Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Grundgesamtheit	In Rheinland-Pfalz wohnende Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren
Stichprobe	<p>Jugendworkshop: offener Zugang – Schneeballprinzip Standardisierte Jugendbefragung: Cluster Sample; Classroom-Befragung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Standortauswahl nach dem Gesamtindex des CWB-Index (erster Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz) • An jedem Standort wurden drei Schulformen befragt (Realschule plus, Gymnasium, BBS) • Alter: 14–18 Jahre (bzw. 13–20 Jahre, weil es aufgrund der Klassenzusammensetzung einige Ausreißer gab; diese machen 3 % der Stichprobe aus) • Geschlecht • Migrationshintergrund
Fallzahl	<p>Jugendworkshop: n = 57 Jugendbefragung: n = 2.168</p>
Erhebungsinstrument	<p>Qualitativer Zugang: Zukunftswerkstatt und Gruppendiskussion Quantitativer Zugang: Schriftlicher Jugendfragebogen (Selbstauffüller in der Schulstunde)</p>
Zeitraum	<p>Qualitative Erhebung: 04.04.2013 (Pretest); 24.–25.06.2013 Jugendworkshop Quantitative Erhebung: 21.10.2013–13.12.2013</p>

Im Datensatz sind insgesamt $n = 2.168$ Jugendliche enthalten. Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen ist zwischen 14 und 18 Jahre alt. Der Median liegt bei 15 Jahren; der Mittelwert bei 15,4 Jahren.

Tabelle 9: Alter der befragten Jugendlichen der Stichprobe¹⁰⁰

Alter in Jahren	Häufigkeit	Stichprobe in %
13	46	2,1
14	487	22,5
15	743	34,3
16	562	25,9
17	207	9,5
18	104	4,8
19	8	0,4
20	11	0,5
Gesamt	2.168	100

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013¹⁰¹

Von den 2.168 Jugendlichen sind 1.027 Mädchen und 1.120 Jungen; elf Jugendliche haben die Kategorie 3 = anderes Geschlecht angekreuzt¹⁰²; zehn haben keine Angabe zu ihrem Geschlecht gemacht.

Tabelle 10: Geschlechterverteilung in der Stichprobe

Geschlecht	Häufigkeit	Stichprobe in %	Rheinland-Pfalz (Altersgruppe 14–18) in %
weiblich	1.027	47,6	48,6
männlich	1.120	51,9	51,4
anderes Geschlecht	11	0,5	-
Gesamt	2.158	100	100

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013; Landesamt für Statistik 2013/14

100 Zur ursprünglichen Zielgruppe gehörten Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. In den Klassen befanden sich vereinzelt „Ausreißer“ wie 13-Jährige, 19- und 20-Jährige sowie Jugendliche, die älter als 20 Jahre waren. Die „Ausreißer“, die älter als 20 Jahre alt waren, wurden von der Auswertung ausgeschlossen.

101 Es gibt insgesamt 103.221 Schülerinnen und 108.949 Schüler in Rheinland-Pfalz im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

102 Es ist eine relevante Frage, wie in den Datenanalysen mit der Kategorie „anderes Geschlecht“ umgegangen wird. Aufgrund der geringen Fallzahl können eigens für diese kleine Gruppe keine statistisch belastbaren Aussagen getroffen werden. Bei allen anderen Auswertungen waren diese elf Jugendlichen miteinbezogen.

Tabelle 11: Besuchte Schulformen in der Stichprobe

Besuchte Schulform	Häufigkeit	Stichprobe in %
Realschule plus	731	34,3
Gymnasium	1.028	48,2
Berufsbildende Schule	374	17,5
Gesamt	2.133	100

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013¹⁰³

Der größte Teil der befragten Jugendlichen des Samples besucht ein Gymnasium (48,2 %), während 34,3 % die Realschule plus besuchen und 17,5 % eine Berufsbildende Schule.¹⁰⁴

Betrachtet man die Stichprobe im Hinblick auf einen Migrationshintergrund der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, so gaben 90,4 % der Jugendlichen an, in Deutschland geboren zu sein und einen deutschen Pass zu haben. 3,4 % der befragten Jugendlichen gaben an, einen deutschen Pass zu

103 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2013/14. Realschule plus: insgesamt in Rheinland-Pfalz 93.583 Schülerinnen und Schüler. Gymnasium: insgesamt in Rheinland-Pfalz 135.398 Schülerinnen und Schüler. BBS: insgesamt in Rheinland-Pfalz 123.859 Schülerinnen und Schüler. Förderschulen: insgesamt in Rheinland-Pfalz 14.626 Schülerinnen und Schüler.

104 Zum Vergleich mit den statistischen Daten für Rheinland-Pfalz siehe Kap. 2.4 „Schule und Ausbildung“.

besitzen, obwohl sie nicht in Deutschland geboren sind. 6,2 % antworteten, einen ausländischen Pass zu haben (absolut: 132 der befragten Jugendlichen). Zwei Staatsangehörigkeiten haben 7,5 % der befragten jungen Menschen in Rheinland-Pfalz (absolut: 161).

Die Frage nach dem Migrationshintergrund der Eltern wird folgenderweise beantwortet: Fast drei Viertel der rheinland-pfälzischen Jugendlichen haben keinen Migrationshintergrund, während gut ein Viertel der von uns befragten jungen Menschen durch einen Elternteil oder beide Elternteile einen anderen kulturellen Hintergrund hat.

Durch den gewählten Feldzugang und das Auswahlverfahren ergibt sich im Vergleich zur offiziellen Verteilung im Land Rheinland-Pfalz in der Stichprobe ein „Überhang“ an 15-Jährigen auf der einen Seite und Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums und der Realschule plus auf der anderen Seite. Die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen sind vergleichsweise unterrepräsentiert, was auf den gewählten Zugang und die anvisierte Altersgruppe (14 bis 18 Jahre) zurückzuführen ist. In Bezug auf die Geschlechterverteilung und den Migrationshintergrund der Jugendlichen zeigt sich eine große Nähe zu den Grundverteilungen insgesamt im Land Rheinland-

Tabelle 12: Migrationshintergrund der befragten Jugendlichen, Angaben in %

Sind Deine Eltern in Deutschland geboren?	Stichprobe	Rheinland-Pfalz
Ja, beide.	73,1	70,4
Ja, ein Elternteil ist in Deutschland geboren.	12,3	-
Nein, beide Eltern sind nicht in Deutschland geboren.	14,6	29,6*
Gesamt	100 (2.144)	100

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013; Mikrozensus 2011¹⁰⁵: bezogen auf Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sechs und 18 Jahren; hier Differenzierung nur zwischen mit und ohne Migrationshintergrund. *Keine Differenzierung¹⁰⁶

Pfalz. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind die Besonderheiten dieses Samples jeweils mit zu berücksichtigen. Trotz der Einschränkungen der Repräsentativität der Stichprobe für die Schulformen in Rheinland-Pfalz beansprucht die Stichprobe für die Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, orientiert an den fünf Gruppen des Child-Well-being-Index, die im ersten Kinder- und Jugendbericht bestimmt wurden, repräsentativ zu sein.

105 Mikrozensus 2011: Anzahl der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz: insgesamt 4.000.000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sechs und 18 Jahren: 452.000. Ohne Migrationshintergrund 318.000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sechs und 18 Jahren. Mit Migrationshintergrund 134.000 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen sechs und 18 Jahren.

106 In den Analysen des Statistischen Landesamts wird nicht danach differenziert, ob nur ein Elternteil in Deutschland geboren wurde oder ob beide Elternteile aus dem Ausland stammen.

Zum gewählten methodischen Design ist festzuhalten, dass ein bestimmter Ausschnitt der sozialen Welt von Jugendlichen in Rheinland-Pfalz betrachtet werden soll, um mit diesen Ergebnissen einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen zu leisten. Denn mit Hilfe von qualitativen Forschungsmethoden werden Sinnzusammenhänge offengelegt, von denen, bestätigt und bekräftigt durch die standardisierte, repräsentative Befragung, interpretativ Themen für den Index entwickelt werden können. Das Ziel der qualitativen Forschung war, spezifisches Gegenstandswissen der Jugendlichen zum Begriff Wohlbefinden zu explorieren.

Eine jugendnahe Forschung zum Thema Wohlbefinden ist ohne eine aktive Mitarbeit der Jugendlichen nicht zu denken. Oft wird auf den aufwen-

digen Zwischenschritt, sich den Lebenswelten der jungen Menschen aus deren eigener Perspektive anzunähern, verzichtet, im Glauben, über Jugend gebe es bereits genügend valide Daten. Daten und Fakten gibt es in der Tat einige, aber häufig sind diese lückenhaft, nicht sehr detailliert und schon gar nicht regional differenziert. In dieser Forschung lag der Schwerpunkt darauf, gemeinsam mit Expertinnen und Experten des „Jugendlich-Seins“ erstens für sie relevante Themen bezüglich ihres Wohlbefindens zu erarbeiten, um diese dann zweitens im Anschluss in einer quantitativen Erhebung zu validieren.

Die bewusste Entscheidung für einen Triangulationsansatz ist der Idee geschuldet, dass sich quantitative und qualitative Methoden gegenseitig unterstützen und ergänzen und somit die Erkenntnisse über das Wohlbefinden junger Menschen aus mehreren Perspektiven zusammenführt. Die Jugend hat in diesem Prozess drei Schwerpunktthemen für die Weiterentwicklung des CWB-Index aus dem ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz, vor allem für die Dimension Handlungsräume, gesetzt: Mobilität, Schule und Diskriminierung.

4.2 Jugendliche in Rheinland-Pfalz: Zufrieden, zuversichtlich, wohlhabend – aber zu wenig respektiert?

Ein zentrales Ergebnis der empirischen Untersuchung ist, dass es einem großen Teil der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz gut geht und diese ohne große Sorgen in ihre Zukunft blicken. Aber es gibt auch eine Gruppe von jungen Menschen, denen es weniger gut geht, die düster in die eigene Zukunft schaut und sich schwer damit tut, eine positive Perspektive zu entwickeln.

Auf die Frage „Alles in allem: Wie zufrieden bist Du mit Deinem Leben?“ antworten 71,0 % der befragten Jugendlichen ($n = 2.168$), dass sie mit ihrem Leben zufrieden (39,2 %) oder sogar sehr zufrieden (31,8 %) sind. Dieser „zufriedenen“ Gruppe stehen jedoch 28,9 % junge Menschen in Rheinland-Pfalz gegenüber, die ihr Leben nicht positiv oder nur eingeschränkt positiv bewerten können: 3,0 % sind mit ihrem Leben überhaupt nicht zufrieden, 7,4 % sind unzufrieden und 18,5 % antworten mit „teils, teils“.

Ähnlich wie bei der Frage nach der Lebenszufriedenheit zeigt sich, dass knapp 70 % der Jugendlichen zuversichtlich in die eigene Zukunft schauen, während 8,2 % in eine düstere Zukunft blicken und rund ein Fünftel indifferent ist.

Auch scheint der größte Teil der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz in gesicherten materiellen Verhältnissen aufzuwachsen oder nimmt dies zumindest so wahr. Lediglich 7,4 % beantworten die Frage „Wie kommt Deine Familie mit dem Geld zurecht?“ mit „sehr schlecht“ (1,3 %) oder „schlecht“ (6,1 %), während 73,9 % sagen, dass sie sehr gut oder gut mit den vorhandenen finanziellen Mitteln auskommen.

Durch die subjektorientierte und partizipative Vorgehensweise im Forschungsprozess zeigt sich, dass die Jugendlichen gesellschaftliche Problembereiche und Ungerechtigkeiten sehr sensibel registrieren. Zu diesen Themenkomplexen zählen aus der subjektiven Perspektive der Mädchen und Jungen vor allem die Schule, der Öffentliche Personennahverkehr und das Thema Diskriminierung.

Insbesondere der Entwicklungsort Schule wird von einem großen Teil der Jugendlichen als stressig erlebt, u. a. weil den Noten eine überragende Bedeutung zukommt und sie einen großen Leistungsdruck empfinden (Kap. 4.3). Auch die öffentliche Infrastruktur – unabdingbar, damit sich junge Menschen vom Elternhaus ablösen und Autonomie entwickeln, d. h. sich verwirklichen können – steht in der Kritik (Kap. 4.4). Die Jugendlichen se-

hen einen großen Verbesserungsbedarf im Bereich der Gelegenheitsstrukturen, seien es nun die Angebote der Vereine, Projekte von Trägern oder einfach Plätze, an denen sie sich treffen können, um den Dingen nachzugehen, die ihnen wichtig sind.

Diskriminierung, Mobbing und Rassismus sind Themen, die junge Menschen sehr bewegen und Bestandteil ihrer Erfahrungs- und Lebenswelten sind. Die Jugendlichen registrieren sehr genau, wie in der Klasse, in der Pause, in der Freizeit, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Sport usw. miteinander umgegangen wird, und beklagen mangelnden Respekt. Die Respektlosigkeit betrifft nicht nur den Umgang zwischen Gleichaltrigen, sondern auch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen; dies haben die Jugendlichen in den qualitativen Settings sehr deutlich formuliert (Kap. 4.5).

Auch die Themen ÖPNV und Schule wurden von den Jugendlichen unter dem Oberbegriff Respekt diskutiert: Sie erleben die Respektlosigkeit der Gesellschaft ihnen gegenüber durch die übervollen Busse, oder dadurch, dass an den Wochenenden gar keine Busse fahren, durch die sanierungsreifen Schulgebäude, die Schultoiletten in unhaltbarem Zustand und durch die Diskriminierungen und Rassismen, denen sie im Alltag und in den verschiedensten Kontexten begegnen.

Die Selbstauskünfte machen deutlich, dass die Jugendlichen es überaus schätzen, befragt zu werden und zu sehen, dass sich jemand für sie und ihre Perspektive interessiert. Sie plädieren durchweg für eine regelmäßige Wiederholung des Teilhabeprojekts in der gleichen oder einer anderen Form. Dabei schwingt eine Sorge der jungen Menschen mit: „Am Ende interessiert es ja eh keinen, was wir hier machen; gut wäre es, wenn das wirklich mal anders wäre.“

4.3 Bildungs- und Entwicklungsort Schule

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Wenn du gute Noten hast, du kommst weit, wenn du gute Noten hast, alles Noten, Noten und keinen interessiert, ob du etwas kannst. Da bleiben manche, die sind vielleicht noch klüger, die bleiben dann sitzen, nur weil sie mal n bisschen faul waren. Das ist der Druck.“ (Zitat Gruppendiskussion Schule, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

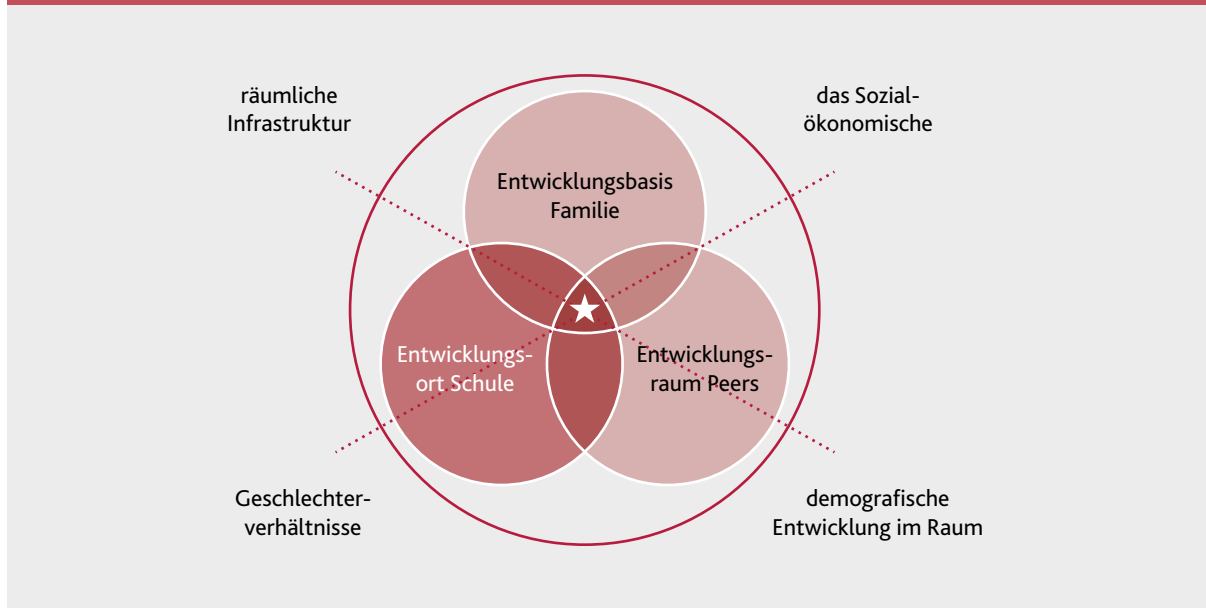
Die beruflichen und persönlichen Chancen in der modernen Gesellschaft hängen wesentlich vom Bildungserfolg ab. Die Jugendphase ist durch die Expansion des Bildungssystems erheblich verändert und verlängert worden. Der Zeitraum, in dem man als Jugendlicher gilt, wird durch den Aufenthalt im Bildungssystem bestimmt, der Erfolg im Erwachsenenalter hängt wesentlich vom Bildungsabschluss ab. Schule und Jugendalter gehö-

ren nicht nur aufgrund des zeitlichen Anspruchs unweigerlich zusammen, sondern auch weil Schule das „am stärksten weichenstellende und universellste institutionelle Gefüge des Jugendalters [ist, d. V.]“ (BMFSFJ 2013, S. 156 f.).

Schule bestimmt den Alltag und damit die Lebensphase Kindheit und Jugend zu einem wesentlichen Teil. Sie bildet „die zentrale Instanz der sozialen, qualifikatorischen und ideologischen Reproduktion“ (Hummrich 2009, S. 231). Deshalb ist – neben der Familie und dem Umgang mit den Peers bzw. den Gleichaltrigen – die Schule in all ihren Formen ein zentraler Entwicklungs- und Ermöglichungsort für Jugendliche, wie dies im Lebenslagenmodell dargestellt ist.

Zu den Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz gehört der Entwicklungsort Schule als zentraler Bildungsort – insbe-

Abb. 75: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz – der Entwicklungsort Schule



Quelle: Eigene Darstellung

sondere der formellen Bildung – zweifellos dazu. Gleichzeitig fungiert dieser Bildungsort als wichtiger sozialer Ort, an dem sich die Schülerinnen und Schüler mit Gleichaltrigen treffen und ihre Freunde sehen. Darüber hinaus ist die Schule ein Ort, an dem wichtige Weichen für die Zukunft gestellt und (Lebens-)Chancen verteilt werden – und dies ist den Jugendlichen heute offensichtlich sehr bewusst, wie die qualitativen Befunde der Studie zeigen. Das führt zu entsprechenden Herausforderungen und Anforderungen, mit denen junge Menschen in Rheinland-Pfalz umgehen und die sie bewältigen müssen.

Schule ist eine zentrale Quelle für Stress, und ein beträchtlicher Anteil der Jugendlichen besucht diese Bildungseinrichtung nicht gern – was für das Wohlbefinden Konsequenzen hat (vgl. auch Berttram 2013). Die Jugendbefragung zeigt, dass 49.3 % der Schülerinnen und Schüler die Schule als sehr stressig bzw. stressig erleben und 29.6 % sehr ungerne bzw. ungerne zur Schule gehen (vgl. Tabelle 19). Konkurrenz- und Leistungsdruck, Zeitdruck und die Notwendigkeit, sich zu behaupten und durchzusetzen, sind aus der subjektiven Sicht der

Jugendlichen wesentliche Kennzeichen dieses Entwicklungsortes. Mittlerweile wechseln 40 % der Grundschülerinnen und -schüler in Rheinland-Pfalz auf das Gymnasium (vgl. Kap. 2.4), was die Wahrnehmung bestätigt, dass die Gesellschaft Noten, Leistung und Bildungszertifikaten eine große Bedeutung zuschreibt. Die Aussagen der jungen Menschen zeigen deutlich, dass sie diese „Leistungsideologie“ internalisiert haben und ihr Handeln entsprechend anpassen.

Nachfolgend werden Erkenntnisse aus den qualitativen und quantitativen Forschungszugängen zum Thema Schule vorgestellt. Auf dem Jugendworkshop „Jugend – was GEHT?!“, der 2013 in Kyllburg/Eifel mit 57 Jugendlichen aus ganz Rheinland-Pfalz stattfand, spielte der Gegenstand Schule in den Zukunftswerkstätten und den Gruppendiskussionen eine zentrale Rolle. In der Gewichtung der Themen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielt dieser Bildungs- und Entwicklungsort die meisten Stimmen, gefolgt von den Themen „Rassismus“ und „ÖPNV“ (Schule: 30 Punkte; Rassismus: 23 Punkte; ÖPNV: 18 Punkte).

4.3.1 Selbstauskünfte der Jugendlichen zum Bildungs- und Entwicklungsort Schule

Ein Blick in die empirische Erhebung zeigt folgende Verteilung über die drei ausgewählten Schultypen.¹⁰⁷ Der größte Teil der befragten Jugendlichen in der Stichprobe besucht ein Gymnasium (nahezu die Hälfte), während ein gutes Drittel die Realschule plus und 17,5 % eine Berufsbildende Schule besucht.

Tabelle 13: Besuchter Schultyp, Angaben in %

Welche Schulform besuchst Du?	Gesamt	Mädchen	Jungen
Realschule plus	34,3	32,6	35,8
Gymnasium	48,2	53,1	43,6
Berufsbildende Schule	17,5	14,3	20,6
Gesamt	100 (2.133)	100	100

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Hinsichtlich des Schultyps zeigt sich in der Stichprobe ein höchst signifikanter Geschlechterunterschied: Mädchen gehen systematisch häufiger auf ein Gymnasium als Jungen, während Jungen häufiger die Realschule plus und insbesondere die Berufsbildende Schule besuchen.

Auch in der Shell Jugendstudie (2010) wird dem Zusammenhang von Bildung und Geschlecht in Zeitreihenvergleichen nachgegangen (vgl. ebd., S. 74 ff.). Hier werden Mädchen eindeutig als „Bildungsgewinner“ dargestellt, was implizit den Gedanken nahelegt, Jungen als Bildungsverlierer einzustufen. Im Jahr 2010 besuchten 44 % der in der Stichprobe der Shell Jugendstudie befragten Jugendlichen ein Gymnasium, unter den Mädchen 48 %, unter den Jungen 41 %.

Eine weitere systematische Differenz hinsichtlich der besuchten Schulform begründet sich durch das Merkmal Migrationshintergrund. Wie durch viele Studien bekannt ist, besuchen Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich seltener das Gymnasium und systematisch häufiger die Realschule plus oder eine Berufsbildende Schule als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dies zeigt sich in der Fragebogenstudie ebenfalls sehr deutlich (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14: Schultyp in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Angaben in %

Schultyp	Jugendliche ohne Migrationshintergrund	Jugendliche, von denen ein Elternteil aus dem Ausland stammt	Jugendliche, von denen beide Elternteile aus dem Ausland stammen
Realschule plus	31,3	33,8	49,2
Gymnasium	52,9	47,1	25,7
BBS	15,8	19,0	25,1
Gesamt	100 (1.551)	100 (263)	100 (307)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

¹⁰⁷ Wichtig ist hier noch einmal zu erwähnen, dass für die Befragung nur die genannten drei Schulformen ausgewählt wurden und demzufolge nicht die komplette Schullandschaft Rheinland-Pfalz abgebildet wird.

Im Folgenden wird dargestellt, welchen Schulabschluss die befragten weiblichen und männlichen Jugendlichen in Rheinland-Pfalz anstreben:

Tabelle 15: Angestrebter Schulabschluss in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %

Angestrebter Schulabschluss	Gesamt	weiblich	männlich
Hauptschulabschluss	4,5	3,7	5,0
Realschulabschluss/ Mittlere Reife	27,9	25,9	29,6
Fachhochschulreife	13,1	9,9	16,1
Abitur/fachgebundene Hochschulreife	62,7	67,3	58,8
weiß noch nicht, welchen Abschluss	3,2	2,4	3,6

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Die Shell Jugendstudie von 2010 bringt die großen Ambitionen junger Menschen heute und die hohen Anforderungen an sie auf den Punkt: „Nur mit einem adäquaten Schulabschluss können die Jugendlichen ihre oft ehrgeizigen beruflichen Wünsche verwirklichen. Dazu müssen die Jugendlichen aber entsprechende schulische Leistungen und Erfolge vorweisen, um in die gewünschten beruflichen Ausbildungen und Studiengänge reinzukommen“ (ebd., S. 71). Dabei scheinen für Mädchen die Am-

bitionen und der Druck noch größer zu sein als für Jungen.

Mädchen streben signifikant häufiger zum Abitur, während für Jungen die Fachhochschulreife deutlich attraktiver zu sein scheint. Neben der Differenz zwischen den Geschlechtern lässt sich ebenfalls ein höchst signifikanter ethnischer Effekt feststellen: Wenn beide Elternteile der Schülerinnen oder Schüler im Ausland aufgewachsen sind, so wird von den Schülerinnen und Schülern signifikant seltener das Abitur als angestrebter Schulabschluss angegeben, dafür jedoch überdurchschnittlich häufig die Fachhochschulreife. Insgesamt streben 62,7 % der befragten Jugendlichen das Abitur als Schulabschluss an. Dieser Wert differenziert sich in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund in folgender Weise aus: 65 % der Schülerinnen und Schüler, deren beide Eltern in Deutschland aufgewachsen sind, streben zum Abitur sowie 63,5 % der Jugendlichen, bei denen ein Elternteil im Ausland aufgewachsen ist, aber lediglich 49,7 % der Jugendlichen, bei denen beide Eltern im Ausland aufgewachsen sind.

Die Fachhochschulreife als angestrebter Abschluss wird im Durchschnitt von 13,1 % der befragten Jugendlichen angegeben. Haben diese keinen Migrationshintergrund, so wünschen sich 11,4 % der

Tabelle 16: Abitur oder fachgebundene Hochschulreife als angestrebter Schulabschluss in Abhängigkeit vom Schulabschluss des Vaters (Schulabschluss der Mutter), Angaben in %¹⁰⁸

Abitur oder fachgebundene Hochschulreife als angestrebter Abschluss	Bildungsabschluss Vater (Bildungsabschluss Mutter)		
	Hauptschulabschluss/ ohne Abschluss	Mittlere Reife	Abitur
Ja	53,4 (47,3)	63,0 (64,0)	79,7 (80,0)
Nein	46,6 (52,7)	37,0 (36,0)	20,3 (20,0)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

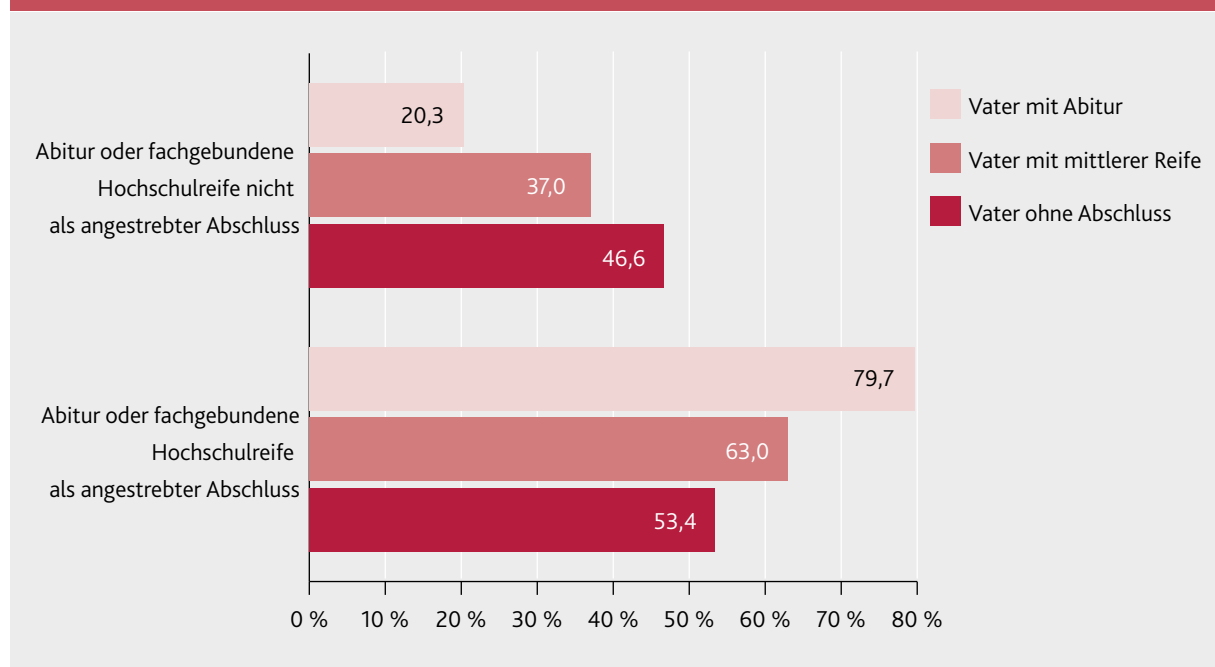
¹⁰⁸ Die Schulabschlüsse der Väter der befragten Jugendlichen – die Schulabschlüsse der Mütter werden in Klammern ausgewiesen – sind in folgender Weise verteilt: 1,7 % der Väter haben keinen Schulabschluss laut Selbstauskünften der Jugendlichen, (2,0 % der Mütter ohne Schulabschluss), 25,2 % der Väter haben Hauptschulabschluss (20,8 % der Mütter), 23,6 % der Väter haben Mittlere Reife (33,7 % der Mütter); 33,4 % der Väter haben Abitur (31,3 % der Mütter). 16,1 % der Jugendlichen haben angegeben, den Schulabschluss ihres Vaters nicht zu wissen (12,3 % kennen den Schulabschluss ihrer Mutter nicht).

jungen Befragten diesen Abschluss gegenüber 12,2 % der Befragten, von denen ein Elternteil im Ausland aufgewachsen ist, und 23,1 % der Jugendlichen, deren beide Eltern im Ausland aufgewachsen sind.

Auch die These der sozialen und familialen Vererbung von Bildung (vgl. Shell Jugendstudie 2010, S. 72) bestätigt sich überdeutlich in den Daten. Die folgenden Analysen wurden anhand des Krite-

riums „Bildungsabschluss des Vaters“ durchgeführt. Vergleichend sind Berechnungen mit dem Schulabschluss der Mutter getätigt worden. Eine nennenswerte Abweichung zeigt sich in der „Wirkung“ eines niedrigen Bildungsabschlusses der Mutter: Wenn die Mutter keinen Schulabschluss oder lediglich einen Hauptschulabschluss hat, so geben die jungen Menschen deutlich seltener an, das Abitur anzustreben, als wenn der Vater keinen Abschluss oder Hauptschulabschluss hat.

Abb. 76: Abitur oder fachgebundene Hochschulreife als angestrebter Schulabschluss in Abhängigkeit vom Schulabschluss des Vaters, Angaben in %



Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Im Anschluss an Tabelle 15 drängt sich – insbesondere für die Sozialpädagogik und die Jugendarbeit – eine relevante Frage auf: Welche Jugendlichen sind es vor allem, die nicht wissen, welchen Schulabschluss sie anstreben (sollen)? Die tiefergehende Datenanalyse zeigt, dass es eher männliche Jugendliche sind (Geschlecht schwach signifikant, unterhalb des Zehn-Prozent-Niveaus), die aus bildungsferneren Milieus kommen (Schulabschluss

des Vaters schwach signifikant).¹⁰⁹ Vor allem aber sind es Jugendliche, die für sich eine eher düstere Zukunft erwarten (höchst signifikantes Ergebnis)! Es handelt sich um junge Menschen, die für sich keine Perspektive sehen oder noch keine Perspektive für sich entwickeln konnten. Interessant ist, dass diese düstere Zukunftsperspektive unabhängig vom Schultyp auftritt, d. h., auch unter den

¹⁰⁹ Der Migrationshintergrund spielt bei dieser Fragestellung keine Rolle.

Tabelle 17: Gehst Du gern zur Schule? In Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %

Ich gehe ... zur Schule	Gesamt	Mädchen	Jungen
sehr ungerne	11,1	7,9	14,0
ungerne	18,5	17,0	19,9
teils, teils	38,8	42,4	35,6
gern	24,4	25,2	23,8
sehr gern	7,1	7,4	6,8
Gesamt	100 (2.132)	100 (1.021)	100 (1.111)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Es sind vor allem die Jungen, die angeben, ungerne in die Schule zu gehen: Ein Drittel von ihnen beantwortet diese Frage negativ, bei den Mädchen ist es lediglich ein Viertel. Im Unterschied zum Merkmal Geschlecht spielt der Migrationshinter-

grund in diesem Zusammenhang keine Rolle. Differenziert man diese Frage nach dem jeweils besuchten Schultyp, so zeigt sich, dass Schüler der Berufsbildenden Schule überdurchschnittlich gern in die Schule gehen.

Tabelle 18: Gehst Du gern zur Schule? In Abhängigkeit von der Schulform, Angaben in %

Ich gehe ... zur Schule	Realschule plus	Gymnasium	BBS
sehr ungerne	13,1	11,2	7,8
ungerne	19,2	19,4	15,0
teils, teils	40,3	39,0	35,7
gern	21,5	25,4	27,6
sehr gern	5,9	5,0	13,9
Gesamt	100 (725)	100 (1.020)	100 (373)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

32,4 % der befragten Jungen sagen, dass ihre Versetzung gefährdet war, während dies nur für 21,6 % der Mädchen zutrifft (Gesamtdurchschnitt 27,2 %). 17,4 % der Jungen mussten bereits eine Klasse wiederholen, von den Mädchen sind es 11,4 %. Differenziert man die Gruppe der Jugendlichen nach dem Merkmal Migrationshintergrund, so zeigen sich höchstsignifikante Unterschiede: 33,9 % der Jugendlichen mit MH geben an, dass ihre Versetzung gefährdet war (Jugendliche o. MH: 24,9 %) und 22,4 % der Jugendlichen mit MH mussten bereits eine Klasse wiederholen im Unterschied zu 12,0 % der Schülerinnen und Schüler ohne MH. Diese „Bedrohungen“ können wesentlich dazu beitragen, ob sich junge Menschen in der

Schule wohlfühlen bzw. gern dort sind oder nicht. Die Daten belegen, dass Schülerinnen und Schüler, auf die beide Ereignisse nicht zutreffen, lieber in die Schule gehen als „gefährdete Jugendliche“.

Wie erleben Schülerinnen und Schüler die Schule? Nahezu die Hälfte der Jungen und Mädchen gibt an, die Schule als stressig bis sehr stressig zu erleben. Tendenziell ist das Stresserleben der Mädchen stärker ausgeprägt als das der Jungen. Jugendliche mit oder ohne Migrationshintergrund unterscheiden sich hinsichtlich des Stresserlebens nicht. Auch für den sozioökonomischen Status der Familie (gemessen über den Schulabschluss des Vaters) ist hier kein Effekt erkennbar.

Ein gutes Drittel der Befragten hat gelegentlich Stress, der sich jedoch mit lockeren Phasen abwechselt, während nicht einmal ein Fünftel der jungen Menschen die Schule locker oder sehr locker nehmen kann. Auch hier sind es eher die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen, die die Schule als locker erleben, was sicherlich auch mit der Vergleichsfolie des Berufs bzw. der betrieblichen Ausbildung zu tun hat. Gymnasias-tinnen und Gymnasiasten haben den höchsten Stresslevel – sowie Schülerinnen und Schüler, deren Versetzung gefährdet war oder ist.

An diesem Punkt des subjektiven Erlebens von Schule wären weiterführende Forschungen und Anknüpfungen sinnvoll, können hier aber nicht weiter vertieft werden. Es soll hier lediglich ein Verweis auf die KiGGS-Studie des Robert-Koch-Institutes von 2006 erfolgen, die davon ausgeht, dass in Deutschland bei den drei- bis 17-jährigen Kindern und Jugendlichen jede/r Fünfte eine psychische Auffälligkeit zeigt (www-kiggs.studie.de). Die höchste Auffälligkeit sind dabei Ängste (Leistungsängste) – neben Aggressionen, Störungen des Sozialverhaltens, Depressionen und ADHS.

Tabelle 19: Wie erleben Schülerinnen und Schüler die Schule? Angaben in %

Wie erlebst Du die Schule?	Gesamt	Mädchen	Jungen
sehr stressig	17,8	18,3	17,4
stressig	31,5	33,9	29,3
teils, teils	34,4	34,3	34,6
locker	9,5	8,3	10,6
sehr locker	6,7	5,2	8,1
Gesamt	100 (2.122)	100 (1.012)	100 (1.110)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Tabelle 20: Schulstress in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %

Wie erlebst Du die Schule?	Realschule plus	Gymnasium	BBS
sehr stressig	19,4	19,0	12,9
stressig	27,9	35,9	24,7
teils, teils	36,5	31,7	37,6
locker	8,2	9,1	14,0
sehr locker	7,9	4,3	10,8
Gesamt	100 (720)	100 (1.016)	100 (372)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Schule und Zeit: Zeitmanagement und Zeitnot

Das Verhältnis zwischen Schulzeit und Freizeit ist aus der subjektiven Perspektive der Jugendlichen ein wichtiges Thema: So äußern sich einige Jugendliche auf dem Jugendworkshop, dass die Schultage zu lang seien, insbesondere bei der Ganztagschule, dass zu wenig Zeit für eigene Interessen oder Hobbys bliebe und dass nach der Schule noch zu viele Hausaufgaben zu erledigen seien. Wie sehen hierzu die Datenbefunde aus?

Für zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz ist der Schultag mittags zwischen 12 und 14 Uhr zu Ende. 30 % der Befragten verlassen die Schule zwischen 14 und 16 Uhr, während für 4 % der Jugendlichen der Schultag erst um 16 Uhr oder danach zu Ende ist. Etwa ein Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler besucht die Ganztagschule, etwa zwei Drittel besuchen noch die Halbtagschule.

Tabelle 21: Ende Schultag nach Schultyp, Angaben in %

Der Schultag ist in der Regel für mich zu Ende ...	Realschule plus	Gymnasium	BBS
zwischen 12 und 14 Uhr	87,0	63,5	32,4
zwischen 14 und 16 Uhr	10,7	31,0	64,5
zwischen 16 und 18 Uhr	2,2	5,5	3,2
Gesamt	100 (718)	100 (990)	100 (349)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Wie lange der durchschnittliche Schultag dauert, hängt stark vom jeweiligen Schultyp ab: Für die meisten Realschülerinnen und -schüler (beachtliche 87 %) endet der Schultag mittags, während dies bei den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten deutlich seltener der Fall ist (63,5 %) und für lediglich ein Drittel der Schülerinnen und Schüler der BBS gilt (32,4 %).

Die Ganztagschule ist für einen Großteil der Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz noch keine Realität, insbesondere in den ländlichen Regionen. In den Städten sind die Jugendlichen im Durchschnitt länger in der Schule.

Tabelle 22: Zeit für Lieblingsbeschäftigungen nach Geschlecht, Angaben in %

Mir reicht die Zeit nach der Schule für meine Lieblingsbeschäftigungen ...	Gesamt	Mädchen	Jungen
nie oder selten	30,6	36,2	25,5
teils, teils	27,2	29,9	24,7
oft oder immer	42,2	34,0	49,8
Gesamt	100 (2.125)	100 (1.017)	100 (1.108)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Es sind vor allen Dingen die Mädchen, die angeben, nie oder selten Zeit für ihre Lieblingsbeschäftigungen zu haben. Über ein Drittel der weiblichen Befragten gibt dies an, im Vergleich zu einem Viertel der Jungen. Differenziert man diesen Befund nach Schultyp, so kommen vereinzelt noch höhere Werte heraus: 39 % der weiblichen Gymnasiasten sagen, dass sie nie bzw. selten Zeit für ihre Hobbys haben, während dies von den männlichen Gymnasiasten lediglich 24,8 % ankreuzen.

Am meisten freie Zeit scheinen die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus zu haben: 47,8 % geben an, oft oder immer genügend Zeit zu haben.

Der schulische Ehrgeiz der Mädchen (bzw. ihrer Eltern) fordert offenbar einen hohen Preis. Überraschenderweise bekommen die Mädchen systematisch häufiger als Jungen Nachhilfeunterricht, was sich zusätzlich negativ auf deren Freizeitkontingent auswirkt.

Tabelle 23: Bekommst Du Nachhilfeunterricht?¹¹⁰ Angaben in %

Nachhilfeunterricht	Gesamt	Mädchen	Jungen
ja, regelmäßig	11,1	12,8	9,5
ja, gelegentlich	12,7	15,0	10,6
nein	76,2	72,2	79,9
Gesamt	100 (2.127)	100 (1.022)	100 (1.105)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Eine wichtige Selbstauskunft der befragten Jugendlichen bezieht sich auf die Arbeitsgruppen, die an den Schulen angeboten werden. Die Daten zeigen, dass ein großer Teil der Jugendlichen kein Interesse dafür aufbringt, wobei in einer weiterführenden Untersuchung genauer zu prüfen wäre, woran das liegt. 64 % der Jugendlichen sagen, dass es nie oder nur sehr selten Angebote und AGs an ihrer Schule gibt, die ihren Interessen entsprechen. Besonders die männlichen Jugendlichen beantworteten diese Frage kritisch.

Tabelle 24: Interesse an AGs in der Schule nach Geschlecht, Angaben in %

Interesse an AGs	Gesamt	Mädchen	Jungen
nie	35,8	31,5	39,9
selten	28,2	29,9	26,6
gelegentlich	17,0	19,3	14,9
häufig	12,1	12,2	12,0
immer	6,8	7,1	6,6
Gesamt	100 (2.110)	100 (1.014)	100 (1.096)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Häufig sind es Lehrkräfte, die diese AGs anbieten. 84,4 % der Jugendlichen geben an, dass die Lehrer und Lehrerinnen die Angebote machen, nur 21,1 % sagen, dass es andere Anbieter sind (z. B. Freiwilliges Soziales Jahr, die Schüler selbst etc.).

¹¹⁰ Jugendliche mit Migrationshintergrund erhalten laut Selbstauskünfte nicht häufiger Nachhilfeunterricht als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

4.3.2 Selbstauskünfte aus den Zukunftswerkstätten und Gruppendiskussionen

Die Gruppendiskussion startete mit der Frage „Wie erlebt ihr Euren Schulalltag?“. Insbesondere die Themen Peers (Gleichaltrige) und individuelle Förderung wurden im Zusammenhang mit dem Schulalltag intensiv diskutiert. Beide erwiesen sich als ausschlaggebende Dimensionen, unter denen Schulstress und der ganz normale Schulalltag am eindrucksvollsten wahrgenommen werden. **Peers** dienen der Stresskompensation, produzieren aber gleichzeitig auch Druck. Die **individuelle Förderung** soll sicherstellen, dass Jugendliche die Leistungsanforderungen der Gesellschaft erfüllen können und dass sich der Schulunterricht nicht (ausschließlich) an den Klassenschwächeren orientiert. Schule als sozialer Ort ist auch ein Teil von Bildung, aber Bildung in einem breiten Verständnis gedacht. Aus der Perspektive von Jugendlichen tritt diese soziale Dimension in den Vordergrund und weniger die Leistungsgesichtspunkte. Für die Kinder und Jugendlichen steht das gleichwertig nebeneinander, aber aus einer gesellschaftlichen Perspektive steht in erster Linie die Selektions-, Bewertungs- und Allokationsfunktion von Schule im Vordergrund.

Die Aussicht, eine vielversprechende Karriere zu starten, scheint in der heutigen Zeit durchaus realistisch zu sein, ebenso wahrscheinlich ist es jedoch, dass einmal gefasste Pläne nicht erreicht werden und die jungen Leute an ihre Grenzen stoßen (vgl. Böhnisch in Thiersch/Otto 2001, S. 1120). Dieses Phänomen wird in den Gruppendiskussionen unter dem Topic individuelle Förderung diskutiert. Angesichts der an sie herangetragenen Anforderungen empfinden die Jugendlichen einen enormen psychosozialen Druck. Sie fühlen sich als zukünftige Leistungsträger der Gesellschaft wahrgenommen und weniger als Jugendliche in ihrer spezifischen Lebenslage. Dabei betrachten die Jugendlichen die Schule als Lebens- und Ermöglichungsraum ihrerseits kritisch, wie die folgenden Ausführungen aufzeigen.

Peergruppe

Die Peergruppe als Faktor in der Schule beeinflusst das Wohlbefinden und das Selbstkonzept Jugendlicher. Dabei scheint die Dimension Peergruppe auf den ersten Blick in der Diskussion nicht populär zu sein, obwohl die Schule als wichtigster Gesellschaftsort für Jugendliche (vgl. Preuss-Lausitz 1999) bezeichnet wird. Doch auch manche Schulleiterinnen und Schulleiter stellen fest, dass die Bildungseinrichtung als Ort für Freundschaften nicht unbedingt geeignet ist (vgl. Kanevski/Salisch 2011, S. 214): In ihren Augen dient Schule dem Gedeihen und gilt ausschließlich als Lehr- und Unterrichtsanstalt, weshalb Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit, soziale und emotionale Komponenten dem Schulgebäude fernbleiben (vgl. Fend 1998).

Ein anderes Deutungsmuster – eines, das der Wahrnehmung der Jugendlichen näherkommt – besagt, dass Freundschaften und das Treffen von Gleichaltrigen in der Schule völlig normal und selbstverständlich sind und daher keine explizite Erwähnung finden. Dass die Schule der primäre Ort zur Anknüpfung und Pflege von Peerbeziehungen ist, hat sich im Zuge der Modernisierung verstärkt. Helsper (2010) macht deutlich, dass die Qualität der Schüler-Schüler-Beziehungen als positive Ausprägung wesentlich zum psychosozialen und gesundheitlichen Wohlbefinden der jungen Menschen beitragen kann. Peers können einen Schutz vor den Zumutungen der Schule bieten, sind wichtige Lernfelder und vermitteln Zugehörigkeiten (vgl. Fend 2006, S. 74). Im besten Fall unterstützen sich die Schüler untereinander.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Also die unterstützen sich dann gegenseitig, um dann das Klassenniveau auch wieder hochzukriegen.“ (Zitat Gruppendiskussion Schule, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Kaneveski beschreibt dieses wie folgt: „Peers können in der Regel ohne grundlegende Wissensvorsprünge oder generelle Über- und Unterordnungsverhältnisse von ‚Gleich zu Gleich‘ miteinander kommunizieren und ihr Verständnis von schulischen Fragen ebenso wie ihr Selbstkonzept und ihr Verständnis des anderen mit Peers ‚auf Augenhöhe‘ ko-konstruieren“ (Kanevski/Salisch 2011, S. 215). Allerdings sind „Freunde“ nicht mit „Kumpel“ (als welche Peers häufiger bestimmt werden) zu vergleichen. Gute Freunde sind diejenigen, mit denen man regelmäßig intime Gefühle austauscht, denen man Zweifel und Ängste mitteilt und die wahren Gefühle preisgibt, was im Kreise der Peers nicht unbedingt möglich ist.

Der Nutzen, den Peers versprechen, ist jedoch kaum in jeder Klasse zu finden. Leistungsschwache Mitschülerinnen und Mitschüler, so beschreiben es die Jugendlichen, werden von „den Guten“ nicht selten verachtet und als lästig angesehen.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Ja, wenn man ja gut ist, bei uns sieht man das richtig, die Guten, die helfen den Schwachen, also die es nicht so gut können.“

„Bei uns lachen die die eher aus.“

„Ja, die sind die Allerersten, die ausgelacht werden.“ (Zitat Gruppendiskussion Schule, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Eine Verbundenheit trotz Vielfalt, eine wechselseitige Verpflichtung zwischen Gesamtheit und Einzelnem (Bayertz 1998, S. 11) sind nicht unbedingt gegeben. Oft veranschaulichen die Aussagen der jungen Menschen eine Art Solidaritätsverlust. Sie beschreiben eher praktische, instrumentelle Beziehungen zu ihren Mitschülerinnen und Mitschülern, ihrer Klasse und den Lehrerinnen und Lehrern. In einem institutionellen Kontext, der durch Konkurrenz und Leistungsdruck gekennzeichnet ist, wird es laut Selbstauskünften der Jugendlichen schwer, Solidarität zu üben und auch Schwächere zu respektieren.

Individuelle Förderung

Der Anspruch und die gesellschaftliche Realität an Gymnasien haben sich gewandelt (vgl. Dräger 2014). Das Gymnasium ist nicht mehr die Eliteschule, sondern zeigt sich als die sozial heterogenste Schulform in Deutschland. Die Heterogenität und Diversität in den Klassen verlangen aber auch didaktische Lösungen. Gemäß seinem Bildungsauftrag soll das Gymnasium, auch in Rheinland-Pfalz, keineswegs nur Ausbildungsstätte der Hochbegabten oder „Klugen“ sein, wie die Schülerinnen und Schüler mit guten Noten in einer Gruppendiskussion bezeichnet wurden. Als Lösungsansätze werden gegenwärtig die individuelle Förderung und der Umgang mit Heterogenität propagiert.

Eine Umsetzung der individuellen Förderung in der Schule soll das jugendliche Wohlbefinden, die Persönlichkeitsentwicklung und die gesellschaftliche Integration steigern. Die jungen Menschen differenzieren in ihrer Diskussion zwischen „klugen“ und „dummen“ Jugendlichen, die in einer Klasse zusammengewürfelt sind.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Naja, also zum Beispiel, dass wir jetzt in der Schule halt teilweise nen großen Niveau-Unterschied haben, also dass manche Leute dann nicht mitkommen, wobei andere unterfordert sind.“ (Zitat Gruppendiskussion Schule, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Das jugendliche Wohlbefinden würde sich in diesem Szenario erst dann steigern, wenn die „Klugen“ und die „Dummen“ in getrennten Kursen lernten und arbeiteten. Denn für eine optimale Persönlichkeitsentwicklung benötigten, nach den Selbstauskünften der Jugendlichen, die Leistungsstärkeren andere Rahmenbedingungen als die Leistungsschwächeren.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„... sodass dann halt die Leute, die in einem Fach vielleicht schneller lernen, dann halt in einem anderen Kurs kommen als die, die langsamer lernen, damit auch die Lehrer nicht mehr so überfordert sind und dann auch das besser funktioniert.“ (Zitat Gruppendiskussion Schule, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Die „Schwächeren“ sollen demzufolge ebenfalls individuelle Förderung erhalten, dahingehend, dass für sie Lernarrangements geschaffen würden, die ihren Fähigkeiten entsprechen. Die Fachliteratur geht davon aus, dass unterschiedliche soziokulturelle Hintergründe, Lerntypen, Interessen usw. Realität der Jugendlichen sind und die individuelle Förderung zu einer Kernaufgabe von Schule werden muss, damit ein angemessenes Lernen möglich wird (vgl. Landesinstitut für Schulentwicklung 2011). Die „stärkeren“ Jugendlichen diskutieren die individuelle Förderung unter dem Aspekt Druck bzw. Noten und der Angst, nicht ausreichend Wissen für ihre Zukunft vermittelt zu bekommen. Die Selbstauskünfte weisen aber auch in eine andere Richtung:

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Wenn du gute Noten hast, du kommst weit, wenn du gute Noten hast, alles Noten, Noten und keinen interessiert, ob du etwas kannst. Da bleiben manche, die sind vielleicht noch klüger, die bleiben dann sitzen, nur weil sie mal n bisschen faul waren. Das ist der Druck.“ (Zitat Gruppendiskussion Schule, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

4.3.3 Respekt im Sinne einer jugendgerechten Ästhetik

Die quantitativen und qualitativen Selbstauskünfte der Jugendlichen der ausgewählten Standorte geben Hinweise darauf, wie sie den Entwicklungs- und Bildungsort Schule subjektiv erleben. Es ist deutlich geworden, dass den Jugendlichen die Bedeutung von Noten, Zertifikaten und Abschlüssen klar ist, dass dies aber auch seinen Preis hat. Dieser zeigt sich z. B. im erlebten Schulstress: Nahezu die Hälfte der Jugendlichen gibt an, die Schule als stressig zu erleben und knapp ein Drittel der Jugendlichen gibt an, ungern in die Schule zu gehen. Darüber hinaus ist durch die Selbstauskünfte aber auch deutlich geworden, dass die Schule für die Jugendlichen einen sozialen Ort darstellt, welcher aus einer Erwachsenenperspektive zu wenig gesehen und gewürdigt wird.

Im Unterschied zu Kapitel 2 dieses Berichtes, in welchem objektive statistische Daten zum Entwicklungs- und Bildungsort Schule dargestellt wurden, geht es in diesem Teil um den empfundenen Schulalltag der Jugendlichen. In ihren Beschreibungen stellen sie deutlich heraus, dass Schule für sie einen sozialen Ort darstellt (vgl. Salisch/Kanevski 2011 zum Thema Ganztagschule und Freundschaften), der mehr beinhalten sollte als Unterricht und die alleinige Wichtigkeit von Noten. Nach der Familie bildet die Schule die zweitwichtigste soziale Instanz in der Jugendphase, hier verbringen sie die meiste Zeit, treffen Freunde, erproben Potenziale und tauschen sich aus. Dies wollen die Jugendlichen in Form von für sie gerechten Gelegenheitsstrukturen berücksichtigt wissen.

Die befragten Jugendlichen nehmen die Heterogenität in den Klassenzimmern als eine von allen Beteiligten zu bewältigende Aufgabe wahr, um die Stärken und Schwächen der einzelnen Schülerinnen und Schüler angemessen berücksichtigen und fördern zu können. Über die aufgeführten Punkte hinausgehend deuten die Selbstauskünfte der Jugendlichen einen weiteren zentralen Sachver-

halt an: Die Schule ist ein Ort, an dem die Jugendlichen viel Zeit verbringen. Wie ist dieser Ort beschaffen?

Vor diesem Hintergrund spielen die Ästhetik der Umgebung und der Zustand der Räumlichkeiten für das Wohlbefinden eine bedeutsame Rolle. Zusätzlich haben internationale Studien zum Child

Well-being gezeigt, wie sensibel Kinder auf ihr Umfeld, auf dessen Gestaltung, aber auch auf Verwahrlosung reagieren. Ästhetik scheint für junge Menschen eine zentrale Dimension ihres Wohlbefindens zu sein (vgl. Crivello 2009). Die Ergebnisse der Jugendbefragung zu dieser Thematik sind dabei mehr als ernüchternd (vgl. auch die Daten der Befragung des Koblenzer Jugendrates 2011).

Tabelle 25: Zufriedenheit mit der Sauberkeit der Toiletten in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %

Sauberkeit der Toiletten	Realschule plus	Gymnasium	BBS	Gesamt
nicht zufrieden	62,3	29,6	40,8	42,7
eher unzufrieden	20,9	25,2	24,2	23,6
teils, teils	11,8	19,0	18,2	16,4
zufrieden	3,5	15,3	11,1	10,5
sehr zufrieden	1,5	10,8	5,7	6,7
Gesamt	100 (721)	100 (1.091)	100 (368)	100 (2.108)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Tabelle 26: Zufriedenheit mit dem Zustand der Schulgebäude in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %

Zustand Schulgebäude	Realschule plus	Gymnasium	BBS	Gesamt
nicht zufrieden	19,4	6,3	15,0	12,3
eher unzufrieden	24,0	13,9	19,8	18,4
teils, teils	28,5	27,7	32,2	28,8
zufrieden	21,0	33,3	20,4	26,8
sehr zufrieden	7,1	18,7	12,6	13,7
Gesamt	100 (720)	100 (1.020)	100 (373)	100 (2.113)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Auch die Ausstattung der Klassenräume scheint für die Jungen und Mädchen nicht zufriedenstellend zu sein: 72 % der Befragten sind unzufrieden bis mittelmäßig zufrieden mit ihren Klassenzimmern. Die Anzahl der Mitschülerinnen und Mitschüler bzw. die Klassengrößen dagegen scheinen in Rheinland-Pfalz aus Sicht der Schülerinnen und Schüler kein gravierendes Problem darzustellen.

Die Sinus-Studie „Eltern unter Druck“ (Merkle/Wippermann 2008) erhärtet diesen Befund aus der Perspektive der Eltern. Die Mehrzahl der Eltern, so Henry-Huthmacher (2008, S. 12), hat wenig Vertrauen in das öffentliche Bildungssystem. Die Kritik der befragten Eltern reicht von der schlechten Ausstattung der Schulen zu großen Schulklassen, Überforderung der als wenig engagiert und

häufig als schlecht ausgebildet erlebten Fachkräfte bis hin zu starren Strukturen und wenig innovativen Konzepten.

Im qualitativ-explorativen Teil der Jugendforschung fiel in den Zukunftswerkstätten immer wieder der Begriff des Respekts, den die Jugendlichen seitens der Gesellschaft vermissen. Gerade in Bezug auf die Ausstattung der Schulgebäude, die Pflege der Umgebung, in der sie sich aufhalten müssen

(Schulpflicht!), und die Ästhetik der Schulräume sehen die Jugendlichen einen Gradmesser des Respekts, den ihnen die Gesellschaft, die Politik, die Erwachsenen entgegenbringen. Hier gibt es ein erhebliches Verbesserungspotenzial und eine klare Handlungsaufforderung an die Politik. Betrachtet man die Selbstauskünfte der Jugendlichen genauer, so drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass Realschulen plus besonders schlecht ausgestattet sind und in diese in erster Linie zu investieren ist.

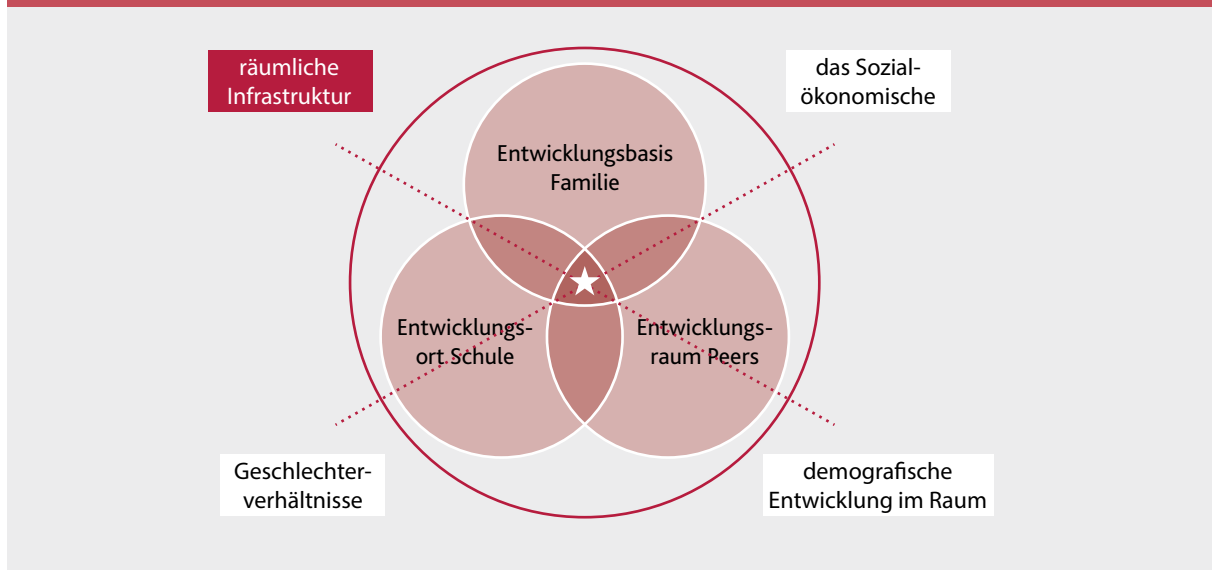
4.4 „Der Raum“: Mobilität, Öffentlicher Personennahverkehr und Infrastruktur

Der Themenkomplex Mobilität und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) wurde von den Jugendlichen in den Zukunftswerkstätten und Gruppendiskussionen auf dem Jugendworkshop mit einer Vehemenz und Deutlichkeit zur Sprache gebracht, die so nicht erwartet worden war. Da der qualitativ-explorative Forschungszugang zur Hypothesengenerierung genutzt wurde, stand schnell fest, dass der Themenbereich Fortbewe-

gung, Mobilität und ÖPNV auch in der Befragung einen wichtigen Stellenwert einnehmen würde.

In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist die Herstellung und Gewährleistung von Mobilität in allen Regionen des Landes eine große Herausforderung. In vielen politischen Debatten und Diskursen ist das Thema Verkehrsinfrastruktur präsent – nicht nur in Rheinland-Pfalz, son-

Abb. 78: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz – die räumliche Infrastruktur



Quelle: Eigene Darstellung

dem bundesweit. Moderne Gesellschaften sind auf leistungsfähige Infrastrukturen angewiesen, ebenso wie auf individueller Ebene Mobilität und die Organisation von Mobilität eine wichtige Rolle spielen. Dies erleben auch die jungen Menschen, die zur Verwirklichung ihrer Lebensvorstellungen und zur Erfüllung ihrer Entwicklungsaufgaben auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Gleichzeitig gilt, dass individuelle Mobilität eng mit dem sozioökonomischen Status verknüpft ist, das heißt, dass Familien, die über zwei Autos verfügen, die Mobilität und Teilhabe ihrer Kinder ganz anders gewährleisten können als eine Familie mit „nur“ einem oder ohne Pkw (Stichwort „Eltern-taxi“).

Der soziale Raum von der unmittelbaren Wohnumgebung bis zur Region, in der man lebt, enthält bestimmte Gelegenheitsstrukturen für die Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen und ihre Lebenschancen. Dazu gehören zum Beispiel Sport- und Freizeitanlagen ebenso wie die Erreichbarkeit von Schulen und Ausbildungsstätten oder auch (jugend-)kulturelle Angebote.

Mit der Frage des Raums ist unweigerlich auch die Frage der Mobilität, der Fortbewegung und der Infrastruktur verknüpft. Wie die Befunde aus dem qualitativen und quantitativen Forschungsteil zeigen, geht es beim Gegenstand Mobilität gerade nicht nur um die Bewältigung von Wegen. Mobilität steht viel weiter gefasst für Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit, Teilhabe, Autonomieentwicklung und Entwicklung der eigenen Individualität sowie auch für Respekt gegenüber den Jugendlichen.

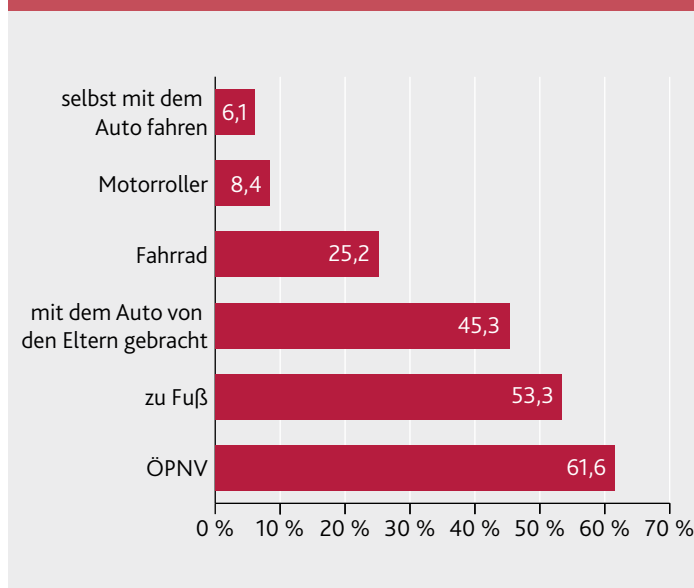
4.4.1 Exemplarische Befunde der Jugendbefragung zum Thema ÖPNV

Durch die Befragung der Jugendlichen wird deutlich, dass der Öffentliche Personennahverkehr mit großem Abstand das wichtigste Transportmittel für die Schülerinnen und Schüler darstellt. 61,6 % sind regelmäßig und häufig mit Bus oder Bahn unterwegs: 45,2 % geben an, sehr häufig, weitere

16,4 %, häufig mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs zu sein. 64,1 % der befragten Jugendlichen nutzen ein Schülerticket für den ÖPNV.

Der Öffentliche Personennahverkehr nimmt somit einen zentralen Stellenwert im Leben der jungen Menschen ein; insofern verwundert es nicht, dass er in der subjektiven Perspektive so stark thematisiert wird.

Abb. 79: Formen der Mobilität (häufige und sehr häufige Nutzung), Mehrfachantworten möglich, Angaben in %



Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Über die Hälfte der befragten Jugendlichen geht häufig zu Fuß, 45,3 % werden oft von ihren Eltern mit dem Auto zu Freizeitaktivitäten gefahren. Zusammen mit dem ÖPNV sind diese drei Mobilitätsformen am weitesten verbreitet. Ein Viertel der Jugendlichen nutzt das Fahrrad, 8,4 % den Motorroller oder das Mofa, während 6,1 % selbst mit dem Auto fahren.

Neben der Fortbewegung mit Bus und Bahn und dem Zu-Fuß-Gehen, spielt das Gebracht-Werden durch die Eltern im „Portfolio“ der jugendlichen Mobilität ebenfalls eine sehr bedeutsame Rolle, ist aber zugleich häufig Ursache von Konflikten.

Tabelle 27: „Elterntaxi“, Angaben in %

werden von den Eltern zu Freizeitaktivitäten gefahren	Prozent	Mädchen	Jungen
nie	26,1	23,3	28,5
ein- bis zweimal pro Woche	41,1	41,9	40,4
dreimal pro Woche	19,6	19,9	19,6
vier- bis fünfmal pro Woche	8,9	10,1	7,7
mehr als fünfmal pro Woche	4,3	4,8	3,8
Gesamt	100 (2.129)	100 (1.008)	100 (1.102)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Hearing „Jugend heute“:

Die Kombination und Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel (und Kommunikationsmedien) wird in der gegenwärtigen Gesellschaft gerade in den jugendlichen Lebenswelten besonders bedeutsam, wenn es darum geht, sich selbst zu verwirklichen. (Claus J. Tully 2014)

Ein Viertel der befragten Jugendlichen gibt an, nie von den Eltern zu einer Freizeitaktivität gefahren zu werden, während drei Viertel ein- bis zweimal in der Woche oder häufiger von den Eltern mit dem Auto zu einem Freizeitermin chauffiert werden. Bei gut 30 % der befragten Jungen und Mädchen sind es sogar drei oder mehr Termine pro Woche.

Laut Selbstauskünften der Jugendlichen gibt es bei ca. einem Viertel deshalb auch Streit in der Familie; die Häufigkeit der Konflikte in der Familie korreliert dabei mit der Anzahl der Termine. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass das Bringen mit dem Auto bei den Mädchen signifikant häufiger zum Streitthema wird als bei den Jungen: Während 29,1 % der weiblichen Befragten sagen, dass es gelegentlich oder oft Streit gibt, wenn sie von den Eltern gefahren werden wollen, so sind es bei den Jungen lediglich 18,9 %. Die Jungen werden zwar tendenziell seltener von den Eltern zu Freizeitaktivitäten gefahren als die Mädchen, dies allein kann diesen doch großen Unterschied aber nicht erklären. Möglicherweise sind die Kontrollbedürfnisse der Eltern in Bezug auf ihre Töchter stärker ausgeprägt als ihren Söhnen gegenüber.

Tabelle 28: Mobilität auf dem Land und in der Stadt, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %

sehr häufige und häufige Nutzung	Land	Stadt
ÖPNV	56,8	68,1
zu Fuß	54,5	51,7
„Elterntaxi“	52,6	35,5
Fahrrad	26,4	23,6
Motorroller/Mofa	10,4	5,7
selbst mit dem Auto fahren	6,6	5,5

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Die Art der Mobilität bzw. die Nutzung der Verkehrsmittel hängt sehr stark vom Wohnort der Jugendlichen ab. Jugendliche in der Stadt nutzen den ÖPNV deutlich stärker als Jugendliche auf dem Land, während diese signifikant häufiger von den Eltern mit dem Auto gebracht werden (müssen) oder mit dem Motorroller oder Mofa unterwegs sind. Zu Fuß gehen, Rad fahren oder selbst mit dem Auto fahren, dies machen beide Gruppen in etwa gleich häufig.

20 % der befragten Jugendlichen berichten, dass es für sie sehr aufwendig ist, außerhalb der Schulzeiten mit Bus oder Bahn zu fahren. Tendenziell ist es nach den Selbstauskünften der Jugendlichen für diejenigen, die in der Stadt leben, weniger aufwendig als für die Jugend auf dem Land.

Die Art der Fortbewegung scheint sich nicht nur regional, sondern auch sozial zu unterscheiden: Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nutzen in weit höherem Maße den ÖPNV als Schülerinnen und Schüler der Realschule plus oder der Berufsbildenden Schulen. 50,5 % der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten nutzen den ÖPNV sehr häufig, gefolgt von den Schülerinnen und Schülern der BBS (45 % sehr häufig) und der Realschule plus (37,4 %).

Die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen werden von den Eltern seltener mit dem Auto zu Freizeitaktivitäten gebracht als die der Realschule plus und des Gymnasiums, die in etwa zu gleich großen Anteilen das „Elterntaxi“ nutzen.

Das Mobilitätsverhalten der befragten Jugendlichen scheint durchaus sozioökonomisch und kulturell zu variieren. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden vergleichsweise selten von den Eltern mit dem Auto gebracht. Radfahren wird stark durch das Bildungsmilieu bestimmt: Hat der Vater keinen Schulabschluss oder Hauptschulabschluss, so geben die Jugendlichen zu 41,4 % an, nie mit dem Fahrrad unterwegs zu sein, während dies von den Jugendlichen mit Vätern mit Abitur nur für 25,4 % zutrifft.

Ebenso differenziert der jeweils von den Jugendlichen besuchte Schultyp ihr Mobilitätsverhalten: Schülerinnen und Schüler der BBS und der Realschule plus fahren unterdurchschnittlich häufig mit dem Rad.

Tabelle 29: Fahrradnutzung in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %

Fahrrad	Schultyp			
	Realschule plus	Gymnasium	BBS	Gesamt
nie	36,4	26,9	44,7	33,2
seltener	22,6	27,0	23,2	24,8
gelegentlich	15,7	18,2	14,6	16,8
häufig	12,6	12,0	7,4	11,4
sehr häufig	12,7	15,9	10,0	13,8
Gesamt	100 (700)	100 (998)	100 (349)	100 (2.047)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Zufriedenheit mit dem Angebot des ÖPNV und den Fahrradwegen

Auf die Frage „Wie zufrieden bist Du mit dem Angebot des öffentlichen Nahverkehrs an Deinem Wohnort?“ antworten 37,2 % der Jugendlichen, dass sie unzufrieden sind (überhaupt nicht zufrieden 19,3 %; unzufrieden 17,9 %). Auf der anderen Seite der Skala geben 39,4 % an, mit dem Angebot des ÖPNV zufrieden (20,3 %) oder sogar sehr zufrieden (19,3 %) zu sein. Die Unzufriedenen und die Zufriedenen halten sich hier in etwa die Waage.

Die Unzufriedenheit mit den Fahrradwegen übersteigt die Unzufriedenheit mit dem Angebot des

Öffentlichen Personennahverkehrs um ein Vielfaches. Hier überwiegt der Anteil der Unzufriedenen (53,4 %) den Anteil der Zufriedenen (24,9 %) bei Weitem. Es wird deutlich, dass die Infrastruktur für (sicheres) Fahrradfahren in Rheinland-Pfalz aus Sicht der Jugendlichen vielerorts nicht gegeben ist.

In Bezug auf die Zufriedenheit mit dem ÖPNV stellt sich die berechtigte Frage, ob es vorrangig die Nutzer sind, die unzufrieden sind, oder eher diejenigen, die den ÖPNV nicht nutzen. Die Ver-

Tabelle 30: Zufriedenheit mit dem Angebot des ÖPNV und den Fahrradwegen, Angaben in %

	Zufriedenheit ÖPNV	Zufriedenheit Fahrradwege
überhaupt nicht bzw. nicht zufrieden	37,2	53,4
teils, teils	23,4	21,8
zufrieden bis sehr zufrieden	39,4	24,9
Gesamt	100 (2.140)	100 (1.450)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

teilung zeigt sich folgendermaßen: Diejenigen Jugendlichen, die den ÖPNV nie oder selten nutzen, sind mit 42,7 % deutlich unzufriedener als diejenigen, die häufig bis sehr häufig mit Bus oder Bahn unterwegs sind. In der erstgenannten Gruppe ist ein Drittel (33,1 %) sehr unzufrieden bzw. unzufrieden. Dagegen sind es gerade die Nutzer, die überdurchschnittlich zufrieden sind (45,5 %), im Vergleich zu den „Nicht-Nutzern“ mit 29,3 %.

Weitere Analysen zeigen, dass sich die Zufriedenheit mit den Angeboten des ÖPNV in den Städten und den Landkreisen systematisch unterscheidet und regional sehr stark variiert: Es sind vor allem die Jugendlichen auf dem Land, die mit den Angeboten des ÖPNV nicht zufrieden sind. Dies ist u. a. auf ein geringeres Angebot auf dem Land zurückzuführen (vgl. auch die Befunde der qualitativen Auswertungen zu diesem Thema).

Tabelle 31: Zufriedenheit mit dem ÖPNV auf dem Land und in der Stadt, Angaben in %

Zufriedenheit ÖPNV	Land	Stadt
überhaupt nicht bzw. nicht zufrieden	42,4	30,3
zufrieden bis sehr zufrieden	35,3	44,8

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Was die Zufriedenheit mit den Fahrradwegen betrifft, zeigt sich diese Stadt-Land-Differenz nicht in der Signifikanz. Tendenziell sind die Landjugendlichen mit den Fahrradwegen zufriedener als die Befragten in den Städten, die Differenz zwischen

beiden Gruppen ist allerdings nur schwach signifikant.

Darüber hinaus ist die Zufriedenheit mit dem ÖPNV standortabhängig: Am wenigsten zufrieden sind die jungen Menschen im Eifelkreis Bitburg-Prüm (54,6 % sind sehr unzufrieden oder nicht zufrieden), gefolgt vom Westerwaldkreis (48,5 %) und der Stadt Trier (45,7 %).

Die Jugendlichen in den Städten Koblenz (nur 22,1 % geben an, unzufrieden zu sein) und Worms (24,1 %) sind mit ihrem ÖPNV vergleichsweise am zufriedensten. Bemerkenswert ist, dass es exakt diese Jugendlichen sind, die auch ihren Wohnorten und deren jugendspezifischem Kultur- und Freizeitangebot die besten Noten geben (vgl. Kap. 7). Während bspw. Koblenz und Worms in den Berechnungen des CWB-Index¹¹¹ eher hinten liegen (Gruppe D und E), zeigt sich in den Selbstauskünften ein anderes Bild. Das heißt, dass der Child-Well-being-Index mit der spezifischen Perspektive der Jugendlichen nicht unbedingt deckungsgleich ist.

Beim Themenkomplex ÖPNV und Fahrradwege zeichnet sich deutlich ein großer Handlungsbedarf ab: Sowohl die Angebote des ÖPNV als auch die Fahrradwege sind aus Sicht der Jugendlichen nicht in einem Zustand, der ihnen die Möglichkeiten bietet, auf die sie für ihre Entwicklungsaufgaben angewiesen sind.

111 Im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz (2010).

4.4.2 Exemplarische Befunde aus den Gruppendiskussionen zum Thema ÖPNV

Im Verlauf der Diskussion zum Thema ÖPNV wurde grundsätzlich deutlich, dass die öffentliche Infrastruktur die Autonomiebestrebungen der Jugendlichen, ihre Selbstständigkeitsentwicklung und die Realisierung ihrer Aktivitäten behindert. Das bedeutet für die jungen Menschen in der Dimension Handlungsräume eine starke Einschränkung, die sich auch im Wohlbefinden äußert. „Schlaglochpolitik“, „Busmafia“ und „Ausbeutung der Fahrgäste“, so lauten Überschriften, die in den Zukunftswerkstätten generiert wurden und diese Einschränkungen zum Ausdruck bringen.

Folgende vier Themen ließen sich anhand der qualitativen Inhaltsanalyse herausarbeiten und können als ungünstige Entwicklungsräume interpretiert werden: **Tarife/Zonen, Fahrzeiten, Qualität der Busse und Information.** Die Themen zeichnen

sich dadurch aus, dass sie von den Jugendlichen nicht „passend“ gemacht werden können, allerdings eine gewisse Relevanz für die Qualität des Alltagslebens besitzen.

Die Unzufriedenheit der jungen Menschen mit dem ÖPNV in Rheinland-Pfalz zeigt sich u. a. darin, dass die Jugendlichen die Gestaltung ihrer Handlungsräume stark eingeschränkt sehen. Hierzu gehört

- ein negatives Gefühl beim Umgang mit den Verkehrsmitteln,
- wenig Klarheit darüber, den ÖPNV ohne Probleme nutzen zu können, und
- die Überzeugung eines Kosten-Nutzen-Defizits.



Quelle: Zukunftswerkstatt „Jugend – was GEHT?!“, Jugendworkshop Kyllburg 2013

Die drei aufgeführten Dimensionen ziehen sich wie ein roter Faden durch die transkribierten Diskussionen. Die Unzufriedenheit zeigt sich z. B. in folgenden Äußerungen: „megateuer“, „keine Schülertarife oder andere Vergünstigungen“, „kein Bahnhof“, „letzter Bus um 19 Uhr“, „der Lehrer glaubt einem nicht mehr“, „Ausstattung der Busse sehr schlecht“, „Eltern müssen immer fahren“, „Jugendtaxi ein Witz“, „fehlende/unzureichende Anbindung an Nahverkehr“.

Tarife/Zonen

Das Thema Tarife/Zonen gliedert sich unabhängig von der Schulform auf die Aspekte länderübergreifende Ticketpreise und einheitliche Schülertickets auf. Das mangelnde Wohlbefinden in Bezug auf die öffentlichen Verkehrsmittel schlägt sich in den Erzählungen der Jugendlichen sowohl auf der privaten als auch auf der schulischen Ebene nieder. Auszugsweise erscheint dies in einem Zitat unter dem Themenschwerpunkt **länderübergreifende Ticketpreise**:

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Wir wohnen am letzten Zipfel, wenn wir nach Koblenz oder Trier wollen, müssen wir immer erst raus fahren nach NRW über Köln und dann wieder rein fahren. (...) Dass man da nicht sagen kann, wenn man die Strecke fahren muss, ist das im RLP-Ticket mit drin. Das kostet 21,60 Euro und mit dem Ticket könnte ich auch nach Trier zur Ausbildung fahren. Weil, sonst wären das 40 Euro.“ (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Ein Hauptkonflikt, der die Problematik der Mobilität mitbestimmt, scheint die Ländergrenze zu sein. Viele Menschen wohnen an den Grenzen des Bundeslandes und müssen die „Aufschläge“ der öffentlichen Verkehrsmittel in Kauf nehmen. Unter anderem schließen die Ergebnisse hier an die Diskussion um die „Bildungsverlierer“ in ländlichen Regionen an (vgl. BMFSFJ 2013, S. 163): Diese Ju-

gendlichen sind benachteiligt, da sie eine enorme Strecke zurücklegen müssen und einen hohen Kostenaufwand haben, um ihre Bildungsorte oder Freunde zu erreichen.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Ja, ich frage mich, warum die so ein Ticket haben, mit dem sie Bahn und Bus fahren können zu jeder Uhrzeit, und wir höchstens ein Busticket oder Zugticket zur bestimmten Uhrzeit bekommen und nur für einen Bus.“ (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Die Schülerinnen und Schüler bezeichnen den Umgang mit Mobilität, auch wenn es um das Thema **einheitliche Schülertickets** geht, als überaus unfair und unangenehm. In der Gestaltung ihrer Handlungsräume versuchen sie deshalb, den ÖPNV möglichst zu umgehen, nutzen das Auto oder die Eltern, um ihre sozialen Kontakte zu pflegen.

Fahrzeiten

Neben schwer verständlichen Tarifen und Zonen des ÖPNV stehen auch die Fahrzeiten der Verkehrsmittel in der Kritik. Bus und Bahn erreichen Haltepunkte zu früh oder zu spät und fahren in den Augen der Jugendlichen viel zu selten und unregelmäßig. Solange den Schülern durch die Verspätungen keine gravierenden Nachteile entstehen, können sie diese gut akzeptieren. Aufgrund des Wetters oder des Straßenverkehrs lässt sich ein Zu-spät-Kommen oft nicht vermeiden. Schuldzuweisungen seitens der Jugendlichen treffen vielmehr die Schulen oder die Organisation des ÖPNV.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Zu spät kann ich ja verstehen, zu früh finde ich halt asozial. Zu spät kommen kann man ja viel-

leicht verstehen, aber zu früh kommen, ist halt nicht in Ordnung, wenn die zu früh kommen, müssen die halt da an der Bushaltestelle warten." (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Die Jugendlichen machen darauf aufmerksam, dass der ohnehin schon vorherrschende Schul- und Freizeitstress durch die komplizierte Organisation von Bus und Bahn und die Nicht-Akzeptanz der entstehenden Probleme mit den Fahrzeiten durch die Lehrerinnen und Lehrer noch verstärkt wird. Wenn schon die Fahrt zur Schule oder zur Freizeitaktivität Stress verursacht, argumentieren die Jugendlichen, trägt dies zu einer Anspannung bei, die sich im Schulalltag fortsetzt.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Unser Lehrer glaubt uns nicht mehr, ich bin schon öfters zu spät gekommen, wenn unser Bus Verspätung hatte, da hat er mir nicht geglaubt.“ (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

In der modernen – und erst recht in der postmodernen – Gesellschaft sind das Aufwachsen und die Entwicklung zu einer gesellschaftlich handlungsfähigen Persönlichkeit ohne Mobilität nicht zu denken. Individuen sind aus den traditionell engmaschigen sozialen Beziehungen befreit, raumübergreifende Teilhabe in verschiedenen sozialen Kontexten aber ist nur über eine erhöhte Mobilität zu realisieren (vgl. Tully 2014, S. 14). Genau diese scheint für die Jugendlichen in Rheinland-Pfalz aufgrund der Ausstattung und der Ausgestaltung des ÖPNV nicht ausreichend gewährleistet zu sein.

Damit bestätigen die Protokolle auch die Forschungsergebnisse der Soziologie (vgl. Tully/Hunecke/Rabe 2002). Jugendliche nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel als eine neu zur Verfügung stehende Möglichkeit der Erweiterung und der Darstellung des eigenen Selbst.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Die Busse waren einfach überfüllt und da sind oft Kinder einfach stehengelassen worden, weil die nicht mehr reingepasst haben, und dann war es auch so, dass die Kinder keine Chance hatten, dass noch ein zweiter Bus bestellt wurde oder so. Die wurden dann stehengelassen, dann hieß es nur: Entweder wartest du jetzt zwei Stunden auf den nächsten Bus oder lässt dich von den Eltern abholen. Das war echt immer doof.“ (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Qualität der Busse

Dass die Jugendlichen in ihrem Bestreben nach Mobilität oft gehindert werden, kommt auch in der Kritik an der Qualität der Busse zum Ausdruck: Es gibt kaum freie Plätze, der Komfort in den Bussen und die Sicherheit sind in den Augen der Jugendlichen minderwertig. Dies führt dazu, dass sie von den öffentlichen Verkehrsmitteln Abstand nehmen. Mobilität als ein Autonomie- und Selbstbestimmungsbedürfnis aber sollte im Sinne der Jugendlichen als Mittel zur Bewältigung der anstehenden Entwicklungsaufgaben dienen (vgl. Mienert 2003).

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Außer, dass bei uns im Sommer immer die Klimaanlage kaputt ist, im Winter frieren wir uns den Hintern ab und im Sommer schwitzen wir uns fast zu Tode. So ein Kleiner fliegt dann durch den ganzen Bus und knallt gegen eine Stange. Bei uns sind die auch sehr dreist, ich wollte aussteigen, habe auch den Drücker betätigt, rechtzeitig, fährt der einfach durch die Bushaltestelle durch, wo ich aussteigen musste.“ (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Abb. 81: „Ticket to Heaven“



Quelle: Zukunftswerkstatt „Jugend – was GEHT?!\", Jugendworkshop Kyllburg 2013

Mobilität hat in der Jugendphase zweierlei Bedeutung: Zum einen geht es um das Erleben von Autonomieräumen, zum anderen ist es in der Regel erforderlich, dass die Jugendlichen sich bewegen, den Ort wechseln, herumsuchen und herumfahren, um Freunde zu treffen oder einfach der Langeweile zu entfliehen (vgl. Scheu 1991, S. 142). Wird den jungen Menschen das verwehrt, nimmt man ihnen die Räume, in denen sie sich bewegen können, ohne gleich negativ sanktioniert zu werden.

Jugendliche sind auf Räume angewiesen, die sie sich selbst erschließen können, und dazu müssen sie mobil sein. Dass den Jugendlichen diese Räume gewährt werden, hat auch mit Respekt und Wertschätzung zu tun, die die Gesellschaft den jungen Leuten zollt. In den Zitaten kommt ein Muster zum Ausdruck, das die von den Jugendlichen empfundene Respektlosigkeit an ganz ba-

nalen Dingen, wie dem Komfort der Busse oder der Sicherheit im Bus, festmacht.

Information

Auch der aus Sicht der Jugendlichen mangelnde bzw. fehlende Informationsfluss behindert ihre Mobilität und Teilhabe. Die Jugendlichen fühlen sich als Kunden des ÖPNV nicht ernstgenommen und wertgeschätzt.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Als wir mit ganz vielen stehengelassen wurden, haben wir mal, bei M. gibt es so ein Büro der Busfahrgesellschaft. Da sind wir dann mal hingelaufen, weil wir mit so vielen Leuten halt

nicht abgeholt werden konnten. Und dann haben wir halt gesagt, (...) ob die uns entweder ein Taxi auf deren Kosten stellen können oder ob die halt sehen können, dass wir anders heimkommen, und wir haben ja quasi mit dem Monatsticket die Fahrt auch bezahlt und dann meinten die, entweder warten wir zwei Stunden auf den nächsten Bus oder wir müssen zusehen, dass unsere Eltern uns abholen. Und dann sind die auch noch so megaunfreundlich, aber wir haben ja auch sonst nix zu tun. Na gut, wir kamen dann auch mit zehn Leuten und haben das Büro dann gestürmt sozusagen.“ (Zitat Gruppendiskussion ÖPNV, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

4.4.3 Respekt im Sinne einer jugendgerechten Infrastruktur

Der Leitbegriff für die subjektorientierte Jugendforschung in diesem Jugendbericht ist das Thema „Respekt“. Die entwickelte These ist, dass sich gerade an der – aus Sicht der Jugendlichen – schlecht ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und dem im Flächenland Rheinland-Pfalz unzureichend ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr der fehlende Respekt für die jungen Menschen ablesen lässt. Sie sind in elementarer und existenzieller Art und Weise auf die öffentliche Infrastruktur angewiesen, um ihre Entwicklungsaufgaben bewältigen zu können. Hier zeigt sich ein großer Handlungs- und Gestaltungsbedarf für die Politik.

Wie die Analysen gezeigt haben, ist Mobilität mehr als die bloße Beförderung von A nach B. Die Infrastruktur der öffentlichen Verkehrsmittel ist Grundvoraussetzung für ein angemessenes Aufwachsen und rahmt die Entwicklung jugendlicher Lebensentwürfe. Die Infrastruktur schafft die Bedingungen für eine Verortung des Jugendlichen im sozialen Raum und ermöglicht eine Horizonterweiterung (vgl. Grell/Waldmann 1998).

Sobald man sich konstruktiv mit dem Wohlbefinden der Jugend in Rheinland-Pfalz auseinandersetzt, kommt man nicht um die Forderung herum, dass Bus und Bahn den Bedürfnissen der jungen Leute weiter anzupassen sind, dass in die Infrastruktur investiert und diese ausgebaut werden muss. Flexible und bezahlbare Transportmittel sind unabdingbar, damit Jugendliche unabhängig von den Eltern attraktive Orte aufsuchen, Erfahrungen sammeln sowie am aktuellen Tagesgeschehen teilhaben können. Erfahrungsräume werden verbaut, wenn der letzte Bus um 17 Uhr verkehrt und an den Wochenenden überhaupt keine Busse fahren.

Bei diesem von den Jugendlichen selbst entwickelten Themenkomplex geht es nicht nur um die Bewältigung von Wegen – Mobilität steht für Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit, Teilhabe, Emanzipation und auch Respekt gegenüber den Jugendlichen in Rheinland-Pfalz.

4.5 Diskriminierung, Rassismus und Mobbing in jugendlichen Lebenswelten

Die folgende Darstellung ermöglicht einen Einblick in die Diskussion der Jugendlichen auf dem Jugendworkshop „Jugend – was GEHT?!“ und in exemplarische Befunde der Fragebogenerhebung zum Thema Diskriminierung und Rassismus. Der in den Zukunftswerkstätten erarbeitete Begriff „Rassismus“ wurde mit 23 Stimmen auf Platz zwei der Rangskala der Gruppendiskussionsthemen gewählt. Allerdings wurde das Thema in den anschließenden Diskussionen nicht konkret behandelt. Stattdessen beschrieben die jungen Leute, dass Diskriminierung in ihrer Alltagswelt eine hohe Relevanz besitzt, wozu sie Rassismus, Mobbing, aber auch generell respektloses Verhalten zählen. Dieses Verhalten finden sie in ihrem näheren Umfeld häufig wieder.

Der „klassische Nazi“, wie die Jugendlichen formulieren, spielte in den Zukunftswerkstätten und Diskussionen kaum eine Rolle. Vielmehr ging es darum, ob ein Migrationshintergrund einen spezifischen Einfluss auf die Bildungsbenachteiligung und damit auf die gesellschaftliche Teilhabe habe oder warum in manchen Situationen ausgerechnet die Kategorie Migrationshintergrund in den Vordergrund tritt und nicht andere relevante Kategorien, wie beispielsweise Bildungsniveau, Geschlecht, Musik- oder Kleidungsstil. An dieser Stelle muss freilich darauf hingewiesen werden, dass von dem Migrationshintergrund ebenso wenig gesprochen werden kann wie von der Jugend.

Eine der Gruppen bei der Gruppendiskussion bestand ausschließlich aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund, eine zweite Gruppe setzte sich aus Jugendlichen ohne dieses Merkmal zusammen. Beide Gruppen diskutierten Rassismus, oder besser gesagt Diskriminierung, auf der Basis stark differenter Perspektiven. Trotz der unterschiedlichen Wahrnehmung der Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund kamen ähnliche Kategorien auf, wie z. B. Schulalltag, Freundeskreis oder Präsenz und Darstellung von Migrantinnen

und Migranten in den Medien. Integration und Anpassung waren dabei für die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz relevante Diskussionspunkte. Die Themen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Gruppendiskussionen erarbeiteten, lassen sich in zehn Kategorien zusammenfassen:

- Diskriminierung unter **Gleichaltrigen**,
- Diskriminierung in der **Schule**,
- **Dominanz der „jugendlichen“ Identität**,
- Rassismus und körperliche Gewalt,
- Rassismus in den Medien,
- Anti-Rassismus als Eigeninitiative,
- Rassismus in der Familie,
- **Diskriminierung „am laufenden Band“**,
- **Mobbing**.

Die hervorgehobenen Kategorien sollen aufgrund der Brisanz für die Jugendlichen im Folgenden weiter ausgeführt werden.

Wie die folgenden Ausführungen zeigen, durchzieht Diskriminierung die gesamte Lebenswelt der befragten Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, ob in der Schule, in der Familie oder in der Freizeit. Es gibt anscheinend keinen Raum, in dem Jugendliche Diskriminierung nicht wahrnehmen. In den zwei Gruppendiskussionen zum Problemkomplex Diskriminierung wurde deutlich, dass dieses Thema für die Jugend von großer Wichtigkeit ist und sie es sehr sensibel wahrnimmt. Dies mag daher rühren, dass junge Menschen bei vielen Gelegenheiten Respektlosigkeit durch die Gesellschaft erfahren, gleich welche Hautfarbe oder welches Geschlecht sie haben. Diese These ist den Aussagen der befragten Jugendlichen zu entnehmen; sie bestätigt sich bei den Themen Schule, Öffentlicher Personennahverkehr und Freizeit/Peers.

Diskriminierung unter Gleichaltrigen

Die Anzahl interethnischer, also kulturübergreifender Freundschaften unter Gleichaltrigen, ist im historischen Verlauf gestiegen. Trotzdem kommt die Jugend nicht umhin, sich mit kultureller Heterogenität auseinanderzusetzen. Deutlich wird dies darin, dass Konflikte und vor allem die Vorstellung darüber, dass es Konflikte insbesondere im Zusammenhang mit „Ausländern“ gibt, bestehen bleiben.

In „klassisch“ zu nennender Weise nimmt die Gruppe der deutschen Diskutanten das Thema Diskriminierung auf die eigene „nationale Kappe“, d. h., dass sie das Gefühl haben, Diskriminierung gehe ausschließlich von „Deutschen“ aus. Für sie ist es überwiegend so, dass die junge Migrantengeneration aufgrund von z. B. Stigmatisierung in Deutschland übermäßig stark benachteiligt wird. Dabei ist kein Gruppenmitglied jemals direkt mit dem Thema Ausländerfeindlichkeit in Kontakt gekommen, weder haben die Jugendlichen selbst junge Leute aufgrund ihrer Herkunft beleidigt, noch haben sie sich jemals aktiv oder passiv in einer solchen Situation befunden. Die Vorfälle, von denen sie berichten, kennen sie von entfernten Bekannten oder aus dem Fernsehen.

Auffällig ist, dass die Gruppe, in der nur Jugendliche mit Migrationshintergrund diskutieren, entgegen den Erwartungen Diskriminierung durch die Deutschen selten thematisiert. Eher wird beispielsweise über Konflikte zwischen Russen und Türken in Deutschland gesprochen.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Ja schon. Bei uns auf der Schule sind halt die Russen und die Türken verfeindet. Und ohne Grund schlagen die sich halt immer nach der Schule. Egal ob die was gemacht haben oder nicht, die schlagen sich immer.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Alpha Gun, ein Musiker aus Berlin, beschreibt in seinem Song „Ausländer“, dass er in seiner Stadt ähnliche Veränderungen erlebt: „... und heute ist es so, dass wir uns gegenseitig schlagen, es hat sich viel geändert, es ist nicht mehr wie vor 30 Jahren, damals hielten wir noch mehr zusammen und waren nur gegen Nazis, jetzt hast du Beef mit Leuten, die du hier jeden Tag siehst.“

An dieser Stelle wird deutlich, dass „auch Jugendliche mit Migrationshintergrund vor die historisch neue Situation vielfältiger Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft gestellt“ (Reinders 2006, S. 9) sind und sich mit dem Phänomen ganz unterschiedlicher Zugehörigkeiten auseinandersetzen müssen. Migrantinnen und Migranten treffen nicht mehr auf eine homogen erscheinende, sondern auf eine multikulturelle „Mehrheits“-Gesellschaft, in der es neue Herausforderungen zu bewältigen gibt. Auf die kulturelle Vielfalt in Rheinland-Pfalz müssen sich Zuwanderer unterschiedlicher Generationen ebenso einstellen wie die veränderte Aufnahmegesellschaft. Die Vorstellung kultureller Homogenität ist heutzutage überholt, auch wenn sich im praktischen Leben aufgrund von subjektiv empfundenen Gemeinsamkeiten immer wieder kleine Gruppen bilden.

Diskriminierung in der Schule

In den Erzählungen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die Tatsache auffällig, dass von getrennten Gruppen der „Deutschen“ und „Türken“ die Rede ist. Wie auch im Freundeskreis finden sich in der Schule auf den ersten Blick zumeist homogene Gruppen zusammen, in denen es die jeweils andere Partei schwer hat, sich zu integrieren.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Man merkt schon, wo die Deutschen sich aufhalten und die Türken oder allgemein, die sind immer so in Gruppierungen. Man merkt zum Beispiel auch, es gibt bestimmt keinen Moment,

wo die Schüler mal alle zusammen sind oder sonst, so es ist immer so, einer macht den fertig und der andere macht den, also immer gegeneinander, so halt. Schon übertrieben.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass die Schülerinnen und Schüler von einem Schulhof an einer Realschule plus berichten. Laut Reinders erscheint dieses Phänomen an Haupt- und Realschulen ein Stück weit plausibel, weil in dieser Schulform die Konflikte eher auftreten. Denn in der Regel haben hier mehr als 50 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund und teilweise konkurrieren sie um dieselben Ausbildungschancen – zumindest nach ihrem subjektiven Gefühl. Das Gymnasium kann eine derartige Möglichkeit, mit anderen Kulturen in Kontakt zu treten, nur eingeschränkt bieten, da die Schülerschaft seltener einen Migrationshintergrund hat. Es stellt sich somit die Frage, wie dieser Sachverhalt einzuschätzen ist.

Festzuhalten ist zumindest, dass Jugendliche mit interethnischen Freundschaften im Jugendalter später häufiger bereit sind, sich kulturell zu öffnen. Und es geht beim interkulturellen Lernprozess nicht nur um Konflikte, sondern auch um die Erfahrung der Gemeinsamkeit und der Selbstverständlichkeit der multikulturellen Zusammensetzung der Schülerschaft. Die Freundschaften können nur dann entstehen, wenn Kontakte möglich sind. Dafür wiederum benötigt man Räume, in denen soziale Kontakte geknüpft werden können.

Ein weiterer Aspekt der Diskriminierung an Schulen bezieht sich auf die Lehrerinnen und Lehrer. Die diskutierende „Migrantengruppe“ ist einmütig der Meinung, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund von den Lehrkräften in der Regel schlechter behandelt werden und trotz gleicher Leistung schlechtere Noten bekommen. Außerdem berichten die Jugendlichen von rassistischen Äußerungen seitens einzelner Lehrerinnen

und Lehrer und daraus resultierenden Benachteiligungen im Bildungssystem.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Es gibt auch viele Lehrer, die rassistisch sind, wenn alle reden, sind es immer die Türken, ehrlich. ‚Türken machen doch eh nur Dreck‘, hat die Lehrerin gesagt. Da fängt's schon wieder an, ich glaube, die Ignorieretechnik bei solchen Kommentaren funktioniert nicht. Es gibt sowieso wenig ausländische Lehrer.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Allerdings wird, das zeigen die Protokolle der Gruppendiskussion, überwiegend positiv über die Lehrerinnen und Lehrer gesprochen. Interessant ist hier, dass in beiden Diskussionsrunden, d. h. in der Gruppe mit sechs „Migranten“ und in der Gruppe ohne Migrationshintergrund, das Klassengefüge und die Argumentationslinien der Jugendlichen sehr stark durch das Engagement der Lehrer mit bestimmt werden.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Bei uns gabs 'n Lehrer, und alle haben geredet, da sagt der ganz laut zu so 'nem Mädchen: ‚Sus kiz, döverim seni‘. Das heißt, sei leise, sonst schlag ich dich, der wusste zwar nicht, was döverim seni heißt, aber dass ‚sus kiz‘ sei leise Mädchen heißt, das wusste er. Und wir sind nur zwei Türken in der Klasse und sau krass, dass so Lehrer schon Türkisch sprechen können. Schon irre, manche Lehrer können echt gut Türkisch.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Von Konflikten im Jugendalter wissen die Jugendlichen einiges zu erzählen. Die Zahl der Übergriffe auf Ausländerinnen und Ausländer, seien sie physischer oder psychischer Art, wird jedoch als rückläufig beschrieben. Interessanterweise deuten die

Jugendlichen ohne Migrationshintergrund an, dass vieles, was im Zusammenhang mit Diskriminierung steht, nicht an Gymnasien stattfindet. Brutales Verhalten gegenüber Ausländern zeigt sich ihrer Meinung nach eher an Realschulen plus oder ehemaligen Hauptschulen. Die Jugendlichen erklären sich diese Verteilung folgendermaßen:

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Menschen mit diskriminierenden Vorlieben sind oft diejenigen, die selbst Minderwertigkeitsgefühle haben. Mitläuferinnen und Mitläufer von Haupt- und Realschulen, die sich einer Gruppe anschließen und glauben, indem sie eine Gruppe von Mitmenschen diskriminieren, cooler zu wirken und vielleicht so ihre eignen Probleme vergessen können.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Die Jugendlichen an Gymnasien schreiben in dieser Weise unerwünschtes Verhalten anderen Gruppen

zu und bringen sich selbst in eine – in Bezug auf Diskriminierung – vorteilhafte Position. Sie vollziehen dabei gleichzeitig eine soziale Diskriminierung und markieren soziale Ungleichheit. Ihre Auffassungen zeigen erneut, dass Diskriminierung allgegenwärtig ist, dass aber die Inhalte, die Zielgruppen und die soziale Funktion von Diskriminierung sehr vielfältig sind. Was man gegen Diskriminierung tun kann, deuteten beide Gruppen an.

Die Ideen zielten teils auf das Einüben eines multikulturellen Zusammenlebens und teils auf Aufklärungsarbeit für potenzielle Rechtsextremisten. Jedoch waren alle Jugendlichen der Ansicht, dass Unterstützung in vielerlei Hinsicht erwünscht ist. An vielen Schulen werden Themen wie Diskriminierung über den Unterricht hinaus angesprochen und ergänzende Streitschlichterprogramme oder Anti-Gewalt-Trainings durchgeführt. Im Sample kennen 29,8 % der Schülerinnen und Schüler Streitschlichterprogramme aus ihrer Schule, 11,7 % sagen, sie hätten schon an einem Anti-Rassismus-Training teilgenommen. Dennoch konnte die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen an solchen Programmen bislang nicht partizipieren.

Tabelle 32: Teilnahme an Streitschlichter-/Anti-Rassismus-Trainings in der Schule, Angaben in %

	Teilnahme an einem Anti-Gewalt-Training	Teilnahme an einem Streitschlichter-Programm	Teilnahme an Anti-Rassismus-Projekten	Projekte gegen Sexismus
Nein	64,6	62,7	82,2	97,7
Ja	30,2	30,3	11,7	3,2
Weiß nicht	5,2	6,9	6,1	5,0
Gesamt	100 (2.130)	100 (2.132)	100 (2.125)	100 (2.127)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Die Gelegenheit, bei einem Anti-Rassismus-Projekt oder einem Anti-Gewalt-Training mitzumachen, scheinen eher die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der Stichprobe zu haben als die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus oder der Berufsbildenden Schule. Dafür hat ein größerer Anteil der Realschülerinnen und -schüler plus an-

gegeben, an einem Streitschlichterprogramm teilgenommen zu haben. Insbesondere Projekte gegen Sexismus finden vergleichsweise selten statt, auch Anti-Rassismus- oder Anti-Diskriminierungs-Trainings scheinen im Vergleich zu Anti-Gewalt-Trainings oder Streitschlichterprogrammen weniger angeboten zu werden.

Tabelle 33: Teilnahme an Anti-Gewalt-Training/Streitschlichterprogramm/Anti-Rassismus-Projekt und Projekten gegen Sexismus nach Schultyp, Angaben in %, Mehrfachnennungen möglich

	Realschule plus	Gymnasium	BBS
Anti-Gewalt-Training	28,7	34,7	21,8
Teilnahme an einem Streitschlichterprogramm	33,2	28,7	29,1
Teilnahme an Anti-Rassismus-Projekten	9,9	14,0	9,0
Projekte gegen Sexismus	2,2	3,0	5,5

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Die meisten europäischen Länder sind heute von kultureller Vielfalt geprägt, und eine steigende Zahl von Jugendlichen wächst fernab der „kulturellen Heimat“ ihrer Eltern auf. Auch in Rheinland-Pfalz ist die Alltagswelt junger Menschen zunehmend durch unterschiedliche Herkünfte und kulturelle Zugehörigkeiten sowie durch vielfältige Traditionen bestimmt (Suna 2014, S. 265). Daher erscheint es den Jugendlichen durchaus logisch, dass „insbesondere Kontakte mit positiver Erfahrungswahl dazu geeignet sind, Fremdenfeindlichkeit zu mindern“ (Reinders 2006, S. 15). Deshalb wird diskriminierenden Aussagen seltener zugestimmt, wenn die Peergroup interethnisch zusammengesetzt ist und die Jugendlichen in ihr positive Interaktionen erleben, wie z. B. Hilfe, Gespräche, den Austausch von Gemeinsamkeiten oder das Teilen von Interessen.

„Ich bin ein Jugendlicher“

Die Bedingungen des Aufwachsens der heutigen Jugend sind, im Vergleich zu den Bedingungen ihrer Eltern, viel stärker durch Diversität, Pluralität und kulturelle Heterogenität gekennzeichnet. Dies betrifft vor allem den Entwicklungsraum Peers und Freizeit, aber auch den Entwicklungsort Schule. Dadurch entstehen neue Entwicklungsaufgaben. Möglich ist eine „Entstehung neuer (sub-)kultureller (Jugend-)Werte als Ergebnis interethnischer Beziehungen.“ (Reinders 2006, S. 8) Die Identität: „Ich bin ein Jugendlicher“ überlagert die nationale

Identität „Ich bin ein Deutscher“ (vgl. Reinders 2006, S. 43). Jugendliche beziehen ihre soziale Identität also stärker aus dem Bewusstsein, ein Jugendlicher zu sein, und nicht so sehr aus ihrer ethnischen Herkunft. Es geht nicht primär darum, Italiener oder Russe zu sein, sondern ein Jugendlicher in Rheinland-Pfalz. Eine Türkin macht deutlich, dass Unterschiede zwischen Türken und Deutschen zwar noch gemacht werden, aber Annäherungen möglich sind und auch vollzogen werden.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„ich schwöre, das können die jetzt schon. Dann können die Leute alle Türkisch. Nein echt, die Deutschen verwenden die Worte, die ich benutze, vallah, kennst du das, vallah, das heißt wirklich, also ich schwöre. Voll viele Deutsche sagen sowas, viele Deutsche bringen das sogar schon in ihre Sprache mit ein.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Multikulturelle Klassengemeinschaften und interethnische Freundschaften sind in der jugendlichen Alltagswelt inzwischen Normalität. Die Jugendlichen haben bereits gelernt, von dieser Tatsache zu profitieren, und verspüren nicht mehr das Bedürfnis, zwanghaft alte Klischees aufrechtzuerhalten, die etwa besagen, dass „Ausländer Ausbildungsplätze wegnehmen“.

Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz:

„Bei uns in der Schule, wir sind immer zusammen, dann sind da Russen dabei und Türken, also überwiegend Türken, denn die meisten kommen aus der Türkei, dann auch noch Polen, in unserer Klasse kommt auch jeder irgendwie woanders her. Manchmal, wenn die so über ihre Länder erzählen, hört man auch zu, das ist dann voll interessant.“ (Zitat Gruppendiskussion Diskriminierung, Jugendworkshop Kyllburg 2013)

Dass Freundschaften in Rheinland-Pfalz unabhängig vom kulturellen Hintergrund bestehen, bestätigen auch die Antworten auf die Frage: „Hast Du Freunde, die selbst oder deren Eltern aus einem anderen Land kommen?“ Fast alle Schülerinnen und Schüler bejahten dieses (91,2 %), d. h., es ist für Jugendliche ohne Migrationshintergrund eine Selbstverständlichkeit, Freunde mit Migrationshintergrund zu haben. So wird denn auch der Freundeskreis als der Ort beschrieben, an dem sich die kulturell und ethnisch verschiedenen Jugendlichen am häufigsten treffen oder ihren Bezugspunkt haben (85,2 % der Jugendlichen). Für drei Viertel der Jugendlichen bildet auch die Schule bzw. die Klasse einen solchen Ort der kulturellen Vielfalt und der Möglichkeit, Freunde mit einem anderen kulturellen Hintergrund zu treffen (74,3 %). Vereine bieten 34,4 % der Jugendlichen einen solchen Ort (siehe zur begrenzten interkulturellen Öffnung der Vereine Kap. 7) und die Nachbarschaft 39,9 %. In der offenen Antwortkategorie werden auch der Arbeitsplatz, die Familie, das Internet und soziale Netzwerke angegeben.

Am Rande der Diskussion kam zur Sprache, dass die multikulturelle Jugend nicht nur in Klassenräumen zusammen ist, sondern gemeinsam öffentliche Sozialräume aufsucht. Die Priorität der jungen Leute liege dann darin, einen Raum zu nutzen, „in dem eine geringe Kontrolle durch Erwachsene besteht und in dem sie ihre eigenen kulturellen Vorstellungen zum Ausdruck bringen können“ (Rein-

ders 2006, S. 43). Wenn man davon ausgeht, dass die Jugend im Umgang mit kultureller Vielfalt kompetenter ist als viele Erwachsene, dann kann gerade die Schule in ihrer Bedeutung als interkultureller Lernort nicht überschätzt werden. Darüber hinaus müssen jedoch öffentliche Sozialräume zur Verfügung stehen (dazu mehr in Kap. 7), in denen die Jugend ihre „Vorbildfunktion“ ausleben und zeigen kann.

Die Allgegenwart von Diskriminierung

Vorurteile sind allgegenwärtig und betreffen längst nicht mehr ausschließlich Zugewanderte, sondern alle in unserer Gesellschaft. Ähnlich beschreiben die Jugendlichen das Verhalten mancher Gleichaltriger. Im Grunde geht es nicht darum, jemanden zu diskriminieren, weil seine Hautfarbe eine andere ist, sondern es wird diskriminiert, weil es Spaß macht oder um sich selbst aufzuwerten.

Die Verwendung von Stereotypen und die Abwertung anderer Menschen, nachdem man selbst demütigende Erfahrungen gemacht hat, führen häufig zu einem Kreislauf von Diskriminierung. Diese Diskriminierung ist unterschiedlich stark ausgeprägt und wird von den Betroffenen auch unterschiedlich verarbeitet. Als Rassismus wird dabei eine besonders „geschlossene“ und absolut gesetzte Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bezeichnet, die auch eine Form der praktisch umgesetzten Ungleichheit impliziert. Die befragten Jugendlichen erfahren sehr unterschiedliche Formen der Diskriminierung und bewerten die Verbreitung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer) differenziert.

Den Jugendlichen wurde dazu folgende Frage vorgelegt: „Ist der Umgang in Deutschland mit folgenden Gruppen gerecht?“ Sie konnten auf einer Skala mit den Ausprägungen 1 (sehr ungerecht) bis 5 (gerecht) antworten. Je niedriger der Mittelwert (AM) ausfällt, als desto ungerechter wird der Umgang mit den einzelnen sozialen Gruppen eingeschätzt.

Tabelle 34: Einschätzung der Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen

Der Umgang mit ... ist gerecht	Mittelwert
Homosexuellen	2,6
Ausländerinnen und Ausländern	2,9
Behinderten	3,0
alten Menschen	3,2
Kindern und Jugendlichen	3,4
Mädchen, Frauen	3,7
Jungen, Männern	4,0

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Der Umgang mit Homosexuellen in Deutschland wird von den Jugendlichen als am wenigsten gerecht empfunden (niedrigster Mittelwert AM = 2,6), danach kommen Ausländer, dann Menschen mit Beeinträchtigung. Aus der Perspektive der Jugendlichen haben Jungen und Männer in Deutschland

mit den geringsten Benachteiligungen zu tun (AM = 4,0).

Würde man hier ein Ranking der Diskriminierungskategorien aus der subjektiven Perspektive Jugendlicher vornehmen, so wäre nicht Gender die zentrale Diskriminierungskategorie, sondern sexuelle Orientierung, gefolgt von Herkunft (AM = 2,9) und Handicap (AM = 3,0). Diese Befunde und Einschätzungen sind im Kontext der Intersektionalitätsdebatte durchaus spannend (vgl. z. B. Degele 2008, Winker/Degele 2009, Walgenbach 2014).

Des Weiteren wurde die Frage gestellt: „Wenn in der Wohnung nebenan folgende Personen einziehen würden, wie fändest Du das?“ So sollte das Maß an Toleranz gemessen werden, das die befragten Jugendlichen anderen sozialen Gruppen gegenüber aufbringen, insbesondere gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen (vgl. auch 16. Shell Jugendstudie 2010).

Tabelle 35: Toleranz gegenüber anderen sozialen Gruppen, Angaben in %

Wenn in der Wohnung nebenan folgende Personen einziehen würden, ...	Fände ich nicht so gut	Wäre mir egal	Fände ich gut
Eine deutsche Familie, die von Sozialhilfe (Hartz IV) lebt	43,6	53,9	2,4
Eine deutsche Familie mit vielen Kindern	29,5	52,0	18,4
Eine Aussiedlerfamilie aus Russland	22,1	65,4	12,4
Eine türkische Familie	21,0	64,5	14,5
Ein altes Rentnerehepaar	12,6	58,4	28,8
Ein homosexuelles Paar (Schwule, Lesben)	12,1	66,8	20,9
Eine Wohngemeinschaft mit mehreren Studenten	10,5	44,3	45,0
Eine Familie mit einem behinderten Kind	7,7	77,0	15,2
Eine Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe	5,9	69,0	24,9

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Dieses Ergebnis ist nicht einfach zu interpretieren, denn der Faktor „soziale Erwünschtheit“ spielt bei der Antwort auf eine so direkt gestellte Frage eine große Rolle. Die befragten Jugendlichen sind sich anscheinend der Problematik des direkten „einfachen“ Rassismus bewusst und wollen nicht in die Ecke des offensichtlichen reaktionären Rassismus gestellt werden.

Gleichzeitig übernehmen sie fast zur Hälfte die Position des Sozialchauvinismus und äußern Verachtung gegenüber den armen bzw. unteren Schichten der Gesellschaft. Dabei kann es sich um den „guten Ton“ in manchen Kreisen oder um die angstbesetzte Abwehr der nächstniedrigen Schicht bei Schülern aus der Unter- und Mittelschicht handeln.

Im Vergleich zur 16. Shell Jugendstudie (2010, S. 158) zeigt sich in den rheinland-pfälzischen Daten die Intoleranz gegenüber einer deutschen Familie, die von Hartz IV lebt, viel drastischer: Über 40 % der befragten Jugendlichen lehnen diese Gruppe ab. Zu den drei Erhebungszeitpunkten der Shell Jugendstudie (2002, 2006 und 2010) sind es konstant 15 % der befragten Jugendlichen, die eine deutsche Familie mit Sozialhilfe als Nachbarn nicht so gut fänden. Dafür sind bei den befragten rheinland-pfälzischen Jugendlichen die Toleranzwerte gegenüber türkischen Familien und Ausiedlerfamilien aus Russland höher ausgeprägt als in der Shell Jugendstudie, die dort im Jahr 2010 bei 27 und 26 % lagen (ebd.).

Über zwei Fünftel der befragten Jugendlichen lehnen eine deutsche Familie, die Hartz IV bezieht, ab. Danach kommt die deutsche Familie mit vielen Kindern. Sozial schwache und arme Menschen der eigenen nationalen Gruppe werden von den Jugendlichen am stärksten abgelehnt – möglicherweise weil sie den Eindruck haben, dass diese auf Kosten der anderen bzw. des Staates und der Ge-

meinschaft leben. Gleichzeitig kann diese Diskriminierung eine Strategie sein, die eigenen Ängste vor dem sozialen Abstieg abzuwehren.

Mobbing

Mobbing kann als eine Form der aktiven und aggressiven Demütigung verstanden werden. Es wird von den befragten Schülerinnen und Schülern unterschiedlich wahrgenommen: als eine mehrmalige, gegen einzelne Schüler gerichtete „Gemeinheit“, als Ärgern, Angreifen und Schikanieren mit dem Ziel, anderen Schaden oder Unannehmlichkeiten zuzufügen. 7,4 % der Mädchen haben in der Fragebogenstudie angegeben, oft bis sehr oft (4,0 %) direkt (körperlich und verbal) oder indirekt (beispielsweise durch soziale Isolierung/Ausgrenzung) angegriffen worden zu sein. Folgende Frage wurde im Fragebogen gestellt, um ein offenes Verständnis von Mobbing anzubieten und bestimmte Erfahrungen nicht von vornherein auszuschließen: „Wie oft wurdest Du im letzten Jahr in Deiner Schule gemobbt?“

Tabelle 36: Mobbing in der Schule, Angaben in %

Ich wurde gemobbt	weiblich		männlich		Gesamt	
	Häufigkeit	%	Häufigkeit	%	Häufigkeit	%
überhaupt nicht	704	69,0	867	77,9	1.571	73,7
eher nicht	138	13,5	127	11,4	265	12,4
teils, teils	84	8,2	55	4,9	139	6,5
oft	39	3,8	34	3,1	73	3,4
sehr oft	55	5,4	30	2,7	85	4,0
Gesamt	1.020	99,9	1.113	100	2.133	100

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

„Homo“, „Opfer“ und „schwule Sau“ gehören zu den häufigsten Schimpfworten auf dem Schulhof; jeder der befragten Jugendlichen hat sie schon einmal gehört. Mobbing an der Schule ist eine Größe und höchst signifikant mit der Geschlechtszugehörigkeit verknüpft: In der Lebenswelt der Mädchen spielt Mobbing eine deutlich größere Rolle als in der Lebenswelt der Jungen. Am Gym-

nasium kommt Mobbing seltener vor, in der Realschule plus vergleichsweise häufiger. Doch sind die Daten auch hier mit Vorbehalt zu interpretieren. Denn wenn man einräumt, Opfer von Mobbing geworden zu sein, ratifiziert man in gewissem Umfang auch die Aggression derer, von denen man gemobbt wird. Deshalb kommt es bei „leichten“ Formen des Mobbing nicht selten vor, dass

die Gemobbten das Geschehen verharmlosen und herabspielen, um subjektiv den Status eines akzeptierten und geachteten Mitglieds der Klassengemeinschaft zu behalten.

Mobbing in sozialen Netzwerken ist in Rheinland-Pfalz (noch) vergleichsweise gering verbreitet. Auch hier zeigen sich die gleichen Korrelationen wie beim Mobbing in der Schule: Es sind überzufällig häufig die Mädchen, die von Mobbing in sozialen Netzwerken betroffen sind und relativ gesehen häufiger die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Jugend in Rheinland-Pfalz im Umgang mit **Diversität und Multikulturalität** einen großen Lernschritt vollzogen hat. Fast jeder Jugendliche pflegt interethnische Freundschaften und erlebt diese als positiv. Viele junge Menschen lehnen Diskriminierung ab, und dabei bedeutet für sie Diskriminierung mehr als Rassismus. Sie nehmen Abwertungen in der Gesellschaft sensibel wahr und weisen deutlich darauf hin, dass vor allem Homosexuelle, aber

auch Migrantinnen und Migranten teilweise immer noch einen schweren Stand haben. Kulturelle Heterogenität scheint für den größten Teil der befragten Jugendlichen zu ihrem Alltag dazuzugehören. Zugleich zeigen die Daten aber auch, dass die befragten Jugendlichen ihre eigene Intoleranz gegenüber sozial schwachen Gruppen, z. B. Hartz-IV-Familien oder kinderreichen Familien, weniger reflektieren. Mechanismen sozialer Ungleichheit zu durchschauen und Prozesse gesellschaftlicher Positionierungen und Abwertungsstrategien zu reflektieren ist eine hoch anspruchsvolle Aufgabe, die im Schulunterricht, in Toleranztrainings und in der Jugendarbeit sinnvoll umgesetzt werden könnte. Auch im alltäglichen Umgang miteinander braucht es Gelegenheitsstrukturen wie öffentliche Räume, in denen sich nicht nur junge Menschen unverbindlich austauschen können. Solche Räume müssen geschaffen und dürfen nicht abgebaut werden, um so Gelegenheitsstrukturen für Respekt, Toleranz und Vielfalt zu schaffen. Denn es hat sich gezeigt, dass im direkten Kontakt das Lernen mit dem Umgang von Diversität und Multikulturalität am besten funktioniert.

4.6 Respekt, Partizipation und Mobilität auf die jugendpolitische Agenda!

Das Kapitel zu den Selbstauskünften Jugendlicher in Rheinland-Pfalz macht darauf aufmerksam, dass es viele relevante Themen gibt, die die jungen Menschen bewegen. Als besonders wichtig haben sich die Gegenstandsbereiche Schule, Mobilität und Diskriminierung herauskristallisiert. Diese werden von den Jugendlichen unter anderem unter dem Leitmotiv „Respekt“ diskutiert. Peerspezifische Orientierungen und Erfahrungen können in valider, d. h. gültiger Weise dort zur Artikulation gebracht werden, wo diejenigen sich in Gruppen zusammenfinden, denen die Erfahrungen gemein sind (Bohnsack 2000). In diesem Falle war das die schlichte Tatsache, dass sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Jugendliche in Rheinland-Pfalz begriffen. Mit den Zukunftswerkstätten und den Gruppendiskussionen sollte eine möglichst alltags-

nahe Forschung ermöglicht werden, die einen Ausschnitt der komplexen Realität der Jugendlichen sichtbar macht. Ausschnitthaft deshalb, da es ausschließlich um die Themen ging, die den Jugendlichen unter den Nägeln brannten und besonders mit dem Begriff Wohlbefinden in Verbindung stehen. Die subjektive Bedeutung zum Thema Wohlbefinden der jungen Menschen stand im Vordergrund, um eine Grundlage für die standardisierte Befragung zu schaffen.

Bemerkenswert an dieser Stelle ist, dass in den vier unabhängig voneinander durchgeführten Zukunftswerkstätten fast identische Themenkomplexe erarbeitet wurden, was dafür spricht, dass viele junge Leute aus Rheinland-Pfalz unabhängig von Schultyp, Geschlecht und Wohnort mit ähn-

lichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und zwar in den Bereichen Öffentlicher Personennahverkehr, Schule und Diskriminierung. Diese drei Themenkomplexe wurden mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens, mit dem 2.168 Jugendliche aus Rheinland-Pfalz befragt wurden, validiert. Die Brisanz der erarbeiteten Schwerpunkte bestätigte sich deutlich und diese dienen im Folgenden vor allem der Dimension Handlungsräume des Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen als wichtige Ergänzung.

Ein Leitaspekt des Untersuchungsansatzes war die Partizipation jugendlicher Akteurinnen und Akteure am Forschungsprozess von Beginn an, und die konkrete Umsetzung der Teilhabe stand während des gesamten Prozesses im Vordergrund. Diese Forschung war von Anfang an darauf ausgerichtet, den Jugendlichen ein möglichst großes Mitspracherecht zu gewähren. Das Prinzip der Offenheit qualitativer Forschung bot einen adäquaten Rahmen, da mit diesen Methoden dem, was die Befragten empfinden, denken und fühlen, keine Untersuchungsdimensionen und Antwortschemata vorgeschrieben werden. Die drei dargestellten Themen Schule, Öffentlicher Personennahverkehr und Diskriminierung sind als eigenständig erarbeiteter Untersuchungsbeitrag der jungen Menschen zu sehen.

Im Hinblick auf den **Entwicklungsort Schule** ist deutlich geworden, dass Schule für einen Großteil der Schülerinnen und Schüler mit Stresserleben einhergeht und dass sie den Druck, gute Leistungen und gute Noten zu erzielen, als sehr stark empfinden. Dieser Leistungsdruck und die damit einhergehende Zeitknappheit können auf Dauer das Wohlbefinden beeinträchtigen, was bereits von den Krankenkassen thematisiert wird. Die hitzige Diskussion um die Rückkehr zum G9 weist in dieselbe Richtung, nämlich anzuerkennen, dass Bildungs-, Lern- und Entwicklungsprozesse Zeit brauchen und dass den Mädchen und Jungen diese Zeit zugestehen ist.

Jugendpolitik ist auch Infrastrukturpolitik. Die Jugend fordert eine tragfähige und verlässliche Infrastrukturförderung zur Bewältigung ihrer alltäglichen Aufgaben und zur Gewährleistung ihrer Teilhabemöglichkeiten. Die öffentliche Infrastruktur, die unabdingbar ist, damit junge Menschen ein in ihren Augen angemessenes Leben führen können, steht in der Kritik. Aus der Perspektive der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz fehlen nicht nur die mobilen Möglichkeiten, sich Räume anzueignen, sondern auch Gelegenheitsstrukturen, in denen sie sich ausleben können. In diesem Punkt sehen die Jugendlichen einen großen Verbesserungsbedarf, seien es nun die Angebote der Vereine, Projekte von Trägern oder einfach Plätze, an denen sie sich treffen können, um den Dingen nachzugehen, die ihnen wichtig sind. Die These ist, dass sich gerade an der – aus Sicht der Jugendlichen – schlecht ausgebauten Verkehrsinfrastruktur und dem im Flächenland Rheinland-Pfalz unzureichend ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr der fehlende Respekt für die jungen Menschen ablesen lässt. Hier zeigt sich ein großer Handlungs- und Gestaltungsbedarf für die Politik.

Die **Allgegenwart von Diskriminierung.** Diskriminierung in Form von Mobbing und Rassismus sind Themen, die junge Menschen sehr bewegen und Bestandteil ihrer Erfahrungs- und Lebenswelt sind. Jugendliche nehmen sehr sensibel wahr, wie in der Klasse, der Pause, der Freizeit, beim Sport etc. miteinander umgegangen wird, und sie beklagen mangelnden Respekt. Sie nehmen die Respektlosigkeit unter Gleichaltrigen, aber auch zwischen Erwachsenen und Jugendlichen wahr und haben dies in den qualitativen Settings sehr deutlich formuliert. Die Datenanalyse erbrachte zugleich aber auch, dass Toleranz gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen und sozial Schwächeren nicht voraussetzungslos ist, sondern einer Thematisierung und Reflexion bedarf, die z. B. in Schulen oder in der Jugendarbeit einen guten Ort hätte. Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Diskriminierung stellte sich in der Analyse des Fragebogens heraus, dass unter den Jugendlichen nicht mehr der Migrationshintergrund, sondern Kinder und Jugendliche, die in Familien mit

Hartz-IV-Bezug leben, unter der Erniedrigung anderer zu leiden haben, was im folgenden Kapitel 5 dazu führen wird, Armut als einen zentralen Indikator (Dimension Lebensbedingungen) des Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen zu interpretieren.

Die soziale **Kategorie Gender** hat (nicht nur) in der Jugendforschung und der Jugendpolitik noch nicht ausgedient. Die Bildungsbenachteiligung von Mädchen in Deutschland hat sich in einigen Bereichen zwar in einen Bildungsvorsprung gewandelt, doch das Versprechen, tatsächliche Chancengleichheit zu schaffen, konnte gesamtgesellschaftlich nur bedingt gehalten werden. Für Jungen und Mädchen gelten im Hinblick auf Bildung immer noch unterschiedliche Zugangsbedingungen, sicher auch aufgrund weiterhin existierender traditioneller Rollenmuster: Mädchen schaffen sich ihre Bildungsmöglichkeiten oft noch eher über angepasstes Verhalten, das sich in guten Noten und schulischen Leistungen äußert. Leistungsdruck, Stress und zu wenig Zeit, vor allem für Dinge, die einem wichtig sind und von daher gerade als Ressourcen und Kompensationsmöglichkeit für Stress wirken können, sind Phänomene, die signifikant häufiger bei Mädchen auftreten. Der wahrgenommene Bildungsvorsprung hat seinen Preis. Das heißt, dass Jugendpolitik und Jugendarbeit einen geschlechtersensiblen Ansatz verfolgen sollten, um unterschiedliche Problemlagen von Jungen und Mädchen wahrzunehmen und darauf angemessen eingehen bzw. geschlechtergerechte Angebote machen zu können.

Vor diesem Hintergrund erscheinen Investitionen sowohl in die Infrastruktur als auch in die Bildungseinrichtungen dringend notwendig. Geld für Schulen (vor allem für Sanitäreinrichtungen an Realschulen plus), der Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur und eine Stärkung von Partizipation und Beteiligungsstrategien für junge Menschen sind dringend geboten. Dem Wunsch nach Wertschätzung und Beteiligungsmöglichkeiten wurde beispielsweise durch die aktuelle Schulgesetznovelle nachgekommen. Die Landeschülerinnen- und -schülervertretung formuliert hierzu: Die Ände-

rungen im Schulgesetz sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber es ist „noch gewaltig Luft nach oben“¹¹².

Eine heutige Wertschätzung der Jugendlichen und ihre zukünftige Leistungsbereitschaft hängen eng zusammen. Daher brauchen die jungen Menschen „Lebens-, Dialog- und Beteiligungsräume in der Kommune“. Ihre Beteiligung ist damit als zentrale „jugendpolitische und gesellschaftliche Querschnittsaufgabe“ zu sehen. „Dabei ist der Anfang gar nicht schwer und erprobte Partizipationsmethoden helfen bei der Umsetzung.“ (Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. 2013)

Mit dem zweiten Kinder- und Jugendbericht in Rheinland-Pfalz wurde ein Ansatz der Beteiligung Jugendlicher realisiert. Die in das Forschungsprojekt einbezogenen Mädchen und Jungen empfanden die Möglichkeit der Partizipation und das ihnen entgegengebrachte Interesse als überaus positiv. Ihre ausdrückliche Wertschätzung fand, dass sie selbst zu ihrer Lebenswelt und ihrer Meinung befragt wurden. Sie alle plädierten am Ende für eine regelmäßige Wiederholung des Teilhabeprojekts – in dieser oder einer anderen Form.

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle konstatieren, dass auf der Grundlage des themenexplorierenden Jugendworkshops und der repräsentativen Jugendbefragung Ausschnitte aus der Lebenswelt Jugendlicher in Rheinland-Pfalz zur Sprache kamen, die für sie aus ihrer subjektiven Perspektive überaus relevant sind. In der Darstellung der Ergebnisse und Bewertungen ist deutlich geworden, dass diese für das Wohlbefinden der jungen Menschen einen zentralen Stellenwert einnehmen.

Bezieht man dies nun auf den Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen und seine drei zentralen Dimensionen „Lebensbedingungen“, „Wohlfahrtsleistungen“ und „Handlungsräume“

112 <http://www.lsvrlp.de/de/article/3750.bei-der-st%C3%A4rkung-unserer-rechte-ist-noch-gewaltig-luft-nach-oben.html>

(siehe im folgenden Kap. 5), wird deutlich, dass die Selbstauskünfte der Jugendlichen vor allem mit der Dimension Handlungsräume relationiert sind. Die Dimension Handlungsräume, die im Ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz bestimmt wurde, soll die Potenziale und Möglichkeiten für Jugendliche abbilden, die die einzelnen Regionen den jungen Menschen zur Verwirklichung ihrer Lebenschancen bieten können. Das bedeutet aber nicht, dass die Selbstauskünfte selbst in das Modell einfließen, sondern dass diese

spezifische objektive Indikatoren begründen, die in den Index aufgenommen werden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Indikatoren: Armut, Bezug von Sozialgeld, Bezug von Wohngeld, Bildungsabschlüsse, Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund; aber auch Mitglieder in Sportvereinen und der Jugendfeuerwehr, Anteil der Ganztagschüler; Indikatoren zur Mobilität sowie Fachkräfte für schulbezogene Jugendsozialarbeit und Fachkräfte für Jugendarbeit und Jugendschutz.

5 VOM CHILD WELL-BEING ZUM INDEX FÜR DAS WOHLBEFINDEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN – DIE WEITERENTWICKLUNG DES INDIKATORENKONZEPTES

Im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz (MBWJK 2010a) hat die Berichtskommission ein neues Daten- und Analysekonzept zur Strukturierung und Deutung der Lebenssituationen von Kindern und Jugendlichen entwickelt, das einen regional differenzierten Blick ermöglichen soll. Diesem Konzept lag der international etablierte Begriff des „Child Well-being“ zugrunde. Nach einer sorgfältigen Sichtung und Auswertung internationaler Studien wurde konstatiert, dass der Begriff weder eindeutig und einheitlich definiert noch theoretisch hergeleitet ist. Vielmehr handelt es sich um einen Sammelbegriff, unter den sich viele verschiedene Verständnisse von kindlichem Wohlergehen subsumieren lassen.

Dennoch ist es der international gebräuchliche Begriff für die Rechte von Kindern, wie sie die UN-Kinderrechtskonvention 1989 festgeschrieben hat. Kinder sind hier definiert als Menschen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die vierundfünfzig Artikel der UN-Kinderrechtskonvention wurden von UNICEF in zehn Grundrechte für Kinder zusammengefasst (United Nations 2002). Zu diesen Grundrechten zählt das Recht auf eine sichere Umgebung ohne Diskriminierung, das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser, zu Nahrung, medizinischer Versorgung und Ausbildung sowie auf Mitsprache bei Entscheidungen. Jungen Menschen soll eine Umgebung geboten werden, die ihnen hilft, das Beste aus ihrem

Leben zu machen (Verwirklichungschancen). Nach Inkrafttreten der Kinderrechtskonvention stieg die Anzahl der Studien, die das Well-being von Kindern erfassen (vgl. Langmayer 2013).

Für Deutschland steht in diesem Kontext seit mehreren Jahren der Name Hans Bertram, der für UNICEF die Berichte „Zur Lage der Kinder in Deutschland“ durchführt (Bertram 2006; Bertram/Kohl 2010; Bertram/Kohl/Rösler 2011). Seine letzte Studie, 2013 unter dem vielsagenden Titel „Reiche, kluge, glückliche Kinder?“ erschienen, erfuhr große Aufmerksamkeit, u. a. durch den zentralen Befund, dass es den Kindern und Jugendlichen in Deutschland materiell so gut gehe wie noch nie, dass aber zugleich nirgendwo sonst der Kontrast zwischen vergleichsweise guten „objektiven“ Daten und der subjektiven Selbsteinschätzung der jungen Generation so groß sei wie hier: Rund 85 % der Mädchen und Jungen schätzen ihr Leben als positiv ein. Damit liegt Deutschland jedoch auf Platz 22, also im unteren Drittel aller betrachteten Länder, während es bei den objektiven Indikatoren – gemessen über die Dimensionen materielles Wohlbefinden, Gesundheit und Sicherheit, Bildung, Verhalten und Risiken sowie Wohnen und Umfeld – mit Platz 6 in der Spitzengruppe rangiert (ebd., S. 14). Diese Dimensionen werden in der UNICEF-Studie zur Operationalisierung des Child Well-being verwendet.

Eine weitere Denk- und Forschungsrichtung, die im Zusammenhang mit dem Well-being von Kindern und Jugendlichen relevant ist, bildet der „Capability Approach“ (nach Amartya Sen, weiterentwickelt durch Martha Nussbaum) bzw. der „Befähigungsansatz“, der die Verwirklichungschancen von jungen Menschen fokussiert. Di Tommaso (2007) wie auch Biggeri et al. (2006) beziehen sich auf die Arbeiten Nussbaums, d. h. konkret auf ihre Liste der zehn Grundbedürfnisse, die befriedigt sein müssen, damit ein „gutes Leben“ möglich ist, und adaptieren sie auf kindliche Bedürfnisse. So erstellen sie eine Liste mit vierzehn für Kinder und Jugendliche wichtigen Verwirklichungschancen. Diese „Capabilities“ lauten (nach Hopmann, in Langmeyer 2013, S. 16 f.):

- Leben und körperliche Gesundheit
- Liebe und Fürsorge
- mentales Wohlbefinden
- körperliche Integrität und Sicherheit
- soziale Beziehungen
- Partizipation
- Bildung
- Freiheit
- Schutz und Umwelt
- Freizeitaktivitäten
- Respekt
- Religion und Identität
- zeitliche Unabhängigkeit
- Mobilität

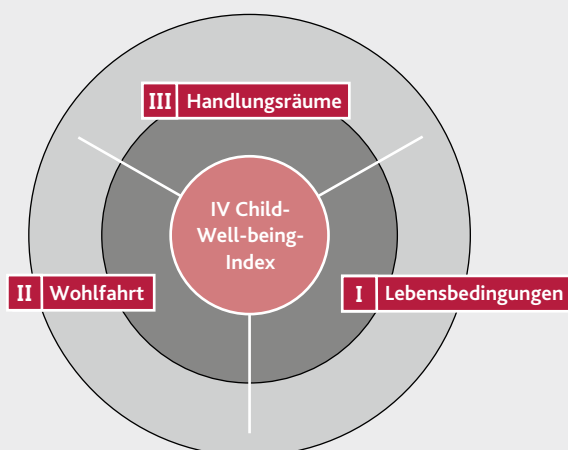
Bemerkenswert an dieser Liste ist die Übereinstimmung zwischen den aufgezählten Verwirklichungschancen Mobilität, zeitliche Unabhängigkeit, Identität und Respekt (!) und den Themen, die von den Jugendlichen von sich aus auf dem Jugendworkshop 2013 in Kyllburg zur Sprache gebracht wurden. In den vertiefenden Gruppendiskussionen zeigte sich, dass diese Verwirklichungschancen teilweise nicht gegeben oder eingeschränkt sind und dass es sich dabei um Konfliktfelder handelt.

Ein weiterer Forschungszweig, in dem das Well-being von Kindern thematisiert wird, ist die Kinderarmutsforschung. Hier sei auf die Unicef-Berichte zur Lage der Kinder in Deutschland verwiesen, in denen immer auch Kinderarmut thematisiert wird (z. B. Adamson 2013; Kohl 2013). Es ist der Trend zu beobachten, dass Armut nicht länger lediglich ökonomisch oder monetär operationalisiert wird, sondern ganzheitlicher im Sinne des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen. Das bedeutet, dass neben objektiven Faktoren wie dem Erreichen bestimmter schulischer Leistungen oder dem Risikoverhalten von Kindern und daraus resultierenden Erfolgs- und Teilhabechancen, die durch Armutsverläufe mitbestimmt werden, subjektiven Faktoren wie der subjektiven Sicht und dem Empfinden junger Menschen ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird (Kohl 2013, S. 86; vgl. auch Chasseé/Zander/Rasch 2003/2007). Dabei liegt die Überlegung zugrunde, dass Zufriedenheit und die Entwicklung eines positiven Selbstbildes in der Kindheit wichtige Voraussetzungen dafür sind, Probleme im weiteren Lebensverlauf bewältigen und Hürden nehmen zu können (ebd.).

5.1 Das Konzept des Child Well-being im ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz

Das Konzept des Child Well-being wurde von der Berichtskommission für den ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der dargestellten Theoriediskussion und des aktuellen internationalen Forschungsstands in ein eigenes Modell transformiert, das sich in drei Dimensionen aufspaltet, die mit entsprechenden Indikatoren versehen wurden (vgl. Abb. 82):

Abb. 82: Die drei Dimensionen des Child-Well-being-Index im ersten Kinder- und Jugendbericht



Quelle: MBWJK 2010a, S. 273

1. Dimension: Lebensbedingungen. Welche Faktoren prägen die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, die in Rheinland-Pfalz aufwachsen? Folgende vier Indikatoren sind in diese Dimension und das entsprechende Datenkonzept eingeflossen: Demografie, materielle Lage, Wohnumfeld und Migration.

2. Dimension: Wohlfahrt. Welche Effekte und Auswirkungen haben sozialstaatliche Leistungen und Strukturen auf die Verwirklichungschancen junger Menschen? Wohlfahrt steht für die in öffentlicher Verantwortung bereitgestellte Infrastruktur für Kinder und ihre Familien (z. B. Betreuung und Bildung). Folgende fünf Indikatoren sind in diese Dimension eingeflossen: Elterngeld, Partizipationsangebote, Gesundheit, Verhalten und Risiken sowie Bildung, Betreuung und Erziehung.

3. Dimension: Handlungsräume. Welche Handlungsperspektiven und Verwirklichungschancen sehen Jungen und Mädchen in ihren Lebensräumen? Handlungsräume stehen für die Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten von Kindern bzw. die Befähigung zum Handeln („agency“), die sich zum einen aus der Wohlfahrt und den Lebensbedingungen ergeben und zum anderen durch eine aktive Herstellungsleistung der Kinder entstehen (Ko-Konstruktion). Dabei handelt es sich um die objektivierbaren Voraussetzungen der Handlungsmöglichkeiten von Kindern. Folgende fünf Indikatoren sind in diese Dimension eingeflossen: Aktivitäten, Beziehung zu den Eltern, verschlossene Teilhabechancen, Gesundheit/Stress sowie Sicherheit in Kita und Schule.

Methodisch erfasste der Bericht die drei Dimensionen durch ausgewählte Kennzahlen und Indikatoren, sodass für die drei Dimensionen jeweils ein Index gebildet wurde und schließlich als Ergebnis der Gesamtindex Child Well-being resultierte (vgl. Abb. 83).

5.2 Weiterentwicklung des Child-Well-being-Konzeptes – der Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen

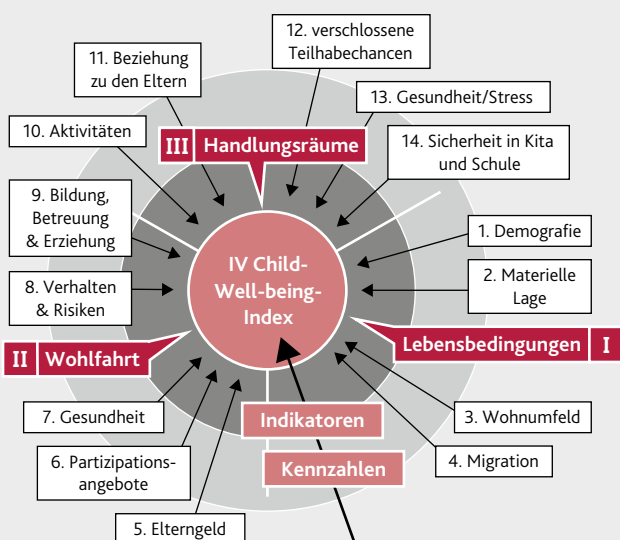
Im vorliegenden zweiten Kinder- und Jugendbericht wird das Konzept des Child Well-being beibehalten, aber in wesentlichen Bereichen überarbeitet und weiterentwickelt. Die vorgenommenen Modifizierungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wurden vor allem eine Verschlankung des Indikatorenmodells sowie eine Verbesserung der Gleichwertigkeit der Dimensionen vorgenommen, die sich sowohl auf die Anzahl der Kennzahlen als auch auf deren Gewichtung in den einzelnen Dimensionen bezieht.
- Zudem erfolgte eine begriffliche Weiterentwicklung des Modells zum Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ). Die Erweiterung lässt sich dabei mit der Fokus-

sierung des zweiten Berichtes auf das Thema Jugend sowie den Einbezug jugendrelevanter Themen in das Indikatorenmodell begründen. Die verwendeten Begrifflichkeiten entsprechen zudem der aktuellen Theoriediskussion (vgl. Zeitschrift für Pädagogik 2014, Heft 4).

- Die Berücksichtigung jugendrelevanter Themen stellt die bedeutendste Modifizierung des Indikatorenmodells dar. Die im Jugendworkshop und in der Jugendbefragung von den jungen Menschen selbst generierten Themen (siehe Kap. 4) wurden für die Weiterentwicklung des Indikatorenkonzeptes genutzt, um die Selbstauskünfte der jungen Menschen angemessen auch im Indikatorenmodell zu beachten. Da jedoch eine direkte Verwendung der Selbstauskünfte der jungen Menschen im Indikatorenkonzept methodisch nicht möglich ist, werden die Befunde als Basis zur theoretisch begründeten Interpretation verfügbarer Daten verwendet. Die Selbstauskünfte der jungen Menschen fließen somit direkt in die Herleitung der einzelnen Kennzahlen und Modifizierung der Indikatoren ein. Die Befunde können nicht unmittelbar in das Indikatorenkonzept aufgenommen werden, da dieses nur mit objektivierbaren Daten (Kennzahlen) arbeitet. Dazu mussten die verwendeten Daten bestimmte Kriterien erfüllen. Als Kennzahlen konnten nur Daten verarbeitet werden, die aktuell regionalisiert für alle 36 rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften vorliegen und deren künftige Verfügbarkeit für eine Fortschreibung in folgenden Berichten wahrscheinlich ist. Die Kennzahlen werden dabei im Indikatorenmodell als Anzeiger für nicht direkt ersichtliche Sachverhalte verwendet. Ihre Ausprägungen lassen jedoch Rückschlüsse auf bestimmte Zusammenhänge zu. Auf Basis der im Jugendworkshop und in der Jugendbefragung erhobenen subjektiven Selbstauskünfte der

Abb. 83: Das Gesamtkonzept des Child Well-being im ersten Kinder- und Jugendbericht



Quelle: MBWJK 2010a, S. 278

jungen Menschen in Rheinland-Pfalz konnten für das Indikatorenmodell zentrale Themen generiert werden, die für das Wohlbefinden der jungen Menschen, nach eigener Auskunft, von großer Relevanz sind. Dazu zählen vor allem die soziale Lage und Armut, Bildung und hier vorrangig der Bildungsort Schule, Migration und Mobilität. Diese von den jungen Menschen als bedeutsam eingestuften Themen wurden im Indikatorenmodell in messbare Daten operationalisiert und fließen als objektive Anzeiger und Voraussetzungen für das subjektive Wohlbefinden der jungen Menschen in den WKJ-Index ein. Neben dieser theoretisch begründeten und empirisch differenzierten Auswahl der Kennzahlen wurde die Zusammenstellung der Daten auch stark durch die Verfügbarkeit des Datenmaterials bestimmt.

Insgesamt wurden von der Berichtskommission die Anregungen zur Überarbeitung des Indikatorenmodells aus dem ersten Kinder- und Jugendbericht durch die beschriebenen Veränderungen umgesetzt. Zudem wird dieses in Anlehnung an den internationalen Forschungsstand im Bereich Kindheitsforschung¹¹³ qualitativ weiterentwickelt und stellt so ein geeignetes Modell zur regionaldifferenzierten Sozialberichterstattung im Hinblick auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz dar.

Um eine bessere Nachvollziehbarkeit und Transparenz hinsichtlich der verwendeten Indikatoren¹¹⁴ herzustellen, werden die drei Dimensionen Lebensbedingungen, Wohlfahrtsleistungen und Handlungsräume und ihre für den zweiten Kinder- und Jugendbericht erfolgten Überarbeitungen nachfolgend im Detail erläutert:

113 Siehe dazu Zeitschrift für Pädagogik 2014: Child Well-being. Potenzial und Grenzen eines Konzeptes. Heft 4.

114 Eine ausführliche Darstellung der einzelnen Kennzahlen, die in die Indikatoren einfließen, findet sich in einem Anlagenband auf der Website zum zweiten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz. www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de

Die Dimension **Lebensbedingungen** thematisiert wie schon im ersten Kinder- und Jugendbericht die äußeren (objektiv messbaren und darstellbaren) Umstände, unter denen Kinder und Jugendliche groß werden. Dabei erfolgt eine Konzentration auf zwei wichtige Determinanten für Lebensbedingungen: demografische Aspekte und ökonomische Faktoren. Ihre Bedeutung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen wurde in Kapitel 2 ausführlich dargestellt. Zudem wurden sowohl die soziale Lage als auch das erlebte Generationenverhältnis zu älteren Bevölkerungsgruppen (Schlagwort: Respekt) von den jungen Menschen selbst als bedeutsame Aspekte ihres Wohlbefindens erarbeitet (siehe dazu Kap. 4). Demgegenüber wurde der Indikator „Wohnumfeld“ gestrichen, hingegen die Kennzahl zu „Migration“ im vorliegenden Bericht zu einem Bestandteil der dritten Dimension Handlungsräume.

Die Dimension **Wohlfahrt** wird im zweiten Kinder- und Jugendbericht zu „**Wohlfahrtsleistungen**“ erweitert. Insgesamt erfolgt eine deutliche Verschärfung dieser Dimension. Die Anzahl der im zweiten Bericht verwendeten Kennzahlen und Indikatoren sowie deren zum Teil veränderte Polung und der Verzicht auf Gewichtungen führen zu einer verbesserten Gleichwertigkeit der einzelnen Dimensionen im Gesamtindex WKJ. Damit sollen, stärker als im ersten Bericht, der Beitrag sozialstaatlicher Leistungen und ihr struktureller Einfluss auf die Verwirklichungschancen junger Menschen im Vordergrund stehen. Vor diesem Hintergrund erfolgt in der Dimension Wohlfahrtsleistungen eine Konzentration auf die für Kinder und Jugendliche besonders relevanten Angebote und Leistungen (siehe dazu auch Kap. 3) aus den Bereichen Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, Schule und Kindertagesbetreuung, die ihren Lebensalltag mitgestalten und sich je nach regionaler Ausprägung unmittelbar auf Teilhabechancen und Verwirklichungsmöglichkeiten auswirken können. Dabei stehen die im WKJ-Index verwendeten Wohlfahrtsleistungen als Anzeiger für die in den Regionen zur Verfügung gestellten öffentlichen Infrastrukturen für Kinder und Jugendliche. Diese Veränderungen ermöglichen eine passgenauere

Tabelle 37: Zusammensetzung der Dimension Lebensbedingungen im Vergleich

I Lebensbedingungen						
erster Kinder- und Jugendbericht			zweiter Kinder- und Jugendbericht			
Ifd. Nr.	Anzahl der Kennzahlen	Indikator	Indikator	Anzahl der Kennzahlen	Ifd. Nr.	Weiterentwicklung
1	5	Demografie	Demografie	6	1	Teile des Indikators Wohnumfeld sowie der Indikator Migration sind nun Bestandteil der Dimension Handlungsräume
2	8	Materielle Lage	ökonomische Faktoren	8	2	
3	2	Wohnumfeld				
4	1	Migration				
	16			14		

Quelle: Eigene Darstellung

und zielgruppenspezifische Abbildung von Wohlfahrtsleistungen für Kinder und Jugendliche und lassen einen Rückschluss auf objektive Bedingungen des Aufwachsens in diesem Bereich zu.

Andere Indikatoren (Gesundheit, Krankheit und Behinderung; Verhalten und Risiken; Elterngeld) wurden im Zuge der Bearbeitung anderen Dimensionen zugeordnet¹¹⁵, entfielen oder konnten aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht mehr berücksichtigt werden (Partizipationsangebote). Darüber hinaus wurde insbesondere der Indikator „Erziehung“ auf die aussagekräftigsten Kennzahlen reduziert und findet sich in der Dimension Wohlfahrtsleistungen insbesondere in den Indikatoren „Hilfen zur Erziehung“ und „Kindertagesbetreuung“ wieder.

Im zweiten Kinder- und Jugendbericht werden in der dritten Dimension Handlungsräume des WKJ-Index, wie bereits im ersten Bericht, objektivierbare Voraussetzungen für Handlungsräume von Kindern und Jugendlichen in den Regionen von Rheinland-Pfalz abgebildet. Auf der Basis der von den Jugendlichen im Jugendworkshop und in der Befragung selbst generierten Themen werden in

dieser Dimension objektive Bedingungen für Verwirklichungschancen und Handlungsperspektiven der jungen Menschen herausgearbeitet. Die dritte Dimension Handlungsräume erfährt dabei eine umfassende Weiterentwicklung. So wird der Indikator zur Darstellung der Aktivitäten auf die aussagekräftigsten Kennzahlen verkürzt. Andere Indikatoren dieser Dimension werden zugunsten einer vereinfachten Interpretierbarkeit des WKJ-Index nicht aus dem ersten Bericht übernommen. Der Indikator „Sicherheit in Kita und Schule“ wurde leicht verändert und unter neuem Namen (Unfälle) beibehalten. Der bisherige Indikator „verschlossene Teilhabechancen“ wurde in der bestehenden Form nicht mehr berücksichtigt, seine Kennzahlen konnten aber anderen, neuen Indikatoren zugeordnet werden. Aus den Selbstauskünften der jungen Menschen gingen die Themen (sozialer) Erfahrungsraum Schule, Armut und der Themenkomplex Rassismus, Diskriminierung und respektloses Verhalten als relevante Aspekte hervor, die sich auf ihr subjektives Wohlbefinden und persönliche Handlungsräume auswirken. Daher wurden für die Dimension Handlungsräume neue Indikatoren aus Kennzahlen in den Bereichen „schulische Ausbildung“, „abweichendes Verhalten“ und „materielle Lage“ gebildet. Eine weitere, aufgrund der Selbstauskünfte der jungen Menschen notwendige Ergänzung erhält die Dimension **Handlungsräume** durch den Indikator „Mobilität“. Die Jugendlichen wiesen auf die Einschränkung der Handlungsräume hin, die sich aus einem

¹¹⁵ So wurden beispielsweise die Kennwerte des Indikators „Elterngeld“ den ökonomischen Faktoren in der Dimension Lebensbedingungen bzw. der materiellen Lage in der Dimension Handlungsräume zugeordnet und der Indikator „Migrationshintergrund“ den Handlungsräumen.

Tabelle 38: Zusammensetzung der Dimension Wohlfahrtsleistungen im Vergleich

II Wohlfahrt			II Wohlfahrtsleistungen			
erster Kinder- und Jugendbericht			zweiter Kinder- und Jugendbericht			
Ifd. Nr.	Anzahl der Kennzahlen	Indikator	Indikator	Anzahl der Kennzahlen		Weiterentwicklung
5	2	Elterngeld	Hilfen zur Erziehung	4	3	Durch die Konzentration des Indikators auf den Bereich der Wohlfahrtsleistungen erfolgte eine deutliche Verkleinerung dieses Index, darüber hinaus wurde insbesondere der Indikator Erziehung deutlich gekürzt.
6	2	Partizipationsangebote	Jugendarbeit	2	4	
7	5	Gesundheit, Krankheit und Behinderung	Schule	2	5	
8	7	Verhalten und Risiken	Kindertagesbetreuung	3	6	
9	43	Bildung, Betreuung und Erziehung				
	59			11		

Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 39: Zusammensetzung der Dimension Handlungsräume im Vergleich

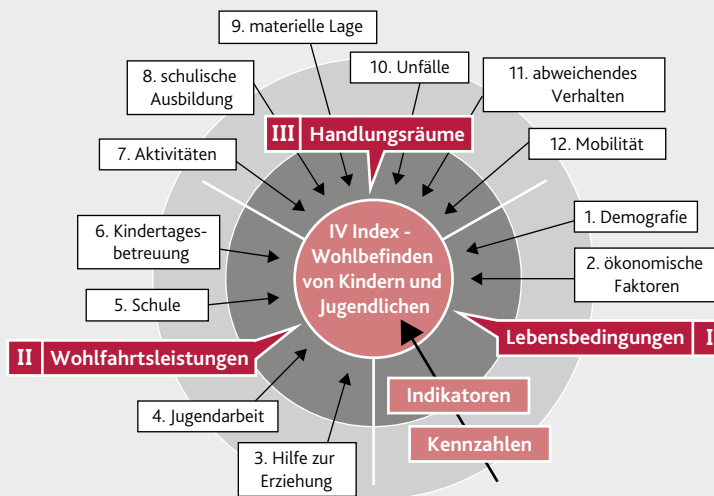
III Handlungsräume						
erster Kinder- und Jugendbericht			zweiter Kinder- und Jugendbericht			
Ifd. Nr.	Anzahl der Kennzahlen	Indikator	Indikator	Anzahl der Kennzahlen		Weiterentwicklung
10	12	Aktivitäten	Aktivitäten	3	7	Dieser Indikator wurde insbesondere um den Aspekt der Mobilität erweitert, darüber hinaus wurden in diesem Indikator noch ausgewählte Aspekte des Indikators Lebensbedingungen aus dem 1. Kinder- und Jugendbericht berücksichtigt.
11	3	Beziehung zu den Eltern	schulische Ausbildung	6	8	
12	2	verschlossene Teilhabechancen	materielle Lage	2	9	
13	4	Gesundheit/Stress	Unfälle	2	10	
14	2	Sicherheit in Kita und Schule	abweichendes Verhalten	1	11	
	23		Mobilität	4	12	
				18		

Quelle: Eigene Darstellung

unzureichenden Angebot vor allem im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs ergeben kann. Darüber hinaus thematisierten sie auch die Ausstattung und baulichen bzw. hygienischen Zustände an Schulen. Dieser Aspekt konnte aber aufgrund nicht vorhandener Daten nicht als Indikator mit aufgenommen werden.

Die Verdichtung der Daten orientiert sich am Vorgehen des ersten Kinder- und Jugendberichtes: Die erhobenen Daten (43 Kennzahlen) werden zu insgesamt zwölf Indikatoren zusammengefasst, dann wird ein Indexwert für jede der drei Dimensionen und zuletzt der Gesamtindexwert für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (vgl. Abb. 84) errechnet.

Abb. 84: Das Gesamtkonzept „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“



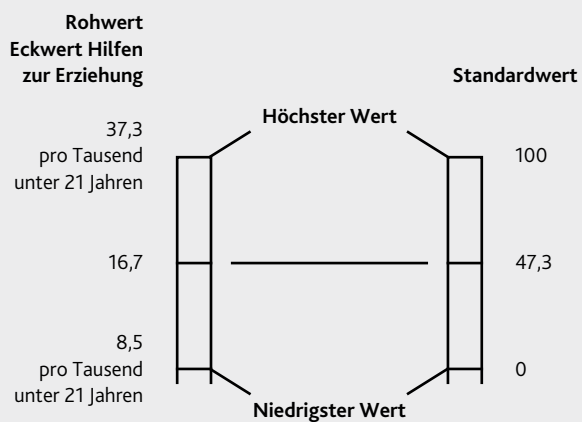
Quelle: Eigene Darstellung

Im Einzelnen bedeutet dies:

- Die vorliegenden Rohdaten – in der Regel absolute Werte – sind für sich genommen wenig aussagekräftig und werden daher in einem ersten Schritt in Kennzahlen umgerechnet. Diese Kennzahlen ermöglichen einen ersten Vergleich der 36 Regionen des Landes Rheinland-Pfalz.
- In einem zweiten Schritt werden die Kennzahlen den zwölf Indikatoren zugeordnet bzw. zu Indikatoren verdichtet. Mithilfe von Indikatoren können „direkt nicht wahrnehmbare bzw. komplexe und unmittelbar nicht zu operationalisierende Aspekte der sozialen Realität ausschnittsweise bzw. stellvertretend“ (Jordan 1998, S. 340) abgebildet werden. Indikatoren „messen“ also den ausgewählten Aspekt nicht „objektiv“, sondern stellen vielmehr einen plausiblen Anzeiger für einen nicht unmittelbar messbaren Zusammenhang der sozialen Wirklichkeit dar.
- In einem dritten Schritt werden aus den Indikatoren Indexwerte errechnet, die, vergleichbar den Indikatoren, als Anzeiger für komplexe Phänomene dienen können. Im Gegensatz zum ers-

ten Kinder- und Jugendbericht wird im vorliegenden Bericht bei der Zusammensetzung der Indexwerte auf eine Gewichtung der einzelnen Indikatoren verzichtet. Dies ist dadurch begründet, dass die Anzahl der zugrunde liegenden Indikatoren insgesamt reduziert wurde und sich die einzelnen Indikatoren im Hinblick auf ihre Bedeutung für die jeweiligen Indexwerte nicht unterscheiden. Auch wurde bei der Zusammensetzung der Indexwerte aus einzelnen Indikatoren bzw. Kennzahlen darauf geachtet, dass diese eine übereinstimmende Polung im Sinne übereinstimmender Vorzeichen aufweisen. **Dabei gilt, dass die Lebensbedingungen, die Wohlfahrtsleistungen und die Handlungsräume für junge Menschen in einer Region also umso besser sind bzw. die Indexwerte umso höher ausfallen, je größer der Wert der jeweils zugrunde liegenden Kennzahlen und Indikatoren ist.** Entsprechende Veränderungen in der Zusammensetzung der Indexwerte bzw. deren Polung werden im Folgenden durch den Hinweis „invers“ gekennzeichnet.

Abb. 85: Modell zur Bildung von Standardpunktzahlen (Beispiel)



Quelle: MASGFF 2007, S. 323

Um im Hinblick auf die Berechnung von Indikatoren und Indexwerten eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Daten und Kennzahlen herzustellen, ist eine Standardisierung notwendig. Diese erfolgt wie schon im ersten Kinder- und Jugendbericht durch die Berechnung sogenannter Standardpunktzahlen. „Die Leistung der Standardpunktzahl besteht darin, dass jeder (...) [Kenn-

zahl, d. V.] auf einer kontinuierlichen Skala von 0 bis 100 ein Wert zugewiesen wird, wobei die Werte 0 und 100 in jeder Skala besetzt werden, während sich die übrigen Werte zwischen 0 und 100 verteilen“ (Jordan 1998, S. 368). Bei der Transformation der Kennzahlen zu Standardpunktzahlen ändert sich somit nur die Bezeichnung der ursprünglichen Werte, nicht aber ihr Verhältnis zueinander. Der relative Abstand zwischen den 36 Regionen, wie er ggf. in den Rohdaten erkennbar ist, bleibt also erhalten.

Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit dem ersten Kinder- und Jugendbericht

Die gegenüber dem ersten Kinder- und Jugendbericht vorgenommenen Modifizierungen einzelner Indikatoren und damit auch des Gesamtindex WKJ – die u. a. aus einer neuen Zusammensetzung einzelner Indikatoren, geänderter Polungen sowie dem Verzicht auf unterschiedliche Gewichtungen einzelner Kennzahlen resultieren – erlauben zwar keinen unmittelbaren Vergleich der errechneten Werte mit denen im ersten Kinder- und Jugendbericht. Auf inhaltlicher Ebene aber sind wesentliche Befunde, z. B. im Hinblick auf grundlegende Zusammenhänge und Tendenzen, durchaus vergleichbar; hierauf wird jeweils besonders hingewiesen.

5.3 Die Regionen des Landes im Vergleich

Für einen Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Regionen des Landes Rheinland-Pfalz werden im Folgenden die drei Indexwerte und der Gesamtindex Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in regionaler Differenzierung dargestellt, wobei nach zwölf kreisfreien Städten und 24 Landkreisen unterschieden wird. Die Indexwerte, die sich aus der Berechnung nach dem Standardpunktverfahren ergeben, werden in Anlehnung an den ersten Kinder- und Jugendbericht in fünf etwa gleich große Gruppen eingeteilt. Die Ergebnisse lassen sich zum einen an der Rangfolge der Landkreise und Städte ablesen, zum anderen werden die Indexwerte auf einer Karte des Landes Rheinland-Pfalz farblich unterschiedlich dargestellt.

5.3.1 Lebensbedingungen

Der Indexwert der Dimension Lebensbedingungen setzt sich aus insgesamt 14 Kennzahlen zusammen, die den folgenden zwei Indikatoren zugeordnet sind:

Im Indikator „**Demografie**“ finden sich insgesamt sechs Kennzahlen:

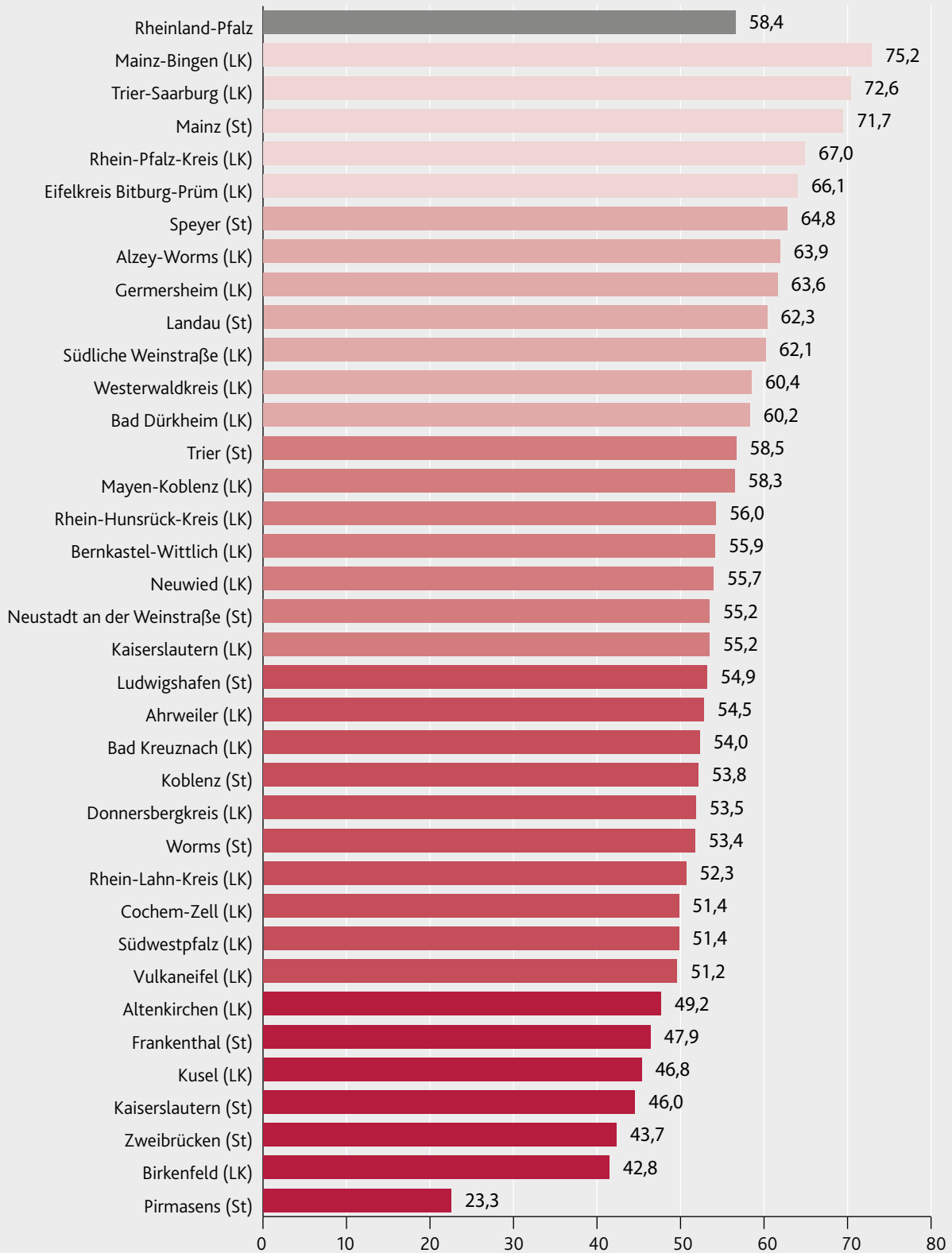
- Anteil der bis unter Sechsjährigen an der Gesamtbevölkerung
- Anteil der Altersgruppe 14 bis unter 18 Jahre an der Gesamtbevölkerung
- Verhältnis der Personen im Alter von 65 Jahren und älter zur erwerbstätigen Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren (Altersquotient) (invers)
- Geburten je 1.000 Einwohner
- Bevölkerungsvorausberechnung für die unter 21-Jährigen bis 2020
- Wanderungssaldo im Alter von unter 18 Jahren

Der Indikator „**ökonomische Faktoren**“ setzt sich aus weiteren acht Kennzahlen zusammen:

- verfügbares Einkommen je Einwohner
- Wohngeldempfänger (invers)
- eröffnete Insolvenzen (invers)
- Empfänger von Sozialgeld im Alter von unter 15 Jahren (invers)
- Arbeitslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren (invers)
- Anteil von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften an allen Bedarfsgemeinschaften (invers)
- Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an allen Beschäftigten (Wohnortprinzip)
- durchschnittliche Höhe des Elterngeldanspruchs im ersten Bezugsmonat

In der Gruppe mit **Indexwerten von 65 und mehr** befinden sich der Ballungsraum Mainz bzw. der umliegende Landkreis Mainz-Bingen und der Rhein-Pfalz-Kreis, mithin Städte und Kreise entlang der sogenannten Rheinschiene. Dazu kommen noch der Landkreis Trier-Saarburg und der Eifelkreis Bitburg-Prüm. In der **daraufliegenden Gruppe (60 bis unter 65)** befinden sich weitere Kreise bzw. Städte entlang oder in der Nähe der Rheinschiene (Westerwaldkreis, Landkreis Germersheim, Stadt Speyer und Landkreis Alzey-Worms) und weitere Kreise bzw. Städte in der Region Pfalz (Landkreis Bad Dürkheim, Südliche Weinstraße und Landau). In der Gruppe mit Indexwerten zwischen 55 bis unter 60 lässt sich keine eindeutige geografische Zuordnung feststellen: Es finden sich darunter sowohl Landkreise im Norden als auch im Süden des Landes Rheinland-Pfalz (vom Landkreis Neuwied bis Landkreis Kaiserslautern) sowie große Städte (Trier). In der **folgenden Gruppe (50 bis unter 55)** lässt sich ebenfalls keine geo-

Abb. 86: Index Lebensbedingungen, Angaben in Standardpunktzahlen



Quelle: Eigene Berechnung

grafische Zuordnung erkennen, es überwiegen neben den Städten Ludwigshafen, Koblenz und Worms allerdings Landkreise. In der **Gruppe mit Indexwerten unter 50** finden sich insgesamt sieben Landkreise und kreisfreie Städte, darunter besonders viele im Südwesten des Landes (Städte Pirmasens, Zweibrücken und Kaiserslautern, Landkreise Birkenfeld und Kusel).

Insgesamt wird deutlich, dass besonders an der Rheinschiene viele Landkreise und Städte mit überdurchschnittlich guten Lebensbedingungen liegen, während sich eher unterdurchschnittliche Lebensbedingungen vor allem im Südwesten des Landes Rheinland-Pfalz finden lassen. Es zeigen sich somit zwar deutliche regionale Disparitäten bezüglich der Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz, jedoch keine systematischen Stadt-/Land-Unterschiede.

Die Dimension Lebensbedingungen im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht

Im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht zeigen sich indes Abweichungen in der Reihenfolge der Kommunen, die insbesondere auf die geänderte Zusammensetzung des Index „Lebensbedingungen“ zurückgeführt werden können und nur zu einem kleineren Teil auf sich verändernde Ausgangsbedingungen. So sind beispielsweise die Indikatoren „Wohnumfeld“ und „Migration“ im vorliegenden Kinder- und Jugendbericht nicht mehr Bestandteil des Index „Lebensbedingungen“ – diese Indikatoren sind nun zumindest teilweise Bestandteil des Index „Handlungsräume“. Diese veränderte Zusammensetzung hat dazu geführt, dass kreisfreie Städte wie Mainz und Speyer oder Landkreise wie Mainz-Bingen und Birkenfeld in Bezug auf die Ausprägung des Index „Lebensbedingungen“ nun eine deutlich andere Position im Verhältnis zu den Kommunen aufweisen. Dies umso mehr, als sich insbesondere die Merkmale zur demografischen Entwicklung der Kommunen im Zeitverlauf als relativ stabil erweisen. Auch im Hinblick auf die Belastung durch ökonomische

Faktoren zeigen sich zwischen den Messzeitpunkten des ersten und zweiten Kinder- und Jugendberichtes keine bedeutsamen Verschiebungen. Für den überwiegenden Teil der Kommunen haben sich also im Hinblick auf ausgewählte Aspekte von Demografie und Sozialstruktur, die im Index „Lebensbedingungen“ zusammengefasst sind, keine bedeutsamen Veränderungen im Vergleich ergeben.

5.3.2 Wohlfahrtsleistungen

Der Indexwert der Dimension Wohlfahrtsleistungen setzt sich aus insgesamt elf Kennzahlen in vier Indikatoren zusammen, die ganz überwiegend Leistungen aus den Bereichen Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit, Schule und Kindertagesbetreuung abbilden.

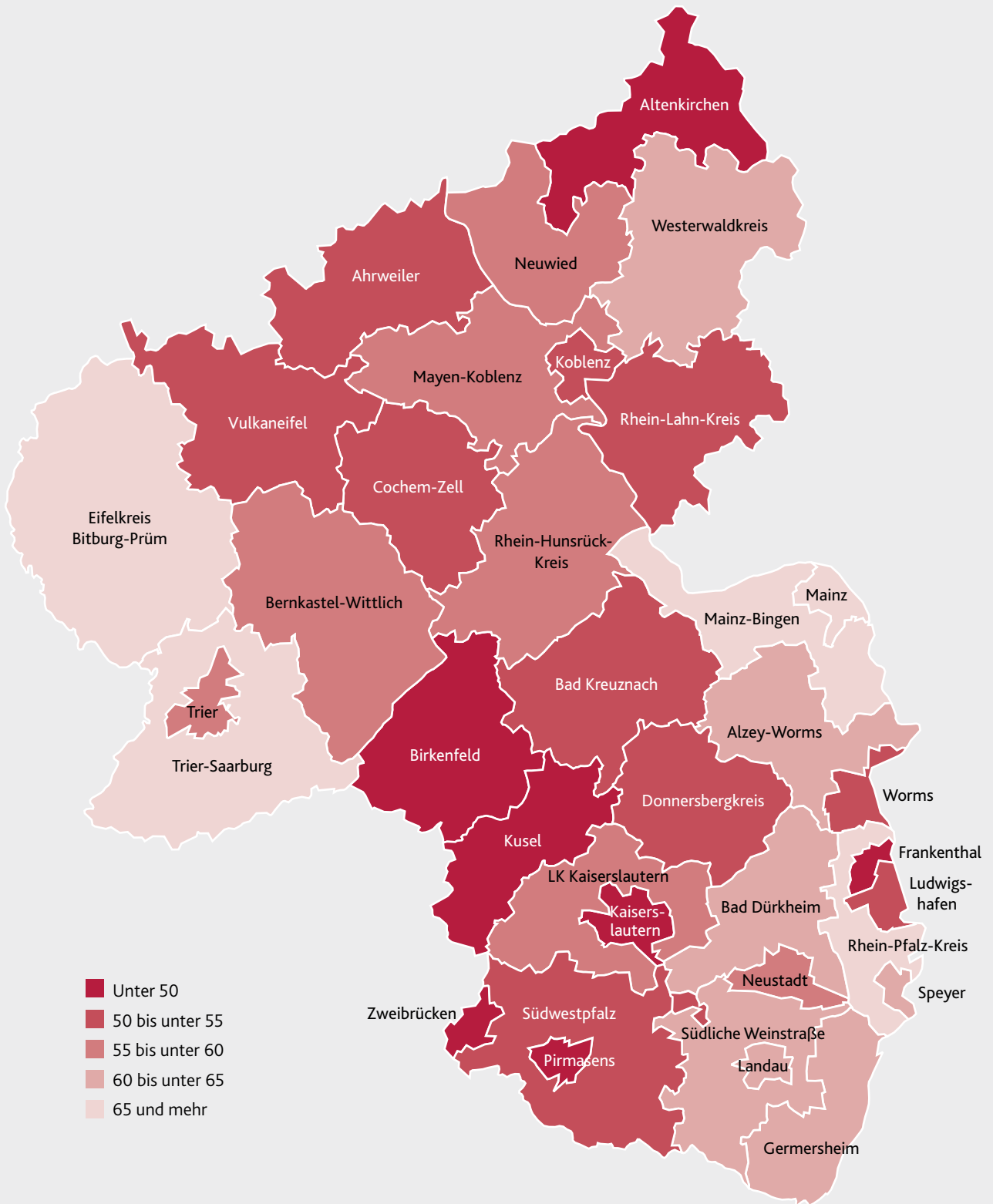
Aus dem Bereich **Hilfen zur Erziehung** sind folgende Kennzahlen enthalten:

- Beratungen nach §§ 16, 17, 18, 28 und 41 SGB VIII in Beratungsstellen
- ambulante und teilstationäre Hilfen (§§ 32, 35, 41, 27(2) SGB VIII)
- Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat., 41 stat., 27(2) stat. SGB VIII)
- Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII

Aus dem Bereich **Jugendarbeit**¹¹⁶ stammen zwei Kennzahlen:

- Fachkräfte für Jugendarbeit und Jugendschutz (§§ 11, 14 SGB VIII)
- Fachkräfte für Jugendsozialarbeit ohne Schulsozialarbeit (§ 13 SGB VIII)

¹¹⁶ Im Detail umfasst dieser Bereich Aspekte aus den Bereichen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz.



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung

Für den Bereich **Schule** wurden ebenfalls zwei Kennzahlen einbezogen:

- Fachkräfte für **schulbezogene Jugendsozialarbeit**
- Zahl der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien

Der Bereich **Kindertagesbetreuung** schließlich wird über drei weitere Kennzahlen abgebildet:

- Quote unter Dreijähriger in Kindertageseinrichtungen
- Quote unter Dreijähriger in öffentlich geförderter Tagespflege
- vom Jugendamt mitfinanzierte Tagespflegeeinrichtungen

In der **Gruppe mit den höchsten Ausprägungen für Wohlfahrtsleistungen (50 und mehr)** finden sich ausschließlich Städte, die bis auf Trier alle im Süden des Landes liegen (Kaiserslautern, Landau, Pirmasens und Speyer). Auch in der **Gruppe mit Indexwerten zwischen 35 bis unter 50** überwiegen die Städte: Damit rangieren elf von zwölf kreisfreien Städten in den obersten beiden Gruppen. Darüber hinaus finden sich in der zweiten Gruppe noch vier in unterschiedlichen Regionen liegende Landkreise (Rheinhessen, Nahe und Westpfalz). In der **daraufliegenden Gruppe (30 bis unter 35)** befindet sich u. a. die noch verbleibende Stadt Zweibrücken, zudem noch fünf Landkreise zwischen der Region Mittelrhein-Ost (Rhein-Lahn-Kreis) im Norden bis hin zum Kreis Bad Dürkheim in der Region Vorderpfalz. In der **folgenden Gruppe (25 bis unter 30)** befinden sich acht Landkreise mit eher unterdurchschnittlichen Werten: die Regionen Mittelrhein-Ost (Neuwied, Altenkirchen) im Norden, der Landkreis Kusel im Westen und der Landkreis Germersheim in der Südpfalz. Die acht Landkreise der **Gruppe mit Indexwerten unter 25** weisen im Bereich der Wohlfahrt deutlich unterdurchschnittliche Indexwerte auf. Ein Teil dieser Landkreise liegt in den Regionen Trier bzw. Mittelrhein-West (Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich,

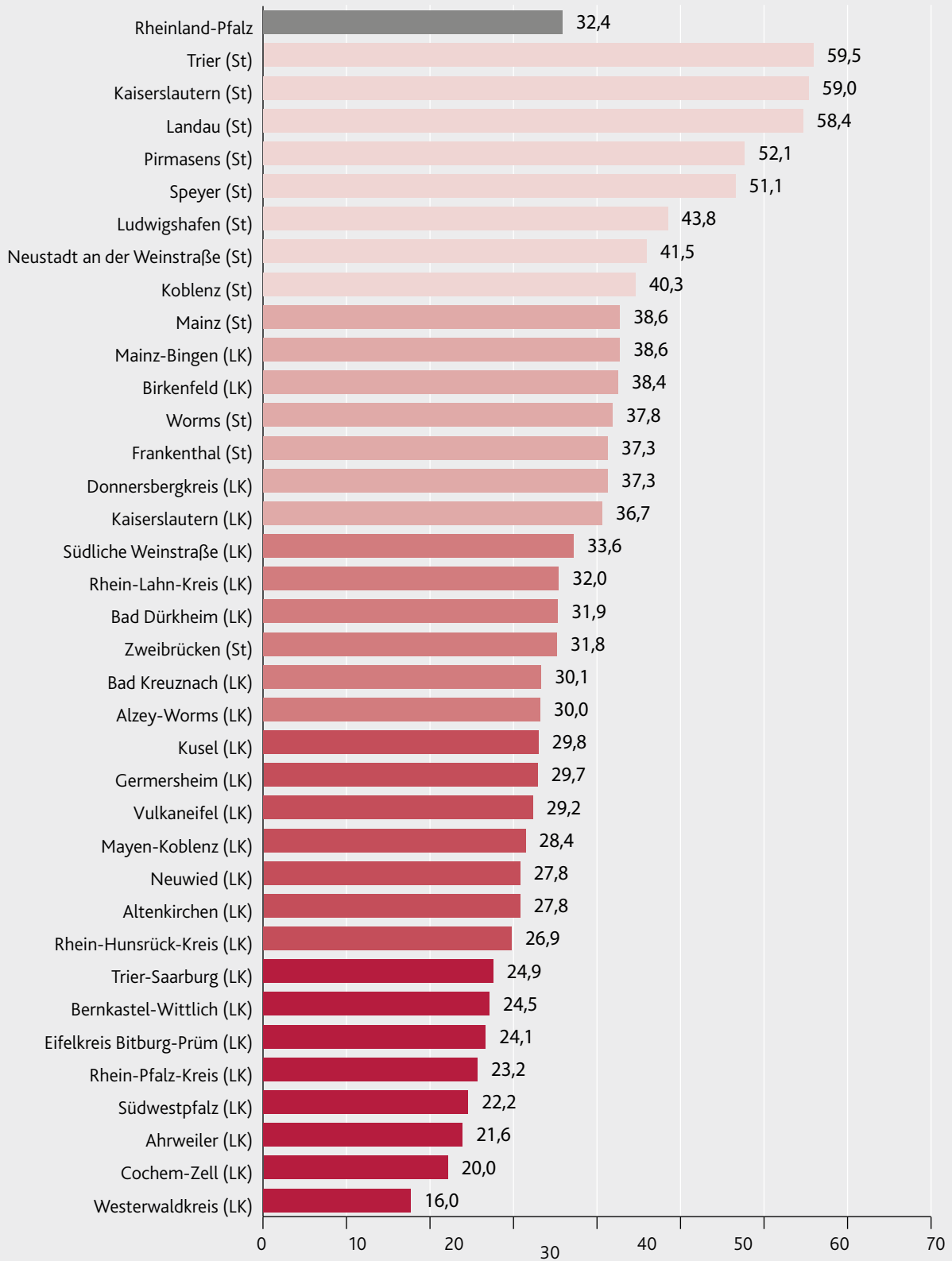
Eifelkreis Bitburg-Prüm, Cochem-Zell und Ahrweiler), die restlichen drei Landkreise erstrecken sich vom Norden (Westerwaldkreis) bis zum Süden des Landes (Südwestpfalz).

Im Gegensatz zur Dimension Lebensbedingungen lässt sich für die Dimension Wohlfahrtsleistungen keine regionale Differenzierung erkennen, wohl aber ein eindeutiger Unterschied zwischen Städten und Landkreisen. Die zwölf kreisfreien Städte des Landes Rheinland-Pfalz weisen durchweg höhere Indexwerte auf als die 24 Landkreise: In den Städten liegen damit insgesamt ein größeres Angebot und eine deutlich höhere Inanspruchnahme wohlfahrtsstaatlicher Leistungen vor, zumindest in den Bereichen Hilfen zur Erziehung, Jugendarbeit, Schule und Kindertagesbetreuung.

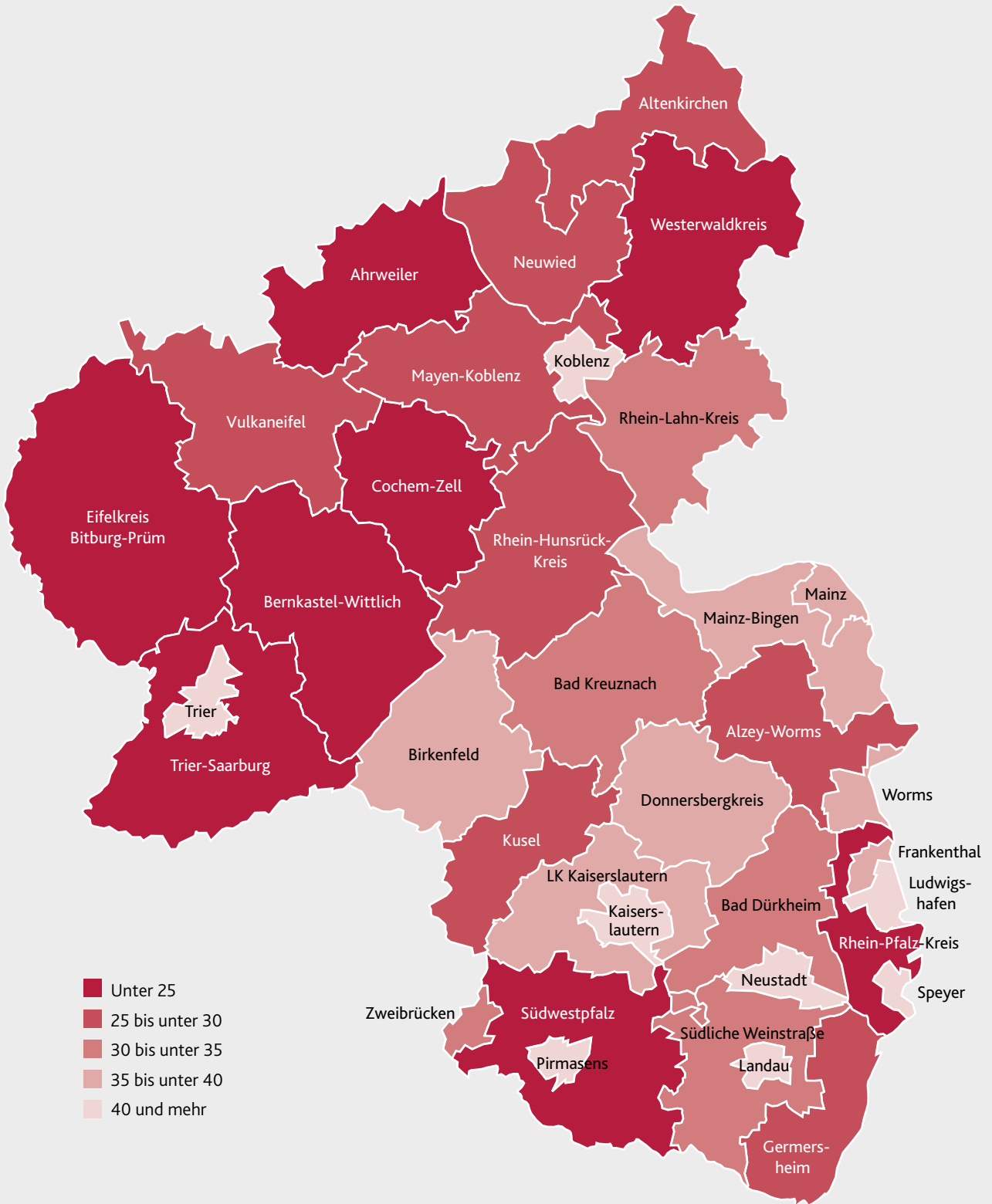
Die Dimension Wohlfahrtsleistungen im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht

Im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht wurde der Index „Wohlfahrtsleistungen“ am stärksten verändert. Durch die Konzentration des Indikators auf den Bereich der Wohlfahrtsleistungen erfolgte eine deutliche Verkleinerung dieses Index, darüber hinaus wurde insbesondere der Indikator Erziehung deutlich gekürzt.

Hinzu kommt eine methodische Veränderung: Insbesondere im Bereich der Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden die verwendeten Indikatoren als Anzeiger dafür gewertet, was in den jeweiligen Gebietskörperschaften an öffentlich verantworteter Infrastruktur für Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt wird. Eine gute Ausstattung im Bereich der Jugendarbeit und schulbezogenen Jugendsozialarbeit, ein differenziertes Angebot an Hilfen zur Erziehung und vielfältige Beratungsleistungen führen beispielsweise im Gegensatz zum ersten Kinder- und Jugendbericht zu einer hohen Ausprägung des Index aller Wohlfahrtsleistungen. Zudem führt eine hohe Quote im Bereich der Kindertagesbetreuung und vom Jugendamt mit-



Quelle: Eigene Berechnung



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung

finanzierte Tagespflege zu einem hohen Indexwert für Wohlfahrtsleistungen in den einzelnen Kommunen. Insgesamt hat sich durch die Modifizierung der Dimension Wohlfahrtsleistungen auch das Gefüge der kreisfreien Städte und Landkreise sehr deutlich verändert. Dies wird u. a. daran ersichtlich, dass sich die Stadt-/Land-Unterschiede im zweiten Kinder- und Jugendbericht deutlich verstärkt haben. Die Städte weisen nunmehr die höchsten Ausprägungen in Bezug auf die zugrunde liegenden Wohlfahrtsleistungen auf, während auf Grundlage der Berechnungen im ersten Kinder- und Jugendbericht zwei unterschiedliche Gruppen von Städten ausgemacht wurden – eine Gruppe mit einer hohen Ausprägung und eine weitere Gruppe mit deutlich unterdurchschnittlichen Ausprägungen.

5.3.3 Handlungsräume

Der Indexwert der Dimension Handlungsräume schließlich setzt sich aus 18 Kennzahlen zusammen. Diese Kennzahlen sollen die Potenziale und Möglichkeiten abbilden, die die einzelnen Regionen den Jugendlichen für die Verwirklichung ihrer Lebenschancen bieten. Dabei handelt es sich ausschließlich um objektive Indikatoren und damit konkrete Voraussetzungen für die Lebensgestaltung junger Menschen. Die Kennzahlen können sechs unterschiedlichen Indikatoren zugeordnet werden:

Aktivitäten insbesondere von Kindern und Jugendlichen lassen sich über die drei folgenden Kennzahlen abbilden:

- Mitglieder in Sportvereinen im Alter von sieben bis 17 Jahren
- Entleihungen von Kinder- und Jugendbüchern im Alter von sieben bis 17 Jahren
- Mitglieder in der Jugendfeuerwehr im Alter von zehn bis 17 Jahren

Handlungsräume, die sich im Bereich der **schulischen Ausbildung** ergeben, werden über sechs weitere Kennzahlen dargestellt:

- Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Fachhochschulreife
- Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund mit Fachhochschulreife an allen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
- Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängerinnen und -abgängern (invers)
- Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an allen Grundschülerinnen und -schülern
- Anteil der Ganztagschülerinnen und -schüler
- Gymnasium als Schulwahl nach der Grundschule

Da Handlungsräume durch die **materielle Lage** wesentlich beeinflusst werden, soll dies durch zwei Kennzahlen berücksichtigt werden, die explizit die materielle Situation junger Menschen abbilden:

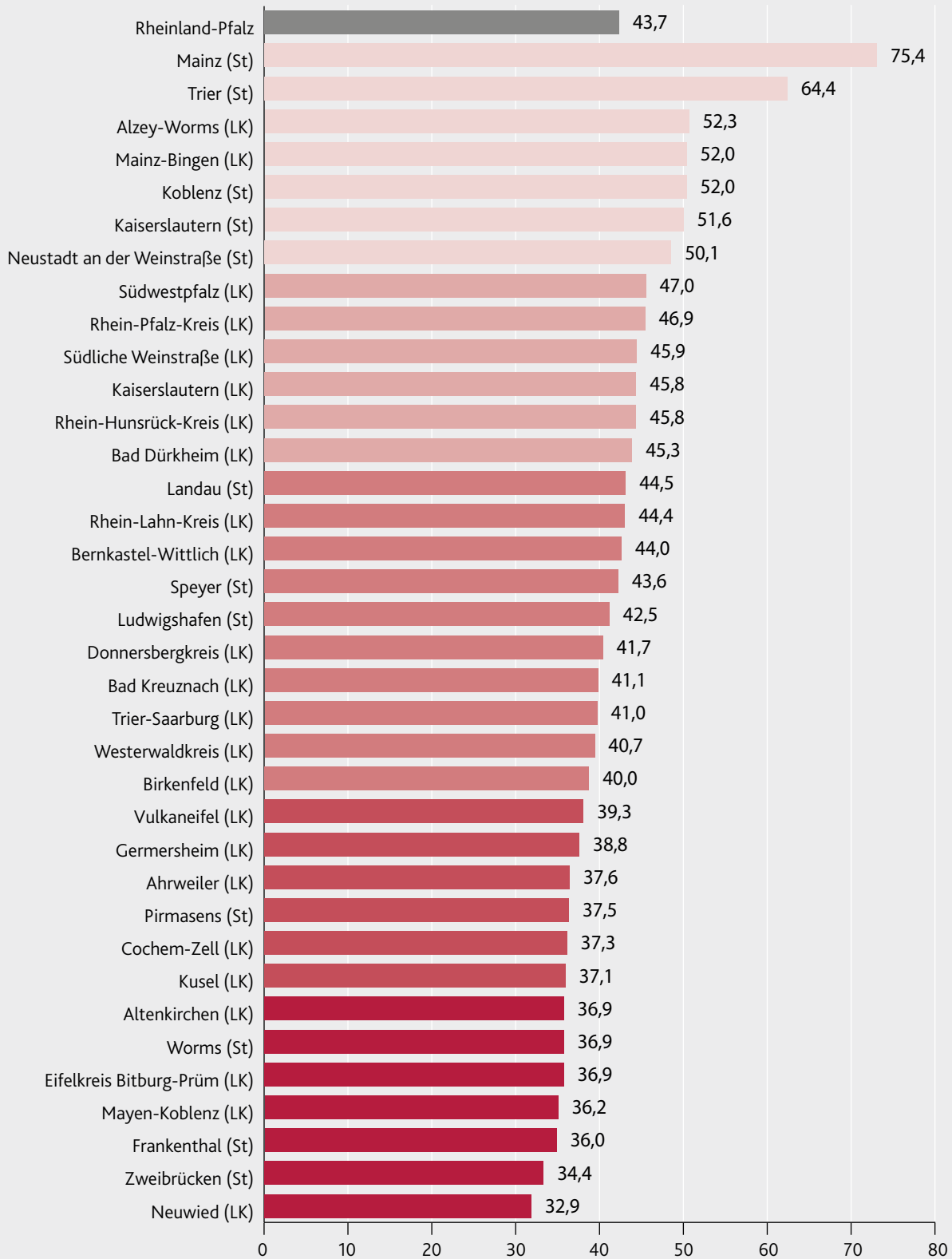
- Empfänger von ALG II im Alter von 15 bis unter 25 Jahren (invers)
- Kinder, deren Väter Elterngeld bezogen haben

Einschränkungen der Handlungsräume, aus denen **Unfälle** resultieren, werden durch zwei Kennzahlen abgebildet:

- verunglückte Personen im Straßenverkehr (invers)
- Zahl der Unfälle auf dem Weg zu vorschulischen/schulbegleitenden Einrichtungen, allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen (invers)

Abweichendes Verhalten wird durch eine weitere Kennzahl beschrieben:

- durch die Jugendgerichtshilfe betreute Vorgänge (invers)



Quelle: Eigene Berechnung

Zuletzt wird die **Mobilität** durch die Zugrundelegung von vier Kennzahlen gemessen:

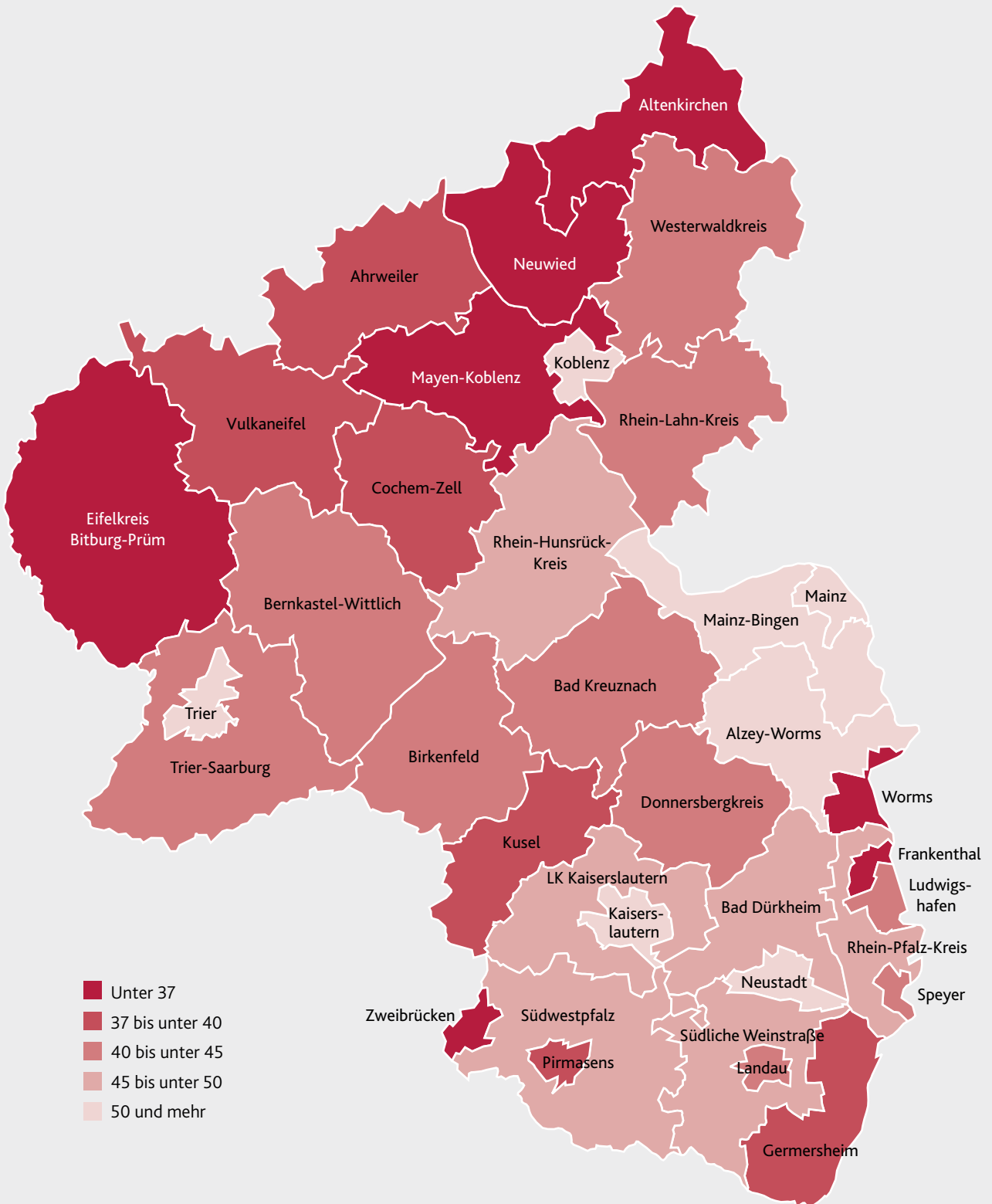
- Abfahrten im Rahmen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) je Quadratkilometer an einem Werktag (Mittwoch) zwischen 14 und 15 Uhr
- Abfahrten im Rahmen des ÖPNV je Quadratkilometer an einem Werktag (Freitag) zwischen 21 und 22 Uhr
- Abfahrten im Rahmen des ÖPNV je 1.000 Einwohner im Alter von unter 18 Jahren an einem Werktag (Mittwoch) zwischen 14 und 15 Uhr
- Abfahrten im Rahmen des ÖPNV je 1.000 Einwohner im Alter von unter 18 Jahren an einem Werktag (Freitag) zwischen 21 und 22 Uhr

Bei der Dimension **Handlungsräume** finden sich in der **Gruppe mit Indexwerten von 50** und mehr überwiegend kreisfreie Städte, die sich allerdings über das gesamte Land Rheinland-Pfalz verteilen (Mainz, Trier, Kaiserslautern, Koblenz und Neustadt an der Weinstraße). Dazu kommen noch zwei Landkreise in der Region Rheinhessen (Mainz-Bingen und Alzey-Worms). In der **darauf folgenden Gruppe (45 bis unter 50)** befinden sich sechs Landkreise, die sich mit einer Ausnahme (Rhein-Hunsrück-Kreis) den Regionen Vorderpfalz, Westpfalz und Südpfalz zuordnen lassen. Die **Gruppe mit Indexwerten zwischen 40 bis unter 45** besteht aus zehn Städten bzw. Landkreisen, die sich über das gesamte Land Rheinland-Pfalz erstrecken. Die **folgende Gruppe (37 bis unter 40)** setzt sich aus fünf Landkreisen und einer kreisfreien Stadt zusammen, die ebenfalls keine geografische Konzentration innerhalb des Bundeslandes erkennen lassen. In der **Gruppe mit Indexwerten unter 37** befinden sich zwei Städte (Frankenthal und Zweibrücken) und vier Landkreise im Norden bzw. Westen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz (Neuwied, Mayen-Koblenz, Eifelkreis Bitburg-Prüm und Altenkirchen).

Auch beim Indexwert der Dimension Handlungsräume lassen sich also keine regionalen Verteilungsmuster erkennen. Zudem sind die Handlungsräume in den Städten nicht generell besser ausgestattet als in den Landkreisen. Allerdings weisen insgesamt fünf von zwölf kreisfreien Städten, die über das gesamte Land Rheinland-Pfalz verteilt sind, deutlich überdurchschnittliche Indexwerte bei den Handlungsräumen auf.

Die Dimension Handlungsräume im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht

Im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht haben sich die einzelnen Ausprägungen der Kommunen in Bezug auf den Index „Handlungsräume“ deutlich verändert: Dies ist zum einen auf die veränderte Zusammensetzung dieses Index zurückzuführen, aber insbesondere auf die Ergänzung um Indikatoren aus dem Bereich der Mobilität. Dies zeigt sich beispielhaft bei Kommunen mit einer sehr hohen Ausprägung des Index „Handlungsräume“: Während nach den Berechnungen des ersten Kinder- und Jugendberichtes in dieser Gruppe nur eine einzige Stadt zu finden war, sind es nun vor allem kreisfreie Städte, die aufgrund einer hohen Verfügbarkeit von Angeboten des ÖPNV sehr hohe Ausprägungen des Index „Handlungsräume“ aufweisen. Neben den hinzugekommenen Kennzahlen für Mobilität werden die Veränderung der Dimension Handlungsräume vor allem durch die neu gebildeten Indikatoren „schulische Ausbildung“ und „materielle Lage“ bewirkt. Diese bilden – wie auch der Aspekt Mobilität – die von den Jugendlichen selbst formulierten Themen, die sich auf ihre Verwirklichungschancen und Handlungsperspektiven auswirken, in objektifizierbaren Daten ab. So lassen sich beispielsweise aus dem Anteil spezifischer Schulabschlüsse sowie den Zugängen zu bestimmten Schularten und der soziostrukturellen Zusammensetzung der Gebietskörperschaften im Hinblick auf Kinderarmut Rückschlüsse auf erlebte Teilhabemöglichkeiten ziehen.



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung

5.3.4 Der Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen

Der Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen ergibt sich schließlich aus dem arithmetischen Mittelwert der drei Indexwerte für Lebensbedingungen, Wohlfahrtsleistungen und Handlungsräume¹¹⁷. Wie bei der bisherigen Verteilung der 36 Landkreise und kreisfreien Städte zeigen sich auch hier deutliche Unterschiede in der Ausprägung des WKJ-Index im Land.

In der **Gruppe mit Indexwerten von 50 und mehr** finden sich mit Ausnahme von Mainz-Bingen ausschließlich Städte, die sich allerdings über das gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz verteilen (Mainz, Trier, Landau, Speyer und Kaiserslautern). In der **daraufliegenden Gruppe (45 bis unter 50)** finden sich mit Neustadt an der Weinstraße, Koblenz und Ludwigshafen weitere Städte, darüber hinaus noch sechs Landkreise, die sich vor allem auf die Regionen Rheinhessen, Westpfalz und Vorderpfalz konzentrieren. Die **Gruppe mit Indexwerten zwischen 42 bis unter 45** besteht aus weiteren fünf Landkreisen und einer kreisfreien Stadt, die keine weitere geografische Konzentration erkennen lassen. Gleiches gilt für die **daraufliegende Gruppe (40 bis unter 42)**. Die **Gruppe mit Indexwerten unter 40** umfasst sieben Landkreise und zwei Städte, die sich vor allem auf die unterschiedlichen Regionen Mittelrhein-Ost (Landkreise Altenkirchen, Neuwied und Westerwald) und Westpfalz konzentrieren (Landkreis Kusel, Städte Pirmasens und Zweibrücken).

Der Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen lässt damit zwei Besonderheiten erkennen: Zum einen weist zumindest ein Teil der kreisfreien Städte überdurchschnittlich gute Bedingungen des Aufwachsens für Kinder und Jugendliche auf. Diese Städte (Mainz, Trier, Landau, Speyer und Kaiserslautern) verteilen sich über das

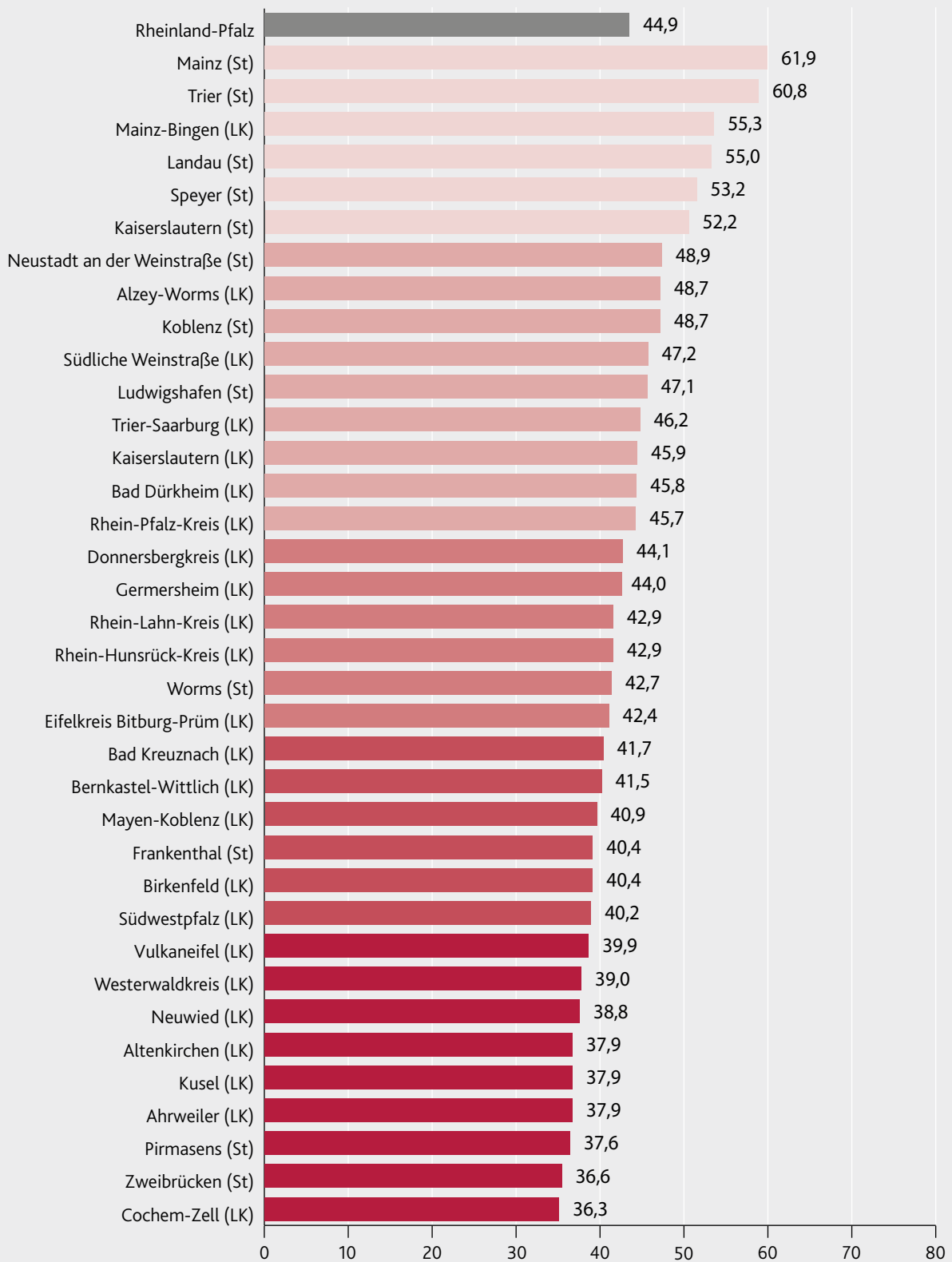
gesamte Bundesland Rheinland-Pfalz. Zum anderen finden sich unterdurchschnittliche Bedingungen des Aufwachsens besonders häufig im Norden (Regionen Mittelrhein-Ost und Mittelrhein-West) bzw. im Südwesten des Landes (Regionen Nahe und Westpfalz).

Der Gesamtindex WKJ im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht

Die modifizierte Zusammensetzung des Gesamtindex WKJ führt im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht zu deutlichen Veränderungen der Werte, die die einzelnen Kommunen erreichen. Dies ist zu einem großen Teil auf die veränderte Zusammensetzung der Indikatoren zurückzuführen. Der WKJ-Index berücksichtigt im vorliegenden Bericht nicht nur die Bedeutung öffentlich verantworteter Infrastruktur für ein gutes Aufwachsen von Kinder und Jugendlichen, sondern greift grundlegende Entwicklungen zu demografischen Veränderungen und Kinderarmut auf und integriert darüber hinaus subjektive Selbstausskünfte junger Menschen zu ihrem Wohlbefinden und Verwirklichungschancen über objektivierbare Daten. In der Auswertung zeigen sich – wie schon bei der Betrachtung der einzelnen Indizes – deutliche Veränderungen im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht: Durch das stärkere Sichtbarwerden von strukturellen Stadt-/Land-Unterschieden weisen im vorliegenden zweiten Kinder- und Jugendbericht insbesondere kreisfreie Städte überdurchschnittliche Werte des Gesamtindex auf, während sich nunmehr in der Gruppe mit deutlich unterdurchschnittlichen Werten überwiegend Landkreise befinden.

Übereinstimmend zeigen aber sowohl der erste als auch der zweite Kinder- und Jugendbericht deutlich unterdurchschnittliche Ausprägungen in Bezug auf das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen im Norden (Regionen Mittelrhein-Ost und Mittelrhein-West) bzw. im Südwesten des Landes (Regionen Nahe und Westpfalz).

¹¹⁷ Gesamtindex = (Indexwert LB + Indexwert WL + Indexwert HR)/3.



Quelle: Eigene Berechnung

5.4 Indexwertvergleiche

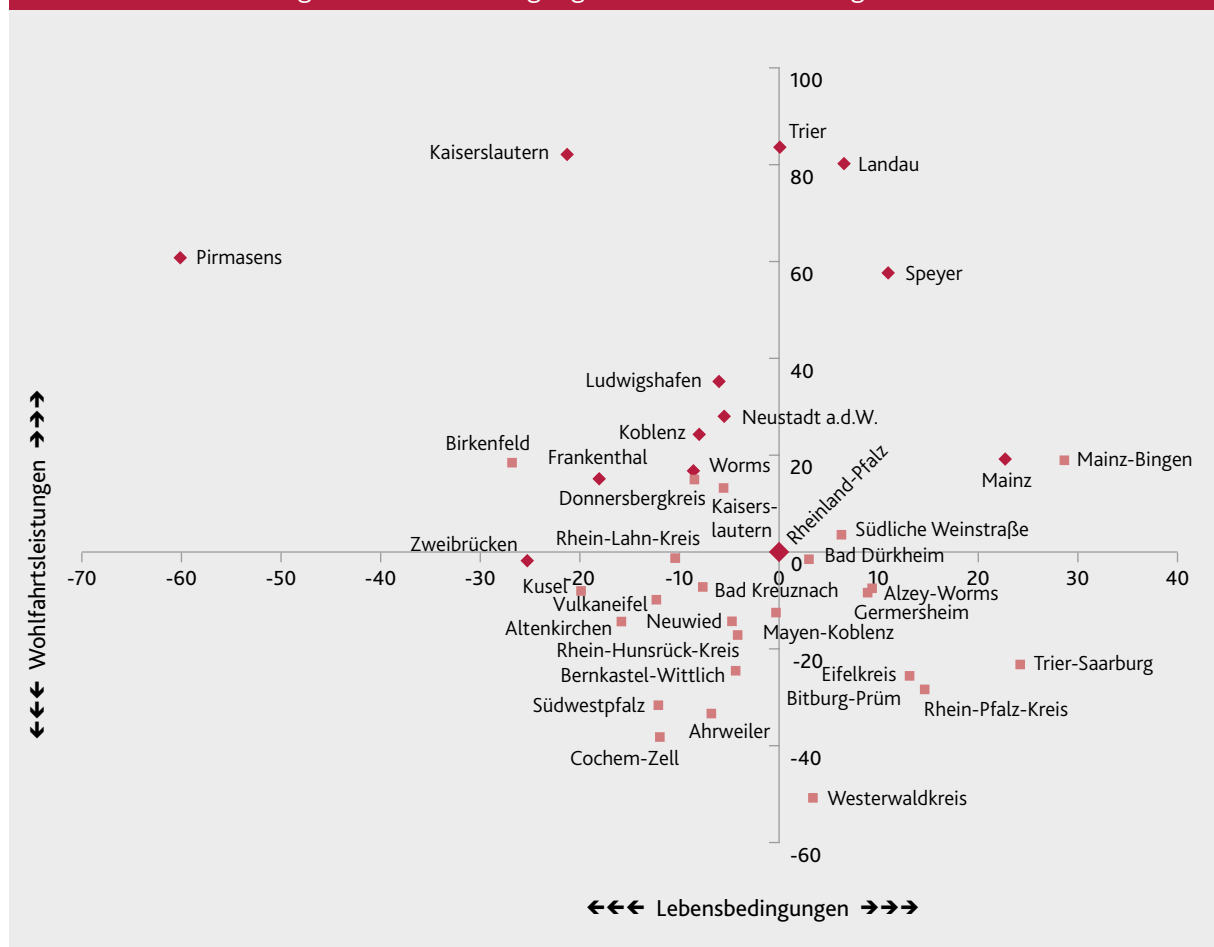
Im Folgenden sollen Zusammenhänge zwischen den erreichten Indexwerten für Lebensbedingungen, Wohlfahrtsleistungen und Handlungsräume sowie die Bedeutung dieser Indexwerte für den erreichten Gesamtindex Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen untersucht werden. Neben einer vertiefenden Ergebnisdarstellung dient diese Untersuchung dazu, die Ausprägung des Gesamtindex für einzelne Regionen in Rheinland-Pfalz zu verdeutlichen. Dazu werden die jeweiligen Ausprägungen der Regionen, so wie sie in den Indexwerten erfasst sind, in ihrer prozentualen Abweichung vom Landesdurchschnitt dargestellt. Die Mittellinien der X- und Y-Achsen in den Abbildun-

gen stellen dabei jeweils den Landesdurchschnitt dar. Die Verteilung der 36 Kommunen in dieser Vier-Felder-Matrix lässt relative Abweichungen schnell erkennen und verdeutlicht darüber hinaus Zusammenhänge zwischen den beiden jeweils betrachteten Dimensionen.

Indexwertvergleich von Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen

Zuerst soll die Bedeutung des Index Lebensbedingungen untersucht werden. Hier zeigt sich für den Vergleich der Dimensionen Wohlfahrtsleistungen

Abb. 94: Indexwertvergleich: Lebensbedingungen – Wohlfahrtsleistungen



Quelle: Eigene Berechnung

und Lebensbedingungen sofort ein deutlicher und bedeutsamer Zusammenhang: **Je schlechter die Lebensbedingungen, desto höher sind die Wohlfahrtsleistungen.**

Ausgehend von der Annahme, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen dabei helfen können, nachteilige Lebensbedingungen auszugleichen, bedeutet dies, dass Investitionen in wohlfahrtsstaatliche Infrastrukturleistungen (z. B. der Kinder- und Jugendhilfe) gut begründet und im Grundsatz richtig geplant sind, tragen sie doch deutlich erkennbar zur Kompensation von schlechten Lebensbedingungen bei und eröffnen damit gleichzeitig, wie noch zu zeigen ist, Teilhabechancen und Handlungsräume von jungen Menschen in Rheinland-Pfalz (siehe Abb. 98). Gerade im Hinblick auf die in Kapitel 2 beschriebenen und auch im Indikatorenmodell in der Dimension Lebensbedingungen berücksichtigten Bedingungen und Auswirkungen des demografischen Wandels heißt dies zudem: Je weniger Kinder und Jugendliche es gibt, desto mehr Investitionen bedarf es im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Infrastrukturleistungen vor allem in ländlichen Gebieten, um allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Teilhabechancen zu ermöglichen.

Im interkommunalen Vergleich zeigen sich jedoch deutliche regionale Unterschiede. Knapp ein Drittel (27,8 %) der rheinland-pfälzischen Städte und Landkreise weist unterdurchschnittliche Lebensbedingungen bei gleichzeitig hohen Werten bei den Wohlfahrtsleistungen auf (linker oberer Quadrant). Dies betrifft sieben der insgesamt zwölf Städte (Kaiserslautern, Pirmasens, Ludwigshafen, Neustadt, Koblenz, Worms, Frankenthal), dagegen sind nur drei Landkreise (Birkenfeld, Donnersbergkreis, Kaiserslautern) betroffen. Insgesamt lässt sich hier vermuten, dass auf schlechte Lebensbedingungen von jungen Menschen – im Sinne einer Kompensation von Benachteiligungen durch Leistungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe – aktiv mit hohen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen reagiert wird.

Im Gegensatz dazu existieren einige wenige Kommunen in Rheinland-Pfalz (16,7 %), die gleichzeitig überdurchschnittlich hohe Werte bei den Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen erreichen (rechter oberer Quadrant). Dies sind vorrangig Städte (Trier, Landau, Speyer, Mainz), jedoch auch die Landkreise Mainz-Bingen und Südliche Weinstraße. Die genannten Kommunen erreichen auch im Hinblick auf den Gesamtindex überdurchschnittliche Werte. Die Bedingungen des Aufwachsens sind in diesen Kommunen für Kinder und Jugendliche in Rheinland-Pfalz besonders gut.

Gut ein Fünftel (22,2 %) der untersuchten Kommunen in Rheinland-Pfalz weist überdurchschnittlich hohe Werte im Bereich der Lebensbedingungen auf, liegt im Bereich der Wohlfahrtsleistungen jedoch unter dem Landesdurchschnitt (rechter unterer Quadrant). Dabei lassen sich hier deutliche strukturelle Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen erkennen. Betroffen sind ausschließlich rheinland-pfälzische Landkreise (Bad Dürkheim, Alzey-Worms, Germersheim, Mayen, Koblenz, Trier-Saarburg, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Rhein-Pfalz-Kreis, Westerwaldkreis). Hier zeigt sich erneut der beschriebene Zusammenhang: Je besser die Lebensbedingungen sind, desto weniger Wohlfahrtsleistungen sind zur Kompensation schlechter Bedingungen des Aufwachsens notwendig. Allerdings muss darauf verwiesen werden, dass sich auch innerhalb der Quadranten die einzelnen Landkreise unterschiedlich verteilen und sie bei den Wohlfahrtsleistungen zum Teil nur leicht unterdurchschnittliche Werte aufweisen (z. B. Bad Dürkheim, Alzey-Worms).

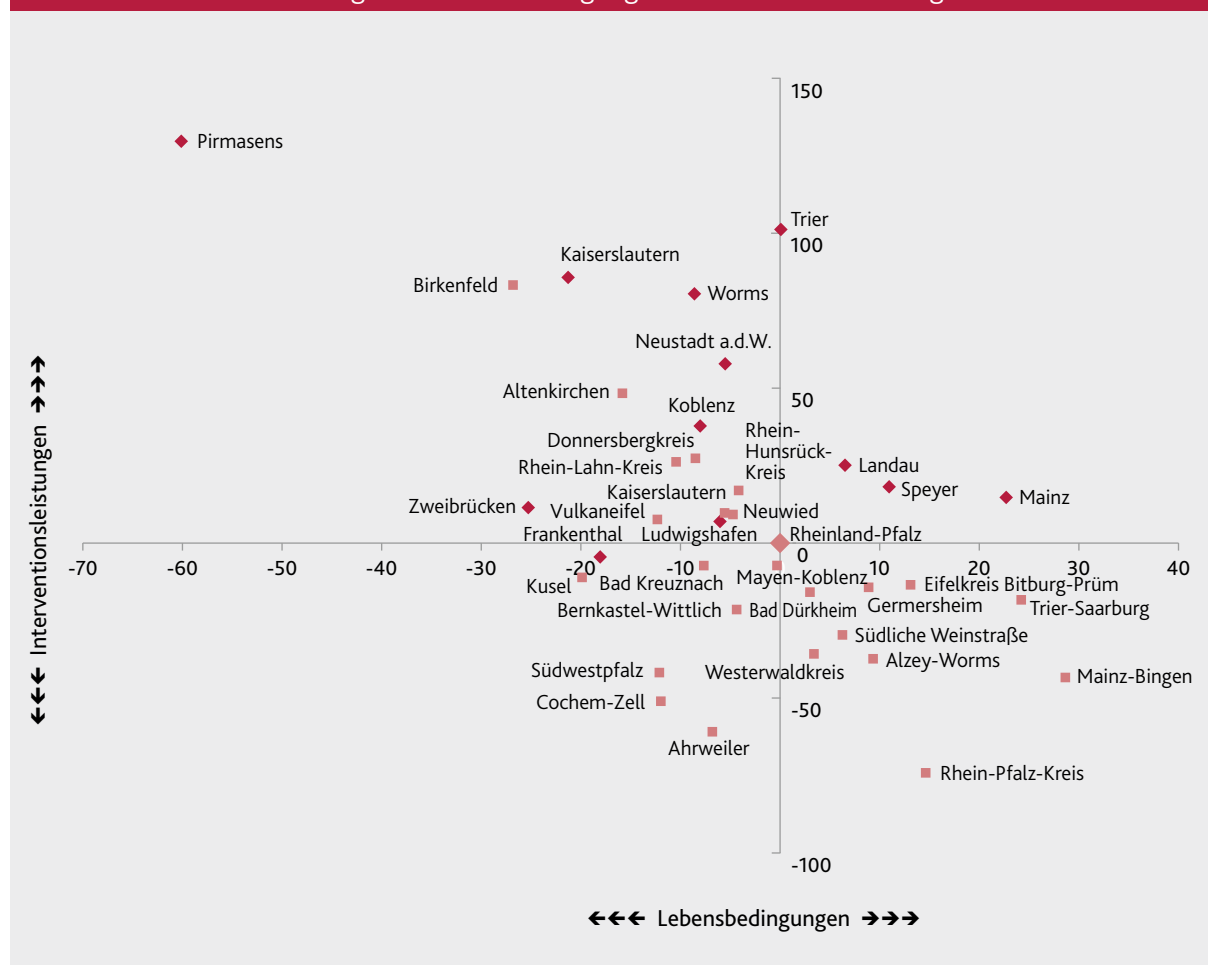
Obwohl sich die Situation für viele junge Menschen in Rheinland-Pfalz insgesamt als gut darstellt, gibt es auch Kommunen mit schlechten Lebensbedingungen und deutlich unterdurchschnittlichen Wohlfahrtsleistungen. Ein Drittel der Städte und Landkreise erreicht sowohl unterdurchschnittliche Werte bei der Dimension Lebensbedingungen als auch im Bereich Wohlfahrtsleistungen. Auch hier zeigt sich ein struktureller Unterschied, da mit Ausnahme der Stadt Zweibrücken ausschließ-

lich Landkreise betroffen sind. Zudem sei darauf verwiesen, dass die einzelnen Landkreise unterschiedlich stark vom Landesdurchschnitt abweichen. Während beispielsweise die Lebensbedingungen im Rhein-Lahn-Kreis nur leicht unterdurchschnittlich ausfallen, bei gleichzeitig annähernd durchschnittlichen Wohlfahrtsleistungen, weisen die Landkreise Cochem-Zell, Ahrweiler und Südwestpfalz in beiden Bereichen deutlich unterdurchschnittliche Werte auf.

Insgesamt lassen sich bei den Ausprägungen der Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen am deutlichsten strukturelle Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen erkennen. Alle rheinland-pfälzischen Städte weisen

überdurchschnittliche Werte bei der Dimension Wohlfahrtsleistungen auf. Eine Ausnahme bildet hier nur die Stadt Zweibrücken, deren Wert annähernd im Landesdurchschnitt liegt. Auch in den Städten, die in Zeiten finanziellen Drucks vor starken soziostrukturellen Herausforderungen für die kommunalen Haushalte stehen, kommt es dennoch zu überdurchschnittlich vielen Wohlfahrtsleistungen. Dies ist im Sinne einer eigenständigen Jugendpolitik, die sich bewusst und aktiv für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Ermöglichung von Teilhabechancen einsetzt, sehr zu begrüßen. Dies gelingt ebenso in einigen wenigen Landkreisen. Allerdings zeigen auch hauptsächlich Landkreise hier noch den entgegengesetzten Befund.

Abb. 95: Indexwertwertvergleich: Lebensbedingungen – Interventionsleistungen



Quelle: Eigene Berechnung

Indexwertvergleich von Lebensbedingungen und Interventionsleistungen

Werden die Indikatoren aus dem Indexwert der Dimension Wohlfahrtsleistungen weiter fokussiert auf die Interventionsleistungen, so zeigt sich ein ganz ähnliches Bild. Interventionsleistungen werden hier verstanden als die Maßnahmen, mit denen die Jugendämter der Landkreise und kreisfreien Städte aktiv Verantwortung für Kinder und Jugendliche übernehmen, erzieherische Hilfen einleiten und Kinderschutzaufgaben wahrnehmen.

- ambulante und teilstationäre Hilfen (§§ 32, 35, 41, 27(2) SGB VIII)
- Fremdunterbringungen (§§ 33, 34, 35 stat., 41 stat., 27(2) stat. SGB VIII)
- Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII)
- gerichtliche Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge

Auch bei der Fokussierung der Wohlfahrtsleistungen auf Hilfen zur Erziehung und Aspekte des Kinderschutzes zeigt sich ein Zusammenhang mit den Lebensbedingungen sehr deutlich: **Je besser sich die Lebensbedingungen darstellen, desto weniger Interventionsleistungen sind erforderlich.** In der interkommunalen Betrachtung zeigt sich annähernd die gleiche Gruppe rheinland-pfälzischer Städte und Landkreise – insgesamt 41,7 % aller Kommunen, bei denen unterdurchschnittliche Lebensbedingungen mit hohen Werten bei den Interventionsleistungen korrelieren (linker oberer Quadrant). Dies betrifft annähernd zwei Drittel der Städte (sieben von 12 bzw. rund 60 %) sowie ein Drittel der Landkreise (acht von 24 bzw. 33,3 %). Es lässt sich vermuten, dass hier auf nachteilige Lebensbedingungen bewusst mit erzieherischen Hilfen und Kinderschutzaufgaben reagiert wird. Im Hinblick auf den gesellschaftspolitischen und strukturellen Bedeutungszuwachs der Kinder- und Jugendhilfe, der auch durch den 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung bestätigt wurde, ist dies ein positiv zu bewertender Befund.

Zugleich weisen vier Städte sowohl überdurchschnittliche Lebensbedingungen als auch erhöhte Interventionsleistungen auf (rechter oberer Quadrant). Hier muss jedoch darauf verwiesen werden, dass im Gegensatz zu den Lebensbedingungen, die zum Teil deutlich vom Landesdurchschnitt abweichen, die Interventionsleistungen nur leicht überdurchschnittlich ausfallen (Landau, Speyer, Mainz, Trier).

Ein Zusammenhang zwischen Interventionsleistungen und Lebensbedingungen zeigt sich auch bei den Landkreisen, die überdurchschnittliche Lebensbedingungen bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Interventionsleistungen aufweisen (rechter unterer Quadrant). Aufgrund der positiven Lebensbedingungen scheinen in diesen Landkreisen (Mainz-Bingen, Alzey-Worms, Germersheim, Bad Dürkheim, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg, Südliche Weinstraße, Westerwaldkreis, Rhein-Pfalz-Kreis) weniger familienersetzende Unterstützungsleistungen notwendig zu sein. Dabei zeigen einzelne Landkreise zum Teil sehr unterschiedliche Abweichungen vom Landesdurchschnitt.

Wie bereits zuvor bei der Kombination von Wohlfahrtsleistungen und Lebensbedingungen stellt sich auch hier eine Gruppe von rheinland-pfälzischen Landkreisen sowie eine Stadt (Frankenthal) heraus, deren unterdurchschnittliche Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche eigentlich ein größeres Ausmaß an Interventionsleistungen hätte erwarten lassen. Dies betrifft rund ein Fünftel aller untersuchten Kommunen, jedoch vorrangig Landkreise (sieben von 24 bzw. 29,2 %).

Insgesamt ergibt die Betrachtung der Lebensbedingungen und gewährten Interventionsleistungen strukturelle Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen, wie dies bereits bei den Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen der Fall war. Alle rheinland-pfälzischen Städte weisen überdurchschnittliche Werte bei der Dimension Interventionsleistungen auf. Eine Ausnahme bildet hier nur die Stadt Frankenthal, deren Wert annähernd im Landesdurchschnitt liegt.

Allerdings zeigen sich in den Landkreisen zumeist unterdurchschnittliche Werte bei den Jugendhilfe- und Kinderschutzleistungen. In einem Viertel der Landkreise bestätigt sich der zuvor beschriebene Zusammenhang: Je besser die Lebensbedingungen ausfallen, desto weniger Interventionsleistungen sind erforderlich. Dagegen zeigt sich für ein Fünftel aller Landkreise, dass unterdurchschnittliche Lebensbedingungen nicht mit mehr Wohlfahrtsleistungen korrespondieren.

Indexwertvergleich von Lebensbedingungen und Handlungsräumen

Ein systematischer Zusammenhang lässt sich auch zwischen den Dimensionen Lebensbedingungen und Handlungsräume erkennen. Hier gilt: **Je besser die Lebensbedingungen ausfallen, desto größer sind die Handlungsräume, die sich den Kindern und Jugendlichen bieten.** Vor allem die Städte Trier, Mainz und Landau sowie die Landkreise Alzey-Worms, Mainz-Bingen, Südliche Weinstraße, Bad Dürkheim und der Rhein-Pfalz-Kreis bestätigen diese These, indem sie sowohl überdurchschnittliche Lebensbedingungen als auch Handlungsräume aufweisen (rechter oberer Quadrant). Vor allem in der Stadt Mainz stellen

Abb. 96: Indexwertvergleich: Lebensbedingungen – Handlungsräume



Quelle: Eigene Berechnung

sich Lebensbedingungen und Handlungsräume für junge Menschen deutlich überdurchschnittlich dar.

Für 41,7 % der Kommunen bestätigt sich dieser Zusammenhang jedoch in umgekehrter Deutung (linker unterer Quadrant). Zehn von 24 Landkreisen sowie fünf der zwölf rheinland-pfälzischen Städte verzeichnen sowohl bei der Dimension Lebensbedingungen als auch bei den Handlungsräumen teils weit unterdurchschnittliche Werte. Die betroffenen Kommunen zeigen allerdings hohe Werte bei der Dimension Wohlfahrtsleistungen, was darauf verweist, dass hier aktiv versucht wird, die Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen zu verbessern. Allerdings zeigt dieser Befund auch, dass Wohlfahrtsleistungen nachteilige Lebensbedingungen nicht vollständig kompensieren können.

In einigen wenigen Landkreisen (Trier-Saarburg, Germersheim, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Westerwaldkreis) liegen trotz überdurchschnittlicher Lebensbedingungen nur unterdurchschnittliche Handlungsräume vor (rechter unterer Quadrant).

Für einige wenige Landkreise und kreisfreie Städte lässt sich der vorgestellte Zusammenhang nicht so deutlich wie in den anderen Kommunen bestätigen. Insgesamt drei Städte (Kaiserslautern, Koblenz und Neustadt) weisen unterdurchschnittliche Lebensbedingungen bei gleichzeitig überdurchschnittlichen Handlungsräumen auf. Ebenso gilt dies für fünf von 24 Landkreisen (Südwestpfalz, Kaiserslautern, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rhein-Lahn-Kreis, Bernkastel-Wittlich), wobei die Lebensbedingungen hier weniger deutlich überdurchschnittlich ausfallen als in den benannten Städten. Für den Landkreis Kaiserslautern sowie die Städte Neustadt, Koblenz und Kaiserslautern können die erhöhten Werte bei den Handlungsräumen zumindest teilweise mit einem ebenfalls überdurchschnittlich hohen Aufwand für Wohlfahrtsleistungen erklärt werden – ein Mittel, um in den rheinland-pfälzischen Kommunen die Bedingungen des Aufwachsens von jungen Menschen zu verbessern.

Indexwertvergleich von Lebensbedingungen und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen

Im Vergleich der Lebensbedingungen mit dem WKJ-Gesamtindex zeigt sich schließlich, dass der überwiegende Teil der 36 Landkreise und Städte in Rheinland-Pfalz entweder überdurchschnittliche Lebensbedingungen und einen überdurchschnittlichen Indexwert für kindliches und jugendliches Wohlbefinden aufweist (rechter oberer Quadrant) oder im Gegenteil unterdurchschnittliche Lebensbedingungen und einen unterdurchschnittlichen Gesamtindexwert (linker unterer Quadrant). Einige wenige Städte (Ludwigshafen, Koblenz, Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße) haben jedoch trotz leicht unterdurchschnittlicher Lebensbedingungen einen überdurchschnittlichen Gesamtindexwert (linker oberer Quadrant).

Zusammenfassend kann in der Tendenz behauptet werden: **Je besser die Lebensbedingungen in den Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz sind, desto höher fällt der Wert im Gesamtindex Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen aus.** Dies bedeutet, dass die Lebensbedingungen (demografische und ökonomische Faktoren) das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen wesentlich beeinflussen. Dabei zeigt die Darstellung eine große regionale Spannweite in Rheinland-Pfalz: Genau ein Viertel (9) der 36 rheinland-pfälzischen Kommunen weist sowohl überdurchschnittliche Werte bei den Lebensbedingungen als auch beim WKJ-Gesamtindexwert auf (rechter oberer Quadrant). Dies betrifft vor allem Landkreise (Mainz-Bingen, Alzey-Worms, Südliche Weinstraße, Bad Dürkheim, Rhein-Pfalz-Kreis, Trier-Saarburg), aber auch drei kreisfreie Städte (Mainz, Landau, Speyer). Die insgesamt guten Lebensbedingungen der betroffenen Kommunen spiegeln sich folglich auch in einem hohen Wert im Gesamtindex wider.

8,3 % der Kommunen weisen dagegen überdurchschnittliche Lebensbedingungen auf, aber zugleich einen unterdurchschnittlichen Wert beim WKJ-

Gesamtindex (rechter unterer Quadrant). Dies betrifft ausschließlich Landkreise und verdeutlicht somit die strukturellen Besonderheiten und Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen. Die betroffenen Landkreise verteilen sich geografisch sehr unterschiedlich über Rheinland-Pfalz. Das unterdurchschnittliche Abschneiden dieser Landkreise im Hinblick auf den Gesamtindex lässt sich – im Gegensatz zu den überdurchschnittlich ausgeprägten Lebensbedingungen – durch unterdurchschnittliche Werte in den Bereichen Wohlfahrtsleistungen und Handlungsräume (siehe in den folgenden Abb.) erklären, die ebenfalls den Gesamtindex beeinflussen.

13,9 % (5) der 36 rheinland-pfälzischen Kommunen verzeichnen zwar leicht unterdurchschnittliche Werte bei den dort vorherrschenden Lebensbedingungen, weisen jedoch auch leicht überdurchschnittliche Gesamtindexwerte auf (linker oberer Quadrant). Dies betrifft ausschließlich Städte (Kaiserslautern, Neustadt, Koblenz, Ludwigshafen) bis auf den Landkreis Kaiserslautern. Vor allem die Stadt Kaiserslautern sticht durch deutlich unterdurchschnittliche Werte bei beiden Dimensionen heraus. Die betroffenen Landkreise und Städte weisen trotz leicht unterdurchschnittlicher Lebensbedingungen Gesamtindexwerte auf, die leicht über dem rheinland-pfälzischen Durchschnitt liegen. Dies lässt sich durch einen ebenfalls hohen Wert im Bereich der Wohlfahrtsleistungen erklären, die zu einer Kompensation von

Abb. 97: Indexwertvergleich: Lebensbedingungen – Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen



Quelle: Eigene Berechnung

drant). Dies betrifft die Hälfte aller Landkreise (zwölf von 24) und die kreisfreie Stadt Zweibrücken. Die benannten Kommunen weisen unterdurchschnittliche Werte bei den Dimensionen Wohlfahrtsleistungen und Handlungsräume auf. Dabei weichen vor allem der Westerwaldkreis und der Landkreis Cochem-Zell hinsichtlich der Wohlfahrtsleistungen am stärksten vom rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt ab. Dagegen fallen die Wohlfahrtsleistungen im Landkreis Neuwied nicht ganz so deutlich unterdurchschnittlich aus, während hier jedoch der Wert bei den Handlungsräumen der niedrigste aller Kommunen ist.

An dieser Stelle werden jedoch erneut strukturelle Unterschiede zwischen den Städten und den Landkreisen deutlich. So bestätigt ein Viertel der untersuchten Kommunen den genannten Zusammenhang in positiver Hinsicht (rechter oberer Quadrant). Diese Kommunen erreichen sowohl bei den Wohlfahrtsleistungen als auch bei den Handlungsräumen überdurchschnittliche Werte. Dies betrifft die Hälfte aller kreisfreien Städte (sechs von zwölf) und nur drei Landkreise (Mainz-Bingen, Südliche Weinstraße, Kaiserslautern). Besonders auffällig sind die Städte Mainz und Trier, die insgesamt die höchsten Werte erreichen.

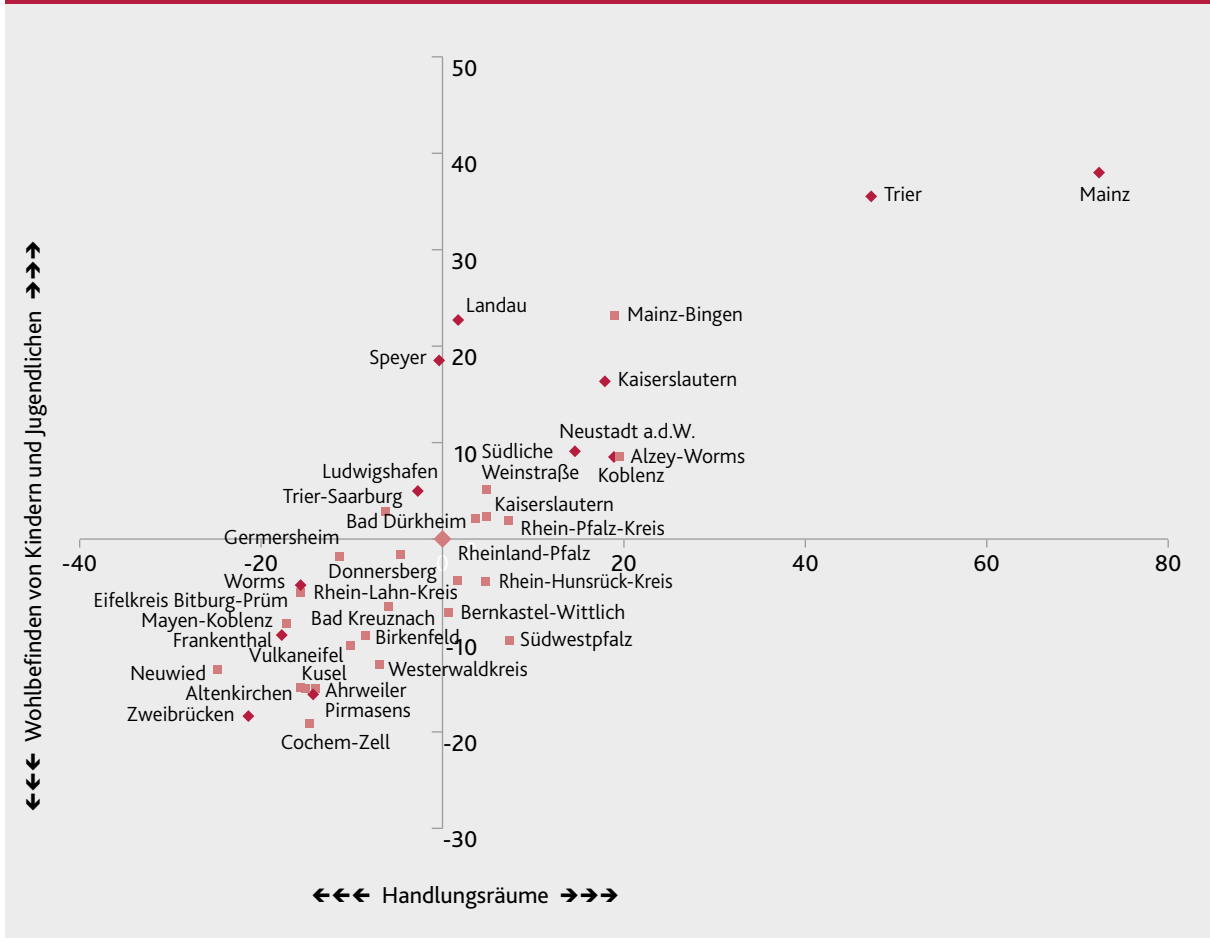
Knapp ein Fünftel der Landkreise (19,4 %) weist trotz unterdurchschnittlicher Wohlfahrtsleistungen erhöhte Werte bei den Handlungsräumen auf (linker oberer Quadrant). Allerdings fällt die Abweichung hier nicht sehr stark aus. Allein der Landkreis Alzey-Worms verzeichnet deutlich überdurchschnittliche Handlungsräume für junge Menschen. Die überdurchschnittlich ausfallenden Handlungsräume können an dieser Stelle mit positiven Werten bei den Lebensbedingungen erklärt werden, die ebenfalls mit den Handlungsräumen korrelieren.

Für fünf Städte (Ludwigshafen, Worms, Frankenthal, Speyer, Pirmasens) sowie für zwei Landkreise (Donnersbergkreis, Birkenfeld) konnten überdurchschnittliche Wohlfahrtsleistungen bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Handlungsräumen für junge Menschen festgestellt werden (rechter un-

terer Quadrant). Die hier unterdurchschnittlich ausfallenden Lebensbedingungen in den betroffenen Kommunen gehen mit einem erhöhten Volumen an Wohlfahrtsleistungen einher, um nachteilige Lebensbedingungen zu kompensieren. Auffällig ist hier erneut die Stadt Pirmasens: Obwohl das Volumen der Wohlfahrtsleistungen deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt, sind die Handlungsräume für junge Menschen in dieser Kommune deutlich unterdurchschnittlich ausgeprägt. Dieser Befund verweist noch einmal auf den starken Einfluss der Lebensbedingungen für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen. Obwohl wohlfahrtsstaatliche Leistungen durchaus nachteilige Lebensbedingungen kompensieren können, können sie nicht jegliche Benachteiligung ausgleichen.

Insgesamt können für den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleistungen und Handlungsräumen strukturelle Unterschiede zwischen den rheinland-pfälzischen Städten und Landkreisen festgestellt werden. Im Bereich der Wohlfahrtsleistungen, die die Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen verbessern können, haben die Landkreise niedrigere Werte als die Städte. 79,2 % der untersuchten Landkreise weisen unterdurchschnittliche Werte bei der Dimension Wohlfahrtsleistungen auf. Allein die Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen setzen sich bei den Handlungsräumen deutlich vom Landesdurchschnitt ab. Dies kann mitunter auf die positiven Lebensbedingungen – hier vor allem die gute materielle Lage der Landkreise – zurückgeführt werden. Die rheinland-pfälzischen Städte zeigen ein zweigeteiltes Bild. Die Hälfte aller Städte erreicht auf beiden Dimensionen überdurchschnittliche Werte. Die Städte in Rheinland-Pfalz, für die unterdurchschnittliche Wohlfahrtsleistungen festgestellt werden, weisen zudem leichte bis teils deutliche Abweichungen vom Landesdurchschnitt im Bereich der Handlungsräume auf.

Abb. 99: Indexwertvergleich: Handlungsräume – Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen



Quelle: Eigene Berechnung

Indexwertvergleich von Handlungs- räumen und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen

Abschließend soll durch einen Vergleich der von den Kommunen jeweils erreichten Indexwerte für Handlungsräume mit dem Gesamtindex für Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen die Bedeutung der Handlungsräume – also der objektivierbaren Bedingungen für subjektives Wohlbefinden – für die Gesamtbewertung untersucht werden.

Auch hier zeigt sich eine weitgehende Entsprechung: **Je größer die Handlungsräume sind, desto größer ist auch das Gesamtwohlfinden von Kindern und Jugendlichen.** Für die Städte Trier und Mainz ist der Zusammenhang besonders stark ausgeprägt: Die Position dieser beiden Städte im Gesamtindex wird vor allem durch die Werte bei den Handlungsräumen bestimmt.

5.5 Bedingungen und Lebenschancen für junge Menschen in den Regionen von Rheinland-Pfalz

Im vorliegenden Kapitel wurde das weiterentwickelte Indikatorenkonzept „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“ dargestellt. Im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz wurden vor allem eine Verschärfung des Indikatorenmodells sowie eine Verbesserung der Gleichwertigkeit der Dimensionen vorgenommen. Der Grund für die begriffliche Weiterentwicklung des Modells zum Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen war die Fokussierung des zweiten Berichtes auf das Thema Jugend. Zudem wurden die durch den Jugendworkshop und die Jugendbefragung erhobenen Selbstausskünfte der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz für die Überarbeitung und Weiterentwicklung des Indikatorenmodells genutzt. Auf Basis der subjektiven Selbstausskünfte konnten für das Indikatorenmodell zentrale Themen generiert werden, die für das Wohlbefinden der jungen Menschen, nach eigener Auskunft, von großer Relevanz sind. Dazu zählen vor allem die soziale Lage und Armut, Bildung und hier vorrangig der Bildungsort Schule, Migration und Mobilität. Diese von den jungen Menschen als bedeutsam eingestuften Themen wurden im Indikatorenmodell in messbare Daten übersetzt und fließen als objektive Anzeiger und Voraussetzungen für das subjektive Wohlbefinden der jungen Menschen in den WKJ-Index ein.

Insgesamt wurden von der Berichtskommission die Anregungen zur Überarbeitung des Indikatorenmodells aus dem ersten Kinder- und Jugendbericht durch die beschriebenen Veränderungen umgesetzt. Zudem wird dieses in Anlehnung an den internationalen Forschungsstand im Bereich Kindheitsforschung qualitativ weiterentwickelt und stellt so ein geeignetes Modell zur regionaldifferenzierten Sozialberichterstattung im Hinblick auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz dar.

Im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Daten, die dem Gesamtindex zugrunde liegen, zeigen sich zum Teil noch erhebliche Lücken. Folglich konnten einige relevante Aspekte der Bedingungen des Aufwachsens von Kinder und Jugendlichen, die in Kapitel 2 und 3 analysiert, und einige Themenkomplexe, die von den Jugendlichen selbst als wichtig für ihr Wohlbefinden formuliert wurden, nicht in objektive Daten überführt und in den WKJ-Index einbezogen werden. Dennoch konnten auf der Basis der von den Jugendlichen im Jugendworkshop und der Befragung selbst generierten Themen, in den einzelnen Dimensionen des WKJ-Index objektive Bedingungen für Verwirklichungschancen und Handlungsperspektiven der jungen Menschen berücksichtigt werden. Die modifizierte Zusammensetzung des Gesamtindex WKJ führt jedoch im Vergleich zum ersten Kinder- und Jugendbericht zu deutlichen Veränderungen der Werte, die die einzelnen Kommunen erreichen. Dies ist zu einem großen Teil auf die veränderte Zusammensetzung der Indikatoren zurückzuführen. Der WKJ-Index berücksichtigt im vorliegenden Bericht nicht nur die Bedeutung öffentlich verantworteter Infrastruktur für ein gutes Aufwachsen von Kinder und Jugendlichen, sondern greift grundlegende Entwicklungen zu demografischen Veränderungen und Kinderarmut auf und integriert darüber hinaus Selbstausskünfte junger Menschen zu ihrem Wohlbefinden und Verwirklichungschancen über objektivierbare Daten. Dadurch werden vor allem Stadt-/Land-Unterschiede sehr viel deutlicher sichtbar. Bereits im ersten Kinder- und Jugendbericht kristallisierte sich eine regionale Zugehörigkeit als zentrales Kriterium für gute oder weniger gute Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz heraus. Mit Blick auf die öffentlich verantwortete Infrastruktur und demografische Entwicklungen wird dieser Befund im vorliegenden Bericht bestätigt und verstärkt. Die regionalen Unterschiede zeigen sich vor allem, wenn man die drei

Index-Dimensionen Lebensbedingungen, Wohlfahrtsleistungen, Handlungsräume und ihr Verhältnis zueinander betrachtet. Insgesamt lässt sich hier feststellen, dass alle drei Dimensionen die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz deutlich beeinflussen.

Setzt man die Werte des WKJ-Gesamtindex ins Verhältnis, so zeigt sich ein positiver Zusammenhang. Dabei lässt sich grundsätzlich die Aussage formulieren: **Je besser die Lebensbedingungen in den einzelnen Kommunen des Landes Rheinland-Pfalz sind, desto höher fällt der Wert im Gesamtindex aus.** Dabei zeigt die Darstellung eine große regionale Spannbreite in Rheinland-Pfalz.

Auch bei den Dimensionen Wohlfahrtsleistungen und Lebensbedingungen lässt sich ein deutlicher Zusammenhang feststellen: **Je schlechter die Lebensbedingungen sind, desto mehr Wohlfahrtsleistungen sind erforderlich, um diese zu kompensieren.** Wohlfahrtsleistungen tragen dabei erkennbar zur Kompensation von schlechten Lebensbedingungen bei und eröffnen damit bessere Teilhabechancen und Handlungsräume für jungen Menschen (siehe Abb. 98). Gerade im Hinblick auf die in Kapitel 2 beschriebenen und auch im Indikatorenmodell in der Dimension Lebensbedingungen berücksichtigten Bedingungen und Auswirkungen des demografischen Wandels heißt dies zudem: Je weniger Kinder und Jugendliche es zukünftig gibt, desto mehr Investitionen bedarf es im Bereich der wohlfahrtsstaatlichen Infrastrukturleistungen vor allem in ländlichen Gebieten, um allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Teilhabechancen zu ermöglichen. Insgesamt lassen sich bei den Ausprägungen der Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen strukturelle Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen erkennen. Mit einer Ausnahme weisen alle rheinland-pfälzischen Städte überdurchschnittliche Werte bei der Dimension Wohlfahrtsleistungen auf. In den Städten mit höheren soziostrukturellen Belastungen werden dennoch überdurchschnittliche viele Wohlfahrtsleistungen

gewährt. Dies ist im Sinne einer eigenständigen Jugendpolitik, die sich bewusst und aktiv für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Ermöglichung von Teilhabechancen einsetzt, sehr zu begrüßen. Dies gelingt ebenso in einigen Landkreisen. Allerdings zeigen die Befunde auch Landkreise, in denen soziostrukturelle Belastungen nicht durch entsprechende Wohlfahrtsleistungen kompensiert werden.

Bei der Fokussierung der Wohlfahrtsleistungen auf Interventionsleistungen zeigt sich ein noch deutlicherer Zusammenhang mit den Lebensbedingungen: **Je besser die Lebensbedingungen ausfallen, desto weniger Interventionsleistungen sind erforderlich.** Insgesamt zeigen sich strukturelle Unterschiede zwischen Städten und Landkreisen, wie dies bereits bei den Dimensionen Lebensbedingungen und Wohlfahrtsleistungen der Fall war. Alle rheinland-pfälzischen Städte, mit einer Ausnahme, weisen überdurchschnittliche Werte bei der Dimension Interventionsleistungen auf. Allerdings zeigen sich in den Landkreisen meist unterdurchschnittliche Werte bei den Jugendhilfeleistungen. In einem Viertel der Landkreise bestätigt sich der beschriebene Zusammenhang. Dagegen zeigt sich für 20 % aller Landkreise der entgegengesetzte Befund.

Ein systematischer Zusammenhang lässt sich auch zwischen den Dimensionen Lebensbedingungen und Handlungsräume erkennen: **Je besser die Lebensbedingungen ausfallen, desto größer sind die Handlungsräume, die sich den Kindern und Jugendlichen bieten.** Vor allem die Städte Trier, Mainz und Landau sowie die Landkreise Alzey-Worms, Mainz-Bingen, Südliche Weinstraße, Bad Dürkheim und der Rhein-Pfalz-Kreis bestätigen diese These.

Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen den Dimensionen Handlungsräume und Wohlfahrtsleistungen: **Je mehr Wohlfahrtsleistungen erbracht werden, desto größer sind in den betreffenden Kommunen die Handlungsräume für junge Menschen.** Insgesamt können für den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsleis-

tungen und Handlungsräumen strukturelle Unterschiede zwischen den rheinland-pfälzischen Städten und Landkreisen festgestellt werden. Im Bereich der Wohlfahrtsleistungen, die zur Schaffung von besseren Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen dienen, sind die Werte in den Landkreisen niedriger als in den Städten. 79,2 % der untersuchten Landkreise weisen unterdurchschnittliche Werte bei der Dimension Wohlfahrtsleistungen auf. Allein die Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen setzen sich bei den Handlungsräumen deutlich vom Landesdurchschnitt ab. Dies kann mitunter auf die positiven Lebensbedingungen – hier vor allem die gute materielle Lage der Landkreise – zurückgeführt werden. Die rheinland-pfälzischen Städte zeigen ein zweigeteiltes Bild. Die Hälfte aller Städte erreicht bei beiden Dimensionen überdurchschnittliche Werte. Die Städte in Rheinland-Pfalz mit unterdurchschnittlichen Wohlfahrtsleistungen weisen zudem bei den Handlungsräumen leichte bis teils deutliche Abweichungen vom Landesdurchschnitt auf.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass vor allem gute Lebensbedingungen und ein Mehr

an Wohlfahrtsleistungen einen positiven Einfluss auf mögliche Handlungsspielräume von jungen Menschen haben. Die Lebensbedingungen in den einzelnen Kommunen werden, wie in der Indikatorenberechnung gezeigt, sowohl von der demografischen Entwicklung als auch von ökonomischen Faktoren bestimmt. Nachteilige Lebensbedingungen können jedoch zumindest teilweise von Wohlfahrtsleistungen kompensiert werden. Kommunen, die unterdurchschnittliche Werte bei den Lebensbedingungen aufweisen, zugleich aber überdurchschnittliche Wohlfahrtsleistungen gewähren, zeigen einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Da das Ausmaß an Wohlfahrtsleistungen mit den Handlungsräumen und folglich auch mit den Teilhabechancen und Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen korreliert, stellen die Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe eine Investition in die soziale Infrastruktur für alle Kinder und Jugendlichen dar. Indes konnte auch gezeigt werden, dass sich nachteilige Lebensbedingungen – und hier vor allem sozioökonomische Benachteiligungen – negativ auf die Handlungsspielräume junger Menschen auswirken.

DRITTER BLICK – VERTIEFUNGEN

6 JUGEND ALS THEMA IN POLITISCHEN DEBATTEN DES RHEINLAND-PFÄLZISCHEN LANDTAGS 1947 BIS HEUTE

Der Schwerpunkt des zweiten Kinder- und Jugendberichtes liegt auf dem Thema Jugend; das entspricht dem Ziel der Landesregierung, die Jugendpolitik für Rheinland-Pfalz weiter zu profilieren. Sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit hat die Auseinandersetzung mit der Jugend seit jeher Tradition. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere zwei Fragen von Bedeutung:

(1) Welche politische und gesellschaftliche Relevanz hat das Thema Jugend, dass es immer wieder Gegenstand öffentlicher und politischer Debatten ist?

In der Forschungsliteratur finden sich dazu verschiedene Überlegungen, die jedoch alle in eine ähnliche Richtung weisen: Jugend ist für die Gesellschaft einerseits Potenzial für die Zukunft und die Grundlage ihrer eigenen Reproduktion, andererseits aber eine potenzielle Bedrohung, da Jugend sich von den Erwartungen abweichend und – aus Perspektive der Erwachsenengeneration – problematisch entwickeln kann. Jugend ist somit auch als Frühanzeiger für gesellschaftliche Entwicklungen zu sehen: Vieles, was sich zunächst als jugendliche Sonderform zeigte und kritisiert wurde, manifestiert sich nach und nach als gesellschaftliche Normalität.

Eine Analyse wissenschaftlicher und öffentlicher Meinungsbilder von Jugend in den vergangenen 60 Jahren in Deutschland zeigt auf, dass der Blick auf Jugend als soziales Problem weitgehend dominierte. Jugendgewalt, Jugendkriminalität, jugendlicher Protest, Jugend und Drogenkonsum, die Abkehr der Jugend von etablierter Politik sowie eine negative Beeinflussung der Jugend durch die Medien waren und sind hier wiederkehrende Themen. Dieses Ergebnis wurde auch von Hartmut Griese in seinem Beitrag auf der Tagung „Jugend als soziales Problem – soziale Probleme der Jugend“¹¹⁸ bestätigt: „Es ist nicht übertrieben zu konstatieren, dass sich das Jugendbild in den Medien, Politik und Öffentlichkeit, auch forciert durch wissenschaftliche Studien – vor allem zu den klassischen Problemthemen wie ‚Kriminalität‘, ‚Gewalt‘, ‚Rechtsradikalismus‘, ‚Drogenmissbrauch‘, und in jüngster Zeit vor allem zu ‚moslemischen Jugendlichen‘ – seit 30 Jahren nicht wesentlich verändert hat, d. h., es überwiegt nach wie vor ein Negativbild von Jugend bzw. von den Jugendlichen.“ (Griese 2014, S. 24)

118 19./20.03.2012 in Bielefeld.

Hearing „Jugend zwischen Herausforderung und Gefährdung“:

„Die Gesellschaft arbeitet ihre Probleme an der Jugend ab.“ (Michael May)

Die Betrachtung von Jugend als sozialem Problem ist ein Symptom für ungelöste gesellschaftliche Probleme (vgl. Griese 2007, S. 133) sowie projizierte Ängste und Wünsche der Erwachsenengeneration. Von der Jugendgeneration wird erwartet, dass sie als Speerspitze der Gesellschaft Zukunftsvorstellungen der Erwachsenengeneration realisiert. Driftet sie zu weit von diesen Erwartungen ab, wird Jugend zum Problem erklärt. Es sind also vor allem die Erwartungen und Einstellungen der Erwachsenen, die bestimmen, ob das, was die Jugend als völlig normal und „cool“ empfindet, als problembehaftet und schwierig bezeichnet wird (vgl. Griese 2007, S. 137).

(2) Wie häufig und anhand welcher Themen debattierte der rheinland-pfälzische Landtag in den Jahren 1947 bis heute über „Jugend“?

Diese Frage wurde durch eine Auswertung der Plenarprotokolle des rheinland-pfälzischen Landtags sowie schriftlicher Anfragen und deren Beantwortungen bearbeitet, für den Zeitraum von 1947 bis in die Gegenwart. Um die relevanten Protokolle und Drucksachen herauszufiltern, wurde der Begriff „Jugend“ als Suchkriterium verwendet. Ziel war es zu erkennen, welche Vorstellung von Jugend im politischen Meinungsbild verankert war. In den Auswertungen konnte nicht jede Inhaltsdebatte untersucht werden – dies ist dadurch gerechtfertigt, dass das Verständnis über die jeweilige Jugend unabhängig von spezifischen Themenbereichen betrachtet werden sollte.

Wie in den öffentlichen Diskursen insgesamt erfährt Jugend auch in den politischen Debatten des rheinland-pfälzischen Landtags stets eine doppelte Deutung: Jugend als Problem und/oder als gesellschaftlicher Zukunftsträger. Diese Blickwinkel scheinen untrennbar miteinander verbunden zu

sein und werden von Generation zu Generation tradiert.

Nachfolgendes Schaubild fasst diese Sichtweise auf Jugend differenziert nach jugendspezifischen Themen über den Zeitraum von 1947 bis heute zusammen (vgl. Abb. 100). Diese werden jeweils in Bezug gesetzt zu den in der öffentlichen Wahrnehmung vorherrschenden Bildern von Jugend.

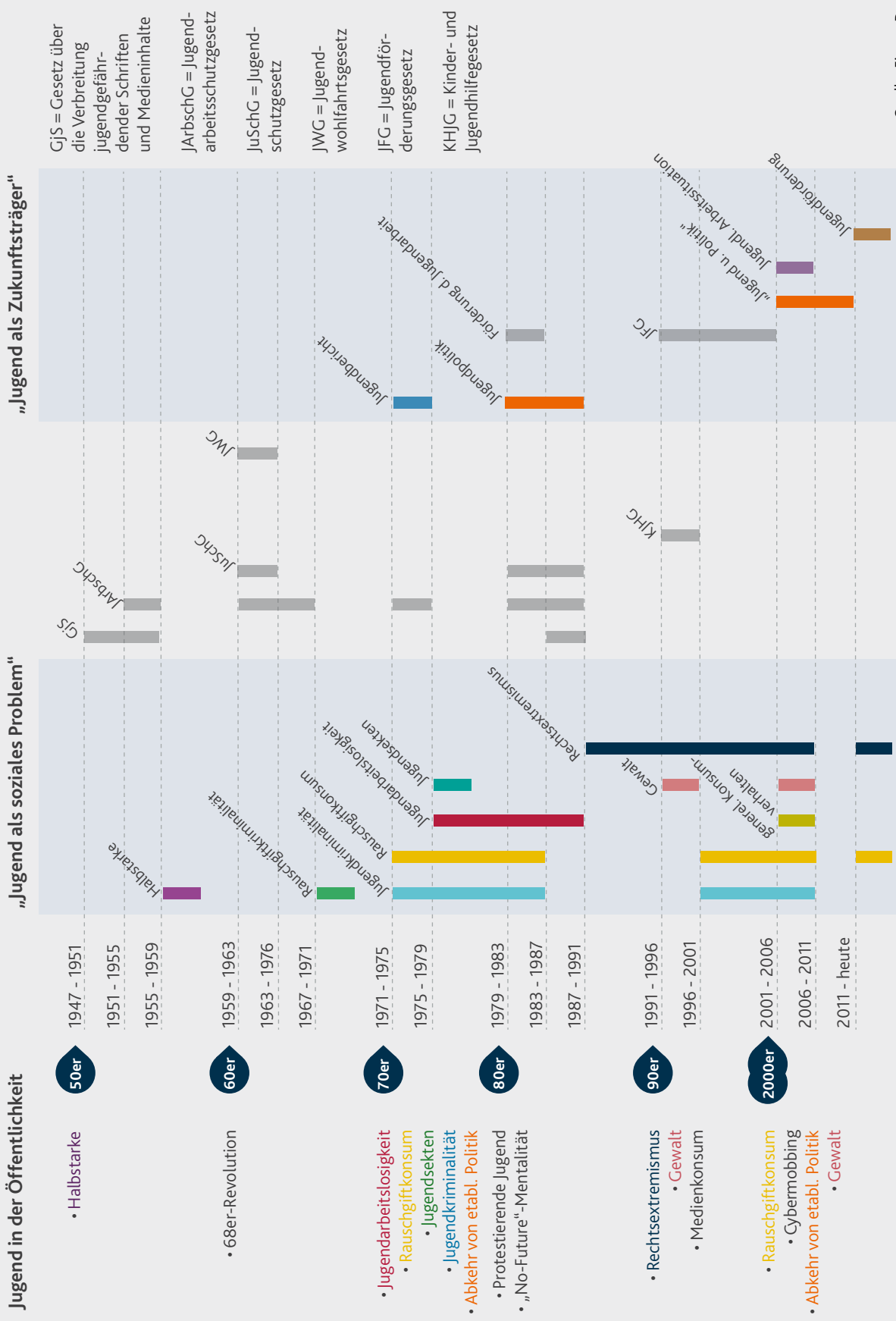
Die Grafik verdeutlicht, dass die rheinland-pfälzische Landespolitik in langer Tradition überwiegend auf jugendliche Problemthemen reagiert: Jugendspezifische Themen wurden vorrangig im Landtag aufgegriffen, wenn sie zuvor Gegenstand öffentlicher Berichterstattung waren. Die politische Reaktion äußerte sich vor allem in inhaltlichen Debatten oder in Gesetzesänderungen wie bspw. dem Jugendarbeitsschutzgesetz (vgl. Nr. 160 1960, S. 112) oder dem Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit (vgl. Nr. 281 1961, S. 1623).

In den 1950er und 60er Jahren lagen die Welten der Jugendlichen und der Erwachsenen weit voneinander entfernt (vgl. Siegfried 2003, S. 29).

Jugendliche distanzieren sich von der Elterngeneration und drückten dies in Musik, Kleidung und ihrem Habitus aus. In der Öffentlichkeit wurde ihr Verhalten kriminalisiert und sie wurden als „Halbstarke“ bezeichnet. Auch im Landtag von Rheinland-Pfalz wurde die „Halbstarkenthematik“ im Plenum diskutiert. Dabei grenzte sich die Politik jedoch von der öffentlichen Berichterstattung ab, wie eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion hinsichtlich der „Feststellung zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten im Leben der Jugend“ verdeutlicht: „Es wird sicher niemand leugnen, dass es eine Jugendkriminalität gibt, die es zu allen Zeiten gegeben hat. Sie ist also weder sensationell, noch ist sie ein besonderes Attribut unserer Zeit oder Tage“ (vgl. 19. Sitzung 1956, S. 583 ff.).

In den 60er Jahren näherten sich die Erwachsenen der Jugend an, doch die Werte- und Normenvorstellungen der verschiedenen Generationen gingen noch immer weit auseinander und sorgten

Abb. 100: Jugendpolitische Themen im Landtag von Rheinland-Pfalz 1947 bis heute



Quelle: Eigene Darstellung

für Konflikte zwischen den Generationen; stellvertretend dafür stehen die Proteste der sog. 68er-Generation. In den rheinland-pfälzischen Landtagsprotokollen liegen die Debattenschwerpunkte in den 50er und 60er Jahren auf dem Schutz der Jugend vor schädlichen Einflüssen, vor der Ausbeutung am Arbeitsmarkt sowie einer generellen Gefährdung durch Medien. Wie exemplarisch von einer CDU-Abgeordneten (Hermans-Hillesheim) beschrieben, provoziere das ständige Werben mittels Plakaten den Weg in die Jugendkriminalität. Insbesondere das Fernsehen sei ein Problem ersten Ranges geworden: „Die Vorstellungskraft des unfertigen Menschen wird durch die immer wiederkehrende Darstellung von Grausamkeiten, Gewalttaten und Sexualität belastet“ (40. Sitzung 1961, S. 1271).

Die zunehmende Rauschgiftkriminalität unter Jugendlichen in den ausklingenden 60er Jahren lenkte den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung für die folgenden Jahrzehnte auf Probleme der Jugend: Drogen- und Alkoholkonsum, Jugendarbeitslosigkeit und Jugendkriminalität waren vorrangige Themen der 70er und 80er Jahre und schlugen sich wiederum im politischen Diskurs nieder.

„60.000 bis 65.000 drogenabhängige Jugendliche, über 600 Herointote im vergangenen Jahr, 500 Kinderselbstmorde und 150.000 Anhänger von Jugendsekten“ (20. Sitzung 1980, S. 999), so beschrieb der FDP-Abgeordnete Lothar Krall die Situation der Jugendlichen in den beginnenden 80er Jahren. In verschiedenen Debatten und Beschlüssen des rheinland-pfälzischen Landtags versuchte man, auf die problematisch bewertete Entwicklung der Jugend zu reagieren. So wurden beispielsweise in den Jahren 1978 und 1979 vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz Berichte über die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs, Präventionsmaßnahmen und Ursachen des angestiegenen Drogenkonsums veröffentlicht (vgl. ebd.).

In den beginnenden 80er Jahren beschäftigte sich der Landtag eher mit der grundsätzlichen Lage der

Jugend – interessant ist dies, wenn man bedenkt, dass alle Parteien mit einer deutlich sinkenden Zahl junger Menschen in ihren Reihen umzugehen hatten. Jugendliche wandten sich von der Politik ab; dieses Verhalten wurde als Kritik der jungen Menschen an den bestehenden Verhältnissen interpretiert (vgl. Bertram 1987, S. 2). Verschiedene Lösungen, mit denen der „Flucht“ der jungen Menschen vor der etablierten Politik begegnet werden sollte, wurden in der 41. Sitzung am 22. Oktober 1981 diskutiert. Alle Parteien wurden zum Dialog mit der Jugend aufgefordert, konkrete Strategien zur Umsetzung allerdings nicht ausgeführt (vgl. 41. Sitzung 1981, S. 2300). Entscheidend für das Bild von Jugend war der Umgang mit jugendlichem Protest- und Fluchtverhalten.

„Viele Probleme der Gesellschaft treten in der Jugend deutlicher, schärfer hervor. Vieles von dem, was die ältere Generation der Jugend kritisch vorhält, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als selbstverständlicher Bestandteil des Lebens eben dieser Erwachsenen“ (ebd., S. 2306).

In den 90er Jahren wurden vor allem politische Lösungen gesucht, mit denen alten Problemen wie steigender Jugendkriminalität oder zunehmendem Rauschgiftkonsum und neuen wie einem expandierenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen begegnet werden sollte. So fragte sich der GRÜNEN-Abgeordnete Michael Henke: „Wie konnte ein Rechtsextremismus entstehen, der aus der Mitte der Gesellschaft kommt und Fremdenfeindlichkeit zum alltäglichen Denken macht, das vor allem Jugendliche in Taten umsetzen?“ (57. Sitzung 1993, S. 4543)

Dass solche Taten verstärkt von Jugendlichen begangen wurden, belegte Kurt Beck (SPD) mit statistischen Daten: 35 % der Täter seien unter 17 Jahre, ebenso viele zwischen 18 und 20 Jahre und fast 16 % zwischen 21 und 24 Jahre alt (vgl. ebd., S. 4532). Hier trat nun ein Aspekt hervor, der bereits einleitend beschrieben wurde: Fremdenfeindlichkeit war kein ausschließliches Jugendproblem, vielmehr durchströmte diese Gesinnung alle Generationen. Gegenwirkende Maßnahmen setzten

aber zum Großteil an der Jugend an (vgl. 89. Sitzung 2005, S. 5898): An Schulen wurden Programme installiert, die der Eindämmung rechts-extremer und fremdenfeindlicher Stimmung unter den Jugendlichen dienen sollten. Mit dem Projekt „Balance 2006 – Integration und Toleranz für eine friedliche Fußballweltmeisterschaft 2006“ sollten insbesondere Kinder und Jugendliche aus Randgruppen angesprochen werden, um den Nährboden für rechtsextrêmes Gedankengut zu minimieren (vgl. ebd., S. 5899). Diese Maßnahmen können als Versuch seitens der Politik gedeutet werden, die ungelösten gesellschaftlichen Probleme durch eine präventive Arbeit mit der Jugend zu verbessern (vgl. ebd.). Allerdings spielt das Jugendalter per se eine wichtige Rolle: Das Einstiegsalter in die rechte Szene liegt zumeist zwischen zwölf und 15 Jahren (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung o. J., o. S.). Es scheinen also die Jugendlichen zu sein, die von der Mitgliederrekrutierung rechts-extremer Gruppen im besonderen Maße betroffen sind – eine Lebensphase, in der der Mensch offenbar noch leichter zu beeinflussen und zu beeinflussen ist. Dass die Gesellschaft ihre Probleme ausschließlich an der Jugend abarbeitet, kann im Hinblick auf das Beispiel Rechtsextremismus nur in Teilen bestätigt werden, wie die Ausführungen zum Eintrittsalter in die rechte Szene veranschaulichen. Dennoch zeigt sich, „dass zunächst nicht hinreichend zwischen jugendspezifischen Erscheinungsformen eines gesellschaftlichen Problems und dem Problem selbst unterschieden wurde“ (Scherr 2014, S. 36).

Die beschriebene Interpretation der „Abarbeitung“ wird in fachlichen Diskussionen vielfach als Erklärung dafür herangezogen, warum eine problem-basierte Sicht auf die Jugend zumeist über die zukunftsorientierte Förderung der Jugend dominiert – eine These, die sich auch aus der tabellarischen Auswertung (vgl. Abb. 100) ableiten lässt. Jugend wird demnach zum Symbol ungelöster gesellschaftlicher Probleme.

Mit der Jahrtausendwende wandelt sich die jugendpolitische Strategie des Landes: Zunehmend werden die politischen Debatten geprägt von Diskus-

sionen über Maßnahmen, die Förderung der Jugend zu unterstützen. So wurde im Jahr 2004 eine Enquete-Kommission zum Abbau der Distanz zwischen Jugend und Politik eingesetzt. Diese schlug verschiedene Maßnahmen der Förderung jugendlicher Partizipation und Teilhabe vor (vgl. Nr. 3163 2004, S. 3), von denen eine ganze Reihe in den folgenden Jahren zur Umsetzung kam. Bis zum Jahr 2007 wurden bspw. zwölf Projekte aus den Bereichen außerschulische Bildung, politisches und gesellschaftliches Engagement, Medienarbeit und spezielle Aktionen für Kinder verwirklicht (vgl. Nr. 1249 2007a, S. 1 ff.). Ebenso wurden weitere Projekte und Ideen zur Förderung der Jugend hinsichtlich der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation umgesetzt, so etwa die Jugendaktionswoche „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“, die vom 06. bis 10.02.2006 an verschiedenen Orten in Rheinland-Pfalz stattfand. Auch die Teilhabe junger Menschen am gesellschaftlichen Leben steht zunehmend im Fokus: Mit dem Projekt „liken, teilen, was bewegen – Jugendforum rlp“ wurde ein politisches Beteiligungsforum für junge Menschen initiiert (vgl. Nr. 1423 2012, o. S.). Damit entsprach die Landesregierung auch dem Wunsch der Jugend, über die Medien einen vereinfachten Zugang zu politischen Informationen zu erhalten. Zwar prägten auch problembezogene Themen wie z. B. Rauschgiftkonsum („Alkopops“) oder Rechtsextremismus die Debatten der 2000er Jahre, anders als in den vorangehenden Legislaturperioden aber waren die „Zukunftsthemen“ nun ähnlich häufig vertreten und für die Probleme, die der Landtag diskutierte, wurden konkrete Maßnahmen entwickelt.

Jugend scheint im neuen Jahrtausend noch einmal stärker in den Fokus der Politik gerückt zu sein. Ihre ganz eigenen Lebenswelten interessieren und werden beachtet. Diese Einschätzung entspricht der gegenwärtigen Zielführung der rheinland-pfälzischen Landespolitik, eine eigenständige Jugendpolitik zu entwickeln. Allerdings sind auch die jüngeren politischen Maßnahmen als eine Reaktion auf öffentlich debattierte vermeintliche Probleme der Jugend einzuordnen. Prägendes Thema der 2000er Jahre war die vermeintliche Abkehr

der Jugend von der etablierten Politik, der die Landespolitik durch die o.g. Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ entgegenzuwirken versuchte. Es steht zu vermuten, dass die zunehmende Fokussierung auf die Jugend als Zukunftsträger auch eine Reaktion auf den prognostizierten demografischen Wandel ist. Um Folgeproblemen des demografischen Wandels vorzugreifen, bedarf es einer fundierten und übergreifenden Jugendpolitik. Wie der nachfolgende historische Rückblick aufzeigt, gibt es dafür bislang kaum historische Vorbildmodelle. Ansätze einer aktiveren Jugendpolitik sind auf Grundlage der Dokumente in der zehnten, 13. und 14. Wahlperiode zu erkennen. In diesen Zeiten war Jugend nicht ausschließlich erst dann Gegenstand der Aufmerksamkeit im Landtag, wenn sie zuvor durch negative Schlagzeilen öffentlich besonders präsent gewesen war. Dies verdeutlicht eine Gegenüberstellung der Themen im öffentlichen und politischen Kontext.

Abbildung 101 vergleicht die Anzahl der Plenumsitzungen einer Legislaturperiode insgesamt mit der Anzahl der Plenumsitzungen, in denen Jugend explizit Thema war.

In Anbetracht der doch recht geringen Präsenz jugendbezogener Diskurse in den Plenardebatten insgesamt ist zu ergänzen, dass Jugendthemen primär in schriftlichen Anfragen und deren Beantwortungen sowie in den jeweiligen Ausschüssen behandelt wurden; diese tauchen in der obigen Grafik nicht auf. Im Hinblick auf eine eigenständige Jugendpolitik bedarf es allerdings einer neuen, verstärkten Aufmerksamkeit für das Thema. Außer in der ersten, zehnten, 13. und 14. Wahlperiode lassen sich aus rein quantitativer Sicht wenig Anknüpfungspunkte für eine differenzierte Sichtweise auf Jugend finden.

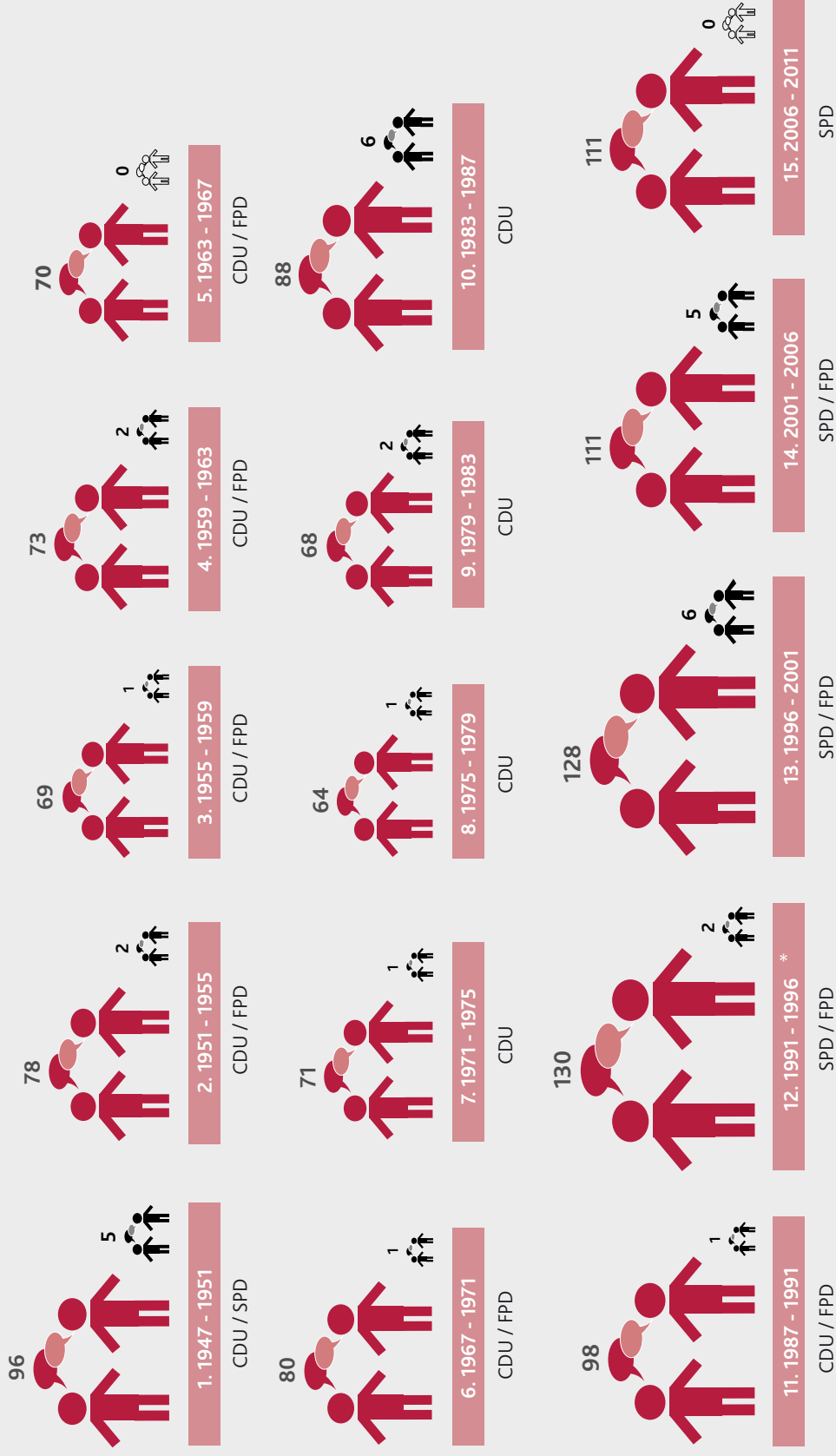
Die hohe Präsenz des Themas Jugend in der ersten Wahlperiode ist mit den Folgen des Krieges und der Situation der jungen Menschen in der Nachkriegszeit zu erklären. Regierungsprogramme und Koalitionsverträge geben Hinweise auf die jeweils dominierenden Jugendthemen der 13. und 14. Legislaturperiode (für die zehnte Legislaturperiode

waren entsprechende Dokumente nicht zugänglich): „Wir gehen mit unserer Jugend“ – so lautete das jugendpolitische Ziel einer SPD-geführten Landesregierung der 13. Wahlperiode (1996–2001). Im Fokus standen u. a. die Förderung der Jugendverbände, die Einrichtung öffentlicher Jugendtreffs in ländlichen Gemeinden sowie die Entwicklung von Angeboten der Mädchenarbeit. Auch wurde die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch die Initiierung von Jugendparlamenten und jugendlichen Beraterinnen und Beratern zielführend unterstützt (vgl. Regierungsprogramm 1996, S. 29 f.). Im Koalitionsvertrag der 14. Wahlperiode (2001–2006) liegt der Schwerpunkt im Bereich Kinder, Jugend und Familie in besonderem Maße auf dem Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ und den zu entwickelnden Maßnahmen, v. a. der Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung (vgl. Koalitionsvertrag SPD/FDP 2001, S. 32 f.). Jugendpolitik konzentrierte sich in bisher ungekanntem Maße auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gesellschaft und in der Politik. Diese Strategie ging einher mit der bereits genannten Einsetzung einer Enquete-Kommission „Jugend und Politik“. Der Fokus lag ferner auf der Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit.

Dass die exemplarisch dargestellten Legislaturperioden eine höhere Anzahl jugendthematischer Diskurse im Plenum aufweisen, ist u. a. mit den genannten jugendpolitischen Zielformulierungen zu erklären. Ergänzend dazu waren aber auch jugendliche Problemthemen wie Rauschgiftkonsum und die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit in der 13. und 14. Wahlperiode ausschlaggebend für die besondere politische Aufmerksamkeit.

In Anlehnung an eine Kritik des 2014 erschienenen Buches von Roger Willemsen, „Das Hohe Haus“, in dem der Autor ein Jahr im deutschen Bundestag beschreibt, kann eine zusammenführende These eingeleitet werden: Der Bundestag funktioniert vor allem in der Arbeit der Ausschüsse. Plenumsdebatten sind vor allem eine Bühne der Repräsentation, aber keine Bühne der „symbolische(n)

Abb. 101: Das Thema Jugend in politischen Debatten



* ab 1991 fünf Legislaturjahre

Legende
 Politische Debatten ohne das Thema Jugend
 Politische Debatten mit dem Thema Jugend

Quelle: Eigene Darstellung

Manifestation der Volkssouveränität“, so folgert der Rezensent aus Willemsens Darstellung (Schmidt 2014, S. 53). Dies lässt sich auf die rheinland-pfälzischen Landtagsdebatten übertragen. Jugendthemen wurden im Plenum des Landtags primär oberflächlich besprochen. Parteispezifische Positionen und Einschätzungen standen im Vordergrund, thematisch fundierte Diskussionen mit anschließender Beschlussfassung erfolgten zum Großteil in den Ausschüssen. Doch sollte der Landtag nicht genau das leisten: eine Interessensrepräsentation der Bürger in Rheinland-Pfalz und somit auch der Jugend des Landes? Will er dieser Anforderung entsprechen, so muss auch ein Kinder- und Jugendbericht des Landes im Plenum vorgestellt und diskutiert werden.

Die historisch angelegte Betrachtung des Themas „Jugend“ in politischen Debatten des Landes Rheinland-Pfalz führt folgende Befunde zusammen:

- Rheinland-pfälzische Landespolitik legt ihren Fokus im historischen Rückblick primär auf Randgruppen junger Menschen. Wird dadurch das Bild der Jugend verzerrt?
- Die jugendpolitischen Debatten des rheinland-pfälzischen Landtags sind über lange Jahre vor allem reaktiv und weniger aktiv ausgerichtet.
- Seit Beginn des 21. Jahrhunderts orientiert sich die jugendpolitische Zielführung des Landes Rheinland-Pfalz zunehmend an der Förderung und Partizipation der Jugendgeneration.

7 FREIZEIT, JUGENDARBEIT UND WOHNORTNAHE KULTURANGEBOTE AUS DER SICHT VON JUGENDLICHEN IN RHEINLAND-PFALZ

Gerade in der Jugendphase kommt der Freizeit eine besonders hohe Bedeutung zu. Sie gestaltet sich als Eigenzeit (Zeit für sich selbst), als Sozialzeit (Zeit mit anderen), als Bildungszeit (außerhalb der Schule) und als Bewegungszeit (z. B. Mobilität, Sport). Als weitere zentrale Funktion von Freizeit gilt die Emanzipation und Selbstbestimmung (vgl. Freericks 2010, S. 23). Die Ausgestaltung und das Erleben von Freizeit sind dabei zutiefst von sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen einer jeweiligen Gesellschaft abhängig (vgl. Lange 2013, S. 101). Autonomie bei der Auswahl der Angebote und Vielfalt der (Freizeit-)Gestaltungsmöglichkeiten sind dabei zwei Begriffe, mit denen die Tendenzen der jugendlichen Freizeit beschrieben werden können.

Neben zahlreichen kommerziellen Anbietern bildet die außerschulische Kinder- und Jugendar-

beit eine Institution, die für Heranwachsende eine Vielzahl von Freizeitangeboten bereithält, die diese aktiv mitgestalten können.

In diesem Bericht wird die subjektive Sichtweise der Jugendlichen auf Jugendarbeit und deren Stellenwert innerhalb der vielfältigen Angebotslandschaft von Freizeitmöglichkeiten in Rheinland-Pfalz thematisiert.

Weitere Schwerpunkte sind die Aktivitäten und das Engagement Jugendlicher, die Orte und Plätze, die sie in ihrer Freizeit aufsuchen, sowie die Zufriedenheit mit dem jugendspezifischen Freizeit- und Kulturangebot an ihrem Wohnort. Grundlage der Aussagen in diesem Kapitel sind die Selbstauskünfte junger Menschen in Rheinland-Pfalz, die in einer Fragebogenstudie erhoben wurden (siehe ausführlich Kap. 4).

7.1 Zeitliche Dispositionsspielräume junger Menschen in Rheinland-Pfalz

In diesem Kapitel stehen die Freizeit und die Zeitspielräume der jungen Menschen im Vordergrund. Bei Freizeit geht es dabei „um mehr als Zeitvertreib, nämlich um die Bearbeitung von Entwicklungsaufgaben und den Erwerb jener Kompetenzen, die in einer pluralisierten und individualisierten Gesellschaft insgesamt erforderlich sind“ (Fromme 2005, S. 139).

Der Begriff Freizeit meint auf der einen Seite die tatsächlich freie und nicht verplante Zeit, auf der anderen Seite die organisierte und durch feste Termine strukturierte Freizeit. Auf die Frage „Wie viel nicht verplante Freizeit hast Du zur Verfügung – an einem normalen Wochentag, an einem normalen Samstag und an einem normalen Sonntag?“ antworteten die jungen Menschen in folgender Weise:

Tabelle 40: Nicht verplante freie Zeit junger Menschen, Angaben in %

frei verfügbare Zeit	normaler Wochentag	normaler Samstag	normaler Sonntag
weniger als 2 Stunden	23,3	6,9	4,7
2 bis 4 Stunden	53,0	20,5	15,3
mehr als 4 Stunden	23,6	72,5	80,0
Gesamt	100 (2.127)	100 (2.131)	100 (2.130)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

- Gut die Hälfte der befragten Mädchen und Jungen hat wochentags zwischen zwei und vier Stunden Zeit zur freien Verfügung,
- ein Viertel hat weniger als zwei Stunden und
- ein weiteres Viertel hat mehr als vier Stunden Zeit zur freien Verfügung.
- Am Wochenende sehen die zeitlichen Dispositionsspielräume der Jugendlichen komplett anders aus, sie haben erheblich mehr freie Zeit als an den Schultagen. Die große Mehrheit hat mehr als vier Stunden Freizeit. Dennoch gibt es einen nicht unerheblichen Anteil an Mädchen und Jungen, die auch am Wochenende verplant sind (am Sonntag immerhin ein Fünftel der Befragten).

Wird in der Auswertung nach Migrationshintergrund unterschieden, so zeigt sich hinsichtlich der Wochentage eine systematische Differenz in die

Richtung, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund an den Werktagen mehr freie, unverplante Zeit zur Verfügung haben als solche ohne Migrationshintergrund. Bei dieser Zuordnung ist an die in der Hinführung erläuterte Vorsicht bei der Verwendung dieser Kategorie zu erinnern (vgl. S. 58 f.).

In dem ambivalenten Spannungsfeld der Thematisierung und De-Thematisierung bewegen sich die folgenden Analysen und Beschreibungen zur Freizeitsituation Jugendlicher, die sich sozial (Gender, Migrationshintergrund, Bildungsniveau) und ökonomisch stark differenziert. Studien zeigen, dass der Umgang mit der frei verfügbaren Zeit in Abhängigkeit vom sozio-ökonomischen Status der Familie variiert (z. B. Fromme 2005; Thole 2000) und zwar dergestalt, dass Kinder aus sozial höher gestellten bzw. bildungsnäheren Familien mehr feste Termine in der Woche haben als Kinder aus sozial schwächeren, bildungsferneren Familien.

Wird der sozio-ökonomische Status der Familie über den Bildungsabschluss des Vaters operationalisiert, so zeigt sich an den Wochenenden hinsichtlich des Umfangs der freien verfügbaren Zeit der Jugendlichen kein merklicher Unterschied. Allerdings existiert für die Zeitspielräume an Schultagen ein höchst signifikanter Zusammenhang: Je höher das Bildungsniveau des Vaters, desto weniger freie Zeit steht Jugendlichen zur Verfügung. Wie sich in den Daten zeigt, haben die Väter von Jugendlichen mit Migrationshintergrund signifikant niedrigere Bildungsabschlüsse als die Väter der Mehrheitsgesellschaft, sodass dies als Erklärung für den höheren Anteil an freier, unverplanter Zeit bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund herangezogen werden kann. Auf der anderen Seite spielen in Familien mit Migrationshintergrund die Freizeitunternehmungen der Jugendlichen mit der Familie eine erheblich größere Rolle als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Darüber hinaus stellt sich bei dieser Thematik ein *höchst signifikanter Geschlechterunterschied* he-

raus: Mädchen haben systematisch weniger frei verfügbare Zeit als Jungen. In der Literatur wird als Erklärung die stärkere Mitarbeit der Mädchen im Haushalt (Hausarbeit, Betreuung kleinerer Geschwister) herangezogen. In den Daten zeigt sich ferner, dass die Töchter, stärker als die Söhne, in Unternehmungen der Familie miteinbezogen werden, was ebenfalls Zeit in Anspruch nimmt.

Zudem erhalten weibliche Schüler deutlich mehr Nachhilfeunterricht als männliche (siehe Kap. 4.3), sodass der Faktor „Lernen/,Büffeln'/Engagement für die Schule und gute Noten“ außerhalb der Schulzeit bei ihnen eine größere Rolle spielt. Die Bildungszeit in der Freizeit nimmt bei Mädchen mehr Raum ein als bei Jungen und führt dazu, dass sie weniger Eigenzeit zur Verfügung haben. Die Daten belegen, dass Mädchen deutlich weniger Zeit für Hobbys und Lieblingsbeschäftigungen haben als Jungen (vgl. Kap. 4.3). Dieser Befund dürfte auch für die Jugendarbeit von Interesse sein und spricht für eine geschlechterspezifische und -sensible Ausrichtung der Jugendarbeit.

Tabelle 41: Freie Zeit in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %

freie Zeit in Abhängigkeit vom Geschlecht	Gesamt	weiblich	männlich
weniger als 2 Stunden	23,4	27,5	19,7
2 bis 4 Stunden	53,0	55,7	50,4
mehr als 4 Stunden	23,6	16,8	29,9
Gesamt	100 (2.107)	100 (1.014)	100 (1.093)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Tabelle 42: Freie Zeit in Abhängigkeit vom Schultyp, Angaben in %

Ich habe zur Verfügung	Realschule plus	Gymnasium	BBS
weniger als 2 Stunden	14,6	29,2	23,3
2 bis 4 Stunden	51,2	56,5	48,0
mehr als 4 Stunden	34,2	14,3	28,7
Gesamt	100 (713)	100 (1.011)	100 (369)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Auch beim jeweils besuchten Schultyp sprechen die Daten eine sehr deutliche Sprache: Das Antwortverhalten der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten deutet darauf hin, dass sie im Vergleich zu den beiden anderen Schülergruppen am wenigsten Zeit zur freien Disposition haben (vgl. Tabelle 42). Demgegenüber zeigen die Angaben der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, dass sie – subjektiv empfunden – mehr Freizeit als Jugendliche ohne

Migrationshintergrund haben, was womöglich auch durch den besuchten Schultyp zu erklären ist. Wie durch viele Studien bekannt ist, besuchen Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich seltener das Gymnasium und systematisch häufiger die Realschule plus und die Berufsbildenden Schulen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dies zeigt sich in der Fragebogenstudie ebenfalls sehr deutlich (vgl. Tabelle 43).

Tabelle 43: Besuchte Schulform in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Angaben in %

Schulform	Jugendliche ohne Migrationshintergrund	Jugendliche, von denen ein Elternteil aus dem Ausland stammt	Jugendliche, von denen beide Eltern aus dem Ausland stammen
Realschule plus	31,3	33,8	49,2
Gymnasium	52,9	47,1	25,7
BBS	15,8	19,0	25,1
Gesamt	100 (1.551)	100 (263)	100 (307)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

7.2 Freizeitaktivitäten Jugendlicher und der Stellenwert der Jugendarbeit

Die Antworten auf die Frage „Was machst Du am häufigsten in Deiner Freizeit?“ ergeben folgende

Rangfolge der hauptsächlichsten Freizeitaktivitäten junger Menschen:

Tabelle 44: Freizeitaktivitäten nach ihrer Häufigkeit, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %

Freizeitaktivität	Angaben in %	Jugendliche ohne Migrationshintergrund	Jugendliche mit Migrationshintergrund
Musik hören	85,7	84,5	89,2
WhatsApp, twittern	84,1	84,4	83,2
im Internet surfen	83,4	82,1	87,1
sich mit Leuten treffen	82,0	82,3	81,4
fernsehen	71,6	70,7	74,0
Videos/DVDs schauen	60,0	58,4	64,1
nichts tun, rumhängen	59,6	60,7	56,9
im Verein trainieren	58,5	62,5	47,4
Playstation, Nintendo, Computerspiele	55,9	55,3	57,7
shoppen	51,3	49,5	56,3
etwas mit der Familie unternehmen	47,2	44,5	54,2
Disco, Partys, Feten	43,4	44,3	40,8
radfahren, skaten, kicken	38,5	38,2	39,4
telefonieren	32,6	29,4	41,1
Bücher lesen	32,2	32,2	32,4
Musik machen	26,3	27,0	24,6
Zeitschriften, Magazine lesen	24,3	24,0	25,1
etwas Kreatives, Künstlerisches machen	19,6	18,4	22,8
in die Kneipe gehen	17,4	19,1	12,7
Jugendfreizeittreff/ Jugendzentrum	8,7	8,9	8,2
bei Projekt, Initiative, im Verein engagieren	8,0	8,8	6,1
Jugendverbandsarbeit	5,9	7,0	2,8
einem Blog beitreten	5,1	4,8	5,9
stricken, häkeln	4,0	4,4	2,8
ins Theater gehen	3,1	2,5	4,9
Briefe schreiben	2,6	2,5	2,8

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Musik, Medien und Gleichaltrige spielen in den Lebens- und Freizeitwelten Jugendlicher eine alles überragende Rolle: Sie hören Musik, sie chatten und kommunizieren, sie surfen im Internet, schauen Filme, machen Spiele etc. Das Treffen mit Freunden ist für die meisten Jugendlichen jedoch genauso wichtig, d. h., dass der „reale“ Austausch, persönliche Begegnungen und Aktivitäten mit Gleichaltrigen für junge Menschen einen sehr hohen Stellenwert haben. Aber auch „relaxen und nichts tun“ sowie „im Verein trainieren“ gehört für die Jugendlichen zu den wichtigsten Freizeitbeschäftigungen. Die in Rheinland-Pfalz erhobenen Daten decken sich weitgehend mit denen der Shell Jugendstudie 2010. Auch dort sind „sich mit Leuten treffen“ und „im Internet surfen“ an erster Stelle der Freizeitaktivitäten genannt; „Musik hören“ folgt an dritter Stelle.¹¹⁹

In einer Studie zur Freizeit Jugendlicher in und um Hamburg wurden 3.800 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II befragt. 79,7 % gaben an, dass sie aktiv Sport treiben (im Ranking auf Platz 3, nach Musikhören 88,6 % und Freunde treffen 87,9 %). Harring (2011) kommt zu dem Schluss, dass Musik hören die wichtigste Beschäftigung junger Menschen in ihrer freien Zeit darstellt, gefolgt vom Treffen mit Freunden und aktivem Sporttreiben.

119 Die in der Landjugendstudie 2010 angegebenen Freizeitaktivitäten unterscheiden sich in der Rangfolge von den hier vorliegenden Daten und denen der Shell Jugendstudie insofern, als dort an erster Stelle Disko, Partys und Feten stehen (Stein 2013, S. 115), sich mit Leuten treffen an zweiter Stelle und im Internet surfen an vierter Stelle. Fernsehen wurde dort als dritthäufigste Freizeitbeschäftigung angegeben.

Sehr deutlich wird in den erhobenen Daten jedoch auch, dass die Jugendarbeit im klassischen Sinne, d. h. im engen Begriffsverständnis, im Ranking der Freizeitaktivitäten eine eher nachgeordnete Position einnimmt. In ein Jugendzentrum zu gehen, sich in einem Jugendverband, einem Verein oder einem Projekt zu engagieren, rangiert zwar noch vor Aktivitäten wie „ins Theater gehen“, „einem Blog beitreten“, „Briefe schreiben“ oder „handarbeiten“, scheint aber für einen Großteil der Jugendlichen nicht sehr attraktiv zu sein.

In der Befragung gaben 8,7 % der Schülerinnen und Schüler an, einen Jugendfreizeitreff bzw. ein Jugendzentrum zu besuchen. Verglichen mit der niedersächsischen Landjugendstudie 2010 (Stein 2013) ist das ein relativ hoher Wert, denn dort sind dies lediglich 2,3 %, in der Shell Jugendstudie 5 %. Im Hinblick auf den Besuch eines Jugendzentrums oder eines Jugendhauses zeigt sich in den Daten der rheinland-pfälzischen Jugendlichen kein nennenswerter Unterschied zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.

Ein Engagement im Jugendverband (z. B. Jugendfeuerwehr, Jugendrotkreuz) trifft auf 5,9 % der befragten rheinland-pfälzischen Jugendlichen zu und wird in allen drei Schülergruppen (Realschule plus, BBS, Gymnasium) in gleicher Weise ausgeübt. Junge Menschen mit Migrationshintergrund geben allerdings nur zu 2,8 % an, in einem Jugendverband aktiv zu sein, bei den Jugendlichen der Mehrheitsgesellschaft sind es 7,0 %. Ähnlich wie bei den Sportvereinen zeigt sich, dass eine kulturelle Vielfalt im Jugendverband aufgrund des Fernbleibens der Jugendlichen mit Migrationshintergrund kaum gegeben ist.

7.3 Orte, Räume und Freizeitangebote in der Wahrnehmung junger Menschen in Rheinland-Pfalz

Auf die Frage „Welche Orte, Freizeit- und Kulturangebote für Jugendliche in Deiner Umgebung nutzt Du?“ konnten die Mädchen und Jungen auf einer Skala von eins (nie) bis fünf (regelmäßig) antworten. An erster Stelle steht der Sportverein mit einem Mittelwert von 3,43, gefolgt von Einkaufszentrum (AM = 3,28), Kino und Schwimmbad (AM = 3,16), Bushaltestelle (AM = 3,07), McDonald's (AM = 3,02), schließlich von Bahnhof (AM = 2,43) und Sportveranstaltungen (AM = 2,35).

Der Sportverein steht für Jugendliche in diesem Ranking an erster Stelle. 49 % der Jugendlichen in Rheinland-Pfalz gehen regelmäßig in einen Sportverein, nimmt man die jungen Menschen hinzu, die häufig und gelegentlich Sport treiben, kann von über 60 % gesprochen werden. Dieses Ergebnis verglichen mit der Inanspruchnahme eines Jugendzentrums, bei denen die jungen Leute mit 88 % angegeben haben, dass sie nie hingehen, wirft die Frage auf, was ausgerechnet den Sportverein im Vergleich zu anderen Freizeitaktivitäten so attraktiv macht.

Eine Frage, die sich auf die Schnelle nicht beantworten lässt. Zwar haben einige Studien, u. a. die Shell Studie oder die im „European Journal of Sport Science“ erschienenen Ergebnisse, deutlich machen können, dass Sport im Jugendalter aufgrund unterschiedlicher Aspekte eine enorme Bedeutung aufweist, jedoch ist keine der Forschungen der Frage nachgegangen, was für Jugendliche selbst eine derartige Anziehungskraft ausmacht.

Nachgewiesen ist, dass Sport das Selbstwertgefühl steigert. Der Zusammenhang wird hier über die Leistungsfähigkeit und die selbst eingeschätzte Fitness hergestellt. Diese positive Einschätzung bezüglich der Selbstwahrnehmung zeigt sich unabhängig vom sozialen Status der Jugendlichen. Dabei geht es den Jugendlichen primär um das

Tabelle 45: Nutzung von Orten der Freizeitgestaltung (Mittelwert)

Freizeitgestaltung	Mittelwert
Sportverein	3,43
Einkaufszentrum	3,28
Kino	3,16
Schwimmbad	3,15
Bushaltestelle	3,07
McDonald's	3,02
Bahnhof	2,43
Sportveranstaltungen	2,35
Freizeitpark	2,27
Festivals	2,21
Fitnessstudio	2,17
Eishalle	2,00
Grillhütte	1,99
Club	1,98
Kegel-/Bowlingbahn	1,96
Kneipe	1,91
Spielplatz	1,65
Bücherei	1,63
Billard, Dart	1,57
Musikschule	1,53
Jugendhaus	1,49
Veranstaltungen in der Stadthalle	1,40
Theater	1,32
Spielhalle	1,29
Internetcafé	1,16

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Austesten eigener Grenzen, das Erfahren eigener Kräfte und Leistungsfähigkeit, weniger um Risikovermeidung (Gesundheit).

Sport bietet auch einen Rahmen für die Ästhetisierung der Lebensweise sowie die Geschmacksbildung und er bietet die Möglichkeit, sich sozial und kulturell zu positionieren. „Dem Sport wird insgesamt eine maßgebliche Bildungswirksamkeit zugesprochen, die zunächst die unmittelbar körperbezogenen Kompetenzen (Körpererfahrung, -ästhetik, -ausdruck), aber auch nicht unmittelbar sportbezogene Kompetenzen im sozialen, politischen und kognitiven Bereich einschließt (Teamfähigkeit, Selbstvertrauen, Selbstorganisation, Verantwortungsfähigkeit).“ (BMFSFJ 2005, S. 376)

Eine Studie von 2012 hat Jugendliche in Gruppendiskussionen und Einzelinterviews dazu befragt, was sie in einem Sportverein zu lernen glauben. „Am häufigsten nennen die Heranwachsenden dabei soziale Kompetenzen, wie z. B. Teamfähigkeit, Rücksichtnahme, Kompromissbereitschaft, Durchsetzungsvermögen oder Zuverlässigkeit. (...) Gemeinschaftliches Handeln (z. B. Organisation von Aktivitäten), Übernahme von Verantwortung (z. B. Ausübung von Positionen und Ämtern) sowie Interaktion mit dem Trainer (z. B. Anerkennen der Autorität des Trainers; Identifikation mit dem Trainer als Vorbild; Trainer als Ansprechpartner und Bezugsperson). (...) Daneben nennen die Heranwachsenden personale Kompetenzen, wie Belastbarkeit, Konzentrationsfähigkeit oder Selbstvertrauen, und sachbezogene Kompetenzen in kognitiven, organisatorischen und sportbezogenen Feldern, z. B. das Wissen über Bewegungstechniken, Organisationskompetenz oder sporttaktisches Denken und Handeln.“ (Neuber 2012, S. 286 ff.).

Das Angenehme an einem Sportverein scheint zu sein, dass all dieses gesellschaftlich notwendige Lernen nebenher passiert und nicht im Mittelpunkt steht. Sport stellt eine Gelegenheitsstruktur dar, die von Jugendlichen gern ergriffen wird, da in ihr ein besonderes Wir-Gefühl erlebt und die eigene Identität erprobt werden kann. Jedenfalls brauchen die von den Jugendlichen selbst erfahrenen Gefühle des Selbsterlebens und der Bewegungslust nicht mit den von der Gesellschaft und den Sportverbänden zugeschriebenen und in Anspruch genommenen „wertvollen“ Funktionen für

Bildung und Gesundheit übereinzustimmen. Die Perspektiven sind verschieden.

Blickt man auf die Funktionen der Freizeit, so bildet die Bewegungszeit eine wichtige Dimension der freien Zeit ebenso wie die Sozialzeit: Beide Bedürfnisse können im Sportverein befriedigt werden. Zudem ist die Jugendphase eine Lebensphase, in der der Körper und körperliche Fitness einen neuen Stellenwert einnehmen.

Dieses Ergebnis deutet an, wie wichtig die Jugendarbeit im Sport aus der Sicht der Jugendlichen ist. Sportvereine sind damit wichtige „player“ im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit und der Befund spricht für die Verwendung eines offenen Begriffs von Jugendarbeit. Wird eine Engführung des Begriffs Kinder- und Jugendarbeit auf das vorgenommene, was in Jugendzentren, -häusern oder -verbänden veranstaltet wird, würde ein Großteil der tatsächlich stattfindenden Jugendarbeit nicht in den Fokus gelangen. Auch Schwimmbäder sind für die jungen Menschen zentrale Orte, an denen sie ihre Freizeit verbringen, weshalb sich Gemeinden gut überlegen sollten, ob sie ihre Schwimmbäder schließen und damit das dem Land bereits bescheinigte „Freizeit- und Angebotsloch“ (Jugendworkshop „Jugend – was GEHT?!“ 2013) noch vergrößern. Wichtige Räume und Aneignungsmöglichkeiten würden Jugendlichen damit genommen.

Interessant an dieser Übersicht ist weiterhin, dass *öffentliche Räume* von Jugendlichen in ihrer Freizeit genutzt werden, wie etwa Einkaufszentren, Bahnhöfe und Bushaltestellen, die auf den ersten Blick wenig mit Freizeit- oder Jugendkultur zu tun haben. Gemäß dem Konzept der Raumaneignung steht es zu vermuten, dass diese Räume auch und gerade deshalb attraktiv für Jugendliche sind, weil sie nicht pädagogisch aufgeladen oder kontrolliert sind und auch nicht von Erwachsenen für Jugendliche organisiert werden (pädagogisch verdünnte Zonen).

Die Nutzung eines Jugendhauses steht in der Rangfolge an sechstletzter Stelle. Drei Viertel der

Jugendlichen haben angegeben, nie in ein Jugendhaus zu gehen, während ein Viertel oft bis regelmäßig ein Jugendzentrum besucht. Dieser Befund kann aber durchaus mit der Frage zusammenhängen, ob es in einem für die Jugendlichen erreichbaren Radius überhaupt ein Jugendhaus gibt. Der Besuch eines Jugendzentrums wurde genauer erfasst mit folgender Frage: „Wie oft gehst Du in ein Jugendzentrum?“ 13,5 % der männlichen Jugendlichen gehen mehr oder weniger regelmäßig in ein Jugendzentrum, während dies von den weiblichen Jugendlichen nur 8,5 % tun. Diese Geschlechterdifferenz ist höchst signifikant und entspricht Tholes Einschätzung, dass es vor allem die männlichen Jugendlichen sind, die Jugendzentren besu-

chen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Anspruch nehmen (Thole 2000, S. 187).

Nach Thole (2000) gibt es die Adressatinnen und Adressaten von Jugendarbeit nicht: „Sicherlich besuchen auch heute noch vornehmlich ‚marginalisierte‘, handlungs- und körperorientierte, ‚bildungsferne‘ Kinder und Jugendliche auf ihrer ‚Suche nach Gemeinsamkeit‘ Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendzentren. Viele BesucherInnen von ‚klassischen‘ Jugendzentren und Jugendclubs gehören unwidersprochen zu den Verlierern der gegenwärtigen Modernisierungsprozesse. Sie spüren und erfahren die gesellschaftlichen Freisetzungprozesse (...)“ (ebd., S. 187).

Tabelle 46: Besuch eines Jugendzentrums in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %

Besuch eines Jugendfreizeittreffs/-zentrums	Gesamt	Mädchen	Jungen
nie	88,9	91,5	86,5
1 x die Woche	7,3	5,8	8,6
2 x die Woche	2,4	2,2	2,7
3 bis 4 x die Woche	0,9	0,2	1,6
5 x die Woche und mehr	0,5	0,3	0,7
Gesamt	100 (2.110)	100 (1.016)	100 (1.094)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Weiterhin zeigt die Datenanalyse, dass es eher die Schülerinnen und Schüler der Realschule plus sind, die in ein Jugendzentrum gehen, als die Schülerschaft des Gymnasiums (signifikant auf dem 5-%-Niveau), was Tholes Einschätzung noch untermauert.

Darüber hinaus wurden die Mädchen und Jungen nach den Gründen gefragt, warum sie nicht in ein Jugendzentrum gehen. 40,8 % der Jugendlichen geben an, nicht in ein Jugendzentrum zu gehen, weil es keines gibt. Dies ist die zweithäufigste Antwort. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass überdurchschnittlich viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten dies angeben (47,2 %),

bei den Realschülerinnen und -schülern aber nur 33 % (BBS: 37,8 %). Dies kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass sich die Subjekte aktiv ihre Lebenswelt konstruieren und die Umwelt selektiv wahrnehmen. Der wichtigste Grund für das Fernbleiben vom Jugendtreff ist jedoch mangelndes Interesse: 56 % der Mädchen und Jungen sagen, dass es dort nichts gibt, was sie interessiert, während 47,5 % angeben, dass sie viele andere Interessen haben. Ein Viertel der Befragten wird durch die „Leute, die dort hingehen“, abgeschreckt. Hier dokumentiert sich auf der einen Seite die Interessenvielfalt der Jugendlichen, auf der anderen Seite aber auch eine mangelnde Attraktivität von Jugendarbeit im engeren Sinne.

Tabelle 47: Gründe, warum Jugendliche nicht in ein Jugendzentrum gehen, Mehrfachantworten möglich, Angaben in %

Warum gehst Du nicht in ein Jugendzentrum?	Angaben in %
Es gibt dort nichts, was mich interessiert	56,2
Ich habe viele andere Interessen	47,5
Es gibt keines	40,8
Wegen der Leute, die dort hingehen	26,5
Ich weiß nicht, was in einem Jugendzentrum abgeht	22,9
Weil ich befürchte, dort blöd angemacht zu werden	10,3
mangelnde Verkehrsanbindung	9,7
ungünstige Öffnungszeiten	9,2
Angst vor Drogen	7,4
Rauchverbot	5,6
Angst vor bestimmten Cliques	5,4
zu strenge Hausordnung	4,4
Eltern verbieten es	1,2
Religion und Tradition verbieten es	1,1

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Gruppiert man die Standorte nach dem CWB-Index des ersten Kinder- und Jugendberichtes, so zeigt eine tiefgreifende Analyse einen höchst signifikanten Zusammenhang zwischen dem Besuch eines Jugendzentrums und dem Standort. Über dem Durchschnitt liegen die Städte Trier und Koblenz sowie die Landkreise Ahrweiler und der Westerwaldkreis. Die Gruppe A (Landkreise Mainz-Bingen und Eifelkreis Bitburg-Prüm) und die Gruppe E (nur Städte: Worms und Pirmasens) liegen unterhalb des Durchschnitts.¹²⁰ Wichtig an dieser Stelle

¹²⁰ Die höher aggregierte Variable Stadt-Land, die sich aus der Variable „Standorte“ zusammensetzt, zeigt keinen Zusammenhang zwischen der Nutzung eines Jugendfreizeitentrums und Stadt-Land an. Dies ist ein weiteres Indiz für die Bedeutung der regional differenzierenden Betrachtung im Rahmen einer Sozialberichterstattung im Allgemeinen und einer Kinder- und Jugendberichterstattung im Besonderen. Die regionalen Besonderheiten und Varianzen der kleinteiligen Einheiten gehen durch die Aggregation der Daten verloren.

ist der allgemeine Hinweis, dass es sich hier nicht um kausale Zusammenhänge handelt, denn die Vielfalt der Bedingungen, die zu diesem Ergebnis führen, ist nicht erfasst.

Vergleicht man diesen Befund mit dem neuen Index für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen (WKJ), der viel stärker jugendspezifische Indikatoren in das Modell einbezogen hat als der Child-Well-being-Index (CWI), so wird deutlich, dass z. B. der Eifelkreis Bitburg-Prüm von Gruppe A des Gesamtindex CWB in Gruppe C des neuen Gesamtindex WKJ gewandert ist.

Eine umgekehrte Bewegung hat Koblenz vollzogen: Im CWI gehörte Koblenz zur Gruppe D und ist nun im Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen Gruppe B zugeordnet. Der Westerwaldkreis hat sich – durch die verstärkte Hinzunahme jugendspezifischer Kenngrößen in den Index – von Gruppe B nach Gruppe E „verschlechtert“. Die Stadt Trier, nach dem CWI in Gruppe C, gehört nun zur Gruppe A und liegt mit der Stadt Mainz auf den obersten Plätzen in dieser Gruppe. Worms hat sich durch die Hinzunahme der jugendbezogenen Indikatoren von Gruppe E nach Gruppe C bewegt.

Knapp 10 % der Befragten sagen, dass es an der mangelnden Verkehrsanbindung liegt, warum sie nicht in ein Jugendzentrum gehen, wobei dies häufiger von Mädchen als Grund angegeben wird. Im Eifelkreis Bitburg-Prüm und in Pirmasens wird dieser Grund ebenfalls überdurchschnittlich häufig angegeben. Jugendliche aus Worms, Pirmasens, Landau und Mainz-Bingen antworten überdurchschnittlich häufig, dass sie viele andere Interessen haben und deshalb nicht in ein Jugendzentrum gehen.

Tabelle 48: Besuch eines Jugendzentrums nach den Gruppen des Child-Well-being-Index des ersten Kinder- und Jugendberichtes, Angaben in %

Besuch eines Jugendfreizeit-treffs/-zentrums	Gruppe A LK Mainz- Bingen/ LK Bitburg-Prüm	Gruppe B LK Westerwald/ Landau	Gruppe C LK Kaiserslautern/Trier	Gruppe D LK Ahrweiler/ Koblenz	Gruppe E Worms/ Pirmasens
Ja	4,4	10,1	9,5	12,2	6,5

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Die Frage „Was macht für Dich einen Jugendtreff interessant?“ ergibt, dass das Treffen von netten Leuten für die Jugendlichen mit Abstand der wichtigste Grund ist, in einen Jugendtreff zu gehen (soziale Dimension/Gemeinschaft). Danach folgen „abhängen, nichts tun, chillen“, was in der Rangordnung der jugendlichen Freizeitaktivitäten ebenfalls einen vorderen Platz einnimmt (Dimension: Entspannung, Relaxen).

- 23,9 % sagen, dass es nicht genügend Räume zum Treffen gibt.
- Nahezu 40 % der Jugendlichen verneinen somit diese Frage.
- Dagegen ist ein Drittel mit den Räumlichkeiten für Jugendliche zufrieden,
- während 28 % die Frage mit „weiß nicht“ beantworten.

Tabelle 49: Gründe, einen Jugendtreff zu besuchen, Mehrfachantworten möglich, Angaben in %

Was macht für Dich einen Jugendtreff interessant?	Angaben in %
nette Leute treffen	84,2
abhängen, nichts tun, chillen	58,7
auf Freizeiten fahren	39,7
tanzen, Disco	39,7
spielen	31,7
Projekte planen und durchführen	25,6
Musik machen	24,4
Hilfe, Unterstützung bekommen	16,2

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Darüber hinaus wurden die Jugendlichen gefragt, ob in ihrem Wohnort genügend Räumlichkeiten zum Treffen zur Verfügung stehen:

- 14,7 % sagen, dass es überhaupt keine Jugendräume gibt;

Die Frage, ob ein Mädchen genauso viel in der Umgebung unternehmen kann wie ein Junge, bejahen 93 %, während 7 % dies verneinen. In der offenen Antwortmöglichkeit heißt es: „Die Jungs haben Fußballplätze und Skateboardplätze und die Mädchen haben nix“, „Viele Vereine für Jungen, fast keine für Mädchen“, „Es gibt mehr Angebote für Jungen“, „Es gibt überhaupt keine Angebote für Mädchen“, „Eltern erlauben weniger“ oder „Bei uns im Dorf kann man nichts machen!“

Ein Drittel der befragten Jugendlichen langweilt sich schon mal in der Freizeit, zwei Drittel selten oder gar nicht. Die Langeweile wird dabei stark durch den Wohnort bestimmt: Jugendliche in der Stadt empfinden signifikant seltener Langeweile als ihre Altersgenossen auf dem Land.

Aber auch das Geschlecht spielt eine Rolle: Mädchen langweilen sich häufiger in ihrer Freizeit als Jungen, was möglicherweise mit der obigen Frage (ob ein Mädchen genauso viel unternehmen kann wie ein Junge) und den teilweise sehr deutlich formulierten Antworten zusammenhängt.

Überraschend ist der Befund, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger angaben, sich in ihrer Freizeit zu langweilen, als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. An dieser Stelle ist anzumerken, dass zwischen „relaxen, chillen, rumhängen, nix tun“ und „sich langweilen“ ein Unterschied existiert. „Chillen, rumhängen“ impliziert eine bewusste, selbstbestimmte Entscheidung, in der Freizeit „abzuhängen“ und nichts zu tun. Sich zu langweilen, Langeweile zu haben ist deutlich negativer konnotiert und wirkt von außen aufgezwungen (z. B. weil es keine Angebote gibt oder nichts los ist), aber nicht selbst gewählt. Insofern sollten diesen beiden Items deutlich voneinander getrennt betrachtet werden (z. B. Tab. 44).

Schaut man sich stellvertretend für die Freizeitaktivitäten die Befunde zum Trainieren im Sportverein an, zeigen sich sehr deutliche Differenzen zwischen den Jugendlichen. Dieser Indikator wird ausgewählt, weil sich bei diesem die größten signifikanten Unterschiede in der Freizeitgestaltung zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund zeigen. Über die Hälfte der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund trainiert regelmäßig im Verein, während dies nur knapp 38 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund tun. Vor diesem Hintergrund erscheint die Frage nach der interkulturellen Öffnung der Vereine berechtigt. Was tun Vereine, und hier insbesondere die Sportvereine, aktiv für diese Öffnung und für die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund?

Tabelle 50: Training im Sportverein in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Angaben in %

Training im Sportverein	Eltern beide in Deutschland geboren	ein Elternteil im Ausland aufgewachsen	Eltern beide im Ausland aufgewachsen	Gesamt
nie	23,0	30,0	41,5	26,5
selten	9,3	7,7	12,4	9,5
gelegentlich	7,8	8,5	8,8	8,0
häufiger	6,5	8,5	7,2	6,9
regelmäßig	53,5	45,4	30,1	49,1
Gesamt	100 (1.545)	100 (260)	100 (306)	100 (2.112)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Tabelle 51: Besuch eines Sportvereins in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %

Besuch eines Sportvereins	Gesamt	Jungen	Mädchen
nie	26,4	24,3	28,6
selten	9,6	9,0	10,4
gelegentlich	7,9	8,2	7,7
häufiger	6,9	6,0	7,8
regelmäßig	49,2	52,6	45,5
Gesamt	100 (2.116)	100 (1.103)	100 (1.013)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Das Freizeitangebot Sportverein ist das von allen (hier abgefragten) Orten und Kultur- und Freizeitangeboten das am häufigsten genutzte. Die Hälfte der befragten Jugendlichen gibt an, regelmäßig im Sportverein zu trainieren. Ein Viertel gehört keinem Sportverein an. Auch überraschend viele Mädchen trainieren regelmäßig im Sportverein.

Vor allen Dingen sind es die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, die überdurchschnittlich häufig im Verein Sport machen, am seltensten

die Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schule. Die Jugendzeit ist ganz offensichtlich eine Lebensphase, in der, neben dem Treffen mit Freunden und der Nutzung von Medien, sehr viel Sport getrieben wird und körperliche Betätigung eine große Rolle spielt. Dieser Befund wird durch viele andere Jugendstudien untermauert (z. B. Vogelgesang 2001; Shell Jugendstudie 2010; Harring 2011). Freizeit wird von vielen Jugendlichen auch als Bewegungszeit genutzt.

Tabelle 52: Besuch eines Sportvereins in Abhängigkeit vom Schultyp, Angaben in %

Besuch eines Sportvereins	Realschule plus	Gymnasium	BBS
nie	32,5	16,6	42,0
selten	10,7	7,9	12,2
gelegentlich	8,6	6,9	9,4
häufiger	6,1	6,3	9,4
regelmäßig	42,1	62,4	27,1
Gesamt	100 (720)	100 (1.018)	100 (362)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

7.4 Jugendliches Engagement in der Freizeit

Die Jugendlichen wurden gefragt, wofür sie sich in ihrer Freizeit engagieren. Sie konnten auf einer Skala von 1 (nie) bis 5 (sehr oft) antworten. Am häufigsten setzen sich die Mädchen und Jungen demnach für hilfsbedürftige ältere Menschen ein (MW = 2.01), an zweiter Stelle folgen die Interessen Gleichaltriger (MW = 1,89), danach der Einsatz für Umwelt- und Tierschutz (MW = 1,84). An vierter Stelle rangiert erneut das Engagement für die Gleichaltrigen, diesmal für eine sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher. Insgesamt wird aber deutlich, dass, zumindest wenn der Mittelwert fokussiert wird, das Engagement der befragten Jugendlichen nicht sehr stark ausgeprägt ist. Ein Mittelwert von 2 bedeutet selten.

Wird das Engagement näher betrachtet, zeigen sich einige systematische Geschlechterunterschiede (T-Test für Geschlecht): Mädchen engagieren sich stärker für den Umwelt- und Tierschutz, für hilfsbedürftige ältere, arme und sozial schwache Menschen oder auch für Menschen in armen Ländern, während sich Jungen signifikant häufiger „für soziale oder politische Veränderungen in Deutschland“ und „die Pflege deutscher Kultur und Tradition“ engagieren und tendenziell auch für die Sicherheit und Ordnung am Wohnort (Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz etc.).

Tabelle 53: Engagement in der Freizeit in Abhängigkeit vom Geschlecht

Ich setze mich in meiner Freizeit für folgende Dinge ein:	Gesamt-Mittelwert	weiblich	männlich
für hilfsbedürftige ältere Menschen	2,01	2,11	1,94
für die Interessen von Jugendlichen	1,89	1,91	1,87
für den Umwelt- und Tierschutz	1,84	1,96	1,74
für eine sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher	1,82	1,84	1,81
für ein besseres Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern	1,77	1,80	1,75
für die Sicherheit und Ordnung an meinem Wohnort	1,75	1,73	1,78
für Menschen in den armen Ländern	1,73	1,83	1,64
für arme, sozial schwache Menschen	1,72	1,80	1,65
für ein besseres Zusammenleben in meinem Wohnort	1,69	1,68	1,70
für die Pflege deutscher Kultur und Tradition	1,67	1,56	1,77
für die Verbesserung der Situation von Behinderten	1,61	1,66	1,56
für soziale/politische Veränderungen in Deutschland	1,51	1,44	1,58

1 = nie; 5 = sehr oft

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Um das Engagement der Jugendlichen in ihrer Freizeit noch genauer zu erheben, wurde ihnen

folgende Frage vorgelegt: „Welche der folgenden Dinge treffen auf Dich zu?“

Tabelle 54: Engagement und spezifische Freizeitaktivitäten von Jugendlichen, Mehrfachantworten möglich, Angaben in %

Welche der folgenden Dinge treffen auf Dich zu: Ich bin aktiv ...	Gesamt	weiblich	männlich
in einem Verein (Sport-, Musik- oder Kulturverein)	67,8	66,0	69,5
allein, durch meine persönliche Aktivität	37,7	38,8	36,9
in einer Gruppe, Funktion oder einem Amt an der Schule	26,2	27,1	25,5
in der Kirchengemeinde, einer kirchlichen Gruppe	23,0	26,7	19,5
in einem Projekt, einer selbst organisierten Gruppe oder einem Netzwerk	20,4	21,6	19,4
in einer Jugendorganisation (z. B. Sport-jugend, Jugendrotkreuz)	9,5	8,0	10,7
im Rettungsdienst, bei der Freiwilligen Feuerwehr	7,1	4,9	9,3
bei Greenpeace, Amnesty International, einer anderen Hilfsorganisation	4,0	4,0	3,8
bei den Pfadfindern	3,0	2,7	3,2
im Jugendring	2,5	1,9	2,9
in einer Partei/im Jugendparlament	2,3	2,2	2,4
in einer Bürgerinitiative, im Bürgerverein	2,2	1,8	2,6
in einer Gewerkschaft	1,5	1,0	2,0

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Mit weitem Abstand rangiert in diesem Überblick wiederum der Verein ganz vorn – analog zur Frage nach den Orten und Räumen der Freizeitgestaltung: Zwei Drittel aller befragten rheinland-pfälzischen Jugendlichen sind in einem Verein aktiv, was erneut die in den Vereinen getätigte Jugendarbeit in ihrer Bedeutung unterstreicht und auch für ein offenes Verständnis von Kinder- und Jugendarbeit wirbt. Ein weiteres Drittel sagt, dass sie persönlich aktiv sind, aber dies nicht in einem Verein oder einer Gruppe, sondern für sich selbst. Ein Viertel der jungen Menschen engagiert sich durch die Ausübung eines Amtes oder einer Funktion an der Schule. Nahezu ein Viertel der Jugendlichen geht Aktivitäten in der Kirchengemeinde oder einer kirchlichen Gruppe nach. Ein weiteres Fünftel engagiert sich in einer Gruppe oder einem Netzwerk. Nicht ganz 10 % der Jugendlichen sind in einer Ju-

gendorganisation aktiv, bei den Pfadfindern sind 3 % und im Jugendring 2,5 %. Hier findet sich das Engagement der Befragten in der Jugendarbeit im engeren Sinne.

Im Hinblick auf systematische Geschlechterunterschiede ist festzustellen, dass Mädchen häufiger in der Kirchengemeinde aktiv sind, Jungen dagegen häufiger im Rettungsdienst, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in einer Organisation wie dem Jugendrotkreuz oder der Sportjugend.

Insgesamt bestätigt sich beim jugendlichen Engagement die Pluralismusthese, dass das Engagement vielfältig ist; zugleich zeigt sich jedoch auch die überragende Bedeutung von Vereinen für die Freizeitgestaltung Jugendlicher in Rheinland-Pfalz.

7.5 Zufriedenheit mit den jugendspezifischen Angeboten am Wohnort

Auf dem Fragebogen sollte auch erfasst werden, wie junge Menschen das Freizeit- und Kulturangebot an ihrem Wohnort bewerten. Das Ergebnis ist dabei mehr als ernüchternd: Drei Viertel der an der Studie teilnehmenden Jugendlichen sind mit ihrem Wohnort bezüglich der jugendspezifischen Freizeitangebote nicht zufrieden, und insbesondere Mädchen sind unzufrieden.

Die Jugendlichen, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, schätzen das Freizeit- und Kulturangebot am Wohnort auffallend negativ ein: 56 % stellen ihrem Sozialraum diesbezüglich ein (sehr) schlechtes Zeugnis aus. Ein gutes Viertel bewertet das Angebot am Wohnort lediglich als mittelmäßig und knapp ein Fünftel mit gut bis sehr gut.

Aus der Perspektive der Jugendlichen ist hier ein großer Handlungsbedarf abzuleiten. Da insbesondere Mädchen hier deutlich unzufriedener sind als Jungen, müsste auf einen Ausbau Mädchenspezifischer Angebote und Freizeitmöglichkeiten ge-

achtet werden. Dieser Befund erhärtet erneut die Bedeutung einer geschlechtersensiblen und geschlechterdifferenzierenden Perspektive nicht nur in der Forschung, sondern auch in der Jugendpolitik, der Jugendkulturpolitik und in der Jugendarbeit.

Tabelle 55: Einschätzung des jugendspezifischen Freizeit- und Kulturangebots am Wohnort, Angaben in %

Freizeit- und Kulturangebot am Wohnort	Gesamt	Mädchen	Jungen
sehr schlecht	29,8	33,5	26,4
schlecht	26,4	26,4	26,4
teils, teils	25,4	24,9	26,0
gut	12,1	10,3	13,8
sehr gut	6,2	5,0	7,3
Gesamt	100 (2.103)	100 (1.010)	100 (1.093)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Differenziert man die Einschätzungen der Jugendlichen im Hinblick auf die Qualität der Angebote an ihrem Wohnort nach dem jeweiligen Standort der Jugendlichen, so zeigen sich höchst signifikante Gruppenunterschiede:

- Die kreisfreien Städte schneiden in der Bewertung der Jugendlichen systematisch besser ab als die Landkreise.
- Die Städte Worms und Koblenz erhalten die höchsten Zufriedenheitswerte (Worms: Mittelwert 2,76 und Koblenz: 2,73).
- Der Landkreis Mainz-Bingen mit einem AM von 2,5 erzielt von den Landkreisen die höchsten Zufriedenheitswerte und steht an dritter Stelle aller in die Befragung einbezogenen Standorte.
- Der Eifelkreis Bitburg-Prüm bekommt von den jungen Menschen die schlechteste Bewertung (MW 2,10), gefolgt vom Landkreis Ahrweiler (MW 2,18) und dem Westerwaldkreis (MW 2,27).
- Insgesamt zeigt sich auf der Basis der Selbstauskünfte ein erheblich differenzierteres Bild, als es vom Gesamtindex Child Well-being, der im ersten Kinder- und Jugendbericht für Rheinland-Pfalz entwickelt wurde (2010), her hätte erwartet werden können: Die Landkreise Mainz-Bingen und Bitburg-Prüm gehörten beide zur Gruppe A des CWB-Index. Doch für den Eifelkreis zeigt sich beim jugendspezifischen Freizeit- und Kulturangebot ein völlig anderes Bild, denn dieser wird durch die Jugendlichen am schlechtesten bewertet. Mainz-Bingen erreicht unter den Landkreisen die höchste Zu-

stimmung, wird aber von den Städten Koblenz und Worms überflügelt, die beide hinsichtlich des CWB-Index nicht besonders gut abgeschnitten hatten: Worms gehörte zur Gruppe E. Die Stadt Koblenz, die von den Jugendlichen als verhältnismäßig gut eingeschätzt wird, gehörte im ersten Kinder- und Jugendbericht zur Gruppe D des CWB-Index. Die Unterschiede zwischen dem CWB-Index im ersten Kinder- und Jugendbericht und den Bewertungen der Freizeitsituation durch die Jugendlichen lassen sich unschwer dadurch erklären, dass der Index eine komplexe Größe ist, in die besonders auch spezifische Dimensionen der kindlichen Lebenswelt eingeflossen sind, während hier nur die eine Dimension der jugendlichen Freizeitbewertungen betrachtet wird.

Tabelle 56: Zufriedenheit der Jugendlichen mit dem Freizeit- und Kulturangebot an ihrem Wohnort

Wohnort	Mittelwert
Worms	2,76
Koblenz	2,73
Mainz-Bingen	2,50
Landau	2,44
Trier	2,36
Pirmasens	2,35
Kaiserslautern (LK)	2,29
Westerwald	2,27
Ahrweiler	2,18
Bitburg-Prüm	2,10
Gesamtsumme	2,39

Angabe Mittelwert: 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut
Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Tabelle 57: Einschätzung des Freizeit- und Kulturangebots in Abhängigkeit von Stadt/Land, Angaben in %

Freizeit- und Kulturangebot am Wohnort für junge Leute	Land	Stadt	gesamt
sehr schlecht	32,9	25,4	29,7
schlecht	27,4	25,0	26,4
teils, teils	24,2	27,4	25,6
gut	10,2	14,7	12,1
sehr gut	5,3	7,4	6,2
Gesamt	100 (1.217)	100 (904)	100 (2.121)

Quelle: Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013

Analysiert man die Bewertung des Freizeitangebots am Wohnort unter der dichotomen Perspektive Stadt/Land, so zeigt sich ein nicht überraschender, aber höchst signifikanter Zusammenhang in folgende Richtung: Jugendliche, die in der Stadt wohnen, beurteilen ihren Wohnort und dessen Kulturangebot systematisch positiver als Jugendliche aus ländlichen Gemeinden. Letztere sind überdurchschnittlich unzufrieden mit dem jugendspezifischen Angebot ihres Wohnortes.

Auch dieser Befund untermauert die Ergebnisse des neuen Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz: In Gruppe A des Index sind nun – mit einer Ausnahme: dem Landkreis Mainz-Bingen – ausschließlich Städte vertreten (Mainz, Trier, Landau, Speyer und Kaiserslautern). Umgekehrt sieht es in Gruppe E

aus: Hier sind außer Pirmasens und Zweibrücken ausschließlich Landkreise vertreten (Vulkaneifel, Westerwaldkreis, Neuwied, Altenkirchen, Kusel, Ahrweiler und Cochem-Zell).

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Jugendlichen in ihren Selbstauskünften ihrem Lebensumfeld im Hinblick auf das jugendspezifische Freizeit- und Kulturangebot keine guten Noten ausstellen. Insbesondere die (weiblichen) Jugendlichen auf dem Land sind unzufrieden, was auf einen klaren Handlungsauftrag an die Jugendpolitik verweist. Die Infrastruktur für junge Menschen zu verbessern, Gelegenheiten und Räume bereitzustellen, die sich Jugendliche aneignen können, ist aus der Sicht der jungen Menschen eine klare Maßgabe an die Politik.

7.6 Angebotsoasen statt We don't love to entertain you!

Die Darstellung der qualitativen Ergebnisse zum Thema Freizeit und Angebote für Jugendliche beruht auf den Zukunftswerkstätten.¹²¹ In der Kritik- und Fantasiephase der Zukunftswerkstätten entstanden in allen drei Gruppen Präsentationen zur Kategorie Freizeit. Zusammengefasst sprechen die jungen Menschen hier von einem „Angebotsloch“ oder sehen sich „gefangen in den eigenen vier Wänden“.

Geht es nach den Jugendlichen, müsste sich das Motto „We don't love to entertain you“ möglichst rasch in eine „Angebotsoase“ wandeln. Dabei haben die jungen Menschen nicht bloß „Party machen“ im Sinn, sondern fordern eine „freie Entfaltung der Persönlichkeit“. Die wenigen existierenden Veranstaltungen sind zu teuer, nicht altersgerecht, zu weit weg, oder die Jugendlichen müssen miterleben, wie einer der wenigen Jugendräume geschlossen wird.

Abb. 102: „Angebotsoase“

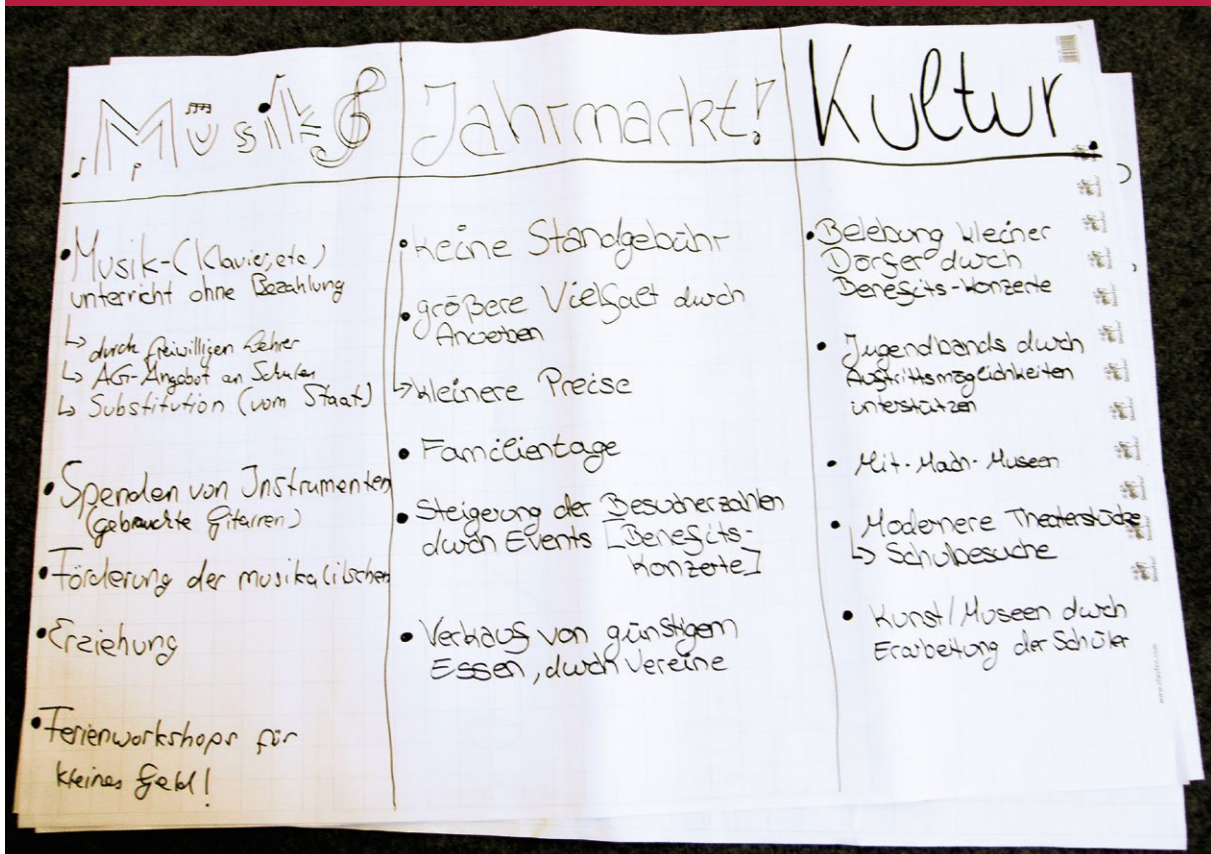


Schaut man sich das Bild (vgl. Abb. 102) genauer an, erscheinen die Wünsche der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz nicht völlig abgehoben: ein Rasenplatz, Konzerte, Spielplätze, Eis in der Sonne,

ein Riesenrad und ab und zu gemeinsam feiern. Dass den Jugendlichen schon diese simplen Dinge in ihrer Alltagswelt fehlen, zeigt, wie wenig Platz unsere Gesellschaft ihrer Jugend vor allem in der Öffentlichkeit einräumt. Dabei sind „Ferienangebote ohne Kostenbeitrag“, „Mitmach-Museen“ und „kleinere Preise“ keine unverschämten Forderungen.

¹²¹ Bei der Abstimmung zur Auswahl der Gruppendiskussionsthemen erhielt dieses Thema nicht genug Stimmen, es wurde also in den Kleingruppen nicht weiter behandelt.

Abb. 103: Vorstellungen der Jugendlichen zum Freizeit und Kulturangebot



Quelle: Zukunftswerkstatt „Jugend – was GEHT?!“, Jugendworkshop Kyllburg 2013

Freizeit ist für Jugendliche von besonderer Bedeutung. In dieser Phase ihres Lebens erlernen sie ebenso Sozial-, Sach- und Fachkompetenzen wie Medien- und Sprachkompetenz. „Nicht-erzwungene“ Freundschaften knüpfen zu können, also Gleichaltrige außerhalb des Schulkontextes zu treffen und überhaupt kennenzulernen, ist nicht nur relevant, wenn es um intra- und interethnische Beziehungen geht.

Zwar sind das keine neuen Aussagen, ebenso wenig wie die, dass die finanzielle Stellung einer Familie Auswirkungen auf die Freizeitgestaltung hat oder dass der kulturelle Hintergrund die Art der Aktivitäten beeinflussen kann. Klar ist, dass die freie Zeit den Jugendlichen dazu dient, die eigene Identität zu erproben, sich in verschiedenen Kontexten zu testen und vor allem – unabhängig von den Erwachsenen – die Relevanz, Auswirkungen,

Entwicklung und Veränderung der eigenen Ressourcen auf den Prüfstand zu stellen.

Aktivitäten in der Freizeit können aber auch Stress verursachen und so dem eigentlichen Sinn von Freizeit, ein Ausgleich zur Schule oder Arbeit zu sein, zuwiderlaufen. Dabei werden Freiräume oft dazu genutzt, Dinge zu tun, die für die Schule oder den Beruf wichtig sind. Nach Tully ist es beispielsweise nun üblich, dass die Fahrzeiten in Bus und Bahn nicht zur Entspannung genutzt werden, sondern die Verkehrsmittel ausgelagerte Büros darstellen im Sinne der „Mobilität des Mobilen“. Dies macht deutlich, dass Freizeit und freie Zeit nicht unbedingt gleichbedeutend sind. Freie Zeit wäre dann die, in der Jugendliche tatsächlich machen können, was ihnen wichtig ist, Freizeit etwas, das durchaus durch Termine strukturiert ist oder von Eltern oder Lehrerinnen und Lehrern gestaltet wird.

7.7 Der ländliche Raum und Angebote für Mädchen: Besondere Herausforderungen für die jugendpolitische Agenda in Rheinland-Pfalz

Wenn es der Jugendpolitik wirklich ernst damit ist, etwas für die jungen Menschen im Land Rheinland-Pfalz zu tun, ihre Lebenssituation zu verbessern und ihr subjektives Wohlbefinden zu respektieren, dann ergibt sich aus den Selbstauskünften der Jugendlichen zum Themenschwerpunkt Freizeitgestaltung und Angebot am Wohnort ein ganz klarer Handlungsauftrag.

Die Jugendlichen in den ländlichen Regionen und insbesondere die Mädchen auf den Dörfern sind verstärkt in den Blick zu nehmen; hier gilt es, spezifische Angebote zu schaffen. Andernfalls liegt der Gedanke der Abwanderung für die Jugendlichen sehr nahe. Aber auch von den Jugendlichen in den Städten ist immerhin die Hälfte unzufrieden mit dem Freizeit- und Kulturangebot für ihre Altersgruppe, obwohl die Zufriedenheit bei ihnen höher ausfällt als bei den Jugendlichen auf dem Land.

Im Hinblick auf den Stellenwert der Jugendarbeit wurde deutlich, dass diese für einen Teil der Jugendlichen eminent wichtig ist und vor diesem Hintergrund unbedingt erhaltenswert ist – dass aber der überwiegende Teil der jungen Menschen andere Freizeitinteressen verfolgt. Gleichzeitig sind die Bedeutung der Vereine und ihr hoher Stellenwert in den Freizeitaktivitäten der Jugendlichen sehr deutlich zu Tage getreten. Die Kinder- und Jugendarbeit der Vereine, insbesondere auch der Sportvereine, gehört je nach Ausprägung der jeweiligen Jugendarbeit des Vereins sowohl zu einem engen Begriffsverständnis von Jugendarbeit als auch zu einem weiten Begriffsverständnis. Ju-

gendarbeit in diesem weiten Sinne ist damit also weit mehr als das, was in den Jugendhäusern, den Jugendverbänden oder Jugendzentren angeboten wird – ohne deren Bedeutung schmälern zu wollen. Ein Anliegen des Berichtes ist es, auch alle anderen Aktivitäten, Angebote und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche in den Blick zu nehmen, die im engen Sinne nicht zur Kinder- und Jugendarbeit zählen würden.

Darüber hinaus haben die Selbstauskünfte der jungen Menschen sehr deutlich gezeigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund deutlich seltener in den Vereinen aktiv sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Hieran sollten Überlegungen angeschlossen werden, wie sich die Vereine noch stärker kulturell öffnen können.

Weiterhin zeigt sich in den Daten ein nicht gedeckter Bedarf hinsichtlich der Jugendarbeit, vor allem in den ländlichen Gegenden. Hier gaben viele Jugendliche in der Fragebogenstudie an, dass es entweder kein Jugendzentrum oder keine Verkehrsanbindung gibt, um die Angebote wahrzunehmen. Gerade für die Mädchen auf den Dörfern könnte und sollte die Jugendarbeit einiges tun und attraktive Angebote realisieren. Im folgenden Kapitel 8 werden grundlegende Überlegungen zu einer konzeptionellen (Neu-)Ausrichtung einer Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz erfolgen. Jugendarbeit wird dabei als soziale Infrastruktur verstanden und Respekt als Leitkategorie in den pädagogischen Konzepten der Jugendarbeit formuliert.

8 WOZU HEUTE WELCHE JUGENDARBEIT? RAHMENBEDINGUNGEN, ANFORDERUN- GEN UND ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN FÜR EINE MODERNE JUGENDARBEIT

Wozu nachdenken über die Jugend- arbeit von heute und morgen?

Die Jugendarbeit galt einst als das Herzstück der Kinder- und Jugendhilfe. Wenn Erwachsene heute über ihre Jugend nachdenken, ihre Biographie erzählen und über bedeutsame Momente ihrer Jugend berichten, dann spielt nicht selten die verbandliche Jugendarbeit als Ort der politischen bzw. kulturellen Bildung, der Begegnung mit Gleichaltrigen und der Emanzipation von traditionellen Rollenerwartungen eine entscheidende Rolle. Noch heute wirken bei Funktionsträgern in der Gesellschaft Netzwerke, die im Rahmen der offenen oder verbandlichen Jugendarbeit geschlossen wurden. Über Jahrzehnte galt die Jugendarbeit als ein bedeutsamer Ort für die politische Sozialisation im demokratischen Gemeinwesen, als Ermöglichungsraum für ein oftmals lebenslanges bürgerschaftliches Engagement in Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Vereinen und Verbänden. Hier konnten kulturelle Gegenwelten ebenso entworfen werden wie Anker gesetzt für gesellschaftliche Verantwortungsübernahme. Die Neuvermessung der Aufgaben, Funktionen und der erforderlichen Rahmenbedingungen steht auch in Rheinland-Pfalz an. Heute richtet sich das Augenmerk deutlich weniger auf die Potenziale der Jugendarbeit, was nicht verwundert, da auch

die Jugend weitgehend aus dem gesellschaftspolitischen Diskurs über die Zukunft der Gesellschaft verschwunden ist. Allenfalls wird im Rahmen der Demografiedebatte über das Fehlen ausreichend qualifizierter junger Menschen ein Fachkräftemangel ausgemacht und eine stringendere Zuführung junger Menschen in den Arbeitsmarkt gefordert. Wie es jenseits der Verwertungsinteressen um die Jugend steht und was Jugend heute braucht, um den Übergang ins Erwachsenenalter zu bewältigen, ist kaum noch Gegenstand gesellschafts- oder fachpolitischer Analysen.

Damit ist auch ungeklärt, wozu heute welche Jugendarbeit gebraucht wird. Einst das „Herzstück“ der „hellen Seite“ der Kinder- und Jugendhilfe (C. W. Müller) verkörpernd, stellt sie heute vielerorts neben den Kindertagesstätten, den Hilfen zur Erziehung, der Schulsozialarbeit und den Frühen Hilfen nur noch eine Randerscheinung dar, die vor dem Hintergrund härter werdender Verteilungskämpfe sehr grundlegend um ihre Existenz fürchten muss. Die Jugendarbeit steht ganz im Unterschied zu den anderen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe unter einem enormen Legitimationszwang und muss gleichzeitig angesichts veränderter Rahmenbedingungen durch den Ausbau der Ganztagschulen mit einem massiven Rückgang bei der Anzahl der Jugendlichen rechnen und sich

vor dem Hintergrund neuer attraktiver virtueller Welten neu erfinden. Dieser Anforderung musste sich die Jugendarbeit bei jeder neuen Generation stellen. Durch die erheblichen strukturellen Veränderungen im Bildungssystem und innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe selbst sind die Anforderungen für eine reflexiv angelegte Neuausrichtung der Jugendarbeit heute möglicherweise weitreichender.

Nachfolgend soll deshalb sehr grundlegend der Frage nachgegangen werden, wozu wir bzw. junge Menschen heute welche Jugendarbeit brauchen. Dabei wird aufgezeigt, dass es nicht um neue Angebotsformen oder Räume geht, sondern um ein Grundverständnis von Jugendarbeit, das sie zu einem selbstverständlichen Bestandteil der sozialen Infrastruktur macht, die entsprechend durch Rahmenbedingungen abgesichert werden muss.

Nachdenken über die Jugendarbeit nach 1945

Nach der moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus und der Instrumentalisierung aller Lebensbereiche für rassistische Staatsziele, die auch und gerade die Jugendarbeit erfasste, war eine Neubesinnung auf das, was Jugendarbeit in einer demokratischen Gesellschaft bedeutet, notwendig. Dabei bildete das Re-Education-Programm einen relevanten Rahmen für diese Neuaufstellung. Aus den vielfältigen Überlegungen, die auch gegen die restaurativen Tendenzen in Staat und Gesellschaft gerichtet waren, ergaben sich bald Antworten auf die Frage „Was ist Jugendarbeit?“ (vgl. Müller/Kentler/Mollenhauer/Giesecke 1964). Mit den vier neuen Antworten auf die alte Frage wurde das Programm einer reflexiven und emanzipatorischen Jugendarbeit ausgearbeitet, das für lange Zeit das Selbstverständnis der in der Jugendarbeit Tätigen beeinflusste. Die Bildungsreform der 1960er Jahre war denn auch mit einer wissenschaftlichen Systematisierung des pädagogischen Wissens verbunden, sodass bald ein Buch mit dem Anspruch, die Jugendarbeit schlechthin zu beschreiben, auf den Markt kam (Giesecke

1975). Der mit der Bildungsreform und mit ähnlichen Entwicklungen in der Gesellschaft einhergehende Modernisierungsprozess konnte zwar den Wissensbestand der pädagogischen Programmatik für die Jugendarbeit bestärken, doch ergaben sich in der Praxis und in der tatsächlichen Nachfrage für die Angebote der Jugendarbeit Einbrüche und Verwerfungen. Dies hing insbesondere mit der Transformation der großen Institutionen Kirche, Gewerkschaft und Gemeinwesen zusammen, die für die Jugendarbeit einen stabilen Hintergrund bildeten. Deshalb wurde die Frage „Wozu Jugendarbeit?“ praktisch und theoretisch virulent (Böhnisch/Münchmeier 1987). Eine weitere Publikation, die einen Meilenstein des Nachdenkens über Jugendarbeit darstellt, hat die spätere Entwicklung auf den Begriff gebracht, nämlich die Verlagerung des praktischen Arbeitsschwerpunktes auf jüngere Jugendliche und schließlich Kinder und Kids (Thole 2000). Wenn heute über Jugendarbeit gesprochen wird, kann diese Entwicklung nicht ausgeblendet werden. Über Jugendarbeit zu sprechen ist komplexer geworden und muss eine mehrstufig formulierte Frage diskutieren: Wozu welche (Kinder- und) Jugendarbeit heute?

Um welche Jugend handelt es sich?

Die Begriffe Jugend und Jugendarbeit waren noch nie eindeutig zu definieren. Anders formuliert: Es gibt weder die Jugend noch die Jugendarbeit. Was unter Jugend verstanden wird, ist eine historisch je unterschiedliche gesellschaftlich-soziale Konstruktion im Zusammenspiel von Politik, Wissenschaft, Kultur, Medien und den für die Jugend vor allem zuständigen Institutionen wie Familie, Schule oder Kinder- und Jugendhilfe. Jugend ist in jeder heranwachsenden Generation auch das, was junge Menschen in der Auseinandersetzung mit der ihnen vorgegebenen Welt selbsttätig aus dieser Lebensphase machen, wie sie sie kulturell prägen und was davon als Gegen-, Sub- oder Jugendkultur gesellschaftlich abgewehrt, aufgenommen oder gar in die Erwachsenenkultur übernommen wird. Die Jugend lässt sich nur im Plural definieren, ist eingebunden in die soziostrukturellen Be-

dingungen, die bei jedem jungen Menschen, ob Junge oder Mädchen, mit und ohne Behinderung, mit und ohne Migrationshintergrund, mit oder ohne auskömmliche materielle, soziale oder kulturelle Ressourcen die biologischen, sozialen und bildungsbezogenen Entwicklungsphasen und Bewältigungsaufgaben vorstrukturieren und bestimmen.

Die Jugendzeit ist also ein gesellschaftlich bedeutendes Entwicklungsprogramm, durch das der generative Wandel und die gesellschaftliche Erneuerung vorbereitet und eingeleitet werden. Aus diesem Grund ist die Lebensphase Jugend für die Gesellschaft und Politik, aber auch für die Wirtschaft und Kultur so spannend und interessant. An die nächste Generation werden konkrete Erwartungen geknüpft, die der junge Mensch zukünftig als mündiger Bürger, Konsument und als Arbeitskraft zu erfüllen hat, damit das gesellschaftliche Entwicklungsniveau erhalten oder besser noch, erweitert werden kann. Gleichzeitig stellt die Jugendphase aber auch eine Projektionsfläche der Erwachsenen für die nicht erfüllten individuellen wie gesellschaftlichen Hoffnungen, für die nicht realisierten alternativen Biografieverläufe und Lebenskonzepte dar. Da die Jugend eine zukunfts-offene Entwicklungsphase symbolisiert, wird sie in vielen Gesellschaften mythologisiert, dramatisiert oder besonders stark kontrolliert.

In der Jugendforschung ist hinreichend belegt, dass der für die Lebensphase Jugend prägende biologische Entwicklungsprozess einerseits früher einsetzt (was auch ein Hinweis auf die enge Verschränkung von „biologischen“ und sozialen Einflüssen ist) und damit die Abgrenzung zur Kindheit fließender wird. Zugleich weiten sich die Bildungszeiten und die ökonomischen Abhängigkeiten vom Elternhaus zeitlich aus. Auch wird es immer schwieriger, genau zu definieren, was die Jugend von anderen Lebensphasen unterscheidet. Viele Elemente dieser Lebensphase sind heute allgemein in der Gesellschaft und in allen Altersgruppen zu finden, zum Beispiel bestimmte Ausdrucksformen, Musik- oder Kleidungsstile. Jugendlich-Sein ist „angesagt“, gehört zum modernen

Habitus. Für Jugendliche ist es deshalb schwierig, in Abgrenzung zu anderen Lebensphasen eine eigene Ausdrucksform zu finden. Eine Analyse der Lebensphase Jugend, wie sie sich je konkret in der jeweiligen historischen Situation darstellt, ist allerdings die Voraussetzung, um definieren zu können, was Jugendarbeit ist oder sein soll. Denn Jugendarbeit hat es mit einem ganzen Komplex von Jugendlichkeit in der Gesellschaft zu tun – zudem in ihrer einmalig individuellen Ausformung in der Arbeit mit dem einzelnen Jugendlichen.

Was ist Jugendarbeit?

Jugendarbeit ist kein Selbstzweck. Sie soll – so beschreibt es der Gesetzgeber in § 11 SGB VIII – junge Menschen in Entwicklungsprozessen fördern, zur Selbstbestimmung befähigen und zur gesellschaftlichen Mitverantwortung anregen. Unter dem offenen Begriff Jugendarbeit lassen sich sehr unterschiedliche, mehr oder weniger pädagogisch ausgestaltete Sozialisations-, Interaktions- und Bildungsarrangements fassen, die von öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, von Vereinen oder Initiativen, selbstorganisiert von jungen Menschen, punktuell, sporadisch oder über einen längeren Zeitraum vorgehalten werden. An diesen mehr oder weniger vorstrukturierten Orten treffen sich Gruppen von jungen Menschen, gestalten Kommunikationsräume, Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote oder engagieren sich für politische oder soziale Ziele. Sie tun dies entweder selbstorganisiert, mit Unterstützung von Ehrenamtlichen oder in Begleitung von Professionellen. Jugendarbeit findet an fest definierten Orten (z. B. Jugendhaus, Verein, Kirchengemeinde, Ganztagschule), an Plätzen, die sich die Jugendlichen angeeignet haben (z. B. Busstation, Einkaufszentrum, Grünanlage, Sportplatz) oder in virtuellen Räumen (z. B. Chats, digitale Spiele) statt. Jugendarbeit ist also mehr als das Bereitstellen von Jugendräumen, die Unterstützung von Jugendverbänden oder die Beschäftigung von pädagogischem Fachpersonal. Von Jugendarbeit kann man immer dann sprechen, wenn für junge Menschen intentional pädagogisch anre-

gungsreiche Räume vorgehalten bzw. von jungen Menschen frequentierte Räume unterstützt, die Entwicklungsverläufe, das Bewältigungshandeln und die Teilhabechancen von jungen Menschen aus einer pädagogischen Perspektive beobachtet und ggf. bedarfs- und beteiligungsorientierte Angebote von Ehrenamtlichen oder Professionellen zur Ermöglichung der Aneignung von Welt und der Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie zur Verfügung gestellt werden. Im Unterschied zu dem, was junge Menschen alltäglich selbsttätig und unbeobachtet von Erwachsenen tun, wird die Jugendarbeit erst zu einem Handlungs- und Sozialisationsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, wenn sie durch intentionales pädagogisches Handeln von Erwachsenen dazu gemacht wird.

Wozu Jugendarbeit?

Weder definitorisch noch empirisch lässt sich einfach beschreiben, was Jugendarbeit ist oder sein soll. Die Ausführungen in diesem Bericht zur Bestandsaufnahme in Rheinland-Pfalz haben gezeigt, dass es wenig empirische Daten gibt, während die Erscheinungs- und Angebotsformen so vielfältig sind, dass sie nur schwerlich mit einfachen Kategorien beschrieben und analysiert werden können. Die Jugendarbeit befindet sich derzeit in einer sehr ambivalenten und entwicklungs-offenen Situation. Einerseits handelt es sich um ein zentrales Kernfeld der Kinder- und Jugendhilfe, das rechtlich normiert ist und in den vergangenen Jahrzehnten eine beachtliche Ausdifferenzierung, Etablierung und Professionalisierung erfahren hat. Angesichts des kontinuierlichen Rückgangs der Anzahl von Kindern und Jugendlichen wird Jugend zu einem knappen Gut und damit aus unterschiedlichen Gründen „wertvoll“. Die Jugendarbeit stellt ein Instrument dar, um eine Kommune familien- und kinderfreundlich zu gestalten, die Bleibeorientierung von jungen Menschen in dünn besiedelten Gebieten zu erhöhen und das sich verändernde Generationengefüge positiv zu beeinflussen. Im Kontext der Ganztagschulgestaltung nimmt die Jugendarbeit ebenso an Bedeutung zu wie bei der Ausgestaltung von Integrations- oder

Inklusionsansätzen im Bildungssystem und in den Kommunen.

Andererseits nimmt der Stellenwert der Jugendarbeit im Gesamtgefüge der Kinder- und Jugendhilfe ab. Während der Ausbau der Kindertagesstätten, die Hilfen zur Erziehung, der Kinderschutz und der Aufbau Früher Hilfen deutlich vorangetrieben werden, stagniert die Jugendarbeit bzw. muss im Zuge von Einsparungen um ihre Existenz fürchten. In Rheinland-Pfalz beträgt der Anteil der Ausgaben für Jugendarbeit an allen Jugendhilfeausgaben nur noch knapp 4 %. Eine Trendwende ist vor dem Hintergrund der Schuldenbremse nicht zu erwarten.

Spannungsfelder der Jugendarbeit heute

Die Ausgangslage für die Jugendarbeit stellt sich höchst ambivalent dar. Wie schon der 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes feststellt, geht es einem großen Teil der Kinder und Jugendlichen so gut wie noch nie (vgl. BMFSFJ 2013). Gleichzeitig, und das zeigen auch die Daten für Rheinland-Pfalz, gibt es eine große Gruppe junger Menschen, die aufgrund mangelnder materieller, familialer oder bildungsbezogener Ressourcen mit erheblichen Risiken und Teilhabebeeinträchtigungen zu kämpfen hat. Zu diesem Ergebnis kommt auch der aktuelle Bildungsbericht 2014 (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014), der bei knapp 30 % der jungen Menschen mindestens einen Risikofaktor identifiziert, der mit hoher Wahrscheinlichkeit die gesellschaftlichen Teilhabechancen negativ eingrenzt. Die PISA-Debatte und die öffentlich rezipierten internationalen Vergleichsstudien zum Bildungserfolg haben deutlich gemacht, dass Bildung der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe ist. Ein höherwertiger Bildungsabschluss ist die zentrale Voraussetzung für individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand. In diesem Zusammenhang sind auch die Leistungs- und Bildungserwartungen an junge Menschen gestiegen. Kinder wie Eltern müssen über ein gutes Bildungsmanagement verfügen, um die Bildungskarriere problemlos zu durchlaufen. Der zunehmende Leistungsdruck im Bildungssystem korrespon-

diert jedoch mit einer Zunahme psychischer Probleme junger Menschen sowie mit vermehrten ADHS- und Autismus-Diagnosen und Ritalinverschreibungen durch Ärzte. Auf diesen Trend weist schon der 13. Kinder- und Jugendbericht des Bundes (vgl. BMFSFJ 2009) hin. Die dort beschriebenen Entwicklungen zeigen sich auch in Rheinland-Pfalz, beispielsweise bei der Zunahme von Hilfen für seelisch behinderte bzw. von einer Behinderung bedrohte junge Menschen (§ 35a SGB VIII) sowie bei der Ausweitung von Integrationshilfen an Schulen. Während ein wachsender Teil junger Menschen den Bildungsanforderungen nur mühsam gerecht werden kann, mangelt es bei anderen an Möglichkeiten, sich mit der Welt in anregungsreichen Räumen auseinanderzusetzen. Die Beschreibung der Jugendzeit als Schon- und Entwicklungsraum stellt sich empirisch als immer fragwürdiger dar. Vielmehr wachsen in einer komplexer werdenden Welt die Anforderungen an die nachfolgende Generation, die sie im Übergang ins Erwachsenenalter zu erfüllen hat. Dieses Mehr an Wissen, Können, Selbstbildung und Reflexionsfähigkeit soll zugleich in kürzerer Zeit erworben werden, damit die jungen Menschen ohne lange Ausbildungszeiten dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Die Verdichtung von schulischen und selbst gewählten Bildungszeiten in der Ganztagschule oder in Kursen (z. B. Musik, Kultur) verändert nicht nur die Tagesstruktur von Kindern und Jugendlichen, sondern engt den Zeitraum für Aktivitäten außerhalb der Schule beträchtlich ein. Wie die Daten der rheinland-pfälzischen Jugendbefragung zeigen, engagieren sich etwa zwei Drittel aller jungen Menschen in einem Verein. Diese sportlichen oder kulturellen Aktivitäten am Wohnort stehen bei den Jugendlichen nach wie vor hoch im Kurs. Allerdings werden die Zeitfenster nach der Schule kleiner und damit die freie Zeit für Vereinsaktivitäten immer geringer, die sich dann teilweise auf das Wochenende konzentrieren. Angesichts der veränderten Tagesstruktur junger Menschen verwundert es auch nicht, dass nur ein geringer Prozentsatz die Angebote der Jugendarbeit nutzt – wobei es sich dabei natürlich nur um eine Ein-

flussgröße unter anderen handelt. Denn wenn die Ganztagschule heute vielfach als Gegenspieler der Jugendarbeit gesehen wird und als Ursache von Rekrutierungs- und Beteiligungsproblemen, dann ist das vielfach eine Ablenkung von anderen Ursachen für diese Probleme. Zudem wird der Jugendarbeit im Rahmen der Ganztagschule ein neues Betätigungsfeld eröffnet.

In den ländlichen Regionen gibt es nicht überall Angebote der Jugendarbeit, oder Jugendliche können sie aufgrund eingeschränkter Mobilität kaum nutzen, weil sie in der Nachbargemeinde stattfinden. Zugleich macht die Jugendbefragung sehr deutlich, dass fast 60 % aller jungen Menschen das Freizeit- und Kulturangebot an ihrem Wohnort als „schlecht“ bis „sehr schlecht“ bewerten. Die digitalen Medien gehören ganz selbstverständlich zur Lebenswelt junger Menschen; sie sind nicht nur spannend und modern, sondern auch eine konkrete Alternative zum Mangel an realen Angeboten in der Umgebung. Die Beschäftigung mit virtuellen Welten nimmt einen erheblichen Anteil am Freizeitverhalten ein.

Die Jugendarbeit als soziale Infrastruktur

Die bei der Beschreibung der Ausgangslage zutage getretenen Ambivalenzen machen deutlich, dass Aufgaben, Funktionen, Orte und Angebote der Jugendarbeit neu gefasst werden müssen. Angesichts des Ausbaus von Ganztagschulen kann Jugendarbeit nicht mehr hinreichend als „außerschulisches“ Bildungsangebot im Zuständigkeitsbereich der Kinder- und Jugendhilfe begründet werden, wie es über Jahrzehnte der Fall war. Die Schule stellt für junge Menschen nicht nur einen Bildungsort, sondern auch eine bedeutsame soziale Lebenswelt dar. Nicht nur vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Schule ein wichtiger Treffpunkt für Kontakte zu Gleichaltrigen, die am Herkunftsort kaum noch möglich sind. Im Nachmittagsbereich der Ganztagschule hat die Jugendarbeit bereits ihren Platz gefunden und gestaltet Schule mit. Auch die verbandliche

Jugendarbeit ist an der Schule zu finden, da sie hier Zugang zu allen jungen Menschen findet. Damit hat die Jugendarbeit in all ihren unterschiedlichen Facetten längst ihren selbstverständlichen Platz an der Schule, ist dort unabhömmlich und verändert Schule. Gleichzeitig ist sie an die institutionellen Rahmenvorgaben gebunden (z. B. die Zeiten, die Taktung, die Räume), muss sich auf die Anforderungen von Schule einlassen und einen Teil ihrer Autonomie abgeben. Trotz der Vorteile und Chancen für alle Beteiligten, die in einer neuen Form der Zusammenarbeit von Jugendarbeit und Schule liegen, muss es auch um und außerhalb der Schule eine Jugendarbeit geben, die Räume für junge Menschen schafft und mitgestaltet. Das ist im Kontext von Schule nur eingeschränkt möglich. Aber es ist auch eine Entwicklungsaufgabe der Jugendarbeit, sich in diesem Rahmen Autonomie zu bewahren und die Prinzipien der Selbstbestimmung und der Freiwilligkeit durchzusetzen.

Die Jugendarbeit ist prinzipiell für alle jungen Menschen offen und hat konzeptionell den Anspruch, für sehr unterschiedliche und sich wandelnde Ziel- und Altersgruppen, für Jungen und Mädchen, für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund mit ihrer Beteiligung die passenden Angebote zu schaffen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, muss sie sich auf die unterschiedlichen Lebenswelten und Bedürfnisse der Mädchen und Jungen einlassen, wobei sie auch in Konkurrenz tritt zu attraktiven kommerziellen Angeboten. Sie muss die Arbeit in virtuellen Welten ebenso integrieren wie benachteiligte junge Menschen ansprechen, ohne dass sie als günstige Variante der Hilfen zur Erziehung (§ 27 ff. SGB VIII) oder der Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII) vereinbart wird.

Dieser programmatische Anspruch, ein attraktives Angebot für alle jungen Menschen vorzuhalten, setzt nicht nur ausreichende Ressourcen (z. B. Personal, Räume), ein fachlich reflektiertes Konzept und ein hohes Maß an Beteiligung voraus. Diesen Anspruch kann die Jugendarbeit nur erfüllen, wenn sie sich innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe eigenständig verortet und lokal in funktionie-

rende Netzwerke mit Schulen, Vereinen und der Kommunalpolitik eingebunden ist. Die Jugendarbeit stellt die Plattform dar, damit junge Menschen eigenverfügbare Räume zu ihrer biografischen Entwicklung und sozialen Entfaltung nutzen können. Das bedeutet auch, dass Beratungs-, Förderungs- und Hilfsangebote je nach Sozialraum und Nutzerstruktur zur Unterstützung der Jugendarbeit konzeptionell integriert bzw. bedarfsorientiert hinzugezogen werden können. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, das Verhältnis der Jugendarbeit zu Familie, Schule und Ausbildung neu zu bestimmen. Jugendarbeit als eigenständiger Ort ergibt sich nicht daraus, dass sie sich gegen andere Erziehungsinstitutionen und Sozialisationsinstanzen abgrenzt. Vielmehr hat sie sich konsequent an den Entwicklungsaufgaben von jungen Menschen zu orientieren und Räume für die unterschiedlichen Bedürfnisse bereitzustellen. Dies gelingt mitunter nur im Zusammenspiel mit Familie, Schule oder dem Ausbildungsbereich.

Angesichts des rasanten gesellschaftlichen Wandels, der Vielzahl an gesellschaftlichen Aufgaben, die die Jugendarbeit im Sozialisationsprozess übernehmen kann (demokratische Orientierung, Übernahme sozialer Verantwortung, politische Bildung, Prävention), und angesichts der Ausdifferenzierung der schulischen, kommerziellen und medialen Unterstützungs- und Hilfsangebote lässt sich die Jugendarbeit nicht mehr auf das Jugendhaus, die Jugendarbeiterin und den Jugendarbeiter oder die verbandliche Jugendarbeit reduzieren.

Die höchst unterschiedlichen Erscheinungsformen von Jugendarbeit lassen sich besser mit dem Begriff der „sozialen Infrastruktur“ beschreiben. Dieser Begriff impliziert, dass es sich nicht um einzelne Angebote, punktuelle Ereignisse oder verzichtbare Räume für junge Menschen handelt. Jugendarbeit bzw. soziale Infrastruktur stellt vielmehr ein sozialstaatliches Leistungsangebot dar, dessen Rahmenbedingungen von Staat und Kommune garantiert werden müssen – streng nach dem Subsidiaritätsprinzip – und das sich dennoch in Selbstbestimmung realisiert.

Was bedeutet Jugendarbeit als soziale Infrastruktur?

Die Jugendarbeit ist unter Legitimationsdruck geraten. Viele Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe expandieren, da sie in ihrer Bedeutung für günstige Sozialisationsbedingungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verbesserung der Bildungsbedingungen oder die Sicherung des Kinderschutzes nicht angezweifelt werden. Dazu gehören die Kindertagesstätten ebenso wie die Schulsozialarbeit oder die Hilfen zur Erziehung. Bei einer genauen Analyse der Leistungsfelder der Kinder- und Jugendhilfe zeigt sich, dass lediglich die Jugendarbeit in den Hintergrund gerückt ist, obwohl sie über Jahrzehnte für die „helle Seite“ (C. W. Müller) der Kinder- und Jugendhilfe stand. Diese Entwicklung verwundert nicht, da die Legitimation der Jugendarbeit im öffentlichen und politischen Raum auch deshalb immer schwieriger wurde, weil sie nicht über einen einklagbaren individuellen Rechtsanspruch wie die Kindertagesstätten oder die Hilfen zur Erziehung verfügt. Es ist ruhig geworden um die Jugend(-arbeit). Die Jugend selbst macht kaum noch in Schlagzeilen von sich reden. (Die Skandalmeldungen über „Komasaufen“ sind nicht nur falsch in Bezug auf die unterschiedlichen Umstände, die unter diesen maßlosen Begriff gefasst werden, sondern sie verdecken auch die Tendenz des zurückgehenden Alkoholkonsums bei Jugendlichen (vgl. BZgA 2014.) Es gibt keine Jugendkrawalle mehr, die „Ängste“ vor der nächsten Generation wecken könnten. Für die „Problemjugendlichen“ gibt es spezifische Angebote, die von Cliquenarbeit bis hin zu sozialen Trainings reichen. Für die Jugendlichen, die nicht sofort einen Ausbildungsplatz bekommen, stellt die Jugendberufshilfe ein komplexes Übergangssystem zur Verfügung, das zwar viel kritisiert wird, aber für einzelne junge Menschen eine wichtige Sozialisationshilfe ist. Dadurch geht ein typisches Legitimationsmuster der Jugendarbeit verloren, nämlich durch präventive Angebote und gezielte sozialintegrative Programme ein „Abgleiten“ der nächsten Generation bzw. spezifischer Zielgruppen zu verhindern.

Wozu also noch Jugendarbeit, da die Einlösung aller Präventionsversprechen, die in der Vergangenheit mit dem Ausbau der Jugendarbeit verbunden waren, nicht mehr erforderlich scheint und sich die Versprechungen zudem selten als empirisch haltbar erwiesen haben? Je nach Zählweise werden anders als bei der vorschulischen Erziehung oder der Schulsozialarbeit „nur“ ca. 5 % der jungen Menschen erreicht. Selbst im Bereich der Einzelfallhilfen liegt die Quote der Nutzerinnen und Nutzer mittlerweile höher (vgl. AKJStat 2014).

Die Jugendarbeit braucht ein anderes Legitimationsmuster, da sie weder Ersatz für Einzelfallhilfen noch eine ordnungspolitische Maßnahme bei abweichendem Verhalten darstellt. Entsprechend der rechtlichen Vorgabe im § 11 SGB VIII bietet sich an, die Jugendarbeit tatsächlich als „soziale Infrastruktur“ zu bezeichnen (vgl. Böhnisch/Münchmeier 1999, S. 34 ff.). Dadurch wird sie unabhängiger von aktuellen Erfordernissen oder einer angebotspädagogischen Ausrichtung. Eine kommunale Infrastrukturleistung wie Straßen, Wasser, Schwimmbäder, Theater oder Verwaltungen ist für alle Einwohner bestimmt, da sie von allen benötigt wird, ohne dass auch alle sie zwingend in gleicher Weise in Anspruch nehmen.

Entsprechend lässt sich auch die Jugendarbeit begründen. Für alle jungen Menschen zeigen sich Entwicklungsaufgaben, die auf dem Weg ins Erwachsenenalter bewältigt werden müssen. Dazu bedarf es spezifischer Räume und anregungsreicher Arrangements, die von der Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden. Wie sie von den Jugendlichen genutzt werden, wird von diesen bestimmt. Insofern bleibt Jugendarbeit ein Spannungsfeld, das sich seine Nachfrage und Nutzung durch die Attraktivität für die Jugendlichen selbst erarbeitet. Im Zeitalter eines überbordenden Konsumangebots und eines politisch forcierten Marktes von verführerischer Unterhaltungselektronik ist diese Attraktivität prekär. Der Anspruch und die Notwendigkeit, im Prinzip für alle Jugendlichen offen zu sein, erweitern die innere Spannung der Jugendarbeit, die nur durch die Qualität ihrer Aus-

stattung und die Freundlichkeit des pädagogischen Handelns gemildert werden kann.

Der offene Begriff der sozialen Infrastruktur umfasst gleichermaßen

- Räume, die sich die jungen Menschen aneignen können,
- spezielle Jugendräume,
- Jugendhäuser, die mit pädagogischem Programm anregungsreiche Räume für Bildung und Bewältigung zur Verfügung stellen,
- pädagogisches Fachpersonal, das Angebote und/oder Räume vorhält,
- die offenen und verbandlichen Angebote der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, Vereine und Verbände,
- Angebote in Ganztagschulen,
- Projekte im Bereich der Fan-, Medien- und Kulturarbeit

sowie die sporadischen Aktivitäten von und mit Jugendlichen in den verschiedenen Räumen und Institutionen, in denen sich junge Menschen aufhalten. Diese Aktivitäten können nicht vorgeplant und vorausberechnet werden, weil sonst ihr spezifischer Charakter verloren ginge und Jugendliche keine Lust auf „verordnete Spontaneität“ haben. Aber bei der Planung von Einrichtungen und öffentlichen Plätzen sollen die Möglichkeiten einer Nutzung durch Jugendliche nicht verbaut werden.

Jugendarbeit als soziale Infrastruktur zu definieren impliziert also den kommunalpolitischen Gestaltungswillen, dafür zu sorgen, dass es solche verlässlichen Entwicklungsräume für junge Menschen gibt und ihre Möglichkeiten sich konsequent auf die Entwicklungsaufgaben des Jugendalters beziehen. Das bedeutet, die Eigenständigkeit dieser Aufgabe und die damit zusammenhängenden Rahmenbedingungen als kommunalpolitische Pflichtleistung zu verstehen, die nicht hinreichend abgedeckt wird durch Familie, Schule oder andere Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Neue Anforderungen an die Jugendarbeit

Versteht man Jugendarbeit als Angebot einer sozialen Infrastruktur, ergibt sich daraus eine Reihe konzeptioneller Anforderungen und Konsequenzen für ihre Rahmenbedingungen. Jugendarbeit ist mehr oder weniger pädagogisch ausgerichtetes Ortshandeln. Konzeptionell werden hier drei Anforderungen deutlich: Erstens geht es darum, den Orts- und Raumbezug der Jugendarbeit zu klären. Zweitens sind die Funktion und Aufgaben von Jugendarbeit genauer zu fassen angesichts der Notwendigkeit, das Verhältnis von öffentlicher und privater Verantwortung neu zu bestimmen – im Zusammenspiel von Kinder- und Jugendhilfe, Familie und Schule. Drittens und nicht zuletzt gilt es, dabei den Subjektbezug einer emanzipatorischen Jugendarbeit in einem klaren pädagogischen Konzept zu fassen. Theoretische Grundlegungen zur Jugendarbeit sind vorhanden (vgl. beispielsweise Böhnisch/Münchmeier 1999; Kiesel/Scherr/Thole 1998). Heute fehlt es vor allem an konzeptionellen Konkretisierungen, die nicht einfach nur die weitreichenden normativen Ziel- und Aufgabenbeschreibungen reproduzieren, was angesichts der Ausstattung und der alltäglichen Erfordernisse der Jugendarbeit realitätsfern ist und zu Überforderung führt. Diese Konkretisierungen können auch nicht in allgemeinen Texten (wie beispielsweise einem Jugendbericht) vorgestellt werden, denn der „Zwang zur konkreten Attraktivität“ kann nicht bewältigt werden, indem man nach Rezepten handelt. Qualität entsteht in der situativ angemessenen Verbindung von konzeptioneller Reflexivität und personaler Kompetenz. Und diese Qualität entsteht nicht vor und nach dem pädagogischen Handeln, sondern in seiner praktischen Durchführung.

Dazu gehört, im kommunalen Raum deutlich zu machen, was den Orts- bzw. Raumbezug der Jugendarbeit ausmacht. Die Raumorientierung stellt dabei noch kein Konzept dar, sondern beschreibt allgemeine Voraussetzungen, die Grundlage für die Erarbeitung sinnvoller Konzepte sein können (vgl. Müller 1998, S. 37 ff.). Mit der Orientierung „Ort“ soll deutlich gemacht werden, dass Jugend-

arbeit immer kontextabhängig ist und die Lebenssituationen bzw. der Alltag durch die je gegebenen sozialstrukturellen Verhältnisse vorgeprägt sind. Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten findet andere Voraussetzungen vor als Jugendarbeit in dünn besiedelten ländlichen Regionen, in denen kaum noch *peer groups* zu finden sind. Der Orts- bzw. Raumbezug der Jugendarbeit meint damit deutlich mehr als die oft eher technokratisch verkürzten Sozialraumkonzepte, die lediglich auf geografische Räume abheben. Gemeint ist hier der geografisch gerahmte soziale Raum, der das „Aneignungsmaterial“ für die Selbstbildung des Individuums bietet (vgl. Hamburger 2012, S. 128). Das Aneignungshandeln der Jugendlichen, bezogen auf die materielle und die immaterielle Welt unserer Zeit, ist subjektbestimmt und bedarf doch der helfenden Unterstützung. Pädagogisches Handeln im Feld der Jugendarbeit folgt den Konturen des vorgegebenen Raums und gestaltet ihn weiter so, dass Jugendliche ihn sich aneignen und ihre Identität erweitern können.

Ein orts- bzw. raumbezogenes Konzept der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit muss in diesem Sinn die unterschiedlichen Räume junger Menschen berücksichtigen. Zu den Räumen gehören die wechselnden Aufenthaltsorte wie Bushaltestellen, Parks, Dorfplätze oder abgelegene Industriezonen, die sich die jungen Menschen selbsttätig angeeignet haben, genauso wie Jugendräume, Jugendhäuser, die Schule sowie die Gelegenheitsstrukturen der Vereine, Verbände und Kirchengemeinden. Das Programm der den Rahmen setzenden Institutionen bei der verbandlichen Jugendarbeit ist Teil des „Ortes“, an dem ihre Jugendarbeit stattfindet. Im Unterschied zur Offenen Jugendarbeit bilden hier der materielle Raum und der ideelle Raum eine Einheit und geben eine konkrete Situation für das pädagogische Handeln in der Jugendarbeit vor. Insoweit ist hier ein zusätzliches Moment der Komplexität für pädagogisches Handeln gegeben, das sowohl den Anspruch der Institution als auch den der Jugendlichen unmittelbar aufgreift.

Eine orts- und raumbezogene Jugendarbeit hält nicht nur selbst Räume vor, sichert Plätze im öffentlichen Raum, sondern ist zugleich aufsuchend und fördert die Mobilität. Vor allem in dünn besiedelten ländlichen Regionen ist die Mobilitätsförderung eine der größten Herausforderungen, während sich im städtischen Bereich eher die Frage stellt, wo überhaupt noch öffentliche Räume für junge Menschen zu finden sind. Beide Herausforderungen sind nur mit Unterstützung der Kommunalpolitik zu meistern, weil es sich hier nicht um originär pädagogische Aufgaben handelt, sondern um Aspekte der Infrastrukturpolitik. Die Entwicklung von jugendgerechten Mobilitätskonzepten wird in ländlichen Regionen zur zentralen Aufgabe angesichts des tief greifenden demografischen Wandels. Die Ergebnisse der Jugendbefragung verweisen sehr deutlich darauf, dass die Attraktivität des Herkunftsortes und die Entscheidung, dort zu bleiben, auch damit zusammenhängen, ob Jugendliche mit anderen Jugendlichen etwas unternehmen können. In vielen ländlichen Gemeinden in Rheinland-Pfalz ist Mobilität eine Grundvoraussetzung, um überhaupt andere Gleichaltrige treffen, in Sport- und Musikvereinen mitwirken oder jugendgerechte Freizeitaktivitäten gemeinsam unternehmen zu können.

In städtischen Regionen stellt sich diese Frage weniger. Hier fehlen vielmehr öffentliche Räume, die sich junge Menschen gefahrlos aneignen können, und entsprechende Beteiligungsstrukturen. Zum Raumbezug der Jugendarbeit gehören ebenso die virtuellen Welten, die konzeptionell integriert werden müssen. Die unterschiedlichen Dimensionen des Raumbezugs müssen nicht nur konzeptionell verarbeitet werden, sondern auch in der kommunalen Jugendhilfeplanung ihren Niederschlag finden, wenn diese unter Beteiligung der jungen Menschen erfolgreich arbeiten will. Gerade weil der städtische Raum durch die Perfektion moderner Technologien abschließend gestaltet erscheint, ist Partizipation bei der Entwicklung der Jugendarbeit unerlässlich.

Die Konkretisierung des Raumbezugs als zugleich allgemeiner Rahmen und konkreter Gegenstand

der Konzeptarbeit stellt nur eine Herausforderung für die Jugendarbeit dar. Neu definiert werden muss ebenfalls das Verhältnis von Jugendarbeit zu Schule und anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe. Diese Aufgabe ist nicht dadurch zu bewältigen, dass nur das Eigene und Besondere der Jugendarbeit als Sozialisationsort neben Familie und Schule herausgestellt wird, wie es in der Vergangenheit der Fall war. Vielmehr besteht die Anforderung darin, das Eigene an der Schnittstelle und in Kooperation mit den anderen Sozialisations- und Lebensorten deutlich zu machen. Die Sicherung von Freiräumen für junge Menschen, ihre Beteiligung an der Ausgestaltung ihrer Lebenswelten, die Unterstützung von Bewältigungshandeln und die Ermöglichung der Aneignung von Welt und der Übernahme sozialer Verantwortung ist nicht nur abgrenzend möglich. Auch die Gemeinsamkeit der Perspektiven soll sichtbar werden, indem der spezifische Blick und Auftrag der Jugendarbeit in der Schule und im Verhältnis zur Familie und den anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe deutlich gemacht wird. Jugendspezifische Fragestellungen müssen in Familienbildungsangeboten genauso ihren Platz finden, wie kommunale Bildungslandschaften nicht nur unter Leistungs- und Kompetenzkriterien schulischer Anforderungen ausgestaltet werden, sondern auch Elemente von Lebensbildung und Freiräume zur Selbstentfaltung enthalten sollten. Der 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundes stellt heraus, dass im Kontext von Schule und Jugendhilfe das Ausmaß an öffentlicher Verantwortung deutlich gewachsen ist. Vor diesem Hintergrund könnte der Auftrag der Jugendarbeit darin bestehen, darauf zu achten, dass nicht nur die gesellschaftlich nützlichen Seiten der Jugend in öffentlicher Verantwortung gestärkt, sondern auch Freiräume zur Selbstentfaltung gesichert werden. Angesichts der immer kleiner werdenden Räume für Jugendliche besteht die Aufgabe der Jugendarbeit auch darin, dem Eigensinn der Jugend in jeder Generation zur Geltung zu verhelfen und dafür zu sorgen, dass jungen Menschen Respekt entgegengebracht wird. Schließlich liegt es im Zukunftsinteresse der Gesellschaft, wenn die Jugend einen Experimentierraum hat, den sie selbst gestalten

kann, auch auf riskante Weise. Denn die so entstehende Kreativität ist das eigentliche Kapital für die humane Zukunft der Gesellschaft. Wenn heute die „Infrastruktur Jugendarbeit“ wegen Sparzwang beschnitten bzw. gar nicht erst weiter ausgebaut wird, dann wird die Zukunftsbelastung „Verschuldung“ verlagert in die Zukunftsbelastung „Entfaltungsenge“. Hier besteht also eindeutig politischer Handlungsbedarf: Die Kommunen brauchen wieder finanzpolitischen Gestaltungsspielraum.

Die Ergebnisse der Jugendbefragung in Rheinland-Pfalz zeigen sehr deutlich, dass der Wunsch nach Anerkennung und einem respektvollen Umgang ein ganz zentrales Anliegen junger Menschen ist. Respekt bedeutet für junge Menschen, dass sie so akzeptiert werden, wie sie sind, und ihnen auch ein Experimentierfeld für die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Anforderungen zugestanden wird. Wer sich nicht als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft anerkannt sieht, hat keinen Grund, sich positiv entwickeln zu wollen und später einen sinnvollen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.

Respekt ist zudem ein Schlüsselbegriff, um auch das Pädagogische an einer subjektorientierten und emanzipatorischen Jugendarbeit konzeptionell herauszuarbeiten. Wer auf den respektvollen Umgang mit Kindern und Jugendlichen Wert legt, reflektiert damit die in pädagogischen Beziehungen herrschenden Machtverhältnisse zwischen den Generationen und erkennt Unterschiede an. Deshalb sind Freiräume ohne Einfluss Erwachsener notwendig, denn Bildung ist vor allem auch Selbsttätigkeit in anregungsreichen Räumen. Als pädagogische Leitkategorie ist Respekt auch deshalb geeignet, weil hier nicht nur die moralische Kraft des „guten Willens“ bei allen Beteiligten eingefordert wird, sondern auch konkret die Erfahrung des Aufeinander-angewiesen-Seins gemacht werden kann (vgl. Müller 1998, S. 53). Respekt als eine Leitkategorie in pädagogischen Konzepten der Jugendarbeit ist sowohl für die Beziehungsarbeit, das Generationen- und Geschlechterverhältnis als auch für die materielle Ausgestaltung der Umwelt des pädagogischen Handelns grundlegend.

Die Rahmenbedingungen der Jugendarbeit

Die Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit gestalten sich in Rheinland-Pfalz höchst unterschiedlich. Da für die Jugendarbeit kein individueller Rechtsanspruch besteht, ist ihr Stellenwert in den Kommunen abhängig von historischen Entwicklungen, der Durchsetzungskraft von Jugendverbänden, von politischer Lobbyarbeit sowie der Offenheit und Qualität der kommunalen Politik. Ob junge Menschen Jugendräume und Jugendhäuser aufsuchen, in Verbänden oder bei Fanprojekten mitwirken oder in virtuellen Räumen auf Jugendarbeit treffen können, ist vom Wohnort abhängig. Folglich haben nicht alle jungen Menschen einen vergleichbaren Zugang zu Angeboten der Jugendarbeit, nicht alle finden Beteiligungsmöglichkeiten im kommunalen Raum oder werden bei der selbsttätigen Aneignung von jugendgerechten Räumen unterstützt. Die Kommunen geraten angesichts ihrer Haushaltssituation und der wachsenden Ausgaben bei den Kindertagesstätten wie bei den Hilfen zur Erziehung und im Kinderschutz zunehmend unter Druck und müssen die ohnehin schon geringen Ausgaben für die Jugendarbeit besonders legitimieren bzw. sogar noch weiter reduzieren. Hier zeigt sich großer Handlungsbedarf auf der politischen Ebene. Ohne eine auskömm-

liche Finanzierung von Personal und Räumen lassen sich die konzeptionellen Entwicklungsanforderungen in vielen Kommunen kaum umsetzen. Neue Finanzierungsmöglichkeiten in gesamtstaatlicher Verantwortung sind erforderlich, die angesichts von Schuldenbremse und demografischem Wandel eine Neuausrichtung der Jugendarbeit in Rheinland-Pfalz ermöglichen. Die hier skizzierten Anforderungen sind struktureller Natur und lassen sich nicht einfach durch Zuständigkeitsverschiebungen oder Modellprojekte realisieren. Die Jugendarbeit als soziale Infrastruktur muss durch entsprechende Finanzierungskonzepte abgesichert werden, sonst laufen alle Empfehlungen zur Ausgestaltung einer „integrierten“ oder „eigenständigen“ Jugendpolitik ins Leere. Ziel einer solchen Jugendpolitik muss es sein, den spezifischen Bedürfnissen junger Menschen in einer wichtigen Entwicklungsphase ihres Lebens Rechnung zu tragen, damit sie sich zu autonomen und zu sozialer Verantwortungsübernahme fähigen Persönlichkeiten entwickeln und so die Zukunft für sich und die Gesellschaft gestalten. Diese Perspektive ist umfassender und reicht weiter als die Summe der Ressortziele einzelner Politikfelder im Rahmen einer integrierten Jugendpolitik, die klare Zuständigkeiten und Aufgabenbestimmungen auf allen politischen Ebenen benötigt. „Respekt“ und „Partizipation“ sind die Leitformeln für eine solche Politik.

BLICK NACH VORN: EMPFEHLUNGEN

9 FORDERUNG AN ALLE ERWACHSENEN UND HINWEISE FÜR DIE LANDESPOLITIK

Aus der umfangreichen Beschäftigung mit dem Thema „Jugend“, den Gesprächen mit über 60 Expertinnen und Experten aus Praxis und Theorie in den sieben Hearings zum zweiten Kinder- und Jugendbericht, der intensiven Arbeit in Zukunftswerkstätten mit fast 60 jungen Menschen im Alter von 14 bis 17 Jahren aus dem ganzen Land sowie der Auswertung eines umfangreichen Fragebogens, den rund 2.200 Jugendliche – ebenfalls aus dem ganzen Land – beantwortet haben, und nicht zuletzt aus der Auswertung umfangreichen statistischen Materials schält sich für die Berichtskommission eine grundsätzliche Forderung immer wieder unübersehbar deutlich heraus:

Junge Menschen erwarten Respekt von Erwachsenen!

Respekt, also Anerkennung und Wertschätzung, Rücksicht und Unterstützung, erwarten junge Menschen in Rheinland-Pfalz von Erwachsenen angesichts ihrer enormen Anstrengungen und großen Leistungen, in dieser Gesellschaft anzukommen, einen Platz zu erarbeiten und aktiv Zukunft zu gestalten – und dies bei überwiegend guten, aber z.T. auch deutlich schlechten Bedingungen

und vor allem für alle höchst ungewissen Aussichten.

Respekt können junge Menschen von jedem Erwachsenen im persönlichen Umgang erwarten, von ihren Eltern und Lehrkräften, von Fachkräften aus der Jugendarbeit und Sporttrainerinnen und -trainern, von Schulbusfahrerinnen und -fahrern, Polizistinnen und Polizisten, Kioskbesitzerinnen und -besitzern, von Nachbarinnen und Nachbarn. Respekt können sie aber vor allem erwarten in institutionalisierten Lebensbereichen z. B. in Schule und Ausbildung, Freizeit und Kultur oder Jugendarbeit und ÖPNV. Diese Institutionen und Organisationen prägen und bestimmen, wer welche Chancen hat, wer welche Bedingungen vorfindet, wer welche Unterstützung bekommt. Politikerinnen und Politiker in den Orts- und Verbandsgemeinden, in den Kreisen und Städten und nicht zuletzt im Landtag von Rheinland-Pfalz stehen für diese Institutionen, geben Aufträge und Mittel, prüfen und kontrollieren, müssen verantworten.

Der geforderte Respekt für die jungen Menschen muss sowohl grundsätzlich Blick und Haltung prägen als auch konkret erkennbar und ablesbar sein. Dazu drei **Hinweise an die Landespolitik**:

(1) Infrastruktur erhalten und entwickeln

Öffentliche und gesellschaftliche Infrastruktur meint solche Leistungen der Daseinsvorsorge, die grundsätzlich entwickelt und vorgehalten werden und nicht erst problembezogen geschaffen werden müssen. Energieversorgung oder Verkehr sind Beispiele für technische, Schulen und Theater für kulturelle oder Krankenhäuser und Beratungsstellen für soziale Infrastruktur. Unzureichende oder/und schlechte Infrastruktur in all den genannten Bereichen hat weitreichend negative Folgen und verursacht hohe Kosten, privat ebenso wie öffentlich. Die besondere Herausforderung ist daher, dass solche Infrastrukturen langfristig geplant, aufgebaut und gepflegt werden müssen. Hierfür muss vor allem die verantwortliche Politik tragfähige Vorstellungen über zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen erarbeiten und zur Grundlage von Entscheidungen weit über den nächsten Wahltermin hinaus machen.

Solche langfristig geplanten, aufgebauten und gepflegten Infrastrukturen benötigen junge Menschen für Leben und Entwicklung unbedingt vor allem in drei Bereichen:

- **Infrastruktur für Bildung** bedeutet vor allem, erreichbare Zugänge zu guter Bildung für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz zu gestalten. Die Schulen in Rheinland-Pfalz machen gute Arbeit, so sehen es auch Jugendliche, so zeigen es die besser gewordenen Bildungsabschlüsse und die hier berichteten Daten und Einschätzungen. Doch soziale und regionale Zugangsprobleme fordern nach wie vor besondere Infrastrukturanstrengungen im Bildungsbereich. Regional geht es um die Versorgung der ländlichen Regionen des Landes mit ebenso erreichbaren wie vielfältigen Bildungsangeboten, sozial nach wie vor um junge Menschen aus belastenden und benachteiligenden Lebenslagen.

Und Schulen verschleißen unter großen Anforderungen, innerlich wie äußerlich. Auch das melden Jugendliche deutlich zurück. Der innere und äußere Zustand der Schulen macht Jugendlichen etwas aus, Renovierungsstau bei Schulgebäuden ebenso wie ein unter Dauerbelastung zermürbtes Lehrerkollegium. Auch hier geben Jugendliche, wenn sie gefragt werden, deutliche Hinweise, was an und durch Schule große Belastungen ausmacht.

Und nicht zuletzt sind Schulen für Jugendliche zentrale Orte für Kontakt und Erfahrungen mit Gleichaltrigen, hier werden wichtige soziale Beziehungen gelebt, hier wird schlicht viel Lebenszeit verbracht. Auch für diese Funktion der Schule braucht es Aufmerksamkeit und Respekt, vor allem aber die Absicht und Mittel, Schulorte auch als attraktive soziale Orte zu gestalten.

- **Infrastruktur für Jugendarbeit**, die mit ihren vielfältigen Angeboten und Leistungen ein unverzichtbarer Baustein für das Aufwachsen ist und auch so begriffen und gestaltet werden muss (vgl. Kap. 8). Schwer auszuhalten für Erwachsene ist manchmal, dass Jugendarbeit dann besonders „gut“ ist, wenn sie Erwachsenen nicht gefällt und stört, zu laut, zu ziellos, zu rebellisch oder einfach zu fremd ist. Jugendarbeit ist dann „gut“, wenn sie Gelegenheiten bereitstellt und Möglichkeiten eröffnet, neben Familie, Schule oder Ausbildung eigenständig und unabhängig die Welt zu erkunden oder einfach nur die Gegenwart zu leben: chillen und chatten, Diskussion und Disco, Projekte und Politik, selbstbestimmt und angeleitet. Jugendarbeit muss dafür Orte und Räume anbieten ebenso wie Gelegenheiten und Menschen. Die Berichtskommission plädiert hier dafür, einen weiten **und** engen Begriff von Jugendarbeit zu unterscheiden:

In einem *weiten* Sinne ermöglicht alles Jugendarbeit, was jungen Menschen Orte und Gelegenheiten bietet, sich zu begegnen, auch das Schwimmbad, die Bibliothek, der Schulhof, die

Bushaltestelle oder das Fußballstadion. Entscheidend ist, dass solche öffentlichen Orte und Veranstaltungen auch für Jugendliche zugänglich sind, sie diese für ihre Treffen und Inszenierungen genauso nutzen können wie andere Altersgruppen. Dass dabei Konflikte um unterschiedliche Interessen der Nutzung entstehen können, gehört zu den unvermeidlichen Erfahrungen in einem Gemeinwesen. Produktiv für alle kann werden, wie diese Konflikte ausgetragen werden; der Streit um die Fankultur im Fußball ist nur ein Exempel hierfür. Bereitschaft und Geld, in diesem weiten Sinne „Jugendarbeit“ als einen gewollten Teil öffentlicher Infrastruktur zu gestalten, ist die erste Forderung. Als Orientierung kann ein Geldbetrag pro jungem Menschen vereinbart werden, der für den Aufbau und Erhalt der notwendigen Infrastruktur in den verantwortlichen Städten und Kreisen eingesetzt wird.

Jugendarbeit im *engen* Sinne ist all das, was Jugendverbände und Jugendeinrichtungen tun und anbieten. Jugendverbände stehen für den Anspruch, selbstbestimmt Interessen und Aktivitäten zu organisieren, sich gesellschaftlich zu engagieren und einzumischen. Offene Jugendarbeit steht für den Anspruch, jenseits gewerblicher Leistungen ein öffentlich organisiertes Angebot für Freizeit, Kultur und Bildung frei zugänglich zu gestalten. Diese Formen und Formate der Jugendarbeit müssen als unverzichtbarer Teil einer öffentlich verantworteten Infrastruktur für das Aufwachsen gesehen, gestaltet und bezahlt werden, so die zweite Forderung. Hier ist als Orientierung bereits vielfach diskutiert und gefordert, dass mindestens 5 % der Gesamtausgaben für die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe für die Aufgaben der Jugendarbeit im engeren Sinne in den Städten und Kreisen zur Verfügung gestellt werden. Bei allen Problemen des auch in Rheinland-Pfalz heftig diskutierten Konnexitätsprinzips (wer fordert, muss auch bezahlen) müssen das Land auf der einen und Städte und Kreise auf der anderen Seite eine konstruktive Lösung finden, wie die Aufgaben der Jugendarbeit im gesamten Land

auskömmlich finanziert werden können. Dies sind sie den nachwachsenden Generationen schuldig.

- Infrastruktur für Mobilität ist Modus und Voraussetzung für die im Bericht vielfach beschriebene existenzielle Entwicklungsarbeit junger Menschen an sich und für die Gesellschaft. Erst Mobilität schafft Verbindungen, ermöglicht soziale und räumliche Exploration, Voraussetzungen für Selbst- und Welterkundung – eine zentrale Entwicklungsaufgabe des Jugendalters. Junge Menschen sind in besonderer Weise auf öffentliche Infrastruktur für Mobilität angewiesen, fehlt doch (noch) weitgehend die Verfügung über private Mobilitätsmittel; oder es werden alte Abhängigkeiten („Elterntaxi“) bestätigt bzw. neue geschaffen („Freunde mit Auto“). Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) außerhalb von Schulzeiten, abends und an Wochenenden ist die immer wieder vorgetragene Forderung junger Menschen. Wie schwer diese Forderungen in geringer besiedelten Regionen zu realisieren sind, ist deutlich. Gleichwohl muss angesichts der großen Bedeutung einer bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur nicht nur, aber auch für junge Menschen mehr Anstrengung und Phantasie für den Ausbau und Erhalt insbesondere des ÖPNV gefordert werden. Für die generationenübergreifende Solidarität besonders förderlich ist, dass solche besseren Mobilitätsangebote gerade auch für ältere Menschen notwendig sind, die ihr Leben autonom gestalten wollen, auch wenn sie nicht über ein Auto verfügen oder dieses nicht mehr verwenden wollen.

(2) Raum bereitstellen, Vielfalt ermöglichen und Orientierung geben

Möglichkeiten, sich zu treffen und etwas zu unternehmen, so schlicht und grundsätzlich sind wesentliche Erwartungen junger Menschen an ihr Gemeinwesen zu skizzieren. So zeigt es eindrucksvoll auch die im Bericht präsentierte Jugendbefragung. Neben Familie und Schule sind öffentliche Gelegen-

heiten und Räume für Entwicklung, Erprobung und Eigenständigkeit unverzichtbar erforderlich. Auch hier sind drei Aspekte bedeutsam:

- **Raum bereitstellen und zugänglich machen**
Räume sind zuerst Orte und Treffpunkte, angemessen ausgestattet, aber auch selbstbestimmt gestaltbar, Gelegenheiten für jugendkulturelle Entfaltung. Räume sind ebenso Freiräume, unkontrolliert und flüchtig, Schutzräume, gefahrlos nutzbar. Die große Herausforderung ist, beides zu ermöglichen: Räume, die Gelegenheiten bieten, ohne vorzuschreiben, was hier passieren kann und was nicht, sowie Räume, die zu aktiver Aneignung und Auseinandersetzung auffordern. Aktive Teilhabe junger Menschen am öffentlichen Raum und der Abbau von Barrieren für junge Menschen mit Behinderungen vervollständigen die Forderungen nach Raum, der bereitgestellt werden muss. Die Politik im Land und in den Kommunen ist gefordert, Räume und Zugänge für alle jungen Menschen verfügbar zu machen.
- **Vielfalt ermöglichen und respektieren**
Unterschiedlichste Formen und Ideen äußerer Präsentation und innerer Verfassung auszuprobieren und zu leben ist zugleich Entwicklungsaufgabe und Recht des Jugendalters. Vielfalt von Lebensvorstellungen ermöglichen ist dafür eine grundlegende Voraussetzung, Respekt vor Verschiedenartigkeit ist die andere, um in einem Gemeinwesen Zusammenleben in Vielfalt für alle produktiv zu gestalten. Hier ist Politik gefordert, auch und gerade für junge Menschen die Vielfalt möglicher Lebensvorstellungen und Orientierungen öffentlich zu vertreten und zugleich die Anerkennung unverzichtbarer Grundrechte ebenso entschieden einzufordern. Hierzu können gerade diejenigen, die in Politik und Zivilgesellschaft Verantwortung tragen, durch ihre Meinungsäußerungen zu Toleranz und zu Anerkennung von Diversität beitragen. Ein aktuelles Beispiel ist die Akzeptanz von Flüchtlingen in Wohngebieten, der Abbau von Vorurteilen gegenüber Fremden sowie die Verminderung von Ablehnung von Minderheiten.

- **Orientierung anbieten und durchhalten**
Junge Menschen suchen und benötigen Orientierungen, individuell wie gesellschaftlich. Orientierung geben Eltern und Familie, Lehrerinnen und Lehrer, Sporttrainerinnen und -trainer, Kirchenmitarbeitende und viele andere mehr. Jugendliche wollen Orientierung, aber sie wollen keine Anweisungen oder Ratschläge. Sie wollen und müssen erproben, was passt und hält, kritisieren und verwerfen, bewusst das Gegenteil machen oder begeistert nachhaken können. Kurzum: Orientierung anbieten ist notwendig, aber auch anstrengend und ungewiss, fordert heraus und braucht Geduld – muss durchgehalten werden.

Jugendarbeit ist das Handlungsfeld, in dem Menschen sich engagieren und arbeiten, die wesentlich die Aufgabe, Orientierung anzubieten, gestalten müssen. Jugendarbeit soll Orientierung und Sinnstiftung ermöglichen, in vielerlei Richtungen und Formen. Jugendarbeit wird wesentlich gestaltet von Menschen, die sich engagieren und die in diesem Handlungsfeld arbeiten. Angesichts der skizzierten Anforderungen kann Jugendarbeit, die Orientierung bieten will, nicht ohne qualifizierte hauptamtliche Fachkräfte gelingen, in Verbänden ebenso wie in Initiativen und offenen Einrichtungen. Qualifizierte Fachkräfte müssen gewonnen und gehalten werden, berufliche Perspektiven sehen und attraktive Bedingungen vorfinden. Fachkräftemangel ist in allen pädagogischen Berufen Realität, auch für die Jugendarbeit müssen daher die Bedingungen stimmen, damit engagierte und qualifizierte Fachkräfte für dieses wichtige Handlungsfeld gewonnen werden können. Auch hier ist Politik gefordert, diese Bedingungen zu schaffen und zu erhalten.

(3) Ressourcen für Planung, Berichterstattung und Diskurs bereitstellen

Angesichts der grundlegenden Bedeutung einer gezielten Jugendpolitik, die den Aufbau und Erhalt einer jugendspezifischen Infrastruktur ebenso im Blick hat wie die Förderung qualifizierter Jugend-

arbeit, wird deutlich, dass diese Jugendpolitik im Land und in den Kommunen nicht ohne fundierte Berichterstattung sowie qualifizierte Planung auskommen kann. Denn Berichterstattung und Planung sind Voraussetzung und Material für einen engagierten politischen Diskurs, der immer wieder um die für jede Gesellschaft existenziellen Fragen nach der Verfassung und den Herausforderungen für das Heranwachsen geführt werden muss. Hierzu zwei Hinweise:

■ **Jugendhilfeplanung als kommunale Infrastrukturplanung gestaltet**

Im zuständigen Fachgesetz, dem SGB VIII, sind insbesondere mit den Vorschriften des § 80 zur Jugendhilfeplanung die formalen Rahmungen und konzeptionellen Hinweise für eine qualifizierte Planung in den Städten und Kreisen formuliert. Politik muss dafür sorgen, dass diese Planungsaufgaben auch ernsthaft bearbeitet werden und vor allem, dass dafür auch die erforderlichen personellen Ressourcen verfügbar sind.

Infrastruktur für junge Menschen und Jugendarbeit als unverzichtbare Leistung müssen wesentlich Gegenstand und Thema dieser Jugendhilfeplanung sein. Eine kritische Evaluation und Überprüfung der Angebote und Leistungen der Jugendarbeit sind dafür unverzichtbar.

Damit die in diesem Bericht vielfach skizzierten und begründeten Leistungen der Jugendarbeit vor Ort auch angemessen finanziert werden können, sind als Orientierung mind. 5 % der Gesamtausgaben für die Jugendhilfe speziell für die Aufgaben der Jugendarbeit erforderlich. Wie diese Mittel eingesetzt werden, muss wesentlich Gegenstand einer qualifizierten Jugendhilfeplanung unter aktiver Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure – also auch junger Menschen selbst – sein.

Grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung der geforderten qualifizierten Jugendhilfeplanung in den Kommunen ist eine ausreichende und qualifizierte personelle Ausstattung dieses Arbeitsbereichs in den Jugendämtern.

■ **Selbstauskünfte von Kindern und Jugendlichen kontinuierlich in die Berichterstattung und Jugendhilfeplanung aufnehmen**

Junge Menschen wollen gefragt werden und haben etwas zu sagen, so die zentrale Erfahrung auch dieses Berichtes. Viele Befunde überraschen wenig, andere dafür umso mehr. Und alleine die Tatsache, dass junge Menschen explizit nach ihrer Meinung gefragt werden, ist notwendiger Ausdruck von Wertschätzung und Respekt. Der Bericht hat die konzeptionellen und methodischen Grundlagen für die zukünftige Landesberichterstattung auch mit Blick auf die Selbstauskünfte weiterentwickelt und qualifiziert. Hieran muss sich zukünftige Berichterstattung des Landes orientieren. In der kommunalen Jugendhilfepraxis im Land ist die Berichtskommission auf eine Vielzahl örtlicher Projekte und Erfahrungen gestoßen, junge Menschen aktiv zu beteiligen, an die angeschlossen werden kann.¹²²

Politik muss auch hier für klare Anforderungen und erforderliche Ressourcen sorgen, solche Beteiligungen junger Menschen an der Berichterstattung qualifiziert zu gestalten. Vor allem aber müssen sich Politikerinnen und Politiker für die Befunde und Botschaften dieser Beteiligungen interessieren, auch wenn sie nicht gefallen.

Auf dem Weg zu einer „integrierten Jugendpolitik“ für das Land Rheinland-Pfalz wird sich die Politik an den differenziert dargestellten und bewerteten Entwicklungstrends und Handlungsbedarfen im vorliegenden Kinder- und Jugendbericht orientieren müssen. Die Hinweise aus der Befragung Jugendlicher, von den beteiligten Expertinnen und Experten sowie den umfangreich aufgearbeiteten Daten und Fakten zeigen deutlich, dass Jugendpolitik eng mit anderen Politikbereichen wie z. B. Bildungspolitik, Demografiepolitik und Verkehrspolitik verwoben ist. Jugendpolitik muss aber vor allem „eigenständige Jugendpolitik“ sein, um die originären

122 Vgl. <http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/hearings>.

Anliegen und Interessen junger Menschen gegenüber Staat und Gesellschaft auch deutlich und streitbar vertreten zu können. Material und Hinweise für eine ebenso integrierte wie pointierte Jugendpolitik in Rheinland-Pfalz gibt dieser Bericht zahlreiche.

Ausblick: Teilhabe und Inklusion aller jungen Menschen

Die in den ersten beiden Jugendberichten des Landes entwickelte und umgesetzte Konzeption, einerseits regional differenziert über Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen zu berichten und andererseits vertiefend ausgewählte Themen zu bearbeiten, hat sich bewährt und muss fortgesetzt werden. Dies bedeutet auch, dass nicht zu allen Fragen und Themen, die für die Landespolitik im Blick auf junge Menschen bedeutsam sind, in jedem Bericht in der gebotenen Ausführlichkeit berichtet werden kann. So konnten in diesem Bericht die spezifische Situation und besonderen Anforderungen junger Menschen mit Behinderungen nur teilweise thematisiert werden, da der Fokus hier auf den grundsätzlichen Bedingungen und Herausforderungen für das Aufwachsen aller jungen Menschen lag.

Angesichts der fundamentalen Bedeutung einer gerechten Teilhabe an und in der Gesellschaft für das Aufwachsen junger Menschen, werden Fragen nach den tatsächlichen Bedingungen der Teilhabe aller Mädchen und Jungen von besonderer Bedeutung für die Landespolitik sein und bleiben. Dies sind zum einen die großen Herausforderungen einer Einwanderungsgesellschaft, jungen Menschen Chancen und Gelegenheit zu tatsächlicher Teilhabe in diesem Land zu eröffnen sowie zum anderen die ebenso großen Herausforderungen, Bedingungen des Aufwachsens für junge Menschen mit Behinderungen für alle Menschen inklusiv zu gestalten. Beide Aspekte müssen daher vertiefend Gegenstand zukünftiger Berichterstattung sein.

10 PROJEKTGRUPPE: „ZWEITER KINDER- UND JUGENDBERICHT RHEINLAND-PFALZ“

Projektleitung:

Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger, Institut für Sozialpädagogische Forschung, Mainz (ism)

AOR Dr. Magdalena Joos, Universität Trier

Heinz Müller, Institut für Sozialpädagogische Forschung, Mainz (ism)

Prof. Dr. Christian Schraper, Universität Koblenz-Landau (Federführung)

Geschäftsführung:

Dipl. Päd. Claudia Ströder, Universität Koblenz-Landau

Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter:

Dipl. Soz. Stephan Baas, Institut für Sozialpädagogische Forschung, Mainz (ism)

Politologin (MA) Eva Dittmann, Institut für Sozialpädagogische Forschung, Mainz (ism)

Dipl. Päd. Marina Swat, Universität Trier

Nicole Biewer, wiss. Hilfskraft, Universität Trier

Myriam Klees, wiss. Hilfskraft, Universität Koblenz

ANHANG

Drucksache 15/832: Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/832
01. 03. 2007

Antrag

der Fraktionen der FDP, SPD und CDU

Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz

I. Der Landtag stellt fest:

Rheinland-Pfalz muss bestmögliche Lebensbedingungen und Perspektiven für Kinder und Jugendliche bieten. Vor diesem Hintergrund ist es die Aufgabe der Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder und Jugendliche ein lebenswertes Umfeld vorfinden, in dem ihre Talente und Begabungen gefördert werden. Die Basis einer kinderfreundlichen Politik ist dabei die regelmäßige Erhebung sozialer Daten über die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Rheinland-Pfalz.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in jeder Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendbericht erstellen zu lassen.

Der Kinder- und Jugendbericht wird von der Landesregierung extern in Auftrag gegeben. Nach Übergabe des Berichts an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur wird der Bericht zusammen mit einer Stellungnahme der Landesregierung dem Landtag und dem Landesjugendhilfeausschuss vorgelegt.

Der Kinder- und Jugendbericht umfasst folgende Themenbereiche:

- demografische Struktur und Entwicklungsdaten zu Familien, Jugendlichen und Kindern,
- wirtschaftliche Verhältnisse und soziale Situation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien,
- Wohnsituation von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien,
- Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit des Wohn- und Lebensumfeldes,
- gesundheitliche Situation und Versorgung von Kindern und Jugendlichen,
- Spiel- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche,
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder,
- Bildung und Schule,
- Ausbildungssituation, Berufsleben, Arbeitslosigkeit,
- Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe,
- Vorschläge zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe,
- Freizeit, freie Jugendarbeit, Vereine und Ehrenamt,
- Partizipation und politische Mitbestimmungsmöglichkeiten,
- Gefährdungspotenziale für Kinder- und Jugendliche,
- besondere Situation von Kindern mit Behinderungen,
- besondere Situation von Kindern mit Migrationshintergrund.

Der Kinder- und Jugendbericht soll nach Möglichkeit nach Landkreisen differenzierte Daten enthalten. Neben einer Bestandsaufnahme sollen für die einzelnen Felder auch Handlungsbedarf aufgezeigt und Empfehlungen abgegeben werden.

Für die Fraktion
der FDP:
Herbert Mertin

Für die Fraktion
der SPD:
Jochen Hartloff

Für die Fraktion
der CDU:
Hans-Josef Bracht

Fragebogen „Jugend in Rheinland-Pfalz 2013“



Gefördert durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen

„Jugend in Rheinland-Pfalz 2013“

Standardisierte, repräsentative Jugendbefragung an ausgewählten Standorten im Bundesland Rheinland-Pfalz

Hallo liebe Schülerinnen und Schüler,

Deine Klasse ist ausgewählt worden, im Rahmen des 2. Kinder- und Jugendberichts Rheinland-Pfalz an einer großen Jugendbefragung teilzunehmen.

Wir interessieren uns dafür, wie es Dir geht, was Du von den Angeboten in Deiner Freizeit hältst, welchen Stellenwert Jugendarbeit für Dich einnimmt, wie Du Schule erlebst, welche Werte für Dich wichtig sind, was Dir Angst macht, was Du toll findest und was Deine Wünsche und Bedürfnisse jetzt und in naher Zukunft sind.

Mit dieser Umfrage erhalten wir die Möglichkeit zu erfahren, welche Themen für Dich wichtig sind und was Du über bestimmte Dinge denkst. Wir möchten Deine Stimme aufgreifen, Dich ernst nehmen und teilhaben lassen an der Gestaltung Deiner Zukunft. Wir hoffen, dass wir mit den Ergebnissen der Studie einen gemeinsamen Beitrag zur Gestaltung der Jugendpolitik im Land Rheinland-Pfalz leisten können!

Dafür brauchen wir nun **Deine Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit** beim Ausfüllen des Fragebogens. Das Ausfüllen des Fragebogens dauert ca. eine Schulstunde. Bitte versuche, alle Fragen **so wahrheitsgetreu wie möglich** zu beantworten. Wir werden vertrauensvoll mit Deinen Daten umgehen, diese werden **absolut anonym** erhoben und ausgewertet. Sie dienen rein wissenschaftlichen und politischen Zwecken.

Wir danken Dir ganz herzlich für Deine Unterstützung!

Dr. Magdalena Joos, Dipl.-Päd. Marina Swat, Nicole Biewer

A) Mitbestimmung/Partizipation

A1) In meiner Familie kann ich mitbestimmen ...

Ich kann in meiner Familie ... mitbestimmen	Nie	2	3	4	Sehr häufig
bei der Zeit, die ich am Computer verbringe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei der Entscheidung, was wir essen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei der Schlafenszeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei meinem Aussehen (z.B. Kleiderkauf)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei der Einrichtung meines Zimmers	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
beim Tagesablauf im Alltag	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei Ferienzeilen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
bei Aktivitäten am Wochenende	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
beim Fernsehprogramm	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A2) Was passiert, wenn Deine Eltern und Du unterschiedlicher Meinung sind?

Bitte Zutreffendes ankreuzen!	Nie	2	3	4	Sehr häufig
Wir diskutieren und suchen nach einem Kompromiss	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wir streiten uns	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Meine Eltern behaupten, Recht zu haben und beenden das Gespräch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich mache trotzdem, was ich will	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich ziehe mich sofort in mein Zimmer zurück	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:					

Und wie sieht es mit der Mitbestimmung in Deiner Schule aus?

A3) Wo kannst Du in Deiner Schule aktiv mitbestimmen?

	Nie	2	3	4	Sehr häufig
Mahlzeiten/Angebote am Kiosk	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
worüber im Unterricht diskutiert wird	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Raumgestaltung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausflüge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Themen/Lerninhalte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:					

A4) Wie gut bist Du über die Aktivitäten der Schülervertretung (SV) an Deiner Schule informiert?

Ich bin ... informiert	Gar nicht	2	3	4	Sehr gut
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A5) Sind Dir die UN-Kinderrechte bekannt?

nein ja, woher _____

A6) Hat der Bürgermeister/Gemeinderat in Deiner Gemeinde Interesse an Deiner Mitarbeit?

... zeigt	Gar kein Interesse	2	3	4	Sehr großes Interesse
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A7) Wo kannst Du in Deiner Gemeinde mitreden?

A8) Nun zu etwas anderem: Interessierst Du dich ganz allgemein für Politik?

Würdest Du sagen, Du bist an Politik	Gar nicht Interessiert	2	3	4	Stark Interessiert
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A9) Um Deine Meinung kund zu tun oder politisch Einfluss zu nehmen: Welche der folgenden Möglichkeiten käme für Dich in Frage?

Diese Möglichkeiten kämen für mich ... in Frage.	Auf gar keinen Fall	2	3	4	Auf jeden Fall
eine Unterschriftenliste unterschreiben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mich an einer Protestversammlung oder an einer Demonstration beteiligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in einer Bürgerinitiative oder Ähnlichem mitmachen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
aktiv in einer Partei oder in einer sonstigen politischen Gruppe mitarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
aus Überzeugung bestimmte Waren nicht mehr kaufen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mich im Internet oder über Twitter kurzfristig über Aktionen informieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
und dann bei solchen Aktionen mitmachen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A10) Zurzeit kann man ja bei Bundestagswahlen erst ab 18 Jahren wählen. Wäre es eine gute Idee, wenn man schon ab 16 Jahren wählen könnte?

Keine gute Idee	2	Ist mir Egal	4	Gute Idee
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

A11) Machst Du häufig die Erfahrung, dass andere über Dein Leben bestimmen?

Nie	2	3	4	Sehr häufig
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

B) Normen/Werte:

B1) Was ist Deiner Meinung nach bei Jugendlichen heute »OUT« und was ist »IN«?

	Out	2	3	4	In
Karriere machen	0	0	0	0	0
Technik/Technologien	0	0	0	0	0
Verantwortung übernehmen	0	0	0	0	0
Europa	0	0	0	0	0
sich selbständig machen	0	0	0	0	0
toll aussehen	0	0	0	0	0
an etwas glauben	0	0	0	0	0
Treue	0	0	0	0	0
Bioläden	0	0	0	0	0
sich in die Politik einmischen	0	0	0	0	0
Aktien	0	0	0	0	0
Markenkleidung tragen	0	0	0	0	0
Studieren	0	0	0	0	0
heiraten	0	0	0	0	0
Drogen nehmen	0	0	0	0	0
Vegetarier sein	0	0	0	0	0
Fitness	0	0	0	0	0
Bürgerinitiativen	0	0	0	0	0

B2) Verschiedene Dinge betrachten manche als großes Problem, andere hingegen als Nebensächlichkei. Machen Dir persönlich die folgenden Dinge Angst?

Macht mir ... Angst	Keine	2	3	4	Große
die Umweltverschmutzung	0	0	0	0	0
dass in Europa ein Krieg ausbricht	0	0	0	0	0
dass mich jemand bedroht oder mich schlagen könnte	0	0	0	0	0
Terroranschläge	0	0	0	0	0
dass ich keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finde	0	0	0	0	0
die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	0	0	0	0	0
dass ich eine schwere Krankheit wie AIDS oder Krebs bekomme	0	0	0	0	0
dass mir etwas gestohlen wird	0	0	0	0	0
die schlechte Wirtschaftslage, steigende Armut	0	0	0	0	0
die Zuwanderung nach Deutschland	0	0	0	0	0
der Klimawandel	0	0	0	0	0
die Euro-/Finanzkrise	0	0	0	0	0

C) Respekt, Toleranz, Vielfalt – Diskriminierung, Rassismus, Mobbing

C1) Ist der Umgang in Deutschland mit folgenden Gruppen gerecht?

Ich meine der Umgang mit ... ist ...	Sehr ungerecht	2	3	4	Gerecht
Kindern und Jugendlichen	0	0	0	0	0
alten Menschen	0	0	0	0	0
Mädchen und Frauen	0	0	0	0	0
Ausländern	0	0	0	0	0
Behinderten	0	0	0	0	0
Jungen und Männern	0	0	0	0	0
Homosexuellen	0	0	0	0	0

C2) Wie oft ist Dir im letzten Jahr in Deiner Schule folgendes passiert?

Ich wurde...	Überhaupt nicht	2	3	4	Sehr oft
blöd angemacht	0	0	0	0	0
auf offener Straße geschlagen/verletzt	0	0	0	0	0
bestohlen	0	0	0	0	0
sexuell belästigt	0	0	0	0	0
durch einen Verkehrsunfall verletzt	0	0	0	0	0
in der Schule gemobbt*	0	0	0	0	0
in einem sozialen Netzwerk gemobbt	0	0	0	0	0

*Hinweis: Unter Mobbing in der Schule versteht man ein mehrmaliges, gegen Schüler gerichtetes Gemeinsein, Ärgern, Angreifen und Schikanieren mit dem Ziel, anderen Schaden oder Unannehmlichkeiten zuzuführen. Mobbing in der Schule kann direkt (körperlich und verbal) oder auch indirekt (beispielsweise durch soziale Isolierung/Ausgrenzung) erfolgen.

C3) Hast Du Freunde, die selbst oder deren Eltern aus einem anderen Land kommen?

- Nein Ja
 wenn Ja, (Mehrfachnennungen möglich)
 in meiner Klasse
 im Verein
 in der Nachbarschaft
 im Freundeskreis
 Sonstiges: _____

C4) In Deutschland gibt es für gleichgeschlechtliche Paare seit 2001 die eingetragene Lebenspartnerschaft (umgangssprachlich „Homo-Ehe“).

Findest Du das eine gute Sache?
 Nein Ja ist mir egal

C5) Wenn in der Wohnung nebenan folgende Personen einziehen würden, wie fändest Du das?

	Fände ich nicht so gut	Wäre mir egal	Fände ich gut
ein homosexuelles Paar (Schwule, Lesben)	0	0	0
eine Aussiedlerfamilie aus Russland	0	0	0
eine deutsche Familie mit vielen Kindern	0	0	0
eine Wohngemeinschaft mit mehreren Studenten	0	0	0
ein altes Rentnerhepaar	0	0	0
eine deutsche Familie, die von Sozialhilfe (Hartz IV) lebt	0	0	0
eine Familie aus Afrika mit dunkler Hautfarbe	0	0	0
eine türkische Familie	0	0	0
eine Familie mit einem behinderten Kind	0	0	0

C6) Wie würdest Du das heutige Verhältnis zwischen jungen und alten Menschen in Deutschland bezeichnen:

Es ist...	Eher angespannt	2	3	4	Eher harmonisch
	0	0	0	0	0

C7) Hast Du Freunde, Bekannte oder Verwandte, die vom Gesetz zur „Homo-Ehe“ profitieren könnten?

- Ja, ich selbst
- Ja, im engeren Bekanntenkreis
- Nein, ich kenne niemanden

D) Zukunft

D1) Wie stellst Du Dir Deine eigene Zukunft vor?

Ich blicke ... in die Zukunft.	Düster	2	3	4	Sehr zuversichtlich
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

D2) Was wünschst Du Dir für Deine Zukunft? (mehrere Antworten möglich)

- großes Einkommen/Karriere
- eine Familie gründen
- finanzielle Absicherung
- etwas in der Welt verändern
- Weltfrieden
- viel von der Welt sehen
- Meine Zukunft ist mir egal

E) Freizeit: Angebote für Jugendliche, Jugendarbeit

E1) Wie viel unverplante Freizeit hast Du zur Verfügung?

Ich habe ... zur Verfügung.	Weniger als 2 Std.	2-4 Std.	Mehr als 4 Std.
an einem normalen Wochentag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
an einem normalen Samstag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
an einem normalen Sonntag	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

E2) Was machst Du am häufigsten in Deiner Freizeit? (Mehrfachnennung möglich)

Jugendfreizeitreff, Jugendzentrum besuchen	<input type="radio"/>	Zeitschriften oder Magazine lesen	<input type="radio"/>
Musik machen	<input type="radio"/>	Briefe schreiben	<input type="radio"/>
Telefonieren	<input type="radio"/>	im Internet surfen	<input type="radio"/>
einen Blog betreiben	<input type="radio"/>	Bücher lesen	<input type="radio"/>
Videos/DVDs anschauen	<input type="radio"/>	Playstation, Nintendo spielen, Computerspiele	<input type="radio"/>
in die Kneipe gehen	<input type="radio"/>	Musik hören	<input type="radio"/>
sich mit Leuten treffen	<input type="radio"/>	in die Disco, zu Partys oder Feten gehen	<input type="radio"/>
nichts tun, »rumhängen«	<input type="radio"/>	etwas mit der Familie unternehmen	<input type="radio"/>
Fernsehen	<input type="radio"/>	shoppen, sich tolle Sachen kaufen	<input type="radio"/>
Rad fahren, Skaten, Kicken usw.	<input type="radio"/>	etwas Kreatives, Künstlerisches machen	<input type="radio"/>
im Verein trainieren (Fitnessclub, Sportverein ...)	<input type="radio"/>	Stricken, Häkeln (Knitting)	<input type="radio"/>
sich in einem Projekt/einer Initiative/einem Verein engagieren	<input type="radio"/>	ins Theater gehen	<input type="radio"/>
Jugendverbandsarbeit (z.B. in der Jugendfeuerwehr, bei der Rot-Kreuz-Jugend)	<input type="radio"/>	WhatsApp/twittern	<input type="radio"/>

E3) Ich setze mich in meiner Freizeit für folgende Dinge ein ...

	Nie	2	3	4	Sehr oft
für die Interessen von Jugendlichen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für eine sinnvolle Freizeitgestaltung Jugendlicher	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für ein besseres Zusammenleben in meinem Wohnort	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für den Umwelt- und Tierschutz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für die Verbesserung der Situation von Behinderten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für ein besseres Zusammenleben mit Ausländern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für die Sicherheit und Ordnung an meinem Wohnort	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für arme, sozial schwache Menschen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für soziale/politische Veränderungen in Deutschland	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für hilfsbedürftige, ältere Menschen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für Menschen in den armen Ländern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für die Pflege deutscher Kultur und Tradition	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges:					

E4) Wie beurteilst Du das Freizeit- und Kulturangebot für junge Leute an Deinem Wohnort?

	Sehr schlecht	2	3	4	Sehr gut
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

E5) Was stört Dich an den Freizeitmöglichkeiten an Deinem Wohnort am meisten?

E6) Was macht für Dich einen Jugendtreff interessant?

Du kannst mehrere Felder ankreuzen!	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
nette Leute treffen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
tanzten, Disco	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
abhängen, nichts tun, chillen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
auf Freizeiten fahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:			

E7) Welche der folgenden Dinge treffen auf Dich zu?

Ich bin aktiv ...	Nein	Ja
in einer Gruppe, Funktion oder Amt an der Schule	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in einem Verein (z.B. Sportverein oder Kultur-/Musikverein) wenn ja, in welchem?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in einer Bürgerinitiative, einem Bürgerverein	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
bei einem Rettungsdienst, bei der freiwilligen Feuerwehr	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
bei Greenpeace, Amnesty International, einer Hilfsorganisation	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in einer Partei/ Jugendparlament	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in einer Jugendorganisation, z.B. Sportjugend, Jugendrotkreuz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in der Kirchengemeinde, einer kirchlichen Gruppe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in einer Gewerkschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in einem Projekt, in einer selbst organisierten Gruppe oder einem Netzwerk allein, durch meine persönliche Aktivität	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Pfadfinder	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Jugendring	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in anderer Weise:	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

E8) Welche Orte, Freizeit- und Kulturangebote für Jugendliche in Deiner Umgebung nutzt Du?

Diese Angebote/Orte nutze ich...	Nie	2	3	4	Regel mäßig
Sportverein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kegel, Bowlingbahn	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Internetcafé	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendhaus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kino	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Spielhalle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bücherei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eishalle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fitness-Studio	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendkunstschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kneipe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schwimmbad	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Billard, Dart	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Veranstaltungen in der Stadthalle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Theater	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Club	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Freizeitpark	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportveranstaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Festivals	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
McDonald's	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Einkaufszentrum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grillhütte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Spielplatz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bahnhof	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bushaltestelle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Musikschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

E9) Was machst Du nach der Schule?

Ich gehe ...	Nie	1 x die Woche	2 x die Woche	3 - 4 x die Woche	5 x die Woche
nach Hause	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu Freunden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
zu Verwandten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in die Ganztagsbetreuung der Schule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
in eine Jugendeinrichtung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:					

E10a) Wie oft gehst Du in ein Jugendzentrum?

Ich gehe ... in ein Jugendzentrum	Nie	1 x die Woche	2 x die Woche	3 - 4 x die Woche	5 x die Woche und mehr
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

E10b) Wenn Du „Nie“ angekreuzt hast: Warum gehst Du nicht in ein Jugendzentrum?

Du kannst mehrere Felder ankreuzen!	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
es gibt keines	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wegen den Leuten, die dort hingehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
meine Eltern verbieten es	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe Angst vor bestimmten Cliques	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
mangelnde Verkehrsanbindung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungünstige Öffnungszeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe Angst vor Drogenkontakten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
dort gibt es nichts, was mich interessiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich habe viele andere Interessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich weiß nicht, was in einem Jugendzentrum abgeht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weil im Jugendzentrum Rauchverbot ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weil meine Religion und meine Tradition es mir verbieten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
weil ich befürchte, dort blöd angemacht zu werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
die Hausordnung ist zu streng	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

E11) Stehen in Deinem Wohnort für Jugendliche genügend Räumlichkeiten zum Treffen zur Verfügung?

Nein Ja Ich weiß ich nicht Es gibt keine

E12) Würdest Du sagen, dass ein Mädchen in Deiner Umgebung genauso viel machen bzw. unternehmen kann wie ein Junge?
 Ja
 Nein, dieses nicht: _____

E13) Kommt es vor, dass Du Dich in Deiner Freizeit langweilst?

Ich langweile mich ...	Eigentlich nie	2	3	4	Häufig
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

F) Sucht-, Genussmittel

F1) Welche dieser Sucht-/Genussmittel hast Du bereits ausprobiert? Wenn ja, wie oft konsumierst Du diese?

	Nie	Selten/ 1 x im Monat	Gelegent- lich/ 1 x die Woche	Mehr- mals die Woche	Täglich
Bier/Wein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haschisch/Marihuana	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schlaf-/Beruhigungsmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Cannabis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schnüffelstoffe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schnaps	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Koffein/Tein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Nikotin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ritalin	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Pilze (halluzinogene Pilze, „magic mushrooms“)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Energiedrinks	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:					

F2) Hast Du schon mal daran gedacht, Dich zu folgenden Themen durch Fachleute beraten zu lassen?

	Nein	Ja
Suchtmittel	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freunde/Freundschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verhältnis zu den Eltern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sexualität/Körper	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mobbing	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Geld/Schulden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schule	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gewalt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges:		

F3) Wie zufrieden bist Du mit deinem Körpergewicht?

	Gar nicht zufrieden	2	3	4	Sehr zufrieden
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

G) Mobilität/Infrastruktur

G1) Welche Verkehrsmittel benutzt Du in Deiner Freizeit?

	Nie	2	3	4	Sehr häufig
ich gehe zu Fuß	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
öffentliche Verkehrsmittel (Bus, Bahn)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ich werde mit dem Auto gebracht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
ich fahre selbst mit dem Auto (begleitetes Fahren)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fahrrad	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Motorroller, Mofa	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges:					

G2) Wie zufrieden bist Du mit dem Angebot des öffentlichen Nahverkehrs an Deinem Wohnort?

	Nicht zufrieden	2	3	4	Sehr zufrieden
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

G3a) Wie oft wirst Du in der Woche von Deinen Eltern zu Freizeitaktivitäten mit dem Auto gefahren?

	Nie	3 x die Woche	4-5 x die Woche	Mehr als 5 x die Woche
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

G3b) Gibt es Streit, wenn Du von Deinen Eltern mit dem Auto gefahren werden willst?

	Nie	2	3	4	Sehr oft
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

G4) Wenn Du mit dem Fahrrad zur Schule kommst: Wie zufrieden bist Du mit den Fahrradwegen zur Schule?

	Gar nicht zufrieden	2	3	4	Sehr zufrieden
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

G5) Nutzt Du ein Schüler ticket für den ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr)?

Nein Ja

G6) Bist Du mit dem Ticket an gewisse Tarif-Zonen oder Zeiten gebunden?

Nein Ja weiß nicht

G7) Wenn Du außerhalb der Schulzeiten mit dem Bus/der Bahn fährst: Wie aufwändig ist dies für Dich?

	Gar nicht aufwändig	2	3	4	Sehr aufwändig
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

H) Schule

H1)

Welchen Schulabschluss strebst Du an?	Welchen Schulabschluss hast Du bereits erreicht?			
Hauptschulabschluss	<input type="radio"/>	Hauptschulabschluss		
Realschule/Mittlere Reife	<input type="radio"/>	Realschule/Mittlere Reife		
Fachhochschulreife	<input type="radio"/>	Fachhochschulreife		
Abitur oder fachgebundene Hochschulreife	<input type="radio"/>	Abitur oder fachgebundene Hochschulreife		
weiß nicht	<input type="radio"/>	noch keinen		
Sonstiges:		Sonstiges:		

H2) Sind Dir in Deiner bisherigen Schulzeit folgende Dinge passiert?

meine Versetzung war gefährdet trifft beides nicht zu
 ich musste eine Klasse wiederholen

H3) Wie ist es momentan mit der Schule? Würdest Du sagen, dass Du gerne in die Schule gehst?

Ich gehe ... in die Schule.	Sehr ungerne	2	3	4	Sehr gern
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

H4) Erhältst Du Nachhilfeunterricht?

ja, regelmäßig ja, gelegentlich nein
 Ich erlebe die Schule als ...
 Sehr stressig 2 3 4
 Eher locker

H5) Der Schultag ist in der Regel für mich zu Ende zwischen ...

	12-14 Uhr	14-16 Uhr	16-18 Uhr
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

H6) Hast Du oder Deine Klasse schon mal mit dem Schulsozialarbeiter oder der Schulsozialarbeiterin zusammen gearbeitet?
 Nein Ja weiß nicht

H7) Hast Du an Deiner Schule an folgenden Trainings teilgenommen?

	Nein	Ja	Weiß nicht
Anti-Gewalt-Training	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Anti-Rassismus-Projekte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Projekte gegen Sexismus	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Streitschlichterprogramm	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges:			

H8) Mir reicht die Zeit nach der Schule für meine Lieblingsbeschäftigungen ...

	Nie	2	3	4	Immer
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

H9a) Es gibt an meiner Schule Angebote und AGs, die meinen Interessen entsprechen.

	Nie	2	3	4	Immer
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

H9b) Wer bietet diese an? (Mehrfachnennungen erlaubt!)

- Schule bzw. Lehrer/-innen
- andere Anbieter (z.B. Jugendeinrichtungen, Kirche, Sportvereine ...)
- sonstige _____

H10) Wie zufrieden bist Du mit ... ?

	Nicht zufrieden	2	3	4	Sehr zufrieden
dem Zustand des Schulgebäudes insgesamt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mit dem Zustand der Fachräume (Musik-, Kunst-, Chemieraum)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
der Sauberkeit der Toiletten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mit der Ausstattung der Klassenräume	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mit der Ausstattung der Sporthalle	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mit der Anzahl Deiner Mitschüler/Innen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

I Medien

I1) Besitzt Du ein eigenes Handy oder ein Smartphone?

- Ja, ich habe ein Handy mit Prepaid-Karte
- Ja, ich habe ein Smartphone mit Vertrag
- Nein, ich habe kein Handy/Smartphone

I2) Wer bezahlt die Gebühren für Dein Handy/Smartphone?

- Du selbst, z.B. vom Taschengeld

- Deine Eltern
- Großeltern
- Sonstige: _____

I3) Hast Du einen Zugang zum Internet?

- Nein Ja

I4) Wie viele Stunden pro Tag bist Du im Internet?

	0 - 1 St.	1-3 St.	3-5 St.	5-7 St.	Immer Online
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

I5) Was machst Du hauptsächlich, wenn Du im Internet bist?

	Nie	Mehrmals im Monat	Mehrmals in der Woche	Täglich	Mehrmals täglich
Mediatheken nutzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
für die Schule recherchieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
fernsehen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
einfach drauf los surfen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Musik herunterladen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Videos anschauen oder herunterladen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
arbeiten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
gezielt nach etwas suchen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dinge einkaufen oder mich über Sachen, die ich kaufen will, informieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mich informieren, was in der Welt passiert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Computerspiele	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Lokalisieren, Facebook nutzen (mich im Internet mit anderen unterhalten/mit anderen in Kontakt bleiben)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
E-Mails verschicken	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstiges:					

I6) Wie häufig liest Du zu Hause in einem Buch, einer Zeitschrift oder einer Zeitung (ohne Hausaufgaben)?

Ich lese ...	Nie	1 - 2 x die Woche	3-5 x die Woche	Täglich mind. 15 min	Täglich mehr als 30 min
	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

J) Familie/Freunde:

J1) Wer ist Dir besonders wichtig? (Mehrfachnennung möglich)

In Deiner Familie	In Deinem Freundeskreis	In Deinem Alltag
Vater <input type="radio"/>	bester Freund <input type="radio"/>	Trainer/in <input type="radio"/>
Mutter <input type="radio"/>	beste Freundin <input type="radio"/>	Lehrer/in <input type="radio"/>
Geschwister <input type="radio"/>	Clique <input type="radio"/>	Schulsozialarbeiter/in <input type="radio"/>
Verwandte (z.B. Cousins) <input type="radio"/>	Internetfreundschaft <input type="radio"/>	Jugendarbeiter/in <input type="radio"/>
Großeltern <input type="radio"/>	Niemand <input type="radio"/>	Niemand <input type="radio"/>
Niemand <input type="radio"/>	Sonstige: _____ <input type="radio"/>	Sonstige: _____ <input type="radio"/>

J2) Wen rufst Du an, wenn es Dir richtig schlecht geht?

J3) Meinst Du, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich zu sein?

- man braucht eine Familie
- man kann alleine genauso glücklich leben
- man lebt alleine glücklicher
- weiß nicht

J4) Lebst Du zurzeit in einer Beziehung?

- Ja, ich habe einen festen Freund
- Ja, ich habe eine feste Freundin
- Nein

J5) Bist Du in einer festen Gruppe – »Clique« –, die sich oft trifft und in der jeder jeden gut kennt?

- Ja nein
- Was verbindet Euch?

K) Finanzen/Geld

K1a) Wie viel Geld steht Dir im Monat zur Verfügung?

0 Euro	Unter 10 €	Unter 30 €	Unter 50€	Mehr als 50 €
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

K1b) Woher stammt dieses Geld?

- Taschengeld
- Wie viel Taschengeld bekommst du im Monat? _____ Euro
- Nebenjob
- Wie viele Stunden pro Woche gehst Du arbeiten?
_____ Stunden
- Großeltern
- Geschenke (z.B. Geburtstagsgeschenke etc.)
- Sonstiges: _____

K2) Wie würdest Du insgesamt Deine persönliche finanzielle Situation bezeichnen?

Meine finanzielle Situation ist ...	Sehr schlecht	2	3	4	Sehr gut
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

K3) Wie hast Du Deine Sommerferien verbracht?

- Ich bin mit meinen Eltern in den Urlaub gefahren
- Ich habe eine Ferienfreizeit besucht
- Ich bin zu Hause geblieben
- Ich war mit Freunden unterwegs
- Sonstiges: _____

K4) Wofür gibst Du Dein Geld aus?

Ich gebe mein Geld aus für ...	Nie	2	3	4	Sehr häufig
Bücher	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Shoppen/Kleider	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Computer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sport	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ÖPNV (Bus/Bahn)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kosmetik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sparen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drogen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Alkohol	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Süßigkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kino	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Handy	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Zigaretten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Essen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hobbies	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstiges:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

L) Soziodemographische Angaben

L1) Dein Geschlecht:

- weiblich männlich anderes Geschlecht

L2) Wie alt bist Du? _____ Jahre

L3) Welcher Glaubensgemeinschaft gehörst Du an?

Römisch-katholisch	<input type="checkbox"/>	Evangelische Freikirche	<input type="checkbox"/>	Islam	<input type="checkbox"/>
Evangelisch	<input type="checkbox"/>	andere christliche Religionsgemeinschaft	<input type="checkbox"/>	andere nicht-christliche Religionsgemeinschaft	<input type="checkbox"/>
keiner Religionsgemeinschaft	<input type="checkbox"/>				

L4)

- Bist Du in Deutschland geboren und hast einen deutschen Pass?
- Hast Du einen deutschen Pass, bist aber nicht in Deutschland geboren?
- Hast Du einen ausländischen Pass?
- Hast Du zwei Staatsangehörigkeiten?

- L5) Sind Deine Eltern in Deutschland geboren?**
- Ja, beide
 - Ja, ein Elternteil ist in Deutschland geboren
 - Nein, beide Eltern sind *nicht* in Deutschland geboren

L6) Welche Schulform besuchst Du?

Hauptschule	<input type="radio"/>	Realschule Plus	<input type="radio"/>	Gymnasium	<input type="radio"/>
Gesamtschule	<input type="radio"/>	Förderschule	<input type="radio"/>	Berufsbildende Schule	<input type="radio"/>

L7) Mit wem lebst Du zusammen? (mehrere Antworten möglich)

leibliche Mutter	<input type="radio"/>	Großeltern	<input type="radio"/>	Bruder/Schwester	<input type="radio"/>
leiblicher Vater	<input type="radio"/>	Partner der Mutter	<input type="radio"/>	Halbrüder/Halbschwestern	<input type="radio"/>
Tante/Onkel	<input type="radio"/>	Partnerin des Vaters	<input type="radio"/>	Meinem Freund/meiner Freundin	<input type="radio"/>
Ich lebe allein	<input type="radio"/>	Stiefmutter/Stiefvater	<input type="radio"/>	Ich lebe in einer Wohngemeinschaft (WG)	<input type="radio"/>
Ich lebe in einer betreuten Wohngruppe ohne meine Eltern	<input type="radio"/>	Ich lebe in einem Internat	<input type="radio"/>	Ich lebe in einer Wohngemeinschaft (WG)	<input type="radio"/>
		Ich lebe in einer Pflegefamilie/Heim	<input type="radio"/>	Mit anderen, nämlich:	

L8) Welchen Schulabschluss hat Dein Vater?

- keinen Abschluss
- Volksschule, Hauptschule
- mittlere Reife, Realschule, POS 10. Klasse (allgemeine Schulform im Schulsystem der ehemaligen DDR)
- Fachabitur, Abitur, EOS 12. Klasse (höhere Schule im Schulsystem der ehemaligen DDR)
- weiß nicht

L9) Welchen Schulabschluss hat Deine Mutter?

- keinen Abschluss
- Volksschule, Hauptschule
- mittlere Reife, Realschule, POS 10. Klasse (allgemeine Schulform im Schulsystem der ehemaligen DDR)
- Fachabitur, Abitur, EOS 12. Klasse (höhere Schule im Schulsystem der ehemaligen DDR)
- weiß nicht

L10) Wie viele Bücher habt Ihr zu Hause?

Bei uns gibt es Bücher im Haushalt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Nur wenige					Sehr viele	

L11) Wo lebst Ihr?

- in einer Mietwohnung
- zur Untermiete
- in einem gemieteten Haus
- in einer Eigentumswohnung
- in einem eigenen Haus

L12) Wie kommt ihr als Familie insgesamt mit dem Geld zu Recht, das Euch zur Verfügung steht?

Wir kommen mit unserem Geld ... zurecht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Sehr schlecht				Sehr gut

L13) Alles in allem: Wie zufrieden bist Du mit Deinem Leben?

Bitte nur ein Kreuz!	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Überhaupt nicht				Sehr zufrieden

L14) Wenn Du drei Wünsche frei hättest, was würdest Du Dir für die Zukunft wünschen?

1. _____
2. _____
3. _____

L15) Nenne bitte die ersten beiden Ziffern der Postleitzahl Deines Wohnortes!

--	--

Geschafft! Wir sind am Ende der Befragung!

Wir bedanken uns sehr herzlich für Deine Mitarbeit!

Literatur

Adamson, P. (2013): Report Card 11 (gekürzte Fassung). In: Bertram, H. (Hrsg.): Reiche, kluge, glückliche Kinder? Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. Weinheim/Basel, S. 26–51.

Alt, C. & Bayer, M. (2012): Aufwachsen in Disparitäten. Zur Armut von Kindern und ihren Folgen. In: Rauschenbach, T. & Bien, W. (Hrsg.): Aufwachsen in Deutschland. AIDA – Der neue DJI-Survey. Weinheim und Basel, S. 86–118.

Andresen, S., Hunner-Kreisel, C. & Fries, S. (Hrsg.) (2013): Erziehung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Stuttgart.

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (2014): Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe, 17. Jg., Heft Nr. 1 & 2.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Bielefeld.

Baas, S., de Paz Martinez, L., Lamberty, J., Müller, H. & Schwamb, N. (2013): Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Kontext sozio- und infrastruktureller Einflussfaktoren. 4. Landesbericht 2013. Mainz.

Bayertz, K. (1998): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt/M.

Bertram, H. (1987): Jugend heute. Die Einstellungen der Jugend zu Familie, Beruf und Gesellschaft. München.

Bertram, H. (2006): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. Innocent Working Paper No. 2006-02. Florenz.

Bertram, H. & Kohl, S. (2010): Zur Lage der Kinder in Deutschland 2010: Kinder stärken für eine ungewisse Zukunft. Köln.

Bertram, H., Kohl, S. & Rösler, W. (2011): Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/2012: Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe. Köln.

Bertram, H. (Hrsg.) (2013): Reiche, kluge, glückliche Kinder? Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. Weinheim/Basel.

Biggeri, M., Libanora, R., Mariani, S. & Menchini, L. (2006): Children conceptualizing their capabilities. Results of a survey conducted during the First Children's World Congress on Child Labour. Journal of Human Development, 1, S. 59–83.

Böhnisch, L. (2011): Abweichendes Verhalten. In: Otto, H.U. & Thiersch, H.: Handbuch Soziale Arbeit: Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. München, S. 1–9.

Böhnisch, L. & Münchmeier, R. (1987): Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis. (Neuausgabe 1999). Weinheim/München.

Böhnisch, L. & Münchmeier, R. (1999): Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis. München/Weinheim.

Bohnsack, R. (2000): Rekonstruktive Sozialforschung – Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen.

Bojack, B. (2010): Der Suizid im Kinder- und Jugendalter. Wismarer Diskussionspapiere, Heft 02/2010. Wismar.

Borst, E. (2009): Theorie der Bildung. Eine Einführung. Baltmannsweiler.

Bourdieu, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg. S. 49–80.

Brademann, S. & Helsper, W. (2010): Schulische Übergänge und Peerbeziehungen. Die Bedeutung von Gleichaltrigen für den Übergang in die Sekundarstufe I. In: Brake, A. & Bremer, H. (Hrsg.): Alltagswelt Schule. Die soziale Herstellung schulischer Wirklichkeit. Weinheim, München, S. 67–97.

Breyvogel, W. (Hrsg.) (1989): Pädagogische Jugendforschung. Erkenntnisse und Perspektiven. Opladen.

Büchner, P. & Brake, A. (2006): Bildungsort Familie. Transmission von Bildung und Kultur im Alltag von Mehrgenerationenfamilien. Wiesbaden.

Bundesagentur für Arbeit (2014): Bestand an Bedarfsgemeinschaften und Bestand an Arbeitslosen – Sonderauswertung. Eigene Berechnung.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2012): (Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland. Wiesbaden.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2013): Bevölkerungsentwicklung 2013. Daten, Fakten, Trends zum demografischen Wandel. Wiesbaden.

Bundesjugendkuratorium, Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe & Sachverständigenkommission für den Elften Kinder- und Jugendbericht (2002): Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. Bonn, Berlin, Leipzig.

Bundesjugendkuratorium (2013): Migration unter der Lupe. Der ambivalente Umgang mit einem gesellschaftlichen Thema in der Kinder- und Jugendhilfe. München.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): 12. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009): 13. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bundestagsdrucksache 16/12860.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012): Familienreport 2012. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2012): Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2011. Der Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen: aktuelle Verbreitung und Trends. Köln.

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2014): Der Alkoholkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland 2012. Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativbefragung und Trends. Köln.

Bürger, U. (2012): Kinder, Jugendliche und Familien im demografischen Wandel. Herausforderungen und Perspektiven in Bayern mit einem spezifischen Blick auf die Stadt Coburg. Quelle: http://www.coburg.de/Portaldata/2/Resources/dokumente/r3-jugendamt/r3-koja/12-07-17_Stadt_Coburg_Buerger_fuer_Doku.pdf (Zugriff 05.08.2014; 11:52 Uhr), S. 1–18.

Butterwegge, C. (2009): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt am Main.

Calmbach, M., Thomas, P.M., Borchard, I. & Flaig, B. (2011): Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf.

Chassé, K. A., Zander, M. & Rasch, K. (2003/3. Aufl. 2007): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Opladen.

Crivello, G. (2009): ‚How Can Children Tell Us About Their Wellbeing? Exploring the Potential of Participatory Research Approaches within Young Lives‘. *Social Indicators Research* 90(1), S. 55–72.

Degele, N. (2008): *Gender/Queer Studies: Eine Einführung*. Paderborn.

Deinet, U. (2013): Hearing „Offene Jugendarbeit“ im Rahmen des 2. Kinder- und Jugendberichtes Rheinland-Pfalz“. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Dokumentationen_Hearings/Hearing_OffeneJugendarbeit/Vortrag_Deinet.pdf

Der Paritätische Gesamtverband (2012): *Arme Kinder – arme Eltern. Zahlen, Daten, Fakten*. Berlin.

Der Paritätische Gesamtverband (2013): *Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013*. Berlin.

Deutscher Bundesjugendring (Hrsg.) (2011): *Juleica Report 2011. Lebenslagen und Engagement von Jugendleiterinnen und Jugendleitern*. Autoren: Pothmann, J. & Sass, E. Berlin.

Di Tommaso, M. L. (2007): Children capabilities: A structural equation model for India. *Journal of Socio-Economics*, 3, S. 436–450.

Dittmann, E. & Müller, H. (2013): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe. Fachlich-konzeptionelle Anforderungen und Entwicklungsperspektiven. In: *Forum Erziehungshilfen*. 19. Jg. 5/2013. S. 262–266.

Dräger, J. (2014): Ist das Turbo Abitur gescheitert? Quelle: <http://www.ardmediathek.de/radio/SWR2-Forum/Ist-das-Turbo-Abitur-gescheitert/SWR2/Audio-Podcast?documentId=20528710&castId=3046> (1.4.2014)

Ecarius, J. (Hrsg.) (2007): *Handbuch Familie*. Wiesbaden.

Fend, H. (1998): *Qualität im Bildungswesen*. Weinheim.

Fend, H. (1998b): *Eltern und Freunde. Soziale Entwicklung im Jugendalter*. Göttingen.

Fend, H. (2006): *Mobilität der Bildungslaufbahnen nach der 9. Schulstufe: Koppelung und Entkoppelung von Bildungsverläufen und Berufsausbildung an die Schulformzugehörigkeit – neue Chancen oder alte Determinanten?* In: Georg W. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit im Bildungswesen. Eine empirisch-theoretische Bestandsaufnahme*. Konstanz, S. 265–289.

Fend, H. (2006b): *Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen*. Wiesbaden.

Freericks, R. (2010): *Freizeitwissenschaft: Handbuch für Pädagogik, Management und nachhaltige Entwicklung*. München.

Fromme, J. (2005): *Freizeit gestalten*. In: Deinet, U. & Sturzenhecker, B. (Hrsg.): *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*. Wiesbaden. S. 132–144.

Gabriel, M. (2014): *Die Fankultur – gesellschaftlicher Lernort und Sozialisationsinstanz jugendlichen Aufwachsens. Erfahrungen und zukünftige Herausforderungen für die Soziale Arbeit mit jugendlichen Fussballfans*. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Dokumentationen_Hearings/Jugendarbeit2.0/Vortrag_Gabriel.pdf

- Gebhardt, W.** (2013): Die neue Lust am Exzess. Prozesse der Posttraditionalisierung am Beispiel situativer Eventgemeinschaften. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Dokumentationen_Hearings/Jugendarbeit2.0/Vortrag_Gebhardt.pdf
- Giesecke, H.** (1975): Die Jugendarbeit. München.
- Glaser, S., Özkilic, M. & Schindler, F.** (2013): Jugendschutz im Internet. Ergebnisse der Recherchen und Kontrollen. Bericht 2013. Mainz.
- de Graaff, D.** (2013): Hearing „Jugendsozialarbeit – Bestandsaufnahme in und für Rheinland-Pfalz.“ Bereich Schulsozialarbeit. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Dokumentationen_Hearings/Hearing_Schulsozialarbeit_Jugendberufshilfe/deGraaff_Hearing18.06.pdf
- Grell, P.** (1998): Der Motorroller als lebensbegleitender Gefährte. Einblicke in eine Jugendzene. In: Deutsche Jugend 46, 3, S. 115–121.
- Griese, H. M.** (2007): Aktuelle Jugendforschung und klassische Jugendtheorie. Berlin.
- Griese, H. M.** (2014): Jugend – immer noch ein soziales Problem? Persönliche Anmerkungen nach 30 Jahren. In: Groenemeyer, A. & Hoffmann, D. (Hrsg.): Jugend als soziales Problem – soziale Probleme der Jugend? Diagnosen, Diskurse und Herausforderungen. Weinheim und Basel, S. 17–28.
- Habermas, J.** (2001): Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX. Frankfurt a. M.
- Häder, M.** (2006): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Hamburger, F.** (2012): Einführung in die Sozialpädagogik. 3. Auflage. Stuttgart.
- Harring, M.** (2011): Das Potential der Freizeit. Soziales, kulturelles und ökonomisches Kapital im Kontext heterogener Freizeitwelten Jugendlicher. Wiesbaden.
- Helfferich, C.** (2004): Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews. Wiesbaden.
- Henry-Huthmacher, C.** (2008): Eltern unter Druck. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie. In: Merkle, T. & Wippermann, C.: Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Stuttgart. S. 1–24.
- Höhlein, B. & Neutz, W.** (2015): Kommunalbrevier der kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz.
- Holz, G.** (2010): Frühe Armutserfahrungen und ihre Folgen. In: Zander, Margherita (Hrsg.): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 87–109.
- Honig, M.-S.** (1999): Entwurf einer Theorie der Kindheit. Frankfurt am Main.
- Hummrich, M.** (2009): Jugend und Schule. In: Schulze-Krüdener, J. (Hrsg.): Lebensalter und Soziale Arbeit. Band 3: Jugend. Baltmannsweiler, S. 231–251.
- Hummrich, M.** (2011): Jugend und Raum. Exklusive Zugehörigkeitsordnungen in Familie und Schule. Wiesbaden.
- Hurrelmann, K.** (2010): Lebensphase Jugend. Weinheim und München.
- Hurrelmann, K. & Quenzel, G.** (2012): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 11., vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel.
- Jagus, B., Sievers, B. & Teupe, U.** (2012): Migrationssensibler Kinderschutz. Ein Werkbuch. Frankfurt am Main.

Jagusch, B. (2013): Offene Jugendarbeit im Kontext von Diversität und Transnationalisierung von Lebenswelten. Quelle: http://www.offene-jugendarbeit-diversity.de/fileadmin/uploads/Vortrag_Dr.Jagusch.pdf

Jagusch, B. & Michel-Schilling, A. (2014): Diversität in der Offenen Jugendarbeit. In: Migration und Soziale Arbeit. Neuzuwanderung. 36. Jahrgang 2014, Heft 1., S. 67–75.

Jordan, E. (1998): Sozialraum und Jugendhilfeplanung. In: Jordan, E. & Schone, R.: Handbuch Jugendhilfeplanung – Grundlagen, Bausteine, Materialien. Münster, S. 331–387.

Jungk, R. & Müllert N.R. (1989): Zukunftswerkstätten. Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München.

Jurczyk, K. & Szymenderski, P. (2012): Warum Care in Familien zur knappen Ressource wird. In: Lutz, R. (Hrsg.): Erschöpfte Familien. Wiesbaden, S. 89–105.

Jurczyk, K. & Klinkhardt, J. (2014): Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte. Gütersloh.

Kanevski, R. & von Salisch, M. (2011): Peer-Netzwerke und Freundschaften in Ganztagschulen. Weinheim/Basel.

Kiesel, D., Scherr, A. & Thole, W. (1998): Standortbestimmung Jugendarbeit. Theoretische Orientierungen und empirische Befunde. Schwalbach/Ts.

Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Ambulanz für Spielsucht (o. J.): Problematisches Glücksspielverhalten bei Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Kohl, S. (2013): Armut von Kindern im Lebensverlauf. In: Bertram, H. (Hrsg.): Reiche, kluge, glückliche Kinder? Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. Weinheim/Basel, S. 78–92.

Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend (Hrsg.) (2012a): Die Arbeit der Fanprojekte gegen Rassismus. Frankfurt am Main.

Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend (Hrsg.) (2012b): Fanprojekte 2012. Zum Stand der sozialen Arbeit mit Fußballfans. Frankfurt am Main.

Krüdener, B. (2013): Kinder- und Jugendarbeit im Landkreis Trier-Saarburg – Aufgaben, Herausforderungen und Perspektiven für die Jugendarbeit im ländlichen Raum. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Dokumentationen_Hearings/Hearing_OffeneJugendarbeit/Vortrag_Kruedener.pdf

Krüger, H.-H. & Grunert, C. (2002): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Opladen.

Kugler, T. (2014): Queer zum Mainstream: Queere Jugendliche zwischen Vulnerabilität und Selbstbestimmung. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Hearing_Jugendheute/Vortrag_Kugler_2.pdf

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz (2013): Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe! Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.02.2013. Mainz.

Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V. (2013): Jahresbericht 2013. Mainz, Koblenz und Trier.

Landesinstitut für Schulenwicklung (2011): Mehrebenenkonzept zur Förderung von Lebenskompetenz und Resilienz.

Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. (2013): Jugend BeWegt. Politik konkret.lokal wirksam.vernetzt. Jugendliche engagieren sich in ihrer Kommune. Quelle: http://www.ljrbw.de/bausteine.net/f/6563/Flyer_JugendBewegt_Qualifizierung_AkademiederJA.pdf?fd=0

- Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz (2014):** Polizeiliche Kriminalstatistik – Jahresbericht 2013. Mainz.
- Landtag Rheinland-Pfalz (1956).** Plenarprotokolle. Stenographischer Bericht der 19. Sitzung der 3. Wahlperiode (12.09.1956), S. 583–596.
- Landtag Rheinland-Pfalz.** Kleine Anfrage Nr. 160 der 4. Wahlperiode (17.10.1960), S. 112.
- Landtag Rheinland-Pfalz.** Große Anfrage Nr. 281 der 4. Wahlperiode (17.04.1961), S. 1623.
- Landtag Rheinland-Pfalz.** Plenarprotokolle. Stenographischer Bericht der 40. Sitzung der 4. Wahlperiode (11.07.1961), S. 1270–1275.
- Landtag Rheinland-Pfalz.** Plenarprotokolle. Stenographischer Bericht der 20. Sitzung der 9. Wahlperiode (24.04.1980), S. 999–1024.
- Landtag Rheinland-Pfalz.** Plenarprotokolle. Stenographischer Bericht der 41. Sitzung der 9. Wahlperiode (22.10.1981), S. 2300–2308.
- Landtag Rheinland-Pfalz.** Plenarprotokolle. Stenographischer Bericht der 57. Sitzung der 12. Wahlperiode (02.07.1993), S. 4532–4546.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2004):** Antrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Einsetzung einer Enquete-Kommission „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“. Drucksache 14/3163 vom 24.05.2004, S. 1–3.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2005):** Plenarprotokoll 14/89 vom 25.02.2005, S. 5898–5901.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2007a):** Umsetzung der Vorschläge der Enquete-Kommission Jugend. Drucksache 15/1249 vom 21.06.2007, S. 1–3.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2007b):** Antrag der Fraktionen der FDP, SPD und CDU – Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz. Drucksache 15/832 vom 01.03.2007.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2012).** Vorlage 16/1423 vom 06.07.2012, o. S.
- Landtag Rheinland-Pfalz (2013):** Kleine Anfrage der Abgeordneten E. Bröskamp (Bündnis 90/Die Grünen) und Antwort des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Weiterfinanzierung Schulsozialarbeit durch den Bund. Drucksache 16/2670 vom 08.08.2013. Mainz.
- Lange, M. (2013):** Jugend und Freizeit. In: Rauschenbach, T. & Borrmann, S. (Hrsg.): Herausforderungen des Jugendalters. S. 101–117.
- Lange, M. & Wehmeyer, K. (2014):** Jugendarbeit im Takt einer beschleunigten Gesellschaft: Veränderte Bedingungen des Heranwachsens als Herausforderung. Weinheim und Basel.
- Langmeyer, A. N. (2013):** Wohlbefinden und Befähigung für ein gutes Leben als Zielsetzungen in der Erziehung. In: Sozialpädagogisches Institut des SOS- Kinderdorf e.V. (Hrsg.): Wohlergehen junger Menschen. München, S. 8–33.
- Lutz, R. (2012) (Hrsg.):** Erschöpfte Familien. Wiesbaden.
- May, J. & Neuner-Schewior, B. (2013):** Hearing zum 2. Kinder- und Jugendbericht RLP. Jugendsozialarbeit-Schulsozialarbeit. Quelle: http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de/images/Dokumentationen_Hearings/Hearing_Schulsozialarbeit_Jugendberufshilfe/May_Hearing180613.pdf
- Mayring, P. (2010):** Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel.

Merkle, T. & Wippermann, C. (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung von Sinus Sociovision GmbH im Auftrag der Konrad Adenauer Stiftung. Stuttgart. Herausgegeben von Christine Henry-Huthmacher und Michael Borchard

Mienert, M. (2003): Auto-Mobilität und ÖPNV – Erlebnis- und handlungsorientiertes Lernen in der schulischen und außerschulischen Mobilitäts-erziehung. In: Schulberatung des Hamburger Verkehrsverbunds (Hrsg.): Faszination Auto – und wo bleibt der ÖPNV? Hamburg, S. 9–12.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007): 2. Landesbericht – Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2007): Landesjugendplan 2007/2008. Kinder- und Jugendpolitik des Landes (Durchführungsplan). Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2009): Landesjugendplan 2009/2010. Kinder- und Jugendpolitik des Landes (Durchführungsplan). Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2010a): 1. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz. Zwischen Infrastruktur und Intervention. Zur Verantwortung von Staat und Gesellschaft für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz. Mainz.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur Rheinland-Pfalz (2010b): Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz – Politik für Kinder mit Kindern“. Beispiele für die Wahrnehmung von Kinderpolitik als Aufgabe jedes Ressorts. Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2011): Landesjugendplan 2011. Kinder- und Jugendpolitik des Landes (Durchführungsplan). Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2012a): Landesjugendplan 2012/2013. Kinder- und Jugendpolitik des Landes. Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2012b): Jungbewegt – dein Einsatz zählt. Das Projekt in Rheinland-Pfalz, der Auftakt und die beteiligten Einrichtungen. Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2013a): Keyfacts Kindertagespflege in Rheinland-Pfalz. Besuchsverhalten. Quelle: http://www.kita.rlp.de/fileadmin/dateiablage/Service/Downloads/KTP_1.3.2013_Seite1.pdf

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (2013b): Keyfacts Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Finanzierung. Quelle: http://www.kita.rlp.de/fileadmin/dateiablage/Service/Downloads/Keyfacts_Finanzierung_Stand_1.3.2013.pdf

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2013c): Keyfacts Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Besuchsverhalten. Quelle: http://www.kita.rlp.de/fileadmin/dateiablage/Service/Downloads/Besuchsverhalten_1.3.2013.pdf

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2013d): Zwischenbilanz der Kinder- und Jugendministerin aus 12/2013. Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2013e): Maßnahmenplan im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“. Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2013 f.): Junges Engagement fördern. Erfahrungen mit der Engagementförderung in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen aus dem Projekt „jungbewegt – dein Einsatz zählt.“ in der Pilotregion Mainz. Mainz.

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2014a): Anzahl der Plätze und Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten nach Angebotsform. Quelle: http://www.kita.rlp.de/fileadmin/dateiablage/Service/Downloads/VQ122014Keyfacts_Versorgungssituation_Seite_1.pdf

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2014b): Keyfacts Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz. Versorgungssituation. Quelle: http://www.kita.rlp.de/fileadmin/dateiablage/Service/Downloads/PL122014Keyfacts_Versorgungssituation_Seite_2.pdf

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (2014c): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Statistischer Bericht. Mainz.

Müller, C. W., Kentler, H., Mollenhauer, W. & Giesecke, H. (1964): Was ist Jugendarbeit? Vier Versuche zu einer Theorie. München.

Müller, B. (1998): Entwurf einer mehrdimensionalen Theorie der Jugendarbeit. In: Kiesel, D./ Schnurr, A. & Thole, W. (Hrsg.): Standortbestimmung Jugendarbeit. Theoretische Orientierungen und empirische Befunde. Schwalbach. S. 37–64.

Netzwerk-Kommunen des Arbeitskreises Jugendschutz Nord (2014): Projekte zum Kinder- und Jugendschutz. Kalenderjahr 2014.

Neuber, N. (2012): Bildungspotenziale im Sport – ein vernachlässigtes Feld der Bildungsdebatte. In: Marks, E. (Hrsg.): Bildung – Prävention – Zukunft. Berlin.

OECD (2014), PISA 2012 Ergebnisse: Exzellenz durch Chancengerechtigkeit (Band II): Allen Schülerinnen und Schülern die Voraussetzungen zum Erfolg sichern, PISA. Germany.

Peuckert, R. (2007): Zur aktuellen Lage der Familie. In: Ecarius, J. (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden, S. 36–56.

Preuss-Lausitz, U. (1999): Die Schule benachteiligt die Jungen!? In: Pädagogik 51, 5, S. 11–14.

Rauschenbach, T. (2009): Zukunftschance Bildung: Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz. Weinheim und München.

Reinders, H. (2006). Entstehung, Gestalt und Auswirkungen interethnischer Freundschaften im Jugendalter (Development, Quality and Outcomes of Interethnic Friendships in Adolescence. A Longitudinal Study). Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 01 (01), S. 39–58.

Salisch, M.v. & Kanevski, R. (2011): Stabilität und Wandel der Peer-Netzwerke von Jugendlichen in Ganztagschulen und Halbtagschulen. In: Soremski, R., Urban, M. & Lange, A. (Hrsg.): Familie, Peers und Ganztagschule. Weinheim, S. 183–204.

Schaub, H. & Zenke, K. (2007): Wörterbuch Pädagogik. München.

Scherr, A. (2014): Jugend als soziale Kategorie. Oder: Warum Jugend keine Gruppe und auch kein soziales Problem ist. In: Groenemeyer, A. & Hoffmann, D. (Hrsg.): Jugend als soziales Problem – soziale Probleme der Jugend? Diagnosen, Diskurse und Herausforderungen. Weinheim und Basel, S. 29–49.

Scheu, B. (1991): Leben auf dem Lande heißt Mobil-sein. In: Böhnisch, L. (Hrsg.): Ländliche Lebenswelten. München, S. 142–151.

Schmidt, T. E. (2014): Der Volksversther. In: Zeit Literatur, Heft 12, S. 53.

Schrapper, Ch. (2004): Das Jugendamt – Fachliche Zentrale, bürokratisches Nadelöhr oder (un-)willige Zahlstelle örtlicher Jugendhilfe? In: Fegert, J.M. & Schrapper, Ch.: Handbuch Jugendhilfe – Jugendpsychiatrie. Interdisziplinäre Kooperation. Weinheim, München, S. 59–68.

Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2010): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Frankfurt am Main.

Siegfried, D. (2003): „Trau keinem über 30“. Konsens und Konflikt der Generationen in der Bundesrepublik der langen sechziger Jahre. In: APuZ, Heft 45, S. 25–32.

SPD Regierungsprogramm für Rheinland-Pfalz 1996–2001, S. 29–31.

Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2012): Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein. Ein Förderprojekt der Sportjugend des Landessportbundes Rheinland-Pfalz. Mainz.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012): Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung. Ein Vergleich der Bundesländer. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a): Zensus 2011. Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013b): Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012a): Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012b): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen 2010. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012c): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige – Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII. 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013a): Geburten-trends und Familiensituation in Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013b): Berufsbildung auf einen Blick. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013c): Eheschließungen. Durchschnittliches Heiratsalter nach dem bisherigen Familienstand der Ehepartner. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013d): Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse der amtlichen Statistik zum Verletzungsgeschehen 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013e): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013 f.): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013g): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Vorläufige Schutzmaßnahmen. 2012. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014a): Zusammengefasste Geburtenziffer nach der Geburtsjahrmethode. Sonderauswertung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014b): Paare ohne Kinder und Familien nach Paar-/Familientyp und Gemeindegrößenklassen sowie Familien nach Zahl der Kinder 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014c): Bevölkerung, Erwerbstätige sowie Erwerbstätigenquoten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Bundesländern 1991–2012. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014d): Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes 2012 (biologische Geburtenfolge) nach Bundesländern. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenMutterAlterBundeslaender.html> am 16.6.2014

Statistisches Bundesamt (2014e): Sterbefälle, ICD-9, E950–E959, Vorsätzliche Selbstschädigung, 1990–1997; Sterbefälle, ICD-10, X60–X84 Vorsätzliche Selbstschädigung, 1998–2012. Sonderauswertung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014 f.): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Ausgaben und Einnahmen 2012. Sonderauswertung. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2013): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2011): Statistische Berichte. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2010. Ergebnisse des Mikrozensus. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2013a): Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2011. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2013b): Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2012/2013. Teil I: Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2013c): Statistische Berichte. Jugendhilfe 2012. Teil 1 – Erzieherische Hilfen. Teil IV – Ausgaben und Einnahmen. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2013d): Statistische Berichte. Straßenverkehrsunfälle 2012. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2014a): Geburten, Todesfälle und Wanderungen über die Kreisgrenzen. Sonderauswertung. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2014b): Paare ohne Kinder und Familien nach Paar-/Familientyp und Gemeindegrößenklassen sowie Familien nach Zahl der Kinder 2011. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2014c): Schulwahl nach Grundschule im Schuljahr 2012/13. Sonderauswertung. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2014d): Durchschnittliches Heiratsalter 1950–2012 nach bisherigem Familienstand. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2014e): Straßenverkehrsunfälle 2013. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2014 f.): Bevölkerung nach Altersjahren. Sonderauswertung. Bad Ems.

Stauf, E. (2012): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven in Rheinland-Pfalz. Mainz.

StEG-Konsortium (2013): Ganztagschule 2012/2013. Deskriptive Befunde einer bundesweiten Befragung. Quelle: http://www.projekt-steg.de/sites/default/files/Bundesbericht_Schulleiterbefragung_2012_13.pdf

Stein, M. (2013): Jugend in ländlichen Räumen. Die Landjugendstudie 2010. Bad Heilbrunn.

Internetquellen

Das letztmalige gültige Abrufdatum für alle Internetquellen ist der 04.12.2014.

Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (agarp): Projekte (http://agarp.de/html/0003_projekte.html).

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik: Juleica Statistik. Die Juleica – ein Datenträger für ehrenamtliches Engagement (<http://www.akjstat.uni-dortmund.de>).

Bildungsserver Rheinland-Pfalz: Medienkompetenz macht Schule (<http://medienkompetenz.rlp.de>).

Bildungsserver Rheinland-Pfalz: Medienkompass: (<http://medienkompass.bildung-rp.de/>)

Bildungsserver Rheinland-Pfalz: Medienscouts.rlp – das Angebot! (<http://medienkompetenz.rlp.de>).

BUNDJugend Rheinland-Pfalz: Silent Climate Parade Mainz am 3.5.2014 (<http://rlp.bundjugend.de/scp/>).

Europäischer Sozialfonds – Mehr Chancen für Rheinland-Pfalz: Rahmenbedingungen der Förderansätze 2007-2013 (<http://esf.rlp.de/>)

Flash-mob.de: Flash-mob.de Rheinland-Pfalz (<http://www.flash-mob.de>).

Institut für Medienpädagogik: Zertifikatskurs „Medienbildung in der Jugendarbeit“ (<http://www.lokal-global.de>).

Institut für Medienpädagogik: Das Institut für Medienbildung (<http://www.lokal-global.de>).

Jugendberufsagentur Mainz: Jugendberufsagentur Mainz (<http://www.jugendberufsagentur-mainz.de>).

Jugendforum rlp: liken, teilen, was bewegen. jugendforum rlp (<http://www.jugendforum.rlp.de>).

Jugendmigrationsdienst: JMD in Rheinland-Pfalz (<http://www.jugendmigrationsdienste.de>).

Jugend.rlp.de: Kinder- und Jugendschutz: Erzieherischer Jugendschutz (www.jugend.rlp.de).

Jugendschutz.net: Auftrag von jugendschutz.net (<http://www.jugendschutz.net>).

KiGGS (Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland) (<http://www.kiggs-studie.de>).

Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz: Hearing „Jugendverbandsarbeit/ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement“ (<http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de>).

Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz: Hearing „Offene Jugendarbeit“ (<http://www.kinder-und-jugendbericht-rlp.de>).

Kompetenzagenturen: Kompetenzagenturen in Rheinland-Pfalz (<http://www.kompetenzagenturen.de>).

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Landesjugendamt: maps – Mediale Aktionsprojekte gegen Rechtsextremismus (<http://lsjv.rlp.de/einzelansicht/archive/2014/may/article/maps-mediale-aktionsprojekte-gegen-rechtsextremismus/>).

LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz: „Bei der Stärkung unserer Rechte ist noch gewaltig Luft nach oben!“ PM der LSV zur am 23. Juli 2014 im rheinland-pfälzischen Landtag beschlossenen Schulgesetz-Novelle (<http://www.lsvrlp.de/>)

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen. Akzeptanz für queere Lebensweisen (<http://www.regenbogen.rlp.de>).

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (<http://http://mifkjf.rlp.de>).

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: jungbewegt – dein Einsatz zählt (<http://net-part.rlp.de>).

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Landesregierung nimmt Vorschläge ernst und festigt den Dialog (<http://mifkjf.rlp.de>).

Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz: Medienbildung in der Jugendarbeit: Zertifikatskurs geht in die zweite Runde (<http://mifkjf.rlp.de>).

SchLAu RLP: Schwul Lesbisch Bi Trans* Aufklärung in Rheinland-Pfalz (<http://www.schlau-rlp.de>).

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Gesundheit: Einzelansicht. Geburt häufigster Grund für Krankenhausaufenthalt. Viele Behandlungen auch durch Herzinsuffizienz und Alkoholmissbrauch (<http://www.statistik.rlp.de>).

YouTube: <https://www.youtube.com/>

Abkürzungsverzeichnis

AKJSTAT	Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik	LJR	Landesjugendring
ALG	Arbeitslosengeld	LSBTI	Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle
AM	arithmetischer Mittelwert	LSJV	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
BBS	Berufsbildende Schule	MBWJK	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur
BF 17	Begleitetes Fahren ab 17	MH	Migrationshintergrund
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch	MIFKJF	Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	MULEWF	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	MW	Mittelwert
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
BuT	Bildungs- und Teilhabepaket	OT	Offene Treffs
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	SGB II	Sozialgesetzbuch, Zweites Buch, Grundsicherung für Arbeitsuchende
CWB	Child Well-being	SGB VIII	Sozialgesetzbuch, Achstes Buch, Kinder- und Jugendhilfe
CWI	Child-and-Youth-Well-being-Index	StEG	Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen
DJI	Deutsches Jugendinstitut	TFR	Total Fertility Rate
DRK	Deutsches Rotes Kreuz	TV	Tatverdächtige
dsj	Deutsche Sportjugend	UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
ESF	Europäischer Sozialfonds	WKJ	Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen
ism	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V.		
JuFöG	Jugendförderungsgesetz		

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 1991–2011 nach Ländern	68	Tabelle 13: Besuchter Schultyp, Angaben in %	173
Tabelle 2: Gesamtbevölkerung, Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländische Bevölkerung in den Jahren 2008 bis 2012 in Rheinland-Pfalz	74	Tabelle 14: Schultyp in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Angaben in %	173
Tabelle 3: Kinder nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Lebensform im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz	79	Tabelle 15: Angestrebter Schulabschluss in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %	174
Tabelle 4: Anfängerinnen und Anfänger in den Bildungssektoren, Veränderung 2010 gegenüber 2005, Angaben in %	96	Tabelle 16: Abitur oder fachgebundene Hochschulreife als angestrebter Schulabschluss in Abhängigkeit vom Schulabschluss des Vaters (Schulabschluss der Mutter), Angaben in %	174
Tabelle 5: Förderung der Jugendarbeit 2007–2013 gemäß Landesjugendplan, Beträge in Euro	122	Tabelle 17: Gehst Du gern zur Schule? In Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %	177
Tabelle 6: Sprache, die die Jugendlichen zu Hause sprechen	162	Tabelle 18: Gehst Du gern zur Schule? In Abhängigkeit von der Schulform, Angaben in %	177
Tabelle 7: Ausgewählte Gebietskörperschaften der Jugendbefragung „Jugend in Rheinland-Pfalz 2013“	164	Tabelle 19: Wie erleben Schülerinnen und Schüler die Schule? Angaben in %	178
Tabelle 8: Methodensteckbrief Jugendbefragung Rheinland-Pfalz 2013	167	Tabelle 20: Schulstress in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %	178
Tabelle 9: Alter der befragten Jugendlichen der Stichprobe	168	Tabelle 21: Ende Schultag nach Schultyp, Angaben in %	179
Tabelle 10: Geschlechterverteilung in der Stichprobe	168	Tabelle 22: Zeit für Lieblingsbeschäftigungen nach Geschlecht, Angaben in %	179
Tabelle 11: Besuchte Schulformen in der Stichprobe	168	Tabelle 23: Bekommst Du Nachhilfeunterricht? Angaben in %	180
Tabelle 12: Migrationshintergrund der befragten Jugendlichen, Angaben in %	169	Tabelle 24: Interesse an AGs in der Schule nach Geschlecht, Angaben in %	180
		Tabelle 25: Zufriedenheit mit der Sauberkeit der Toiletten in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %	184

Tabelle 26: Zufriedenheit mit dem Zustand der Schulgebäude in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %	184	Tabelle 40: Nicht verplante freie Zeit junger Menschen, Angaben in %	252
Tabelle 27: „Elterntaxi“, Angaben in %	187	Tabelle 41: Freie Zeit in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %	253
Tabelle 28: Mobilität auf dem Land und in der Stadt, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %	187	Tabelle 42: Freie Zeit in Abhängigkeit vom Schultyp, Angaben in %	253
Tabelle 29: Fahrradnutzung in Abhängigkeit vom besuchten Schultyp, Angaben in %	188	Tabelle 43: Besuchte Schulform in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Angaben in %	254
Tabelle 30: Zufriedenheit mit dem Angebot des ÖPNV und den Fahrradwegen, Angaben in %	188	Tabelle 44: Freizeitaktivitäten nach ihrer Häufigkeit, Mehrfachnennungen möglich, Angaben in %	255
Tabelle 31: Zufriedenheit mit dem ÖPNV auf dem Land und in der Stadt, Angaben in %	189	Tabelle 45: Nutzung von Orten der Freizeitgestaltung (Mittelwert)	257
Tabelle 32: Teilnahme an Streitschlichter-/ Anti-Rassismus-Trainings in der Schule, Angaben in %	198	Tabelle 46: Besuch eines Jugendzentrums in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %	259
Tabelle 33: Teilnahme an Anti-Gewalt-Training/Streitschlichterprogramm/Anti-Rassismus-Projekt und Projekten gegen Sexismus nach Schultyp, Angaben in %, Mehrfachnennungen möglich	199	Tabelle 47: Gründe, warum Jugendliche nicht in ein Jugendzentrum gehen, Mehrfachantworten möglich, Angaben in %	260
Tabelle 34: Einschätzung der Diskriminierung gesellschaftlicher Gruppen	201	Tabelle 48: Besuch eines Jugendzentrums nach den Gruppen des Child-Well-being-Index des ersten Kinder- und Jugendberichtes, Angaben in %	261
Tabelle 35: Toleranz gegenüber anderen sozialen Gruppen, Angaben in %	201	Tabelle 49: Gründe, einen Jugendtreff zu besuchen, Mehrfachantworten möglich, Angaben in %	261
Tabelle 36: Mobbing in der Schule, Angaben in %	202	Tabelle 50: Training im Sportverein in Abhängigkeit vom Migrationshintergrund, Angaben in %	262
Tabelle 37: Zusammensetzung der Dimension Lebensbedingungen im Vergleich	212	Tabelle 51: Besuch eines Sportvereins in Abhängigkeit vom Geschlecht, Angaben in %	262
Tabelle 38: Zusammensetzung der Dimension Wohlfahrtsleistungen im Vergleich	213	Tabelle 52: Besuch eines Sportvereins in Abhängigkeit vom Schultyp, Angaben in %	263

Tabelle 53: Engagement in der Freizeit in
Abhängigkeit vom Geschlecht 264

Tabelle 54: Engagement und spezifische
Freizeitaktivitäten von Jugendlichen, Mehr-
fachantworten möglich, Angaben in % 264

Tabelle 55: Einschätzung des jugend-
spezifischen Freizeit- und Kulturangebots
am Wohnort, Angaben in % 265

Tabelle 56: Zufriedenheit der Jugendlichen
mit dem Freizeit- und Kulturangebot an ihrem
Wohnort 266

Tabelle 57: Einschätzung des Freizeit- und
Kulturangebots in Abhängigkeit von
Stadt/Land, Angaben in % 267

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1:** Aufbau des Berichts 47
- Abb. 2:** Entwicklungs- und Lebensbereiche junger Menschen 56
- Abb. 3:** Modell gesellschaftlicher Bedingungen für das Aufwachsen 56
- Abb. 4:** Modell für die Herausforderungen moderner Jugendpolitik 59
- Abb. 5:** Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz. 64
- Abb. 6:** Entwicklung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz 1993–2013 65
- Abb. 7:** Entwicklung der unter 18-Jährigen 1993–2013 in % 67
- Abb. 8:** Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren nach Bundesländern 2008 und 2012 in % 69
- Abb. 9:** Durchschnittliches Alter aller Mütter nach Bundesländern 2010 70
- Abb. 10:** Anteil nicht ehelich geborener Kinder in den Bundesländern Deutschlands 1998 und 2010 71
- Abb. 11:** Durchschnittliches Heiratsalter lediger Männer und Frauen (Erst-Ehen) 1980–2012. . . 72
- Abb. 12:** Geburtendefizit, Wanderungssaldo und Gesamtsaldo Rheinland-Pfalz 1991–2013. 73
- Abb. 13:** Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in den Jahren 2007 und 2011 nach regionalen Einheiten. 74
- Abb. 14:** Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an ihrer jeweiligen Altersgruppe in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Jahr 2011, Angaben in % 75
- Abb. 15:** Bevölkerung nach dem Anteil von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in verschiedenen Altersgruppen in Rheinland-Pfalz 76
- Abb. 16:** Anteil der jungen Erwachsenen, dem eine eigene Familie und Kinder sehr wichtig ist, Angaben in % 77
- Abb. 17:** Familienformen im Mikrozensus in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum alten Bundesgebiet im Jahr 2011, Angaben in % 79
- Abb. 18:** Erwerbsstatus der Frau in Stief-/ Patchworkfamilien und Kernfamilien 2009 ... 80
- Abb. 19:** Armutsquote – Ranking nach Bundesländern 82
- Abb. 20:** Armutsquote und SGB-II-Quote in Rheinland-Pfalz und Deutschland 2005–2012 82
- Abb. 21:** Bezug von Arbeitslosengeld (ALG) II, Empfängerinnen und Empfänger pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren, im Jahr 2013 83
- Abb. 22:** Armutsgefährdungsquoten nach Migrationshintergrund und Erwerbsbeteiligung im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz 84
- Abb. 23:** Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren im Bezug von Leistungen nach SGB II im Jahresvergleich 2010 und 2012 an allen Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren 85

Abb. 24: Sozialgeld-Bezug, Sozialgeld-Beziehende pro 1.000 Menschen bis unter 15 Jahren im Jahr 2013.	86	Abb. 36: Ausbildungsbetriebsquote und Ausbildungsquote 2011	99
Abb. 25: Einkommensarmutsrisiko verschiedener Haushaltstypen in Deutschland 2005–2011 ..	87	Abb. 37: Lösungsquote nach Bundesländern 2011, Angaben in %	100
Abb. 26: Armutsrisikoquote von Kindern in Deutschland nach Familientypen 2009	88	Abb. 38: Junge Arbeitslose je 1.000 Personen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren im Jahr 2013	101
Abb. 27: Anteil von Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften an allen Bedarfsgemeinschaften nach Zahl der Kinder im Jahr 2012, Angaben in %	89	Abb. 39: Trends des Cannabiskonsums bei den 18- bis 25-jährigen Erwachsenen insgesamt 1993–2011	104
Abb. 28: Zusammenhang von Armutserfahrungen in der Kindheit und Lebenszufriedenheit von jungen Menschen	90	Abb. 40: Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen nach Altersgruppen 2005–2012, Getötete und Verletzte zusammen, je 100.000 Einwohner	105
Abb. 29: Zugänge aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 2001/02 und 2013/14	91	Abb. 41: Beteiligte an Straßenverkehrsunfällen 2013 in Rheinland-Pfalz, Hauptverursacher bei Unfällen mit Personenschaden in der Altersgruppe der 15- bis unter 18-jährigen	106
Abb. 30: Zugänge von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund aus Grundschulen in die fünfte Klassenstufe weiterführender Schulen in den Schuljahren 2009/10 und 2012/13 nach Schulart in Rheinland-Pfalz	92	Abb. 42: Verunglückte Kinder im Alter von sechs bis unter 15 Jahren in Rheinland-Pfalz 2013, nach Tageszeit	106
Abb. 31: Schulentlassene allgemeinbildender Schulen 2001–2013 nach Abschlussart.	93	Abb. 43: Vorsätzliche Selbstschädigungen bzw. Suizide je 100.000 Einwohner nach Altersgruppen im Jahr 2012 im Vergleich von Rheinland-Pfalz und dem früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-Ost)	107
Abb. 32: Schulentlassene mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen 2007 bis 2012 nach Abschlussarten in Rheinland-Pfalz	94	Abb. 44: Vorsätzliche Selbstschädigungen bzw. Suizide je 100.000 Einwohner nach Altersgruppen im Jahr 2012 in Rheinland-Pfalz nach Geschlecht	108
Abb. 33: Anfängerinnen und Anfänger in den Bildungssektoren im Jahr 2010, Angaben in %	95	Abb. 45: Verteilung der Tatverdächtigen in Rheinland-Pfalz nach Altersgruppen	109
Abb. 34: Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in den Sektoren in Deutschland, West- und Ostdeutschland und Rheinland-Pfalz 2010 nach Sektoren, Angaben in %	97	Abb. 46: Tatverdächtige (TV) unter 21 Jahren in Rheinland-Pfalz 2004–2013	109
Abb. 35: Weibliche Bildungsteilnehmer in den Sektoren 2010 in %	98		

Abb. 47: Entwicklung der Tatverdächtigkeitsbelastungszahlen in Rheinland-Pfalz 2004–2013	110
Abb. 48: Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut	114
Abb. 49: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz – der Entwicklungsraum Peers.	118
Abb. 50: Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz 2004–2012 (beinhaltet die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, andere Aufgaben sowie Ausgaben für Einrichtungen gesamt) ...	120
Abb. 51: Entwicklung von Jugendhilfeausgaben im Land Rheinland-Pfalz und im Bund 2004–2012, Angaben in %	121
Abb. 52: Maßnahmenförderung des Jugendministeriums (nach Landesjugendplan)	123
Abb. 53: Umfang des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen im Verband: Haben Jugendliche nicht mehr genug Zeit, sich zu engagieren? Angaben in %	123
Abb. 54: Schwierigkeiten bei der Terminfindung für Aktivitäten des Verbandes, Angaben in %	124
Abb. 55: Zu welchen Zeiten in der Woche finden die Verbandsaktivitäten statt? Mehrfachnennungen, nur Rheinland-Pfalz, n = 153, Angaben in %	125
Abb. 56: Welche gesellschaftlichen Wandlungsprozesse haben Auswirkungen auf den Verband? Gesamtstudie und Rheinland-Pfalz im Vergleich, Angaben in % ..	125
Abb. 57: Personen mit einer Juleica nach kreisfreien Städten und Landkreisen	132
Abb. 58: Personen mit einer Juleica nach dem Alter der Jugendleiterinnen und -leiter 2013, Rheinland-Pfalz und Deutschland, Angaben in %	133
Abb. 59: Personen mit einer Juleica nach höchstem erreichtem Schulabschluss 2013, nur Jugendleiterinnen und -leiter im Alter von 20 Jahren und älter	133
Abb. 60: Projektstandorte des Landesfilmdienstes Rheinland-Pfalz e.V. 2013	135
Abb. 61: Personalstellen § 13 SGB VIII schulbezogene Jugendsozialarbeit/Schulsozialarbeit (einschließlich Jugendsozialarbeit BVJ ohne Jugendberufshilfe) in Rheinland-Pfalz 2006–2013	136
Abb. 62: Beratungsdienste der Jugendsozialarbeit in Rheinland-Pfalz	138
Abb. 63: Jugend-Webpräsenz in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz sowie ausgewählte Angebotsformate der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden und Städte	140
Abb. 64: Flashmobs in regionaler Verteilung in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 2010–02/2014	142
Abb. 65: Entwicklung der Beratungen nach §§ 17/18 und § 28 SGB VIII in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2007–2013	145
Abb. 66: Anzahl der Plätze und Versorgungsquote für Kinder unter drei Jahren in Kindertagesstätten nach Angebotsform in Rheinland-Pfalz von 02/2005–02/2014	147
Abb. 67: Fallzahlen und Eckwerte der Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) pro 1.000 Kinder und Jugendliche unter 21 Jahren in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2002, 2005–2013	149

Abb. 68: Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) nach Hilfesegmenten in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2002, 2005–2013	149	Abb. 79: Formen der Mobilität (häufige und sehr häufige Nutzung), Mehrfachantworten möglich, Angaben in %	186
Abb. 69: Anteil der jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den im Jahr 2011 beendeten und am 31.12.2011 laufenden Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige nach §§ 29–35 SGB VIII in Rheinland-Pfalz. . . 150		Abb. 80: „Schlaglochpolitik“	190
Abb. 70: Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung (§§ 27.2, 29–35, 41 SGB VIII) in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2005–2013, Angaben in Mio. Euro	151	Abb. 81: „Ticket to Heaven“	193
Abb. 71: Eingliederungshilfe gem. § 35a SGB VIII und Frühförderfälle in Rheinland-Pfalz in den Jahren 2009–2013, absolute Zahlen. . . . 152		Abb. 82: Die drei Dimensionen des Child-Well-being-Index im ersten Kinder- und Jugendbericht.	209
Abb. 72: Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII und Sorgerechtsentzüge gem. § 1666 BGB in Rheinland-Pfalz 2005–2013, Angaben pro 1.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren 154		Abb. 83: Das Gesamtkonzept des Child Well-being im ersten Kinder- und Jugendbericht . . 210	
Abb. 73: Anteile der Aufwendungen für Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012	157	Abb. 84: Das Gesamtkonzept „Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen“	214
Abb. 74: Schulstandorte, die an der Befragung teilgenommen haben	165	Abb. 85: Modell zur Bildung von Standardpunktzahlen (Beispiel)	215
Abb. 75: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz – der Entwicklungsort Schule	172	Abb. 86: Index Lebensbedingungen, Angaben in Standardpunktzahlen	217
Abb. 76: Abitur oder fachgebundene Hochschulreife als angestrebter Schulabschluss in Abhängigkeit vom Schulabschluss des Vaters, Angaben in %.	175	Abb. 87: Index Lebensbedingungen, Angaben in Standardpunktzahlen	219
Abb. 77: „Horrorfilm Schule“	176	Abb. 88: Index Wohlfahrtsleistungen, Angaben in Standardpunktzahlen	221
Abb. 78: Modell für Bedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Rheinland-Pfalz – die räumliche Infrastruktur.	185	Abb. 89: Index Wohlfahrtsleistungen, Angaben in Standardpunktzahlen	222
		Abb. 90: Index Handlungsräume, Angaben in Standardpunktzahlen	224
		Abb. 91: Index Handlungsräume, Angaben in Standardpunktzahlen	226
		Abb. 92: Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen, Angaben in Standardpunktzahlen	228
		Abb. 93: Gesamtindex für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen, Angaben in Standardpunktzahlen	229

Abb. 94: Indexwertvergleich: Lebensbedingungen – Wohlfahrtsleistungen	230
Abb. 95: Indexwertvergleich: Lebens- bedingungen – Interventionsleistungen	232
Abb. 96: Indexwertvergleich: Lebensbedingungen – Handlungsräume	234
Abb. 97: Indexwertvergleich: Lebensbedingungen – Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen	236
Abb. 98: Indexwertvergleich: Wohlfahrtsleistungen – Handlungsräume	237
Abb. 99: Indexwertvergleich: Handlungsräume – Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen	239
Abb. 100: Jugendpolitische Themen im Landtag von Rheinland-Pfalz 1947 bis heute	245
Abb. 101: Das Thema Jugend in politischen Debatten	249
Abb. 102: „Angebotsoase“	268
Abb. 103: Vorstellungen der Jugendlichen zum Freizeit und Kulturangebot	269



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM
FÜR INTEGRATION, FAMILIE,
KINDER, JUGEND UND FRAUEN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz

Tel.: 06131 16-0
E-Mail: poststelle@mifkjf.rlp.de
Internet: www.mifkjf.rlp.de